

Die Zivilgesellschaft im arabischen Kontext

Am Beispiel der kuwaitischen *Diwaniyyah*

Vom Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.)
genehmigte Dissertation

vorgelegt von

Lorans Al Hennawi

(M.A. TU Darmstadt 2010, Lizenz an der Hochschule für Politologie an der
Universität Damaskus 2001)

aus Alsahwah/Syrien

Matrikel-Nummer: 1368631

Referent: Prof. Dr. Hubert Heinelt

Korreferent: Prof. Dr. Jens Steffek

Prüfer: Prof. Dr. Michèle Knodt

Prüfer: Prof. Dr. Helmuth Berking

Tag der Einreichung: 24.11.2013

Tag der mündlichen Prüfung: 29.01.2014

Darmstadt 2014

Wissenschaftlicher Werdegang

- | | |
|-------------------|--|
| 1997-2001 | Studium der Politikwissenschaften an der Hochschule für Polotologie an der Universität Damaskus mit dem akademischen Grad "Lizenz der politischen Wissenschaft" (achtsemestriges Studium) im Fachgebiet "Verwaltung und public Relation" mit dem Prädikat „sehr gut“ |
| 2001-2003 | Aufnahme des Studiums der <i>Human Development</i> (Diplom) an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Uni Damaskus |
| 04.2006 - 03.2010 | Masterstudium "Governance und public policy" an der TU Darmstadt im Institut für Politikwissenschaften mit dem Prädikat „gut“ |
| 07.2010 - 01.2014 | Promotionsstudiums am Institut für Politikwissenschaften an der TU Darmstadt unter der Betreuung von Herrn Prof. Dr. Hubert Heinelt |

Schriftliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Dissertation selbständig verfasst und ausschließlich die in der Arbeit angegebene Literatur verwendet habe.

Ich versichere weiterhin, dass dies mein erster Promotionsversuch ist.

Darmstadt, Oktober 2013

Abstract	xii
1. Einführung	1
1.1. Zur Problematik der Dichotomie zwischen Staat und Zivilgesellschaft in der arabischen Welt	1
1.2. Begriffsbestimmung	3
1.2.1. Die Zivilgesellschaft	4
1.2.2. Erbliche Formationen	5
1.2.3. Das vorherrschende religiöse kulturelle Geflecht in der arabischen Gesellschaft	5
1.2.4. Der Staat	8
1.2.4.1. Der autoritäre arabische Staat	8
1.2.4.2. Der Rentierstaat	12
1.2.5. Die Stellung des Stammes im politischen System der Golfstaaten	14
1.3. Ein kritischer Rückblick auf die Literatur über die arabische Zivilgesellschaft	15
1.3.1. Forschungsstand im Allgemeinen	20
1.3.2. Zivilgesellschaft in den GCC-Staaten	21
1.3.2.1. Die Einflussfaktoren auf die Organisationen der Zivilgesellschaft im Golf	24
1.3.2.2. Die Haupthindernisse für die Institutionen der Zivilgesellschaft im Golf	26
1.3.3. Die wichtigsten Forschungsergebnisse	28
1.4. Der Grad an Institutionalisierung der arabischen zivilgesellschaftlichen Organisationen	29
1.5. Eine Annäherung an die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und speziell den Golfstaaten	35
2. Der Begriff der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt	45
2.1. Die arabische Kontroverse über die Zivilgesellschaft	45
2.2. Zivilgesellschaft im modernen arabischen Diskurs	47
2.2.1. Die westliche versus arabisch-islamische Erfahrung hinsichtlich staatlicher und politischer Organisationen	51

2.2.1.1. Die differierende Auslegung der arabisch-islamischen Geschichte-----	51
2.2.1.1.1. Haltung der säkularen Denker zu der Rolle des Islams in der Politik --	52
2.2.1.1.2. Standpunkt der islamischen und Turath-Denker zum Staat -----	59
2.2.1.2. Universalität vs. Kulturgebundenheit des Begriffs Zivilgesellschaft -----	64
2.2.1.2.1. Standpunkt der säkularen Strömung-----	64
2.2.1.2.2. Standpunkt der nationalistischen und linken Strömung -----	68
2.2.1.2.3. Standpunkt der islamistischen Strömung -----	69
2.2.2. Definition von Zivilgesellschaft und ihre Hauptakteure-----	72
2.2.2.1. Definitionen und Akteure aus der Sicht säkularer Theoretiker -----	73
2.2.2.2. Definition und Akteure aus der Sicht der Islamisten-----	79
2.2.2.3. Definition und Akteure aus der Sicht der Turath-Denker -----	81
2.2.3. Krisendiskurs der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und die Probleme ihres Ausbaus -----	84
2.2.3.1. Probleme des Ausbaus der Zivilgesellschaft aus der säkularen Sicht-----	85
2.2.3.2. Probleme des Ausbaus der Zivilgesellschaft aus der islamischen Sicht-----	86
2.2.3.3. Probleme des Ausbaus der Zivilgesellschaft aus der nationalen und linken Sicht -----	87
2.2.3.4. Probleme des Ausbaus der Zivilgesellschaft aus der Turath-Sicht-----	88
2.3. Resümee-----	90
3. Vom Staat und der Gesellschaft in der arabischen Welt-----	94
3.1. Die dialektische Beziehung zwischen Gesellschaft und Staat in der arabischen Welt -----	97
3.2. Die Struktur des Staates in der arabischen Welt-----	104
3.3. Empirische Untersuchung -----	111
3.3.1. Das Modell Elbadawi, Makdisi und Milante (EMM) -----	119
3.3.2. Empirische Auswertung der GCC-Staaten-----	124
3.3.3. Der kuwaitische Fall-----	126

3.4. Jenseits des Öls: die Rolle der Geschichte und geographischen Gegebenheiten für die Bildung von autokratischen Regimen in der Golfregion	128
3.4.1. Die politischen Kosten der geographischen Lage	129
3.4.2. Die Beziehung zwischen dem Emir und der Kaufleute-Klasse in Kuwait	134
3.4.3. Ereignisse im Jahr 1921	136
3.4.4. Die Bewegung des Rates (Majlis) von 1938	138
3.5. Wie beeinflusste das Öl das politische System in den Golfstaaten?	149
3.6. Vom Rentierstaat zum autoritären Staat	158
3.6.1. Wie regieren die Herrscherfamilien in diesen Staaten?	160
3.6.2. Der Stamm als eine Institution „der politische Tribalismus“	162
4. Ein Versuch, sich dem Begriff der Zivilgesellschaft in Kuwait anzunähern	165
4.1. Einführung: Grundlegende Strukturen des politischen Systems Kuwaits	165
4.2. Quellen der Dynamik der Zivilgesellschaft	168
4.2.1. Die wirtschaftliche Dynamik	168
4.2.1.1. Die Händler-Klasse	170
4.2.1.1.1. Die Auswirkungen des Börsenkrachs Souk Almanakh	176
4.2.1.2. Die Mittelschicht	179
4.2.2. Die soziale Dynamik	185
4.2.2.1. Die familiäre Vernetzung	188
4.2.2.1.1. Die Herrscherfamilie	188
4.2.2.1.2. Die beherrschten Familien	195
4.2.2.2. Die konfessionelle Vernetzung	195
4.2.2.3. Die tribale Vernetzung	201
4.2.2.4. Die Gender-Vernetzung	207
4.2.2.5. Die Vernetzung aufgrund des Alters	211

4.2.3. Zwischenresümee: Die politische Dynamik-----	212
4.3. Das Parlament-----	214
4.4. Interessenverbände in Kuwait-----	225
4.4.1. Interessenverbände vor der Unabhängigkeit -----	226
4.4.2. Interessenverbände nach der Unabhängigkeit und die Spannungen mit dem Staat 227	
4.4.3. Der rückläufige Einfluss des Nationalismus auf Interessenverbände -----	230
4.4.4. Die Auswirkung der Parlamentsauflösung auf Interessenverbände -----	231
4.4.5. Die Erweiterung der islamischen Strömung-----	232
4.4.6. Die Konkurrenz zwischen Islamismus und Nationalismus in der Führung der Interessenverbände -----	236
4.4.7. Die Allianz zwischen den Islamisten und Nationalisten -----	240
4.4.8. Die irakische Besetzung-----	242
4.4.9. Post-Befreiungsphase-----	245
4.4.10. Die staatliche Durchdringung der gesellschaftlichen Akteure-----	250
4.5. Die dynamische Beziehung zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat -----	253
4.5.1. Der Druck von unten -----	253
4.5.2. Die Reaktion von oben -----	254
4.6. Zusammenfassung-----	257
5. Die Rolle der Diwaniyyah im politischen Entscheidungsprozess-----	259
5.1. „Protected Spaces“ -----	259
5.2. Historischer Hintergrund-----	262
5.3. Die Definition der Diwaniyyah-----	265
5.4. Die Rolle der alten Diwaniyyah in Kuwait -----	266
5.4.1. Die soziale Rolle der alten kuwaitischen Diwaniyyah -----	266
5.4.2. Die kulturelle Rolle der alten kuwaitischen Diwaniyyah -----	267

5.4.3. Die informative Rolle der alten kuwaitischen Diwaniyyah -----	268
5.4.4. Die politische Rolle der alten kuwaitischen Diwaniyyah-----	268
5.5. Die Entwicklung des Konzepts der kuwaitischen Diwaniyyah-----	270
5.5.1. Die Veränderung der Organisation-----	270
5.5.1.1. Die Verbreitung-----	270
5.5.1.2. Die Vielfältigkeit -----	272
5.5.1.3. Zeiten der Abhaltung -----	277
5.5.2. Strukturelle Änderungen -----	278
5.6. Die kuwaitische Diwaniyyah unter der irakischen Besatzung -----	278
5.6.1. Die Verringerung der Anzahl von Diwaniyyat -----	278
5.6.2. Rückgang der Besucherzahlen -----	279
5.6.3. Die Einschränkung der Diskussionen -----	279
5.6.4. Die veränderten Sitzungstermine sowie ihre Simplizität -----	279
5.7. Die Rolle der Diwaniyyah beim Widerstand gegen die irakische Besatzung-----	280
5.7.1. Die soziale Aktivität -----	280
5.7.2. Die mediale Aktivität-----	281
5.7.3. Die politische Aktivität-----	282
5.8. Die politische Rolle der Diwaniyyah-----	283
5.8.1. Der Einfluss der Diwaniyyah bei den Parlamentswahlen -----	285
5.8.2. Die Rolle der Diwaniyyah bei der politischen Entscheidungsfindung-----	286
5.8.3. Die Rolle der Diwaniyyah bei der politischen Bildung-----	292
5.9. Die Rolle der Diwaniyyah bei der Stärkung der sozialen Kohäsion -----	293
5.9.1. Die Rolle der Diwaniyyah beim Stärken persönlicher Beziehungen-----	294
5.9.2. Die Rolle der Diwaniyyah bei der Vertiefung gesellschaftlicher Homogenität--	295
5.10. Die Verfassungsbewegung „Pro-Democracy“ und die „Montags-Diwaniyyat“	296

5.10.1. Die Volkspetitionen	297
5.10.2. Die Volksbewegung und die Montags-Diwaniyyat	300
6. Fazit	311
7. Literaturverzeichnis	317

Vorwort

Die vorliegende Dissertation entstand unter Anleitung von Herren Prof. Dr. Heinelt am Institut für Politikwissenschaften der Technischen Universität Darmstadt.

An dieser Stelle möchte ich allen danken, die durch ihre fachliche und persönliche Unterstützung zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Herrn Prof. Dr. Heinelt gilt mein ganz besonderer Dank. Dass die vorliegende Arbeit zustande kam, ist vor allem auf seine Unterstützung zurückzuführen. Er hat mich in den vergangenen Jahren als hervorragender Lehrer während meines Studiums und der Promotion durch bereichernde Gespräche betreut. Dafür möchte ich ihm an dieser Stelle ganz besonders danken.

Herr Prof. Dr. Steffek danke ich dafür, dass er bereit ist, das Zweitgutachten zu übernehmen.

Weiterhin bedanke ich mich bei Dr. *Al-Kandari* an der Fakultät der Soziologie an der Kuwait-Universität für seine fachliche Unterstützung und Literaturempfehlungen.

Mein herzlicher Dank gilt meinem Kommilitonen Rainer Hermes, der seine wertvolle Zeit für das Korrekturlesen dieser Arbeit opferte.

Außerdem möchte ich mich bei meinen Kommilitonen Johannes Kromer, Benedikt Ruppmann, Christian Rüscher und Fabian von Blücher für ihre Korrekturen sowie meinem Lektor Peter Tschierschke von WBG für seine Arbeit danken.

Besonderer Dank gebührt meinen Eltern, die mir das Studium durch ihre Unterstützung ermöglichten. Ohne den Beistand meiner Frau Layla wäre die Anfertigung der Arbeit nicht denkbar gewesen; dass sie mir stets volle Unterstützung rund um das Studium schenkte, dafür gebührt ihr ein ganz besonderer Dank.

Darmstadt, im Oktober 2013

Lorans Al Hennawi

Der Verlass auf die Zivilgesellschaft und ihre sozialen und Nichtregierungsorganisationen stellt einerseits ein Zeichen der Reife des Staates, der seine Rolle und sein Intervenieren im öffentlichen Leben überdachte und akzeptierte, dass er die Rolle des Rückenmarkes statt der Wirbelsäule im sozialen System übernimmt, dar. Andererseits zeigt es die Reife der Gesellschaft, die den Staat bei der Organisation ihrer Angelegenheiten nicht mehr benötigt und die fähig ist, die Initiative zu ergreifen, um notwendige Lösungen zu finden, die sie den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen entsprechend ihrem Bedarf bereitstellen kann¹.

¹ Burhan Ghaliun 2001: Die Entstehung und die Entwicklung des Begriffes der Zivilgesellschaft. Von abstraktem Konzept zu sozial- und internationalem System. Auszug aus einem Vortrag auf einer Tagung über die Zivilgesellschaft und Demokratie in der Katar-Universität 14.-17. Mai 2001.

Abstract

Die Golfstaaten stellen einen besondern Fall für die informellen Verbindungen und Assoziationen dar, die ihrerseits aber ausschlaggebend auf der politischen Arena sind. Daher wird in dieser Arbeit untersucht, ob die traditionellen Institutionen die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure spielen können, wenn die offiziellen Organisationen diese nicht erfüllen.

Dabei werden die Werke von *Al-Mubarak* 2008² sowie *Al-Kandari* 2002³ als Hauptliteratur verwendet. Aufgrund der Datenlage wird auf die bereits bestehende Auswertung von Zeitungsartikeln von *Al-Mubarak* zurückgegriffen. So konnte in dieser Arbeit, trotz des Fokus von *Al-Kandari* auf die soziale Rolle der *Diwaniyyah*, die politische Funktion genau beleuchtet werden.

Der Tatsache, dass in der arabischen Welt im Allgemeinen, trotz aller landesspezifischer Unterschiedlichkeiten, schwach und rudimentär institutionalisierte zivilgesellschaftliche Organisationen vorhanden sind, liegt hauptsächlich die autoritäre Natur der arabischen Regime und die Rentenökonomie zugrunde.

Die Erforschung der Zivilgesellschaft in dieser Region ermöglicht es allerdings nicht nur die offiziellen Hauptinstitutionen zu verstehen, wie zum Beispiel den Staat und seine Institutionen, sondern auch das Umfeld um die Institutionen. Dazu gehören bspw. die Versammlungen um die Moscheen und die *Zawiya* (religiöser Rückzugsort), Basare und Gassen. Diese werden meistens als unpolitisch, irrelevant und belanglos bei der Beeinflussung der Beziehung zwischen Gesellschaft und Staat angesehen.

Um die gesellschaftlichen Aktivitäten und die Methodik der Interaktionen zwischen den sozialen Gruppen in den arabischen Ländern und speziell den Golfstaaten zu erfassen, sollte eine breite Ausdeutung des Begriffs verwendet und somit die Beschränkung der Definition

المباركي، يوسف مبارك 2008: حين استعاد الشعب الكويتي دستوره. وقائع و وثائق دواوين الإثنتين 1986-1990. الكويت، بدون دار نشر.²
Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990. Kuwait: Verlag unbekannt.

الكندري، يعقوب يوسف 2002: الديوانية الكويتية. دورها الاجتماعي و السياسي. الكويت: جامعة الكويت، كلية العلوم الإجتماعية.³
Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle. Kuwait: Universität Kuwait, Soziologische Fakultät.

der Zivilgesellschaft auf die formalen modernen institutionellen Organisationen aufgegeben und neue Elemente hinzugefügt werden.

In Kuwait stellt die *Diwaniyyah* ein einzigartiges Beispiel für diese inoffiziellen Versammlungen dar. Sie ist eine regelmäßige Sitzung, wo sich Bürger aller Altersgruppen und Klassen treffen, um verschiedene Fragen - von Sport bis zur Politik - zu diskutieren. Ihre Rolle wurde erweitert und umfasst die Unterstützung der Kandidaten für die parlamentarischen Wahlen und die Ausübung der Kontrolle des Wahlprogramms der Parlamentsabgeordneten. Zusätzlich erreicht ihre Aktivität die politischen Bühnen in den Universitäten unter den Studenten und Interessengruppen.

Obwohl ähnliche Plätze wie die kuwaitische *Diwaniyyah* in anderen Golfstaaten vorhanden sind, verleiht ihre Verwurzelung in der kuwaitischen Gesellschaft sowie ihre Anpassung an die Interessen ihrer Mitglieder ihr eine Sui-generis-Natur und ebnete ihr den Weg, eine entscheidende Rolle in der Politik zu spielen und sich im Laufe der Zeit zu einem zivilgesellschaftlichen Akteur zu entwickeln.

1. Einführung

1.1. Zur Problematik der Dichotomie zwischen Staat und Zivilgesellschaft in der arabischen Welt

Trotz ihres Monopols auf die Legislative, Exekutive sowie auf die Entscheidungsfindung und ihrer starken Sicherheitsapparate besitzen die arabischen Länder, mit Ausnahme des Bereichs der Sicherheit, eine nur begrenzte Fähigkeit zur Durchführung von Entscheidungen und Policies. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ziele werden selten erreicht oder nur teilweise erbracht. Dazu kommt die fehlende feste und stabile Legitimität des Staates sowie das Scheitern beim Verwirklichen sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Politik. Außerdem bleiben diese Staaten in verschiedenen Bereichen vom Ausland abhängig. Sie richten ihre Politik nach dem Ausland, wenn sie sich auf demokratische Werte berufen, aber in der Wirklichkeit verhindern sie jedwede politische Partizipation und Reformen. Somit versuchen sie die Zufriedenheit der Außenwelt mit ihrer inneren Stabilität zu gewinnen, um weiterhin Hilfen und Investitionen zu erhalten und damit die Grundlagen für ihre Legitimität zu festigen.

Die Zivilgesellschaft kann mit schwachen staatlichen Institutionen und dem Fehlen eines Rechtsstaats nicht aufgebaut werden. Der entscheidende Faktor bei der Entstehung der Zivilgesellschaft ist die gegenseitige Anerkennung des Staates und der Zivilgesellschaft und der Legalität der uneingeschränkten Betätigung innerhalb bestimmter und bekannter Bereiche. Ein Netzwerk von unabhängigen Gruppen, die die Aktivitäten von Individuen sowie ihrem Versuch, ihre Interessen zu verteidigen, organisieren, kann alleine keine Zivilgesellschaft bilden, sofern diese Gruppen nicht in der Lage sind, diese Interessen politisch zu verteidigen. Die politische Aktivität ist eine grundlegende Bedingung für die Entstehung einer Zivilgesellschaft. Wenn die politisch aktiven Gruppen ihre Aktivitäten nicht frei ausüben können, existiert keine Zivilgesellschaft. Denn lediglich eine Verteidigung der Interessen ihrer Mitglieder auf politischer Ebene ist eine wirksame⁴.

Die Korrelation zwischen Zivilgesellschaft und Staat bildet die Basis, da die Zivilgesellschaft sich nur im Rahmen eines Staates befinden kann. Die Organisationen der Zivilgesellschaft

⁴ Vgl. Gill, Graeme 2000: The Dynamics of Democratization. Elites, Civil Society and the Transition Process. New York: St. Martin's Press, S. 5f.

stellen das Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft dar. Auf diese Art kann die Zivilgesellschaft ihre Mitglieder einerseits vor der Unterdrückung und Willkür des Staates schützen, andererseits aber auch den Staat vor Gewalttätigkeiten durch einige gesellschaftliche Gruppen. Die Unabhängigkeit vom Staat ist zwar eine der herausragenden Eigenschaften der Zivilgesellschaft, bedeutet aber nicht die vollständige Trennung zwischen ihnen. Diese Unabhängigkeit sollte sich innerhalb eines Bereiches befinden, in welchem sich die Organisationen der Zivilgesellschaft frei bewegen können, d. h. weg von der Durchdringung des Staates, insbesondere bezüglich der Art und Weise, wie diese Organisationen gegründet werden, sie ihre inneren Angelegenheiten verwalten und ihre Aktivitäten ausüben, sofern dies im Rahmen der Verfassung und Gesetze liegt, die die Betätigung von Staat und Zivilgesellschaft kontrollieren und die Rechte sowie Freiheiten aller Bürger gewährleisten sollen.

Auf dieser Grundlage darf man sich die Entstehung der Zivilgesellschaft nicht unter der Abwesenheit des Staates vorstellen, da der Staat und die Zivilgesellschaft durch einen dialektischen Zusammenhang, der das politische Leben bildet, verbunden sind. „*Civil society is a social phenomenon and to presume that is broadly representative, self-regulating or a beacon of unmitigated virtue is unjustified on the evidence*“⁵.

Daher kommt die Betonung der staatlichen Rolle als „[...] *the referee, law-giver and policer of civil society, [...]*“⁶.

Somit bedeutet eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf keinen Fall die Schwächung des Staates, weil eine starke Zivilgesellschaft sich nur im Rahmen eines starken Staates befinden kann. Sollte der Staat sich zuungunsten der Zivilgesellschaft verstärken, ebnet dies den Weg zur Hegemonie und Willkür und ermöglicht dem Staat die Gesellschaft zu beherrschen. Umgekehrt führt eine Erstarkung der Zivilgesellschaft auf Kosten des Staates womöglich zu inneren Konflikten innerhalb eines Landes. Des Weiteren könnten auch einige Kräfte der Zivilgesellschaft versuchen den Staatsapparat gewaltsam zu steuern. Wenn aber sowohl der Staat als auch die Zivilgesellschaft schwach sind, führt dies zur Zerstörung des Landes selbst.

⁵ Norton, Augustus Richard 1996: Introduction, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.) 1996: *Civil Society in the Middle East*, Vol. 2. Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, S. 1-16, hier S. 5.

⁶ Ebd., S. 5.

Der optimale Zustand wäre ein starker, aber nicht autoritärer Staat, d. h., er soll das Gewaltmonopol innehaben und gleichzeitig die Fähigkeit und Institutionen, um das ganze Land zu kontrollieren. Gleichzeitig ist jedoch eine starke, wirksame und einflussreiche Zivilgesellschaft notwendig, die einen Gegenpol zum Staat darstellen kann.

Dementsprechend soll eine Studie der Zivilgesellschaft die Natur des Staates bezüglich der Festigung seiner Legitimität und der Wirksamkeit seiner Institutionen und Politik beachten.

Die Probleme und Herausforderungen, mit denen die Zivilgesellschaft in den meisten Ländern des Südens und darunter auch den arabischen Ländern konfrontiert ist, sind zum großen Teil mit der Problematik des Staates selbst verbunden. Der Staat als institutionelle und rechtliche Einheit leidet an der Schwäche seiner Institutionen und, in einigen Fällen, der Instabilität seiner Legitimitätsgrundlage.

1.2. Begriffsbestimmung

Der Gegenstand dieser Arbeit ist die Zivilgesellschaft im arabischen Kontext. Dies ist ein relativ modernes Konzept in den Sozialwissenschaften im Allgemeinen und insbesondere in der arabischen Welt, da die Grundlagen dieses Konzepts in den arabischen Ländern relativ neu sind. Zumal der Staat im politischen Sinne in der arabischen Welt erst in den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts gegründet wurde, nachdem diese Länder ihre Unabhängigkeit erlangten. Hierbei ist es erforderlich, diesen Begriff und die anderen darauf bezogenen Konzepte zu definieren, wie zum Beispiel die primordialen erblichen Stiftungen („*primordial ascriptive*“), bspw. die Familie, die Sippe, der Stamm und die Glaubensgemeinschaft einerseits, sowie die sozialen und wirtschaftlichen Formationen, die Saad Eddin Ibrahim als sekundär erworben bezeichnete („*secondary acquired*“)⁷, wie bspw. die Klasse, der Beruf, die Gewerkschaft und die Partei. Dabei beruft sich die Arbeit in diesem Kapitel hauptsächlich auf arabische Literatur, da die Betrachtung der Debatte der Zivilgesellschaft außerhalb dieses Sprachraums nahezu nicht vorhanden ist. Dadurch soll eine

ابراهيم، سعد الدين 1999: المجتمع المدني في دول الخليج العربية، في: مجلس التعاون لدول الخليج العربية على مشارف القرن الحادي و العشرين، إعداد: جمال سند السويدي 1999. أبو ظبي: مركز الإمارات للدراسات والبحوث الإستراتيجية، الطبعة الثانية، ص 241-315، هنا ص 242.

Ibrahim, Saad Eddin 1999: Die Zivilgesellschaft in den arabischen Golfstaaten, in: Alsuweidi, Jamal Sanad (Hrsg.) 1999: Der Gulf-Kooperationsrat am Anbeginn des 21. Jahrhunderts. Abu Dhabi: Emirates Center for Strategic Studies and Research, zweite Auflage, S. 241-315, hier S. 242.

Öffnung der Debatte für den deutschsprachigen Raum durch diese Arbeit gewährleistet werden.

1.2.1. Die Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft ist ein Netzwerk von Organisationen, Praktiken und Regulierungen, die durch den freiwilligen Willen ihrer Mitglieder entsteht, um ein bestimmtes Interesse zu vertreten, einer gewissen Frage zu dienen oder gemeinsame Werte und Gefühle, die diese Mitglieder schätzen, zu repräsentieren - mit relativer Unabhängigkeit vom Staat. - Dieses Netzwerk verpflichtet sich beim Ausüben seiner Aktivitäten den Werten, der Toleranz und dem Respekt anderen Meinungen gegenüber. Damit umfasst die Zivilgesellschaft die nichtstaatlichen Organisationen und die Gewerkschaften aller Art, die professionellen und beruflichen, die Vereinigungen, Vereine, Verbindungen, Verbände sowie die Initiativen, die sozialen und politischen Bewegungen mit Etappenzielen, die von der Erreichung eines bestimmten Zieles abhängig sind.

Die friedliche Natur dieser Organisationen, Aktivitäten und Praktiken und deren Respekt vor den Anderen, der Akzeptanz anderer Meinungen und der Koexistenz mit der menschlichen Vielfalt in der Gesellschaft verleiht ihr die ‚zivile‘ Eigenschaft. Somit unterscheidet sich ‚zivil‘ von ‚familiär‘, ‚religiös‘ und ‚militärisch‘, auch wenn diese Begriffe in keinem direkten Widerspruch stehen. Die Familien- oder Religionszugehörigkeit ist ursprünglich erblich und den Menschen auferlegt, d. h., dass man seine Familie, Religion oder ursprüngliche Glaubensrichtung nicht auswählt. Es unterscheidet sich auch von ‚militärisch‘, da ‚zivil‘ die Vielfalt, Pluralität und Verschiedenheit akzeptiert und die friedliche Vorgehensweise als Ansatz zur Beilegung von Streitigkeiten und Konflikten annimmt. Der militärische Ansatz basiert hingegen auf Disziplin, fußt auf der Hierarchie und Bestrafung oder der Drohung sie anzuwenden, um Streitigkeiten und Konflikte beizulegen.

Insbesondere in der arabischen Welt bildet die Mitgliedschaft des Individuums oder des Bürgers in den erblichen ‚auferlegten‘ Formationen, die er nicht auswählen kann, die Basis. Jeder ist ein Mitglied in einer Familie und gehört zu einer Religion bzw. Glaubensrichtung oder einer bestimmten Konfession, aber er ist nicht unbedingt ein Mitglied in einer Gewerkschaft, einem Verband oder einer Partei. Die Mitgliedschaft basiert auf der Auswahl

und dem eigenen Willen und somit sind der Bei- und Austritt freiwillig. Der zentrale Wert, der die Zivilgesellschaft steuert, ist die ‚Freiheit‘.

Die Basis der Gründung und Bildung der zivilgesellschaftlichen Organisationen, denen man freiwillig beitrifft, ist die Erreichung eines bestimmten Zieles oder dem Dienen eines bestimmten Zwecks, für die sich die Mitglieder dieser Organisationen interessieren. Ausgehend von der Grundlage dieser Bedeutung sind die Organisationen der Zivilgesellschaft als intermediäre Organisationen zwischen Familie und Staat zu sehen. Nicht nur im physischen Sinne, sie umfassen auch die Bedeutung als ‚Präventive‘, da sie das Individuum unterstützen und versuchen, es vor der Tyrannei und Willkür des Staates zu bewahren. Zusätzlich sind sie bemüht, seine Bedürfnisse gegenüber der Vernachlässigung durch die Regierung oder der Ausbeutung durch die Marktkräfte zu befriedigen.

1.2.2. Erbliche Formationen

Sie bestehen aus Verwandtschaftsgruppen, in denen man geboren wird und aufwächst, basierend auf der Blutsverwandtschaft. Sonach ist deren Mitgliedschaft obligatorisch und zieht Aufgaben und Rechte nach sich. Sie wird durch die Verbundenheit und vollständige Loyalität zu diesen Organisationen gesteuert. Die Familie ist die kleinste erbliche Verwandtschaftsinstitution, die nächstgrößere wird durch die Gruppe der Familien gebildet, die von einem einzigen Großvater abstammen, und wird Sippe genannt. Durch das Zusammenlegen mehrerer Sippen wird der Stamm gebildet, der somit die größte Verwandtschaftsgruppe darstellt und mehrere tausend Mitglieder haben kann.

Zu den erblichen Formationen gehört auch die Konfession, deren Angehörigen zu demselben religiösen Glauben gehören, weil ihre Familien diesem angehören. Folglich ist die religiöse Verbindung obligatorisch und nicht freiwillig. Es gibt schon einige Ausnahmen bezüglich des Wechsels zu anderen religiösen Glauben, aber mit der Ergänzung, dass dies in den arabischen Gesellschaften sehr selten ist.

1.2.3. Das vorherrschende religiöse kulturelle Geflecht in der arabischen Gesellschaft

Es treten stets einige Komponenten und Symbole der traditionellen Gesellschaft zusammen

mit Symbolen und Komponenten der modernen Gesellschaft auf⁸. Die Beziehung zwischen den beiden Mustern ist in manchen Fällen durch Koexistenz und in anderen durch Spannungen und Konflikte gekennzeichnet. Die ‚offizielle Zivilgesellschaft‘ aus Gewerkschaften, Organen, Vereinen und Organisationen, die von technokratischen Eliten und wissenschaftlichen Persönlichkeiten geführt werden, ist leicht zu bemerken; diese ist in den Großstädten zugegen. Auf der anderen Seite aber findet man eine ‚stille Zivilgesellschaft‘ in den Landschaften und Elendsvierteln, Peripherien und Randgebieten. Diese hat ihre Institutionen und inoffiziellen Organisationen, an ihrer Spitze sind die Gebetsräume, Moscheen und Sufi-Gruppen. Der politische Islam erreichte diese Gesellschaft und revitalisierte sie.

Die vorherrschenden kulturellen und ideologischen Bestandteile in der arabischen Gesellschaft stellen in mancher Hinsicht ein Hindernis für den Aufbau einer Zivilgesellschaft dar. Viele dieser Formationen sind nicht vom Staat zu durchdringen und akzeptieren die Idee der gesellschaftlichen Unabhängigkeit nicht. Sie bleiben den traditionellen Institutionen (wie Familie, Schule, Moschee) unterworfen. Das heißt, dass die durch die traditionellen Institutionen ausgeübte soziale Autorität die Rolle des Staates im hierarchischen System spielt, beginnend mit der Familie, durch die Gemeinde, das Dorf, die Stadt und den Stamm.

Dieser hierarchische Rahmen konnte auch die zivilen Institutionen absorbieren, die aus der Vielfältigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten als Ausdruck der horizontalen Entwicklung stammen. Das Individuum ordnet daher seine Zugehörigkeit und Loyalität nach einem vertikalen Array, in dem die Stärke der Loyalität umgekehrt proportional zum hierarchischen Aufbau der Institutionen ist, so dass seine persönliche Identität und Loyalität schwindet, je weiter oben die Ebenen in dieser Hierarchie angeordnet sind. Diese verschiedenen hierarchischen Bereiche, zu denen man gehört, nehmen die Persönlichkeit und Eigenständigkeit auf und lassen kein kritisches oder kreatives Denken zu. Die Entwicklung der arabischen patriarchalischen Gesellschaft im Rahmen ihrer pädagogischen und religiösen Institutionen, wo Gehorsam vorherrschend ist, erzeugen bzw. fördern keine Unabhängigkeit des Individuums von der Gruppe. Diese Struktur in diesen Ländern war ein wichtiges Thema

النجار، باقر سلمان 1999: *سوسيولوجيا المجتمع في الخليج العربي. دراسة في إشكاليات التنمية والتحديث*. بيروت: دار الكنوز الأدبية، ص 135 وما بعدها.

Alnajjar, Baqer Salman 1999: *Die Soziologie der Gesellschaft im arabischen Golf. Eine Studie über die Problematik der Entwicklung und der Modernisierung*. Beirut: Dar Alknuz Aladabiya, S. 135ff.

in den Sozialwissenschaften und wurde von vielen Forschern diskutiert, besonders die Begriffe der Patronage, des Patrimonialismus, des Neopatrimonialismus und des Patriarchalismus; darüber schrieb *Hisham Sharabi*⁹ ausführlich. Sie ist die patriarchalische Vorstellung des Regimes, die sich in allen Ebenen der sozialen Organisationen befindet, von der Familie bis zur Institution der Herrschaft in einer festen Hierarchie. *Hisham Sharabi* zufolge wurden alle Modernisierungsprozesse in der arabischen Welt verwandt, um diese patriarchalisch-patrimoniale Beziehung zu stärken anstatt sie zu ändern. Der neopatriarchalische Staat stellte nach ihm lediglich eine modernisierte Version des traditionellen Sultanats dar¹⁰.

Im Zusammenhang mit seiner Rede über die islamischen Gesellschaften bezieht sich Ernest Gellner darauf, dass diese Gesellschaften „[...] suffused with faith, indeed they suffer from a plethora of it, but they manifest at most a feeble yearning for civil society“¹¹.

Auf der anderen Seite zeigt die Studie von Alfred Stepan und Graeme Robertson den Versuch, die religiöse Variable von der arabischen Variable in deren Forschung über die Wettbewerbsfähigkeit im Wahlkampf in 47 Ländern mit muslimischer Mehrheit zu trennen. Sie fanden heraus, dass nur die 16 arabischen Länder „underachieve“ waren, während 31 andere nicht-arabische Länder mit islamischer Mehrheit „greatly overachieve“ sind. Dies bedeutet, dass die Variable ‚Religion‘, in diesem Fall der Islam, kein Hindernis für die demokratische Praxis darstellt¹².

شرابي، هشام 1990: النقد الحضاري للمجتمع العربي في نهاية القرن العشرين. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية.
Sharabi, Hisham 1990: Kulturkritik der arabischen Gesellschaft am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Beirut: Arabische Einheit Studien Zentrum.

شرابي، هشام 1984: مقدمات لدراسة المجتمع العربي. بيروت: الدار المتحدة للنشر، الطبعة الثالثة.
Sharabi, Hisham 1984: Einführungen in das Studium der arabischen Gesellschaft. Beirut: Aldar Almutaheda Verlag, dritte Auflage.

¹⁰ Vgl. Sharabi, Hisham 1988: Neopatriarchy. A Theory of Distorted Change in Arab Society. New York; Oxford: Oxford University Press, S. 7.

¹¹ Gellner, Ernest 1991: Civil Society in Historical Context, in: International Social Science Journal, no. 129, August 1991, S. 495-510, hier S. 506.

¹² Stepan, Alfred C.; Roberston, Graeme B. 2003: An “Arab“ More than a “Muslim“ Electoral Gap, in: Journal of Democracy, Volume 14, Nr. 3, Juli 2003, S. 30-44.

1.2.4. Der Staat

Er ist eine politische gesetzliche Einheit mit anerkannter souveräner Macht über eine bestimmte Gruppe von Menschen in einem bestimmten geografischen Gebiet. Der Staat ist die einzige Institution, die ihre Tätigkeiten durch Steuerungsmittel, einschließlich der substantiellen Gewalt, ausübt. Wenn der zentrale Wert in der Zivilgesellschaft die ‚Freiheit‘ ist, in den erblichen Stiftungen die ‚Loyalität‘, so ist er im Staat die ‚Kontrolle und Steuerung‘. Jedes vom Staat verabschiedete Gesetz und jede Regelung dient nur der Steuerung und Organisation der Gesellschaft.

1.2.4.1. Der autoritäre arabische Staat

Seit ihrer Unabhängigkeit in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts sind die arabischen Länder durch begrenzte Freiheit, Unterdrückung und Einschüchterung sowie die Unterdrückung der öffentlichen Meinung gekennzeichnet. Begrenzter politischer Pluralismus sowie Intoleranz gegenüber der friedlichen politischen Opposition und diese zum Schweigen zu bringen sind die markantesten Eigenschaften auf der arabischen Bühne. Das dominierende Merkmal der etatistischen und omnipräsenten arabischen Regime ist die Verhinderung der Entstehung aller freien gesellschaftlichen Aktivitäten oder Organisationen, die nicht der staatlichen Kontrolle unterworfen sind. Wenn solche Regime die Errichtung von Organisationen oder Vereinigungen aus taktischen Gründen zulassen, tun sie dies aber mit der Intention, in diese Vereinigungen und Organisationen einzudringen oder sie später zu steuern oder nachgiebige zahnlose Substitute dafür zu finden.

Obwohl die arabischen Länder bezüglich ihrer politischen und zum Teil kulturellen sowie wirtschaftlichen Geschichte voneinander variieren, haben diese Länder, egal ob sie Republiken, Königreiche oder Emirate sind, gemeinsame politische Erfahrungen. Diese Länder haben im Allgemeinen autoritäre Regierungen, die den politischen Raum besetzen, die Opposition einschränken, die politische Liberalisierung verhindern und sich gegenüber ihren Völkern nicht verantwortlich fühlen. Die Vererbung der staatlichen Posten beschränkt sich nicht mehr allein auf die königlichen Regime, sondern auch die Position des Präsidenten wird in Republiken vererbt, was von *Saad Eddin Ibrahim* ironisch als die ‚königlichen Republiken‘ bezeichnet wurde.

Obschon diese Regierungen ihre Kontrolle auf ihrem Territorium uneingeschränkt ausüben, ohne zur Rechenschaft gezogen werden zu können, selbst wenn sie ihren Bürgern die Beteiligung an der Entscheidungsfindung verwehren, und trotz ihrer Korruption waren sie bis vor kurzem, vor dem sogenannten arabischen Frühling, in der Lage, sich den Veränderungen und Neuigkeiten auf der politischen Bühne anzupassen, ohne mit erheblichen Herausforderungen aus dem Inneren konfrontiert zu sein. Dies führte für lange Zeit zum Zweifel daran, ob die arabischen Regierungen dem zunehmendem Druck ihrer Bürger ausgesetzt waren.

Einige dieser politischen Regime versuchten taktisch große Schritte auf dem Weg zur politischen Offenheit durchzuführen. Jedoch war das Ziel dieser Offenheit die Aufrechterhaltung des autoritären Regimes, nicht seine Veränderung¹³. Die Herrscher erweitern bzw. beschränken die Grenzen der politischen Partizipation als Erwiderung auf politische, soziale, wirtschaftliche und geopolitische Herausforderung, durch die sie ihre Herrschaft bedroht sehen. Gemäß der politischen Einordnung sind nicht alle arabischen Länder absolut autoritär. Einige dieser Länder, wie z. B. Jordanien und Marokko, versuchten die Tür zur politischen Liberalisierung ganz vorsichtig zu öffnen. Kuwait stand dabei an der Spitze und wird von Michael Herb allgemein als der Maßstab der politischen Entwicklung im arabischen Golf angesehen¹⁴. Diese Länder ergriffen langsame und sehr vorsichtige Maßnahmen bezüglich der bürgerlichen Beteiligung. Sie versuchten nicht der politischen Gesellschaft nur eine einzige Sicht aufzuzwingen und die Vielfältigkeit in der Gesellschaft gänzlich abzuschaffen. Sie ließen einen Raum für den politischen Wettbewerb in der Gesellschaft, jedoch mit deutlich markierten Grenzen. Durch starre Gesetzeshürden versuchen diese Länder jedoch die volle Unabhängigkeit dieser Organisationen zu verhindern. Dabei werden bestimmte Organisationen selektiv toleriert, um zum einen die Legitimation des politischen Systems zu untermauern und zum anderen Kanäle für die Artikulation der Unzufriedenheit der Bürger zu schaffen. Das Wohlwollen des Staates besteht, solange er diese Organisationen kontrollieren und kooptieren kann. Sollten diese Organisationen den Weg

¹³ Vgl. Brumberg, Daniel 2003: The Trap of Liberalized Autocracy, in: Diamond, Larry; Plattner, Marc F.; Brumberg, Daniel (Hrsgg.) 2003: Islam and Democracy in the Middle East. Baltimore; London: The Johns Hopkins University Press, S. 35-47, hier S. 35.

¹⁴ Herb, Michael 2009: Kuwait. The Obstacle of Parliamentary Politics, in: Teitelbaum, Joshua (Hrsg.) 2009: Political Liberalization in the Persian Gulf. London: Hurst&Company, S. 133-155, hier S. 133.

einer aktiven politischen Rolle einschlagen, werden sie der staatlichen Unterdrückung ausgesetzt.

Neben dem Libanon stellt Kuwait in der arabischen Welt einen einzigartigen Fall dar. Die Tatsache, dass die beiden Länder geringe geographische Flächen und starke Nachbarn mit regionalen Ambitionen haben (Syrien neben Libanon und Saudi-Arabien und Irak im kuwaitischen Fall), veranlasste, dass sie demokratische Praktiken frühzeitig adaptierten, wie beispielsweise periodische wettbewerbliche Wahlen, freie Presse, Liberalisierung, parlamentarisches Leben und konsensuelle Verfassung. Durch dieses ‚demokratische‘ System versuchten beide Länder ihre Legitimation zu verstärken und leiteten davon zum Teil die Rechtfertigung ihres Daseins als selbstständige Staaten ab. Dabei gingen sie von der Annahme aus, dass diese politische Offenheit bei den Bürgern und auch beim Westen Interesse erzeugt diese Länder aufrechtzuerhalten und zu verteidigen. Tatsächlich sorgte sie jedoch für Besorgnis bei den benachbarten Ländern, die ihrerseits befürchteten, dass diese Experimente zum Vorbild in der Region wurden. So betrieben diese ‚großen‘ Länder einen feindseligen Diskurs gegenüber dem Libanon und Kuwait. Der saudische König *Fahd ibn Abd al-Aziz* kritisierte die Wahlen, die in Kuwait 1992 abgehalten wurden, da dieser Prozess den Traditionen der Region widerspräche. Außerdem äußerte sich Saudi-Arabien nicht zu seiner Rolle beim Stoppen der konstitutionellen Erfahrung im Jahr 1975 in Bahrain. Das führt zur Annahme, dass das demokratische System in diesen beiden Ländern seine Legitimation durch seinen Nutzen für die friedliche Machtaufteilung und nicht durch die Werte, die es verkörpern sollte, erlangte. Der Emir in Kuwait sah sich unmittelbar nach der Unabhängigkeit dazu gezwungen, andere gesellschaftliche Gruppierungen am politischen Prozess zu beteiligen, vermied aber gleichzeitig eine tatsächliche Machtübertragung an sie. Das ist „Demokratie ohne Demokraten“¹⁵, ohne zwangsläufig zu bedeuten, dass dieses demokratische System nicht erfolgreich beim Formen demokratischer Kräfte war, die es verteidigen und beim Erzeugen eines Volkswillens, dies aufrechtzuerhalten.

سلامة، غسان 2000 (محرر): ديمقراطية من دون ديمقراطيين. سياسات الإنفتاح في العالم العربي الإسلامي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية.

Salame, Ghassan (Hrsg.) 2000: Demokratie ohne Demokraten. Öffnungspolitik in der arabisch-islamischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage.

Ghassan Salame sieht in den kleinen Golfstaaten ein wiederholtes Beispiel für attische direkte Demokratie. Während die Mehrheit der Bewohner der GCC-Staaten keine einheimischen Bürger sind und somit keine politischen Rechte haben, genießen die männlichen Bürger die vollen Rechte und debattieren aktiv über politische Angelegenheiten. Außerdem erlaubt die überwiegende Anzahl an emigrierten Arbeitern den Bürgern sich mit politischen und öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen. Ihm zufolge stellt Kuwait eine Art von „Volkstyrannie“ dar, wo das Volk aus kuwaitischen authentischen männlichen Bürgern besteht¹⁶.

Die Schwäche bzw. das Fehlen einer deutlichen Strategie, um unter autoritären Staaten gesellschaftlich zu handeln, lässt gesellschaftlichen Formationen zwei Wege offen: Entweder vertreten sie dem Staat gegenüber eine feindselige Politik und setzen sich somit der staatlichen Unterdrückung aus oder sie können ihre politische Aktivität durch apolitische Plattformen bis zu dem Punkt ausüben, die die politischen Plattformen erlauben.

Die erste Strategie wurde von vielen der islamistischen und linken Gruppen im Zusammenhang mit ihren Forderungen nach politischer Partizipation angewendet. Aber diese Gruppen wurden zur heimlichen Arbeit gezwungen, da der Staat mit Gewalt reagierte. Dies führt dazu, dass diese Gruppen in späteren Zeiten einen signifikanten und eklatanten Mangel an politischer Flexibilität, an Kompromissbereitschaft, an Akzeptanz der anderen und an Toleranz gegenüber anderen Meinungen hatten, da sie diese Werte politisch nicht ausübten.

Die zweite Strategie hingegen wurde auch von verschiedenen islamistischen Gruppen benutzt, durch die Vortäuschung, dass sie keine politische Tendenz hätten. Sie kritisieren die Regierung für Tätigkeiten, die sie nicht ausübt (Korruptionsbekämpfung, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Analphabetismus), aber nicht für die Tätigkeiten, die die Regierung eigentlich ausübt, weil dies als politische Aktivität bezeichnet werden kann¹⁷.

¹⁶ سلامة، غسان 2000: الديمقراطية كأداة للسلام المدني، في: غسان سلامة (محرر) 2000: ديمقراطية من دون ديمقراطيين. سياسات الإنفتاح في العالم العربي الإسلامي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 109-138، هنا ص 127.

Salame, Ghassan 2000b: Demokratie als Instrument für den zivilen Frieden, in: Salame, Ghassan (Hrsg.) 2000: Demokratie ohne Demokraten. Öffnungspolitik in der arabisch-islamischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 109-138, hier S. 127.

¹⁷ Vgl. Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf. Approaches to the Study of Civil Society in the Gulf, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.) 1996: Civil Society in the Middle East, Vol. 2. Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, S. 259-286, hier S. 274.

1.2.4.2. Der Rentierstaat

Die Modernisierungstheorie von Lipset¹⁸ besagt, dass Demokratie und Marktwirtschaft konvergent verlaufen, so dass die politische und ökonomische Entwicklung in dieser Perspektive in einem positiven Zusammenhang stehen. Des Weiteren führen wirtschaftlicher Wohlstand und die Steigerung der Ausbildungs- und Gesundheitsqualität in einem Land zur Entstehung einer Mittelklasse, die mehr Rechte, Rechenschaft der Regierung sowie zunehmende Vertretung ihrer Interessen fordern würde. Der arabische Fall beweist, dass diese These nicht unbedingt zutrifft. Die Länder der arabischen Welt bewiesen ihre Unempfindlichkeit gegen dieses Paradigma und blieben autokratisch. In diesem Zusammenhang müsse die von Waterbury¹⁹ genannte ambivalente Mittelklasse erwähnt werden.

Wenn die Mittelklasse der Hauptträger für die Forderung nach politischer Partizipation und der wesentliche Unterstützer des Demokratisierungsprozesses ist, der zumeist gegen den staatlichen Willen steht, besteht die neue Mittelklasse in der arabischen Welt, insbesondere am Golf, zum größten Teil aus den Beschäftigten im öffentlichen Sektor innerhalb der staatlichen Bürokratie, d. h. aus denjenigen, die vom Staat abhängig und damit gebunden sind. Außerdem umfasst die arabische Mittelklasse eine große Anzahl der Beschäftigten im privaten Sektor, welche auch auf die staatliche Distributionspolitik angewiesen und so von ihm abhängig sind. Dies alles trug nicht nur zur Schwächung der Position der Mittelklasse gegenüber dem Staat bei, sondern führte zur Konvergenz zwischen den Interessen dieser Klasse und denen des Staates und verringerte somit die Möglichkeit der Erweiterung des Raumes politischer Freiheiten. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass die Interessen der Mittelklasse sich besonders in den Golfstaaten nicht unbedingt annähern, weil die Angehörigen dieser Klasse selbst gegenüber verzweigten und vielfältigen Gruppen loyal sind (gegenüber dem Stamm, der Familie, der Konfession etc.) und nicht unbedingt den Demokratisierungsprozess unterstützen.

¹⁸ Lipset, Seymour Martin 1981: *Political Man. The Social Basis of Politics*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, new Edition.

¹⁹ ووتربري، جون 2000: إمكانية التحرك نحو الليبرالية السياسية في الشرق الأوسط، في: غسان سلامة (محرر) 2000: *ديمقراطية من دون ديمقراطيين. سياسات الإنفتاح في العالم العربي الإسلامي*. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 75-106.

Waterbury, John 2000: Die Möglichkeit der politischen Liberalisierung im Nahen Osten, in: Salame, Ghassan (Hrsg.) 2000: *Demokratie ohne Demokraten. Öffnungspolitik in der arabisch-islamischen Welt*. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 75-106.

Besonders in den GCC-Staaten macht die Akkumulation der Öleinnahmen, die der Staat von externen Parteien erhält, den Staat zu einer von der Gesellschaft und den lokalen sozialen Produktionsbeziehungen unabhängigen Instanz. Dies führt auch dazu, dass die staatliche Politik nicht auf die Erschließung von Geldquellen und Ressourcen fokussiert ist, sondern einerseits auf Verfahren, um diese Ressourcen auf die Gesellschaft politisch nützlich zugunsten des Staates zu verteilen und andererseits die Opposition durch das Erkaufen der Loyalität zu beseitigen. Die Tatsache, dass die Politik dieses Staates distributiv und nicht extraktiv ist, kann zweifellos die Bereiche und Gruppen bestimmen, die von wirtschaftlichen Hilfen und von Arbeitsverträgen profitieren können und sich an seinen Investitionen beteiligen dürfen sowie einige Gruppen dieser Rechte entheben. Dies alles in einem Maß, das zu Gunsten der politischen Interessen des Staates ist²⁰.

Der Rentierstaat kann gesellschaftliche Aktivitäten ausgrenzen und die Forderungen des Volkes nach politischer Partizipation und Institutionalisierung der Entscheidungsfindung in einem gewissem Umfang schwächen und somit zu Marginalisierung der gesellschaftlichen Basis führen.

Einige Theoretiker führen das auf das Ausfallen der Steuererhebung zurück, ausgehend von der Basis: „*No Taxation no Participation*“²¹.

„[...] a state that economically supports society and is the main source of private revenues through government expenditures, [...] does not need to respond to society“²².

Trotz der partiellen Zustimmung dieser Annahme kann man die fehlenden Stimmen in den arabischen Nicht-Öl-Staaten zur Demokratie nicht verstehen, obwohl sie das Prinzip der Steuer schon länger adaptierten. Es erklärt auch nicht die Forderung der Kuwaitis, Bahrainis und Saudis nach mehr Partizipation und der Erweiterung der Beteiligung an der Entscheidungsfindung, obwohl dort keine Besteuerung angewandt wurde²³.

²⁰ Vgl. Luciani, Giacomo 1990: Allocation vs. Production States. A Theoretical Framework, in: Luciani, Giacomo (Hrsg.) 1990: The Arab State. Berkeley; Los Angeles: University of California Press, S. 65-84.

²¹ Beblawi, Hazem; Luciani, Giacomo (Hrsgg.) 1987: The Rentier State. London: Croom Helm, S. 53.

²² Luciani, Giacomo 1995: Resources, Revenues and Authoritarianism in the Arab World. Beyond the Rentier State?, in: Brynen, Rex; Korany, Bahgat; Noble, Paul (Hrsgg.) 1995: Political Liberalization and Democratization in the Arab World, Vol. 1: Theoretical Perspectives. Boulder: Lynne Rienner, S. 211-227, hier S. 222.

²³ Gwenn, Okruhlik 1999: Rentier Wealth, Unruly Law, And the Rise of Opposition. The Political Economy of Oil State, in: Comparative Politics, Vol. 31, No. 3 (April 1999), S. 295-315.

1.2.5. Die Stellung des Stammes im politischen System der Golfstaaten

Zur Zeit der Bildung der Golfstaaten hatten die dortigen Herrscher die primordialen Formationen im politischen System integriert. Sie versuchten nicht die Grundlagen des Familien- und Stammessystems zu zerstören oder zu ändern, sondern zielten darauf ab, es zu verstärken und zu verankern. Die Begründung dafür liegt darin, dass sie selbst ein Teil dieses Systems sind und sie an ihre Stämme bzw. Sippen gebunden sind, was zur Vertiefung und Festigung der bestehenden Machtstellung ihres Stammes gegenüber den anderen Stämmen führt. Durch die Stärkung dieses Systems und der ihm treuen Gruppen konnten sie ihr Regime stärken und unterstützen²⁴.

Aziz Al-Azmeh bezieht sich in seinem Aufsatz über Saudi-Arabien darauf, dass das absolute Monopol der Macht durch eine bestimmte Sippe es erforderte, die vorherrschenden sozialen Klassen in der Wüste sowie den „tribal particularism“ aufrechtzuerhalten²⁵.

Das Hauptziel der Regime im Golf war die Erreichung möglichst großer wirtschaftlicher Veränderung und Entwicklung, bei gleichzeitiger Bewahrung der traditionellen Natur der Gesellschaft, was letzten Endes die Bewahrung der traditionellen politischen Struktur bedeutet²⁶. Die Herrscher verleihen den Gruppen dieses Systems einen legitimen Rahmen und bevorzugten mit ihnen anstatt mit politischen und sozialen Institutionen zusammenzuarbeiten. Dies trug zu ihrer kontinuierlichen Existenz in dem Netzwerk des Patron-Klienten bei.

„[.]the rulers did not cut deeper into social frameworks. They did not destroy the common kin-structures, neither did they try to remold them into other, class-based or sectoral solidarities [..]. They rather coalesced with or against existing clans, forming alliances with most of them or isolating others“²⁷.

Aber die Aufrechterhaltung des Verwandtschaftssystems in den Golfstaaten hat auch eine andere Seite: die stillschweigende Übereinkunft zwischen diesen sozialen Gruppen und dem Staat. Der Staat verpflichtete sich zur Respektierung der Unabhängigkeit der Stammes- und

²⁴ Vgl. Kostiner, Joseph 2009: Liberalization and its Limits in the Gulf States, in: Teitelbaum, Joshua (Hrsg.) 2009: Political Liberalization in the Persian Gulf. London: Hurst&Company, S. 27-36.

²⁵ Al-Azmeh, Aziz 1986: Wahhabite Polity, in: Netton, Ian Richard (Hrsg.) 1986: Arabia and the Gulf. From Traditional Society to Modern States. Totowa, New Jersey: Barnes&Noble Books, S. 75-90, hier S. 81.

²⁶ Vgl. Peterson, J. E. 1988: The Arab Gulf States. Steps Towards Political Participation. New York: Praeger Publisher, S. 3.

²⁷ Kostiner, Joseph 2009: Liberalization and its Limits in the Gulf States, S. 28.

Familienstruktur sowie zur Garantie ihrer Bewegungsfreiheit, dafür dürfen sie nicht in die Angelegenheiten der Herrschaft interferieren, die zum großen Teil in den Händen der Herrscherfamilie liegen.

Zum Beispiel reflektiert die kuwaitische Verfassung, die unmittelbar nach der Unabhängigkeit verabschiedet wurde und für viele benachbarte Länder Vorbildfunktion hatte, die Spaltung zwischen der Herrscherfamilie und der Händlerklasse, die die wirtschaftliche und soziale Elite in Kuwait darstellt. Diese Verfassung, die die Gründung des ersten Parlaments im Golf ermöglichte, den Bürgern ihre politischen Rechte garantierte und freie Meinungsäußerung sowie die Rechenschaftspflicht der Regierung vorsah, war aber nicht dazu gedacht, die hauptsächliche Spaltung der Machtverteilung zu überbrücken. Das heißt, die partielle Entmachtung der Herrscherfamilie und Regierung, um sie den Bürgern zu übergeben, war nicht vorgesehen²⁸.

1.3. Ein kritischer Rückblick auf die Literatur über die arabische Zivilgesellschaft

Die Phase, die am Anfang der neunziger Jahren mit der Demokratie, Respekt vor den Menschenrechten, Stärkung der Rolle des Marktes und Rückgang der staatlichen Rolle begann, führte zum Ergebnis, dass die Zivilgesellschaft in den Fokus der akademischen Gruppen, Aktivisten, Regierungen, internationalen und lokalen Organisationen sowie Finanzierungsinstitutionen rückte. Dies hat im Zusammenhang mit diesen politischen und wirtschaftlichen Umschwüngen die Zivilgesellschaft als wichtigen Mechanismus bei der Beteiligung an der Ausweitung der politischen Partizipation und der Beteiligung an der Konfrontation der Herausforderungen der menschlichen Entwicklung stark angetrieben: insbesondere gegen Armut und Arbeitslosigkeit, die Erweiterung der bürgerlichen Partizipation in dem Entwicklungsprozess sowie die Stärkung der Rolle der Frauen durch die Bereitstellung von Elementen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kraft, um unabhängig zu sein und sich an der Entwicklung beteiligen zu können. Diese Erwartungen an die Rollen der Organisationen der Zivilgesellschaft kamen zusammen mit einem Paket von Begriffen und integrierten Entwicklungskonzepten, die im Zusammenhang mit der Globalisierung weltweit erheblich gefördert wurden. Dieser Entwicklung wurde in den

²⁸ Vgl. ebd., S. 32f.

Konferenzen der Vereinten Nationen große Aufmerksamkeit geschenkt, von der Umwelt-Konferenz im Jahr 1992 in Brasilien über die internationalen Konferenzen über Menschenrechte in Wien 1993 sowie die folgenden bis zu der Klimakonferenz im Jahr 2013 in Warschau.

Die Interaktion der internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen mit der starken Beteiligung der Organisationen und Aktivisten der arabischen Zivilgesellschaft trug zweifellos zur Entstehung eines neuen Denkens und neuer Erfahrungen bei. Dies führte dazu, dass diese Organisationen mehr Aufmerksamkeit in der arabischen wissenschaftlichen Literatur erhielten. Andererseits führten die Ereignisse vom 11. September 2001, die die ganze Welt schockierten, in der westlichen Politik zu Entwicklung einer neuen Sichtweise. Diese besagte, dass die fehlende Demokratie den Export von Terrorismus unterstützen würde. Daraus entstand organisierter politischer Druck, um die Zivilgesellschaft als wichtigen Mechanismus zur Demokratisierung und Verbreitung einer zivilen Kultur auf der Grundlage von Toleranz, Dialog und Respekt zu fördern.

Die externen Forderungen nach politischen und wirtschaftlichen Reformen übten einen starken Druck auf einige Gruppen in der Region aus. Die westlichen Finanzierungen flossen seit dem Jahr 2001 unter anderem von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union an arabische zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie gingen hauptsächlich an Menschenrechtsorganisationen, Organisationen für Frauen, Umweltverbände und einige Entwicklungsorganisationen. In diesem Zusammenhang kann die Rolle der Politik der Weltbank bei der Stärkung der arabischen Zivilgesellschaft im Rahmen der Ankurbelung der Marktkräfte nicht übersehen werden, ausgehend von der positiven Beziehung zwischen der Marktpolitik und der Aktivierung der Rolle der Zivilgesellschaft.

Tatsächlich beeinflusste die Interaktivität auf der weltlichen Bühne mit dem Konzept der Zivilgesellschaft das arabische regionale Bewusstsein hinsichtlich der Ausarbeitung einer neuen Vision der Organisationen der arabischen Zivilgesellschaft. Einige der arabischen Länder erlebten eine demokratische Entwicklung mit der Ausdehnung von Freiheiten. Dies zeigte sich durch die Vermehrung der eingetragenen Organisationen der Zivilgesellschaft, so dass sich beispielsweise die Anzahl der Organisationen für Menschenrechte von nur einer

Organisation auf bis zu 132 Organisationen in Ägypten erhöhte²⁹. Hinzu kam eine Ausweitung der abgedeckten Bereiche, so dass selbst in einem kleinen Staat wie Kuwait beispielsweise 256 offiziell eingetragene Organisationen existierten³⁰. Zusätzlich wurden neue Organisationen gegründet, die sich auf neue Bereiche konzentrierten, um die Rechte auf Gesundheit und Bildung zu verteidigen. Außerdem entstand in vielen arabischen Ländern ein neuer politischer Diskurs, der die konstruktive Rolle der Zivilgesellschaft bei den Konfrontationen der Entwicklungsherausforderungen begrüßte. Dies fiel zusammen mit Änderungen von Gesetzen und Vorschriften, die die Lage der Zivilgesellschaft regelten (wie in Marokko, Jemen, Bahrain und Ägypten).

Viele Entwicklungspläne, die sich mit Entwicklungsherausforderungen befassten, insbesondere Pläne zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, bestätigten die neuen Partnerschaften zwischen einigen dieser Regierungen, insbesondere im Golf, und den Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Länder der arabischen Region orientierten sich in unterschiedlichem Ausmaß an der Befreiung der Marktkräfte und der Räumung einiger Sektoren von staatlicher Kontrolle, was dazu führte, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen die Bedürfnisse dieser Sektoren abdeckten, insbesondere im Bereich der sozialen Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung.

Außerdem verstärkten einige politische und soziale Kräfte ihre Aktivitäten und erreichten die Bühne der Zivilgesellschaft. Teile davon hatten ihre Wurzeln in den gemeinnützigen Organisationen (vor allem den islamistischen) und andere entstanden als Reaktion auf diesen Trend; dies beinhaltete intellektuelle und verschiedene politische Gruppen, die sich nicht durch die eingeschränkten politischen Freiheiten für Parteien behindern lassen wollten. Andere Akteure steigerten ihre Aktivitäten als Reaktion auf die bestehenden islamistischen Trends (z. B. die Tätigkeiten der Kopten innerhalb Ägyptens und ihre Allianzen im Ausland)³¹. Neue Akteure erschienen im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen, die

²⁹ قنديل، أماني 2006: المجتمع المدني والدولة في مصر. من القرن 19 إلى عام 2005. القاهرة: المحروسة للنشر، ص 119.

Kandil, Amani 2006: Zivilgesellschaft und Staat in Ägypten. Vom neunzehnten Jahrhundert bis 2005. Kairo: Almahrusa Verlag, S. 119.

³⁰ ليله، علي محمود (محرر) 2005: المجتمع المدني في دول مجلس التعاون الخليجي. لندن، البحرين، القاهرة، الإمارات: مركز الخليج للدراسات الاستراتيجية، ص 81.

Laylah, Ali Mahmoud (Hrsg.) 2005: Die Zivilgesellschaft im Golfkooperationsrat. London, Bahrain, Kairo, VAE: Gulf Center for Strategic Studies, S. 81.

³¹ أماني قنديل 2008، الموسوعة العربية للمجتمع المدني. القاهرة: الهيئة المصرية العامة للكتاب، ص 106.

Kandil, Amani (Hrsg.) 2008: Lexikon der arabischen Zivilgesellschaft. Kairo: General Egyptian Book Organization GEBO, S. 106.

die Regionen beeinflussten, zum Beispiel der Einmarsch in den Irak und die anschließenden Entwicklungen, die die Zusammensetzung der Zivilgesellschaft im Irak und in anderen Golfstaaten bestimmten, insbesondere im Bezug auf die Beziehung zwischen Sunniten und Schiiten.

Die Faktoren auf globaler und lokaler Ebene wirken auf die Dynamik der Zivilgesellschaft in der arabischen Region sowie auf die Vernetzung ihrer internen und externen Beziehungen. Dies warf für die arabischen akademischen Gruppen zentrale Fragen auf, insbesondere ab Anfang der neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Diese beschäftigten sich mit folgenden Punkten:

Charakterisiert die arabische Zivilgesellschaft eine ‚zivile Kultur‘, die dem westlichen Konzept und dessen Zusammenhang entspricht? Können die Organisationen mit religiöser Natur, die nach vielen Studien mehr als ein Drittel der Organisationen der arabischen Zivilgesellschaft und bis zu 90% in GCC-Staaten ausmachen, vom Konzept der Zivilgesellschaft erfasst werden? In welchem Ausmaß können die Organisationen mit konfessioneller Natur, die sich auf einen einzigen Sektor der Bevölkerung beschränken und nur eine Konfession vertreten, im Konzept der Zivilgesellschaft berücksichtigt werden? Wie ist die Lage der Organisationen, die die Stammesverbindungen in einigen arabischen Ländern reflektieren? Haben die Organisationen der Zivilgesellschaft menschliche, materielle und technische Fähigkeiten sowie die Fähigkeiten zu *Good Governance*?

Im Gegensatz zu den neunziger Jahren erlebte das letzte Jahrzehnt, also ab dem Jahr 2000, die Entstehung eines Konsenses über das Konzept der Zivilgesellschaft und deren Elemente. Es verringerten sich im erheblichen Maße die Kontroversen und Debatten über das Konzept der Zivilgesellschaft und es entstand eine Akzeptanz für dieses als entsprechender Forschungsansatz, um die Struktur dieser Institutionen zu analysieren. Außerdem wurde ein

Übereinkommen erzielt über die fünf Maßstäbe, die vom *Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project* festgelegt wurden³². Diese sind³³:

Die Zivilgesellschaft besteht aus Institutionen und Organisationen, deren Arbeit und Aktivitäten von Vorschriften und Maßnahmen geregelt werden. Das kann unter dem Punkt der Institutionalisierung und Organisation betrachtet werden. Diese Institutionen sind kein Teil der staatlichen Struktur, trotz der finanziellen Unterstützung vom Staat, die sie erhalten, d. h., sie sind Nichtregierungsorganisationen. Diese Institutionen wurden hauptsächlich für nichtkommerzielle oder Non-Profit-Zwecke gegründet, außerdem verteilen sie keine Gewinne auf ihren Vorstand und ihre Mitglieder, sofern sie durch einige ihrer Tätigkeiten Gewinne erzielen. Diese Gewinne werden stattdessen zur Erweiterung und Entwicklung ihrer Aktivitäten verwendet. Diese Institutionen sind bei der Verwaltung ihrer Angelegenheiten unabhängig. Sie sollen auf freiwilliger Grundlage basieren, d. h. sie werden von Individuen gegründet, die aus freien Stücken beitreten oder ihre Mitgliedschaft beenden. Diese Organisationen sind nicht politisch, d. h. sie sollen ihre Aktivitäten keiner politischen Partei unterwerfen, jedoch können sie sich für politische Ziele einsetzen, wie die Unterstützung der Demokratie und Menschenrechte.

Methodisch erlebte die besagte Zeitspanne die Adaption verschiedener Methodologien der Zivilgesellschaftsanalyse. Dies bot die Möglichkeit für Vergleiche zwischen zwei oder mehr Ländern beziehungsweise Typen. Hauptsächlich wurde die Feldforschung betrieben, basierend auf Umfragen und Interviews sowie die statistische Auswertung der Daten. Zusätzlich kamen integrierte Forschungsansätze durch interdisziplinäre Ansätze in den Bereichen der Politikwissenschaft, Wirtschaft, Soziologie und Geschichte hinzu.

Die Studien konzentrierten sich auf verschiedene Forschungsfelder wie Armutsbekämpfung, Emanzipation, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Schutz von Kinderrechten sowie Fragen der Gesundheit und Umwelt. Die jährlichen Berichte des arabischen Netzwerks für NGOs seit

قنديل، أماني 2000: تفعيل دور المؤسسات الأهلية المدنية في دول الخليج العربية، في: ندوة واقع و مستقبل مؤسسات المجتمع المدني في دول مجلس التعاون الخليجي، 3-4 أبريل 2000. الكويت: مركز دراسات الخليج و الجزيرة العربية -جامعة الكويت، ص 43-64، هنا ص 50

Kandil, Amani 2000: Aktivierung der Rolle der bürgerlichen zivilen Organisationen in den arabischen Golfstaaten, in: Tagung für die Lage und die Zukunft der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Golfkooperationsrat 3-4 April 2000. Kuwait: Center of the Gulf and Arabian Peninsula Studies, Universität Kuwait, S. 43-64, hier S. 50.

³³ Salamon, Lester M.; Sokolowski, S. Wojciech; List, Regina (Hrsgg.) 2003: Global Civil Society. An Overview. Baltimore: Center of Civil Society Studies, Institute for Policy Studies, The Johns Hopkins University, S. 6ff.

dem Jahr 2001 weisen eine Wissensakkumulation auf, die es ermöglicht, die Veränderungen in den Organisationen der arabischen Zivilgesellschaft zu verfolgen und zu verstehen. Hinzu kommen anderen Studien, die sich mit der Bewertung der Auswirkungen der Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft auf den politischen und wirtschaftlichen Wandel beschäftigten.

1.3.1. Forschungsstand im Allgemeinen

Dieser kann in einigen Punkten zusammengefasst werden. Die Akkumulation von Forschungen trug zum Überdenken selbstverständlicher Gegebenheiten bei, die in den ersten Phasen der Forschungen über die Zivilgesellschaft in der arabischen Region im Bezug auf die Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Staat vorherrschend waren. Es wurde beispielsweise angenommen, dass Gesetze und Vorschriften in diesen Ländern ein Hindernis für die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen darstellen. Dies führte für lange Zeit zur Vernachlässigung und zum Wegfallen der Betrachtung der Fähigkeiten der Organisationen selbst und der Effizienz ihrer personellen und technischen Ressourcen. Bei genauerer Beobachtung erwiesen sich ihre personellen, materiellen und technischen Fähigkeiten als begrenzt, außerdem erfolgte die Führung dieser Organisationen meistens von Einzelnen ohne Beteiligung anderer. Eine Studie zeigte, dass über 50% dieser Organisationen über 10 Jahre hinweg den gleichen Vorstandsvorsitzenden behielten³⁴.

Als nächsten Aspekt beweist die Wissenschaftsakkumulation, dass zivile und bürgerliche Aktivitäten tiefe Wurzeln in der arabischen Geschichte haben, die kontinuierlich bis heute aufrechterhalten blieben. Das beste Beispiel sind die Wohlfahrtsverbände, die einen signifikanten Teil der gesamten Organisationen der arabischen Zivilgesellschaft bilden. Dies ist insbesondere im Golf der Fall, wo Predigen mit Wohltätigkeiten und Dienstleistungen

³⁴ التقرير السنوى الخامس للمنظمات الاهلية العربية 2005: بناء شراكة المنظمات الاهلية العربية لمواجهة تحديات التنمية، تحرير: أماني قنديل. القاهرة 2006: الشبكة العربية للمنظمات الأهلية، ص 11.

Der fünfte Jahresbericht der arabischen zivilgesellschaftlichen Organisationen 2005: Aufbau einer Partnerschaft arabischer Organisationen der Zivilgesellschaft zur Konfrontation der Entwicklungs Herausforderungen. Kandil, Amani (Hrsg.). Kairo 2006: Arabisches Netzwerk für NGOs, S. 11.

gemischt werden. In Kuwait machen die Wohlfahrtsverbände beispielsweise 78,2% der gesamten Organisationen aus³⁵.

Der nächste Punkt ist, dass die Entwicklungen, die die meisten arabischen politischen Systeme ab den 90er Jahren erlebten, großteils zur Formulierung einer politischen Kultur mit passiver und teilnahmsloser Natur führten. Die externe Finanzierung für die Organisationen der Zivilgesellschaft trug zum Vorherrschen einer misstrauischen Beziehung zwischen dem Staat und diesen Organisationen bei. Diese konfrontative Beziehung entstand insbesondere bei den Menschenrechts- und *Advocacy*-Organisationen. Große Teile der Öffentlichkeit argwöhnten, dass diese Organisationen ihre Legitimität aus dem Ausland beziehen, zusätzlich sind ihre Mitglieder Teil der Elite, die weit von der Volksbasis entfernt ist.

Der vierte Punkt ist das Problem der Nachhaltigkeit. Die externe Finanzierung trug am Anfang zur Stärkung ihrer Aktivitäten bei. Jedoch führte der Rückgang dieser, insbesondere seit 2007, zur Erschütterung der Position dieser Organisationen und ließ sie unfähig scheinen, sich ohne fremde Hilfe selbst zu erhalten und ihre Position zu stärken. Außerdem ist die Partnerschaft zwischen Staat und den zivilgesellschaftlichen Organisationen öfter eine Art ‚Auftrag‘, das heißt Zuweisung von Projekten der Regierung an die Organisationen. Zusätzlich bestätigen viele Studien das fehlende Zurückgreifen auf das Gesetz sowie die begrenzte Ausübung von Demokratie und Teamarbeit innerhalb einer Stichprobe, die die arabischen Organisationen der Zivilgesellschaft repräsentieren. Eine dieser Studien zeigt, dass die Streitigkeiten innerhalb des Vorstandes bei den untersuchten Organisationen bis zu 70% ohne die Institutionen des Rechtssystems oder interne Regelungen gelöst werden³⁶.

1.3.2. Zivilgesellschaft in den GCC-Staaten

Trotz der Entwicklung und des Wachstums der zivilen Organisationen in manchen Ländern der GCC-Staaten seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts, besonders in Kuwait und Bahrain, erlebten sie erst Anfang des dritten Jahrtausends einen Wandel und sprunghaften

³⁵ الغانم، كوثر 2005: منظمات المجتمع المدني في دولة الكويت. الكويت: وكالة الأنباء الكويتية (كونا)، ص 27.

Al Khanem, Kawther 2005: Die Organisationen der Zivilgesellschaft in Kuwait. Kuwait: Kuwait News Agency KUNA, S. 27.

³⁶ Der fünfte Jahresbericht der arabischen zivilgesellschaftlichen Organisationen 2005, S. 11.

Anstieg auf der qualitativen und quantitativen Ebene. Dies war mit dem Ruf nach der Demokratisierung der Region, Offenheit der Welt gegenüber und der Adaption des Konzepts der Partnerschaft zwischen den öffentlichen und privaten Sektoren sowie der Zivilgesellschaft verbunden. Die GCC-Staaten tendierten im unterschiedlichen Maß zur Verringerung der Rolle des etatistischen Staates und zur Beteiligung der Institutionen der Zivilgesellschaft an der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit. Der politische Diskurs im Golf zielte ab Anfang des letzten Jahrzehnts auf die Aktivierung der Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen als Partner bei der Konfrontierung der Herausforderungen der humanen Entwicklung und auf die Wichtigkeit der Beteiligung dieser Organisationen bei sozialer Verantwortung ab. Laut einer Studie von *Baqer Salman Alnajjar*, die 72 zivilgesellschaftliche Organisationen in Kuwait (5), Bahrain (30), VAE (22) und Oman (15) umfasste, bestätigen 47%, dass sie Leistungen in Bereichen erbringen, die der Staat nicht abdeckt. Dazu gehören die Kinderbetreuung, Frauenrechte und verschiedene kulturelle und literarische Aktivitäten. Dieser Anteil variiert von 6,7% in Oman bis hin zu 80% in Kuwait³⁷.

Die Anzahl der Organisationen der Zivilgesellschaft in GCC umfasst ungefähr 10.000 Organisationen mit verschiedenen Aktivitäten. Die meisten von ihnen sind im Bereich der Wohltätigkeit auf religiöser Basis tätig (beispielsweise die Verteilung von Zakat und Almosengelder an Arme und Bedürftige). Die Organisationen mit menschenrechtlicher und entwicklungspolitischer Zielsetzung, wie z. B. Fachvereinigungen, Menschenrechtsverbände, Frauenverbände, Gewerkschaften, Vereine sind im Allgemeinen sowohl qualitativ als auch quantitativ schwach. Einige der Länder im GCC-Rat haben bis heute keine Gesetze und Vorschriften, die die Arbeit und Aktivität solcher Organisationen erlauben, wie z. B. in Saudi-Arabien und Oman.

Die arabische Region leidet unter fehlenden Informationen und Datenbanken im wissenschaftlichen Sinne. Die fehlende Transparenz, nicht nur in den Golfstaaten, sondern auch in allen arabischen Ländern, führt dazu, dass der Zugang zu Informationen, Daten und Statistiken schwierig ist. Auch sind die offiziell veröffentlichten Informationen nicht

³⁷ النجار، باقر سلمان 2008: الديمقراطية العنصرية في الخليج العربي، بيروت: دار الساقي، ص 285.
Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf. Beirut: Dar Alsaqi, S. 285.

unbedingt zuverlässig. Studien, die sich mit den sozialen Problemen befassen, die auf offizieller und sozialer Ebene keine Akzeptanz finden, sind in konservativen Ländern wie den Golfstaaten gar nicht oder sehr wenig zu finden. Viele soziale Phänomene, wie die Polygamie und deren Einfluss auf die Familie, Homosexualität, Prostitution, Findelkinder und Menschenhandel, werden von den Organisationen der Zivilgesellschaft vernachlässigt oder einfach gänzlich ignoriert. Sie befinden sich in einem Gebiet, das sozial und politisch nicht gewollt ist, wie das Beispiel der fehlenden Feldstudien und statistischen Studien über die sogenannten *Bidun* (Staatenlose) in GCC-Staaten zeigt. Diese sind Bürger, die zur Staatsbürgerschaft berechtigt sind, sie aber aus verschiedenen Gründen nicht erhielten.

Die Beziehung zwischen dem Staat und den Organisationen der Zivilgesellschaft ist dadurch bestimmt, dass der Staat die Quelle der Rechtsvorschriften und Gesetzgebung ist. Alle Regeln der Arbeit und Aktivität dieser Vereinigungen werden von ihm reguliert und er ist die Hauptquelle der Finanzierung. 100% der befragten Organisationen in Kuwait und 80% in Bahrain bestätigen, dass sie sich durch jährliche staatliche Subventionen finanzieren³⁸, und nur 4% glauben an ihren Fortbestand ohne staatliche Hilfe³⁹.

Der Staat fordert, um die finanziellen Leistungen zu erhalten, sich auf die Durchführung staatlich gewollter Projekte zu beschränken. Bei der Befragung bestätigten 40% in Kuwait und 57,9% in den VAE, dass diese Vorgehensweise vorherrscht⁴⁰. Des Weiteren gibt es eine Verwaltungsbehörde, die diese Aktivitäten überwacht und den Geschäftsablauf der Organisationen kontrolliert. In der Regel ist dies das Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten. Der Befragung zufolge sehen 96,9% der befragten Organisationen es so, dass die Beziehung mit dem Staat eine Aufsichtsbeziehung ist⁴¹.

Die Verfassungen und Gesetze der Länder im Golfkooperationsrat bestätigen im Allgemeinen die Freiheit und das Recht zur Gründung der Vereinigungen, die die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder gewährleisten. Aber in Wirklichkeit befindet sich eine Kluft zwischen diesen Gesetzen und den modernen Vorschriften anderer Länder, die die gesellschaftlichen Initiativen fördern und aktivieren. 49,3% der ausgewählten Organisationen sind der Meinung, dass die

³⁸ Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf. Beirut: Dar Alsaqi, S. 270.

³⁹ Ebd., S. 272.

⁴⁰ Ebd., S. 271.

⁴¹ Ebd., S. 266.

Gesetze ihre Aktivitäten einschränken, und 100% der kuwaitischen sehen die Notwendigkeit diese zu ändern⁴².

Die Gesetze der Länder des Rats unterscheiden sich bezüglich der Vorschriften der Organisationen der Zivilgesellschaft. An der Spitze der GCC-Länder stehen Kuwait und in gewissem Maß Bahrain. Saudi-Arabien und Oman haben erst vor kurzem Regulierungsgesetze für die zivilgesellschaftlichen Organisationen verabschiedet. Die Vorschriften dieser Länder unterscheiden sich voneinander bezüglich der Bestimmung der Kontrollen und Einschränkungen der Zulassung für die zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie erlegten ihnen nicht nur in den meisten Fällen die Kontrolle des Ministeriums für Arbeit und soziale Angelegenheiten auf, sondern hindern sie an der Ausübung jeglicher politischer Aktivität. Diese Länder unterscheiden sich auch voneinander in der Praxis gemäß der Natur des politischen Systems, der historischen und sozialen Entwicklung sowie der politischen Umstände im Land. Kuwait bildet tatsächlich im Vergleich zu den benachbarten GCC-Staaten eine Ausnahme bezüglich der Gesetzgebung und Regelung der Arbeit von Vereinen, Gewerkschaften und anderen Organisationen. Beispielsweise bildete der kuwaitische Gewerkschaftsbund, der im Jahr 1961 gegründet wurde, bis zur Gründung der Arbeiterunion in Bahrain im Jahr 2002 die einzige Arbeitsunion in den Ländern des Kooperationsrats. Dasselbe gilt auch für die nationale Union der kuwaitischen Studenten, die in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts gegründet wurde.

1.3.2.1. Die Einflussfaktoren auf die Organisationen der Zivilgesellschaft im Golf

Die meisten Studien über dieses Thema konzentrierten sich auf die folgenden Hauptpunkte:

- Die staatliche Rolle: Der gemeinsame Punkt zwischen den Ländern des Golfkooperationsrats ist die Rentenökonomie, die hauptsächlich auf Öl und Gas basiert. Der Staat erhält das Einkommen und verteilt es auf die gesellschaftlichen Sektoren. Hierin gründet die Kontrolle des Staates über die Gesellschaft und die gesellschaftlichen Organisationen. Die zivilen Organisationen verlieren dabei einen Großteil ihrer Unabhängigkeit und eigenen Entscheidung durch die Abhängigkeit von der staatlichen Finanzierung. Die staatliche Ausbeutung der Öleinkommen für die

⁴² Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf. Beirut: Dar Alsaqi, S. 265.

Bereitstellung kostenloser sozialer Dienstleistungen sowie die Verteilung eines Teils des Reichtums auf bestimmte soziale Gruppen, um politische Loyalität und Volksunterstützung zu erhalten, schwächt die Organisationen der Zivilgesellschaft und führt in einigen Fällen auch dazu, dass die Gründung dieser Organisationen nicht erforderlich wird.

- Der Freiheitsraum: Je größer dieser ist, desto mehr gedeihen die Organisationen der Zivilgesellschaft und desto ausgeprägter wird ihre Rolle, wie in Kuwait und Bahrain im Vergleich zu den anderen Ländern des Rats. In den VAE sehen sich nur 20% der ausgewählten Organisationen unabhängig vom Staat im Vergleich zu 60% in Kuwait und 51,7% in Bahrain⁴³.
- Der dritte Faktor ist hinderlich für die Entwicklung der Zivilgesellschaft im Golf, repräsentiert durch die islamistische und sektiererische Strömung in den Organisationen der Zivilgesellschaft. Diese wird zum großen Maße durch die drei Kriege im Golf vertieft. Diese Strömung schwächte und marginalisierte demokratische und zivile Kräfte, die eine unterstützende Rolle für die zivilgesellschaftlichen Organisationen spielen. Obwohl viele Organisationen offiziell als zivilgesellschaftliche Organisationen eingetragen sind, sind sie aber lediglich Machtstellen für religiöse Kräfte und sektiererische Agenden, die unter dem Deckmantel dieser Vereinigungen durchgeführt werden.
- Die einzigartige Bevölkerungskombination hinsichtlich der geringen Anzahl der Bürger im Vergleich zu den Ausländern in den Ländern des Rats, wobei Saudi-Arabien und Oman eine Ausnahme bilden. Einige Staaten erlaubten den Ausländern die Gründung von eigenen Vereinigungen, beispielsweise Bahrain, die Emirate und in gewissem Maß Kuwait. Dies führt aber zur Schaffung von zivilen Organisationen, parallel zu den einheimischen Organisationen und somit zur Schwächung der Position beider Parteien gegenüber dem Staat. Erwähnenswert ist, dass die anderen Länder des Rats den ausländischen Gemeinden kein Recht zur Gründung eigener Vereinigungen zusprechen.

⁴³ Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf, S. 267.

1.3.2.2. Die Haupthindernisse für die Institutionen der Zivilgesellschaft im Golf

Das wichtigste Hindernis ist das Fehlen des passenden rechtlichen Umfeldes, das mit entsprechender Gesetzgebung und Lockerung der Bürokratie verbunden ist. Es ist klar, dass es zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Staat eine Vertrauensdiskrepanz gibt. Der Staat fürchtet die „Absichten“ der Zivilgesellschaft und sieht in ihnen eine Bedrohung für den Fortbestand und die Stabilität seines politischen Systems. Der Staat versucht daher diese Organisationen zu kontrollieren und ihre Rolle dadurch einzuschränken, sie einzudämmen und zu schwächen sowie sie im Staatsapparat funktional zu integrieren. Dabei werden die vorhandenen Vorteile von Dienstleistungssektoren zivilgesellschaftlicher Organisationen verwendet, um Vorhaben zu erreichen, die später den Staat in einem positiven Licht darstellen sollen, sowie um die Bereiche abzudecken, in denen der Staat nicht mehr tätig war. Einige Studien beziehen sich auch auf die Entstehung einer neuen Taktik auf der politischen Bühne im Golf. Diese Taktik besteht in der Gründung von zusammengelegten Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen (*GNGOs*). Üblicherweise sind sie mit dem Staat verbunden und werden von staatlichen Persönlichkeiten geleitet. Diesen werden riesige Finanzmittel auf Kosten der wirklichen Institutionen der Zivilgesellschaft zugeteilt, die dementsprechend weniger bekommen.

Das zweite Hindernis entsteht im Zusammenhang mit der sozialen Umgebung: die Unfähigkeit zur Teamarbeit und gemeinsamen Handlungen, was die gemeinsame Arbeit und Koordination schwächt. Dies liegt zum großen Teil an der vorherrschenden gesellschaftlichen Kultur, die sich im Laufe der langen Jahrzehnten des nicht-partizipatorischen und nicht-demokratischen Regierens entwickelt hat. Die Volksbasis der zivilgesellschaftlichen Organisationen ist relativ schwach und begrenzt. Dies ist in hohem Maß auf den Mangel an freiwilliger Mitarbeit zurückzuführen.

In vielen Organisationen üben die Führungskräfte ihre Tätigkeit nur aufgrund von Sozialprestige aus und bleiben so von den Gruppen, deren Interessen und Bedürfnisse sie repräsentieren sollen, weit entfernt.

Das wichtigste Hindernis ist mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst verbunden. Der Problematik der Bildung von fähigen zivilgesellschaftlichen Organisationen liegen verschiedene Faktoren zugrunde: das fehlende *Good Governance*, die schwache

Machtverteilung innerhalb dieser Organisationen selbst und die Kontrolle bestimmter Personen oder Gruppen von Aktivitäten der Organisation und somit der Ausschluss anderer Mitglieder von der Beteiligung an der Politikformulierung und der Programmgestaltung der Organisation. Zusätzlich zu den fehlenden Freiwilligen, insbesondere unter den Jugendlichen, kamen die Schwäche der freiwilligen und gemeinsamen Arbeit sowie der schwachen und fehlenden Transparenz bezüglich der Verwaltung, Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht. Die befragten kuwaitischen Organisationen sind der Meinung, dass die Ineffizienz ihrer Aktivitäten bis zu 100% auf die Schwäche der Fachkompetenz ihrer Mitglieder zurückzuführen ist. Des Weiteren ergab die Befragung, dass 60% in Bahrain und 100% in Kuwait unter der geringen Anzahl an Freiwilligen leiden. Außerdem nimmt die Anzahl der vorhandenen Freiwilligen bis zu 60% in Kuwait ab. Dies ist der Befragung zufolge bis zu 80% durch den Rückgang der sozialen Werte der Freiwilligkeit begründet⁴⁴.

Die tribale Zugehörigkeit und die bestehenden Konstellationen in der Gesellschaft spiegeln sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen wider. Die religiöse Strömung mit den religiös motivierten Polarisierungen in den meisten Ländern des Rats haben die zivilgesellschaftliche Struktur geschwächt und führten dazu, dass ihre Organisationen zu religiösen oder konfessionellen Formationen gehören.

Neben der Abhängigkeit von der finanziellen Unterstützung des Staates sind viele Mitglieder der Organisationen Staatsangestellte, was den Verlust ihrer Unabhängigkeit, ihre Parität mit dem Staat und die Begrenzung ihrer Forderungen zur Folge hat.

Den meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen mangelt es an Professionalität bei der Verwaltung und Durchführung ihrer Programme.

Viele dieser Organisationen werden von einflussreichen Personen kontrolliert, die diese Organisationen für eigene Interessen ausnutzen. Somit werden diese Organisationen in Zentren umgewandelt, die durch Korruption, mangelnde Transparenz und fehlende interne Machtverteilung/-kontrolle gekennzeichnet sind.

⁴⁴ Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf, S. 289f.; 292.

1.3.3. Die wichtigsten Forschungsergebnisse

Die Auswertungen der Forschungen, verschiedenen Studien sowie der akademischen Arbeiten in Form von Artikeln, Büchern, wissenschaftlichen Berichten, Arbeitsblättern und den Berichten der an diesem Thema interessierten Forschungszentren führt zu zwei Hauptschwerpunkten, bei denen sich die Ergebnisse dieser Forschungen treffen. Der erste Schwerpunkt steht im Zusammenhang mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen und bezieht sich auf die rechtlichen Aspekte, die die Zulassung, Arbeit und Aktivitäten regulieren. Insbesondere sind dabei die rechtlichen Kontrollen, die diese Gesetze regeln, und die unmittelbare Überwachung der Regierung in Bezug auf die Arbeiten und Aktivitäten dieser Organisationen relevant. Der zweite Punkt bezieht sich auf die Fragen der Finanzierung: die Beschränkungen auf externe Finanzierungen sowie auf die durch die Regierungsfinanzierung auferlegten Bedingungen, einschließlich der Unterwerfung unter die staatliche Macht, zusätzlich zu der fehlenden privaten Finanzierung.

Der dritte Punkt betrifft die Versuche der Regierung, die Aktivitäten dieser Organisationen zu durchdringen und an ihrer Stelle biegsame Organisationen zu gründen. Zusätzlich zu der zunehmenden politischen und sektiererischen Polarisierung der Tätigkeiten dieser Organisationen kommt das fehlende *Good Governance* bei der Verwaltung dieser Organisationen zur Bekämpfung der Korruption und Vetternwirtschaft, zum Zuge.

Der zweite Schwerpunkt hängt mit den Fragen der Zivilgesellschaft zusammen. Dazu gehören die mangelhaften Rechtsvorschriften bezüglich der Zivil- und Frauenrechte, die Problematik, die mit der schnellen Modernisierung in der Gesellschaft entstand, sowie die Widersprüche zwischen den alten und neuen Strukturen und die staatliche Kontrolle der Gesellschaft und deren Eindringen in ihre Angelegenheiten. Der vierte Punkt konzentriert sich auf die traditionellen und konservativen Strukturen sowie auf die tribalen Verbindungen, die noch immer starken Einfluss auf die Organisationen der Zivilgesellschaft im Golf ausüben. Zusätzlich dazu kommt die demographische Lage, in der die einheimischen Bürger nur eine Minderheit in ihrem eigenen Land bilden. Dadurch bilden die potentiellen wirtschaftlichen Akteure auch eine Minderheit, was dazu führt, dass die Zivilgesellschaft schwach und fragil wird.

Diese Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die Zivilgesellschaft sich in den Ländern des Golfkooperationsrats hinsichtlich der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen noch in der Phase der Gestaltung und Bildung befindet. In diesem Zusammenhang gibt es einen Unterschied zwischen den Ländern des Rats bezüglich der Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Organisationen kraft der Verschiedenheiten dieser Länder hinsichtlich der historischen Erfahrungen, der politischen Entwicklung und des Maßes der Entwicklung ihrer politischen Institutionen und der Herauskristallisierung der intellektuellen und politischen Kräfte und Trends sowie der Natur der Beziehung zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft. Trotz der Anerkennung dieser Unterschiede zwischen den Ländern des Rats bezüglich der Wirksamkeit der Institutionen der Zivilgesellschaft bleibt ihre Rolle im Allgemeinen begrenzt. Dies ist auf die großen Erweiterungen des Staatsapparats und der Institutionen während der Zeit des Ölbooms und der Erweiterung ihrer Rolle im Bereich der Erfüllung der Bedürfnisse ihrer Bürger zurückzuführen. Dies verringert in der Praxis die Rolle der Institutionen der Zivilgesellschaft. Außerdem agieren die bestehenden Institutionen nicht wirklich unabhängig vom Staat. Auch die vielen internen Probleme in diesen Institutionen wirken sich negativ auf ihre Rolle aus. Obwohl sich aktive Institutionen innerhalb der Zivilgesellschaft befinden, die im politischen Bereich tätig sind, insbesondere in Kuwait und Bahrain, bleiben sie jedoch von Wohltätigkeitsaktivitäten dominiert.

1.4. Der Grad an Institutionalisierung der arabischen zivilgesellschaftlichen Organisationen

Es muss berücksichtigt werden, dass die Zivilgesellschaft keine homogene Einheit darstellt, da sie eine menschliche Erscheinung ist. Einflüsse und Interaktionen sind in verschiedenem Umfang und unterschiedlichen Ebenen zwischen dem Forschungsthema und der politischen und legislativen Umgebung einerseits und dem kulturellen und sozialen Umfeld andererseits vorhanden. Diese formieren einige Schlüssel- und Subindikatoren, die die Wirksamkeit der arabischen zivilgesellschaftlichen Organisationen beeinflussen. Der erste Indikator betrifft die personellen und materiellen Kapazitäten der Organisation (Arbeiter, Freiwillige, Bildungshintergrund, Kompetenzen, Finanzierung etc.), der zweite die soziale und kulturelle Umgebung, die Natur der vorherrschenden Werte in der Gesellschaft in Bezug auf die Freiwilligkeit, politische Kultur, Teamarbeit, das Bewusstsein für die Rolle des Staates, den

Einfluss der Religion, der Konfession und des Stammes sowie schließlich der Rolle der Frauen.

Drittens ist die politische und gesetzgebende Umgebung zu berücksichtigen. Diese umfasst den die zivilen Aktivitäten unterstützenden beziehungsweise einschränkenden politischen Diskurs sowie die Ausübung einer Politik, die die Unterschiedlichkeit, Gesetze und demokratisches Handeln respektiert. Des Weiteren zählen Gesetze, die die Zivilgesellschaft unterstützen und den Weg dafür ebnen, ebenso dazu.

Auf dieser Grundlage wird die Zivilgesellschaft durch einen kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenhang beeinflusst.

Der Grad an Institutionalisierung von Organisationen beziehungsweise Institutionen unterscheidet sich voneinander und so unterscheidet sich auch ihre Effektivität. Gemäß Samuel Huntington wird das Ausmaß der Institutionalisierung anhand vier Normen bestimmt, die angewandt werden können, um den Umfang der Entwicklung einer Institution oder Organisation zu messen⁴⁵. Jede Norm enthält Subindikationen, die auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen in der arabischen Welt angewandt werden können. Diese sind:

Adaptability – Rigidity

Dies bedeutet die Fähigkeit einer Institution sich an die Entwicklungen der Umgebung, in der sie arbeitet, anzupassen. Je stärker die Fähigkeit zur Anpassung ist, desto effizienter wird die Institution, während Rigidität zu ihrem allmählichen Verschwinden führt.

Die Anpassungsarten umfassen die zeitliche Anpassung (*chronological*), die Anpassung über Generationenwechsel (*generational age*) und die funktionelle Anpassung (*functional*).

Die zeitliche Anpassung beschreibt die Fähigkeit zum langfristigen Fortbestand. Je länger die Institutionen fortbestehen können, desto größer ist das Ausmaß ihrer Institutionalisierung.

Die Fähigkeit der Institution zum Fortbestand im Laufe von Generationswechseln in den Führungspositionen wird durch das „*generational age*“ gemessen. Wenn die Institution das Problem der Nachfolge beseitigen kann, d. h. eine Führungsperson friedlich wechselt, wird

⁴⁵ Huntington, Samuel P. 1965: Political Development and Political Decay, in: World Politics, Vol. 17, No. 3 (Apr., 1965), S. 386-430.

das Ausmaß ihrer Institutionalisierung größer. Dies ist ein Beweis für die Flexibilität der Institution, die Anforderungen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu erfüllen.

Die Fähigkeit der Institution, Änderungen an ihren Aktivitäten vorzunehmen, um sich an neue Umstände so anzupassen, dass sie nicht nur ein Werkzeug zur Erreichung eines bestimmten Zweckes ist, wird als funktionelle Anpassung bezeichnet.

Wenn diese Normen auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen in der arabischen Welt angewandt werden, kann festgestellt werden, dass viele dieser Organisationen einen provisorischen Charakter haben. Ein Großteil verschwindet kurze Zeit nach ihrer Errichtung wieder. Auch sind viele davon mit dem Gründer oder den Gründern eng verbunden und verschwinden in den meisten Fällen mit dem Ausscheiden der ersten Generation der Gründer⁴⁶. Im Allgemeinen werden die festen Grundlagen negiert, die der Institution den Fortbestand gewährleisteten, solange die Auflösung eines Vereins, Verbandes oder einer Organisation mit einem administrativen Auftrag vom zuständigen Minister verbunden ist. Diese Faktoren beschränken den Fortbestand einer Institution und das Weiterbestehen ihrer Aktivität, die ihre Existenz verstärkt und untergräbt somit den potenziellen Druck, den sie ausüben könnte.

Autonomy – Subordination

Damit ist gemeint, dass die Institution bzw. die Organisation nicht einer anderen Institution oder Gruppe untersteht oder von dieser abhängig ist, so dass diese ihre Ausrichtung und Aktivitäten kontrollieren. Wenn diese Norm auf die arabischen zivilgesellschaftlichen Organisationen angewendet wird, dann wird ersichtlich, dass die Gründung und Ausübung der Aktivitäten der meisten Organisationen im verschiedenen Ausmaß der Regierung vorbehaltlich unterworfen sind. Diese Organisationen sind abhängiger als die im Westen und sie sind in einer ungünstigeren Lage, die gegenseitigen Interaktionen mit der Regierung zu beeinflussen.

⁴⁶ إبراهيم، حسنين توفيق 2007: تطور دراسة المجتمع المدني في دول مجلس التعاون الخليجي. دبي: مركز الخليج للأبحاث، ص 22 وما بعدها.
Ibrahim, Hasanin Tawfeek 2007: Die Entwicklung des Studiums der Zivilgesellschaft im GCC. Dubai: Gulf Research Center, S. 22ff.

Damit eine Institution aufblühen, sich weiterentwickeln und dauerhaft entfalten kann, muss sie ihre Unabhängigkeit bewahren, die ihr ermöglicht, ihre Vernetzungen und Beziehungen sowie Allianzen so zu bilden, dass sie ihren Interessen dienen können.

Die Organisationen in der arabischen Welt haben in der Regel zwei Optionen: Entweder geben sie ihre Existenz als freie oder relativ unabhängige auf, um ihre sozialen zivilen Aktivitäten ausüben zu dürfen, oder sie wandeln sich in Anhänger der Regierung und somit in eins ihrer Werkzeuge. Diese Abhängigkeit vom Staat ist zum größten Teil auf die Finanzierung zurückzuführen. Diese Organisationen können ihre Kosten sowie Ausgaben für Aktivitäten ohne die Finanzierung der Regierung oder einer anderen Gruppe nicht decken. Dies führt dazu, dass sie Anhänger des Geldgebers werden, somit ihre Unabhängigkeit verlieren und sich dann in ein Podium für parteiische und ideologische Ausrichtungen wandeln.

Der Umfang der Unabhängigkeit der Institutionen der Zivilgesellschaft vom Staat kann anhand folgender Indikationen gemessen werden:

Die Gründung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und die entsprechenden staatlichen Beschränkungen. Die Organisationen sollten frei gegründet werden können, was in den meisten arabischen Ländern nicht der Fall ist.

Die finanzielle Unabhängigkeit der Institutionen der Zivilgesellschaft. Dies wird bei der Bestimmung der Finanzierungsquellen relevant: ob sie durch die Regierung, externe Akteure, von Mitgliedsbeiträgen und Spenden oder durch Renditen auf einige ihrer Produktions- und Dienstleistungstätigkeiten finanziert wird. Die finanzielle Unabhängigkeit stellt einen Schutz für die Bewegungsfreiheit dar und ist ein Hauptfaktor für das Fortbestehen jedweder Organisation. Der Geldgeber ist in der Regel der Entscheidungsträger. Bemerkenswert ist, dass die meisten arabischen zivilgesellschaftlichen Organisationen von der Regierung oder internationalen Institutionen finanziert werden. In Folge dessen wird die Organisation dazu gezwungen eine Politik zu verfolgen, die nicht unbedingt ihrer Sicht entspricht. Somit unterliegt sie der Finanzierungsquelle.

Die Extension der Unabhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Institutionen beim Regeln ihrer internen Angelegenheiten und der Formulierung ihrer Politik laut ihrer internen Vorschriften und Regelungen wird Verwaltungs- und Organisationsunabhängigkeit genannt. Bemerkenswert ist es, dass in den meisten arabischen Staaten diese Organisationen einem der

Ministerien unterliegen. Sie mischen sich auch in alle ihre Angelegenheiten ein, einschließlich der Ernennung des Vorstandes. Dies führt dazu, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft der Kontrolle des Staates unterliegen und somit unwirksam werden⁴⁷.

Complexity – Simplicity

Dies bedeutet die Vielfältigkeit der vertikalen und horizontalen Ebene innerhalb einer Organisation, m. a. W. die vielseitigen Regulierungsstellen und die internen hierarchischen Ebenen einerseits sowie ihre breite geographische Verbreitung andererseits. Je mehr und vielfältigere Untereinheiten es innerhalb der Organisation gibt, desto stärker ist die Fähigkeit der Organisation, die Fortsetzung ihrer Aktivitäten zu gewährleisten.

Die Institution mit vielen Zielen ist eher in der Lage sich anzupassen, sollte eines dieser Ziele verfehlt werden oder die Organisation an einem Ziel scheitern, als Institutionen mit einem einzigen Ziel. Die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen in der arabischen Welt sind durch ihre einfache Organisationsstruktur und durch die fehlende Vernetzung auf arabischer, regionaler und lokaler Ebene gekennzeichnet. Die meisten davon konzentrieren sich auf die Haupt- und Großstädte und haben keine Vertretungen in den kleineren Städten oder den ländlichen Gebieten, was ein Hindernis bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten darstellt⁴⁸.

Coherence – Disunity

Dies bedeutet, dass es keine internen Streitigkeiten innerhalb der Institution gibt, die ihre Aktivitäten negativ beeinflussen könnten. Wenn Streitigkeiten innerhalb einer Institution aus persönlichen Gründen entstehen und deren Lösung gewaltsam ist, dann ist dies ein Beweis für das Scheitern der Institution. Sollte jedoch eine Spaltung in der Institution aufgrund der Streitigkeiten hinsichtlich der Aktivitäten oder der Methoden ihrer Entwicklung drohen und die Lösung dafür friedlich sein, dann ist dies ein Beweis für die positive Entwicklung.

ابراهيم، حسنين توفيق 2001: بناء المجتمع المدني. المؤشرات الكمية و الكيفية، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 683-716، هنا ص 697 و ما بعدها.

Ibrahim, Hasanin Tawfeek 2001: Aufbau der Zivilgesellschaft. Quantitative und qualitative Indikatoren, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 683-716, hier S. 697.

الصبيحي، أحمد شكر 2008: مستقبل المجتمع المدني في الوطن العربي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 34.

Alsubaihi, Ahmed Shuker 2008: Die Zukunft der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 34.

Die Wichtigkeit der Zivilgesellschaft liegt in ihrer Vielfältigkeit, der dynamischen Kreativität und ihrem gesellschaftlichen Änderungspotenzial. Die Kohäsion innerhalb der zivilgesellschaftlichen Organisationen ist nicht die Regel, da viele dieser Organisationen ein Raum für Konkurrenz und Heterogenität sind, aber wenn die Patterns der Beziehungen auf der Grundlage von Zusammenarbeit, Koexistenz und Wettbewerb auf Kosten der feindlichen und ausschließenden Beziehungen und Streitigkeiten zwischen Kräften der Organisationen der Zivilgesellschaft verstärkt werden, ist dies ein positiver Beweis für die Vitalität dieser Gesellschaft.

Zusätzlich dazu spielt die Ausübung der Demokratie auf der internen Ebene innerhalb der Institution eine wichtige Rolle bei der Bestimmung des Grades an Institutionalisierung. Durch die Verpflichtung der Institution zur Demokratie bei der Verwaltung ihrer internen Angelegenheiten kann sie die Gefahren interner Spaltungen vermeiden. Der Umfang der internen Demokratie einer Institution kann durch die Art und Weise wie die Führungspositionen bekleidet werden und inwieweit die Wahlen als Methode angewandt werden, um diese Positionen zu belegen, gemessen werden, ebenso danach, wie die Entscheidungsfindung innerhalb der Institution getroffen wird und inwieweit dies demokratisch durchgeführt wird, ohne dass eine einzige Person oder Gruppe bei dieser Entscheidung das letzte Wort hat.

Wenn dies auf die Organisationen der Zivilgesellschaft in den meisten arabischen Ländern angewandt wird, wird es klar, dass viele von ihnen durch fehlende Kohärenz gekennzeichnet sind, insbesondere wenn diese Organisationen die Rolle der politischen Parteien zu spielen versuchen. Es entstehen Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Gruppen und den Vorständen der Organisationen und Gewerkschaften aus ideologischen und teilweise auch aus persönlichen Gründen. Diese Streitigkeiten sind ein Hindernis für die Institutionen beim Spielen einer wirksamen Rolle. Die Politikformulierung der meisten Organisationen der arabischen Zivilgesellschaft wird mit wenigen Ausnahmen in der Regel von einer bestimmten

Personengruppe durchgeführt, die den Mechanismus der Entscheidungsfindung monopolisiert, der in den meisten Fällen impulsiv und unvorbereitet abläuft⁴⁹.

In diesem Zusammenhang muss man einen weiteren wichtigen Punkt in Erwägung ziehen. Der Rentierstaat im Golf gibt großzügig Geld für Sozialleistungen aus, insbesondere Bildung, Gesundheit und Wohnungswesen, bis er eine Wohlstandsgesellschaft geworden ist. Aber während die westlichen Wohlstandsstaaten dies durch akkumulierte soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklungen über Jahrzehnte erreicht haben, in denen sich Produktionskräfte und die sozialen und wirtschaftlichen Formationen herauskristallisiert haben, die das Standbein der Organisationen der Zivilgesellschaft bildeten, gelangten die Golfstaaten innerhalb von nicht einmal zwei Jahrzehnten in die Phase des Wohlstandsstaates. Deshalb hatten die Gesellschaften dieser Länder nicht genügend Zeit zur Entwicklung und Modernisierung der sozialen und wirtschaftlichen Formationen, die einerseits fähig sind die Lasten des Produktionsprozesses und der Dienstleistungen zu tragen und andererseits gewillt sind zivile Organisationen zu gründen, die Partizipation und Transparenz fordern sowie den Staatsapparat überwachen und zur Rechenschaft ziehen können.

1.5. Eine Annäherung an die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und speziell den Golfstaaten

Um die Politik in der arabischen Region und speziell im Nahen Osten zu verstehen, insbesondere die Aufruhre, Revolutionen, Kriege für Unabhängigkeit und Militärputsche nach der Unabhängigkeit, konzentrierten sich viele auf diesem Gebiet interessierte Forscher auf die Strukturen und die offiziellen Institutionen des Staates und der Gesellschaft. Dabei werden die von Eickelman so genannten „*subtle forces*“⁵⁰, die die Basis der zivilen Aktivitäten in dieser Region bilden, vernachlässigt und: „*They have [...], been overlooked by observers*

⁴⁹ خربوش، محمد صفي الدين 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 717-722.

Karubsh, Mohammed Safi Alldin 2001: Kommentar, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 717-722.

⁵⁰ Eickelman, Dale F. 1996: Foreword, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.) 1996: Civil Society in the Middle East, Volume Two. Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, S. ix-xiv, hier S. ix.

intent on seeking exact correspondence with the formal institutions of 'Western' civil society“⁵¹.

Die moderne historische Erfahrung zeigt, dass die Entstehung der modernen Zivilgesellschaft zeitgleich mit der Entstehung des zeitgenössischen Staates erfolgte. Dies ist auch in den Golfstaaten der Fall. Dort entstanden die Organisationen der modernen Zivilgesellschaft kurz vor bzw. zusammen mit der Entstehung des modernen Staates. Aber dies bedeutet auf keinen Fall die Abwesenheit von Samen für soziale Formationen, die die Funktionen der Zivilgesellschaft erledigten bzw. übernahmen. Zum Teil bildeten sie eine Barriere zum Schutz der Individuen gegen die staatliche Macht und Willkür und zum anderen übten sie Einfluss auf den Staat aus, um die Rechte und Interessen aller Bürger zu garantieren und zu gewährleisten. Der Stamm, die Sippe und die Familie stellen intermediäre Institutionen zwischen dem Individuum, das einer dieser Institutionen angehört, und der zentralen Macht dar. Die Oberhäupter größerer Familien, die Führer der Stämme und Sippen und der Klerus bildeten die funktionale Äquivalenz für die zivilgesellschaftlichen Organisationen. Der Herrscher griff immer auf sie zurück, um ihren Rat und ihre Meinungen bei wichtigen Angelegenheiten einzuholen. Ihrerseits vermittelten sie beim Herrscher wegen der Bedürfnisse und Interessen ihrer Mitglieder.

Nachdem Großbritannien während des achtzehnten Jahrhunderts Indien beherrschte und somit die wichtigste militärische Kraft an den Küsten des Golfs und der Arabischen Halbinsel wurde, unterwarf es dann die Stammeseliten durch eine Mixtur vom zunehmendem Schutz und der Förderung einiger Eliten auf Kosten der anderen. Dazu kamen Vereinbarungen und Verträge mit einigen Stämmen und die Bereitstellung von Geld und Waffen für andere Stämme als Gegenleistung für ihren Beitrag beim Schutz der Post- und der Handelswege oder auch durch die Verwendung der militärischen Macht gegen andere. Mit der Anerkennung und Unterstützung von Großbritannien wandelten sich die meisten Stammeseliten, die den Golf heute beherrschen, ab Anfang des neunzehnten Jahrhunderts in Herrscherfamilien.

⁵¹ Ebd., S. x.

Im Rahmen ihrer ständigen Versuche ihre Position als Herrscherfamilien aufrechtzuerhalten hatten die herrschenden Eliten im Golf keinen Erfolg beim Etablieren einer legitimen Basis zur Rechtfertigung ihrer Herrschaft. Zumal sie historisch die Herrschaft durch die Festlegung Großbritanniens in ihren Ländern innehatten. Diese Herrscherfamilien versuchten ihre Existenz manchmal auf religiöser oder auf traditioneller Basis zu rechtfertigen, aber es gelang ihnen nicht, eine vollständige Ideologie für die Rechtfertigung ihrer Herrschaft zu errichten. Stattdessen schwächten sie die ideologische Annäherung an die Politik durch die Förderung der Konsumentenkultur und Werte⁵² und durch den Versuch, „[...] *people from the marketplace of ideas to the marketplace*“⁵³ zu bewegen.

Aber diese restriktive Umwelt für die politische Aktivität und das Verbot politischer Parteien wie in GCC-Staaten bspw. sowie die fehlende klare Einzeichnung der öffentlichen Arena führte unbeabsichtigt zur Erweiterung des öffentlichen Diskurses und zur Schaffung eines tiefen Vakuums, das die Opposition zu füllen versuchte.

Die Tatsache, dass der Staat den öffentlichen Raum und die offiziellen Institutionen der Zivilgesellschaft kontrolliert, zeigt die Signifikanz der traditionellen apolitischen Institutionen, wie zum Beispiel der Moscheen, *Diwaniyyat* (Plural für *Diwaniyyah*) und der schiitischen Kondolenzveranstaltungen, auf der politischen Bühne und ihre Versuche, dabei eine politische Rolle spielen zu können und als Inkubator für die gesellschaftlichen Aktivitäten zu fungieren. „*In much of the middle East, however, the problem is not the excessive politicization of civil society, but the de-politicization of public life*“⁵⁴.

Obwohl die arabischen Regierungen den Islamisten nur in dem Maße halfen, wie es für diese Regierungen nützlich war, trugen sie durch die Beschränkung des zivilen Lebens mittelbar zu ihrem Aufstieg bei. An jeder Stelle, an der die Regierung die Unabhängigkeit und Freiheit der Aktivitäten der zivilen Organisationen, Gewerkschaften und Verbände verhinderte, füllten die islamistischen Gruppen und Organisationen diese Lücken unverzüglich wieder auf. Auf dieser Grundlage kann man sagen, dass die islamistischen Gruppen und deren Wohltätigkeitsorganisationen die staatliche Schwäche bei der Erbringung der sozialen

⁵² Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf. Approaches to the Study of Civil Society in the Gulf, S. 273f.

⁵³ Ebd., S. 273f.

⁵⁴ Norton, Augustus Richard 1996: Introduction, S. 15.

Dienstleistungen und Stärkung der Infrastruktur zu ihren Gunsten ausnutzten, um eine wichtige Stellung in der arabischen Gesellschaft zu erlangen.

Um die Forschung zur arabischen Zivilgesellschaft auf die richtige Schiene zu bringen, darf man nicht nur die modernen Organisationen der Zivilgesellschaft betrachten. Vielmehr muss auch das kulturelle und spirituelle Erbe, welches in der sozialen Bildung des arabischen Individuums verwurzelt ist, in Erwägung gezogen werden. Wer die arabische Region studieren will, sollte das Dorf, den Stamm, die Sippe sowie die Konfession und deren Einfluss auf die Bildung des Individuums betrachten. Wenn man die soziale und kulturelle Bildung der gesellschaftlichen Akteure und die Kräfte hinter ihrer Fähigkeit zum Verhalten, Sprechen, Überzeugen und Mobilisieren zu einer gemeinsamen Aktivität in der arabischen Welt zu behandeln beabsichtigt, darf man die traditionellen Institutionen nicht ausschließen. Diese haben erhebliche Auswirkungen - nicht nur in der Bildung des Staates und auf seinen politischen und sozialen Horizont, sondern auch in der Bildung der Zivilgesellschaft hinsichtlich ihrer Stabilität, ihres Fortbestands, ihrer Mechanismen und Denkweisen.

Verschiedene Studien über Gesellschaften in der Region und im arabischen Golf bestätigen, dass die inoffiziellen Versammlungen und Vernetzungen, die auf Verwandtschaft, Nachbarschaft, den sektiererischen und ethnischen Beziehungen basieren, eine wichtige Rolle im politischen Leben dieser Gesellschaften spielen. Viele dieser Versammlungen und Netzwerke für breite Sektoren tragen zur Lösung der alltäglichen Probleme der Bevölkerung bei. Zusätzlich spielten sie auch eine Rolle dabei, die sozialen Systeme kontinuierlich und lebensfähig zu halten⁵⁵.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen entstanden in vielen Ländern der Dritten Welt in Afrika und Lateinamerika gemäß Normen und Maßstäben, die der westlichen Zivilgesellschaft nicht unbedingt entsprechen. Die Organisationen der Zivilgesellschaft in diesen Ländern, einschließlich der arabischen, wurden gemäß den Gegebenheiten des gegenseitigen Vertrauen und persönlicher Verbindungen und Interessen gegründet, die manchmal Überlappungen in den Familien-, Stammes- und Konfessionsverbindungen

⁵⁵ Siehe dafür die Studie über die politische Rolle, die die Hawza in Iran spielen, in: Bill, James A. 1973: The plasticity of informal politics. The case of iran, *The Middle East Journal* 27, No. 2 (Spring 1973), S. 131–151.

aufweisen. Das Problem liegt hierbei darin, dass die Effizienz der Zivilgesellschaft nicht auf die Errichtung moderner Organisationen beschränkt oder bedingt ist, sondern es liegt in der politischen Applikation, auf die der arabische Staat und die Oppositionskräfte zugreifen. Diese Verwendung belebt auf die ein oder andere Weise die primordialen Formationen in modernen Rahmen und Praktiken.

Die Konstellation der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und speziell im Golf führt dazu, dass man auf eine Definition der Zivilgesellschaft als Matrix für institutionelle Regelungen verzichten muss, die zu politischen, kulturellen und sozialen Räumen gehören, die par force modern sind. Außerdem muss auf die Schwarz-weiß-Definition dieses Begriffes verzichtet werden. Diese würde bedeuten, dass die Zivilgesellschaft in einer bestimmten Form vorhanden sein muss oder sie existiert nicht⁵⁶. Deshalb muss die Zivilgesellschaft nicht im Rahmen der politischen, kulturellen und historischen Erfahrung der westlichen Gesellschaft und der Begriff selbst nicht statisch behandelt werden⁵⁷. Darüber hinaus sollte der Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ nicht idealisiert werden. Norton stellt fest, dass *„often, one has the sense that civil society is so pristinely defined that it could not possibly exist anywhere“*⁵⁸.

Die Wichtigkeit des Konzepts der Zivilgesellschaft im arabischen Kontext liegt in der Möglichkeit es zu verwenden, um die Beziehungen zwischen den sozialen Strukturen einerseits und andererseits zwischen dem Staat und den Marktkräften zu beschreiben, analysieren und erklären. Des Weiteren kann es als analytisches Werkzeug genutzt werden, um die politischen und wirtschaftlichen Interaktionen zwischen staatlicher Politik und der Gesellschaft zu verstehen, sowie als passender Mechanismus zum Erfassen der sozialen Akteure in der politischen und sozialen Bewegung.

Viele westliche Studien konzentrierten sich auf die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt als entsprechender Mechanismus für die Transition zur Demokratisierung und die friedliche Machtübergabe nach dem Vorbild der osteuropäischen Länder. Dabei gingen sie davon aus, dass die wohltätigen, sozialen, politischen und religiösen Organisationen sowie die

⁵⁶ Vgl. Carapico, Sheila 1998: Civil Society in Yemen. The political economy of activism in modern Arabia. London: Cambridge University Press, S. 12.

⁵⁷ Vgl. Nonneman, Gerd 2001: State of the art. Rentiers and autocrats, monarchs and democrats, state and society. The Middle East between globalization, human ‘agency’, and Europe. International Affairs, Vol. 77, 2 (2001), S. 141-162. Siehe auch: Diamond, Larry 1994: Toward Democratic Consolidation, in: Journal of Democracy 5, Juli 1994, S. 4-17, hier S. 6f.

⁵⁸ Norton, Augustus Richard 1996: Introduction, S. 5.

Interessenverbände wichtige Akteure sind und eine wesentliche Rolle auf dem Weg zu politischer Veränderung und dem Übergang zur Demokratie spielen können. Die Erwartungen dieser Studien erreichten auf einem bestimmten Level ihr Limit. Norton nimmt an, dass die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt die Möglichkeit und Fähigkeit besitzt, sich selbst zu stärken und eine starke Basis für die Vertiefung der Erfahrungen bildet, die Regierungen zur Rechenschaft ziehen zu können. Dies bedeutet indes nicht zwangsläufig, dass die Zivilgesellschaft ein wirksames Mittel zur Demokratisierung ist oder isoliert vom Staat existieren kann⁵⁹. Richard Norton bezieht sich darauf, dass es keine zulängliche Beziehung zwischen der Zivilgesellschaft und der Demokratisierung gibt. „*Societies do not take two tablets of civil society at bedtime and wake up the next morning undergoing democratization*“⁶⁰.

Dies veranlasste viele Intellektuelle dazu die Wirksamkeit der Beziehung zwischen Demokratisierung und der Existenz zivilgesellschaftlicher Organisationen zu untersuchen. Rex Brynen weist darauf hin, dass Rumänien trotz der fehlenden zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Fortschritt in Richtung Demokratisierung machte⁶¹. Außerdem kann auch nicht angenommen werden, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen die demokratischen Werte zwangsläufig unterstützen: „*Indeed some elements of contemporary civil society support the authoritarian state and its abusive exercise of power*“⁶².

Viele Studien kommen zum Ergebnis, dass die starken Organisationen der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt, die potentielle Träger für diesen Übergang sein können, meistens islamistische Organisationen sind, die nicht unbedingt die demokratischen Werte adaptieren wollen oder diese respektieren und die in diesen Werten keine Grundlage für die Legitimität der Herrschaft sehen, sondern nur ein entsprechendes Instrument und geeignetes Mittel um die Macht zu erreichen⁶³.

⁵⁹ Norton, Augustus Richard 1996: Preface, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.) 1996: Civil Society in The Middle East, Vol. 2. Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, S. xv.

⁶⁰ Norton, Augustus Richard 1996: Introduction, S. 6.

⁶¹ Brynen, Rex 2005: Democratic Dominoes? <http://dayan.tau.ac.il/commentary/dominoes-brynen.pdf>, abgerufen am 23.07.2013.

⁶² Norton, Augustus Richard 1996: Preface, S. xv.

⁶³ Siehe mehr dazu die Werke von Vali Nasr, darunter: Nasr, Vali Seyyed Reza 2005: The Rise of “Muslim Democracy“, in: Journal of Democracy, Volume 16, Number 2, April 2005, S. 13-27.

Etliche Untersuchungen stimmen überein, dass die Gesellschaften im Golf bezüglich ihrer sozialen und politischen Struktur traditionell sind⁶⁴. Aber trotz der scheinbaren Ruhe in ihrem heutigen Zustand umfassen sie viele Möglichkeiten für die Änderung und Umwandlung⁶⁵. Norton stellt fest, dass „*Ironically, the best opportunity to create a vibrant civil society may come in those states widely viewed as 'traditional' or 'backward'*“⁶⁶.

Im Gegensatz zu den anderen arabischen Staaten sind die Golfstaaten ab den sechziger Jahren gegründet worden. Der zunehmende Wandel der wirtschaftlichen Struktur dieser Länder führte zum Wandel des Stammes-Staates zu einem modernen Staat hinsichtlich der Erweiterung der staatlichen Apparate, der Vielfältigkeit seiner Funktionen und der Verteilung der Arbeit. Sein kognitiver und kultureller Aufbau blieb jedoch, in dessen Rahmen der Staat unverändert weiterarbeitete. Die Familie, der Stamm und die Sippe bestimmen noch die Natur der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft und auch die Beziehung zwischen dem Staat und anderen Staaten auf regionaler Ebene. Dieses Dreieck stellt durch die Stärke seiner Elemente und die Hoheit seiner Werte eine Institution dar, die meistens die Kontrolle über die staatlichen Institutionen hat. Es ist keine Übertreibung, dass der Staat an vielen Stellen lediglich eine Erweiterung für die Allianzen und Korporationen um dieses Dreieck darstellt. Der syrische Poet Adonis sagte dazu, dass „*The tribal and sectarian structure has not disintegrated, and has not melted down into the new structure of democracy and the democratic option*“⁶⁷.

Die soziale Vernetzung um Gruppen von Stamm, Familie und Sippe spielt zwei wesentliche Rollen: Einerseits schützt sie das Mitglied einer dieser Gruppen vor Autorität und Repression des Staates und „*[...] to cushion the effects of government autocracy and remove some of its sting [...]*“⁶⁸. Andererseits repräsentiert sie die Mitglieder dieser Gruppen und vertreten ihre Interessen gegenüber dem Staat⁶⁹. Jedes Mitglied profitiert von der Unterstützung seines Stammes und von den durch ihn gewährleisteten wirtschaftlichen und sozialen

⁶⁴ Herb, Michael 1999: All in the Family. Absolutism, Revolution, and Democracy in the Middle East Monarchies. Albany: State University of New York Press.

⁶⁵ Barry, Rubin (Hrsg.) 2001: Crises in the Contemporary Persian Gulf. London; Portland; Or: Frank Cass.

⁶⁶ Norton, Augustus Richard 1995: Introduction, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.) 1995: Civil Society in The Middle East, Vol. 1. Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, S. 1-26, hier S.14.

⁶⁷ Ein Interview mit Adonis am 14.12.2006: Renowned syrian Poet 'Adonis': We, in Arab Society, do not Understand the Meaning of Freedom. <http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/1978.htm>, abgerufen am 21.07.2013.

⁶⁸ Kostiner, Joseph 2009: Liberalization and its Limits in the Gulf states, S. 27.

⁶⁹ Ayubi, Nazih N. 2006: Over-Stating the Arab State. Politics and Society in the Middle East. London; New York: I.B.Tauris, new Edition.

Dienstleistungen sowie von der sozialen Stellung, die diese Gruppen ihren Mitgliedern in Gesellschaften von Staaten verleiht, die bis dato die Gründung politischer Parteien gesetzlich verbieten. Dadurch gewinnen diese Gruppen einen legitimen offiziellen Rahmen zur Vertretung ihrer Mitglieder und haben somit die Fähigkeit zur Selbsterhaltung, die von Joseph Kostiner in seinen so genannten „time-honored codes“ zusammengefasst wird⁷⁰. „[...] such socially familiar and divisive forms of association, as family, clan and sect, have become a refuge in times of peril and the only secure base for structuring even modest political action“⁷¹.

Es wird meistens angenommen, dass die Institutionen der Zivilgesellschaft nur aus den beruflichen Verbänden, Verbindungen, Gewerkschaften und NGOs bestehen. Aber man darf nicht die sozialen Formationen und Versammlungen, die auf Blutsverwandtschaft, Verwandtschaft und Familienbande basieren, als Akteure der Zivilgesellschaft ausschließen. Während die autoritären Staaten die sozialen Institutionen, Verbände und Vereine überwachen und instrumentalisieren, genießen die traditionellen Institutionen in großen Maße Bewegungsfreiheit: „It is a relatively simple manner to outlaw a party, but the Muslim state can no more shut down a mosque than a North American or European government can lock the doors of a church“⁷².

Durch die Infiltration der Netzwerke der traditionellen sozialen Beziehungen in den Gesellschaften der arabischen Welt sowie durch ihre Fähigkeit zur Bildung inoffizieller Organisationen und Vertretungsstrukturen für die gesellschaftlichen Kräfte kann man annehmen, dass die Dynamik der Zivilgesellschaft nicht unbedingt offizieller Institutionen und Organisationen bedarf um zu existieren. Die Kräfte der Zivilgesellschaft können mittels des komplexen Netzwerks von Beziehungen, die diese traditionellen Versammlungen vertreten, ihre Aktivität ausüben. „[.], a robust civil society is more than letterhead stationary, membership lists, public charters and manifestoes: Civil society is also a cast of mind, a willingness to live and let live“⁷³.

⁷⁰ Kostiner, Joseph 2009: Liberalization and its Limits in the Gulf States, S. 29.

⁷¹ Norton, Augustus Richard 1995: Introduction, S. 6.

⁷² Ebd., S. 9.

⁷³ Ebd., S. 12.

Die inoffiziellen Versammlungen sind ein wesentlicher Bestandteil der politischen Aktivitäten in vielen Ländern und sind weit verbreitet, sowohl in den Kulturen Südeuropas, Nordafrikas, Lateinamerikas als auch in den Ländern des Nahen Ostens⁷⁴. Diese inoffiziellen Versammlungen bilden eine solide Basis für die Ausübung von Druck, um die politischen und wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder durchzusetzen. In der Regel bestehen sie aus Personen, die sich kontinuierlich treffen. Im Irak zum Beispiel nennt man diese Versammlungen „*Schelaa*“ (Koterie oder Clique) und im Iran „*Dawra*“ (Kreis oder Zyklus). Die Signifikanz dieser Versammlungen liegt darin, dass sie mit den wirtschaftlichen, politischen, religiösen und beruflichen Beziehungen, Bindungen und Netzwerken interferieren und somit ein wichtiges Zentrum zum Austausch von Informationen, Meinungen, zur Bildung von Urteilen und bestimmten Visionen ihrer Mitglieder bilden. Außerdem engt der fehlende ständige und offizielle Sitz nebst Führung solcher Netzwerke die Möglichkeit des Staates ein, sie zu durchdringen, und hilft in großem Maß bei der Reduzierung staatlicher Willkür. Am Anfang der siebziger Jahre erreichte die Anzahl dieser iranischen Versammlungen (die *Dawras*) alleine in Teheran ungefähr 2000. Sie wurden gegründet, aufgelöst und reformiert, entsprechend den Interessen ihrer Mitglieder. Die Herstellung der Verbindungen zu den Entscheidungsträgern und das Gelangen an die Macht geschahen gemäß vielen Iranern durch die inoffiziellen Kanäle, für deren Fortbestand die persönlichen Bindungen wie Freundschaft und Vertrauen eine stabile Basis bildeten⁷⁵.

Die *Diwaniyyah* ist mehr als nur eine soziale Versammlung. Sie bildet eine Institution, in der die persönlichen Beziehungen verknüpft und gestärkt werden. Dort werden Geschäfte beschlossen und politische Fragen besprochen. Nach der Entdeckung des Öls und der Entwicklung der Gesellschaft konnte sich die *Diwaniyyah* an dem neuen Zustand anpassen. Neben der Aufrechterhaltung ihres traditionellen Charakters, dargestellt durch die soziale Kommunikation, erweiterte sie ihre Rolle. Ihre Funktion beschränkte sich nicht mehr darauf einen Salon abzugeben, in dem die Männer sich treffen, vielmehr reflektierte sie die bestehende Geschlechterverteilung in der Gesellschaft. So entstanden *Diwaniyyat* für Frauen und gemischte für Frauen und Männer.

⁷⁴ جمال، عبد المحسن 2007: المعارضة السياسية في الكويت. الكويت: دار قرطاس، ص 144.

Gamal, Abd Almouhsin Yousef 2007: Die politische Opposition in Kuwait. Kuwait: Dar Qurtas, S. 57.

⁷⁵ Vgl. Eickelman, Dale F. 1996: Foreword, S. xi.

Nach der Auflösung des Parlaments in Kuwait im Jahr 1986 wurden alle öffentlichen Zusammentreffen und Versammlungen ohne vorherige Genehmigung von der Regierung untersagt. Jedoch genoss die *Diwaniyyah*, „*which anyone can attend and there speak freely*“⁷⁶, als eine Extension des Hauses eine gewisse Ausnahme und war gemäß der kuwaitischen Verfassung und sozialen Normen geschützt.

In Folge der bedeutsamen eklatanten Rolle der *Diwaniyyat* als Zentrum für Opposition und politische Aktivitäten der Verfassungsbewegung und *Pro-Democracy*-Proteste zur Forderung der Wiederbelebung des parlamentarischen Lebens wurden sie zwangsweise geschlossen. Die Regierung versuchte zuerst, nach ihrer willkürlichen Entscheidung das Parlament zum zweiten Mal verfassungswidrig aufzulösen, die *Diwaniyyat* offen zu lassen, um einen Finger am Puls der Öffentlichkeit zu haben. Jedoch wehte der Wind nicht nach dem Wunsch der Regierung, da die *Diwaniyyat* „*[...] worked only too well at organizing and articulating those impulses*“⁷⁷.

In den *Diwaniyyat* wurde für die Verfassungsbewegung mobilisiert, insbesondere nachdem der Emir die Annahme der ihm eingereichten Petitionen verweigerte, die die Wiederherstellung des Parlamentes und die Aufhebung der Pressezensur forderten. Diese Bewegungen dehnten sich von den *Diwaniyyat* aus und umfassten die Universitäten, beruflichen Vereinigungen und Gewerkschaften.

Die Verfestigung der *Diwaniyyah* in der kuwaitischen Gesellschaft ermöglichte ihr, eine große Rolle als Förderer für die Volksbewegung in den verschiedenen Etappen der kuwaitischen Geschichte zu spielen. „*The diwaniyyah network was the organizational structure through which Kuwait's prodemocracy movement put forth its concerns*“⁷⁸.

⁷⁶ Ein Bericht des U.S. State Department for human rights, entnommen aus: Crystal, Jill 1992: Kuwait: The Transformation of an Oil State. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press, S. 117.

⁷⁷ Crystal, Jill 1992: Kuwait: The Transformation of an Oil State, S. 120.

⁷⁸ Ebd., S. 68.

„Der Begriff Zivilgesellschaft ähnelt einer Black Box. Jeder kann darin das sehen, was er sehen will“⁷⁹.

2. Der Begriff der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt

2.1. Die arabische Kontroverse über die Zivilgesellschaft

Die Debatte über die Zivilgesellschaft hat seit Anfang der 90er Jahre viel an Gewicht gewonnen, so dass die Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Zivilgesellschaft‘ die Debatte über die politische und soziale Transformation bestimmt und somit zu einem festen Bestandteil des intellektuellen und politischen Diskurses verschiedener Gruppen geworden ist⁸⁰.

Der Ausdruck ‚Zivilgesellschaft‘ ist innerhalb dieser Diskurse mittlerweile weit verbreitet, wird von verschiedenen Gruppen jedoch unterschiedlich ausgelegt. Er findet sich sowohl in Forderungen und Mitteilungen der Gewerkschaften wieder, als auch in den von den Verbänden getroffenen Aussagen. Darunter fallen beispielsweise die Verbände für die Verteidigung von Menschenrechten, Kinderrechten, Frauenrechten, des Umweltschutzes oder auch die islamische Religionspolizei für die Förderung der Tugend und Verhinderung des Lasters. Ansprachen der politischen Parteien und kulturellen Organisationen beziehen sich auch wiederholt auf diesen Begriff. Es ist sehr interessant, dass offizielle Verlautbarungen des arabischen Staats sowie seiner leitenden Beamten dazu neigen, trotz ihrer autokratischen Tendenzen über die Zivilgesellschaft zu sprechen.

Wie in vielen Ländern der Dritten Welt wurde das Konzept der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt durch die Diskussionen über demokratische Optionen wiederbelebt, welche durch die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Krisen im autoritären arabischen

اليزري، دلال 1994: غرامشي في الديوانية. بيروت: دار الجديد، ص 16 ⁷⁹

Albizri, Dalal 1994: Gramsci in der Diwaniyyah. Beirut: Dar Al-Jadid, S. 16. Zitiert in der deutschen Übersetzung nach: Ibrahim, Ferhad 1995: Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft, in: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi (Hrsgg.) 1995: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. Opladen: Leske+Budrich, S. 23-48, hier S. 23.

⁸⁰ Siehe Ibrahim, Ferhad 1998: Die Kontroverse über die „arabische“ Zivilgesellschaft, in: Orient 39 (1998), Heft 3, S. 459-474, hier S. 459.

Regime entstanden. Dieses Konzept wandelte sich in ein Paradigma der politischen Oppositionskräfte, die nach dem Vorbild der osteuropäischen Länder versuchten, die autoritären Mächte in der arabischen Welt zu überwinden⁸¹. Diese Mächte waren nicht in der Lage, die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in den arabischen Ländern weiterzuentwickeln. Sie waren vielmehr damit zufrieden sich auf Versprechungen zu beschränken. Die widersprechenden Verfahren, die sie von Verstaatlichung bis zur Privatisierung und Liberalisierung der Wirtschaft verfolgten, führten zur Spaltung der Gesellschaft und zur Eliminierung des Mittelstandes sowie zum Fehlen jeglicher Bürgerbeteiligung in Politik und Entscheidungsfindung. Aufgrund des wachsenden Verlangens des Volkes nach Demokratie sowie der mangelnden Flexibilität der bestehenden Regime, auf die Anforderungen der Gesellschaft zu reagieren, verlagerte sich der politische Nachdruck zugunsten der Idee einer Zivilgesellschaft als Antrieb für den Demokratisierungsprozess in diesen Ländern. Dies kann insgesamt als Versagen des Staates betrachtet werden, was ein entscheidender Faktor für die wiederaufblühende Zivilgesellschaft wurde⁸².

Der zweite Faktor, der die Verbreitung dieses Konzeptes in der arabischen Gesellschaft begünstigte, war die Entstehung der radikalen islamischen Bewegungen auf der politischen Bühne.

Sowohl die Machtergreifung durch die Islamisten im Iran 1979 als auch das Attentat auf den ägyptischen Präsidenten *Anwar Al Sadat* im Jahre 1981 waren Faktoren, die zur Stärkung des Einflusses der Islamisten in der arabischen Gesellschaft führten. Um diesen islamischen Trend zu begegnen, griffen einige Liberale und Linke auf das Zivilgesellschaftskonzept zurück, um eine moderne Zivilgesellschaft aufzubauen und den Einfluss der Islamisten zu reduzieren sowie ihren Ausschluss von der politischen Bühne zu betreiben.

Als dritten Faktor bezeichnet man die externen internationalen Faktoren. Dazu gehören die Veränderungen Ende der 80er Jahre, d. h. der Zusammenbruch der UdSSR, das danach folgende Scheitern des sozialistischen Experiments und das Ende der charismatischen Führer

⁸¹ Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi 1995: Einleitung, in: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi (Hrsgg.) 1995: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. Opladen: Leske + Budrich, S. 9-22, hier S. 9.

⁸² Hamzawy, Amr 1998: Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft. Zwischen der Suche nach einer neuen Demokratisierungsformel und der Auseinandersetzung um die politische Stellung der Religion. Orient 39 (1998), Heft 3, S. 405-431, hier S. 407f.

in Ländern der Dritten Welt. Zusätzlich haben die Ereignisse des 11. September 2001 den Druck auf die arabischen Regierungen erhöht, welcher sich aus der Idee heraus begründet, dass das Fehlen der Demokratie in der arabischen Welt Terrorismus begünstigt. Basierend darauf entstand der Druck, die Zivilgesellschaft zur Erreichung der Demokratie und Verteidigung einer Zivilkultur - basierend auf Toleranz und Dialog - auf der Politischen Bühne erscheinen zu lassen. Darüber hinaus versucht die Weltbank in der arabischen Welt mit ihrer Politik auf die freie Marktwirtschaft hinzuarbeiten; sie versucht dies auch über eine gestärkte Zivilgesellschaft zu erreichen⁸³.

2.2. Zivilgesellschaft im modernen arabischen Diskurs

Die Diskussion über diesen Begriff ist durch ihre Heterogenität und Vielfalt gekennzeichnet. Je nach Kontext und Position wird der Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ von verschiedenen Gruppierungen verwendet und diskutiert. Von säkularen, liberalen und religiös orientierten Gruppen, Wissenschaftlern, Politikern bis hin zu NGOs und Menschenrechtsaktivisten wird dieser Begriff thematisiert.

Bei der Diskussion über das Konzept der Zivilgesellschaft gibt es drei wesentliche Schwierigkeiten. Die erste ist die Selektivität, die man bereits als ein Bestandteil der Verzerrung betrachtet. Einige beschränken die Zivilgesellschaft auf Wohlfahrtsorganisationen sowie ehrenamtliche Organisationen, andere lehnen die Einbeziehung von traditionellen Stiftungen ab und wollen des Weiteren die religiösen Kräfte nicht mit einbeziehen. Andere wiederum schließen alle religiösen Organisationen, abgesehen von extremistischen Ausprägungen, ein.

Das zweite Problem ist die Polarisierung, die im Rahmen der Förderung für diesen Begriff stattfand, so dass manche die Zivilgesellschaft als eine effektive Lösung für alle Probleme sehen. Die dritte Schwierigkeit zeigt sich deutlich bei der Verwendung des Konzepts als

قندیل، أماني 2000: تفعيل دور المؤسسات الأهلية المدنية في دول الخليج العربية. ندوة واقع و مستقبل مؤسسات المجتمع المدني في دول مجلس التعاون الخليجي، 3-4 أبريل 2000. الكويت: مركز دراسات الخليج و الجزيرة العربية، الطبعة الأولى، ص 43-64، هنا ص 46

Kandil, Amani 2000: Aktivierung der Rolle der bürgerlichen zivilen Organisationen in den Arabischen Staaten des Golfes. Tagung für die Lage und Zukunft der Organisationen der Zivilgesellschaft in den Staaten des Golfkooperationsrats, 3.-4. April 2000. Kuwait: Golf und Arabische Halbinsel Studienzentrum (Hrsg.), erste Auflage, S. 43-64, hier S. 46.

Konfliktwerkzeug sowohl gegen den repressiven Staat als auch gegen die islamischen Bewegungen, was dazu führt, dass der Sinn des Konzeptes verloren geht.

Trotz des hohen Grades an Ausdifferenzierung und der Vielfalt der Standpunkte und Argumente der ‚Protagonisten‘⁸⁴ dieser Debatte in politologischen und soziologischen Veröffentlichungen lassen sich vier Hauptströmungen voneinander unterscheiden⁸⁵: die säkulare, die islamistische, die *Turath*-bewusste (das kulturelle Erbe betreffende) Sichtweise, die sich mit der islamischen Tradition und vor allem der philosophischen Tradition auseinandersetzt, und als vierte die nationalistische Sichtweise.

Vertreter des Säkularismus sehen in den Islamisten das größte Hindernis für Demokratisierung und obwohl sie den repressiven Staat sehr scharf kritisierten, sehen sie nun darin eine Lösung zur Beseitigung der Islamisten.

Seinerseits glaubt der islamische Trend, dass die Säkularisten die Grundlage der politischen Korruption in der Gesellschaft sind und dass sie dafür verantwortlich waren, dass der Staat seine Legitimität gegenüber der Gesellschaft verloren hat, und zwar durch das ‚Einbringen‘ von Ideen, die nicht dem Denken der arabisch-islamischen Gesellschaft entsprechen. Die Islamisten versuchen, die Gesellschaft mit dem Grundsatz der islamischen Politik neu zu formen. Dieser Grundsatz erfordert ihre Kontrolle über Staatsstellen, um eine Integration des Staates in der Gesellschaft zu erreichen. Vertreter dieses Trends hatten das Konzept der Zivilgesellschaft anfangs abgelehnt, versuchten aber es dadurch zu islamisieren, dass sie es durch das Konzept der ‚Bürgergesellschaft‘ ersetzten, und haben es auf dieser Grundlage adaptiert. Die Bürgergesellschaft in der arabisch-islamischen Geschichte deutet auf die in dieser „verwurzelte, autonome Sphäre zwischen Staat als Herrschaftsinstanz“ und Gemeinschaft der Muslime (*Umma*), als „kultur- und politikproduzierende Einheit hin, die im

⁸⁴ Hamzawy, Amr 1998: Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft, S. 406.

⁸⁵ Ebd., S. 406; vgl. auch Al Sayyid, Mustapha Kamel 1995: The Concept of Civil Society and the Arab World, in: Brynen, Rex; Korany, Bahgat; Noble, Paul (Hrsgg.) 1995: Political Liberalization and Democratization in the Arab World, Vol. I, Theoretical Perspectives. Boulder; London: Lynne Rienner Publishers, S. 131-148, hier S. 134.

Mittelalter die demokratischen Aufgaben der Überwachung der staatlichen Strukturen und der organisierten Interessenvertretung der *Umma* erfüllt habe“⁸⁶.

Der dritte Trend wird durch die *Turath*-Bewussten vertreten und für diesen ist die Verwendung klassischer arabischer Begrifflichkeiten und Quellen symptomatisch⁸⁷. Vertreter dieses Trends schreiben dem Nationalstaat die Schuld am politischen Ersticken sowie die Hindernisse für Demokratisierung in der arabischen Welt zu. Sie beziehen sich auf die Erfüllung des arabisch-islamischen Erbes und sehen die Lösung darin, den Griff des Staates auf die Gesellschaft zu lockern und zivile Organisationen zu errichten, die von der Staatsmacht unabhängig werden müssen und alle Bereiche der Gesellschaft enthalten. Sie sind dabei indifferent, ob diese Organisationen einen modernen oder traditionellen Aufbau haben, solange ihre Vertretung verschiedene Bereiche der Gesellschaft abdeckt.

Die vierte und letzte Strömung ist durch Nationalisten und Linke vertreten, die die Idee von einem schwachen Staat zusammen mit einer starken Gesellschaft ablehnen und es für notwendig halten, einen starken Staat sowie eine starke Gesellschaft zu erreichen. Obwohl sie das Konzept für die Zivilgesellschaft von dem marxistischen Theoretiker Antonio Gramsci (1891-1937) übernommen haben⁸⁸, ist ihre Intention nicht die Reduzierung der staatlichen Kontrolle, sondern die islamischen Bewegungen einzuschränken. Die Debatte über die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt warf, wie es der marokkanische Philosoph *Saied Bensaïed Alalawy*⁸⁹ beschrieb, ein neues „politologisches Paradigma“⁹⁰ auf, in dem der Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ als Instrument für ältere Debatten über Forderung nach Demokratie, Menschenrechten und Partizipation und als Festung gegenüber dem autoritären

⁸⁶ Hamzawy, Amr 1998: Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft, S. 424.

⁸⁷ Alsayyid, Mustapha K. 1995: The Concept of Civil Society and the Arab World, S. 134. Siehe auch Hamzawy, Amr 1998: Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft, S. 407, Fußnote Nr. 6.

⁸⁸ Bei Gramsci ging es um Spezifizierung des Begriffs „Überbau“. Er unterscheidet zwischen der „zivilen Gesellschaft“, wo er die „private Gesellschaft“ lokalisiert, und der „politischen Gesellschaft“, d. h. die Machtausübung des staatlichen Apparates. Siehe: Adolff, Frank 2005: Zivilgesellschaft, Theorie und politische Praxis. Frankfurt; New York: Campus Verlag, S. 41ff.

⁸⁹ العلوي، سعيد بنسعيد 2001: مقدمة، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 9-30، هنا ص 11.

Alalawy, Saïed Bensaïed 2001a: Einleitung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 9-30, hier S. 11.

⁹⁰ Entnommen aus Hamzawy, Amr 1998: Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft, S. 405.

Staat, diskutiert wird⁹¹. Jedoch lassen sich bei der arabischen Literatur⁹² über die Zivilgesellschaft drei Hauptaspekte erkennen:

Erstens befasst sich die Debatte mit dem politischen Wandel des Westens in den letzten zwei Jahrhunderten und den dabei gemachten historischen Erfahrungen im Umgang mit verschiedenen Staatsformen sowie den politischen Organisationen der Gesellschaft. Des Weiteren wird ein kritischer Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung der autoritären Staaten in der arabischen Welt und auf die Verhältnisse zwischen Staat und Gesellschaft geworfen. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die Debatte mit einer möglichen Übertragung von abendländischen Begrifflichkeiten und westlichen demokratischen Traditionen und Theorien auf die arabische Welt. Hier werden Begriffe wie Zivilgesellschaft und Säkularismus im Bezug auf ihre westliche Entstehung und Erfahrung sowie die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Besonderheiten der arabischen Welt nach Universalität oder kulturspezifischer Natur kontrovers diskutiert. Hierbei wird die Debatte mit Diskussionen über die gesellschaftliche und politische Stellung der Religion, insbesondere der Stellung des Islam als „Ordnungsprinzip“⁹³ in dem arabischen Raum gekreuzt. Dieser Abschnitt wird in zwei Unterabschnitte untergliedert. Während sich der erste Abschnitt (2.2.1.1.) mit der differierenden Auslegung der arabischen-islamischen Geschichte beschäftigt, nach Ansicht der säkularen Denker (2.2.1.1.1.), sowie der Wahrnehmung der islamischen und *Turath*-Vertreter zu dem Staat (2.2.1.1.2.), beschäftigt sich der zweite Abschnitt (2.2.1.2.) damit, ob der Begriff der Zivilgesellschaft universal anwendbar und somit das Prinzip übertragbar ist. Dabei werden die Standpunkte der säkularen (2.2.1.2.1.), der nationalistischen und linken (2.2.1.2.2.) und der islamistischen (2.2.1.2.3.) Theoretiker betrachtet.

Das zweite Problemfeld (2.2.2.) handelt von der Definition des Begriffes der Zivilgesellschaft und setzt sich mit ihren Akteuren und Organisationen auseinander. Auch hier

⁹¹ Alalawy, Saied Bensaied 2001a: Einleitung, S. 11.

⁹² Die Aufteilung der Vertreter der verschiedenen Trends basiert auf der Arbeit von: Hamzawy, Amr 1998: Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft.

⁹³ Ben Salha, Edwige 2003: Das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Jordanien unter besonderer Berücksichtigung der Berufsverbände, in Tetzlaff, Rainer; Jakobeit, Cord (Hrsgg.) 2003: Demokratie und Entwicklung. Institut für politische Wissenschaft, Universität Hamburg, Band 48. Münster-Hamburg-London: LIT Verlag, S. 26.

werden wieder die verschiedenen Sichtweisen näher erläutert, wobei die säkularen Denker (2.2.2.1.) den Islamisten (2.2.2.2.) und den Vertretern der *Turath*-Sichtweise (2.2.2.3.) gegenübergestellt werden.

Drittens versucht die Debatte die Frage nach den Hindernissen und Hürden für eine funktionstüchtige arabische Zivilgesellschaft zu beantworten (2.2.3.). Dabei wird zwischen den Ansichten der säkularen (2.2.3.1.), der islamischen (2.2.3.2.), der nationalen und linken (2.2.3.3.) und der *Turath*-Theoretiker (2.2.3.4.) unterschieden.

Eine abschließende Bewertung findet unter dem Punkt des Resümees (2.3.) statt.

Um einen besseren Überblick über die arabische Debatte bezüglich der Zivilgesellschaft zu bekommen, werden die drei besprochenen Problemfelder von Standpunkten der oben erwähnten Vertreter bzw. Protagonisten der vier Sichtweisen aus dargestellt.

2.2.1. Die westliche versus arabisch-islamische Erfahrung hinsichtlich staatlicher und politischer Organisationen

Die Diskussion über Zivilgesellschaft hat die alte erbitterte Kontroverse über die Stellung der Religion in der Politik und über den Säkularismus im arabischen Raum wieder ins Leben gerufen. Dieser Punkt wird, dem analytischen Rahmen entsprechend, in zwei Abschnitte unterteilt:

2.2.1.1. Die differierende Auslegung der arabisch-islamischen Geschichte

Der Grund für die Rückkehr zu islamischen Denkstrukturen ist ihre Durchdringung der Struktur der modernen arabischen Gesellschaft und ihre Einmischung in die Diskussion über das Demokratieprojekt. Diese Struktur wird nicht nur durch die islamischen Bewegungen vertreten, sondern stellt eine Präsenz mit tiefer und weit verzweigter kultureller Bedeutung dar. Dadurch ist es möglich, die Weltanschauung der Bevölkerung zu beeinflussen sowie Meinungen und Einstellungen der vorherrschenden Elite in der arabischen Welt vorzugeben. Deshalb beinhaltet der Umgang mit den größten Fragen in der modernen arabischen Welt, insbesondere solche, die im Zusammenhang mit der Art des Regimes und der Freiheit des Einzelnen in Verbindung stehen, die islamischen Denkweisen.

Viele liberale und linke Intellektuelle konzentrieren sich auf die Frage, ob der Islam in sich selbst als Religion einen Fortschritts- oder Verzögerungsfaktor darstellt, aber die wichtigste Frage hier ist die politische Funktion des Islams heutzutage. Dazu schrieb Max Weber, dass nicht der Islam als Konfession der Individuen die Industrialisierung verhindert, „sondern die religiös bedingte Struktur der islamischen Staatengebilde, ihres Beamtentums und ihrer Rechtsfindung“⁹⁴.

In diesem Zusammenhang stehen sich zwei hauptsächliche Auffassungen gegenüber: Die erste behauptet, dass der Islam daran beteiligt gewesen sei, den autoritären Staat in der arabischen Welt legitimiert zu haben, und spricht sich für den Ausschluss der Religion von den modernen staatlichen Institutionen sowie säkularen Organisationen der Zivilgesellschaft aus. Diese Auffassung wird von den säkularen Denkern vertreten, deren prominenteste Vertreter *Al Taher Labib*, *Mustapha Kamel Alsayyid* und *Aziz Al-Azmeh* sind.

Die zweite nimmt hingegen an, dass der ‚freiheitliche tolerante Geist des Islams‘ unterworfen wurde, und zwar unter der geschichtlichen Erweiterung des arabischen Staates. Er glaubt auch an die Notwendigkeit der Neuformulierung und -definierung der Politik außerhalb des Rahmens von staatlichem Raum sowie die Vertiefung der ‚*Umma* (die religiöse Gemeinschaft aller Muslime) -Institutionen‘, wie sie durch die arabische Geschichte definiert wurde, und die Aktivierung ihrer Rolle.

2.2.1.1.1. Haltung der säkularen Denker zu der Rolle des Islams in der Politik

Al Taher Labib nimmt an, dass die religiöse „Orthodoxie“ in der arabischen Welt heutzutage bei Volk und Elite vorherrschend ist⁹⁵. Diese Vormachtstellung wird nicht nur durch islamische Bewegungen, sondern auch durch die intellektuelle Elite und die politische Macht genutzt. Sogar das Fachgebiet der islamischen Jurisprudenz (*fiqh*), die Gegenstand einer sozialen Auseinandersetzung war, konnte nicht auf die Ebene der sozialen Bewegungen als

⁹⁴ Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*. 5., rev. Auflage, Tübingen: Mohr 1980, S. 742.

⁹⁵ لبيب، الطاهر 2001: هل الديمقراطية مطلب اجتماعي؟ علاقة المشروع الديمقراطي بالمجتمع المدني العربي، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 339-367، هنا ص 340.

Al Taher Labib 2001: Ist die Demokratie eine soziale Forderung? Die Beziehung des demokratischen Projektes zur arabischen Zivilgesellschaft, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: *Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung*. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 339-367, hier S. 340.

„Freiheit zu Meinungsverschiedenheit“⁹⁶ aufgezwungen werden. Dies liegt laut *Al Taher Labib* daran, dass die Fragmente der Meinungsverschiedenheit, die in der islamischen Geschichte gelegentlich auftauchten, kein Index für Freiheit sein können, wenn deren soziales Ergebnis die vorherrschende Meinung wird, die ihre Legitimierung durch die Relativität des Unterschieds selbst erhält und sich dann in eine absolute Meinung wandelt⁹⁷.

Die islamische Rechtswissenschaft (*fiqh*) hat einige soziale Werte formuliert, die in ihrer Zeit revolutionär waren, dazu zählen unter anderem die Prinzipien des Ratgebergremiums, der Gerechtigkeit, der Gleichheit und der Rechenschaftspflicht der Regierenden. Allerdings vertritt *Al Taher Labib* die Meinung, dass solche Werte und Prinzipien „historisch reduziert und nur als minimale sozial-religiöse Forderungen entwickelt worden waren“, so dass die Freiheit und der Wille des Einzelnen beschränkt werden⁹⁸. In diesem Zusammenhang leitet *Al Taher Labib* aus dem von ihm so genannten „Gehorsamkeits-Paradigma“ die Natur der autoritären arabischen Länder im Mittelalter ab und gibt den religiösen Institutionen die Schuld an der Erweiterung der staatlichen Macht. Diese sind seiner Meinung daran schuld, dass die sozialen Kräfte diesem Paradigma unterliegen. Außerdem begannen die religiösen Institutionen im Namen der Meinungsverschiedenheit und der flexiblen Interpretation der Texte des Korans alle Regime und verschiedenen Monarchen zu legitimieren.

Die islamische rechtswissenschaftliche Institution (*fiqh*) besagt: Wenn „die Gehorsamkeit gegenüber dem Herrscher eine Pflicht ist, dann wird die Ungehorsamkeit gegenüber ihm zum Aufruhr (*Fitna*)“. Daher wurde jede abweichende Meinung, die in der Bevölkerung verbreitet wurde, sofort im Namen des Aufruhrs unterdrückt. Die arabische Geschichte enthält viele Beispiele für Religionsgelehrte (*ulama*), die aus Angst vor Aufruhr und Fragmentierung der Nationseinheit auf der Seite des Herrschers gegen Volksbewegungen standen. Des Weiteren gab es auch die Angst vor Alternativen; daher wurde die Gesellschaft so dargestellt, als ob es keine legitimen Alternativen gäbe. Zu dieser Zeit war die rechtswissenschaftliche Norm, dass sich ein Muslim nicht in die Angelegenheiten eines Herrschers einmischen soll, solange dieser Herrscher ihn nicht an der Ausübung seiner religiösen Angelegenheiten hindert. Die

⁹⁶ Ebd., S. 341.

⁹⁷ Ebd., S. 341.

⁹⁸ Vgl. ebd. S. 341.

Rechtsgelehrten sagten darüber hinaus, dass es nur wichtig war, einen Herrscher zu haben, sei er gerecht oder ungerecht. Dazu sagte *Ibn Taimiya* (1263-1328): „Sechzig Jahre mit einem ungerechten Imam ist besser als eine einzelne Nacht mit keinem“⁹⁹.

Zudem glaubt *Labib*, dass das „Gehorsamkeits-Paradigma“ intern entwickelt wurde, um die Position des Herrschers zu stärken. Dies wirkte sich noch stärker aus, wenn der Herrscher mit Herausforderungen und Risiken konfrontiert wurde¹⁰⁰.

Es gab zwar viele Denker, die die Freiheit des Einzelnen gegen dieses Paradigma verteidigten, von *Al Gazali*, *Ebn Ruschd* und *Al Farabi* bis zu Ibn Chaldun. Dies alles hatte im Laufe der Geschichte die Struktur dieses Paradigmas, auf dem die Beziehung zwischen einem Muslim und seinem Herrscher basiert, jedoch weder strukturell noch funktionell beeinflusst, gemäß *Labib*¹⁰¹.

In den islamischen Zeitaltern entstanden einige soziale, politische und religiöse Bewegungen, dazu zählten die *Al Qaramita*- und die Charidschiten-Bewegung, die die bestehenden politischen Machtverhältnisse nicht anerkannten. Einige von ihnen präsentierten Visionen und Projekte für eine Gesellschaft, die auf Gerechtigkeit und Gleichheit sowie auf der Abwendung von der vorherrschenden Interpretation der religiösen Texte basiert. Hier sieht *Labib*, dass der Einfluss dieser Bewegungen sich im Laufe der Geschichte nicht wirklich gesammelt hatte und sie auch keine Bestandteile und Faktoren finden konnten, die sie in eine soziale Forderung umwandeln konnten¹⁰². Außerdem wirft *Labib* diesen Bewegungen vor, die bürgerliche Freiheit nicht zu einem zentralen Thema ihres Forderungskatalogs gemacht zu haben¹⁰³.

Des Weiteren geht *Labib* auf Vertreter der islamischen Sichtweise ein, und zwar im Rahmen seines Textes über die arabisch-islamische Erfahrung mit einer Zivilgesellschaft in der Geschichte. Solche Vertreter versuchen Wurzeln für dieses Konzept in der arabischen Geschichte zu finden und das Bestehen von „allgemeinen Verfassungsbestimmungen“ zu verteidigen, die in Versen des Koran und der *Sunnah* (die überlieferten islamischen Normen und Werte) enthalten sind und die in dem von Prophet Mohamed in *Medina* errichteten ersten

⁹⁹ ابن تيمية: السياسة الشرعية في إصلاح الراعي والرعية. السعودية: دار عالم الفوائد، ص 161.

Ibn Taimiya: Die schariatische Politik hinsichtlich der Reform des Herrschers und der Untertan. Saudi-Arabien: Dar ilm Alfaoaed (o. J.), S. 161.

¹⁰⁰ Al Taher Labib 2001: Ist die Demokratie eine soziale Forderung?, S. 344.

¹⁰¹ Ebd., S. 344.

¹⁰² Vgl. ebd., S. 346.

¹⁰³ Vgl. ebd., S. 347ff.

„arabischen Staat“ angewendet wurden. *Labib* verneinte die Aussagen der Islamisten von der Existenz „einer Theorie der *Governance* im Islam“, da solch eine Theorie „nicht existierte oder existieren wird, weil die notwendige Bedingung (Anm. des Verf.: die Existenz eines Textes im Koran, der Vorschriften für Politik und Staatsform sowie Befugnisse des Präsidenten enthält) für die Entstehung einer islamischen Theorie der *Governance* nicht existiert“; demnach zeigen diese Aussagen nur „einen Willen, dass solch eine Theorie vorhanden sein soll“¹⁰⁴.

Zum Abschluss konnte das von *Labib* so genannte „Gehorsamkeits-Paradigma“ alles neutralisieren, was ihm in den verschiedenen Zeitabschnitten widerstand, in denen einige politische und intellektuell fortgeschrittene Bewegungen entstanden¹⁰⁵. *Labib* zufolge hatten der Fall des Osmanischen Reiches und die europäische Besetzung in der arabischen Welt eine große Auswirkung auf die Schwächung der Beziehung oder religiösen Einheit zwischen dem Herrscher und dem Volk. Dies hatte aber nicht zu der Befreiung vom „Gehorsamkeits-Paradigma“ geführt¹⁰⁶.

Die Forderung nach Freiheit im Laufe der arabischen Geschichte hat sich gemäß *Labib* weder „in deren Denken noch deren Ausübungen“ befunden, sondern unter der europäischen Besetzung hat sich der Weg für diese Freiheiten geebnet¹⁰⁷. *Labib* verwendete dafür den Ausdruck „unterwerfende Demokratie und auferlegte Freiheit“¹⁰⁸. Solche Freiheiten zeigten sich durch die Öffnung der Politik für Oppositionskräfte sowie in der Annahme des politischen Pluralismus und des Wahlrechts. Gleichzeitig unterschätzte er nicht den Versuch der Befreiungsbewegungen zur Zeit der europäischen Besatzung, die Gesellschaft von diesem Paradigma zu befreien. Diese versuchten die religiöse Legitimation des Machtapparates durch einen romantischen Nationalismus zu ersetzen, erkannten aber auch, dass diese Beteiligung

¹⁰⁴ Vgl. ebd., S. 341ff.

¹⁰⁵ Vgl. ebd., S. 348f.

¹⁰⁶ Vgl. ebd., S. 349ff.

¹⁰⁷ Ebd., S. 352.

¹⁰⁸ Ebd., S. 351f und S. 358f.

¹⁰⁹ Vgl. Al Taher Labib 2001: Ist die Demokratie eine soziale Forderung?, S. 357f.

nicht die Entwicklung von Zivilgesellschaft als Raum für Freiheiten darstellte¹⁰⁹, sondern lediglich die nationale Souveränität wiederherstellen sollte.¹¹⁰

Labib betont, dass die arabische Gesellschaft im Allgemeinen die Demokratie nicht geschaffen hat, noch konnte sie diese als „soziale Forderung“ auferlegen, bis sie als „imperialistische Forderung“ einherkam. Dies wird in offiziellen arabischen Reden deutlich, in welchen die Demokratie die Form eines „Geschenks“ erhält und nicht von Zugeständnissen an die sozialen Forderungen¹¹¹.

Mustapha Kamel Alsayyid lehnt die von *Labib* aufgestellten Gründe als Interpretation des arabischen demokratischen Defizits ab. *Alsayyid* ist der Meinung, dass man anhand einiger arabischer Länder, beispielsweise Ägypten und Marokko, nachweisen kann, dass die liberale Entwicklung nicht nur als Geschenk des Herrschers oder das Ergebnis externen Drucks entstand, sondern dass diese eine Reflexion der internen Zwänge auf die herrschenden Regime in den arabischen Gesellschaften darstellte¹¹².

Andererseits kritisiert er die Theorien, die die arabischen Besonderheiten aus der Perspektive der ‚orientalischen Despotie‘ bestätigen, da sie „eine Reflexion eines arabischen Geistes [...], der die Demokratie ablehnt“, darstellen¹¹³. Er schreibt die Vormacht der autoritären Regime und die Schwäche der politischen Beteiligung den strukturellen Gegebenheiten und sozialwirtschaftlichen Faktoren zu, die ihm zufolge seit der alten Geschichte dieser Gesellschaften

¹¹⁰ Karim Bakraduni nimmt an, dass in der arabischen Welt in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts bei dem Aufstieg der Unabhängigkeitsbewegungen, die durch Entstehung von Parteien und Gewerkschaften sowie von Interessengruppen kristallisiert wurden, einige Konzepte in dieser Stufe dominant wurden: Unabhängigkeit vor Demokratie, Gerechtigkeit vor Freiheit und das sozialistische System anstelle des demokratischen Systems. Siehe:

بقردوني، كريم 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية. الطبعة الثانية، ص 368-371.

Bakraduni, Karim 2001: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 368-371, hier S. 369.

¹¹¹ Al Taher Labib 2001: Ist die Demokratie eine soziale Forderung?, S. 363f.

¹¹² السيد، مصطفى كامل 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية. الطبعة الثانية، ص 381-384.

Vgl. Alsayyid, Mustapha Kamel 2001d: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 381-384.

¹¹³ السيد، مصطفى كامل 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية. الطبعة الثانية، ص 144-145.

Alsayyid, Mustapha Kamel 2001b: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 144-145.

bis heute andauern. Er interpretiert die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft in der arabischen Geschichte aus der Perspektive der geographischen Lage und gibt ein Beispiel für die Anrainerstaaten, in welchem die Behörde für Bewässerung und Wasserverteilung verantwortlich war. Durch seine Kontrolle über die Bewässerung konnte der Staat das Land und so auch die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten, durch Steuererhebung und Außenhandel, kontrollieren.

Einige Eigenschaften dieser Rolle wurden im arabischen Mittelalter im feudalen System fortgesetzt, das in den meisten der landwirtschaftlichen Gemeinden der arabischen Welt herrschend war¹¹⁴. Nach *Alsayyid* konnte der Machtinhaber über den Staatsreichtum verfügen, was sich von den westlichen Gesellschaften, besonders zur Zeit des Kapitalismus, unterschied. In diesen war Reichtum die Voraussetzung für den Zugang zu politischer Macht gewesen. Darüber hinaus vermutet er, dass die arabischen Bourgeoisien, die wie in den europäischen Vorbildern die Demokratisierung bewerkstelligen sollten, von dem autoritären Staat entweder als Quelle des Reichtums oder als Schutz dieses Reichtums abhängig waren. Deshalb konnten sie den Staat nicht zur Erweiterung der politischen Beteiligung zwingen¹¹⁵. Sie verzichteten auf ihr Recht der politischen Partizipation, um ihr Recht auf Ausbeutung des Staatsreichtums zu sichern¹¹⁶.

Alsayyid schreibt der arabischen intellektuellen Elite die Schuld an der Schwäche der demokratischen Entwicklung in der arabischen Welt zu. Ihm zufolge sehen sie die Demokratie nur als „ein Mittel, das vielleicht bei Erreichung der nationalen Einheit, der Errichtung des islamischen Staates oder dem Übergang zu einer sozialen Gesellschaft nützlich sein kann“,

¹¹⁴ Ebd., S. 145.

¹¹⁵ Alsayyid, Mustapha Kamel 2001d: Anmerkung, S. 383.

¹¹⁶ Dieser Punkt entspricht der Idee, die viele Intellektuelle diskutieren. Diese beinhaltet die Hindernisse für das arabisch-islamische Wirtschaftssystem bei seinem Übergang zum Kapitalismus und so für seine Erhaltung von einer Bourgeoisie, die versuchen sollte, ein Denksystem zu gestalten sowie ein intellektuelles und gesetzliches System aufzuerlegen, das den kapitalistischen Grundgedanken entspricht. In Büchern wie beispielsweise „Der Weg zu einer Theorie der Kultur“ von Samir Amin und „Araber abseits der Geschichte“ von Fawzy Mansour werden dazu Thesen entwickelt. Es ist bekannt, dass dieser Übergang nicht durchgeführt wurde, obwohl die Voraussetzungen erfüllt wurden. Dies kann man in den abbasidischen und fatimidischen Zeitaltern und in späteren Perioden des Mittelalters in der Mamlukenzeit nachvollziehen. Der Franzose Maxim Rodinson hinterfragte in seinem Buch „Islam und Kapitalismus“, ob die islamischen Ideologien dem Übergang zum Kapitalismus im modernen Sinne adäquat sind oder als Hindernisse dafür gesehen werden müssen. Er erklärte, dass die islamische Mentalität weitgehend für den Kapitalismus geeignet war. Die kapitalistischen Sektoren, Handel und Finanzen, waren die am weitesten verbreiteten und fortgeschrittenen in dem, was die Welt vor dem durch die westeuropäischen Bourgeoisien hervorgebrachten Weltmarkt kannte. Obwohl sich die Ansichten über die Hindernisse und Motive der arabischen Bourgeoisie unterschieden, besteht ein allgemeiner Konsens darüber, dass sie nie politische Macht als Klasse erreichten.

ohne verpflichtet zu sein, sie ernsthaft zu verwirklichen¹¹⁷. Er bezieht sich auf einige interne Praktiken der arabischen Parteien und Gewerkschaften sowie auf die große Kluft zwischen ihren Parolen und dem tatsächlichen Verhalten.

Alsayyids Antwort auf die Vertreter der islamischen Denkrichtung besagt, dass „[...] ihr Versuch, in der arabischen islamischen Geschichte Wurzeln für das Konzept der Zivilgesellschaft zu finden, bemitleidenswert[...]“ ist. Ihm zufolge entsprach das Konzept der bürgerlichen Aktivität dem Konzept der Zivilgesellschaft nicht, es war näher an den Institutionen und Handhabungen, die die feudale Gesellschaft in Europa im Mittelalter hatte. Darauf folgend erschien das Konzept der Zivilgesellschaft als eine Ablehnung dieser Arbeitsweise sowie als ein Versuch, sie zu überwinden¹¹⁸.

Im Zusammenhang seiner Erklärung der historischen Erfahrung in der arabisch-islamischen Welt hinsichtlich der autoritären Kontrolle oder der sogenannten orientalischen Despotie lehnte *Aziz Al-Azmeh* die Sichtweise der islamistischen Intellektuellen ab. Diese behaupteten, dass die Umayyaden, die ihre Macht auf viele Gebiete verteilten, den Islam und seinen ‚toleranten Geist‘ sowie das ganze Volk zugunsten ihrer Macht unterwerfen wollten. Dies führte dazu, dass die Nation (*Umma*) sich von dem autoritären Staat trennte sowie zum Rückgriff auf religiöse Einrichtungen und Institutionen, in denen sie Schutz vor dem Staat fanden.

Diese Perzeption ist der Standpunkt des politischen islamischen Trends, der die Übereinstimmung oder Eingliederung von Staat und Gesellschaft annimmt. Dies geschieht aus dem Glauben der Vertreter dieses Trends heraus, dass der Islam als Ordnungsprinzip gleichzeitig eine Religion sowie einen Staat darstellt. *Aziz Al-Azmeh* glaubt, dass eine solche Interpretation mit „ideologischen Bedingungen“ verbunden ist, weil diese Perzeption die Gesellschaft in einen Staat und den Staat zur Gesellschaft umwandelt, es entsteht also ein flacher ebener Raum ohne Differenzierungen. Er benutzt an dieser Stelle die Formulierung: „Verstaatlichung der Gesellschaft und Vergesellschaftlichung des Staates“. Diese Interpretation bezieht sich auf die Verwendung des Staates zur Unterwerfung der Gesellschaft

¹¹⁷ Alsayyid, Mustapha Kamel 2001d: Anmerkung, S. 383.

¹¹⁸ Alsayyid, Mustapha Kamel 2001b, S. 144f.

und um die Gleichheit und „ungewöhnliche Homogenität darin zu erzwingen“¹¹⁹. Ihm zufolge muss der Staat als ein politischer, gesetzlicher und behördlicher Raum von der Gesellschaft unterschieden werden und kann nicht in ihr integriert sein¹²⁰. *Al-Azmeh* kritisiert das von *Al Taher Labib* so genannte „Gehorsamkeits-Paradigma“, das nach *Labib* durch die europäische Besetzung sowie durch die Bewegungen zur Nationalbefreiung in der arabischen Welt verankert wurde. Dabei betont *Al-Azmeh*, dass durch die europäische Besetzung im neunzehnten Jahrhundert sowie die Entstehung der Bewegungen zur Nationalbefreiung in der arabischen Welt eine tiefe Kluft zwischen der religiösen Vergangenheit und der säkularen Gegenwart entstand. Darüber hinaus wurde die Gesellschaft von der Tyrannei der religiösen Macht befreit und es entstand eine neue Art von modernen Politikinstitutionen, die auf den Bürgerrechten basierten¹²¹. *Al-Azmehs* Auffassung nach scheint das traditionelle islamische Verständnis von Politik und Gesellschaft „historisch veraltet, kulturell primitiv und gesellschaftlich belanglos geworden zu sein“¹²². Außerdem kann dieses Verständnis die sozialen Umgestaltungen weder erklären oder interpretieren, noch die Rolle des Ordnungsprinzips für die zeitgenössische Politik spielen.

2.2.1.1.2. Standpunkt der islamischen und *Turath*-Denker zum Staat

Vertreter dieser beiden Sichtweisen kritisieren die Theorie der „orientalischen Despotie“, die von Montesquieu angesprochen wurde, gefolgt von Marx mit seiner Theorie über „asiatische Produktionsweisen“ und Max Weber mit seiner Rede vom „sultanischen Staat“, in welchem der Staat die Zügel der Gesellschaft fest in der Hand hält.

Sie schreiben diesem, von ihnen so genannten, „Autoritäts- und Unterdrückungsstaat“ die Schuld an der Unterdrückung der islamischen *Umma* zu sowie daran, seine Legitimität auf unechten religiösen Grundlagen aufgebaut zu haben, was zur Trennung des Staates von der

العظمة، عزيز 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 140

Al-Azmeh, Aziz 2001a: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 140.

¹²⁰ Ebd., S. 140.

¹²¹ العظمة، عزيز 2008: العلمانية من منظور مختلف. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة، ص 266 و ما بعدها

Al-Azmeh, Aziz 2008: Der Säkularismus aus anderer Perspektive. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, dritte Auflage, S. 266f.

¹²² Zit. in der deutschen Übersetzung nach: Hamzawy, Amr 1998: Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft, S. 416.

Gesellschaft führte. Aber gleichzeitig führte diese Unterdrückung zur ‚Aufrechterhaltung des freien Geists des Islams‘. Dieser Geist, der dem staatlichen Versuch widerstand, den Islam als Mittel für die Interessen der Herrschenden zu verwenden, hatte seinen Weg zu den Klassen der Gesellschaft gefunden und tauchte auf der Oberfläche der Gesellschaft in Form von Organisationen für die in der arabischen Welt so genannte *mugtama ahli*, der ‚Bürgergesellschaft‘, auf.

Nach ihrer Sicht stellten die Gilden, das traditionelle Stiftungswesen, die kulturellen Vereine, die religiösen Bewegungen und alle Gruppen, die relativ unabhängig vom Staat und in der Lage waren, die Integration und Eingliederung zwischen dem Individuum und der Familie sowie anderen gesellschaftlichen Gruppen zu fördern, die Hauptakteure dieser Bürgergesellschaft dar. Sie beschuldigen die auf westlichen Grundlagen aufgebauten nationalen Staaten der Zerstörung dieses Konzeptes.

Durch diese Vorstellungen und durch die Wiedererweckung des Konzeptes der bürgerlichen Gesellschaft versuchten sie die Zentralität des Islams in der arabischen Gesellschaft zu festigen und auf diese Weise das Konzept der Zivilgesellschaft in seiner islamischen Form zu übernehmen. Zu den prominentesten Vertretern dieser Sicht gehören *Wagih Kawtharany*, *Saif Al Din Abdel Fattah Ismail* und als Vertreter für die *Turath*-Sichtweise *Khaled Zeyada* und *Burhan Ghalion*.

Da die Argumentationen allerdings aufeinander aufbauen, ist keine strikte Trennung der Strömungen möglich. Deshalb werden die einzelnen Vertreter nicht, wie bei den säkularen Denkern, hintereinander folgen, sondern in der logischen Reihenfolge.

Kawtharany, Fürsprecher der islamischen Strömung, vertritt die Ansicht, dass der Aufbau des Staates im arabisch-islamischen Mittelalter auf zwei hauptsächlichen Säulen basierte: Zunächst die *dawa*-Regel (Aufruf und Verbreitung des Islam), die auf der Scharia basiert und als „die legitimierende Begründung“ für die staatliche Macht bezeichnet wurde. Als zweite Säule bezeichnet er die Regel des *asabiyya* (Gemeinschaftsgeist) als Mittel des Zugangs zur

Macht sowie für die Erhaltung dieser Macht (Theorie von Ibn Chaldun)¹²³. Trotz des ständigen Missbrauchs der ersten Regel durch die auf der „offiziellen Religion“ basierenden Herrscher, die dadurch versuchten ihre Machtposition zu stärken und die religiösen Institutionen zu ihren Gunsten zu verändern, konnten sie den Islam als eine „Ideologie“ nicht anpassen und als solche der Nation nicht auferlegen, da die Bürger sich auf die Originaltexte der Scharia beriefen. Dies bot der Oppositionsbewegung eine starke Verbindung zur Gesellschaft und half der Bürgergesellschaft beim Widerstand gegen die staatliche Tyrannei¹²⁴.

Obwohl einige formelle Institutionen der Religion in den Mittelaltern geschaffen wurden, wie *dar Al Ifta* (Erteilung von Rechtsgutachten), *qada* (die Justiz), das Häuptlingstum des Islams und die religiösen Erziehungsanstalten, blieben viele *ulama* (Religionsgelehrten) und *fuqaha* (Rechtsgelehrten) außerhalb der Funktionen der offiziellen Religion, insbesondere bei den Sufis und Schiiten, von denen viele die Oppositions- und Befreiungsbewegungen anführten und die viele Forderungen nach Reformen in der islamischen Welt stellten und dafür demonstrierten. Dies alles führte dazu, dass sich die Nation als ideologischer, intellektueller und verhaltensmäßiger Zugehörigkeitsrahmen in den Staat organisch nicht integrierte¹²⁵. Die Trennung zwischen Nation und Staat in der islamischen Geschichte war das Ergebnis.

Als Folge dieser Trennung erschienen zwei konkurrierende Kräfte: Die erste ist der Staat mit seinen auf den Institutionen der *dar Al Ifta*, Justiz, Polizei und Staatskasse (*Al Mohtaseb*) basierenden Mitteln, und die zweite ist die Bürgergesellschaft, die durch die Erweiterung des islamischen Staates und die Ausweitung des Handels und den Austausch eine große Rolle in der Gesellschaft erhielt. Bei den ständigen Versuchen des Staates und seiner Institutionen, den Raum der Bürgergesellschaft einzuengen und ihre Organe gezielt zu schwächen, boten die Bürgergesellschaft und ihre Organisationen ihren Mitgliedern durch die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Dienste Schutz.

كوثراني، وجيه 2001: المجتمع المدني و الدولة في التاريخ العربي، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 119-131.

Kawtharany, Wagih 2001: Die Zivilgesellschaft und der Staat in der arabischen Geschichte, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2011: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 119-131, hier S. 123.

¹²⁴ Ebd., S. 123f.

¹²⁵ Ebd., S. 123.

Kawtharany lehnt die Verallgemeinerung der Verbreitung des religiös belegten Konzeptes der „orientalischen Despotie“ ab und betont die Dynamik der sozialen Kräfte in der arabischen Geschichte. Er zeichnet ein Bild von der Gesellschaft voller politischer und sozialer Konflikte und versucht, das Bestehen der sozialen Dynamik im Mittelalter in der arabischen Welt zu bestätigen.

Der libanesische Soziologe *Khaled Zeyada*, Vertreter der *Turath*-Strömung, begrenzt die Dynamik der arabischen Gesellschaft im Mittelalter aus funktionaler Perspektive nach der Erklärung von *Ibn Chaldun* für die Trennung der Institutionen der Exekutive und deren Funktionen von der religiösen Autorität. Der Staat war verantwortlich für Überwachung, Grenzschutz und Steuererhebungen, während die religiösen Institutionen für das soziale System und die Errichtung von Märkten verantwortlich waren. Diese funktionelle Trennung zwischen den beiden Institutionen führte nicht zu einer vollständigen Trennung voneinander, sondern zur Formierung einer starken Verbindung zwischen ihnen und zur Aufrechterhaltung der Existenz des sozialen Gleichgewichts. Beide Institutionen sahen sich als Beschützer des Islams und der Muslime. Die religiöse Einrichtung basierte in ihrer Funktionsleistung auf vom Staat garantierter Stabilität und Sicherheit. Das Machtgleichgewicht, von *Khaled Zeyada* „der Gesellschaftsvertrag in der mittleren Geschichte“ genannt, gewährte mehr Freiheiten für die Ordnung des sozialen Lebens. Dieser Freiraum wurde durch die traditionellen Organisationen der Bürgergesellschaft gefüllt¹²⁶.

Der Intellektuelle *Burhan Ghaliun*, der ebenfalls der *Turath*-Sichtweise zugeordnet werden kann, beschuldigte den modernen Staat in der arabischen Welt, den Gesellschaftsvertrag der mittleren Geschichte, der intermediäre Institutionen entstehen ließ, die an der Schaffung und dem Schutz der kulturellen und organisatorischen Vielfalt beteiligt waren, aufgelöst zu haben, ohne eine alternative Struktur zu schaffen. Durch die willkürliche Erweiterung seiner Befugnisse durch Zwang und Militarisierung des politischen Lebens als Rechtfertigung für den „Aufbau des Massenstaates“ hat dieser Staat zwei Räume eingenommen: die Besetzung des wirtschaftlichen Raumes durch Verstaatlichung und die Besetzung des politischen

زيادة، خالد 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 132-137.

Zeyada, Khaled 2001: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 132-137.

Raumes durch Volksmobilisierung unter dem Deckmantel der Fortsetzung der nationalen Befreiung¹²⁷. Und so ereigneten sich „die Verstaatlichung des zivilen Lebens“, die Zerstörung der Möglichkeit, eine starke Zivilgesellschaft zu schaffen, sowie die Umwandlung der Gewerkschaften und der intermediären Einrichtungen in ein Mittel zur Umrahmung statt zur Vertretung, was zum Eindringen des Staates in die Gesellschaft sowie zur Beseitigung von Bewegungsfreiraum führte¹²⁸.

Überdies dringt der Staat in die „Institutionen der Nation“ ein, so *Abdel Fattah Ismail*, Vertreter der islamischen Strömung, der auf die Umwandlung der *Ifta*-Stiftung in eine Staatsinstitution hinweist. Er gibt Beispiele für die von der *Ifta*-Stiftung aufgestellten Ratschläge, um die Unterzeichnung des Friedensabkommens mit Israel zur Zeit des Präsidenten *Anwar Alsadat* zu rechtfertigen, sowie Empfehlungen für die Beteiligung der arabischen Armee an der Befreiung Kuwaits von der irakischen Armee¹²⁹.

Seiner Ansicht nach ist die Wiederbelebung der von der arabisch-islamischen Gesellschaft im Mittelalter bekannten „Institutionen der Nation“¹³⁰ der alleinige Weg zur Errichtung einer modernen arabischen Zivilgesellschaft auf Grundlage der Demokratie¹³¹.

غليون، برهان 2003: المحنة العربية. الدولة ضد الأمة. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة 127.

Vgl. Ghaliun, Burhan 2003: Die arabische Notlage. Der Staat gegen die Nation (Umma). Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, dritte Auflage.

غليون، برهان 2001: بناء المجتمع المدني العربي. دور العوامل الداخلية و الخارجية، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في 128 تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 755-733.

Ghaliun, Burhan 2001: Aufbau der arabischen Zivilgesellschaft. Die Rolle der inneren und äußeren Faktoren, in: Arabische Einheit Studien Zentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studien Zentrum, zweite Auflage, S. 733-755.

عبد الفتاح اسماعيل، سيف الدين 2001: المجتمع المدني و الدولة في الفكر و الممارسة الإسلامية المعاصرة، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 311-279.

Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 2001a: Zivilgesellschaft und Staat in der zeitgenössischen islamischen Theorie und Praxis, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 279-311.

¹³⁰ Er benutzt hier diesen Begriff ohne den Inhalt zu erläutern, S. 295. Siehe die Kritik von:

الجنحاني، الحبيب 2006: المجتمع المدني و التحول الديمقراطي في الوطن العربي. عمان: منتدى الفكر العربي، ص 92 و ما بعدها.

Algonhani, Alhabib 2006: Zivilgesellschaft und die demokratische Transformation in der arabischen Welt. Amman: Muntada Alfekr Alarabi, S. 92ff.

الجنحاني، الحبيب; عبد الفتاح اسماعيل، سيف الدين 2003: المجتمع المدني و أبعاده الفكرية. دمشق: دار الفكر المعاصر.

Algonhani, Alhabib; Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 2003: Die Zivilgesellschaft und ihre intellektuellen Dimissionen. Damaskus: Dar Alfekr Almuaser.

عبد الفتاح اسماعيل، سيف الدين 1989: التجديد السياسي و الواقع العربي المعاصر. رؤية إسلامية. رسالة دكتوراه، جامعة القاهرة، كلية 131 الاقتصاد و العلوم السياسية. القاهرة: مكتبة النهضة المصرية، ص 181 و ما بعدها.

Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 1989: Die politische Erneuerung und die zeitgenössische arabische Lage. Islamische Fassung. Dissertation an der Kairo-Universität, Fakultät für Wirtschafts- und Politikwissenschaften. Kairo: Alnhada Almasrya, S. 181ff.

2.2.1.2. Universalität vs. Kulturgebundenheit des Begriffs Zivilgesellschaft

Der zweite wichtige Punkt, auf den sich viele arabische Autoren konzentrieren, ist die Besonderheit der arabischen Welt in Bezug auf die Möglichkeit der Verwendung von Konzepten und Theorien, die im Westen entstanden. Dies wird bei Konzepten wie Globalisierung und Zivilgesellschaft deutlich.

Die arabische Debatte oszilliert diesbezüglich zwischen zwei wichtigsten Polen; der erste Pol erkennt die Universalität, der im Westen entstandenen Konzepte und Begriffe an. Er geht davon aus, dass sie auf die arabische Gesellschaft ohne Einschränkung angewandt werden können, einschließlich des Konzepts der Zivilgesellschaft. Sie bestätigen auch den signifikanten Einfluss des Westens auf die Politik und die Kultur in der arabischen Gesellschaft, während Vertreter der entgegengesetzten Richtung glauben, dass ein Konzept das Ergebnis seiner Umwelt sei. Sie konzentrieren sich auf die ideologischen und kulturellen Besonderheiten der Umwelt des Konzepts der Zivilgesellschaft sowie auf ihren Unterschied zur Umwelt der arabisch-muslimischen Gesellschaft.

2.2.1.2.1. Standpunkt der säkularen Strömung

Aziz Al-Azmeh glaubt, dass sich die im Westen entstandene Moderne in allen Regionen der Welt ausbreitete und die Kulturen der Völker beeinflusste. Er vermutet, dass dies an der europäischen Besatzung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert liegt.

Er betont, dass sich das moderne Verständnis des Westens von Gesellschaft und moderne Politik in der Orientierung und Denkweise verschiedener sozialer Kräfte außerhalb des Rahmens der europäischen Umwelt, in welchem die Konzepte entstanden, widerspiegelt. Dazu gehören Konzepte von Nationen, den nationalen Staaten, Demokratie und Menschenrechten. Aus seiner Sicht kann das politische Denken mit seinen verschiedenen Ausprägungen nicht auf seine Umwelt beschränkt werden, sei es national, romantisch, sozial oder liberal, sondern es sollte als universal betrachtet werden. Deshalb glaubt er, dass die Beharrung einiger Trends auf den sogenannten kulturellen Besonderheiten nur „apologetische Ausreden“ sind, durch die diese Trends versuchen, die Moderne abzulehnen oder sie nur auf

die wirtschaftliche Ebene zu beschränken¹³². *Al-Azmeh* betonte, dass es im arabischen Denken keine Besonderheiten gibt, weil „unsere intellektuellen und ideologischen Strukturen ein Teil weltweiter kultureller und ideologischer Strukturen sind, die uns innegeworden und tiefer in uns verwurzelt sind als die islamische Authentizität, die einige für uns beanspruchen wollen“¹³³.

Saied Bensaïed Alalawy meint, dass sich das Konzept der Zivilgesellschaft auf die massive Umwandlung auf allen Ebenen der Wirtschaft, der Politik und der Kultur bezieht. Im Zentrum steht dabei die Klasse der aufgeklärten Bürger in ihrem Kampf gegen die Kontrolle der religiösen Einrichtungen sowie gegen die absolute Herrschaft der Monarchen in Europa. Dieser Umbruch im europäischen politischen Denken während des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts hat den durch das moderne westliche Denken erschienenen Willen widergespiegelt, den Bruch mit dem „alten Regime“ zu deklarieren sowie die Entstehung eines „neuen Regimes“ zu erreichen, das auf anderen Grundlagen basierte.

Ihm zufolge ist die Zivilgesellschaft, in ihrem klassischen Sinne, ein „Raum der Freiheit zwischen dem herrschenden Establishment und den nicht organisierten Bürgern“. In ihrem modernen Sinne enthält die Zivilgesellschaft durch die intermediären freiwilligen Organisationen jedoch eine „präventive Rolle“. Diese Institutionen können einerseits der Gefahr der Ausweitung der staatlichen Macht widerstehen und sind andererseits in der Lage, eine führende und entscheidende Rolle im Übergang zur Demokratie in den autoritären Staaten zu spielen. Diese Aussage traf er im Bezug auf die osteuropäischen Länder.

Da in der arabischen Welt zahlreiche Versuche des Übergangs zur Demokratie aufgrund der starken Kontrolle des Staates von gesellschaftlichen Institutionen sowie der mangelnden Beteiligung der Bevölkerung gescheitert sind, nimmt *Alalawy* an, dass die Aktivierung der „Vorbildfunktion“ für die arabische Welt von großer Bedeutung sei. *Alalawy* ist der Überzeugung, dass die europäische Erfahrung im politischen Denken bezüglich der Demokratie, insbesondere der Schutz der Menschenrechte, die politische Pluralität, die

العظمة، عزيز 1996: دنيا الدين في حاضر العرب. بيروت: دار الطليعة، ص 32

Al-Azmeh, Aziz 1996: Die Welt der Religion in der arabischen Gegenwart. Beirut: Dar Altaliah, S. 32.

العظمة، عزيز 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 312-315، هنا ص 313

Al-Azmeh, Aziz 2001b: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 312-315, hier S. 313.

bürgerliche Beteiligung und die zivilen Organisationen, eine „große führende Rolle“ bei dem Übergang zur Demokratie spielt und uneingeschränkt auf die arabische Welt übertragen werden kann¹³⁴.

Eine ähnliche Sicht vertritt *Maeen Zeyada*: Die Denker der arabischen Renaissance in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts, die Fortschritt und Modernisierung als vorrangig erachteten, entwickelten Ideen bezüglich der Möglichkeit der Formierung eines modernisierenden arabischen Renaissance-Projektes, das die arabischen Länder fördert und Fortschritt bringt. Dazu gehörten *Refaa Al Tahtawy*, *Khair Al Din Al Tunesy*, *Mohamed Abdu*, *Abdel Rahman Al Kawakeby* und andere, die keinen Widerspruch zum islamischen Gesetz sahen, wenn sie sich von westlichen Praktiken inspirieren ließen. Sie widerstanden denjenigen, die sagten, dass dies zu einem Bruch mit der einheimischen Kultur führen würde. Darüber hinaus sahen sie in dieser Übernahme vom Westen eine Erweiterung ihrer früheren Zivilisation, da dies zum Erbe der (gesamten) Menschheit gehört und die Welt eine integrierte Einheit ist. Daher kann man die Kulturen und Völker nicht voneinander isolieren oder Osten und Westen trennen¹³⁵.

Seinerseits betont *Mustapha Kamel Alsayyid*, dass das Konzept der Zivilgesellschaft mit der westlichen Zivilisation eng verbunden ist. Die Erfahrungen ihrer verschiedenen Völker sowie die Denkschulen, die auf Grundlagen solcher Erfahrungen entstanden, haben sich in der Entwicklung dieses Konzepts manifestiert. Das Konzept enthält in sich wesentliche Elemente, die organisatorisch und ideologisch mit der Schule des Marxismus und des Liberalismus verbunden und für den Einsatz in allen Kulturen geeignet sind¹³⁶. Er sagt des Weiteren, dass

العلوي، سعيد بنسعيد 2001: نشأة و تطور مفهوم المجتمع المدني في الفكر الغربي الحديث ، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في 134 تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 41-65.

Alalawy, Saied Bensaied 2001b: Entstehung und Entwicklung des Konzeptes der Zivilgesellschaft in den zeitgenössischen westlichen Theorien, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 41-65.

زيادة، معن 2001: المجتمع المدني و الدولة في فكر النهضة العربية الحديثة، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 153-172.

Zeyada, Maeen 2001: Zivilgesellschaft und Staat im Denken der modernen arabischen Renaissance, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S.153-172.

السيد، مصطفى كامل 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 82-83.

Alsayyid, Mustapha Kamel 2001a: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 82-83.

die Zivilgesellschaft sich über ihre Grenzen hinaus ausdehnt. Diese Ausdehnung zeigt sich dadurch, dass die Zivilgesellschaft in andere Gesellschaften hineinwirkt. Dies führt zur Erweiterung bzw. Übernahme von einigen Elementen, seien es produktive Unternehmen, soziale Klassen, Berufsverbände oder Gewerkschaften, beziehungsweise auch zur Übernahme von Ideologien, die in anderen Gesellschaften von sozialen Gruppen und ihren „organischen Intellektuellen“ entwickelt wurden¹³⁷. Nach *Alsayyid* sind die Veränderungen in der Struktur der arabischen Gesellschaft in Bezug auf die Klassenstruktur, der Zuwachs der Mittel- und Arbeitsklasse und ihr zunehmender Einfluss sowie die Entstehung neuer Arten von Berufsorganisationen, Gewerkschaften und politischen Gruppen in gewissem Maße vergleichbar mit dem, was die westlichen Länder in den vorhergehenden Phasen ihrer Entwicklung erfuhren, auch wenn diese in einigen arabischen Staaten noch in der „embryonalen Phase“ sind. Darüber hinaus haben die Umwandlungen in den westlichen Gesellschaften die Gesellschaften der Dritten Welt beeinflusst, einschließlich der arabischen Gesellschaften. Die Beeinflussung erfolgte dadurch, dass diese Länder unter der europäischen Kolonialherrschaft in ihrer traditionellen Form standen und nun der finanziellen und technologischen Kontrolle solcher Gesellschaften im Rahmen der internationalen Wirtschaft sowie eines internationalen Systems, in dem diese Länder an erster Stelle als Rohstoffquellen und Absatzmärkte dienen, unterstehen. Ihm zufolge bilden alle diese Faktoren die „erste Legitimität für den Begriff der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt“ und rechtfertigen die Verwendung dieses Konzeptes im arabischen Kontext. In diesem Zusammenhang glaubt *Alsayyid*, dass die Ablehnung einiger Trends für das Konzept der Zivilgesellschaft wegen seiner Entstehung und seiner von den Erfahrungen der westlichen Gesellschaften abhängenden Entwicklungsbedingungen „völlig ideologisiert und unwissenschaftlich ist“¹³⁸.

السيد، مصطفى كامل 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية. الطبعة الثانية، ص 325-326.

Alsayyid, Mustapha Kamel 2001c: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 325-326.

السيد، مصطفى كامل 2001: مؤسسات المجتمع المدني على المستوى القومي، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 643-664.

Alsayyid, Mustapha Kamel 2001f: Die Organisationen der Zivilgesellschaft auf der nationalen Ebene, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 643-664.

2.2.1.2.2. Standpunkt der nationalistischen und linken Strömung

Ihrerseits rechtfertigen die Vertreter des entgegengesetzten Trends ihre Sicht sowie ihre unterschiedliche Herangehensweise und bezweifeln die Möglichkeit der Verwendung westlicher Konzepte, einschließlich des Konzeptes der Zivilgesellschaft.

Hussam Essa betont, dass das Konzept der Zivilgesellschaft durch das westliche Denken, im Rahmen einer theoretischen Struktur, die auf einer Vielzahl von Konzepten basierte, entstand und geprägt wurde. Konzepte wie Naturzustand, Gesellschaftsvertrag, Freiheit, Gerechtigkeit, das öffentliche Interesse, der allgemeine Wille und der Staat sind mit dem Konzept der Zivilgesellschaft verbunden. Diese Struktur wurde unter einem bestimmten ideologischen Konflikt in einer entscheidenden Epoche der Geschichte Europas entwickelt, und zwar im Konflikt zwischen den kapitalistischen und feudalen Systemen. Daher geht *Essa* davon aus, dass dieses Konzept ein „ideologisches und rechtfertigendes Konzept“ ist, das nicht auf die Interpretation einer bestimmten sozialen Wirklichkeit, sondern auf die Rechtfertigung dieser Wirklichkeit abzielt. Das bedeutet die Zerstörung der geistigen Grundlagen des bestehenden feudalen Systems sowie die Rechtfertigung und Legitimierung des neuen kapitalistischen Systems¹³⁹.

Nach *Essa* ist die Zivilgesellschaft lediglich ein wirtschaftlicher Raum für private Interessen, in welchem die Individuen ihre Aktivitäten ausüben, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen, und jedes Individuum ist „verselbstständigt und isoliert von den anderen“. Dabei verwendet er das Konzept von Hegel über die Struktur „der atomisierten Zivilgesellschaft“. Er vermutet, dass diese Gesellschaft weder die sozialen Klassen noch das soziale Gefälle kennt und die Beziehungen darin Beziehungen zwischen freien und gleichen Individuen und nicht Beziehungen zwischen sozialen Kräften oder Klassen sind¹⁴⁰. Das bedeutet, dass sie eine größere Unabhängigkeit vom Staat voraussetzen. Dies ist nach *Essa* „die Logik des Marktes im kapitalistischen Sinne“, weshalb er annimmt, dass diese Struktur „die perfekte Verkörperung des kapitalistischen Marktes und von dessen Tauschverhältnissen“ ist. Ihm

عيسى، حسام 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 66-72، هنا ص 67 وما بعدها.

Essa, Hussam 2001: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 66-72, hier 67f.

¹⁴⁰ Essa, Hussam 2001: Anmerkung, S. 69.

zufolge hat dieses „ideologische Konzept der Zivilgesellschaft“ zur Entstehung von einem „ideologischen Konzept des Staates“ geführt. Dieser Staat zeigt sich als übergeordnete Macht, die unabhängig von den Bestandteilen der Zivilgesellschaft und von den darin entstandenen Konflikten ist und die auf die Erreichung der öffentlichen Interessen abzielt, den Schutz der Freiheit und Gerechtigkeit, und zwar dadurch, dass sie die widerstrebenden individuellen Interessen ausgleicht¹⁴¹.

Diese vollständige Trennung von Staat und Zivilgesellschaft ist, gemäß *Essa*, „einer der ideologischen Mythen des politischen Denken des Westens und muss, im Rahmen des andauernden Kampfes in der arabischen Welt, dekuviert werden. Dabei wird unter dem Deckmantel der Errichtung einer Zivilgesellschaft versucht, den Rest der Errungenschaften der Bewegung der arabisch-nationalen Befreiung zu beseitigen, was im Kontrast zum herrschenden zentralen Staat steht“¹⁴². Dazu gehören, nach *Essa*, die Forderungen des kapitalistischen Abendlandes und der Weltbank bezüglich der Privatisierungspolitik und der freien Marktwirtschaft, um „die Rolle des Staates beim unabhängigen nationalen Aufbau zu beenden sowie den öffentlichen Sektor auf die Koalition der lokalen und ausländischen Kapitalmärkte zu übertragen“.

2.2.1.2.3. Standpunkt der islamistischen Strömung

Auch die islamistische Strömung vertritt die Ansicht, dass die kulturellen Differenzen die Bildung einer Zivilgesellschaft nach europäischem Vorbild unmöglich machen. *Wagih Kawtharany* behauptet, dass dieses Konzept bei seiner Entstehung und Verwendung stark von den westlichen Erfahrungen geprägt wurde. Im besonderen Maße sind die liberal-demokratischen Aspekte ausschlaggebend, ausdrücklich in Verbindung mit der Bildung von Bürgerrechten und dem Bewusstsein der Bürger über ihre Staatsbürgerschaft in einem zivilen politischen Kontext Europas, das mit der Macht des Klerus (im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert), mit dem militärischen Charakter des Staates (Zwischenkriegszeit von Nazismus und Faschismus) und mit dem totalitären Staat (auf der Stufe des Falls der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges) konfrontiert war.

¹⁴¹ Vgl. ebd., S. 70ff.

¹⁴² Ebd., S. 71.

Dieses Konzept, das die Loslösung vom religiösen Charakter des Staates widerspiegelte und gegen die religiöse Theokratie stand, entwickelte sich in den Ländern Osteuropas, jedoch mit der Unterstützung der religiösen Institutionen, die eine wichtige Rolle in der Bewegung der Gesellschaft bei ihrer Herausforderung des Staatsapparates sowie der bürokratischen und parteilichen Organe spielten, zu einem Konflikt mit der parteilichen, nichtreligiösen Bürokratie.

Dies geschah im Kontext des europäischen säkularen Systems und war das Ergebnis der Entwicklung einer bestimmten Kultur, was für *Kawtharany* die Übertragung des Konzepts auf eine andere Kultur, die nicht die gleiche Entwicklung erlebte, unmöglich macht¹⁴³.

Ergänzend zur Idee von *Kawtharany* glaubt *Saif Al Din Abdel Fattah Ismail*, dass die Vielfalt des westlichen Denkens und seine intellektuellen und konzeptionellen Produkte, die aus seiner Erfahrung, kulturellen Einheit und Geschichte heraus entstanden, kein Grund dafür sind, „dass wir die Kämpfe der westlichen Denkschulen, die in der von größtmöglicher Offenheit gekennzeichneten Gesellschaft entstanden, leben müssen, da wir uns diesen Denkluxus nicht leisten können“¹⁴⁴. Die „methodische Sackgasse“ ist nach *Ismail* die Anwendung eines Konzeptes, welches durch westliche Quelle, westliches Denken und westliche Erfahrungen entstanden ist, in einer Umwelt mit einer anderen kulturellen Prägung, welche das Denken und die islamische Ausübung betrifft¹⁴⁵.

Er sieht in der Ignoranz mancher arabischer Intellektueller für diese Referenz sowie in dem Ausschluss der religiösen Institutionen innerhalb dieser Umwelt als einem vitalen und starken Stellvertreter für die Zivilgesellschaft und auch in dem Versuch, diese Institutionen durch „moderne säkulare Institutionen und Gewerkschaften“ zu ersetzen, einen Nachweis für die Kontrolle der westlichen Kultur sowie die Entfremdung der zeitgenössischen arabischen Denker von ihrer Gesellschaft. Daher meint *Ismail*, dass das Konzept abgelehnt werden muss¹⁴⁶.

¹⁴³ Kawtharany, Wagih 2001: Die Zivilgesellschaft und der Staat in der arabischen Geschichte, S. 119; 128ff.

¹⁴⁴ Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 2001: Zivilgesellschaft und Staat in der zeitgenössischen islamischen Theorie und Praxis, S. 282.

¹⁴⁵ Ebd., S. 287.

¹⁴⁶ Ebd., S. 287ff.

Zu dieser Dichotomie gehören noch andere, die in ihrer Behandlung dieses Konzeptes als extrem zu bezeichnen sind. Entweder verwerfen sie vollständig die Möglichkeit der Existenz einer Zivilgesellschaft in der arabischen Welt oder glauben andererseits, dass das Konzept sogar in seiner modernen Definierung mit der Idee des „islamischen Staates“ identisch sei.

Ein Beispiel dafür ist *Essam Nuaman*. Er weist darauf hin, dass die Bestandteile in beiden, den westlichen und islamischen Gesellschaften, in gewissem Maße verschieden bleiben. Wenn sich solche Institutionen als politische Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Berufsverbände oder soziale und kulturelle Vereine im Westen befinden, finden in der arabisch-islamischen Gesellschaft die wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten rund um die Moschee statt, beispielsweise in den Märkten und Gassen, religiösen Sekten und Sufi-Orden. Im Westen war die Kirche eine vom Staat unabhängige Macht, die aber den Staat unter Druck setzte und ihn teilweise beherrschte. Dies änderte sich mit der Reduzierung ihres Einflusses, indem sie danach ein Bestandteil der Gesellschaft wurde, der lediglich eine überwachende Rolle für die Praktiken des Staates als moralische Instanz spielt. In dem arabisch-islamischen Rahmen gibt es gemäß *Nuaman* keine Kirche, die eine ähnliche Rolle spielen kann, wie die Kirche sie im Westen spielte. Auch die *fuqaha* und Muftis waren und sind großteils im Dienst des Herrschers¹⁴⁷.

Auf der anderen Seite vermutet *Magdy Hammad*, dass die Zivilgesellschaft ihre ideologische Grundlage aus den Werten und Überzeugungen von drei verschiedenen Systemen entnommen hat, diese sind Liberalismus, Säkularismus und Kapitalismus. Die Werte sind aufgrund ihrer politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aspekte nicht mit den in der arabischen Welt vorherrschenden islamischen Werten in Einklang zu bringen. Des Weiteren sei der von der Bourgeoisie geführte Kampf, der zur Ablösung der weltlichen Macht kirchlicher Institutionen abzielte, aus dem die Zivilgesellschaft und das Prinzip der Trennung von

نعمان، عصام 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 110

Nuaman, Essam 2001: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studien Zentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studien Zentrum, zweite Auflage, S. 110.

Religion und Staat hervorgingen, im Islam nicht möglich, da dieser „in seiner ideologischen Wahrheit ein ganzheitliches System ist“¹⁴⁸.

Die zweite Richtung zeigt sich deutlich in den Schriften des islamischen Denkers *Fahmy Huaidy*, der glaubt, dass das Konzept der Zivilgesellschaft mit der Idee des „islamischen Staates“ kompatibel sei, da der säkulare Staat an und für sich die Entstehung der Zivilgesellschaft nicht garantiert und daher im Umkehrschluss auch keine Säkularisierung notwendig ist. Aus der Vorstellung der islamistischen Strömung über den kulturellen Charakter des Islams unterstützt er seine Sichtweise mit der Aussage, dass die islamische Gesellschaft nicht erkennt, was bei dem christlichen Abendland als die Klasse des Klerus bekannt wurde, da „der islamische Staat sich aus dem Willen des Volkes bildet und die Klasse der Religionsgelehrten (*Ulama*) eine ausreichende Berechtigung hat, um dominante Herrscher abzusetzen“. Er glaubt, dass die Islamisten die Zivilgesellschaft als einen Raum für Beteiligung verstehen müssen, und zwar durch die islamischen Konzepte wie Beratung (*Shura*), Nächstenliebe, die Förderung der Tugend und Verhinderung des Lasters¹⁴⁹. Nach *Huaidy* besteht die Grundlage der Zivilgesellschaft in der Idee des islamischen Staates und als „die islamische Renaissance-Bewegung in Tunesien (*harket alnahda*) die Etablierung der Zivilgesellschaft [...] forderte, da übernahm sie einen Standpunkt, der das Herzstück ihrer Hingabe an das islamische Projekt ist“¹⁵⁰.

2.2.2. Definition von Zivilgesellschaft und ihre Hauptakteure

Hinsichtlich der Definition dieses Begriffs und seiner Hauptakteure gibt es unterschiedliche Sichtweisen in der arabischen Literatur. Den Unterschied kann man an zwei wichtigen Punkten erkennen. Der erste betrifft die theoretischen Dimensionen des Begriffs der Zivilgesellschaft und der zweite das Verhältnis dieses Begriffs zu der Analyse und dem Verständnis der politischen, sozialen und kulturellen Situation in der arabischen Welt. Dabei

حمّاد، مجدي 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 145-147.

Hammad, Magdy 2001a: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 145-147.

هويدي، فهمي 1993: الإسلام و الديمقراطية. القاهرة: مركز الإهرام¹⁴⁹

Huaidy, Fahmy 1993: Der Islam und die Demokratie. Kairo: Alahram Center.

¹⁵⁰ Ebd., S. 199.

kommen zwei wesentliche Fragen auf: Ist die Zivilgesellschaft ein säkularer Fall, der nur nach einem bestimmten Verständnis der Zivilisation, im Sinne von Religion, Kultur, Staatsaufbau, usw., und des modernen politischen Liberalismus aufgebaut werden kann oder können die traditionellen und religiösen Organisationen und Bewegungen aufgrund ihrer sozialen und kulturellen Aktivitäten in den arabischen Gesellschaften die Rolle des Katalysators für die Zivilgesellschaft spielen?

Die zweite Fragestellung betrifft die Zivilgesellschaft und ob diese nur aus intermediären Organisationen und Interessengruppen besteht, die die Position eines Vermittlers zwischen den Bürgern und dem Staat innehaben, ohne nach der politischen Herrschaft zu streben. Können die nach politischer Macht strebenden Gruppen, beispielsweise die Oppositionsparteien oder solche, die in einem hohen Maß vom Staat kooptiert wurden, zum Beispiel die Gewerkschaften in der arabischen Welt, zu den Akteuren der Zivilgesellschaft gehören? Mit anderen Worten, sind die Organisationen der Zivilgesellschaft nur die, die gegen den Staat und außerhalb seines Rahmens agieren, oder sind Organisationen inbegriffen, die im Rahmen des Staates und seines Apparates operieren?

2.2.2.1. Definitionen und Akteure aus der Sicht säkularer Theoretiker

Hinsichtlich der Beantwortung dieser Fragen unterscheiden sich die Ansichten der arabischen Intellektuellen, je nach ihrem ideologischen Lager. Ein Großteil von ihnen glaubt, dass die Natur des autoritären Staates, der in der arabischen Welt historisch verankert ist und die am weitesten verbreitete Machtstruktur darstellt, die Marginalisierung der Mittelklasse und die Ausbreitung der intellektuellen Grundlage mit einem religiösen Charakter sowie das Fehlen einer Kultur der Demokratie, die Möglichkeit intermediäre Institutionen zwischen den Bürgern und dem Staat, außerhalb des staatlichen Rahmens entstehen zu lassen, verhindert. Diese Meinung wird von *Al Taher Labib* vertreten, der glaubt, dass dieser Begriff in der arabischen Welt „politisiert“ auftauchte und durch seine Verwendung, schon bevor er durch eine Definition eingeschränkt wurde, große Popularität erlangte. Auch der Staat, gegen den der Begriff entstand, verwendete ihn, um zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und nicht-zivilgesellschaftlichen Akteuren zu unterscheiden. Daher wandelte sich das Konzept der Zivilgesellschaft nach *Labib* zu „einem Bereich, aus dem Akteure exkludiert bzw. inkludiert

werden. Dies geschieht zum Ausschluss oder zur Eingliederung in die nationale Einheit. In beiden Fällen führt dies zu einer Angleichung der Bürger, und zwar in der Nicht-Beteiligung dieser“¹⁵¹.

Ali Al Kenz und *Abdel Kader Al Zugl* vertreten dieselbe Sichtweise wie *Labib* und betonen, dass die arabische Welt insbesondere ab den fünfziger Jahren große und tiefgreifende Veränderungen erlebte, die zur Entstehung von neuen sozialen Klassen führten. Dazu gehören die Technokraten, eine intellektuelle Arbeiterklasse und der Bedeutungsgewinn der Frauen als ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft. Trotz dieser sozialen Vielfalt wurde die Pluralität im politischen Bereich nicht gefördert, die als ein wesentlicher Bauteil zur Entstehung der Zivilgesellschaft angesehen wird. Durch das vollständige oder partielle Fehlen politischer Partizipation war es diesen sozialen Veränderungen nicht möglich, legitime Kanäle zu finden, um die Institution des Staates in der arabischen Welt beeinflussen konnten¹⁵².

Aufgrund des autoritären Charakters des Staates in der arabischen Welt sowie der breiten Popularität der religiösen Bewegungen geht *Alsayyid Yassin* davon aus, dass die Zivilgesellschaft „der demokratische säkulare Raum zwischen dem arabischen autoritären Staat und den Bewegungen des protestierenden Islams ist“. Die Zivilgesellschaft, als ein Monopol der säkularen Kräfte, wird von *Yassin* damit einerseits als ein Instrument gegen die Unterwerfung durch den Staat, der trotz seiner teilweise liberalen Verfahren den politischen Bereich monopolisiert, dargestellt, jedoch andererseits als ein Werkzeug gegen die Macht der, aufgrund ihrer sozialen Arbeit, einflussreichen islamischen Gruppen, die die Massen mobilisieren können.

¹⁵¹ Al Taher Labib 2001: Ist die Demokratie eine soziale Forderung? Die Beziehung des demokratischen Projektes zur arabischen Zivilgesellschaft, S. 363.

¹⁵² الكنز، علي 2001: من الإعجاب بالدولة إلى اكتشاف الممارسة الاجتماعية، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 203-216.

Al Kenz, Ali 2001: Von der Bewunderung des Staates bis zur Entdeckung der sozialen Praxis, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 203-216.

الزعل، عبد القادر 2001: المجتمع المدني و الصراع من أجل الهيمنة الإيديولوجية في المغرب العربي، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 431-466.

Al Zugl, Abdel Kader 2001: Die Zivilgesellschaft und der Kampf um die ideologische Vormacht im arabischen Maghreb, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 431-466.

Diese Gruppen verweigerten nach *Yassins* Auffassung die reformistischen Ideen des traditionellen islamischen Trends, zu dessen wichtigsten Prominenten zum Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts *Mohamed Abdu* und *Gamal Al-din Al-afghany* gehören. Diese Denker forderten die ‚Modernisierung des Islams‘. Die islamischen Gruppen lehnten dies allerdings ab und versuchten es gegen das Motto der ‚Islamisierung der Modernität‘ zu ersetzen, und zwar in jedem Sinne des Wortes. Dazu zählen die Ablehnung des säkularen Staates und der Versuch ihn zu stürzen, um den islamischen Staat mit einer auf dem Islam beruhenden Kultur, Wirtschaft und Politik zu errichten, sowie der Angriff auf die abendländische Kultur, welche die Traditionen des islamischen Staates nicht widerspiegelt.

Basierend auf dieser „strikten Trennung“ kann der Begriff der intermediären Organisationen der Zivilgesellschaft postuliert werden, und zwar in Bezug auf seinen Mechanismus als Bindeglied zwischen „der isolierten, säkularen und intellektuellen Elite“ und „den reaktionären islamischen Bewegungen, die die Öffentlichkeit beherrschen“¹⁵³.

Einen anderen Standpunkt vertritt der Soziologe *Saad Eddin Ibrahim*, der die Organisationen der Zivilgesellschaft, die seit Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts zu entstehen begannen, als „die unabhängigen freiwilligen Organisationen, die den öffentlichen Raum zwischen den staatlichen Institutionen und den sozialen Strukturen füllen“, definiert. Darunter sind gemeinnützige Organisationen, bürgerliche Vereine, Gewerkschaften, politische Parteien, Organisationen für Menschenrechte und Genossenschaften zu verstehen. Damit beinhalten sie „alle nicht-staatlichen, nicht-familiären und nicht-vererblichen Organisationen“¹⁵⁴:

„[...] the totality of self-initiating and self-regulating volitional social formations, peacefully pursuing a common interest, advocating a common cause, or expressing a common passion, respecting the right of others to do the same, and

يسين، السيد 2001: مستقبل المجتمع المدني. الأزمة الثقافية و مستقبل المجتمع المدني، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في 801-783 تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 801-783.

Yassin, Alsayyid 2001: Die Zukunft der Zivilgesellschaft. Die kulturelle Krise und die Zukunft der Zivilgesellschaft, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 783-801, hier S. 790ff.

¹⁵⁴ ابراهيم، سعد الدين 1995: تقديم، في: فخرو، منيرة أحمد: المجتمع المدني و التحول الديمقراطي في البحرين، في: ابراهيم، سعد الدين (محرر)، سلسلة دراسات مشروع المجتمع المدني و التحول الديمقراطي في الوطن العربي. القاهرة: مركز ابن خلدون للدراسات الإنمائية، ص 5

Ibrahim, Saad Eddin 1995: Einleitung, in: Munira, Ahmed Fakhro: Zivilgesellschaft und demokratische Transformation in Bahrain, in: Ibrahim, Saad Eddin (Hrsg.) 1995: Studien für das Projekt Zivilgesellschaft und die demokratische Transformation in der arabischen Welt. Kairo: Ibn Khaldun Center, S. 5.

*maintaining their relative autonomy vis-a-vis the state, the family, the temple and the market“.*¹⁵⁵

So schließt er bei seiner Definition die traditionellen und religiösen Gruppen aus, da sie nicht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basieren. Das Konzept der Zivilgesellschaft basiert nach *Ibrahim* auf drei Grundregeln: das bewusste und freie Handeln, die Institutionalisierung sowie die Akzeptanz der gesellschaftlichen Vielfalt und des Pluralismus. Die letzte Regel bildet nach *Ibrahim* eine „normative Basis“ für die Zivilgesellschaft sowie ein organisierendes Prinzip des gemeinsamen Handelns zwischen ihren Institutionen

*„[...] and values behavioral codes to tolerate, if not to accept, the different 'others' and a tacit or explicit commitment to peaceful management of differences among individuals and collectives sharing the same public space-that is the polity“*¹⁵⁶.

Er betont auch, was aus der Definition von Edward Shill¹⁵⁷ für die Zivilgesellschaft hervorgeht, die Wichtigkeit der Toleranz und der friedlichen Lösung der Probleme mit verschiedenen Meinungen. Bei dieser Analyse vermutet *Ibrahim*, dass die islamischen Gruppen „diese normative Basis“ nicht anerkennen und die soziale und gesellschaftliche Vielfalt ablehnen. Durch das Verhängen von der erzwungenen Gleichheit auf die Gesellschaft zielen sie auf die Wiederbelebung der Idee einer „Idealstadt“ ab, die ihnen zufolge im frühen Islam vorherrschend gewesen war, und sie versuchen mit allen Mitteln, den Staat unter ihre Kontrolle zu bringen, um die „islamische Gestalt“ des Staates zu errichten. Aber trotz ihrer sozialen und kulturellen Aktivitäten in den arabischen Gesellschaften sowie ihrer freiwilligen Mitgliedschaft schließt *Ibrahim* sie als Akteure der Zivilgesellschaft aus. *Amr Hamzawy* glaubt, dass *Ibrahim* seiner Definition nicht treu bleibt, wenn er aus Angst vor den Islamisten versucht, die Basis der Zivilgesellschaft zu verbreitern, um eine Kraft gegen die Islamisten zu

¹⁵⁵ Ibrahim, Saad Eddin 1998: The Troubled Triangle. Populism, Islam and Civil Society in the Arab world, in: International Political Science Review 1998, Vol. 19, Nr. 4, S. 373-385, hier S. 374.

¹⁵⁶ Ibrahim, Saad Eddin 1996: Egypt, islam and democracy. Twelve Critical Essays. Cairo: American University in Cairo Press, S. 245f.

¹⁵⁷ Edward Shils definiert die Zivilgesellschaft als „einen Komplex oder ein Geflecht aus Institutionen, Handlungen und gemeinsamen Überlegungen, das einzelne Gesellschaftsmitglieder, Gruppen, Kollektive und Institutionen mit den ‚repräsentativen‘ Institutionen des Zentrums und dadurch mit der Gesellschaft insgesamt und untereinander verbindet“.

Siehe Shils, Edward 1991: ‚Was ist eine Civil Society?‘, in: Krzysztof Michalski (Hrsg.) 1991: Europa und die Civil Society: Castalgandolfo-Gespräche 1989. Stuttgart: Kett-Cotta, S. 13-51, hier S. 16.

bilden, und zwar durch die Einbeziehung von politischen Parteien mit nicht-demokratischen Strukturen und von Gewerkschaften innerhalb des Rahmens des Staates¹⁵⁸. *Ferhad Ibrahim* unterstützt die Sicht von *Saad Eddin Ibrahim* basierend darauf, dass die Vertreter des islamischen Trends nach politischer Macht streben, welche durch ihr Wesen den normativen Elementen der Zivilgesellschaft, Zivilisation, Toleranz und Pluralismus entgegensteht¹⁵⁹.

Dieser Standpunkt, der von Vertretern des säkularen Trends ausgeht, trifft in einem bestehenden und stabilen demokratischen System, in dem der Begriff der Staatsbürgerschaft vertieft ist, zu. Die Definitionsbedingungen¹⁶⁰ der Zivilgesellschaft nach Edward Shill, wovon *Saad Eddin Ibrahim* ausging, sind in der arabischen Gesellschaft nicht unbedingt verfügbar¹⁶¹. Vertreter dieses Trends sprechen nahezu axiomatisch von einer arabischen Zivilgesellschaft mit ihren Konzepten und Institutionen als empirische Tatsache. Obwohl einige dieser Bedingungen in der arabischen Welt vorhanden sind, ist nicht nur die Existenz dieser Elemente ausschlaggebend „für den empirischen Tatbestand, ob eine Zivilgesellschaft bereits Realität oder eine fiktive Erscheinung ist“¹⁶², sondern ihre Superiorität in einer politischen Gesellschaft.

Mustapha Kamel Alsayyid definiert die Zivilgesellschaft nach dem Vorbild von Antonio Gramsci. Er sieht darin eine Arena des Konflikts zwischen dem Staat und dem Bürger, in welcher der Wettbewerb für soziale und kulturelle Dominanz stattfindet. Durch seine Unterscheidung zwischen den radikalen und gemäßigten islamischen Gruppen erweitert *Alsayyid* den Rahmen der Definition des Konzeptes der Zivilgesellschaft¹⁶³. Im Gegensatz zu *Ibrahim* und *Yassin* nimmt er die gemäßigten islamischen Gruppen aufgrund ihrer tiefen sozialen Basis sowie ihrer kulturellen Rolle innerhalb der arabischen Gesellschaften, solange

¹⁵⁸ Amr Hamzawy 1998: Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft, S. 422.

¹⁵⁹ Ferhad, Ibrahim; Wedel, Heidi 1995: Einleitung, S. 16.

¹⁶⁰ Bei Shill sind die Bedingungen der Entstehung einer Zivilgesellschaft die religiöse Toleranz, die Grund- und Bürgerrechte, Pluralismus der Parteien, Rechtsstaat, normativ integrierte liberal-demokratische Gesellschaft, freie Marktwirtschaft und die Existenz der politischen effizienten und effektiven Institutionen.

¹⁶¹ Shills Sicht wird auch von Micha Brumlik kritisiert, weil Shill die Zivilgesellschaft mit der liberalen Demokratie gleichsetzt, und dadurch wird der Begriff an Stichhaltigkeit verlieren. Siehe: Brumlik, Micha 1991: Was heißt 'Zivile Gesellschaft'? Versuch, den Pudding an die Wand zu nageln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36 (1991) 8, S. 987-993, hier S. 990.

¹⁶² Ferhad, Ibrahim 1998: Die Kontroverse über die „arabische“ Zivilgesellschaft, S. 461.

¹⁶³ Alsayyid, Mustapha Kamel 2001: Die Organisationen der Zivilgesellschaft auf der nationalen Ebene, S. 643ff.

sie nicht mit den Grundsätzen dieser Gesellschaften im Konflikt stehen, auf. Er rechtfertigt dies dadurch, dass Moscheen und Kirchen seit den späten siebziger Jahren in vielen arabischen Ländern als Ort für Dialog und Protest gegen einige der staatlichen Standpunkte eine wichtige Rolle spielten. Sie verwandelten sich in Zentren vielseitiger sozialer und kultureller Aktivitäten. Auf dieser Basis nimmt er an, dass die Notwendigkeit des Ausschlusses der gewalttätigen islamischen Bewegungen die Aufnahme von gemäßigten religiösen Bewegungen und Institutionen sowie ihre Integrierung im Rahmen der Zivilgesellschaft nicht verhindern muss¹⁶⁴.

Hasanin Tawfeek Ibrahim bezieht sich in seiner Definition der Zivilgesellschaft auf „eine Reihe von politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesetzlichen Strukturen, in deren Rahmen ein komplexes Netz aus Beziehungen und Interaktionen zwischen den sozialen Kräften sowie Gruppierungen innerhalb der Gesellschaft gebildet wird“¹⁶⁵. Dies ist ein lebendiger und kontinuierlicher Prozess, der durch eine Gruppe von freiwilligen Institutionen, die unabhängig vom Staat entstehen und agieren, fortgeführt wird. Aufgrund der kulturellen und zivilisatorischen Unterschiede sowie der Lücke der wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Entwicklung können seiner Meinung nach die grundlegenden Elemente des Konzeptes der Zivilgesellschaft in Ländern der Dritten Welt nicht genau so reproduziert werden, wie sie sich in den westlichen Ländern entwickelten¹⁶⁶. Aber gewisse wichtige Elemente müssen sich für den Aufbau einer Zivilgesellschaft in einer Gesellschaft befinden, am wichtigsten sind dabei die Kristallisierung von Muster der sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen als Ergebnis der Interaktion zwischen den sozialen Kräften und Gruppierungen. Diese Beziehungen können verschieden ausgeprägte Charaktere haben, entweder kooperativ, konkurrierend oder kämpfend¹⁶⁷. Der nächste Punkt ist die Anerkennung der Vielfalt in der Gesellschaft, unter Achtung der demokratischen Werte und der Toleranz. Darüber hinaus soll dabei ein effektives System entstehen, das die Macht

السيد، مصطفى كامل 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 549- 550.

Alsayyid, Mustapha Kamel 2001e: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 549-550.

¹⁶⁵ Ibrahim, Hasanin Tawfeek 2001: Aufbau der Zivilgesellschaft. Quantitative und qualitative Indikatoren, S. 683-716, hier S. 694.

¹⁶⁶ Ebd., S. 704.

¹⁶⁷ Ebd., S. 696.

der Regierung begrenzt und die intermediären Institutionen der Gesellschaft unterstützt. Zuletzt ist die finanzielle Unabhängigkeit von sowohl dem Staat als auch den privaten Geldgebern relevant¹⁶⁸.

Die Zivilgesellschaft ist seiner Meinung nach der „Boden, auf dem sich das demokratische Modell sowie seine Werte, Institutionen und Beziehungen stützen, durch die sich eine Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Kräften ergeben kann, egal ob diese Kräfte politische Parteien, defensive Menschenrechtsorganisationen oder soziale Bewegungen sind“¹⁶⁹. Dies kann auch durch die gewaltfreie Aktivität und Vermittlungsbemühungen sowie die Erzielung eines Kompromisses erreicht werden. Die Rolle, die die Zivilgesellschaft spielen kann, könnte einen großen und effektiven Einfluss haben, insbesondere in den arabischen autoritären Staaten durch die Eindämmung der repressiven Praktiken des Staates sowie der Verringerung seiner Durchdringung der Gesellschaftsstruktur und seiner Versuche, die Bewegungsfreiheit der Gesellschaft einzuschränken. In diesem Rahmen weigert er sich, den Begriff der Zivilgesellschaft als „Rückkehr zum Säkularismus und Anti-Religion“¹⁷⁰ zu bezeichnen, wie von einigen Intellektuellen behauptet wird, weil er zu einer Spaltung der Gesellschaft sowie einer Marginalisierung großer Teile der Gesellschaft führt, die ursprünglich auf traditionell religiösen Erwägungen basiert, was in einer Verankerung der repressiven Praktiken des Staates innerhalb der Gesellschaft mündet.

2.2.2.2. Definition und Akteure aus der Sicht der Islamisten

Um aus dieser „methodischen Sackgasse“¹⁷¹ in den verschiedenen Definitionen der Zivilgesellschaft herauszukommen, schlägt einer der Vertreter des islamischen Trends, *Saif Al Din Abdel Fattah Ismail*, vor, anstatt des westlichen Konzepts der Zivilgesellschaft das im islamischen Denken, dessen Erfahrungen und Praktiken verwurzelte Prinzip der *mugtama ahli* (Bürgergesellschaft) zu verwenden. Diese kann seiner Meinung nach als Ersatz für das „importierte Konzept“¹⁷² fungieren.

¹⁶⁸ Ebd., S. 696ff.

¹⁶⁹ Ebd., S. 698f.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 685f.

¹⁷¹ Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 2001a: Zivilgesellschaft und Staat in der zeitgenössischen islamischen Theorie und Praxis, S. 287.

¹⁷² Ebd., S. 282.

Der Begriff „Bürgergesellschaft“ bezieht sich im islamischen Mittelalter auf einen relativ unabhängigen Raum zwischen den Regierungsinstitutionen und der Nation, *Umma*.

Dieser Raum wurde durch, von *Ismail* so genannte, „Institutionen der Nation“ gefüllt, namentlich Stiftungen, Handwerksgemeinschaften, kulturelle Gruppen und vielfältige religiöse Bewegungen. Dies führte zu einer Kontrollfunktion über den Staat zu Gunsten der *Umma* und zur Aufrechterhaltung der Einheit der *Umma* gegen die Tyrannei des Herrschers¹⁷³.

Ismail macht den Nationalstaat, der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts in den meisten Regionen der arabischen Welt entstand, verantwortlich für die Beseitigung der Institutionen der Bürgergesellschaft. Beeinflusst durch den westlichen Säkularismus hat sich der Nationalstaat im Namen der Modernisierung und Entwicklung an der Beseitigung der intermediären Institutionen der Bürgergesellschaft beteiligt und stattdessen ein totalitäres soziales System geschaffen, zu dessen Besonderheiten die Trennung zwischen dem „verwestlichten Staat“, der auf westlicher Grundlage entstand, und der Nation mit islamischem Charakter zählt¹⁷⁴. Als Ausweg aus dieser Situation schlägt *Ismail* vor, die Bürgergesellschaft auf modernen Grundlagen wiederzubeleben, sowie die Erweiterung dieser Grundlagen, um die politischen Parteien, Gewerkschaften und gemeinnützigen Verbände aufzunehmen, die zusammen mit der Verfolgung ihrer eigenen Interessen auch die Interessen der Nation verteidigen. Solche Interessen, die nach *Ismail* die Aufrechterhaltung der Religion, den Widerstand gegen den repressiven Staat, die demokratische Anwendung des islamischen Rechts und Widerstand gegen erhöhte fremde Einflüsse enthalten, sind das „Ordnungsprinzip für die Bürgergesellschaft und der Kompass für alle Aktivitäten“¹⁷⁵. Damit kann nach *Ismail* ein „neuer Gesellschaftsvertrag“ geschlossen werden, der sowohl zur „Überwindung des Widerspruchs zwischen dem Säkularen und dem Religiösen als auch zur Neuschöpfung des historischen Genies der Nation fähig ist“¹⁷⁶. *Ismail* äußert sich jedoch nicht

¹⁷³ Ebd., S. 292;296.

¹⁷⁴ عبد الفتاح اسماعيل، سيف الدين 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 498-500.

Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 2001b: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 498-500.

¹⁷⁵ Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 1989: Die politische Erneuerung und die zeitgenössische arabische Lage. Islamische Fassung, S. 250f.

¹⁷⁶ Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 2001a: Zivilgesellschaft und Staat in der zeitgenössischen islamischen Theorie und Praxis, S. 311.

hinsichtlich der Methoden der Umgestaltung dieser Bürgergesellschaft, der Lage der religiösen und ethnischen Minderheiten in der arabischen Welt und des Engagements der Frauen im Rahmen dieser Umgestaltung.

2.2.2.3. Definition und Akteure aus der Sicht der *Turath*-Denker

Eine unterschiedliche, aber mit dem arabisch-islamischen Erbe verbundene Definition präsentiert *Burhan Ghaliun*. Er führt die Verwirrung und die bestehende Vermischung der Begriffe im arabischen Kontext auf vier Schlüsselfaktoren zurück¹⁷⁷: Als ersten Grund führt er an, dass alle „positiven Werte“ der Zivilgesellschaft zugeordnet werden, und zwar solche, die dem Staat und seinen repressiven Werkzeugen gegenüberstehen, was zur „Politisierung“ der Zivilgesellschaft und ihrer Akteure führt.

Als zweiten Faktor bezeichnet er die Gleichsetzung des Begriffes mit dem politischen Liberalismus, was zur Konzentration auf die Rolle der Akteure der Zivilgesellschaft im Einfluss auf den potenziellen Prozess der Demokratisierung führte¹⁷⁸. Obwohl der Begriff bei seiner westlichen und modernen osteuropäischen Entstehung so erweitert wurde, dass er die traditionellen Räume der Politik sowie Gruppen der sozialen und kulturellen Vielfalt beinhaltete, wurde er bei den meisten Analysen des Begriffs in seinem arabischen Kontext durch den Versuch, einige der Akteure, namentlich die Islamisten, vom sozialen Gefüge auszuschließen, missbraucht.

Den dritten Faktor stellt die Verwendung des Begriffes als Synonym für private Angelegenheiten des Einzelnen gegenüber den öffentlichen Angelegenheiten, für die der Staat sich interessiert, dar. Aus dieser Sicht hängen die Fortschritte in der demokratischen Richtung von der Rückkehr zum Individualismus und den dominierenden privaten Interessen ab.

Dieser Punkt lässt viele intellektuelle nationalistische und linke Denker die Entstehung einer Zivilgesellschaft ablehnen, weil sie ihres Erachtens nach eine Rückkehr zu den „primitiven

¹⁷⁷ Ghaliun, Burhan 2001: Aufbau der arabischen Zivilgesellschaft, S. 733f.

¹⁷⁸ Ebd., S. 734.

politischen Organisationen“ sowie eine Abkehr von den „Errungenschaften des Nationalstaats“ darstellt¹⁷⁹.

Der vierte Faktor ist der kontinuierliche Versuch, den Begriff der Zivilgesellschaft als Antonym zu der Bürgergesellschaft darzustellen sowie ihn angesichts der, von *Galiun* als „Träger der traditionellen Werte“ gesehenen, politischen Trends oder Bewegungen „politisch“ zu verwenden. In diesem Fall wird die Zivilgesellschaft identisch mit den modernen Organisationen und Strukturen, den Parteien, Gewerkschaften und Frauenorganisationen, gesehen und wird in diesem Kontext als „Kriegsinstrument“ gegen die islamischen Bewegungen und als eine Stärkung der Kontrolle des autoritären Staates verwendet¹⁸⁰.

Burhan Ghaliun glaubt, dass all diese Komplikationen zur Umwandlung des Begriffs der Zivilgesellschaft in ein Werkzeug zur Erstellung einer modernen sozialen Ideologie gegen die islamische Ideologie neigen und eine neue Allianz errichten, die „aus den modernen Eliten besteht, die besorgt sind um ihre politische Position und ihre Stellung innerhalb der totalitären Macht des autoritären Staates, der als grundlegende Garantie für die Fortsetzung der Modernisierung und der sozialen Rationalisierung gesehen wird“¹⁸¹.

Der Diskurs der Zivilgesellschaft im arabisch-politischen Denken erneuert nach *Ghaliun* die „Ideologie der Moderne, die viel an ihrer Legitimität und Glaubwürdigkeit, nach dem Ausfall der linksgerichteten Projekte und sozialistischen Werte im Allgemeinen, verloren hat. Er ist ein Versuch, die moderne Ideologie der rückläufigen Elite wiederzubeleben“¹⁸².

Der Begriff der Zivilgesellschaft stellt nach *Ghaliun* keine andere Form von demokratischer Politik dar, sondern eine soziale Organisation, die von den Beziehungen der Individuen, nicht als Bürger einer gemeinsamen Heimat, abhängig ist. Das heißt nicht in Bezug auf die Erstellung eines umfassenden nationalen Verbandes, wie einer Nation und eines Staates, sondern in Bezug darauf, dass sie sowohl ihr materielles Leben als auch ihre Überzeugungen und Ideen jenseits des Staates produzieren¹⁸³.

¹⁷⁹ Ebd., S. 743f.

¹⁸⁰ Ebd., S. 734.

¹⁸¹ Ebd., S. 734.

¹⁸² Ebd., S. 734.

¹⁸³ Vgl. ebd., S. 736f.

Die Zivilgesellschaft stellt gemäß *Ghaliun*, organisierte Gruppierungen dar, die „auf Strukturen, Organisationen und Solidarität basieren, die auf Reproduzierung des Wirtschafts-, Moral- und Familienlebens spezialisiert sind und die keiner formellen und umfassenden Organisation durch die zentrale Behörde unterliegen“¹⁸⁴. Solche Organisationen, die auf der Vielfalt, Dissonanz, Konflikten und der Zusammenarbeit basieren, beinhalten Verbände und Gewerkschaften, Gemeinde-, Klan-, Stamm- und Familienformationen, Kultur, Brauchtum und Tradition. Daher glaubt *Ghaliun*, dass „es sinnlos sei, zwischen der Zivilgesellschaft und der Bürgergesellschaft zu unterscheiden“. Durch diese Unterscheidung versuchen einige, einen Teil der zivilen Aktivitäten zu verurteilen, wodurch „das Verständnis der tatsächlichen Kräfte, die die Gesellschaft antreiben, durch die Unterscheidungen in ihren Bemühungen, die Legitimität von Formationen, Traditionen, tribalen oder sektiererischen Werten, zu bestreiten“¹⁸⁵, verhindert wird.

In diesem Rahmen betont er die Notwendigkeit die Politik neu zu definieren, die versuchte, der arabisch-islamischen Gesellschaft neue Muster aufzuerlegen. Er befürwortet eine Politik, die der Zivilgesellschaft dabei hilft, ihre Fragmentierung und Widersprüche zu überwinden und die ihre Werte und Organisationen nicht verleugnet. Wegen ihrer breiten sozialen Basis in der arabischen Welt vermutet *Ghaliun*, dass die Islamisten die Hauptträger dieses Übergangs werden¹⁸⁶.

Ähnlich glaubt *Nazih Ayubi*, dass dieses Dilemma zwischen dem Konzept der Bürgergesellschaft und dem der Zivilgesellschaft im arabischen Denken überwunden werden muss. Die Überwindung dieser intellektuellen Spaltung gewährleistet die Beseitigung des repressiven Staates sowie den Übergang zur Demokratie. Ihm zufolge gelang es diesem Staat ab den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts, d. h. nach der Unabhängigkeit vieler arabischer Länder, die Gesellschaft zu unterdrücken¹⁸⁷. Der einzige Weg zur Milderung der Unterdrückung ist nach *Ayubi*:

¹⁸⁴ Ebd., S. 736f.

¹⁸⁵ Ebd., S. 738ff.

¹⁸⁶ Vgl. ebd., S. 749.

¹⁸⁷ Ayubi, Nazih N. 1995: *Overstating the Arab State: Politics and Society in the Middle East*. London, New York: I.B.Tauris, S. 441ff.

„[...] to revive and re-engage all sub-political structures of the civil society by pumping in new blood and reviving the various social forces so that they can participate in due course in the process of political change. These include the mosques, zawiyas, religious orders and brotherly solidarities that have been re-embraced by the popular forces at a time when nationalists and leftist élites [sic!] are still struggling [...] to turn their civilian associations and societies [...] into viable structures for rejuvenating the civil society. [...] It is no longer possible to reconstruct civil society in the Arab World on the basis of forming a few small associations here and there. It is crucial to think strategically and at the level of politics - but not necessarily through a fixation on the state or on state policies. Politics should be perceived beyond and above the state, preferably in terms of 'civilisational' spheres“¹⁸⁸.

2.2.3. Krisendiskurs¹⁸⁹ der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und die Probleme ihres Ausbaus

Auf die Definition von Habermas für eine Krise bezieht sich *Alsayyid Yassin*¹⁹⁰: Sie entsteht dann, „wenn die Struktur eines Gesellschaftssystem weniger Möglichkeiten der Problemlösung zulässt, als zur Bestandserhaltung des Systems in Anspruch genommen werden müssten“. In diesem Sinne sind Krisen anhaltende Störungen der Systemintegration¹⁹¹. Hier lassen sich verschiedene Szenarien unterscheiden.

¹⁸⁸ Ebd., S. 444.

¹⁸⁹ Krisendiskurs ist ein vorherrschender Ausdruck in der arabischen Gesellschaft seit dem Rückschlag im Juni 1967. In der arabischen Literatur gibt es unterschiedliche Diagnosen der Krise, die durch die Vielfalt der Ansätze gekennzeichnet sind, und die versuchen, die verschiedenen negativen Aspekte zu äußern, die das arabische politische Denken beherrschen, zum Beispiel die Krise der Demokratie und der Legitimation und andere.

¹⁹⁰ Yassin, Alsayyid 2001: Die Zukunft der Zivilgesellschaft. Die kulturelle Krise und die Zukunft der Zivilgesellschaft, S. 784f.

¹⁹¹ Habermas, Jürgen 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 11.

2.2.3.1. Probleme des Ausbaus der Zivilgesellschaft aus der säkularen Sicht

Abdullah Saef glaubt, dass die politischen Strukturen und bestehenden Institutionen für die Schwäche der Struktur der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt verantwortlich sind. Durch ihre wirtschaftlichen und sozialen Strukturen widerstehen sie der Entstehung einer starken Zivilgesellschaft¹⁹². Diese Institutionen scheiterten an der Entwicklung und der Modernisierung der arabischen Gesellschaft und verhinderten die Entstehung von demokratischen Strukturen. Obwohl staatliche Institutionen als Ziel die Erreichung von Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und Fortschritt in der Gesellschaft hatten, steigerten sie ihre Legitimität auf „primitiven vormodernen Strukturen, die auf den religiösen, ethnischen und tribalen Unterschieden basieren“¹⁹³. Dies führte dazu, dass diese staatlichen Institutionen das Prinzip der sozialen Ungleichheit festigten. *Abdullah Saef* betont, dass nur ein säkulares, demokratisches und soziales System, in dem allen ethnischen und religiösen Minderheiten die gleichen Rechte gewährt werden, die Erreichung der sozialen Gerechtigkeit und Stärkung der Strukturen der Zivilgesellschaft garantiert. Aber er weist darauf hin, dass diese Struktur von den islamischen Gruppen gefährdet wird. Deshalb sieht er die Notwendigkeit, die staatlichen Institutionen wiederherzustellen, und zwar durch die säkularen Kräfte, die entmachteten wurden, seitdem die Islamisten stärker geworden sind. Aber es ist nicht deutlich, wie sie wiederhergestellt werden sollen, weil ihm zufolge die arabischen Intellektuellen sich mit kulturellen Debatten beschäftigen, die theoretisch und von der Realität weit entfernt sind. Er glaubt, dass ihre Priorität darauf liegen sollte, die Strukturen der säkularen Kultur realitätsnah zu gestalten, um eine soziale Basis aufzubauen, die zum politischen Übergang zur Demokratie in der arabischen Welt beiträgt¹⁹⁴.

In diesem Zusammenhang wird das Problem der Vertreter der säkularen Kräfte in der arabischen Welt deutlich. Einerseits leugnen sie den tiefgreifenden Einfluss von Islamisten auf die arabische Welt sowie ihre Fähigkeit, die Massen zu mobilisieren, andererseits versuchen sie nicht, die Kluft zwischen der Elite-Kultur und Volkskultur zu überbrücken. Der

ساعف، عبد الله 2001: المجتمع المدني في الفكر الحقوقي العربي، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 227-256، هنا ص 244 و ما بعدها.

Saef, Abdullah 2001: Zivilgesellschaft im juristischen arabischen Denken, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 227-256, hier S. 244ff.

¹⁹³ Ebd., S. 237f.

¹⁹⁴ Vgl. ebd., S. 254ff; 248ff.

säkulare Krisendiskurs in der arabischen Welt ist gekennzeichnet durch den Narzissmus sowie die Verleumdung der Legitimität der populären Kultur und die Unfähigkeit, mit dieser zu kommunizieren. Dies erklärt den deutlichen Erfolg der islamistischen Intellektuellen, große Menschenmengen zu erreichen. Hinzu kommt, dass die meisten Versuche, zum Beispiel in Ägypten und Algerien, die Islamisten aus dem Prozess der Demokratisierung zu isolieren, dazu führten, dass die verschiedenen Kräfte, einschließlich der säkularen, den Staat unterstützten, obwohl dieser von den säkularen Kräften selbst der Willkür beschuldigt wurde.

2.2.3.2. Probleme des Ausbaus der Zivilgesellschaft aus der islamischen Sicht

Ihrerseits vertreten die Islamisten die Ansicht, dass die Krise der arabischen Zivilgesellschaft von der intellektuellen Elite ausgeht, die eine säkulare und nationale Orientierung in der arabischen Welt vertritt. Durch ihre Adaption der westlichen Konzepte und Theorien, einschließlich des Konzeptes der Zivilgesellschaft, sowie ihren Versuch, sie auf die islamisch-arabische Gesellschaft anzuwenden bzw. zu kultivieren, wie *Saif Al Din Abdel Fattah Ismail* es nennt, blieb die „wirkliche Kraft“, d. h. die Islamisten, die in der arabischen Gesellschaft Einfluss besitzt, weit von den gesellschaftlichen Angelegenheiten entfernt und wurde von der Teilnahme an politischen und sozialen Fragen des breiten Segmentes der Bevölkerung, das sie vertreten, ferngehalten¹⁹⁵.

Außerdem konnten die säkularen und liberalen Kräfte, die die „wichtigen Vertreter der Mehrheit in der Gesellschaft“ davon abhielten, eine aktive und positive Rolle in der politischen Teilnahme zu spielen, selbst kein breites Spektrum der Öffentlichkeit für sich gewinnen und daher die Massen nicht in ihren politischen Parteien und Institutionen organisieren und wurden daher bedeutungslos¹⁹⁶.

Auf der anderen Seite konnten die islamischen Bewegungen, trotz ihres Ausschlusses vom politischen Bereich, in den meisten Ländern der arabischen Welt ihre Präsenz im sozialen Bereich stärken sowie kulturelle, wirtschaftliche und soziale Strukturen aufbauen, weil sie den ‚Geist der Gruppe‘ repräsentieren. Sie konnten dies alles gegen den Widerstand des

¹⁹⁵ Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 2001: Zivilgesellschaft und Staat in der zeitgenössischen islamischen Theorie und Praxis, S. 300ff.

¹⁹⁶ Vgl. ebd., S. 303.

Staates sowie die Einengung ihrer Möglichkeiten unter dem Motto der Trennung zwischen Religion und Staat erreichen. Nach Ansicht der Islamisten erforderte diese Situation die Aktivierung aller friedlichen Bemühungen der Bürgergesellschaft, die sich nach ihrer Ansicht auf die islamischen Bewegungen beschränkt, um den Staat zu übernehmen und zu islamisieren. Dies wird aus dem Prinzip der numerischen Mehrheit entnommen. Danach wird es ermöglicht, ein legitimes politisches Regime aufzubauen, das auf der *shura* (Beratung) und der islamischen Politik basiert.

Die vorherrschende Idee der Vertreter des islamischen Trends ist die Theorie der Spaltung des aktuellen Staates von der Gesellschaft sowie das Konzept, dass der Staat die Gesellschaft nicht vertritt. Um diese Vertretung zu erreichen, erfordert es ihrer Ansicht nach die Machtübernahme der staatlichen Institutionen, um sie dann zu islamisieren. Auf diese Weise wird die Spaltung von Staat und Gesellschaft aufgehoben, um ‚den natürlichen Zustand‘ zu erreichen. Die Rolle der Bürgergesellschaft liegt hier in der Wahrung ‚der Einheit der Nation‘, wie es im islamischen Mittelalter war, sowie im politischen Druck auf den aktuellen Staat bis zur Erreichung dieser Integration. *Amr Hamzawy* sieht die Bürgergesellschaft bei den Islamisten nur als „Übergangsphänomen“ an¹⁹⁷. Nach der vollständigen Integration von Staat und Gesellschaft, worauf die islamischen Bewegungen hinarbeiten, wird die Bürgergesellschaft nicht mehr gebraucht.

2.2.3.3. Probleme des Ausbaus der Zivilgesellschaft aus der nationalen und linken Sicht

Die Vertreter des linksnationalen Trends schreiben dem kapitalistischen Westen und seinen finanziellen Institutionen sowie den in den arabischen Ländern ‚herrschenden traditionellen reaktionären Kräften‘ die Schuld an der Krise der Demokratie und der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt zu. Diesem Trend zu Folge versuchte der Westen die Regierungen in den meisten arabischen Ländern dazu zu zwingen, ihre Wirtschaft und ihre Märkte für westliche Konsumprodukte zu öffnen. Er versuchte auch, die Wirtschaft in der arabischen Welt zu liberalisieren sowie Druck auszuüben, um den Griff der staatlichen

¹⁹⁷ Hamzawy, Amr 2005: Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt. Kontinuität und Wandel, in: Büttner, Friedmann; Steinbach, Udo (Hrsgg.) 2005: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des Vorderen Orients. Hamburg: Schriften des Deutschen Orient-Instituts und Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, Freie Universität Berlin, S. 51.

Kontrolle über den Markt zu lösen und die staatlichen Subventionen für die Produktion zu streichen. Dies führte dazu, dass solche Länder die Unterstützung der Bevölkerung verloren haben, insbesondere die relativ armen Ländern mit hohen Einwohnerzahlen, was diese Länder zur Stärkung ihres Sicherheitsapparates getrieben hat, um sich vor den sich widersetzenden Bewegungen zu schützen¹⁹⁸.

Als Ergebnis dieser Maßnahmen wurde der politische Pluralismus beseitigt, auch wenn er nur als Fassade vorhanden war, sowie die Freiheitssphäre der Zivilgesellschaft eingeengt. Das beste Beispiel dafür ist die von *Anwar Al Sadat* in Ägypten durchgeführte Politik der Offenheit, und zwar nach den von *Gamal Abdel Nasser* geführten sozialpolitischen Maßnahmen zugunsten der breiten armen Schichten in Ägypten¹⁹⁹. Vertreter des nationalen Trends glauben, dass die Krise der Demokratie und der Zivilgesellschaft dadurch gelöst werden kann, dass die sozialen Bewegungen in der arabischen Welt die staatlichen Institutionen übernehmen, sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der breiten Masse der Bevölkerung durchgeführt werden sowie ein ‚Staat der sozialen Gerechtigkeit‘ etabliert wird. Hier fügt *Amr Hamzawy* hinzu, dass die arabischen linksgerichteten Intellektuellen die Tatsache ignorieren, dass linksnationale Regierungen in der arabischen Welt verantwortlich sind für die Beseitigung der sozialen Zwischenräume und für die Erstellung eines totalitären Gesellschaftssystems²⁰⁰.

2.2.3.4. Probleme des Ausbaus der Zivilgesellschaft aus der *Turath*-Sicht

Die Vertreter des *Turath*-Trends sind der Meinung, dass die Entstehung des Nationalstaates in der arabischen Welt an der Verstärkung der Krise in der arabischen Welt wesentlich beteiligt war. Um seine Herrschaft zu festigen, versucht dieser Staat, die Widersprüche der Zivilgesellschaft sowie ihre Schwächen auszunutzen. Er verwendete alle Mittel, sie zu

حمّاد، مجدي 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 543-532.

Hammad, Magdy 2001b: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 532-543.

علي، حيدر ابراهيم 2001: المجتمع المدني في مصر و السودان، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 503-531، هنا ص 521.

Ali, Haydar Ibrahim 2001: Zivilgesellschaft in Ägypten und im Sudan, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 503-531, hier S. 520.

²⁰⁰ Vgl. Hamzawy, Amr 2005: Zeitgenössischen politisches Denken in der arabischen Welt, S. 49.

unterdrücken, damit sie kein latenter Träger für das Gedankengut der politischen Opposition werden kann. Die Spaltung der Gesellschaft und ihre Zersplitterung in zwei gegensätzliche Richtungen hat zur Folge, dass die erste zur Integration in den Westen aufruft und die zweite zur kontinuierlichen Rückkehr in die Vergangenheit. Dies alles hat der Staat für die Verankerung seiner Legitimität unter dem Vorwand exploitiert, die Gesellschaft zu schützen, und hat dabei alles im Namen der Modernisierung zerstört, was von den traditionellen Strukturen übrig war. Daher glauben sie, dass das Denken im Rahmen des arabisch-islamischen, historischen und kulturellen Erbes für die Erstellung eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ gerechtfertigt ist²⁰¹.

Im Gegensatz zu den Vertretern der nationalen und islamischen Trends, die sich auf die Suche in der Idee des bestehenden Staates konzentrieren, betont *Khaled Zeyada*²⁰² das „Heranziehen des historischen und kulturellen arabisch-islamischen Erbes zur Neuformulierung eines indigenen authentischen Gesellschafts- und Staatsmodells“²⁰³, oder wie *Ghaliun* sagt: „den Staat in seiner bestehenden Form zu überschreiten“²⁰⁴.

Diese zwei wesentlichen Punkte, Neudefinition des politischen Raums außerhalb des Rahmens des bestehenden Staates und der Aufbau eines neuen Gesellschaftsvertrags, können, so *Hamzawy*, „einen echten Umdenkungsprozess“²⁰⁵ darstellen und könnten durch die Wiederbelebung der im arabischen Denken verwurzelten, funktionalen und historischen Spaltung zwischen dem Staat, als Garant für Sicherheit und Stabilität, und dem intermediären Raum, als freier Bereich für die kulturellen und religiösen Institutionen, die Krise der Demokratie und der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt lösen.

Das Konzept der Zivilgesellschaft der Vertreter des *Turath*-Trends kann als eine wirkliche Lösung für den arabischen Krisendiskurs bezeichnet werden. Sie versuchen nicht, das Konzept als ein ‚Werkzeug‘ zu missbrauchen, um den Staat zu übernehmen. Außerdem stellt der Begriff bei diesem Trend auch keine ‚Übergangsphase‘ dar, um bestimmten Zwecken zu

²⁰¹ Vgl. Ghaliun, Burhan 2001: Aufbau der arabischen Zivilgesellschaft, S.749ff.

²⁰² Vgl. Zeyada, Khaled 2001: Anmerkung, S. 136.

²⁰³ Hamzawy, Amr 1998: Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft, S. 430.

²⁰⁴ Ghaliun, Burhan 2001: Aufbau der arabischen Zivilgesellschaft, S. 754.

²⁰⁵ Hamzawy, Amr 1998: Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft, S. 431.

dienen, sondern bildet den „[...] Kern einer erwünschten, dauerhaften, demokratischen Gesellschaftsordnung“²⁰⁶.

2.3. Resümee

Die Debatte über den Begriff der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt ist, wie gezeigt wurde, zu einer Demonstration der Stärke oder, wie Ben Salha es beschreibt, zu einer „Zerreißprobe“ zwischen dem säkularen und dem islamistischen Lager geworden²⁰⁷. Der verstärkte Einsatz des Konzeptes der Zivilgesellschaft durch die arabischen Intellektuellen ergibt sich aus dem Bedarf heraus, ein ideologisches Instrument zugunsten des scheiternden Modernisierungsdiskurses in der arabischen Welt und gegen den islamischen Diskurs zu generieren. Das Ziel ist dabei nicht das bessere Verständnis für Entwicklungsmechanismen der Zivilgesellschaft, sondern ein Werkzeug gegen die islamische Flut. Ein Beweis dafür ist der Ausschluss von traditionell bürgerlichen Strukturen aus den verbreiteten Definitionen der Zivilgesellschaft.

Man kann, nach Ansicht der in dieser Arbeit vertretenen Meinung, eine Verbindung zwischen den traditionellen Bestandteilen der Gesellschaft, zum Beispiel den großen Familien, Klans, Bruderschaften, Handwerksgemeinschaften, Verbänden und religiösen Gemeinschaften und den modernen Organisationen erkennen, da diese beiden die Vielfalt und Partizipation widerspiegeln, insbesondere in Gesellschaften, in denen die Legitimation der politischen Macht von diesen traditionellen Quellen selbst bezogen wird.

Die von den intermediären Institutionen in der islamischen Geschichte durchgeführten Aufgaben sind unbestritten, aber der Versuch, diese Organisationen gegen die auf demokratischen und liberalen Grundlagen basierenden modernen Organisationen der Zivilgesellschaft zu ersetzen sowie alle strukturellen und funktionellen Unterschiede zwischen ihnen zu ignorieren, ist problematisch.

²⁰⁶ Hamzawy, Amr 2005: Zeitgenössischen politisches Denken in der arabischen Welt, S. 52.

²⁰⁷ Ben Salha, Edwige 2003: Das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Jordanien unter besonderer Berücksichtigung der Berufsverbände, S. 25.

Abdullah Al Arawy spricht diesen Punkt an. Er sieht, dass sich die traditionellen Organisationen zur Zeit des islamischen Mittelalters außerhalb der staatlichen Macht befanden. Ergänzend dazu hatten sie eine „mangelnde Sensibilisierung für ihr Bedürfnis nach Freiheit“²⁰⁸.

Nach *Ferhad Ibrahim* befindet sich die Freiheit aber heutzutage in der Sphäre der Politik, und der Antrieb der Demokratie ist die Notwendigkeit der Freiheit und nicht die Suche nach Freiheit außerhalb der Sphäre der Politik²⁰⁹. Zu dieser Thematik sagt *Abdullah Al Arawy*: „Dieses Gefühl des Bedarfs an Freiheit befand sich in der traditionellen Gesellschaft. Jedoch war es ein anti-staatliches Gefühl und mit dem Staat nicht kompatibel. Unter den heutigen Zuständen ist es allerdings ein Bedarf an Freiheit innerhalb des Staates (oder der politischen Gesellschaft). Dieses Gefühl mit seiner neuen Eigenheit ist von besonderer Bedeutung und ist es wert, genau beschrieben zu werden sowie dem Wort [Ergänzung d. Verf.: Freiheit] Inhalt zu geben“²¹⁰.

Die Existenz der Zivilgesellschaft kann nicht nur auf die Existenz von freiwilligen Verbänden, die sich für die öffentlichen Angelegenheiten interessieren, beschränkt oder reduziert werden, wenngleich man ihre Wichtigkeit und Notwendigkeit für die Existenz der Zivilgesellschaft nicht mit ihrem Vorhandensein verwechseln darf.

Aber trotz der weiten Verbreitung der freiwilligen Verbände in der arabischen Welt verkörpern sie keine arabische Version der Zivilgesellschaft, die sich noch im Aufbau befindet. Dennoch sind sie ein Phänomen, das eine genauere Untersuchung verdient und nicht nur als eine Reihe von Einzelfällen betrachtet werden kann. Jedoch war die Reaktion der Intellektuellen auf ihre Verbreitung, beim Fehlen von politischen Alternativen, sie als die Keimzelle einer arabischen Zivilgesellschaft zu bezeichnen.

Das wesentliche strukturelle Problem der NGOs in der arabischen Welt, die sich nach *Azmy Beshara* in ein Phänomen, das er „Zivilgesellschaftsindustrie“ nennt, verwandelten, liegt in ihrer Unfähigkeit, „sich selbst sozial zu produzieren sowie in ihrer wirtschaftlichen Trennung

العروي، عبد الله 1993: مفهوم الحرية. بيروت: المركز الثقافي العربي، الطبعة الخامسة، ص 29 و ما بعدها²⁰⁸.

Vgl. Al Arawy, Abdullah 1993: Der Begriff der Freiheit. Beirut: Arabisches Kulturzentrum, fünfte Auflage, S. 29ff.

²⁰⁹ Ibrahim, Ferhad 1998: Die Kontroverse über die „arabische“ Zivilgesellschaft, S. 464.

²¹⁰ Al Arawy, Abdullah 1993: Der Begriff der Freiheit, S. 34.

von der lokalen Produktion (im Vergleich zu den traditionellen Organisationen der Bürgergesellschaft wie dem Stiftungswesen *Waqf* und Zakat)²¹¹. Darüber hinaus enthalten sie keine anderen Sektoren der Gesellschaft mit unterschiedlichen Interessen und Strömungen, was sie unfähig macht, wirkliche soziale Kräfte darzustellen.

Das alleinige Dasein von Gruppen, die eine gewisse Unabhängigkeit von der Kontrolle des Staates innehaben, bedeutet nicht zwangsläufig die Existenz einer integrierten Zivilgesellschaft. Auch die relative Unabhängigkeit dieser Gruppierungen von der staatlichen Macht kann nicht allein als Index der Zivilgesellschaft bezeichnet werden. Wichtig sind aber Unabhängigkeit und Trennung der öffentlichen und der privaten Sphäre.

Nach der Vorstellung der verschiedenen und teilweise widersprüchlichen Sichtweisen der herrschenden Hauptströmungen rückt eine Frage in den Fokus: Inwieweit kann das Konzept der Zivilgesellschaft als analytisches Instrument verwendet werden?

Man muss allerdings Ferhad Ibrahims Aussage zustimmen, dass die Zivilgesellschaft im arabischen Raum mit seinen formalen und unabhängigen Institutionen nicht mit den westlichen Konzepten übereinstimmt, da der arabische autoritäre Staat nicht dazu bereit ist, Zugeständnisse zugunsten anderer sozialer Kräfte zu machen und die Partizipationsmöglichkeiten somit beschränkt. Er behauptet des Weiteren, dass die Institutionen der Zivilgesellschaft vorhanden seien, jedoch nur im embryonalen Zustand. Dennoch kann man Nortons Theorie darüber, dass die Institutionen der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt, wenn auch nur embryonal, vorhanden sind und Wachstumspotential haben, auch zustimmen²¹².

Sonja Hegasy²¹³ stellt das Fehlen einer wirksamen Zivilgesellschaft im westlichen Sinne in Marokko fest, plädiert jedoch dafür, den Begriff verwenden zu können, da eine „sozio-kulturelle“ Opposition mit vielseitigen politischen, kulturellen und sozialen Aktivitäten sich

بشارة، عزمي 2008: المجتمع المدني. دراسة نقدية، مع إشارة للمجتمع المدني العربي. بيروت: مركز دراسات الوحدة، الطبعة الثالثة، ص 267.

Bischara, Azmi 2008: Die Zivilgesellschaft. Eine kritische Studie. Mit Bezug auf die arabische Zivilgesellschaft. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, dritte Auflage 2008, S. 267.

²¹² Ibrahim, Ferhad 1998: Die Kontroverse über die „arabisch“ Zivilgesellschaft, S. 460f.

²¹³ Hegasy, Sonja 1997: Staat, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in Marokko. Die Potentiale der sozio-kulturellen Opposition, Deutsche Orient-Institut Hamburg, S. 17.

an der Entwicklung und den Aufbau einer Zivilgesellschaft beteiligen könne. Außerdem bieten sie ein analytisches Instrument, durch das die Verhältnisse zwischen dem Staat und seinen Bürgern analysiert werden können.

„Die Sippschaft-Gesellschaft kannte den Begriff eines Staates nicht, weil sie die Idee der Gesellschaftsspaltung in Klassen nicht erfuhr“²¹⁴.

3. Vom Staat und der Gesellschaft in der arabischen Welt

In diesem Teil soll untersucht werden, wie sich die wechselseitige Beziehung zwischen der Zivilgesellschaft sowie dem Staat entwickelt hat.

Dabei kann die Zivilgesellschaft nicht als Tatsache verstanden werden, wenn sie von dem Staat oder der Entwicklung der politischen Beziehung beziehungsweise von deren Qualität getrennt wird. Hierbei wird der Begriff der Zivilgesellschaft im weitesten Sinne verwendet, indem er alle privaten sozialen Institutionen den öffentlichen gegenüberstellt. Mit anderen Worten stehen alle Bereiche des Staates den privaten entgegen. Die Betrachtung geschieht in Anlehnung an Theda Skocpol's Werk *„Bringing the State Back In“*²¹⁵. Darin wird beschrieben, dass der Staat als Institution in der Lage ist, das System der „Anarchie“ zu überwinden und als Moderator die Interessen der Menschen besser zu berücksichtigen, als es in einem System ohne Staat möglich wäre. Des Weiteren stellt Theda Skocpol fest, dass der Bereich des Staates zugleich Adressat und Agent des Wandels sei. Die Zivilgesellschaft sei die Sphäre der Inkonsistenz und Antagonismen, die vom Staat gesteuert wird²¹⁶ (Unterkap. 3.1.).

Im Weiteren werden die unterschiedlichen Grade der Beeinflussung durch die westlichen Kolonialmächte betrachtet. Dabei liegt der Fokus auf der Gruppe, die nicht durch direkte Besatzung, jedoch durch Schutzverträge ihre politische Legitimation erhalten haben. Dadurch veränderten sich die politischen Systeme nicht durch eine Bewegung von innen heraus,

الويس، مبدّر 2001: المناقشات، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 110-116، هنا ص 113.

Aluis, Mabder 2001: Diskussionen, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2001: Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 110-116, hier S. 113.

²¹⁵ Skocpol, Theda 1985: Bringing the State Back In. Strategies of Analysis in Current Research, in: Evany, Peter B.; Rueschemeyer, Dietrich; Skocpol, Theda (Hrsgg.) 1985: Bringing the State Back In. London: Cambridge University Press, Transferred to digital printing 2002. S 3-37.

²¹⁶ Vgl. Ibrahim, Ferhad 1998: Die Kontroverse über die „arabische“ Zivilgesellschaft, S. 456.

sondern wurden aufgezwungen. Dies zeigte sich auch in den „*Corporations*“, welche nicht eigenständig waren, sondern lediglich als staatliches Instrument zur Durchdringung der Gesellschaft dienten (Unterkap. 3.2.).

Der nächste Schritt beinhaltet die empirische Untersuchung bezüglich der Liberalisierung eines Staates in Abhängigkeit zu dem von ihm generierten Wohlstand, gemäß den Theorien von M. Lipset und Barro. Mit diesen Theorien, selbst mit Zuhilfenahme von Epsteins Theorie, war es nicht möglich, die Entwicklung in den arabischen Staaten zu erklären (Unterkap. 3.3.). Weitergehend wurde dann mit dem EMM-Modell²¹⁷ untersucht, ob die Faktoren der Modernisierung, der Region-Type-Effekte, der Religion, des Öls, der historischen Erfahrungen, der sozialen Kohäsion oder der regionalen Kriege das Regime erklären können. Dies war nur durch die Indikatoren regionale Kriege und Öl partiell der Fall (Unter-Unterkap. 3.3.1.).

Aufbauend auf dem EMM-Modell und der Weiterentwicklung durch *Sami Atallah*, wurde diese Untersuchung anschließend für die GCC-Staaten (Unter-Unterkap. 3.3.2.) und gesondert für Kuwait (Unter-Unterkap. 3.3.3.) durchgeführt. Dabei wurde ersichtlich, dass die Rolle des Öls nur im geringen Maße ausschlaggebend war.

Durch diese Erkenntnis, dass die Hypothese bzgl. des Öls als wichtiges Hindernis für politische Partizipation nicht ganz zutreffend war, rückten die geographischen Merkmale ins Zentrum der Untersuchung (Unterkap. 3.4.). Dabei war die Entfernung zu Indien, aufgrund der britischen Vormachtstellung, besonders bedeutend, da davon die Stärke der britischen Interventionen abhing (Unter-Unterkap. 3.4.1.). Jedoch wirkte das Öl verstärkend, sobald anti-demokratische Tendenzen seitens der Herrscher vorhanden waren, auch wenn dies empirisch nicht nachweisbar war. Das lag an der wechselseitigen Beziehung zwischen den Kaufleuten und dem Emir. Dieser war von den Kaufleuten abhängig, sofern er kein Öl in kommerziellen Mengen zur Verfügung hatte, da er über die Steuereinnahmen, die er durch sie generierte, seine Staatsausgaben finanzieren musste (Unter-Unterkap. 3.4.2.). Daher hatten

²¹⁷ Elbadawi, Ibrahim; Makdisi, Samir; Milante, Gary 2011: Explaining the Arab democracy deficit. The role of oil and conflicts, in: Ibrahim Elbadawi; Samir Makdisi (Hrsgg.) 2011: Democracy in the Arab World. Explaining the deficit. London; New York: Routledge, S. 41-82.

diese eine starke Verhandlungsposition, sofern sie die einzige Einnahmequelle des Emirs darstellten. Somit konnten sie auch im Jahre 1921 einen Legislativrat in Kuwait bilden (Unter-Unterkap. 3.4.3.), welcher jedoch später wieder aufgelöst wurde. Erst im Jahre 1938 kam ein neuer Rat zustande, darauf wird in Unter-Unterkapitel 3.4.4. ausführlich eingegangen.

Um zu verstehen, wie das Öl die autokratischen Regime in der Golf-Region relativ untermauert hat, wird im Unterkapitel 3.5. auf drei Theorien eingegangen: Die erste bezieht sich auf Steuern, die zweite Theorie dreht sich um die Staatsausgaben in Form öffentlicher Ausgleichszahlungen (Kompensationen), während die dritte sich mit dem inversen Verhältnis zwischen Rentiereinkommen und der Entstehung von unabhängigen sozialen Gruppen beschäftigt.

Um sich die Loyalität des Volkes zu sichern, verwendeten die Herrscherfamilien in den Rentierstaaten einen Teil der Einnahmen für Staatsausgaben, bspw. für Bauprojekte, Subventionen oder Besetzung von Ämtern. Diese Verteilung von Öleinnahmen bedeutete die Einrichtung staatlicher Mechanismen und Institutionen, indem die Wandlung der Herrscherfamilien in politische Institutionen gestärkt wurde (Unterkap. 3.6.). Dadurch sicherten sie sich eine starke Verhandlungsposition gegenüber den Kaufleuten. Daher regierte der Emir relativ eigenständig, wobei er seine Interessen mit Hilfe der „Corporations“ (Unter-Unterkap. 3.6.1.) und des politischen Tribalismus (Unter-Unterkap. 3.6.2.) durchsetzte.

3.1. Die dialektische Beziehung zwischen Gesellschaft und Staat in der arabischen Welt

Die zivile Organisation der Gesellschaft ist die Grundlage der Organisierung, von der jede menschliche Gesellschaft nicht frei sein kann, aber alleine kann sie nicht alle Rollen erfüllen, die der Fortschritt der heutigen Zivilisationen erfordert. Der Staat ist das Zentrum von neuartigen Organisationen, die besser in der Lage sind, die humanitären Anstrengungen zu zentralisieren. Danach kommt die Politik als Erzeugung und Erleichterung dieser Zentralisierung, Herrschaft und täglichen Ausübung ins Spiel. Deshalb hat eine gesellschaftsferne Politik keine Bedeutung, bis sie durch wechselseitige Beziehungen mit der Gesellschaft verbunden wird. Sie kann nur weiter existieren, solange die Zivilgesellschaft weiter Werte und nicht-politische Strukturen schafft: die Familie, das Individuum, den Glauben und die Bräuche. Auf der anderen Seite kann diese Gesellschaft nur dadurch ihr Gleichgewicht bewahren, wenn dem Staat der Umgang mit deren Widersprüchen, die aus den natürlichen Konflikten entstehen, immer weiter gelingt²¹⁸.

Eine der Besonderheiten der Zivilgesellschaft sind die verschiedenen Interessen, da die Zivilgesellschaft auf den partiellen Körperschaften basiert, was auch Streuung, Missklang, Konflikt und Widerspruch bedeutet. Eine der wichtigen Quellen des politischen Wachstums und eine Begründung ihrer Existenz ist es eine Gelegenheit zu bieten, diese Streuungen und Widersprüche zu überwinden und diese heterogene Masse als Einheit erhalten zu lassen, um einen einheitlichen Willen hervorzubringen. Diese Vielfalt ist auch Quelle der Bereicherung. Die Wichtigkeit der Zivilgesellschaft mit ihren Widersprüchen und ihrer Vielfältigkeit ist genau die Formation dynamischer Kreativität für die Schaffung und die Veränderung der Gesellschaften. Wenn der Staat die gesellschaftlichen Institutionen ersetzen will und sich als eine Art Organisation verhält, die das Leben und die sozialen Tätigkeiten bestimmt, dann wird er diese Gesellschaft zerstören. Dies ist in den meisten der arabischen Länder teilweise der Fall.

Das bedeutet, um die Zivilgesellschaft zu verstehen, sollten zuerst der Staat und das Wesen der politischen Macht und ihre Beziehung zur Gesellschaft betrachtet werden. Das ist

²¹⁸ Vgl. Ghaliun, Burhan 2001: Aufbau der arabischen Zivilgesellschaft, S. 734-737.

essentiell, da der Staat und die Zivilgesellschaft nicht unabhängig voneinander, sondern eng verbunden sind.

Die industrielle, technologische und wissenschaftliche Revolution, die erst in den Gesellschaften Europas und danach im Rest der Welt durch den Kapitalismus und seine umfangreiche Kolonial-, Wirtschaft- und Kultur-Invasion verbreitet wurde, führte zu einem radikalen Wandel in der Natur der bestehenden Beziehung zwischen der Gesellschaft und dem Staat in den Satellitenstaaten. Nach der Weiterentwicklung dieser Revolution auf der kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Ebene sowie der Unfähigkeit der Satellitenstaaten, die Tendenz des globalen Wandels zu kontrollieren, verringerte sich die Fähigkeit der abhängigen Staaten mit den Veränderungen in der Gesellschaft Schritt zu halten²¹⁹. Dadurch verringerte sich die Wirkung der Instrumente, mit denen sie die Veränderungen in diesen Gesellschaften früher anpassen konnten.

Was in der arabischen Gesellschaft passierte, ist tatsächlich eine umfassende Revolution ihrer Strukturen: in den Systemen von Produktion, Verbrauch, Zusammenarbeit, Körperschaft und familiären Beziehungen. Bezüglich der Produktion ist das Handwerk vollständig eingebrochen und wurde durch die Kanäle des Außenhandels allmählich ersetzt. Gleichzeitig entstanden einige der Fertigungs- und Konsumgüterindustrien. In den meisten arabischen Ländern tauchten neue soziale Klassen auf, die alten Handwerks-Klassen zerfielen und neue Körperschaften, namentlich die Gewerkschaften, ersetzten die traditionellen Handwerker-gilden. Die Struktur der städtischen und ländlichen Gemeinden hat sich verändert, mit anderen Worten die Raum- und Zivilordnung, was dazu führte, dass der Einfluss und die Größe der Städte zunahm, die Rolle der Landwirtschaft reduziert und die Beziehungen der sozialen Gruppen innerhalb der Stadt und miteinander verändert wurden²²⁰. Die Änderung der Produktionsmethoden sowie der materielle Austausch haben zu einer Veränderung in den Werten und dem Verhalten des Konsums geführt. Dies hatte die

ابراهيم، سعد الدين؛ سلامة، غسان؛ الهرماسي، عبد الباقي؛ النقيب، خلدون 2005: المجتمع و الدولة في الوطن العربي، تحرير سعد الدين ابراهيم. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة، ص 47 حتى 60.

Vgl. Ibrahim, Saad Eddin (Hrsg.); Salame, Ghassan; Alhermasy, Abdul Baqi; Al Naqeeb, Khaldoun 2005: Gesellschaft und Staat in der arabischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, dritte Auflage, S. 47 bis 60.

²²⁰ Vgl. Ghaliun, Burhan 2001: Aufbau der arabischen Zivilgesellschaft, S. 739-742.

Umgestaltung der sozialen Werte, der Standorte und des Wohlstandes zur Folge. Das heißt, die Umformungen in den arabischen Gesellschaften verursachten die Verwandlung der alten sozialen Form (Gemeinschaft) zu einer komplexeren Form (Gesellschaft), wenn man die Begriffe von Tönnies²²¹ verwenden will.

Aber all diese Veränderungen bedeuten nicht, dass die arabische Gesellschaft modernisiert wurde, d. h. eine Gesellschaft wurde, die moderne Werte produziert, auf ihnen basiert und sie verwirklicht. Die angesprochene Modernisierung bedeutet nicht eine zeitgenössische, westliche Einstellung, sondern die Entstehung von Methoden, die solchen von Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft nur in der Form ähneln, aber ohne dieselben Werte zu produzieren.

Das Ergebnis ist, gemäß *Burhan Ghaliun*, eine Verwerfung der Logik von Funktionalität und Wirksamkeit des alten Stils sowie die grundlegende Störung der Wirkmechanismen des neuen Stils. Aus dieser Verwerfung und Störung entstand „die neue Zivil- und Politik-Struktur der arabischen Welt, sie ist aber verschieden von der, die für die westlichen Industriegesellschaften bekannt sind und unterscheidet sich auch gänzlich von der traditionellen Struktur der arabischen Gesellschaften“²²². Der Unterschied zwischen diesen alten und neuen Strukturen der arabischen Zivilgesellschaft ist, dass dieselben Bestandteile die gleichen Aufgaben nicht mehr erledigen und nicht zu den gleichen Ergebnissen führen.

Das Kapital, das die Organisation der Kräfte der Produktion kontrollierte und bestimmte, welches in der westlichen Wirtschaft als Antrieb der Akkumulation und des technischen und praktischen Fortschritts am wichtigsten ist, wandelte sich innerhalb der abhängigen Wirtschaft in ein Mittel, um zwischen Arbeit und Arbeitsausstattungen zu trennen, Reichtum vom Land in die Stadt zu bringen und die Landwirtschaft innerhalb des Staates aussterben zu lassen.

Die *Asabiyya*, die ein wichtiges Mittel darstellte, um die öffentliche Beteiligung zu organisieren und so die Macht zu verteilen, wurde in der neuen Struktur zu einem Instrument, mit dem die Macht des Staates zentralisiert wird.

²²¹ Tönnies, Ferdinand: Gemeinschaft und Gesellschaft, Grundbegriffe der reinen Soziologie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2005.

²²² Vgl. Ghaliun, Burhan 2001: Aufbau der arabischen Zivilgesellschaft, S. 747f.

Diese neue Struktur ist weder modern noch traditionell, sondern, wie *Ghaliun* sie beschreibt, „ein alleinstehender, hybrider Typ, ein Typ der enthaupteten Gesellschaften“²²³. Dies sind Gesellschaften, die das Element ihres Gleichgewichts und ihrer inneren Konsistenz verloren haben und ihre eigene Ausrichtung von externen Einflüssen bestimmen lassen. Es ist kein moderner Aufbau, auch wenn sie alle Erscheinungsformen der Modernität erfüllen. Es ist auch kein altes System, auch wenn es alle Erscheinungsformen der alten Organisationen beinhaltet. Dieses „außergewöhnliche Muster“²²⁴ der Zivilgesellschaften verfügt nicht über die mindeste Autonomie oder die Fähigkeit, sich unabhängig zu bewegen, um deren Organisations- und Harmonie-Elemente selbst zu schaffen.

Der Widerstreit der vielfältigen Bestandteile, die aus verschiedenen historisch-zivilisatorischen Quellen entstanden, ließ diese Gesellschaft eine „spezifische Geschichtlichkeit“ verlieren, zusätzlich zu der inneren Disharmonie zwischen den Komponenten dieser Gesellschaft sowie ihrer Unfähigkeit, das Mindestmaß der erfordernten Einstimmigkeit für die Schaffung einer wirksamen Bewegung zu erzeugen. Dies alles führt zu der „Schizophrenie“, die diese Gesellschaft erlebt²²⁵.

Das Problem liegt hier in der scharfen Spaltung dieser Gesellschaft zwischen zwei Gegenrichtungen; die erste sucht stark die Integration mit dem Westen, die zweite aber drängt auf die ständige Rückkehr zur Vergangenheit als Gegenwirkung auf Druck von außen.

Mit solch einer Zersplitterung und einer Spaltung sowie der Unfähigkeit dieser Gesellschaft, sich als Einheit zu verhalten, spielt die „äußere Kraft“ eine Schlüsselrolle, um eine fiktive Einheit dieser Gesellschaft zu bewahren. In der arabischen Welt stellt der Staat diese „äußere Kraft“ dar, der die Kolonialzeit um die Verwaltungseinrichtungen beerbte. Tatsächlich bleibt die Beziehung dieses Staates mit der Gesellschaft, wie *Burhan Ghaliun* sie als „Suppen-Topf-Beziehung“²²⁶ beschreibt. Der Staat beinhaltet diese heterogene Gesellschaft, genau wie der Topf die Suppe enthält und sie daran hindert, verschüttet zu werden. Daher ist der Staat in dieser Form ein „Zwangs- und Autoritätsstaat“. Die einzige Erklärung für seine Existenz ist, dass mit seinem Verschwinden oder seiner Verwandlung von einer „Zwangsmacht“ in einen

²²³ Ebd., S. 742.

²²⁴ Ebd., S. 742.

²²⁵ Vgl. ebd., S. 743ff.

²²⁶ Ebd., S. 742.

partizipatorischeren Staat die soziale Einheit selbst aufgelöst wird und so seine Elemente gleichzeitig zerfallen²²⁷.

Mit den Widersprüchen in dieser Gesellschaft und dem Fehlen des Herauskristallisierens ihres eigenen Willens konnten die Gruppen, die den Staatsapparat beherrschten, diese Vulnerabilitätsfaktoren ausnutzen, um ihre Vorherrschaft zu stärken. Daher versuchte „die Elite der zweiten Generation“, die zu den marginalisierten oder quasi-marginalisierten Klassen gehört hatte, im Rahmen ihrer Konflikte mit den „Eliten der ersten Phase des Liberalismus“²²⁸ (diese Bezeichnung wurde von *Ghassan Salame* der nationalen Bourgeoisie gegeben, die die Macht in der arabischen Welt von den Mandat-Regierungen erhalten hatte) einen Kurs zu entwickeln, der auf die Bildung von Nation und Nationalismus zentriert war, und verband nach der Unabhängigkeit in den meisten Ländern der arabischen Welt bereits Politiken, die sich von denen der ersten Eliten unterschieden. Sie versuchten auch dem Staat ein Mittel zur Vereinheitlichung der nationalen Gruppe zu schaffen oder diese Gruppe aus dem Nichts zu erschaffen²²⁹.

Genau an diesem Punkt wurde die Politik von der Suche nach Einigung und Zusammenarbeit zwischen allen Parteien und Gruppen der Gesellschaft, um mögliche und realistische Ziele zu erreichen, in eine Revolution gegen die Gesellschaft verwandelt, um sie mit Gewalt und Zwang zu ändern. Dabei wurde auf die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft im Namen von Bildung von Nation und Nationalismus gänzlich verzichtet und ebenfalls das Existenzrecht dieser Gesellschaft verweigert. Außerdem gab der Staat sich selbst das Recht, in allen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten der Gesellschaft zu intervenieren. Soweit der Staat die Änderung suchte, namentlich die Änderung der Realität der heterogenen Zivilgesellschaft, neigte er zur Ersetzung von Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft durch die

غليون، برهان 2006: بيان من أجل الديمقراطية. الدار البيضاء، بيروت: المركز الثقافي العربي، الطبعة الخامسة، ص 93 وما بعدها.

Ghaliun, Burhan 2006: Manifest für die Demokratie. Casablanca, Beirut: Arabisches Kulturzentrum, fünfte Auflage, S. 93ff.

سلامة، غسان 2011: نحو عقد اجتماعي عربي جديد. بحث في الشرعية الدستورية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 10.

Salame, Ghassan 2011: Nach einem neuen arabischen Gesellschaftsvertrag. Konstitutionelle Legitimations-Studie. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 10.

سلامة، غسان 2008: المجتمع و الدولة في المشرق العربي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة، ص 198.

Salame, Ghassan 2008: Gesellschaft und Staat im arabischen Maschrek. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, dritte Auflage, S. 198f.

Politik und zur Ersetzung der Akteure in der Gesellschaft durch staatliche Bürokratie. Somit beseitigte er grundlegend Ebenen, obwohl sie kritisch waren, die zu den Ebenen der Organisation der sozialen Praxis gehörten. Tatsächlich führte die Abschaffung der Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft sowie die Wandlung jener Praxis und individueller oder kollektiver Tätigkeit, seien sie kulturell, wirtschaftlich oder sozial, in eine Tätigkeit politischer Natur zur Politisierung dieser Zivilgesellschaft, zur Entstehung des totalitären Staates und der absoluten Macht, die die Gesellschaft auf allen Ebenen zum Zusammenbruch führte. „Anstatt eine Behandlung der partiellen Fehlbildung vorzunehmen, an der die arabische Zivilgesellschaft litt, hat der Staat dem ganzen Körper den Garaus gemacht“²³⁰. Diese besondere Beziehung zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt erklärt die Krise der politischen Praxis in diesen Ländern und an der Spitze liegt das Versagen der zivilen Organisationen und Institutionen, der Epidemie des autoritären Staates zu begegnen. Zwar fehlen diesen Organisationen die erforderlichen Elemente, um eine wirksame und bürgerschaftliche Tätigkeit zu schaffen, zum Beispiel Organisationskapazität, aber dieses Fehlen ergibt sich nicht aus einzigen Mängeln, die an den initiativen Personen oder Gruppen liegen, sondern es ist mit dem bestehenden politisch-sozialen System selbst sehr eng verbunden. Dieses Fehlen hängt eigentlich von den Behörden und der Wahrnehmung ihrer Akteure über die Funktion der Zivilgesellschaft und der Politik sowie deren Sicht von den bürgerlichen Institutionen und ihrer Rolle ab. Dieses Verständnis, das auf Angst vor Zivilgesellschaft wegen ihrer Uneinigkeit sowie auf der Verwendung aller möglichen Mittel, um sie zu beseitigen, basiert, führte zur Eliminierung von intermediären Institutionen, damit diese nicht zu einem zukünftigen Träger für den Samen einer neuen Oppositionsmacht werden, die die Macht der herrschenden Gruppe begrenzt oder ihr Machtmonopol bedroht.

Das Scheitern beim Aufbau bürgerlicher Institutionen und Oppositionsparteien ergibt sich aus der Tatsache, dass im Rahmen der Wahrnehmung des Staates und der Politik eine soziale und quasi-politische Macht nicht aufgebaut werden kann, ohne eine direkte Konfrontation mit dem bestehenden Staat einzugehen, was das Prinzip ‚Zivil‘ grundsätzlich beseitigt.

²³⁰ Ghaliun, Burhan 2001: Aufbau der arabischen Zivilgesellschaft, S. 744.

Mit dem Gewaltmonopol und der Bekämpfung jeder möglichen Errichtung einer gesellschaftlichen Oppositionsmacht versucht der Staat die Bestätigung der Legitimation seiner Existenz als die Ermächtigung zur Gesamtsteuerung zu sichern. Kräfte, die außerhalb der Rechtmäßigkeit dieses Staates entstanden, hatten zwei Möglichkeiten: Die erste war, sich der Rechtmäßigkeit dieses Staates zu unterwerfen und damit ihre Unabhängigkeit zu verlieren sowie sich an die aktuellen Behörden zu wenden. Die zweite war die Konfrontation mit dem Staat, mit der daraus resultierenden Gefahr, das Prinzip des ‚Zivilen‘ zu verlieren, weil gewaltförmige Auseinandersetzungen mit dem Staat in der Regel die Folge einer Konfrontation mit dem Staat war.

Demgegenüber können intermediäre Institutionen lediglich weiter relativ frei und unabhängig funktionieren, wenn sie sich selbst mit einer glaubwürdigen Macht zusammenschließen, die Einfluss auf die staatliche Herrschaft besitzt und ihrerseits Nutzen daraus zieht. Da diese in dem Fall, dass sie nicht der Staat selbst dann die staatstragende Partei wäre, kehren wir an dieser Stelle zum Staat zurück.

Der Aufbau eines zivilen Systems erfordert ein Zusammenwirken mit dem Staat und der politischen Herrschaft. Aber dieser Staat hatte seit Ende der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts alle Auswege zur öffentlichen politischen Handlung praktisch blockiert, was die Gesellschaft dazu verleitete, diese Blockade, die der Staat auf die Gesellschaft verhängte, zu umgehen. *Burhan Ghaliun* erklärte dies durch die „Wiederbelebung ziviler sub-politischer Sozialstrukturen“²³¹, wobei der religiöse Rahmen, bestehend aus Moscheen, *Zawiya* (religiöser Rückzugsort), Methoden der Anbetung sowie brüderlichen, sozialen und ideologischen Körperschaften, einen großen Teil des Volks einbegriffen hatte²³².

Auf der anderen Seite brauchten die politischen und sozialen Kräfte, die die linken Parteien und Organisationen angetrieben hatten, lange Zeit, um davon überzeugt zu werden, dass der

²³¹ Ebd., S. 749.

²³² غليون، برهان 1986: مجتمع النخبة. بيروت: معهد الإنماء العربي، ص 274.

Ghaliun, Burhan 1986: Elite-Gesellschaft. Beirut: Alinmaa Alarabi Institut, S. 274.

Aufbau von Menschenrechtsgruppen und Institutionen als gegenseitige sozialpolitische Handlung und nicht als ein Teil der „reaktionären Bourgeoisie“ zu bezeichnen ist²³³.

Während die islamischen Bewegungen, nachdem sie ähnlich wie die Lehrwerkstätten und Körperschaften in den Moscheen und weit weg von den Augen des Staates begannen, sich in eine soziale politische Kraft zu wandeln²³⁴, scheiterten die linken Kräfte daran, den zivilen Verknüpfungen und Vereinigungen vitale Rahmen zu schaffen, um die Kräfte der Zivilgesellschaft zu erneuern und herauszukristallisieren .

Auf der anderen Seite scheiterten islamische Bewegungen daran, den Staat zum Rückzug zu bewegen und die zivile Politik zu erneuern.

Das Problem des Staates in der arabischen Welt ist, dass er seine Existenz und sein Recht auf Gewaltanwendung dadurch begründete, dass er damit die Widersprüche in der Zivilgesellschaft behandelte, was ihm allerdings nicht gelang.

3.2. Die Struktur des Staates in der arabischen Welt

Es kann bei den arabischen Ländern, anhand ihrer Wechselwirkung mit der kolonialen Erfahrung, zwischen drei Gruppen unterschieden werden: Die erste Gruppe enthält bestehende Entitäten jeweils mit unabhängiger oder quasi-unabhängiger politischer Macht unter dem osmanischen Imperium. Danach wurden sie von den westlichen Kolonialmächten beherrscht, die solche lokale politische Macht ergriffen oder marginalisierten und sie während der Besatzungszeit ersetzten. Zu dieser Gruppe gehören Marokko, Algerien, Tunesien und Ägypten. Die zweite Gruppe enthält Entitäten, die gespalten wurden oder von denen einige Teile aufgeteilt wurden oder bei denen neue Teile aufgenommen wurden, z. B. die Aufteilung der Levante in Syrien, Libanon, Palästina und Jordanien. Die dritte aber enthält die arabischen Länder, die keine direkten Erfahrungen mit kolonialer Besatzung haben; diese sind die Golfstaaten, Saudi-Arabien und Jemen. Aber diese Länder wurden in zwei wesentlichen Punkten durch die britische Kolonisierung beeinflusst: Der erste

سلامة، غسان 2000: أين هم الديمقراطيون؟، في: ديمقراطية من دون ديمقراطيين. سياسات الإنفتاح في العالم العربي الإسلامي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 9-32.

Salame, Ghassan 2000a: Wo sind die Demokraten?, in: Salame, Ghassan (Hrsg.) 2000: Demokratie ohne Demokraten. Öffnungspolitik in der arabisch-islamischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 9-32.

²³⁴ Das Problem dieser Bewegungen sind ihre Versuche, diesen Erfolg in einem spezifischen Ziel einzusetzen, und zwar die Errichtung eines mit dem Islam verbundenen Staates.

ist die Bestimmung der aktuellen Grenzen dieser Länder und die Auferlegung ihrer geringen Respektierung und ihrer Nichtakzeptanz, beispielsweise als Großbritannien die Grenzen zwischen Kuwait und dem Irak und zwischen Kuwait und Saudi-Arabien festlegte. Der zweite Punkt dieser kolonialen Erfahrung in dieser Gruppe war die Festigung der Macht der aktuellen königlichen Familien sowie die Beratung über ihre internen Angelegenheiten und Außenbeziehungen, bis sie ihre Unabhängigkeit in den sechziger und siebziger Jahren erhalten haben²³⁵.

Hamza Alavi nimmt an, dass der Staat in den Gesellschaften der Dritten Welt erst durch die Kolonialzeit geprägt wurde²³⁶. Das Problem dieser „politischen Einrichtung“ liegt nach ihm nicht in der Unfähigkeit der Gesellschaften in der Dritten Welt, die Begriffe von Staatsbürgerschaft, Gleichheit und Respekt vor dem Gesetz zu verstehen, wie von einigen westlichen Gelehrten angenommen wurde, sondern darin, dass der Staat in diesen Gesellschaften nicht durch nationale und lokale Bourgeoisie gegründet wurde wie in Europa, sondern durch ausländische Kolonialbourgeoisie. Dies bedeutet aber nicht, dass die arabisch-islamische Geschichte den Staat nicht kannte. Dieses ‚Phänomen‘ existierte in vielen Formen, jedoch der Begriff selbst erschien in dem arabischen Denken erst in den letzten zwei Jahrhunderten, d. h. nach der Wiederherstellung von Kontakt und Wechselwirkung mit dem Westen. Dabei behandelte das moderne arabische Denken viele Themen der Politikwissenschaft seit der arabischen Renaissance, diskutierte aber den Staat nicht mit integrierter Bedeutung als eine Einrichtung mit politischem Körper, rechtlicher Befugnis und sozialer Verwurzelung in einem Territorium mit Souveränität. Dies geschah erst nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches.

In diesem Abschnitt konzentrieren wir uns auf den ersten Abschnitt dieser Hypothese von Alavi. Die bürokratischen und militärischen Apparate und Institutionen wurden von der Kolonialmacht eingerichtet, um in erster Linie ihre eigenen Anforderungen zu erfüllen und nicht die Interessen der nationalen und lokalen Gruppen. Sie waren zum großen Teil unabhängig von den lokalen wirtschaftlichen und sozialen Kräften. Nach der Unabhängigkeit erbten die lokalen Eliten diese Apparate und traten dann als Länder mit Souveränität auf der Weltbühne in Erscheinung, waren aber überlastet. Sie sollten ihre Einrichtungen aufbauen,

²³⁵ Vgl. Saad Eddin Ibrahim; et. al. 2005: Gesellschaft und Staat in der arabischen Welt, S. 170-176.

²³⁶ Alavi, Hamza 1979: The State in Post-Colonial Societies. Pakistan and Bangladesh, in: Goulbourne, Harry (Hrsg.) 1979: Politics and State in the Third World. London: Macmillan.

Regierung, kodifiziertes politisches System, Armee und Bürokratie und eine wirtschaftlich-soziale Entwicklung durchführen. Diese Bestrebungen sollten nicht betrieben werden, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu decken, sondern um die Ambitionen von Gruppen zu erfüllen, die während des Kampfes für die Unabhängigkeit mobilisiert worden waren. Dieses wurde von ihren Führern versprochen. Als zusätzliche Aufgaben sind auch die Wahrung der Unabhängigkeit, die Schaffung oder Vertiefung der Staatstreue bei den meisten seiner Bürger sowie die Verhinderung sozialer Spaltungen und die Verringerung der bestehenden Konflikte betrachtet worden²³⁷.

Pierre Salama nimmt an, dass ein moderner Staat durch die Notwendigkeit geregelt ist, die sozialen Beziehungen zu reproduzieren, die den Anforderungen der Reproduzierung des Kapitals entsprechen, sei es auf friedliche oder gewalttätige Art und Weise. Dieser Staat kann von den Klassenkämpfen und individuellen Kapitalien in den entwickelten Ländern (Industrieländer) relativ unabhängig sein, solange der Prozess der kapitalistischen Produktion noch besteht. Jedoch wird in weniger entwickelten Gesellschaften (Entwicklungsländer) die Funktion des Staates durch die Anforderungen der komplexen, internationalen Wirtschaft, insbesondere in den starken Zentral-Staaten, bestimmt. Hier dient der Staat als eine Brücke zwischen Heimat und der restlichen Welt. Er fördert die kommerziellen Beziehungen mit dem Ausland und die Aufrechterhaltung der internationalen Arbeitsteilung innerhalb seiner Grenzen durch eine Mischung aus Mechanismen von Legitimation und Gewalt²³⁸. Je geringer die Gesellschaft entwickelt ist, desto häufiger herrscht Gewalt vor geltendem Recht. Die sozialen Formationen konfrontieren die Gewalt des Staates durch eine von zwei Reaktionen: durch den Ruf nach Demokratie oder durch den Einsatz von Gegengewalt. Um aus diesem Kreis auszubrechen, können einige Gesellschaften der Dritten Welt politische Systeme produzieren, die eine Mischung aus Technokratie und begrenzter Rechtmäßigkeit verwenden.

الكواري، علي خليفة 2004: مفهوم المواطنة في الدولة الديمقراطية، في: المواطنة و الديمقراطية في البلدان العربية، تحرير الكواري، علي خليفة. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 13-40، هنا ص 22 حتى 33.

Vgl. Al Kuwari, Ali Khalifa 2004: Der Begriff der Staatsbürgerschaft im demokratischen Land, in: Al Kuwari, Ali Khalifa (Hrsg.) 2004: Staatsbürgerschaft und Demokratie in arabischen Ländern. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage, S. 13-40, hier S. 22-33.

سلامة، بيير و مجموعة مؤلفين 1992: جدلية الدولة و المجتمع بالمغرب. الدار البيضاء: افريقيا الشرق، ص 6 و ما بعدها²³⁸.

Salama, Pierre; et. al. 1992: Dialektik von Staat und Gesellschaft im Maghreb. Casablanca: Afrikia Alsharq, S. 6ff.

²³⁹ O'Donnell, Guillermo 1973: Modernization and Bureaucratic Authoritarianism: Studies in South America Politics. Berkeley; Calif.: Institute of International Studies.

So wird ein autoritäres, bürokratisches System des Staates, wie nach Guillermo O'Donnell²³⁹, geschaffen und dies ist in der arabischen Welt vorherrschend.

Zusätzlich zu den Belastungen, die der Staat tragen musste, nachdem er seine Unabhängigkeit erhielt und in die globale Arena als souveräner Staat eintrat, war er auch mit zwei großen Erben belastet: Das erste ist das traditionelle, gesellschaftliche Erbe, das vor der westlichen Besatzung vorhanden war. Dieses wurde aber auf der einen Seite nicht automatisch oder gemäß der heimatlichen Bedürfnisse entwickelt und auf der anderen Seite ist es nicht verschwunden, sondern blieb weiterhin bestehen, aber mit vielen Entstellungen durch die kolonialen Praktiken. Das zweite Erbe sind die strukturellen, institutionellen Änderungen des Verhaltens und der Werte in den Formationen dieser Gesellschaft, die während der Kolonisation entstanden, aber nicht mit deren Ende verschwunden sind²⁴⁰.

Das Problem liegt nach der hier vertretenen Meinung in der gegenseitigen Beeinflussung und Betroffenheit zwischen der modernen Institution des Staates und der traditionellen Gesellschaft in der arabischen Welt. Aufgrund des partiellen oder vollständigen Fehlens politischer Beteiligung haben solche gesellschaftlichen Veränderungen keine gesunden, legitimen, rechtlichen Kanäle gefunden, um die staatliche Institution zu beeinflussen. Bei dem Streben nach dem Macht- und Autoritätsmonopol in der Gesellschaft haben die staatlichen Institutionen nicht nur die Unabhängigkeit der Institutionen der Zivilgesellschaft beseitigt, wie z. B. die Gewerkschaften und andere soziale Organisationen, sondern es ermöglichte den alten sub-politischen tribalen, konfessionellen und regionalen Organisationen zurückzukehren.

Nachdem die Eliten der zweiten Generation die liberale Erfahrung der fünfziger Jahre eliminiert hatten, versuchten sie einen Keil zwischen die Gruppen der Gesellschaft zu treiben, um ihre Kontrolle über die Gesellschaft auszubauen. Dies führte dazu, dass sich die tribalen, regionalen und konfessionellen Blöcke mit ihren Organisationen und druckausübenden Kräften in ein politisches Instrument wandelten, um den politischen Prozess zu lenken²⁴¹.

²⁴⁰ Vgl. Saad Eddin Ibrahim; et. al. 2005: Gesellschaft und Staat in der arabischen Welt, S. 174f.

²⁴¹ Vgl. Salame, Ghassan 2008: Gesellschaft und Staat im arabischen Maschrek, S. 199ff.

Damit ist es nicht überraschend, wenn man moderne Länder beobachtet, deren Regierungen auf tribalen Grundlagen basieren, z. B. in der Golfregion und auf der Arabischen Halbinsel. Die arabischen Länder fallen unter die Begrifflichkeit des autoritären Staates, unabhängig davon, ob sie Republiken oder Monarchien sind. Dies geschieht üblicherweise durch Militärputsche, wie z. B. in Ägypten, Syrien und Libyen oder durch die wirtschaftliche und politische Offenheit für den Westen, wie z. B. in den Golfstaaten, Jordanien und Marokko. Während es den Massen der Arbeiter in den kapitalistischen Gesellschaften des Westens gelang, die starke Einmischung des Staates in Gesellschaft und Wirtschaft zu zügeln, durch die Bewegungen, Gewerkschaften und Streiks, ist die Einschränkung dieser Eingriffe in der arabischen Welt nicht erfolgt. Die Großgrundbesitzer und Kaufleute waren sich einig über die Forderung nach Unabhängigkeit und über das parlamentarische Leben, waren sich aber nicht einig über die sozialen Forderungen hinsichtlich der gerechteren Verteilung von Einkommen und das Recht auf Bildung sowie der Bestimmung von Landbesitz. Die Unfähigkeit der Mittelschicht, sich in die „Gesellschaft der liberalen Erfahrung“²⁴² zu integrieren, welche aus der geringen sozialen Mobilität sowie der Einschränkung der Berechtigungen in die oberste Schicht aufzusteigen resultierte. Dies alles trug zur Verschlechterung dieser Situation bei, indem das Militär die Kontrolle übernahm, dessen Soldaten zu der Mittelschicht gehörten, und nachdem sie die alte Elite abgesetzt hatten, ergänzten sie den Aufbau des autoritären Staatsapparates durch die Verstaatlichung und den Ausbau des öffentlichen Sektors als ‚öffentliches Eigentum der Nation‘. Darüber hinaus führte es zur Militarisierung der Politik, Institutionalisierung der bewaffneten Gewalt in der Gesellschaft sowie Durchdringung der Zivilgesellschaft, indem sich die sozialen Einrichtungen zur Ausdehnung der staatlichen Autorität wandelten und dieser unterstellt waren.

Diese arabischen politischen Systeme, die ihre Legitimität auf der Fortsetzung der nationalen Unabhängigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und dem Ausbau des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereiches begründeten, litten seit den achtziger Jahre an der Erosion ihrer politischen Legitimität, was eigentlich das Ergebnis ihres Scheiterns an der Entwicklung und ihrer Unfähigkeit ist, die Werte der Demokratie sowie die politische Partizipation zu

²⁴² Saad Eddin Ibrahim; et. al. 2005: Gesellschaft und Staat in der arabischen Welt, S. 186.

erreichen. Die meisten von ihnen haben als Versuch, ihre Legitimität zu retten, zwei Strategien angewandt. Die erste ist die direkte Repression gegen Gruppen, deren Recht zur politischen Partizipation nicht anerkannt wurde. Dies betraf vor allem die am stärksten organisierten, also die islamischen, Gruppen. Die zweite ist ihr Versuch, eingeschränkten politischen Pluralismus zu implementieren, um den Druck auf das politische System zu entlasten und den Oppositionsvertretern die Möglichkeit zu bieten, sich zu äußern, aber nur innerhalb der von ihnen bestimmten engen Partizipations-Grenzen, die keine Gelegenheit für Machtübertragung enthalten²⁴³. Hier ist es erwähnenswert, dass einige der arabischen Monarchen, die ihre Legitimität auf die Tradition und den Islam oder in einigen Fällen auf tribaler Grundlage gründeten, sich auf Stärkung ihrer Legitimität durch die Verbesserung ihrer Leistung konzentrierten oder dadurch die Tür des politischen Pluralismus früh zu öffnen sowie durch die Adaption einer eingeschränkten Demokratie, besonders in Kuwait und Jordanien²⁴⁴. Jedoch blieben sie vorsichtig beim Ausbau der politischen Partizipation, um ihr Interesse an der Verstärkung der Institution des Königtums weiterhin vertreten zu können²⁴⁵.

Der Schwerpunkt der institutionellen Regelungen des autoritären Staates ist das Problem der Legitimität zu lösen. Das Problem der Legitimität ist nicht nur auf die Tatsache beschränkt, dass die meisten der herrschenden Gruppen auf eine rechts- und verfassungswidrige Weise an die Macht kamen, sondern es ist verbunden mit einer tieferen Bedeutung; die Begründung der Legitimität des Rückgriffs auf das wirksame Monopol der Quellen von Reichtum und Macht in der Gesellschaft durch die Berufung auf die traditionellen historischen Symbole mit der gleichzeitig Aufforderung zur demokratischen Verfassungsmäßigkeit im modernen Staat. In diesem Fall nimmt diese Begründung entweder die Form der Legitimität des charismatischen Führers, z. B. Gamal Abdel Nasser, dessen Persönlichkeit sich an der Stärkung der Ideologie beteiligte, die mit der arabischen Nation und mit dem Kampf für die Befreiung Palästinas verbunden war, oder gemäß Max Weber die Form der traditionellen

²⁴³ إبراهيم، سعد الدين 2002: مصادر الشرعية في أنظمة الحكم العربية، في: أزمة الديمقراطية في الوطن العربي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة، ص 403-431.

Ibrahim, Saad Eddin 2002: Legitimationsquellen in arabischen Regimes, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.) 2002: Krise der Demokratie in der arabischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, dritte Auflage, S. 403-431.

²⁴⁴ Yassin, Alsayyid 2001: Die Zukunft der Zivilgesellschaft. Die kulturelle Krise und die Zukunft der Zivilgesellschaft, S. 792.

²⁴⁵ Saef, Abdullah 2001: Zivilgesellschaft im juristischen arabischen Denken, S. 238.

Legitimität an. Diese ist aufgrund des Fehlens von Basisorganisationen wichtig, die die Interessen der Bevölkerung vertreten, wie z. B. die Berufsverbände, die unabhängigen Gewerkschaften, die Lobbygruppen und die unabhängigen sozialen und politischen Bewegungen in der arabischen Welt²⁴⁶. Die traditionelle Legitimität basiert auf den von *Khaldoun Al Naqeeb* so genannten „*Corporations*“. *Al Naqeeb* klassifizierte sie in sieben Arten: die oberste zentrale Bürokratie des Staates, Verbände von Industrie- und Handelskammern, die Großgrundbesitzer und Kaufleute vertreten, das Militär, das religiöse Establishment und ihre Organisationen, Berufsverbände der Kategorie des Bürgertums, Verbände der Gewerkschaften der Arbeiter und Bauern sowie landwirtschaftliche oder nicht-städtische (nomadische und tribale) Gruppierungen²⁴⁷. Diese *Corporations* stellen seiner Meinung nach eine soziale Kraft dar, die sich und ihre Interessen durch bestimmte Führer äußert, die der Staat oft stillschweigend anerkennt. Diese Körperschaften sind dadurch gekennzeichnet, dass sie nicht vom Staat unabhängig sind, sondern eine Ausdehnung der staatlichen Apparate und ein wirksames Mittel zur sozialen Kontrolle und zur staatlichen Herrschaft über die Wirtschaft und die Gesellschaft sind. Damit unterscheiden sie sich von den unabhängigen Körperschaften, mit denen der Staat Verhandlungen führt, so wie es bei der Kirche und den Gewerkschaften im Westen der Fall ist²⁴⁸.

Dies erklärt, dass es dem autoritären Staat in der arabischen Welt nicht an intermediären Gruppen fehlt. Sie existieren, sind aber abhängig von der staatlichen Macht, da der Staat ihnen keinen Bewegungsspielraum gibt oder eine freie Organisation erlaubt. Ihre Abhängigkeit bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht existieren. Da diese Körperschaften unter dem autoritären Staat eine außergewöhnliche Bedeutung erhalten, wird die staatliche Beeinflussung in deren Organisationen stärker. Um sicherzustellen, dass sich solche Körperschaften nicht in einen Rahmen oder eine Basis für die unabhängige politische und soziale Tätigkeit wandeln, was die staatliche Autorität und die Monopole der Quellen von Macht und Reichtum bedrohen kann, wurden Regelungen des autoritären Staates auf die

²⁴⁶ Vgl. Yassin, Alsayyid 2001: Die Zukunft der Zivilgesellschaft. Die kulturelle Krise und die Zukunft der Zivilgesellschaft, S. 792ff.

²⁴⁷ النقيب، خلدون حسن 1989: المجتمع و الدولة في الخليج و الجزيرة العربية. من منظور مختلف، بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، ص 149.

Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, S. 149ff.

²⁴⁸ Ebd., S. 151.

Entwicklung von Strukturen bezogen, die die zentrale Bürokratie unterstützen. Daher lag ein besonderer Fokus auf Repression und der Festigung sowie Weiterentwicklung der Geheimdienste.

Zusammen mit der Entwicklung der Strukturen, die den autoritären Staat unterstützen, und der politischen Arena, die von den Basisorganisationen und den unabhängigen sozialen Bewegungen frei ist, haben sich auch die parallelen Kräfte entwickelt. Dies sind die tribalen, konfessionellen und regionalen sozialen Gruppierungen, die auf Zugehörigkeit zu einem bestimmten Territorium, einer bestimmten Region oder eines bestimmten Stammes beruhen. In jeder dieser *Corporations* findet man konfessionelle, regionale oder tribale Grundsätze, die die Beziehungen innerhalb dieser Körperschaften kontrollieren. Die Wirksamkeit dieser parallelen Kräfte liegt in ihrem Einfluss auf die Regelungen des autoritären Staates durch zwei Arten von Beziehungen. Diese sind die politische Patronage und die soziale Gegenseitigkeit. Bei der politischen Patronage stellt ein Netz von Beziehungen die Grundlagen sozialer Interaktion, die auf der Übernahme der Patronage durch die politische Elite basiert. Bei der sozialen Gegenseitigkeit werden die sozialen Beziehungen auf den Austausch von materiellen Vorteilen gegründet²⁴⁹.

3.3. Empirische Untersuchung

Trotz des starken Wachstums bei den durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen und der Bildung sind die arabischen Regime seit ihrer Unabhängigkeit in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts durch verschiedene Formen der autoritären Herrschaft gekennzeichnet. Wahrscheinlich erlaubten die sporadischen Versuche der politischen Reformen im Laufe der Zeit ein begrenztes Ausmaß an politischem Liberalismus, aber die wesentliche Natur der autoritären Herrschaft hat sich kaum verändert²⁵⁰. Die Schwächen im System der politischen Beteiligung und die Verweigerung der vollen politischen Rechte der Bürger sowie das Fehlen der Demokratie und damit das Fehlen von repräsentativen Regierungen, die öffentlich

²⁴⁹ النقيب، خلدون حسن 2004: الدولة التسلطية في المشرق العربي المعاصر. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة، ص 183. Vgl. Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 2004: Autoritärer Staat im zeitgenössischen arabischen Maschrek. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, S. 183ff.

²⁵⁰ وهبة، ربيع و آخرون 2011: الحركات الاحتجاجية في الوطن العربي (مصر-المغرب-لبنان-البحرين)، تحرير عمرو الشوبكي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، ص 10.

Vgl. Wehbe, Rabee; et. al. 2011: Protestbewegungen in der arabischen Welt (Ägypten - Marokko - Libanon - Bahrain), in: Amr Shobaki (Hrsg.) 2011. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, S. 10ff.

rechenschaftspflichtig sind, sind die auffälligsten Merkmale der politischen Systeme im arabischen Raum.

Im Allgemeinen konnten die arabischen Länder den Rückstand an politischer Beteiligung zu den anderen Ländern der Welt nicht aufholen und sind zurückgeblieben, besonders in der Zeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die *Median-Polity-Scores* beziehen sich auf die Kluft zwischen der Welt und den Arabern, welche sich seit dem Anfang der neunziger Jahre vergrößerte. Die arabischen autoritären Regime gediehen, so dass der *Arab Human Development Report* für das Jahr 2002 eine große Kluft zwischen den arabischen Staaten und den anderen Regionen in Bezug auf die Beteiligung des Volkes an der Regierung beobachtete.

„There is a substantial lag between Arab countries and other regions in terms of participatory governance. The wave of democracy that transformed governance in most of Latin America and East Asia in the 1980s and Eastern Europe and much of Central Asia in the late 1980s and early 1990s has barely reached the Arab States“²⁵¹.

Der *Arab Human Development Report* von 2004 bestätigt seinerseits diese Lektüre, wenn er anmerkt, dass die arabischen Regime ähnlich wie die von ihm so bezeichneten „*Black Hole States*“ operieren.

„The modern Arab state, in the Political sense, runs close to this model, the executive apparatus resembling a ‚black hole‘ which converts its surrounding social environment into a setting in which nothing moves and from which nothing escapes. [...] This increasing centralization of the executive is guaranteed in the constitutional texts of certain states, which enshrine the right of the king, the president or the emir (or the Revolutionary Command Council) to legislate and vest wide powers in the head of state“²⁵².

Trotz der Erwartungen auf Erreichung von Demokratie nach der positiven wirtschaftlichen Entwicklung vergrößerte sich diese Kluft trotz des riesigen Reichtums vieler dieser Länder.

²⁵¹ United Nations Development Programme; Arab Fund for Economic and Social Development: Arab Human Development Report 2002: Creating Opportunities for Future Generations, S. 2.

²⁵² United Nations Development Programme; Arab Fund for Economic and Social Development; Arab Gulf Programme for United Nations Development: Arab Human Development Report 2004. Towards Freedom in the Arab World, S. 126.

Obwohl die arabische Welt in der Zeit zwischen den sechziger und siebziger Jahren ein bedeutendes Wirtschaftswachstum erlebte, war dies nicht mit einer Ausweitung politischer Rechte und politischer Partizipation verbunden. Dies steht aber im Gegensatz zu der Hypothese von M. Lipset²⁵³, der vermutet, dass die wirtschaftliche Entwicklung und die damit verbundene Entstehung und Entwicklung einer lernenden Mittelklasse zur politischen Liberalisierung führt, weil sie die Anforderung dieser Klasse an eine Rolle im politischen Regime und in der politischen Partizipation erhöht.

Dass sich dieser wirtschaftliche Wohlstand in der arabischen Welt nicht in Verbindung mit der Demokratisierung der arabischen politischen Systeme ereignete, kontrastiert aber mit dem, was Epstein et al. vermutet hatten²⁵⁴. Sie behaupteten, dass die Rate von hohen Pro-Kopf-Einkommen die Möglichkeit der Entstehung demokratischer Systeme erhöht, und zwar sowohl durch die Stärkung der bestehenden demokratischen Systeme, als auch durch die Förderung der Übergänge von autoritären Regimen zu demokratischen Systemen.

„[...] high incomes per capita significantly increased the likelihood of democratic regimes, both by enhancing the consolidation of existing democracies and by promoting transitions from authoritarian to democratic systems“²⁵⁵.

Das Öl als ein wesentlicher Faktor in den arabischen Wirtschaften verursachte einen großen Zusammenschluss dieser Länder in der Weltwirtschaft und führte zu großem Reichtum und Wohlstand für die Länder der Region. Aber dies trat in Verbindung mit einer großen Abhängigkeit vom Westen auf und stand im Gegensatz zu der Form, die von den Idealen des arabischen Nationalismus vertreten wurde und in den vergangenen Jahrzehnten herrschte. Trotz dieser Wandlung der politischen Richtung seit den siebziger Jahren gab es keine Veränderung in der für die arabischen autoritären Regime üblichen Legitimität. Die großen Öl-Einnahmen führten zum Wohlstand dieser Länder, ohne die politischen Rechte der Bürger soweit zu erweitern, dass sie eine wirksame Kontrolle über die Politik ausüben können.

²⁵³ Lipset, Seymour Martin 1959: Some Social Requisites of Democracy. Economic Development and Political Legitimacy, in: American Political Science Review, Vol. 53, no. 1 (Mar., 1959), S. 69-105.

²⁵⁴ Vgl. Elbadawi; et al. 2011: Explaining the Arab democracy deficit. the role of oil and conflicts, S. 42ff.

²⁵⁵ Epstein, David L.; et al. 2006: Democratic Transitions, in: American Journal of Political Science, Vol. 50, Issue 3, July 2006, S. 551–569, hier S 566.

Zu dieser Zeit wuchsen die demokratischen Tendenzen in den anderen Regionen der Welt immer stärker an, wie vom *Polity IV Index* bestätigt wurde. Dieser Index basiert auf zwei Indikatoren, „der institutionalisierten Demokratie“ und „der institutionalisierten Autokratie“. Der Grad der institutionalisierten Demokratie wird nach vier Messwerten bestimmt: die Wettbewerbsfähigkeit des Exekutivorgans, die Transparenz des Exekutivorgans, die Einschränkungen des Exekutivorgans und die Wettbewerbsfähigkeit der politischen Partizipation. Diese Messwerte helfen auch bei der Bestimmung des Grades der institutionalisierten Autokratie.^{256 257}

Wenn der Mittelwert der Grade der arabischen Staaten mit diesen der ostasiatischen Länder, lateinamerikanischen Länder, Länder Afrikas südlich der Sahara, der Länder der OECD-Organisation und der anderen Länder, die nicht Mitglieder in dieser Organisation sind, verglichen wird, kann man erkennen, dass die arabischen Länder, verglichen mit den Ländern in der Dritten Welt zwischen 1960 und 2000, nur einen begrenzten Fortschritt in der politischen Repräsentation erreichten.

Nach der folgenden Tabelle lag der Mittelwert der Grade von Regimen der arabischen Länder in den sechziger Jahren bei -5,3, d. h. geringer als der von ostasiatischen Ländern (-1,9) und den Ländern Afrikas (-4,1). Aber in den siebziger Jahren fiel der Mittelwert der Grade von Regimen im Allgemeinen in den meisten Ländern der Welt, einschließlich der arabischen Länder, ausgenommen waren die Länder der OECD. Als die lateinamerikanischen Länder sowie die ostasiatischen Länder und die Länder Afrikas in den achtziger Jahren höhere Ebenen der Demokratie erreicht hatten, hatten die arabischen Länder keine oder nur wenige Fortschritte erzielt. Da erreichte der Mittelwert der Grade von Regimen in ostasiatischen Ländern 0,6 und in den Ländern Afrikas 1,35 im Jahr 2003, aber in den arabischen Ländern betrug er -5,5, d. h. sogar geringer als solche in 1960.

²⁵⁶ Dabei wird der Charakter des Regimes dadurch bestimmt, dass der Grad der institutionalisierten Autokratie vom Grad der institutionalisierten Demokratie subtrahiert wird. So erhalten wir einen Grad des Regimes von - 10 (sehr autokratisch) bis 10 (sehr demokratisch).

²⁵⁷ Vgl. Elbadawi, Ibrahim; et al. 2011: Explaining the Arab democracy deficit. The role of oil and conflicts, S. 49f.

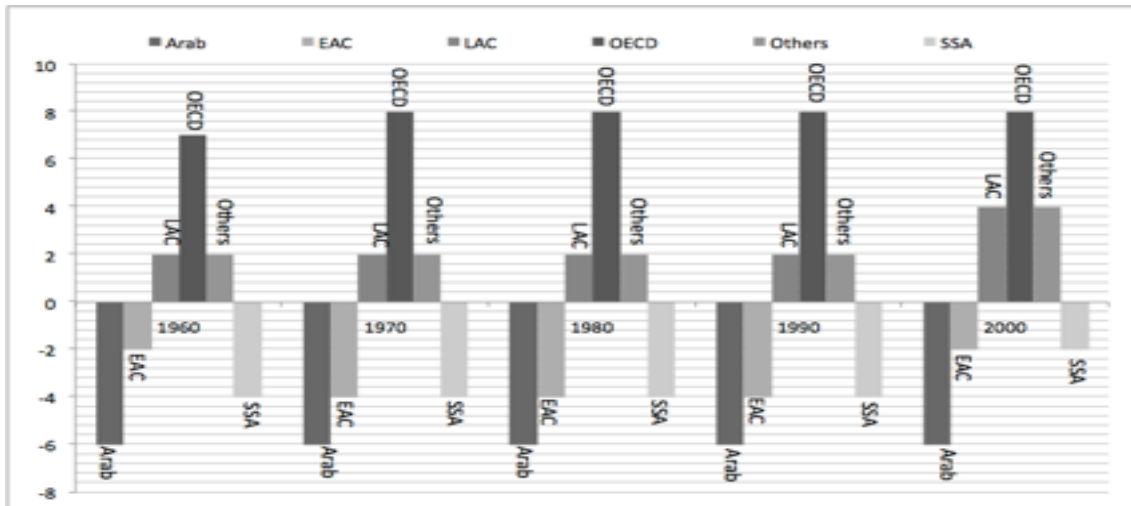


Abbildung 1: *Polity Score* nach Weltregionen 1960 bis 2004²⁵⁸

Auch wenn man die durchschnittlichen jährlichen Veränderungen in den Regimen der arabischen mit nicht-arabischen Ländern vergleicht, wird klar, dass die arabische Welt hinsichtlich der Änderungen in den Regimen während der vier Jahrzehnte zwischen 1960 und 2000, insbesondere während der ‚dritten Welle‘ der Demokratie in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren, zurückblieb.



Abbildung 2: Durchschnittlicher *Polity Score* für die arabischen und nicht-arabischen Länder²⁵⁹

²⁵⁸ <http://www.systemicpeace.org/polity/polity06.htm#naf>, abgerufen am 14.02.2012.

²⁵⁹ <http://www.systemicpeace.org/polity/polity06.htm#naf>, abgerufen am 27.02.2012.

Die auf der Modernisierungstheorie beruhende Hypothese von Lipset, die Barro²⁶⁰ dann weiterentwickelte, ermöglicht es nicht, die arabischen Regime zu verstehen, insbesondere in den ölreichen Ländern, da die Golfstaaten, namentlich Bahrain, Saudi-Arabien, Kuwait, VAE, Katar und Oman, den höchsten Lebensstandard in der arabischen Welt haben, allerdings sind sie die autokratischsten arabischen Regime. In der Zeit zwischen 1960-2003 betrug das Pro-Kopf-Einkommen in den Golfstaaten 13.600 \$ bei konstanten Preisen seit 2000, d. h. über 13-mal höher als im Rest der arabischen Welt, wo es weniger als 1000 \$ sind. Trotzdem führte dieser große Reichtum nicht zur Erweiterung der politischen Beteiligung in diesen Ländern²⁶¹. Der Mittelwert der Grade von Regimen in der Golfregion betrug -9.2 im Vergleich zu -5.5 in den anderen Ländern der arabischen Welt zur gleichen Zeit. Aus der folgenden Tabelle kann man entnehmen, dass der *Polity IV Index* nicht nur zeigt, dass die Golfstaaten autokratischer sind als die anderen, sondern sie hatten auch nur eine geringe Veränderung in ihren *Polity IV Index* Werten, insbesondere zwischen 1960 und 1990. Obwohl die arabischen Golfstaaten und die arabischen Staaten, die nicht in der Golfregion liegen, zu dieser Zeit eine politische Liberalisierung erlebten, war die Änderungsrate in den Golfstaaten viel geringer als in den arabischen Ländern, die nicht in der Golfregion liegen.

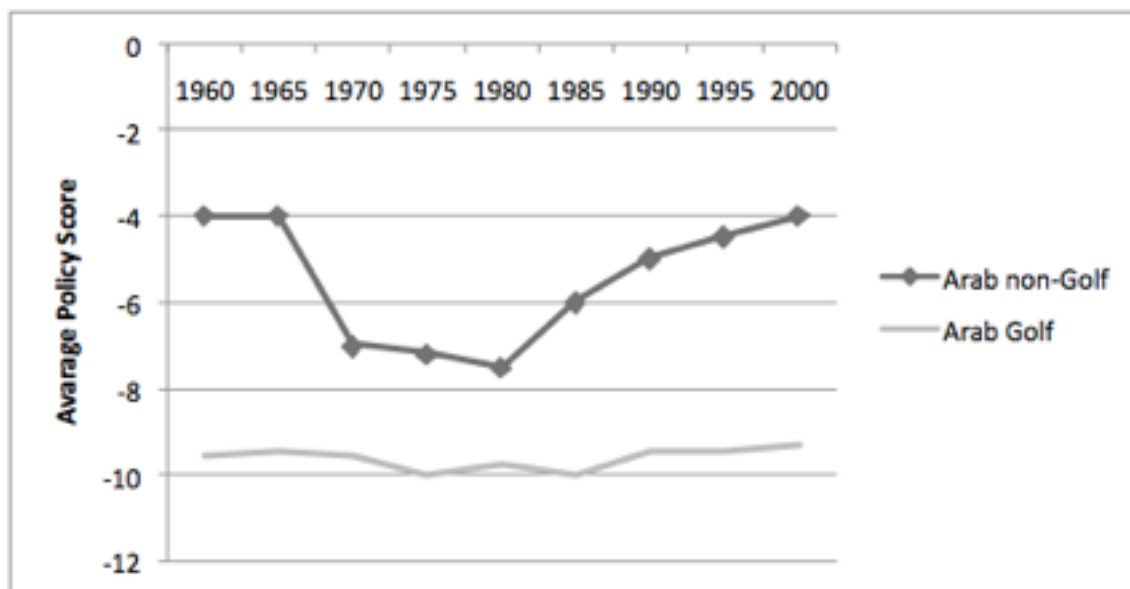


Abbildung 3: *Polity Score* für GCC-Staaten und die anderen arabischen Staaten²⁶²

²⁶⁰ Barro, Robert J.: *Determinants of Economic Growth. A Cross-Country Empirical Study*. NBER Working Paper 5698, Cambridge 1996.

²⁶¹ In 2007 erreichte das Pro-Kopf Einkommen in GCC-Staaten 21.870 \$:
<http://www.alaan.cc/pagedetails.asp?nid=16026&cid=37>, abgerufen am 27.02.2012.

²⁶² <http://www.systemicpeace.org/polity/polity06.htm#naf>, abgerufen am 01.03.2012.

Wenn man das Konzept von Raymond Gastil²⁶³ für politische Rechte und zivile Freiheiten in Betrachtung zieht, das im *Freedom House Index* beinhaltet ist, dann kann man einen signifikanten Mangel an Freiheit in den arabischen Ländern feststellen. Der Index der politischen Rechte beinhaltet die Beteiligung der Bürger an dem Wahlprozess, einschließlich der Stimmrechte in freien und gleichen Wahlen und die Beteiligung der politischen Parteien und politischen Organisationen sowie den Wettbewerb bei der Bekleidung von öffentlichen Ämtern. Der Index der politischen Freiheiten beinhaltet die Meinungs- und Glaubensfreiheit, das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte, einschließlich der politischen und wirtschaftlichen Rechte. Die beiden Indikatoren liegen zwischen 1 (ein hohes Maß an Freiheit) und 7 (das Fehlen solcher Freiheiten). Von dem Mittelwert dieser Indikatoren ergibt sich der Grad der Freiheit. Zwischen 1 und 2.5 gelten die Länder als frei, von 2.5 bis 5.5 gelten sie als teilweise frei und von 5.5 bis 7 sind sie als unfrei zu bezeichnen.

Wenn man die folgende Tabelle betrachtet, wird ersichtlich, dass durch die Bezugnahme auf den Anteil der Jahre die Freiheit in jedem Land zwischen 1972 und 2002 (die Periode, die vom *Freedom House Index* abgedeckt wurde) ein Mangel an Freiheit in den arabischen Ländern existiert. Sie sind im gesamten Zeitraum der Erhebung entweder teilweise frei oder nicht frei. Zum Vergleich sind die ostasiatischen Länder zu mehr als 9% frei, die Länder Afrikas zu 12% und die lateinamerikanischen Länder zu 41% im gleichen Zeitraum.

²⁶³ Gastil, Raymond Duncan 1990: The Comparative Survey of Freedom. Experiences and Suggestions, in: Studies in Comparative International Development (Spring 1990), Vol. 25, Issue 1, S. 25-50.

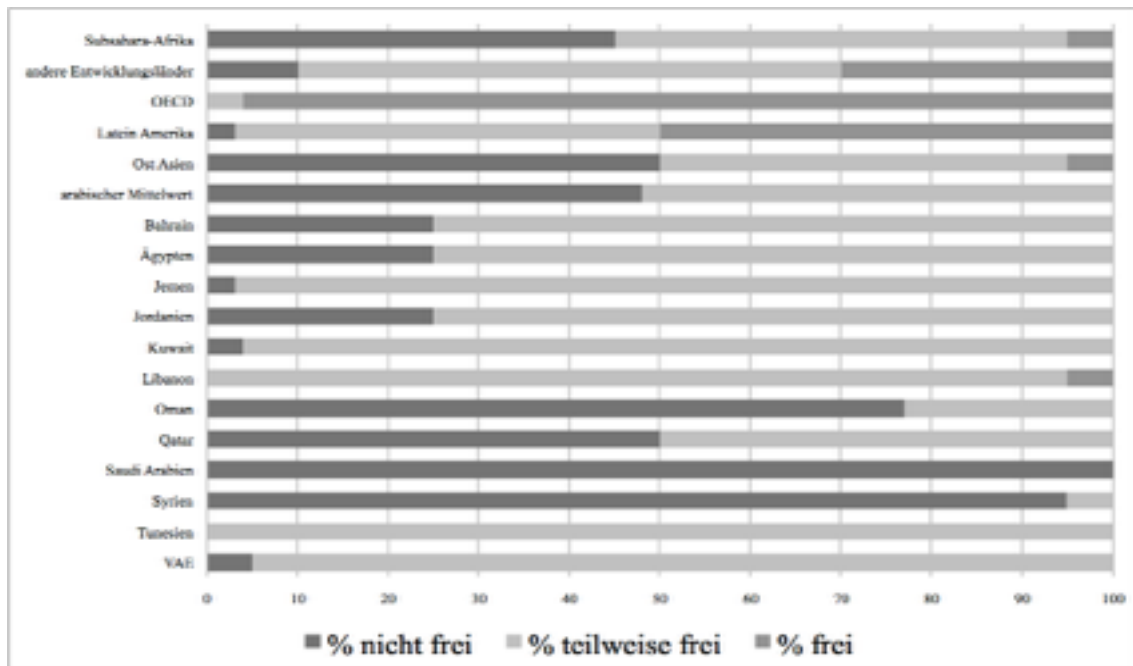


Abbildung 4: Klassifizierung für ausgewählte Länder nach *Freedom House Index*²⁶⁴

Nach der Klassifikation von Przeworski et al.²⁶⁵ für die Arten der politischen Systeme, die 141 Länder in der Zeit zwischen 1950 und 1990 enthält, wird ein System als diktatorisch klassifiziert, wenn es eine der folgenden Bedingungen beinhaltet: wenn der Regierungschef oder die Legislative nicht gewählt sind oder wenn es nur eine einzige politische Partei gibt oder wenn die Amtsinhaber die Legislative verfassungswidrig auflösen. Auch wenn ein politisches System diese Kriterien nicht erfüllt, wird es als diktatorisches Regime klassifiziert, falls der Machtinhaber mehr als zwei Wahlperioden an der Macht bleibt²⁶⁶.

Wiederum werden auch die diktatorischen Regime unterschieden in bürokratische Systeme als eine Form des institutionalisierten diktatorischen Regimes, das durch einige Regeln die Regierung verwaltet, einschließlich der Rechtsvorschriften bezüglich des Präsidenten in seiner Beziehung mit der Legislative, sowie in autokratische Regime, die „*neither internal rules nor publicly announced universalistic intentions*“²⁶⁷ aufweisen.

²⁶⁴ <http://www.freedomhouse.org/>, abgerufen am 02.03.2012.

²⁶⁵ Przeworski, Adam; Alvarez, Michael, E.; Cheibub, Jose Antonio; Limongi, Fernando 2000: Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990. Cambridge, MA: Cambridge University Press.

²⁶⁶ Vgl. Elbadawi, Ibrahim; Makdisi, Samir; Milante, Gary 2011: Explaining the Arab democracy deficit. The role of oil and conflicts, S. 46ff.

²⁶⁷ Przeworski, Adam; et al. 2000: Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990, S. 32.

Die folgende Tabelle zeigt deutlich ein Bild von der Natur des arabischen politischen Systems nach der Klassifikation von *Democracy and Development*.

<i>Democracy and Development</i> in ausgewählten Ländern zwischen 1950 und 1990			
Land	<i>Dictatorship</i>		<i>Democracy</i>
	<i>Autocracy</i>	<i>Bureaucracy</i>	
Bahrain	1971-1972 1975-1990	1973-1974	
Ägypten		1950-1990	
Jordanien	1966	1950-1965 1967-1973	
Kuwait	1961-1962 1976-1980 1986-1990	1963-1975 1981-1985	
Oman	1951-1990		
Qatar	1971-1990		
Saudi-Arabien	1950-1990		
VAE	1971-1990		
Syrien	1961-1969	1950-1960 1970-1990	

Abbildung 5: Klassifizierung für ausgewählte Länder nach Przeworskis *Democracy and Development Index*

3.3.1. Das Modell Elbadawi, Makdisi und Milante (EMM)

In einem Versuch, das Demokratiedefizit und die Schwächen der politischen Partizipation in der arabischen Welt zu erklären, stellen Ibrahim Elbadawi, Samir Makdisi und Gary Milante eine neue Forschungsmethode vor, die die quantitative und qualitative Analyse kombiniert: Grundlagenforschung, auf die Fallstudien für gewählte arabische Länder folgten. Die Grundlagenforschung basiert auf dem Modell der linearen Regression der Demokratie, wie sie vom *Polity IV Index* gemessen wird, und zwar durch die Maximum-Likelihood-Methode für Beobachtungen der gepolten Paneldatenanalyse basierend auf Tobit-Abschätzungen bei einer Probe von 889 Beobachtungen in über 141 Ländern. In ihrem Modell verwenden sie neun Zeiträume, jeder von ihnen beträgt fünf Jahre, als Ausnahme beträgt der letzte lediglich vier

Jahre²⁶⁸. Die abhängige Variable ist das Regime und die unabhängigen Variablen sind die Modernisierung, die Region-Dummy-Variable, historische Variablen, die Religion, die soziale Kohäsion, das Öl und regionale Kriege:

1. Die Modernisierung

Diese stellt die positive Beziehung zwischen dem Grad der Entwicklung und der Demokratie, wie von Lipset behandelt und von Barro erweitert, dar. Die Erhöhung des Einkommensniveaus erzeugt Druck zugunsten der Demokratie und der Partizipation. Die immer größer werdende Mittelklasse fordert ihre politische Vertretung, um sicherzustellen, dass ihre Interessen dadurch erfüllt werden, dass der Staat die öffentlichen Güter bereitstellt.

In diesem Modell wird das Einkommen verwendet, genauer das durchschnittliche BIP pro Kopf in US-Dollar in jedem Zeitraum, als Basisjahr wird das Jahr 2000 genommen. Auch der Index der Bildung wird verwendet. Dieser wird durch drei Indikatoren dargestellt: die durchschnittliche Schulleistung der Bevölkerung, das durchschnittliche Analphabetentum der erwachsenen Bevölkerung und die Einschulungsrate in weiterführenden Schulen.

Auch der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte wird als ein Teil der wirtschaftlichen Modernisierung betrachtet. Man verwendet diesen Index als Ersatz für die Entwicklung der politischen Partizipation für Frauen aufgrund des Mangels an Daten.

In diesen Modernisierungsvariablen werden Indizes von *Neighbor Polity* verwendet, um die Auswirkungen der politischen Änderungen in diesen Ländern zu beobachten. Diese Theorie bezieht sich darauf, dass ein Regime das Regime eines Nachbarlandes durch den Peer-Effekt beeinflussen kann, d. h. die demokratischen Nachbar-Länder fördern wahrscheinlich die Demokratie im betreffenden Land.

2. Region-Dummy-Variable

Vier Dummy Variablen wurden entwickelt, um die Region-Type-Effekte selbst zu erfassen. Die „arabische“ Dummy-Variable bekommt die Nummer 1, die sich auf alle arabischen Länder bezieht. Die anderen Länder, Länder in Afrika südlich der Sahara, Länder Ostasiens und lateinamerikanische Länder, bekommen die Nummer 0 zugewiesen.

²⁶⁸ Siehe hierzu ausführlicher: Elbadawi, Ibrahim; Makdisi, Samir; Milante, Gary 2011: Explaining the Arab democracy deficit. The role of oil and conflicts, S. 50-64.

Der Koeffizient dieser Variable spiegelt die durchschnittlichen ungeklärten Auswirkungen in den *Polity Scores* der Regime in den arabischen Ländern, sprich das Demokratiedefizit, wider.

3. Historische Variablen

Die historischen Variablen spiegeln den Einfluss der früheren kolonialen Interventionen in der politischen Entwicklung des Landes wider. Diese Hypothese beinhaltet, dass die Länder, die kolonisiert wurden, weniger Möglichkeiten haben, demokratisch zu werden: entweder weil die koloniale Erfahrung ihre wirtschaftliche Entwicklung verhindert²⁶⁹ oder weil sie Grenzen für diese Länder willkürlich gezogen hat und damit das Problem der ethnischen Unterschiede verschärfte²⁷⁰. Die Länder, die früher Kolonien waren, bekommen die Nummer 1 und die anderen Länder die Nummer 0 zugewiesen. Das EMM-Modell verwendet hier eine weitere Dimension des Kolonialismus, und zwar das koloniale Erbe, das aus der Inverse der Anzahl der Jahre seit der Unabhängigkeit des betreffenden Landes besteht.

4. Die Religion

Diese Variable wird verwendet, um die Hypothese zu testen, die besagt, dass die Religion eine Rolle für das politische System spielt. Es gibt eine Vielzahl an Intellektuellen, die annehmen, dass der Islam die autokratischen Regime fördert, weil viele seiner Texte und deren Interpretationen mit dem Prinzip des Pluralismus, der Partizipation und der demokratischen Herrschaft nicht vereinbar sind²⁷¹. Auf der anderen Seite gibt es andere Intellektuelle, die glauben, dass die Religion an sich die Natur des politischen Systems nicht bestimmt²⁷². In dem EMM-Modell werden zwei Variablen verwendet: muslimisch und christlich. Der Staat bekommt die Nummer 1, wenn mehr als 50% der Bevölkerung die betreffende Religion ausüben, und die Nummer 0 zugewiesen, sollte dies nicht der Fall sein. Basierend auf dieser Begrenzung, d. h. über 50%, gibt es keine Länder, die als islamisch und christlich gleichzeitig

²⁶⁹ Diese These bezieht sich auf: Gasiorowski, Mark J. 1995: Economic Crisis and Political Regime Change. An Event History Analysis, in: American Political Science Review, Vol. 89, No. 4 (1995), S. 882-897.

²⁷⁰ Abernethy, David B. 2000: The Dynamics of Global Dominance. European Overseas Empires 1415-1980. New Haven; London: Yale University Press.

²⁷¹ Kedourie, Elie 1994: Democracy and Arab Political Culture. London: Frank Cass Publishers. Auch: Diamond, Larry; Plattner, Marc F.; Brumberg, Daniel (Hrsgg.) 2003: Islam and Democracy in the Middle East. Baltimore; London: The Johns Hopkins University Press. Auch: Sajoo, Aryn B. (Hrsg.) 2002: Civil Society in the Muslim World. Contemporary Perspective. London; New York: I.B. Tauris Publishers. Auch Diamond, Larry 2010: Why are there no Arab Democracies?, in: Journal of Democracy, January 2010, Volume 21, Number 1, S. 93-104.

²⁷² Stepan, Alfred C. 2003; Robertson, Graeme B.: An "Arab" More Than a "Muslim" Electoral Gap, in: Journal of Democracy, Vol. 14, Nr. 3, July 2003, S. 30-44.

registriert werden. Das Land bekommt auch die Nummer 0, wenn keine von beiden Religionen dominiert oder wenn mehr als 50% der Bevölkerung zu einer anderen Religion gehören, wie z. B. Hinduismus oder Buddhismus.

5. Die soziale Kohäsion

Diese wird durch die ethnische Zersplitterung gemessen, ausgehend von der Hypothese, dass die ethnisch vielfältigen Gemeinschaften mit größeren Schwierigkeiten konfrontiert werden, um einen Konsens zu erreichen und daher eher zu Gewalt und Zwietracht neigen. Damit sind sie weniger in der Lage, die politische Partizipation zu gewährleisten und die Kontinuität der Demokratie sicherzustellen²⁷³.

6. Das Öl

Diese Variable wird von dem EMM-Modell zusätzlich zu den regionalen Kriegen und den externen Interventionen vorgeschlagen, um das Demokratiedefizit und die Schwäche der politischen Partizipation in der arabischen Welt zu erklären. Die Wahl dieser beiden Variablen geht von der Hypothese aus, dass das Öl sowie die Entstehung des Landes Israels zu den Faktoren gehören, die das moderne arabische Regime in besonderer Weise beeinflusst haben²⁷⁴.

Die riesigen Ölvorkommen, die viele der arabischen Länder, insbesondere die Golfstaaten, haben, helfen bei der Entstehung der repressiven Regime bzw. schützen die nicht-demokratischen und traditionell autoritären Systeme. Speziell werden diese vor der Abhängigkeit von Steuereinnahmen geschützt und ermöglichen diesen Regimen somit, sich der Überwachung und Rechenschaftspflicht über ihre Tätigkeiten gegenüber den Bürgern zu entziehen. Die Erwartungen in Bezug auf die Bereitstellung öffentlicher Güter einschließlich der politischen Rechte steigen zusammen mit der Erhebung und der Höhe von Steuern. Dies bezieht sich darauf, dass die Bürger in den Ländern, die sich auf Öl als Grundrentier

²⁷³ Horowitz, Donald L. 1993: Democracy in Divided Societies, in: Journal of Democracy, Vol. 4, Nr. 4. Oktober 1993, S. 18-38.

²⁷⁴ Elbadawi, Ibrahim; et al. 2011: Explaining the Arab democracy deficit. The role of oil and conflicts, S. 54f.

verlassen, nicht viel von ihren Regierungen in Bezug auf diese Angelegenheiten erwarten, weil sie geringe oder gar keine Steuern zahlen²⁷⁵.

Die sogenannte Hypothese des Ressourcenfluches verbindet die autokratischen Systeme mit dem Ölreichtum. Die Öl produzierenden Länder, die sich darauf als Rentier verlassen, können ihre autokratischen Systeme besser aufrechterhalten, da sie in der Lage sind, die Ölrente einzusetzen, um die Opposition zu kaufen und damit die individuelle autoritäre Herrschaft zu stabilisieren.

Basierend auf dieser Hypothese muss der Export von Öl negativen Einfluss auf die Demokratie und die Erweiterung der politischen Beteiligung der Bürger in der Entscheidungsfindung haben. Die Variable Öl wird gemessen durch die Nettoexporte von Energie als Prozentsatz des BIP.

In diesem Zusammenhang kann die Tatsache nicht ignoriert werden, dass der größte Anteil der globalen Öl-Produktion und -reserven in einer Handvoll neu entstandener Länder und Emirate in der Golfregion konzentriert ist. Dies führte zu großen ausländischen Einwirkungen, die zum großen Maße an der Stärkung und Befestigung der Regime zu ihren Gunsten beteiligt waren. Es ist gut zu beobachten, wie die drei Golfkriege (1980-1988/1990-1991/2003) mit den Interessen der Großmächte verbunden waren. Zumal sie mit den Änderungen der Welt im Bereich der positiven Demokratieentwicklung, der Menschenrechte und politischen Beteiligung zusammenfielen, wie weiter oben schon ausgeführt wurde.

7. Regionale Kriege

Der bisherige arabisch-israelische Konflikt beeinflusst die ganze Region. Die direkten oder indirekten Interventionen der globalen Kräfte insgesamt in diesem Konflikt schufen Vorwände für die Entstehung und Befestigung autoritärer Regime, insbesondere in den arabischen Ländern um Israel. Diese Systeme nutzten den arabischen Nationalismus zu ihrer Legitimation. Mit dem Verweis auf den arabischen Nationalismus und der Befreiung

²⁷⁵ Ross, Michael L. 2001: Does Oil Hinder Democracy?, in: World Politics, Vol. 53, Nr. 3, April 2001, S. 325-361. Siehe auch: Alnasrawi, Abbas 1991: Arab Nationalism, Oil and the Political Economy of Dependency. Contributions in Economics and Economic History. New York: Greenwood Press.

Palästinas wurden die politischen und zivilen Rechte der Bürger verletzt und der Ausnahmezustand über Jahrzehnte verhängt.

Um den Einfluss der Kriege zu bestimmen, misst das EMM-Modell die regionalen Kriege durch die Verteilung der Zahl der ausländischen Kriege und Bürgerkriege in der Region auf die Länder der Region.

Das EMM-Modell kommt zu dem Schluss, dass die Faktoren der Modernisierung und die historischen, sozialen und vorstehenden religiösen Faktoren alleine die Fortsetzung des Defizits an Demokratie, die Kontinuität der autokratischen Regime sowie die Schwäche der politischen Beteiligung in der arabischen Welt nicht erklären können. Doch die regionalen Kriege können zusammen mit der Variable Öl diese Erscheinung partiell erläutern²⁷⁶.

3.3.2. Empirische Auswertung der GCC-Staaten

Basierend auf dem EMM-Modell und dessen Daten führte *Sami Atallah* einen experimentellen Versuch²⁷⁷ durch, um diese Indikatoren auf die sechs Golfstaaten anzuwenden. Beruhend auf den Daten des EMM-Modells beinhaltet *Sami Attallahs* Erklärung des demokratischen Defizits eine Dummy-Variable für die Golfstaaten, indem sie die Nummer 1 bekommen, wenn das betreffende Land Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien oder die VAE ist, und wies den anderen Ländern die Nummer 0 zu. Er bezieht in einem weiteren Modell auch die Länder außerhalb der Golfregion in die Dummy Variable mit ein, indem diese Variable den Wert 1 bekommt, wenn das Land arabisch ist, aber nicht in der Golfregion liegt. Diese Variable enthält die Länder Algerien, Ägypten, Irak, Syrien, Jemen, Jordanien, Marokko, Sudan, Tunesien, Algerien, den Libanon, Dschibuti und Mauretanien.

Das Ziel ist die empirische Erklärung der Dummy-Variable Golf, also sie statistisch insignifikant zu machen. Falls die Dummy-Variable Golf nicht länger als signifikant betrachtet wird, kann man daraus schließen, dass die Theorie und deren Variablen, die zu diesem Abschluss führten, alle Regime-Typen in den Golfstaaten erklären können.

²⁷⁶ Elbadawi, Ibrahim; et al. 2011: Explaining the Arab democracy deficit. The role of oil and conflicts, S. 76ff.

²⁷⁷ Atallah, Sami 2011: The Gulf region. beyond oil and wars. The role of history and geopolitics in explaining autocracy, in: Ibrahim Elbadawi; Samir Makdissi (Hrsgg.) 2011: Democracy in the Arab World. Explaining the deficit. London; New York: Routledge, S. 166-195.

Der Abschluss, basierend auf den Ergebnissen, die in der folgenden Tabelle aufgeführt sind, zeigt die Tatsache auf, dass die Modernisierung, dargestellt durch die Höhe der Einkommen, Bildung und die Regime der Nachbar-Länder, im Modell A die Fortsetzung des Demokratiedefizits in der Golfregion nicht erklärt. Besonders hervorzuheben an der Dummy-Variable Golf sind nicht nur der negative Wert und die statistische Signifikanz, sondern auch dass ihr Koeffizient den der arabischen Länder außerhalb der Golfregion um mehr als das Dreifache übersteigt.

Die Einführung der historischen Variablen, also die historischen Nachwirkungen des Kolonialismus im Modell B, der Religion im Modell C sowie der soziale Kohäsion im Modell D als auch der Variable Öl im Modell E, reduziert den Wert der Dummy-Variable Golf von -5.9 im Modell A auf -5 im Modell E. Sie bleibt aber statistisch signifikant und hat einen höheren Koeffizienten als diejenigen in den arabischen Ländern außerhalb der Golfregion.

Daraus schließen wir, dass das Öl die Kontinuität der Autokratie in der arabischen Welt und spezifisch im Golf erklären kann, aber nicht vollständig das demokratische Defizit in den Regimen der Golfstaaten.

	Modell A	Modell B	Modell C	Modell D	Modell E	Modell F
Golf	-5,954	-5,758	-5,602	-5,413	-5,071	-5,862
Nicht-Golf Arabisch	-1,654	-1,866	-1,775	-1,527	-1,443	-1,912
Sub-Sahara Afrika	-0,049	-0,118	-0,144	-0,346	-0,37	-0,521
Ost-Asien	-0,505	-0,935	-0,871	-0,824	-0,801	-0,94
Lateinamerika	-0,884	-1,323	-1,385	-1,019	-1,049	-1,039

Abbildung 6: Abhängige Variable ist hier der *Polity Score* von 1960 bis 2003²⁷⁸

Wie die Tabelle zeigt, senkt die Einführung der Variable der regionalen Kriege im Modell F den Koeffizienten der Dummy-Variable Golf auf -5.86, bleibt aber negativ und statistisch

²⁷⁸ Diese ausgewählten Ergebnisse wurden übernommen von Sami Atallah 2011: *The Gulf region. beyond oil and wars*, S. 171f.

signifikant. Dies bezieht sich darauf, dass diese Variable allein das Defizit in den Regimen der Variable Golf nicht erklärt. Im Gegensatz zu der arabischen Dummy-Variable für Länder außerhalb der Golfregion, da sie mit den regionalen Kriegen interferieren, sinkt ihr Koeffizient auf -1.91 und wird damit statistisch insignifikant.

3.3.3. Der kuwaitische Fall

Die Golfstaaten sind nicht gleichermaßen autokratisch. Der Mittelwert des Regimes in Kuwait liegt bei -8 im Vergleich zu -10 in Oman, Katar, Saudi-Arabien und VAE. Diese Länder erlebten keine Veränderung ihrer politischen Lagen während des Beobachtungszeitraums von 1960 bis 2003, wie in der folgenden Tabelle zu erkennen ist. Die politischen Institutionen in Bahrain und Oman wurden nur nach 1990 verändert. Ausnahme war Kuwait, wo die demokratischen Versuche seit Mitte der siebziger Jahre zu einem weniger autokratischen Regime führten, besonders nach der Befreiung Kuwaits von der irakischen Besatzung in 1991. Der *Polity Score* in Kuwait hatte den höchsten Mittelwert und den größten Grad der Dispersion.

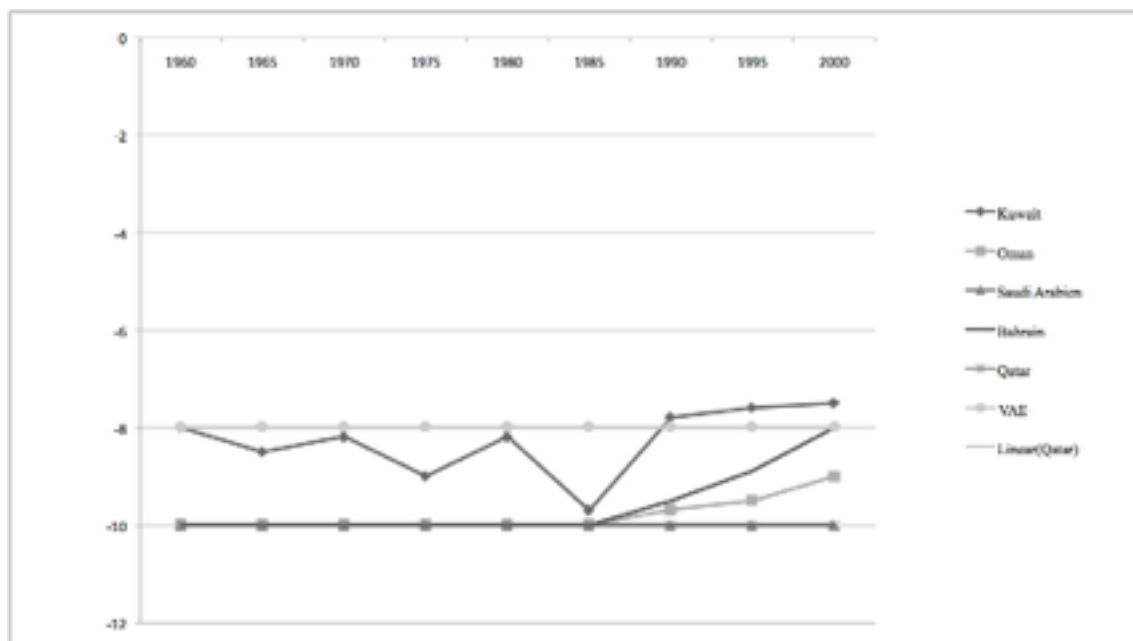


Abbildung 7: Der *Polity Score*-Mittelwert für GCC-Staaten²⁷⁹

²⁷⁹ <http://www.systemicpeace.org/polity/polity06.htm#naf> , abgerufen am 17.03.2012.

Anhand der Datenanalyse des EMM-Modells versuchte *Atallah* einen empirischen Erklärungsversuch für den Fall Kuwaits durch die Einführung einer kuwaitischen Dummy-Variable zu finden, die den Wert 1 im Falle von Kuwait annimmt und den Wert 0 in den anderen Fällen. Sie enthält auch die Regression der Dummy-Variable der Golfstaaten und der Dummy-Variable der arabischen Staaten außerhalb der Golfregion.

Gemäß den Analysen entnehmen wir der folgenden Tabelle, dass die Theorie der Modernisierung im Modell A, die historischen Umstände im Modell B, die Religion im Modell C und die Variable Öl im Modell E das Regime in Kuwait nicht erklären. Die Dummy-Variable Kuwait ist sowohl positiv als auch statistisch weniger signifikant als die Dummy-Variable Golf.

Die soziale Kohäsion im Modell D und die regionalen Kriege im Modell F reduzieren den kuwaitischen Dummy-Koeffizienten und machen ihn statistisch insignifikant. Er sinkt auf 0.34 im Gegensatz zu dem allgemeinen Ergebnis des EMM-Modells für die arabische Welt. Dies bedeutet, dass die soziale Kohäsion und die regionalen Kriege eine positive Auswirkung auf das kuwaitische Regime hatten.

	Modell A	Modell B	Modell C	Modell D	Modell E	Modell F
Kuwait	1,33	1,797	1,829	1,144	1,179	1,02
Golf	-6,351	-6,257	- 6, 104	-5,742	-5,408	-6,152
Nicht-Golf Arabisch	-1,658	-1,833	-1,74	-1,515	-1,431	-1,9

Abbildung 8: Abhängige Variable ist hier der *Polity Score* für Kuwait von 1960 bis 2003²⁸⁰

Als allgemeine Schlussfolgerung aus der Analyse gilt, dass die Regime in den Golfstaaten sich von den arabischen Ländern außerhalb der Golfregion unterscheiden. Allerdings kann dies nicht vollständig mit den Variablen der Modernisierung, des kolonialen Erbes, der Religion, der sozialen Kohäsion, des Öls und der regionalen Kriege erklärt werden. Kuwait stellt dabei eine Ausnahme in der Region dar, da die regionalen Kriege und die soziale Kohäsion den *Polity Score* des Regimes insofern erklären, als dass die Kriege eine positive

²⁸⁰ Diese ausgewählten Ergebnisse wurden ebenso von Sami Atallah 2011, S. 176 übernommen.

Auswirkung auf die politische Liberalisierung hatten. Außerdem bieten die traditionellen sozialen Institutionen, an deren Spitze die *Diwaniyyah* steht, ein großes Ausmaß an sozialem Zusammenhalt, der Einfluss auf das Regime ausüben kann.

3.4. Jenseits des Öls: die Rolle der Geschichte und geographischen Gegebenheiten für die Bildung von autokratischen Regimen in der Golfregion

Die meisten Schriften über die Golfstaaten und spezifisch die westlichen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie diesen Teil der Welt nur aus einer einzigen Perspektive betrachten, namentlich des Öls und seines Einflusses. Durch diese Sichtweise, abgewandt von Gesellschaft und Staat, wurde der kuwaitische Wissenschaftler *Mohamed Ghanem Alrumaihi* veranlasst ein Buch mit dem Titel „Golf ist nicht nur Öl“²⁸¹ zu veröffentlichen. Damit versuchte er die Forschung in eine andere Richtung zu lenken.

Obwohl die vorliegenden Schriften über Gesellschaft und Staat im arabischen Golf vielfältig sind, helfen diese nicht beim Verständnis der Gesellschaft der Arabischen Halbinsel. Ein Beweis dafür ist das, in einigen dieser Schriften, begrenzte Verständnis für Stamm und Stammeszugehörigkeit auf kollektiver Ebene. Dort werden die Stämme als Organisationen blutsverwandtschaftlicher Einheiten auf lokaler Ebene bezeichnet, ohne zu erkennen, dass diese Stämme und ihre Allianzen Einheiten der sozialen und politischen Organisation in den Gesellschaften der Golfstaaten sind. Diese Einheiten werden durch die politische Stammeszugehörigkeit als allgemeines Ethos kontrolliert²⁸². Dies bedeutet, den Stamm in eine Institution zu verwandeln, die ihre Werte dem Staat auferlegt²⁸³. Dieses begrenzte Verständnis führt zu ungenauen Schlussfolgerungen, wie diese von R. B. Sargent: „*As each tribe [...] is an independent unit, tribal Arabia is to be conceived of as normally in a state of anarchy*“²⁸⁴.

²⁸¹ الرميحي، محمد غانم 1986: الخليج ليس نفطاً. دراسة في إشكالية التنمية والوحدة. الكويت: كاتمة للنشر.

Alrumaihi, Mohamed Ghanem 1986: Golf ist nicht nur Öl. Eine Studie über die Problematik der Entwicklung und Einheit. Kuwait: Kadema Verlag.

²⁸² النقيب، خلدون 1996: صراع القبيلة والديمقراطية. حالة الكويت. بيروت: دار الساقى، ص 17.

Al Naqeeb, Khaldoun 1996: Der Kampf zwischen Stamm und Demokratie. Kuwait als Fallbeispiel. Beirut: Dar Alsaqi, S. 17ff.

²⁸³ رضا، محمد جواد 2006: صراع الدولة والقبيلة في الخليج العربي. أزمت التنمية وتنمية الأزمات. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة، ص 7.

Ridha, M. Jawad 2006: Der Kampf zwischen Staat und Staat im arabischen Golf. Entwicklungskrisen und Entwicklung der Krisen. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, dritte Auflage, S. 7f.

²⁸⁴ Sergeant, R. B. 1982: The Interplay between Tribal Affinities and Religious Authority in the Yemen. Beirut: Al-Abhath (American University of Beirut), Vol. 30, 1982, S. 11-50, hier S. 12.

Hinzu kommen die Hochschätzung des Ölreichtums und die großen Möglichkeiten, die das damit verbundene Einkommen ergeben kann, sowie die übertriebenen Erwartungen an das, was vom Ölreichtum erzeugt wird, z. B. „Wüsten-Kapitalismus“²⁸⁵. Diese Art von Schriften vernachlässigt die Tatsache, dass das Öl keinen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung hatte. Dies bedeutet die Konsolidierung, die wirtschaftlichen Strukturen und die Fertigung. Außerdem hatte der erzeugte Ölreichtum ungleiche Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung, da politische Überlegungen die Verteilung der relativen Anteile am Einkommen auf die sozialen Klassen sowie die Entscheidung über die Konsummuster kontrollierten. Diese politischen Überlegungen hatten tiefe historische Wurzeln, die eine entscheidende Rolle spielten.

Dieser Abschnitt versucht die Kontinuität der autokratischen Regime in der Golfregion als Ganzes und insbesondere in Kuwait zu erklären. Eine vergleichende historische Methodik wird angewandt, um zu verstehen, wie die wichtigen Akteure am Anfang der Formierung der Souveränität dieser Gebiete miteinander interagierten, wie sich die Machtverhältnisse zwischen den Gruppen wandelten und was die Kräfte sind, die die Veränderungen in der Art des Regimes verursachten. Es ist zu betonen, dass der Ölreichtum zur Eindämmung des demokratischen Prozesses neigt, da er es der herrschenden Klasse ermöglicht, die Einschränkung politischer Rechte mit dem wirtschaftlichen Wohlergehen zu kompensieren. Doch ein genauerer Blick auf die geschichtliche Entwicklung der Golfregion und spezifisch von Kuwait zeigt, dass das Öl allein diese Entwicklung nicht erklärt.

3.4.1. Die politischen Kosten der geographischen Lage

Nach dem Rückgang der portugiesischen und niederländischen Kontrolle am Golf im frühen achtzehnten Jahrhundert hatten die Briten diesem Gebiet ihre Kontrolle auferlegt. Dadurch konnten sie die Handelswege mit China und Ostindien kontrollieren. Britannien begann seine Kontrolle über den Golf und die Halbinsel zu straffen, indem es die Leistungsfähigkeit von Handel und Wirtschaft der besetzten Gebiete schwächte sowie durch die endgültige Unterwerfung der Kolonialverwaltung, die in Indien ihr Zentrum hatte. Dadurch wurden zwei

²⁸⁵ Finnie, David H. 1980: Desert Enterprises. The Middle East Oil Industry in its Local Environment. Manchester: Ayer Company Publishers Inc. Reprint.

wesentliche Ziele verfolgt: Das erste war der Schutz von Britisch-Indien vor den europäischen Mächten und das zweite die Aufrechterhaltung der Sicherheit der Seeschifffahrt am Golf, um den wirtschaftlichen Interessen Britanniens zu dienen²⁸⁶. Um das Erreichen dieser Ziele zu gewährleisten, verwendete Britannien einen von zwei Wegen: entweder die Verhängung von Sanktionen gegen die amtierenden Herrscher, um sie daran zu hindern, Rechte oder Vorrechte an fremde Mächte außer Britannien zu gewähren, oder die Anwendung von militärischer Macht beziehungsweise Strafen, um Sanktionen durchzusetzen oder die Stämme zu unterdrücken, die die Übereinstimmung ablehnten²⁸⁷.

Die Basis dieser Vereinbarungen wurde gemäß der strategischen und geographischen Lage dieser neu gebildeten Länder bestimmt. Das bedeutet, je näher das betreffende Land in der Golfregion an Indien lag, desto größer wurden die britischen Interventionen in die inneren Angelegenheiten dieses Landes²⁸⁸. Diese Tatsache trug dazu bei, das Machtverhältnis zugunsten des lokalen Herrschers zu wandeln, der aufgrund der materiellen und militärischen Unterstützung Britanniens in der Lage war, alle Forderungen nach politischer Beteiligung von lokalen Bevölkerungsgruppen zu vernachlässigen. Je weiter das Land von Indien entfernt war, desto geringer war Britanniens Motivationen zu innerstaatlicher Intervention. Dies wird am Beispiel von Kuwait und Saudi-Arabien deutlich. Auf dieser Grundlage wurde die Bildung eines Regimes in den ersten Jahren von den lokalen Akteuren beeinflusst, wie z. B. in Saudi-Arabien von der Klasse der wahhabitischen Kleriker, denen es gelang, eine politisch-religiöse Allianz mit *Al-Saud* zu bilden. Des Weiteren konnte die Händler-Klasse in Kuwait, die die wirtschaftliche Haupteinnahmequelle für den Herrscher vor der Öl-Epoche darstellte, den Herrscher aufgrund dieses Abhängigkeitsverhältnisses in seinen autokratischen Tendenzen einschränken. Da der Finanzierungsbedarf des Herrschers von den Händlern abhing und er somit auf Verhandlungen angewiesen war, hatten diese sporadisch die Möglichkeit der politischen Partizipation. Britannien traf erst spät Vereinbarungen über „Schutzverträge“ mit den beiden Ländern, nämlich im Jahre 1899 mit Kuwait und im Jahre 1915 mit *Al-Saud*, das heißt mehr als 100 Jahre nach der Vereinbarung

²⁸⁶ Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive, S. 83f.

²⁸⁷ Al Naqeeb, Khaldoun 1996: Der Kampf zwischen Stamm und Demokratie. Kuwait als Fallbeispiel, S. 21.

²⁸⁸ Vgl. Atallah, Sami 2011: The Gulf region. beyond oil and wars. The role of history and geopolitics in explaining autocracy, S. 179f.

mit Oman und dem Emirat der *Trucial States*: „[...] *Because of Kuwait's late entry into the trucial system, its distance from the trucial 'piracy' and the minor leverage it enjoyed through playing off Ottoman Iraq and Arabia, it maintained greater independence*“²⁸⁹.

Im Gegensatz zu anderen Golfstaaten war das Machtgleichgewicht in Kuwait ein Spiegelbild der Kraft und der Struktur der wirtschaftlichen Gruppen, wo die impliziten Vereinbarungen zwischen dem Herrscher und den Händlern eine große Rolle bei der Bildung des Regimes in diesem Land spielten²⁹⁰. Bevor die innere Dynamik erklärt wird, die das Regime prägte, muss man erst einen Blick auf die britische Rolle werfen.

Die wirtschaftliche Durchdringung dieser Länder durch Großbritannien führte zur direkten Schwächung der Händler-Klasse und so zur Schwächung ihrer Verhandlungsposition gegenüber dem Herrscher. Gemäß dem Grundsatz der britischen Sicherheit (*Pax Britannica*) hatte Großbritannien die Handelskapazität in der Region unter Parolen wie die Beseitigung von Sklaven- und Waffenhandel sowie die Zerstörung der lokalen Flotte nur auf bloßen Verdacht hin geschwächt²⁹¹. Zusätzlich hatte Großbritannien den Tauschhandel deutscher und französischer Güter mit Perlen in diesem Gebiet durch die Überwachung seiner Strände verhindert. Damit wurde der Golf ‚ein britischer See‘, auf dem verhindert wurde, dass die Händler ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten ausbreiteten. Dies führte zum Zusammenbruch der Wirtschaften dieser Emirate, die auf Handel und Tausch basierten, sowie dazu, dass diese Emirate unverhältnismäßig stark in das neue wirtschaftliche System Westeuropas, zum imperialen Zentrum, eingeführt wurden.

Daraufhin bildete sich eine Art der Güterspezialisierung, eine Konzentration auf die Perlengewinnung, in der Region als Reaktion auf die Anforderungen des globalen kapitalistischen Markts. Das wichtigste Ergebnis war jedoch die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse in der Region von den Handelshäfen ins Innere des Landes und so bildete

²⁸⁹ Crystal, Jill 1995: *Oil and Politics in the Gulf, Rulers and merchants in Kuwait and Qatar*. Cambridge University Press, Updated Edition, S. 42.

²⁹⁰ جمال، عبد المحسن 2007: *المعارضة السياسية في الكويت*. الكويت: دار قرطاس، ص 144.

Gamal, Abd Almouhsin Yousef 2007: *Die politische Opposition in Kuwait*. Kuwait: Dar Qurtas, S. 144.

العبدروس، محمد حسن 2002: *تاريخ الكويت الحديث و المعاصر*. الكويت: دار الكتاب الحديث، ص 85.

Aliduros, Mohammed Hassan 2002: *Die moderne und zeitgenössische Geschichte Kuwaits*. Kuwait: Dar Elktab Alhadeth, S. 85ff.

²⁹¹ Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: *Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel*. Aus einer anderen Perspektive, S. 86f.

sich die soziale tribale Struktur gleichzeitig mit der Entstehung moderner Staaten nach dem Ersten Weltkrieg heraus und prägte diese grundlegend²⁹².

Der Einfluss der Schutzverträge mit Großbritannien war nicht nur auf die Wahrung des Friedens zwischen den Emirs, Scheichs und Sultanen, die zufällig an der Macht waren, als die Verträge unterschrieben wurden, begrenzt, sondern führten zur Befestigung ihrer Macht sowie zur Anerkennung der Legitimität ihrer Souveränität in ihren Gebieten.

Die Wahl und Abwahl von Herrschenden und Scheichs wurde nicht mehr mit der Verbesserung des Handels und der wirtschaftlichen Lage oder auch mit der Fähigkeit des Herrschenden, die Schutz-Leistungen für Konvois von Handels- und Pilgerfahrten zu gewährleisten, in Verbindung gebracht. Denn die Verträge hatten für sie und ihre Familien den Schutz vor ihren Völkern und ihren Konkurrenten aus anderen Familien geboten. Beispielsweise intervenierte Britannien dreimal (1871, 1895, 1905), um die Macht der Herrscherfamilie *Al Khalifa* in Bahrain zu sichern, wie im Jahre 1861, um den abgesetzten Sultan von Maskat wiedereinzusetzen, und im Jahre 1913, um ihn vor den Saudis zu schützen. Diese Verträge begrenzten nicht nur die Macht zugunsten derjenigen, die die Verträge unterzeichneten, sondern führten auch zur Ausweitung der Macht der Herrschenden²⁹³.

Die Macht von Herrscher oder Scheich der Arabischen Halbinsel und in der Golfregion war nicht erblich, jedoch begrenzt, weil sie eng verbunden war mit einer besonderen Bedeutung der politischen Loyalität in diesem Gebiet²⁹⁴. Aufgrund der Schwäche der Landwirtschaft, die meist die Bauern an das Land bindet, war die politische Loyalität im Golf eher an die Menschen gebunden und nicht an das Land, namentlich mit den mobilen Hirtenvölkern, den Händlern, die ihr Vermögen liquidieren und es zu verschiedenen Orten verschieben konnten, oder Seeleuten, die ihre Arbeitskraft in den verschiedenen Häfen verkaufen konnten. Basierend darauf war die Macht des Herrschers durch zwei wesentliche Punkte beschränkt: Zum einen die Möglichkeit des Abziehens beziehungsweise der Versetzung eines großen

²⁹² Al Naqeeb, Khaldoun 1996: Der Kampf zwischen Stamm und Demokratie. Kuwait als Fallbeispiel, S. 22.

²⁹³ Peterson, J. E. 1977: Tribes and Politics in Eastern Arabia, in: Middle East Journal, Vol. 31, No. 3 (Summer 1977), S. 297-312. Es wird hier die Online-Version (September 2000) des Aufsatzes benutzt unter: http://www.jepeterson.net/sitebuildercontent/sitebuilderfiles/Tribes_and_Politics_in_Eastern_Arabia.pdf, abgerufen am 19.03.2012.

²⁹⁴ Vgl. Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive, S. 96f.

Teils der Bevölkerung aus der Region im Fall eines Konfliktes. Zum anderen die Möglichkeit einer Rebellion gegen den Herrscher oder ihn abzusetzen, wofür es Beispiele gibt. Die Migration von *Al-Khalifa* von Kuwait nach Bahrain in 1765 war ein tribaler Umzug dieser Art, bei dem unter ihrer Herrschaft in einer Allianz mit *Al-Bin-Ali* Bahrain 1782 gegründet wurde. Dann zogen *Al-Bin-Ali* von Bahrain nach Abu Dhabi aufgrund der Uneinigkeiten mit *Al-Khalifa*²⁹⁵.

Die Vereinbarungen mit Britannien machten die Durchführung dieser beiden Optionen sehr schwierig, und zwar durch die Beschränkung der Bewegung der Stämme, den britischen Schutz für den Herrscher und seine Familie sowie dadurch, dass alternative Einnahmequellen gefunden wurden. Im Gegensatz zu den früheren Eroberungen und Überfällen erschloss der Herrscher nun aufgrund der Erhebung von Steuern auf die Handwerker, lokale Produktionen, insbesondere auf Handel und Perlenfischerei, neue Finanzierungsmöglichkeiten. Teilweise geschah dies auch nur partiell, wenn kein ausreichendes Einkommen gefunden wurde: bspw. hat Britannien das Saudi-Budget zwischen 1940-1942 getragen, da diese aufgrund der Aussetzung des Handels an der Wallfahrt nach dem Zweiten Weltkrieg einen Finanzierungsengpass hatten. Dies blieb bis zur Ankündigung der Vereinigten Staaten im Jahre 1943, dass die Verteidigung von Saudi-Arabien ein vitales Interessen ihrerseits darstelle, was offizielle Überweisungen aus dem US-Finanzministerium direkt nach Saudi-Arabien ermöglichte, bestehen²⁹⁶.

Dabei ist ein Punkt von besonderer Bedeutung: die britische Politik in der Beseitigung der mit Menschen verbundenen politischen Loyalität und stattdessen die Loyalität territorial zu binden, namentlich mit der geografischen Region. Dies brachte große Veränderungen in der Gemeinschaft der Golfregion mit sich, und zwar in zweierlei Hinsicht:

Erstens sind die bisherigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Golfstaaten aufgrund der Grenzen und zweitens ist die bisher noch nicht entschiedene Kontroverse um Staatsbürgerschaft und ihre Bedingungen in Entitäten, die nicht durch einen nationalen, ethnischen oder kulturellen Separator getrennt sind, entstanden. Die Frage der „Bidun (ohne Staatsbürgerschaft)“ in Kuwait ist der beste Beweis dafür. Das Übereinkommen, das auf dem Uqair-Kongress im Dezember 1922 zwischen dem Sultanat Najd und dem Königreich Irak

²⁹⁵ Aliduros, Mohammed Hassan 2002: Die moderne und zeitgenössische Geschichte Kuwaits, S. 15ff.

²⁹⁶ Marlowe, John 1962: The Persian Gulf in the Twentieth Century. New York: Frederick; A. Praeger, S. 131f.

und Kuwait, das durch den britischen *political agent* in Kuwait Sir John More vertreten war, getroffen wurde, enthält die Grenzziehung auf dem Gebiet und deren Verknüpfung mit der nationalen Souveränität. Diese Problemstellung war im arabischen Nahen Osten und in der Golfregion im Laufe ihrer Geschichte bisher nicht bekannt. Die Grenzziehung hatte zum Ziel, die Stämme an der freien Migration zwischen diesen Ländern zu hindern sowie den Rückgriff auf einen Herrscher, um der Unterdrückung eines anderen zu entkommen. Dies ist eine der Einschränkungen, die eher gegen die Macht der Herrschenden verwendet wurden.

Das wichtigste Element dabei ist, dass die drei Länder nur Regionen waren und im Laufe ihrer Geschichte nie selbst als unabhängige Nation aufgetreten sind, gemäß dem modernen Konzept der Nation und des Nationalstaates. Dies geschah erst durch den Uqair-Kongress, der diese Grenzen nach den Anforderungen der britischen Politik festlegte.

Auf der Gegenseite war die Grenzziehung zwischen Scheichtum und Emiraten ein zweischneidiges Schwert, da sie einerseits die Grundlage der politischen Stabilität gebildet hatten, aber andererseits wurden diese als ein wesentliches Element des Aufstiegs einer Klasse bezeichnet, die nicht neu entstanden war, aber ihre wirtschaftliche und materielle Kraft verstärkte, indem sie diese politische Stabilität ausnutzte. Dies ist die Händler-Klasse, die in der Phase zwischen den beiden Weltkriegen eine Elite mit einem signifikanten wirtschaftlichen Gewicht gebildet hat, insbesondere in Kuwait. Dies wird im nächsten Absatz genauer behandelt.

3.4.2. Die Beziehung zwischen dem Emir und der Kaufleute-Klasse in Kuwait

Um ein vollständiges Bild von der politischen Umwelt in Kuwait zu dieser Zeit zu bekommen, ist es in diesem Abschnitt erforderlich zu klären, wie die Forderung nach politischer Partizipation entstand.

Die moderne Geschichte Kuwaits ist geprägt durch die Migration von *Bani Utub*. Dies ist eine tribale Gruppe, die aus Najd emigrierte und sich in Kuwait, wo es nur unfruchtbares Land gab, das von einigen Familien der *Bani Khalid* bewohnt war, angesiedelt hatte. Die meisten Quellen schätzen, dass die Besiedelung von *Bani Utub* in Kuwait zwischen 1706-1713

geschah²⁹⁷. Die Besiedlung wurde durch die Hungersnot auf der Arabischen Halbinsel angetrieben, da es in der Golfregion aufgrund des gewerblichen Verkehrs eine bessere Versorgung gab.

Der Aufstieg von *Al-Sabah* als Herrscherfamilie wurde weder durch Macht noch durch britische Unterstützung erreicht, sondern durch ihre Geschicklichkeit in Diplomatie und Verhandlung. „[...] *the basis of Sabah power was, from the start, political. The Sabahs were not the most pious or learned, the most warlike, the most skillfull sailors, or the wealthiest. Their currency was diplomatic and negotiating skill*“.²⁹⁸ Nach Paul Salem wurde die Herrschaft in Kuwait, seit der Ankunft von *Utub*, durch Konsens und Übereinstimmung zwischen den Stämmen gekennzeichnet²⁹⁹.

Des Weiteren ist hier wichtig, dass mit dieser Migration ein Bedürfnis für die Schaffung eines Verwaltungssystems für die Angelegenheiten des gesellschaftlichen Lebens entstand. Außerdem vereinbarten die ersten Migrantenfamilien für die Verwaltung der Angelegenheiten des Landes eine gemeinsame Drei-Wege-Allianz. Dabei übernahmen die *Al-Sabah* die politische Macht, die *Al-Khalifa* den Überlandhandel und die *Al-Jalahma* den Seehandel und das Perlentauchen. Diese Allianz blieb bis zum Jahre 1765 bestehen und endete nach internen Meinungsverschiedenheiten. Infolge dessen migrierten die *Al-Khalifa*, wobei die Migration als eine der Einschränkungen der Macht des Herrschenden genutzt wurde, nach Bahrain und bauten ihre Macht dort aus. Im selben Jahr hatten die Menschen in Kuwait, gemäß der Stammestraktionen, *Sabah Ibn Gaber* als ihren Emir in einvernehmlicher Weise gewählt. In dieser Zeit entstand die wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Herrscherfamilie und den Kaufleuten im Land, da die Familie von den Perlenhändlern und Schiffbauern bei der Finanzierung der „staatlichen“ Verwaltung abhängig war. Diese Klasse bildete ein kohärentes Bündel durch die Ehe-Beziehungen zwischen ihnen, welche ermöglichten ihre Identität als Gruppe zu sichern. Zusätzlich waren große Teile der Arbeitnehmerschaft abhängig von den

²⁹⁷ Aliduros, Mohammed Hassan 2002: Die moderne und zeitgenössische Geschichte Kuwaits, S. 12.

²⁹⁸ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf, Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 20. Siehe auch: Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.) 1996: Civil Society in the Middle East, Volume Two. Leiden; New York; Köln: Brill, S. 266.

²⁹⁹ Salem, Paul 2007: Kuwait: Politics in a Participatory Emirate. Beirut: Carnegie Middle East Center, Nr. 3, Juni 2007, S. 3f.

Kaufleuten, da diese unter anderem große Darlehen an die Arbeitnehmer ausgegeben hatten³⁰⁰. Dies alles führte zur Stärkung ihrer Verhandlungsposition gegenüber dem Emir.

Durch die Schutzverträge mit den Briten wurde die Herrschaft der *Al-Sabah* in Kuwait gestärkt, gleichzeitig hatte jedoch die Händler-Klasse von der durch Britannien errichteten Stabilität in der Region stark profitiert. Dadurch betrug das Einkommen durch Perlen in Kuwait zwischen 1906-1907 1.347.000 Rupien³⁰¹. Der Emir hatte gemäß dem Vertrag von 1899 mit Britannien das Recht, Gebühren und Steuern für Händler zu erheben. Diese Abhängigkeit von der Händler-Klasse bedeutete, dass die *Al-Sabah* nicht in der Lage waren, ohne Einschränkungen zu regieren³⁰². Sie mussten auch die Interessen der Händler vertreten. Zum Beispiel drohten die Kaufleute 1909 damit, einschließlich ihrer Arbeiter und ihres Kapitals zu emigrieren, nachdem *Mubarak Al-Sabah* neue Steuern auf Importe, Wohnen und Hajj (Pilgerfahrt) erhoben hatte³⁰³. Daraufhin hatte er diese Steuern sofort wieder abgeschafft. Diese Bedrohung war eine Bestätigung dafür, dass die *Al-Sabah* nicht als absolute Herrscher regieren konnten.

3.4.3. Ereignisse im Jahr 1921

Scheich *Mubarak* regierte zwischen 1896-1915. Diese Periode war durch seine absolute Herrschaft gekennzeichnet. Er hatte die Nachfolge der Regentschaft des Fürstentums nur auf seine Nachkommen beschränkt und die Kaufleute völlig von der Teilnahme an Angelegenheiten der Verwaltung ausgeschlossen. Dies blieb weiterhin, auch nachdem sein Sohn *Gaber Bin Mubarak Al-Sabah* bis 1917 die Macht übernahm, bestehen. Als sein Bruder *Salem Bin Mubarak Al-Sabah* die Macht 1917-1921 übernahm, brach die Schlacht *Al-Jahra* in 1920, nach einer Grenzstreitigkeit zwischen Kuwait und Najd, aus. Danach wurde der Zaun Kuwaits gebaut, der einen Wendepunkt in der Geschichte Kuwaits darstellte, da jeder mit Wohnsitz in Kuwait 1920 zur indigenen Bevölkerung des Landes gezählt wurde. Allerdings

³⁰⁰ Vgl. Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive, S. 94f.

³⁰¹ Al Naqeeb, Khaldoun 1996: Der Kampf zwischen Stamm und Demokratie. Kuwait als Fallbeispiel, S. 52.

³⁰² Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.) 1995: Civil Society in the Middle East, Volume One. Leiden; New York; Köln: Brill, S. 186-213, hier S. 209f.

³⁰³ Gamal, Abd Almouhsin Yousef 2007: Die politische Opposition in Kuwait, S. 144f.

wurden die, die danach nach Kuwait gekommen waren, als ‚Eingebürgerte‘ oder Kuwaiter zweiter Klasse behandelt.

Diese Ereignisse ließen die Kaufleute Kuwaits das Bedürfnis verspüren, dass sie eine Rolle in der Entscheidungsfindung spielen sollten. Dies war das erste Mal, dass die Kaufleute ihre Macht durch einen ernannten Rat institutionalisierten. Nach dem Tod des früheren Emirs hatte die wirtschaftliche Elite festgelegt, dass der neue Emir *Ahmed Gaber Al-Sabah*, der die Macht zwischen 1921-1950 übernahm, einen Konsultativrat von 12 Mitgliedern einzurichten hatte. Dies sollte durch Ernennung und nicht durch Wahl geschehen und eine Gegenleistung für die Anerkennung seiner Legitimität als Emir sein. Die Frage der bürgerlichen Beteiligung war vorherrschend in der Diskussion der *Diwaniyyat* und unter dem Druck der Kaufleute richtete der Emir den Rat ein. Der Rat hielt eine Reihe von Sitzungen ab und bestätigte die Unterstützung für den neuen Emir, der seinerseits seine Bereitschaft für die Abstimmung mit dem Rat in allen inneren und äußeren Angelegenheiten ankündigte³⁰⁴. Aber dieser Rat hielt nicht lange, da der Emir die mangelnde Vertretung aller Bereiche der Gesellschaft innerhalb des Rates nutzte und die bürgerliche Unzufriedenheit in ein Druckmittel verwandelte, um den Rat aufzulösen. Die genauen Umstände der Auflösung 1921 wurden bis heute noch nicht aufgedeckt, es gibt lediglich eine Referenz für diesen Zeitraum. Dort erwähnte *Abdel Aziz Al-Rashid*, der diese Ereignisse erlebte, dass „sobald dieses kleine kurzlebige Geschöpf regierte, wurde es gedrosselt und begraben“³⁰⁵. Ihm zufolge waren „die mangelnde Zusammenarbeit des neuen Prinzen“ sowie „die starken Meinungsverschiedenheiten“ zwischen den Mitgliedern dieses Rates Ursachen seiner Auflösung.

Besonders interessant ist hierbei, dass dieser Rat trotz seiner Kurzlebigkeit ein wichtiger Wendepunkt in der Entwicklung des politischen Regimes in Kuwait sowie die erste Erfahrung der bürgerlichen Beteiligung an der politischen Entscheidungsfindung war. *Mohamed Alrumaihi* beschreibt diesen Rat als die „erste Erfahrung in der politischen Reform“³⁰⁶ und

³⁰⁴ Aliduros, Mohammed Hassan 2002: Die moderne und zeitgenössische Geschichte Kuwaits, S. 164f.

³⁰⁵ الرشيد، عبد العزيز 1971: تاريخ الكويت. بيروت: دار مكتبة الحياة، ص 235.

Al-Rashid, Abdel Aziz 1971: Die Geschichte Kuwaits. Beirut: Dar Maktabet Alhayat, S. 235.

³⁰⁶ الرميحي، محمد 1984: تجربة المشاركة السياسية في الكويت. مجلة المستقبل العربي عدد 64 (حزيران 1984). بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، ص 89-102، هنا ص 93.

Alrumaihi, Mohamed Ghanem 1984: Das Experiment der politischen Partizipation in Kuwait, in: Almustakbel Alarabi Zeitschrift, Nr. 64 (Juni 1984). Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, S. 89-102, hier S. 93.

Khaldoun Al Naqeeb bezeichnet ihn als „Hinweis auf das Vorhandensein von einem starken politischen Trend in der Region, der zur Beschränkung der absoluten Herrschaft tendierte“³⁰⁷.

Wenn man in diesem Zeitraum und seinen sozialen und politischen Umständen zwischen Kuwait, mit einer Bevölkerung von 64.000 Menschen³⁰⁸, und den anderen Ländern der Region einen Vergleich zieht, dann ist dieser Rat ein wichtiger Indikator dafür, dass ein politisches Bewusstsein, mit dem Ziel die Bevölkerung in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, vorhanden war. Obwohl dieser Versuch scheiterte, wurde der Trend zur Einrichtung von öffentlichen, kulturellen und sportlichen Vereinen und der Arbeit in diesen Vereinen dadurch gestärkt. Einer der ersten in Kuwait eingerichteten Vereine war der literarische Verein 1923. Die Bürger forderten weiter ihr Recht zur Beteiligung ein, bis der Emir dazu gezwungen war, die Verwaltung an die Bürger zu übergeben, auch wenn diese größtenteils auf die Klasse der reichen Kaufleute beschränkt war. Dies betraf die verschiedenen Verwaltungsräte, wie zum Beispiel den Gemeinderat, den Bildungsrat, das Amt für die Gesundheit und die Stiftungen, die in Kuwait seit 1930 eingerichtet wurden und die vor diesem Datum nur auf die absolute Macht des Emir beschränkt wurden. Gemäß Jill Crystal war der Rat aus dem Jahr 1921 eine Generalprobe für die gesetzgebende Versammlung von 1938. „*The 1921 council was a dress rehearsal for the legislative Assembly of 1938*“.³⁰⁹

3.4.4. Die Bewegung des Rates (*Majlis*) von 1938

Die dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts wurden in Kuwait durch eine Gruppe von Elementen gekennzeichnet, die zur Änderung der Machtverhältnisse in der Region führten. Nach der Schlacht von *Al-Jahra* im Jahr 1920 und dem Bau des Zauns von Kuwait hatte der Herrscher von Najd eine starke wirtschaftliche Blockade gegenüber Kuwait bis zum Jahre 1930 errichtet. Daher sanken die Erträge der Händler aufgrund dieser Blockade stark, was ihre Wirtschaftskraft beeinflusste. Der zweite Faktor war der starke Gewinnrückgang am Verkauf von Perlen als Ergebnis des japanischen Erfolges, Perlen durch die Zuchtperlenindustrie in großen Mengen zu produzieren. Die Perlen bildeten das Rückgrat der

³⁰⁷ Al Naqeeb, Khaldoun 1996: Der Kampf zwischen Stamm und Demokratie. Kuwait als Fallbeispiel, S. 30f.

³⁰⁸ 35 أسيري، عبد الرضا علي 2010: النظام السياسي في الكويت. مبادئ و ممارسات. الكويت: دار الوطن، الطبعة العاشرة والمعدلة، ص 35.
Asyri, Abd Alreda Ali 2010: Das politische System in Kuwait. Prinzipien und Praxis. Kuwait: Dar Alwatan, zehnte und aktualisierte Ausgabe, S. 129.

³⁰⁹ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf, Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 42

kuwaitischen Wirtschaft, weshalb diese Entwicklung besonders dramatisch war. Der britische Politiker und Historiker Harold Dickson, der zur damaligen Zeit in Kuwait ansässig war, erwähnte, dass die Anzahl der Perlentaucherboote von 750 in 1921 auf ca. 270 in 1932 zurückging. Dies alles wurde von der globalen Krise von 1929 begleitet³¹⁰.

Im Jahre 1923 begannen die Verhandlungen zwischen den Briten und dem Emir von Kuwait über die Ölbohrrechte. Die erste Vereinbarung wurde daraufhin 1934 unterzeichnet und im Jahre 1938 wurde die Entdeckung von Öl in kommerziellen Mengen in Kuwait bekannt gegeben. Die Entdeckung des Öls verändert die Regeln des Spiels und die Machtverhältnisse. Der Emir verteilte große Anteile an die Mitglieder der königlichen Familie und einen kleinen Anteil an die Kaufleute, gleichzeitig erhob er zusätzliche Steuern für die Kaufleute. Die Privilegien, die die Händler früher innehatten, wurden nicht nur aus ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit vom Emir abgeleitet, sondern mehr als die Abhängigkeit des Emirs vom Geld der Händler beim Leiten und Verwalten des Landes betrachtet.

Um auf das Eindringen des Öls in das politische Spiel zu reagieren, versuchten die Kaufleute, sich auf ihre Erfahrungen, die sie aus den Ereignissen im Jahre 1921 gewonnen hatten, zu berufen und ihre politische Kraft zu stärken, indem sie sich in Verwaltungsinstitutionen organisierten, beispielsweise in Gemeinde- oder Bildungsräten. Auf der anderen Seite gab das Öl dem Emir einen großen Handlungsfreiraum, so dass er unabhängig von den Kaufleuten agieren und neue Allianzen und Netzwerke, die auf Mitgliedern der königlichen Familie beruhten, bilden konnte. Wiederum versuchte die Händler-Klasse sich erneut zu vereinigen und ihre Anstrengungen auf die an den Emir abgegebene Forderung zur „Beteiligung mit dem Emir in der Verwaltung der Angelegenheiten des Landes“ zu konzentrieren.

„Merchant opposition [...] took shape as the merchants learned to turn newly developed institutions to political ends. It grew as the merchants turned to allies inside the country dissident branches of the ruling family-and to what they hoped were allies outside Britain and Iraq“³¹¹.

Die Literatur über diese Zeit bestätigt, dass die Forderung der Kaufleute nach politischer Beteiligung nicht das Ziel war. Das eigentliche Ziel war, diesen Rat als einen Rahmen zu

³¹⁰ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf, Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 39.

³¹¹ Ebd., S. 45.

nutzen, um ihre wirtschaftlichen Interessen dadurch zu schützen, für sie angemessene Gesetze zu erlassen und die ihren Interessen nicht entsprechenden abzulehnen³¹².

Der erste Organisationsversuch der Kaufleute durch eine Einrichtung diente gleichzeitig dazu, die gesellschaftlichen Klassen für sich zu gewinnen. Dazu gründeten sie das „Amt der Erziehungswissenschaft“ im Jahr 1936. In diesem Bereich hatten die Händler bereits große Erfahrung, da sie 1911 mit ihren Spenden die Schule *Al Mubarakeya* errichtet hatten und dann die Schule *Al Ahmadeya* in 1920 als Reaktion auf die amerikanischen Missionarsschulen, die 1917 in Kuwait gegründet wurden³¹³. Aber die zuvor erwähnten wirtschaftlichen Faktoren beeinflussten die Ausbildung, indem diese Schulen aufgrund der fehlenden finanziellen Unterstützung zur Schließung gezwungen wurden.

Um diese Schulen wieder zu öffnen und den Ausbildungsprozess zu organisieren, hatten die Händler die Behörde für Erziehung in 1936 gestiftet. Ein britischer *political agent* schrieb 1938 dazu, „*at least every boy, and nearly every girl goes to school, if only a koranic school*“³¹⁴. Dies zeigt den Erfolg der Kaufleute, die gesellschaftlichen Klassen für sich zu gewinnen.

Die zweiten neuen und wichtigen Einrichtungen waren die Gemeinderäte, die ursprünglich eine der Ideen war, die von einem Händler (*Youssef Bin Essa Al Kanaee*) dem Prinzen nahegebracht wurden. Er hatte sie bei einem seiner Besuche in Bahrain 1928 gesehen³¹⁵, wo die Briten sie 1919 gegründet hatten. Diese Einrichtungen, die 1930 in Kuwait gegründet wurden, sind durch die finanzielle Unterstützung durch den ‚Staat‘ gekennzeichnet. Ihre Unterstützung kam aus der kleinen Steuer auf Handwerke, Importe und Vermietungen basierend auf dem Grundgesetz von 1932. Hierbei ist besonders zu erwähnen, dass sie Wahlinstitutionen waren, „*created by merchants and more or less operated by them*“³¹⁶.

Ihre Vorstände hatten die Entscheidungskompetenz in diesen Räten. Die Vorsitzenden dieser Räte mussten der Herrscherfamilie angehören, aber die anderen Mitglieder waren Kaufleute.

³¹² عبد القادر الجاسم، نجات 1973: التطور السياسي و الاقتصادي للكويت بين الحربين 1914-1939. القاهرة: جامعة عين شمس، ص 215.
Abdelqader Aljasim, Najat 1973: Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Kuwait, Zwischenkriegszeit 1914-1939. Kairo: Ain-Shams-Universität, S. 215.

³¹³ Aliduros, Mohammed Hassan 2002: Die moderne und zeitgenössische Geschichte Kuwaits, S. 179.

³¹⁴ FO 371-21833: deGaury, PA, Administration of Kuwait, to PR, 7 July 1938, S. 34. Zit. nach: Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf, Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 45.

³¹⁵ <http://www.baladia.gov.kw/main-web/about/hist.htm>, abgerufen am 21.03.2012.

³¹⁶ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf, Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 46.

Mitte der dreißiger Jahre waren die Anfänge der Opposition, gebildet aus Mitgliedern des Vorstandes die zu der Klasse der Kaufleute gehörten, in diesen Gemeinderäten zu beobachten. Diese wurden von der Behörde für Erziehung gegen die absolute Macht des Emirs unterstützt. Für die Verwaltungsreformen von 1937 stellte diese Bewegung eine wichtige Voraussetzung dar.

Als Reaktion darauf hatte der Emir die Behörde für Erziehung aufgelöst, woraufhin die Mitglieder des Vorstandes der Gemeinderäte als Protest gegen diese Maßnahme zurücktraten. Im März 1938, mit dem Beginn der Vorbereitungen der neuen Wahlen, verkündete der Emir, dass die ausgeschiedenen Mitglieder nicht qualifiziert gewesen seien. Aber zur Zeit der Wahl verschob sich die Oppositionsorganisation auf eine andere Ebene, indem ein Geheimbund unter dem Namen „Nationale Fraktion“ von 13 ehemaligen Vorstandsmitgliedern der Händler-Klasse gegründet wurde. Als wesentliches Ziel gaben diese die Notwendigkeit für die Einführung des „parlamentarischen Lebens“ an³¹⁷.

Ein Mitglied dieser Gruppe wurde verhaftet, weil es „regierungsfeindliche Parolen“ an die Wände geschrieben hatte. Unter der Folter gab er die Namen der Mitglieder der Gruppe preis, was einige von ihnen zur Flucht in den Irak trieb. Dort begannen sie, ihre Forderungen durch die irakischen Zeitschriften veröffentlichen zu lassen. Zu diesen Forderungen gehörte die Errichtung eines Legislativrates, Abschaffung von schädlichen Monopolen des Emirs und seiner Gefolgschaft, Öffnung von Schulen für das Volk und ein Krankenhaus auf Staatskosten zu errichten. Des Weiteren forderten sie, die Immigration von ausländischen nicht-arabischen Flüchtlingen nach Kuwait zu unterbinden³¹⁸, damit meinten sie die iranischen Schiiten, die seit 1910 aus *Ahvaz* nach Kuwait migrierten, und im Gegensatz dazu den Arabern zu erlauben, nach Kuwait einzureisen und keinen Araber daran zu hindern. Auch die Stärkung der Beziehungen mit dem Irak „um die Ziele der Reform-Projekte zu erreichen und zu verbessern“ sowie eine Forderung an den Emir, alle Volksklassen zu berücksichtigen, ihre Beschwerden zu beachten und ihre Angelegenheiten befriedigend zu behandeln war ein Bestreben ihrerseits³¹⁹.

³¹⁷ Vgl. Gamal, Abd Almouhsin Yousef 2007: Die politische Opposition in Kuwait, S. 100ff.

³¹⁸ Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive, S. 116ff.

³¹⁹ Gamal, Abd Almouhsin Yousef 2007: Die politische Opposition in Kuwait, S. 101f.

Die Mitglieder der nationalen Fraktion, die noch in Kuwait blieben, hatten zeitnah den Emir *Ahmed Al Gaber* ausdrücklich zum Rücktritt aufgefordert. Er sollte die Macht an seinen Sohn *Abdullah Al Salem* abgeben, der Verständnis für die Forderungen der Mitglieder der Nationalen Fraktion hatte³²⁰. Sie hatten am Ende entschieden, eine Delegation zu entsenden, die dem Emir den Auftrag erteile, „einen Legislativrat von den Freien³²¹ des Landes zu bilden, um die Organisation seiner Angelegenheiten zu überwachen“³²².

Auf den Rat des britischen *political agent* hin, dass eine Notwendigkeit bestünde, diese Anforderungen der Nationalen Fraktion zu erfüllen, erließ der Emir ein Dekret, Wahlen abzuhalten, um eine verfassunggebende Versammlung, anders formuliert einen Legislativrat, zu wählen. Diese Entscheidung basierte darauf, dass als Ergebnis der von der Nationalen Fraktion eingeleiteten Aktivitäten diese eine starke Unterstützung bei einer breiten Basis von Kuwaitern erhielt. Ein weiterer Einflussfaktor war die Sympathisierung von Thronfolger *Abdullah Al Salem* mit der Nationalen Fraktion, um ihren Zorn zu mildern und die Krise zu entschärfen, bevor sie sich in eine revolutionäre Bewegung verwandelte.

Es ist deutlich, dass diese Anforderungen insgesamt in erster Linie Forderungen nach Reformen waren. Dies ist ersichtlich, da sie der britischen Präsenz in Kuwait nicht widersprachen und keine Änderungen in den Beziehungen und den Vereinbarungen zwischen den beiden Regierungen beabsichtigten und sie zielten auch nicht auf den Sturz des Emirs oder Einflussnahme auf die Handhabung seiner Wahl ab.

Danach wurden 14 Mitglieder gewählt, die den ihnen nahestehenden *Abdullah Al Salem* zum Vorsitzenden des Legislativrates gewählt hatten. Die meisten der Mitglieder waren diejenigen, die an dem Rat von 1921 beteiligt waren oder ein Sohn von einem ehemaligen Mitglied. Dieser Rat wurde durch die folgenden Punkte gekennzeichnet:

الرميحي، محمد غانم 1975: حركة الإصلاحية في الكويت والبحرين و دبي، في: مجلة دراسات الخليج و الجزيرة العربية، السنة 320 الأولى، العدد 4 (1975)، ص 29-68.

Alrumaihi, Mohamed Ghanem 1975: Die reformatorische Bewegung 1938 in Kuwait, Bahrain und Dubai. Golf und Arabische Insel Studien Zeitschrift. 1. Jahr, Nr. 4 (1975), S. 29-68, hier S. 37.

³²¹ Mit „den Freien“ sind die Menschen gemeint, die sich dem Wohl des Landes und nicht bestimmten Interessengruppen verpflichtet fühlen.

³²² مذكرات خالد سليمان العبدساني.

Aladasani, Khlaed Suliman: Memoiren. o. S. Aufgrund der Zensur ist das Buch seit 1949 verboten. Es ist nur eine Online-Version erhältlich.

Erstens basierte er auf dem Wahlprinzip. Obwohl die Wählerschaft nur eine kleine Schicht der Bevölkerung darstellte, bildete sie die Grundlage für eine neue Epoche der politischen Geschichte Kuwaits.

Zweitens wurde er nicht nur an der Innenpolitik, sondern auch an der Außenpolitik beteiligt. Des Weiteren hatte er ein „historisches Dokument“³²³ ausgestellt, das die Rolle und Verantwortlichkeiten des Rates erläuterte und das als die erste geschriebene Verfassung von Kuwait bezeichnet wird. Es enthält wichtige Prinzipien³²⁴:

- Alle Staatsgewalt kommt vom Volk, doch dieses überträgt die Legitimation ihrer Anwendung auf gewählte Vertreter.
- Der Rat muss die folgenden Gesetze verabschieden: Haushaltsgesetz, Justizgesetz, das Gesetz der öffentlichen Sicherheit, Gesundheitsrecht, Notstandsgesetz und alle Gesetze, deren Rechtsvorschriften die eigenen Interessen des Landes betreffen.
- Der Rat ist verantwortlich für die Funktionen des Berufungsgerichts, bis eine unabhängige Stelle dafür errichtet wurde.
- Der Legislativrat ist die Referenz für alle Verträge, Vereinbarungen und innere Vorrechte für ausländische Mächte. Jede derartige neu ereignete Angelegenheit bekommt ihre Legitimität nur durch die Zustimmung des Rates sowie dessen Überwachung.
- Der Vorsitzende des Legislativrates vertritt die Exekutive des Landes.

Der Emir weigerte sich jedoch das Dokument zu unterschreiben, weil er der Überzeugung war, dass es seine Befugnisse zu stark beschränke. Der Rat bestand allerdings darauf und schickte ihm einen „schneidigen Brief“, der ihn an seine Versprechungen erinnerte, die von ihm nach seiner Übernahme der Herrschaft in 1921 gemacht wurden. „[...] Anlässlich Ihrer Übernahme der Herrschaft hatten Sie die Versprechung gemacht, dass die Regierungsführung zwischen Ihnen und der Nation beratend sein sollte. Im Laufe der Zeit hatte die Nation keine Verwirklichung dieser Versprechung erlebt [...]“³²⁵. Dazu betonte der Rat deutlich seine

³²³ الصالح، عثمان عبد الملك 1992: نظام الحكم و أجهزته في الكويت. الكويت: كلية الحقوق، جامعة الكويت، ص 67.

Alsaleh, Othman Abdel Malek 1992: Das politische System und seine Institutionen in Kuwait. Kuwait: Rechtswissenschaftliche Fakultät, Kuwait-Universität, S. 67.

³²⁴ Aladasani, Khlaed Suliman: Memoiren, o. S.; Siehe auch: Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive, S. 117; auch: Gamal, Abd Almouhsin Yousef 2007: Die politische Opposition in Kuwait, S. 111f.

³²⁵ Aladasani, Khlaed Suliman: Memoiren, o. S.

Teilnahmebereitschaft an der Verwaltung des Landes sowie seine Bereitschaft zum Kampf im Fall von dessen Ablehnung. „[...] Die Vertreter der Nation schwören, dass sich kein Hindernis zwischen ihnen und dem Dienst an der Nation sowie ihrer Reform befinden wird. Wir sind auf alles vorbereitet, was zu erwarten ist, als ein in sich geschlossener Block auf der Seite des Landes, ein Block, der nicht zögert und unbesiegbar ist“³²⁶. Mit dieser betonten Konfrontation wurde der Emir zur Unterschrift gezwungen und der Rat nahm seine Tätigkeit im Juni 1938 auf.

Alle Referenzen und Autoren³²⁷ sind sich einig darüber, dass dieser Rat reformistisch bestechend, aktiv und wirksam in seinen Reformen war, so dass er ein Opfer seiner Leistungen wurde. Zusätzlich zu seinen Leistungen im Bereich von Verwaltungsorganisation im Land, Verwaltungsreformen und Errichtung neuer Verwaltungen wurde der Rat mit vier zentralen Fragen konfrontiert, die vielleicht seine Auflösung verursachten:

Die erste Frage betraf die Vorrechtsregelung der Ölbohrungen zwischen den britischen Unternehmen und dem Emir. Solche Vorrechte, die in 1934 unterzeichnet wurden, standen im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen dem britischen *political agent* und den Vertretern des Rates im Beisein des Emirs am 15.10.1938, als der Rat „[...] seine Überzeugung der Bedeutung und Vorteile der britischen Freundschaft äußerte. Außerdem beabsichtigte er dann, die unterzeichneten Vereinbarungen mit dem Herrscher Kuwaits nicht zu verändern.“ Aber die Ratsmitglieder bestätigten die Notwendigkeit, dass die britische Ölgesellschaft bei ihren Umgängen vorbehaltlich den „gleichen Grundsätzen folgen sollte, wie denen, die bei den anderen ausländischen Unternehmen in Kuwait angewendet wurden“³²⁸.

Dies missfiel den Briten, die Vorbehalte darüber äußerten direkte Kontakte mit dem Rat hinsichtlich der Ölgesellschaft zu haben. Sie verkündeten ihre Präferenz mit dem Emir, wie

³²⁶ Ebd., o.S.

³²⁷ Siehe: Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive. Auch: Gamal, Abd Almouhsin Yusef 2007: Die politische Opposition in Kuwait. Ebenso: Aladasani, Khlaed Suliman: Memoiren.

³²⁸ 44 ص: العدساني، خالد سليمان 1978 : نصف عام للحكم النيابي في الكويت. الكويت: مطبعة فهد المرزوق، الطبعة الثانية، ص 44. Aladasani, Khlaed Suliman 1978: Ein halbes Jahr für das parlamentarische Regieren in Kuwait. Kuwait: Fahed Almarzouk Verlag, zweite Auflage, S. 44.

vor der Gründung des Rates, direkt zu verhandeln, der daraufhin wiederum den Rat kontaktiert³²⁹. Es wird hieran deutlich, wer den Anteil Kuwaits an den Öl-Erträgen erhält.

Die zweite Frage stellte den Versuch der Beseitigung von „schädlichen wirtschaftlichen Monopolen“ dar. Die Literatur erwähnte diese Monopole nur knapp, also in den Bereichen der Industrie von Erfrischungsgetränken und Eis- sowie Sandexport in den Irak³³⁰. Sie waren nicht an sich wichtig, vielmehr lag ihre Bedeutung darin, wer von diesen Monopolen profitierte. Die meisten Referenzen beziehen sich darauf, dass die Hauptnutznießer dieser Monopole die Gefolgschaft des Emirs und einige Händler waren. Dies bedeutet, dass der Rat in Konflikt mit dieser Klasse trat, die sich um den Emir scharte und die Vorteile der bestehenden Verhältnisse unrechtmäßig nutzte. Diese Klasse begann zwei Monate nach der Errichtung des Rates mit dem Emir gegen den Rat zu arbeiten.

Die dritte Frage betraf die Zuwanderung aus dem Ausland. Nach dem ersten Weltkrieg und dem Sturz des Regimes in Ahvaz im Jahr 1909 waren viele Iraner nach Kuwait immigriert. Ihre Zahl wurde in 1938 auf mehr als zehntausend Menschen geschätzt. Diese Migranten waren Schiiten, aber der Rat entschied, „dass jeder, der in Kuwait vor dem Ende des ersten Weltkriegs gelebt hatte, als ein Bürger bezeichnet wird. Und es ist nicht erlaubt, zwischen der Bevölkerung Kuwaits aus religiösen Gründen zu unterscheiden“³³¹. Aber die britische Politik versuchte, wie viele Ereignisse zu dieser Zeit zeigten, die Kuwaiter iranischer Herkunft von dem Rat abzuschrecken und ihn als ihren Gegner darzustellen, was diese Gruppe zur „öffentlichen Arbeit gegen den Rat veranlasst hatte“³³².

In der vierten Frage ging es um die Annäherungspolitik gegenüber dem Irak³³³. Dieses Thema schlug eine arabisch-nationalistische Richtung ein, was die Briten und einen Teil der Kuwaiter verärgerte.

Der Emir versuchte all diese Umstände auszunutzen um die Menschen gegen den Rat aufzuhetzen. Mit Hilfe einiger Händler gelang es ihm zu verbreiten, dass der Rat nicht das

³²⁹ Al Naqeeb, Khaldoun 1996: Der Kampf zwischen Stamm und Demokratie. Kuwait als Fallbeispiel, S. 31f.

³³⁰ Aladasani, Khlaed Suliman 1978: Ein halbes Jahr für das parlamentarische Regieren in Kuwait, S. 30.

³³¹ Ebd., S. 41.

³³² Al Naqeeb, Khaldoun 1996: Der Kampf zwischen Stamm und Demokratie. Kuwait als Fallbeispiel, S. 33.

³³³ Crystal, Jill 1992: Kuwait: The Transformation of an Oil State, S. 20f.

ganze Volk vertrete, so dass es zu einer politischen Konfrontation zwischen den beiden Seiten kam, welche mit der Auflösung des Rates und Freiheitsstrafen für seine Mitglieder am 21.12.1938 endete.

Es kam zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Anhängern der beiden Parteien, welcher bis zum März 1939 dauerte. Manche Oppositionelle wurden erhängt und manche waren in den Irak geflohen³³⁴. Durch die Verhandlungen endete jedoch die Situation mit der Lieferung von Waffen im Austausch mit einer Amnestie für die Mitglieder des Rates, von denen einige in den Irak flohen.

Besonders interessant ist die Art und Weise, wie Großbritannien mit diesen Ereignissen umging. Gemäß Tétreault unterstützte Großbritannien 1921 die Bewegung der Kaufleute zur Zeit des ersten Rates. Jedoch versuchten sie 1938 nicht die demokratische Beteiligung zu fördern, sondern beabsichtigten lediglich die Macht des Emirs durch den Rat zu begrenzen³³⁵. Es wurde aber deutlich, dass, als die Befugnisse des Rates für die Öl- und Sicherheitsfragen, beides wichtige Bereiche für die Interessen Großbritanniens, erweitert wurden, die Unterstützung für den Rat zurückgenommen wurde.

Als der Emir dem britischen *political agent* sein Vorhaben, den Rat aufzulösen, mitteilte, antwortete er, dass „*he should risk no failure*“³³⁶. Danach berichtete der britische Vertreter des britischen Büros in Indien, dass die „*balance of power as between Sheikh and Council has been readjusted in favor of the former which suits us*“³³⁷.

Der Emir versuchte danach, die Idee des Legislativrates durch die Bildung eines Rates, in dem die Mitglieder ernannt wurden, wiederzubeleben. Dieser wurde als zweiter Konsultativrat bezeichnet und setzte sich aus vier Mitgliedern der Herrscherfamilie und neun Mitgliedern der reichen Kaufleute des Landes zusammen. Die erste Sitzung des Rates fand am 14.3.1939 statt. Dieser Rat bestand aus Mitgliedern mit wenig Erfahrungen und daraus

³³⁴ Alrumaihi, Mohamed Ghanem 1975: Die reformatorische Bewegung 1938 in Kuwait, Bahrain und Dubai, S. 38f.

³³⁵ Tétreault, Mary Ann 1991: Autonomy, necessity, and the small state. Ruling Kuwait in the twentieth century, in: International Organization, Autumn 91, Vol. 45, Issue 4, September 1991, S. 565-591, hier S. 572.

³³⁶ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf, Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 51.

³³⁷ IO L/P&S/12/3894A: PR to Secretary of State for India, 21 December 1938, S. 124. Zit. nach Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf, Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 51.

resultierend geringer Kompetenz, was zu seinem „allmählichen Tod beigetragen hat, als seine Mitglieder, eines nach dem anderen, austraten“³³⁸.

Das im Volksmund so genannte ‚Jahr des Rates‘ war eine Erfahrung symbolischer Werte bei den Kuwaitern. Im Zeitraum zwischen 1938 und 1961, dem Jahr, in dem Kuwait die Unabhängigkeit erlangte, hatte sich die politische Bewegung der Kaufleute auf die Bildung von Kultur- und Sportvereinen konzentriert, um dadurch ihre Arbeiten fortführen zu können. Der Lehrer-Verein wurde 1942 gegründet, gefolgt von dem ‚Kooperations-Verein‘ in 1949. Die Errichtung von Vereinen wurde populärer nach der Einrichtung des nationalen Kulturvereins, Jugendklubs, Verein der Solidarität und *Al Jazira*-Verein. Die Mitgliedschaft dieser Vereine umfasste einen breiten Teil der Bevölkerung, deren Struktur aufgrund der Urbanisierung und der Entwicklung von neuen Wohngebieten und Geschäftsfeldern verändert wurde. Der Anteil der ausgebildeten Arbeiter innerhalb der Bevölkerung stieg an, nachdem die Ausgaben für die Bildung angehoben, neue Schulen errichtet und Stipendiaten ins Ausland entsendet wurden. Dies alles war die Folge erhöhter staatlicher Einnahmen aus den Öl-Verkäufen.

Dazu kam auch die wachsende Zahl der arabischen Einwanderer in Kuwait, die starke nationale Gefühle für ihr Herkunftsland hatten. Dies hatte in den vierziger Jahren ein neues soziales Netzwerk geschaffen, das in den 50er und 60er Jahren versuchte, das soziale und politische Leben zu beeinflussen. Als seine Forderungen nach Beteiligung an dem politischen Leben stiegen, sah sich die Regierung dazu gezwungen, die Initiative des Emirs *Abdullah Al Salem* zu unterstützen. Er versuchte, die Pattsituation in den politischen Prozessen zu beenden, indem er im Jahr 1952 vier Räte auf zwei Jahre wählen ließ: den Gemeinderat, das Amt für Gesundheit, den Bildungsministerrat und den Rat der Stiftungen. Jeder Rat sollte aus 12 Mitgliedern zusammengesetzt werden unter dem Vorsitz eines Scheichs. Aber dieses Projekt war nicht erfolgreich, da die vier Räte, aufgrund der mangelnden

³³⁸ Gamal, Abd Almouhsin Yousef 2007: Die politische Opposition in Kuwait, S. 115.

Kooperationsbereitschaft zwischen ihnen und ihren Vorsitzenden, vor dem Ende ihres ersten Mandats in 1954 zurücktraten³³⁹.

Ein weiterer Versuch die Situation zu verändern bestand darin, der Forderung des sogenannten ‚Ausschusses der Vereine‘ nachzugeben und einen einzigen Rat, der alle Verwaltungen überwachen sollte, zu errichten, aber er scheiterte dabei. Erwähnenswert ist hier, dass viele von diesen Ereignissen sowie deren Ursachen noch ungeklärt blieben, weil Kuwait, gemäß *Khaldoun Al Naqeeb*, „eins der seltenen Länder in der Welt ist, die die Ereignisse ihrer modernen Geschichte zu den staatlichen Geheimnissen machen“³⁴⁰. Des Weiteren kam es zu einer Konfrontation im Jahr 1956, bedingt durch die gewaltsame Unterdrückung der Demonstrationen, die *Gamal Abdel Nasser*, zur Zeit der Suezkrise, unterstützten. Daraufhin stieg der öffentliche Druck, Wahlen der Verwaltungsräte abzuhalten. In 1957 wurde ein Hochkommissariat für Wahlen gebildet und 3000 Wähler wurden aufgefordert, um die 56 Mitglieder für alle Verwaltungen zu wählen. Nach den Wahlergebnissen forderte das Hochkommissariat drei Vertreter zum Rücktritt auf: *Ahmad Alkhatib*, den bekannten politischen Kuwaiti, der die Bewegung der nationalen Araber im arabischen Golf in 1952 gegründet hatte; *Gassem Al Kattamy*, der zu diesem Zeitpunkt der Leiter der Polizei war und es ablehnte auf die Demonstranten zu schießen; er reichte seinen Rücktritt ein und schloss sich der Bewegung der nationalen Araber an, sowie *Abdul Razik Khaled Al Zayed*, der zu den Aktivisten der Bewegung gehörte. Aber der gewählte Rat lehnte ihren Rücktritt ab, worauf die Kommission den neu gewählten Rat auflöste.

Während der Feier des ersten Jahrestages der Einheit von Ägypten und Syrien im Februar 1959 kam es zu Gewalttaten, als die Begegnung ihren traurigen Höhepunkt erreichte durch den Beschluss am 3. Februar 1959 zur Schließung aller Vereine, Zeitungen und Zeitschriften. Die Regierung ließ in einer Erklärung verlauten, dass „Freiheit und Demokratie von der schlimmsten Ausbeutung ausgenutzt wurden, bis zum Herfallen über den Emir selbst“³⁴¹.

الخطيب، أحمد 1984: الطليعة في معركة الديمقراطية. الكويت: دار كاظمة للنشر، ص 10 ³³⁹.

Alkhatib, Ahmad 1984: Die Al-Taliaa (der Pionier, der Name seiner Versammlung) in der Schlacht der Demokratie. Kuwait: Dar Kademah, S. 10ff.

³⁴⁰ Al Naqeeb, Khaldoun 1996: Der Kampf zwischen Stamm und Demokratie. Kuwait als Fallbeispiel, S. 34.

³⁴¹ Alrumaihi, Mohamed Ghanem 1975: Die reformatorische Bewegung 1938 in Kuwait, Bahrain und Dubai, S. 46.

Damit begann eine politische Krise im Land, die bis zu der Unabhängigkeit am 19. Juni 1961 anhielt.

Die Art und Struktur der Allianzen zwischen dem Emir und den anderen lokalen Gruppen bildete unter der relativen Abwesenheit von Großbritannien in Kuwait die Art des Regierens in den ersten Entwicklungsjahren dieses Landes. Die finanzielle Abhängigkeit des Emirs von den Händlern führt zu deren wachsendem Einfluss an politischer Beteiligung. Dies kann man an dem Rat von 1938, als das Ergebnis jahrelanger Bemühungen und ausgeübtem Druck der Händler, um eine Rolle bei der Entscheidungsfindung zu spielen, sehen. Der Erfolg dieses Versuches hatte, trotz seiner kurzen Lebensdauer, eine starke Vorbildfunktion für alle Fraktionen, ihr Recht auf Beteiligung in politischen Entscheidungsverfahren zu beanspruchen.

3.5. Wie beeinflusste das Öl das politische System in den Golfstaaten?

Die Ära des Öls im Golf und auf der Arabischen Halbinsel begann zwar in den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts, aber die Zeit des Rentierstaates begann in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Insgesamt besitzen die Golfstaaten mehr als zwei Drittel der weltweiten Ölvorkommen. Daran ist interessant, dass diese Großproduktion von Öl zu sehr großen Erträgen dieser Länder in Form von Renten führte, die die Herrscherfamilien direkt von den Ölgesellschaften erhielten.

Was bedeutet dieses beträchtliche Einkommen aus der Ölförderung für die Länder der Region? *Hossein Mahdavy*³⁴² schlug eine Methode vor, um dieses Einkommen zu verstehen. Diese betrachtet das Einkommen als externe Rente, d. h., dass diese Länder von der Verpachtung ihrer Länder an Ölfirmen Geld beziehen. Sie wird als externe Rente betrachtet, da sie nicht aus den Produktionsprozessen der Volkswirtschaft generiert und somit nicht eigenständig erwirtschaftet wurde³⁴³. Es ist sehr wichtig, die Bedeutung von ‚extern‘ dieser Renten zu verstehen, die aus den Öl-Einnahmen hervorgebracht werden. Sie sind wie eine externe ausländische Dotierung, allerdings kontinuierlich und regelmäßig. Es gab keinen

³⁴² Mahdavi, Hossein 1970: The Pattern and Problems of Economic Development in Rentier States. The Case of Iran, in: Michael Cook (Hrsg.) 1970: Studies in the Economic History of the Middle East. London: Oxford University Press, S. 428-468.

³⁴³ Vgl. Crystal, Jill 1992: Kuwait: The Transformation of an Oil State, S. 102; siehe auch: Beck, Martin 2009: Rente und Rentierstaat im Nahen Osten, in: Beck, Martin; Harders, Cilja; Jünemann, Annette; Stetter, Stephan (Hrsgg.) 2009: Der Nahe Osten im Umbruch. Zwischen Transformation und Autoritarismus. Hamburg: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 25- 49.

Zusammenhang zwischen dem Öl als wirtschaftlicher Parameter und den Sektoren der nationalen Wirtschaft, weder in Bezug auf die Arbeiter (Arbeitskräfte) und Beschäftigung, noch auf den örtlichen Ölverbrauch oder dessen Auswirkung auf die nationale Industrie, noch in Bezug auf lokale Investition des Überschusses der Einnahmen. Dies war lediglich in der Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts der Fall, als einige Fertigungsindustrien entstanden³⁴⁴.

Es gibt drei Theorien, die erklären, wie Öl die autokratischen Regime fördert. Die erste bezieht sich auf Steuern³⁴⁵. Wenn Steuern üblicherweise zu Repräsentationsorganen führen, glaubt Luciani³⁴⁶, dass die Renten durch Öl diese Verbindung auflösen, weil sich die Regierung nicht mehr auf Steuern verlassen muss, um die Staatsausgaben zu finanzieren, was eigentlich die Versuche der politischen Beteiligung entmutigt.

Der Reichtum durch Öl stärkte die Macht der Herrscher am Golf dadurch, dass ihre finanzielle Unabhängigkeit von der Bevölkerung gesichert war. Dies wurde durch den Zustand Kuwaits vor der Öl-Epoche verkörpert. Aufgrund der finanziellen Abhängigkeit des Emirs von den Händlern gelang es diesen, ihn dazu zu zwingen, ihnen mit der Errichtung des Legislativrates von 1938 politische Rechte zu gewähren. Aber das Erscheinen der riesigen Öleinnahmen auf der Polit-Bühne half dem Emir dabei, die impliziten Vereinbarungen zwischen der Herrscherfamilie und der Händler-Klasse durch die Auflösung des Rates zu widerrufen. Die Einnahmen aus dem Öl machten den Rentierstaat relativ unabhängig von den herkömmlichen Quellen von Legitimation und Macht in den anderen Ländern. Die Rentierstaaten genießen mehr Flexibilität und Handlungsspielraum bei der Arbeit als die Länder, die auf Einnahmen aus Steuern oder dem Produktionsprozess basieren.

³⁴⁴ Beblawi, Hazem 1990: The Rentier State in the Arab World, in: Luciani, Giacomo (Hrsg.) 1990: The Arab State. Berkeley; Los Angeles: University of California Press, S. 85-98.

³⁴⁵ Herb, Michael 2005: No Representation Without Taxation? Rents, Development, and Democracy, in: Comparative Politics 37, Nr. 3, 2005, S. 297-317. Auch: Ibrahim, Saad Eddin 1982: The new Arab social order. A Study of the social impact of oil wealth. Boulder: West view press; London: Croom Helm.

³⁴⁶ Luciani, Giacomo 1990: Allocation vs. Production States: A Theoretical Framework, S. 65-84. Siehe auch: Luciani, Giacomo 1995: Resources, Revenue, and Authoritarianism in the Arab World. Beyond the Rentier State?, S. 211-228.

Die zweite Theorie dreht sich um die Staatsausgaben. Dabei stellen die Einnahmen aus Öl-Verkäufen ein wirksames Mittel zur Verfügung, um die Loyalität der Bürger mit der Bereitstellung von Dienstleistungen zu kaufen³⁴⁷. Im Allgemeinen hat der Rentierstaat gewisse Merkmale: Die Volkswirtschaften dieser Art von Ländern verlassen sich nicht unmittelbar auf Öl, sondern indirekt auf die Staatsausgaben, die sich quasi in einen Kanal verwandeln, um das Öl-Einkommen zu verteilen. Daraus resultiert, dass die Sicherung der Einnahmen durch das Öl die zentrale Rolle des Staates im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Bevölkerung ist und sich von den anderen Ländern, die auf Steuern durch die Sektoren der Produktion und der Dienstleistung in der Volkswirtschaft basieren, unterscheidet.

Die Staatsausgaben spielen in all ihren Aspekten eine zentrale Rolle in den Rentierstaaten. Die meisten Waren und Dienstleistungen, die der Staatsverbrauch beinhaltet, werden zu nominalen Preisen oder kostenlos für die Bevölkerung dieser Länder angeboten.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass mit einigen Ausnahmen, wie der staatlichen Fluggesellschaften oder der Behörde für Post und Telekommunikation, die sich alle auf Eigenfinanzierung verlassen, ein großer Teil der Leistungen, die nicht selbst finanziert werden, wie Gesundheit, Ausbildung und Gemeindeleistungen zum Staatsverbrauch gehören, durch den die Programme des ‚riesigen Wohlfahrtsstaates‘ finanziert werden. Des Weiteren werden Wohnungs- und Gesundheitswesen, Wasser und Strom über den Staat finanziert. Hinzu kommen auch laufende Sozialleistungen, die für Familien mit mittlerem und geringem Einkommen, ältere Menschen, Behinderte und Witwen bestimmt sind.

Große Bedeutung im Haushalt des Rentierstaates hatten die öffentlichen Ausgleichszahlungen (Kompensationen), die aus dem allgemeinen Haushalt in Form von Zinsen auf das Staatsvermögen bezahlt werden. Dazu zählten die soziale Absicherung und andere Ausgleichszahlungen. Diese Zahlungen wurden in den Öl-Rentierstaaten verwandt, um eine Finanz-, Immobilien- und Handels-Oligarchie mit riesigem Reichtum zu schaffen. Dabei konnte der Herrscher die politische Loyalität der Kaufleute erkaufen, beispielsweise durch Ermöglichung von Privilegien, Monopolen sowie Bevorzugung bei Geschäften, Immobilien-

³⁴⁷ Ross, Michael L. 2001: Does Oil Hinder Democracy?, S. 325-361. Auch: Yates, Douglas A. 1996: The Rentier State in Africa. Oil, Rent, Dependency and Neocolonialism in the Republic of Gabon. Africa World Press, Inc.

Verträgen und Grundstückskäufen. Dies geschah durch viele Mechanismen, wobei der wahrscheinlich wichtigste Programmpunkt sich um den Grundbesitz dreht. Dies wurde durch das bspw. in Kuwait erlassene Gesetz von 1961 geregelt. Dieses Gesetz sieht vor, dass an allen Projekten auf dem kuwaitischen Territorium kuwaitische Bürger mit 51% beteiligt sein müssen. Dies hatte den eigentlichen Sinn, den Händlern die Vorteile am Öl zu sichern³⁴⁸.

Zusätzlich ist die Verbreitung der sogenannten ‚Güterabschätzung‘ aufgetreten, die nicht nur auf Kuwait beschränkt war, sondern in den meisten der Golfstaaten existierte. Dabei kaufte der Staat Grundstücke an guten Standorten unter dem Vorwand der Errichtung öffentlicher Projekte oder Straßen und schätzte ihren Wert auf ein Mehrfaches der Marktpreise. Im Anschluss verkaufte er die Grundstücke für geringe Preise an die Bevölkerung. Viele Bevölkerungsgruppen hatten sehr stark von diesen Programmen profitiert. Aber dadurch, dass der Staat größere Geldbeträge in die Wirtschaft investierte, um die Volkswirtschaft zu entwickeln, vermittelte er den Eindruck des Wohlbefindens und der wirtschaftlichen Prosperität, ohne dass eine Ausbreitung der produktiven Basis der Wirtschaft durch die verarbeitende Industrie oder die Diversifizierung in den Einkommensquellen stattfand. Der größte Begünstigte bei dieser Art der Kompensationen war die Händler-Klasse, die große Landflächen besaß, sowie die Mitglieder der Herrscherfamilie, die zusätzlich zu den Subventionen und Ländern, die sie erhielten, auch staatliche Posten in den Golfstaaten angenommen hatten, da der Herrscher sie zufriedenstellen wollte, um jeden Aufstand von ihnen zu vermeiden³⁴⁹.

Die Verwendung der Einnahmen aus den Ölverkäufen auf diese Weise hat bewiesen, dass das Öl als Instrument der Macht Grenzen hat. Diese Einnahmen waren nicht in der Lage, die Loyalität einer Gruppe permanent zu kaufen. Durch die ungleiche Verteilung der Einkommen kam es zu Klagen einzelner Gruppen, die zur politischen Mobilisierung und Provokation des Staates fähig waren. Diese liefen entweder friedlich durch die Einforderung ihrer Rechte oder durch Demonstrationen und Ausschreitungen ab.

³⁴⁸ Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive, S. 124f.

³⁴⁹ Atallah, Sami 2011: The Gulf region: beyond oil and wars. The role of history and geopolitics in explaining autocracy, S. 186f.

Dies leitet zu der dritten Theorie über den Rentierstaat, die sich auf Putnams³⁵⁰ Argument stützt und davon ausgeht, dass die Bildung von sozialem Kapital demokratische Regierungsführung fördert. Viele der untersuchten Fälle³⁵¹ kommen zu dem Ergebnis, dass die Rentiereinkommen die Entstehung von unabhängigen sozialen Gruppen behindert, die die politische Beteiligung einfordern könnten.

Praktisch gibt es keinen Beweis dafür, dass die Öl-Staaten dabei einen vollständigen Erfolg hatten. Die Oppositionsgruppen griffen zu alternativen Verfahren, wenn sie an der Organisation von öffentlichen Versammlungen gehindert wurden. In Kuwait trafen sie sich bspw. in den *Diwaniyyat*, d. h. Räumen in Privathaushalten für die Diskussion über politische und soziale Themen. Vor der Unabhängigkeit Kuwaits spielten die verschiedenen Vereine, wie die Alumni- und Lehrerverbände sowie der nationale Kulturverein, eine große Rolle bei der Einforderung politischer Beteiligung, die beim Auftreten von regionalen Ereignissen anstieg: zum Beispiel die Teilung Palästinas, der Suez-Krieg und der arabisch-israelische Krieg 1967. Aber seit der erfolgreichen islamischen Revolution im Iran begann die Opposition der Schiiten in vielen Golfstaaten politische Beteiligung in ihren Ländern deutlich einzufordern. Zum Beispiel hatten schiitische Islamisten im Jahr 1979 gegen die staatliche „diskriminierende Politik“ in Saudi-Arabien demonstriert. Dies trug zur Mobilisierung sunnitischer Gruppen gegen ihre Regierungen bei, da sie der Überzeugung waren, dass sie die islamischen Regeln nicht streng genug anwendeten. Daher nahmen diese Gruppen an, dass der von diesen Regierungen verfolgte Modernisierungsweg sowie das Konsumverhalten in der Gesellschaft und die Korruption der Herrscherfamilien nicht-islamische Erscheinungsformen waren. Die Belagerung der al-Haram-Moschee 1979 hob die Spannung zwischen den Werten des islamischen Fundamentalismus und den Auswirkungen der scheinbaren Modernisierung durch das Öl hervor³⁵².

³⁵⁰ Putnam, Robert D. 1994: Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton University Press.

³⁵¹ Für den Fall Algerien siehe: Moore, Clement Henry 1976: Petroleum and Political Development in the Maghreb, in: Naiem, A. Sherbiny; Tessler, Mark A. (Hrsg.) 1976: Arab Oil. Impact on the Arab countries and global implications. New York: Praeger, S. 112-129; auch: Entelis, John P. 1996: Civil Society and the Authoritarian Temptation in Algerian Politics, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.) 1996: Civil Society in the Middle East, Volume Two, Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, S. 45-86. Für Irak siehe: Humadi, Zuhair 1995: Civil Society Under the Ba'th in Iraq, in: Schwedler, Jillian (Hrsg.) 1995: Toward Civil Society in the Middle East? A Primer. Boulder; Colo.: Lynne Rienner Publishers, Inc., S. 50-52. Für Iran siehe: Kazemi, Farhad 1996: Civil society and Iranian Politics, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.) 1996: Civil Society in the Middle East, Volume Two, Leiden; New York; Köln: E. J. Brill, S. 119-152.

³⁵² Vgl. Atallah, Sami 2011: The Gulf region: beyond oil and wars. The role of history and geopolitics in explaining autocracy, S. 188f.

Die Reaktionen der Regierungen auf diese Herausforderungen waren unterschiedlich. Nach den Ereignissen um die al-Haram-Moschee versprach Saudi-Arabien, Legislativräte zu schaffen, aber das ist bis heute nicht geschehen. Während Katar und Oman Gewalt zur Unterdrückung von oppositionellen Gruppen anwendeten, schickte Großbritannien seine Flotte 1956 nach Katar, um die Streiks der Ölsektormitarbeiter zu unterdrücken und um den omanischen Aufstand in Dhofar zwischen 1957-1960 zu befrieden. Des Weiteren hatten Kuwait und Bahrain auf die Forderung der Opposition reagiert und Legislativräte eingerichtet³⁵³. Während der Rat in Bahrain nur ungefähr zwei Jahre bis 1975 existierte³⁵⁴, war er in Kuwait trotz häufigem Auflösen und Neuwahlen länger aktiv³⁵⁵.

Die Entdeckung von Öl in den Golfstaaten bei einem Mangel an gebürtigen Einwohnern in diesen Ländern führte zur Migration vieler arabischer Arbeitskräfte aus der Levante, die von dem arabisch-nationalistischen Denken sowie der Idee der arabischen Einheit beeinflusst waren. Wegen der Fähigkeit der arabischen Arbeitskräfte, die Bürger in den Golfstaaten zu mobilisieren, fingen die Regierungen dieser Länder an, sie zu marginalisieren oder auszuweisen. Jill Crystal geht davon aus, dass die arabischen Arbeitnehmer eine große Bedrohung für die Regierungen dieser Länder darstellten, weil sie sich „[...], *as members of the larger Arab nation*“ berechtigt sahen, an der politischen Opposition teilzunehmen³⁵⁶.

So hatte Kuwait versucht, alle Nicht-Kuwaiter auszuweisen, um der Flut an nationalistischen arabischen Interessengruppen in den sechziger Jahren entgegenzuwirken. In anderen Fällen griff die kuwaitische Regierung auf eine Reihe von Gesetzen zurück, z. B. das Staatsangehörigkeitsrecht, um zwischen den Bürgern und den arabischen Nicht-Bürgern zu

³⁵³ Mehr zu Bahrain siehe:

منيسي، أحمد 2009: التحول الديمقراطي في مجلس التعاون لدول الخليج العربية. دراسة لحالات البحرين و سلطنة عمان و قطر. أبو ظبي: مركز الإمارات للدراسات والبحوث الإستراتيجية.

Manisy, Ahmad 2009: Demokratisierungsprozess in GCC-Staaten. Länder-Fallstudien Bahrain, Oman und Katar. Abu Dhabi: Emirates Center for Strategic Studies and Research.

³⁵⁴ Erst im Februar 2001 erfolgte ein Referendum über die National Action Charter, und nach einem Jahr verkündete der Emir (und spätere König) die neue Verfassung und die Wiedereinsetzung des seit 1975 nicht mehr einberufenen Parlaments.

³⁵⁵ Khalaf, Abdulhadi; Luciani, Giacomo 2006: Constitutional Reform and Political Participation in the Gulf. Dubai: Gulf Research Center. Auch: Peterson, J. E. 2006: The Arab Gulf States. Further Steps towards Political Participation. Dubai: Gulf Research Center.

³⁵⁶ Crystal, Jill 1995: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S 83f.

unterscheiden, sowie das Arbeitsrecht von 1964, das die Verträge der ausländischen Arbeitnehmer auf fünf Jahre begrenzte sowie die Aufforderung beinhaltete, sich zu registrieren und sich nicht an Streiks zu beteiligen. Dies wird im vierten Teil dieser Arbeit ausführlicher beleuchtet.

Dadurch dass die Regierung größere Beträge Kapital in Umlauf brachte, um die Volkswirtschaft anzukurbeln, vermittelte sie den Eindruck des Wohlstandes und der wirtschaftlichen Prosperität, ohne zu einer Steigerung der produktiven Basis der Wirtschaft beizutragen, beispielsweise in der verarbeitenden Industrie oder der Diversifizierung in den Einkommensquellen. Dies ist das allgemeine Merkmal der Wirtschaft der Rentierstaaten.

Dass die Rentierstaaten über große Überschüsse an Kapital verfügten, führte zu vermehrten Interventionen in der Wirtschaft, unter anderem durch die Monopole der Finanzierung, der Einrichtung und der Gewährleistung der größten Mehrheit der industriellen und gewerblichen Projekte. Es genügt, die größten Unternehmen in den Öl produzierenden Ländern und den staatlichen Anteil daran zu betrachten, um zu erkennen, in welchem Umfang der Staat in die Wirtschaft eingreift. Außerdem basieren die dynamischsten Wirtschaftssektoren wie Import, Export, Bau und Konstruktion hauptsächlich auf der staatlichen Auftragsvergabe. Daraus lässt sich schließen, dass im Falle einer Verringerung der Staatsausgaben die Wirtschaft ins Stocken gerät.

Bis zum Börsenkrach in Kuwait im Dezember 1982, der sogenannten Krise des *Souk Al-Manakh*, war die kuwaitische Regierung an allen Unternehmen beteiligt, deren Aktien frei gehandelt wurden. Dazu besaß sie die Mehrheitsbeteiligung, d. h. 30% und mehr der Aktien, an 55% aller Unternehmen. Sie besaß auch mehr als 15 Unternehmen von ihnen mit einer Aktienmehrheit von 50% oder mehr. Zusätzlich hatte der Staat nach dem Börsenkrach die Kontrolle über viele Unternehmen des privaten Sektors direkt oder als stiller Teilhaber gefestigt.

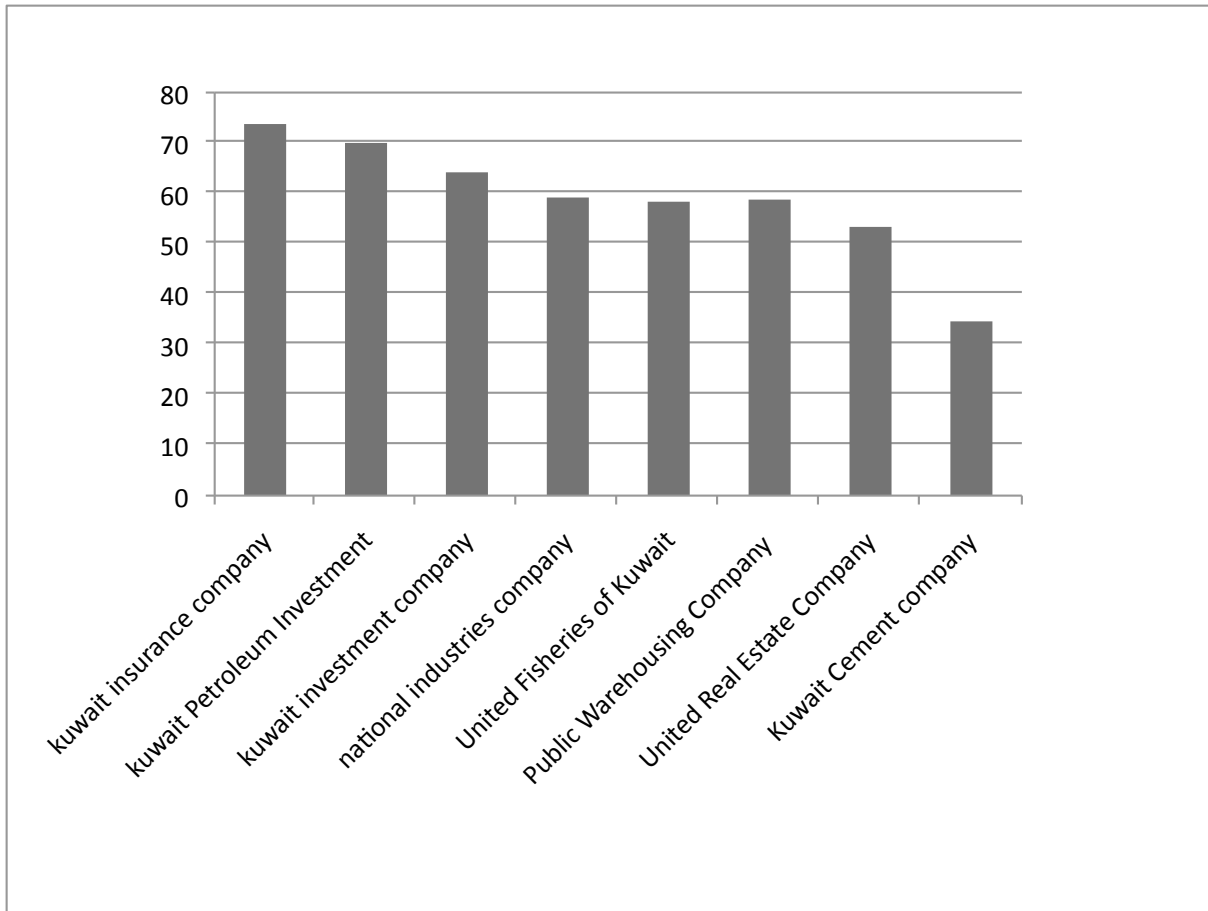


Abbildung 9: Anteil der kuwaitischen Regierung an ausgewählten Aktiengesellschaften³⁵⁷

Erwähnenswert ist hier, dass die Ausbreitung vom Eigentum des öffentlichen Sektors in den Golfstaaten keine Form des Sozialismus ist, sondern sie führt zu dem in der Wirtschaft so genannten „Kapitalismus des Satellitenstaates“³⁵⁸. Das heißt, der Staat, der im globalen Markt integriert ist, handelt auch innerstaatlich, um die Nachfrage dieses Marktes nach Rohstoffen zu stillen³⁵⁹. Die Erscheinung der staatlichen Zentralisierung in diesem Umfeld und in diesem Zusammenhang bedeutet die unbedingte Einflusssteigerung der Rolle der herrschenden Familien und traditionellen Eliten, die durch die Schutzverträge ‚eingefroren‘ und unterstützt wurden. Deshalb zeigten sich diese Herrscherfamilien als politische Institutionen, die den Staat besitzen. Sie wurden aber nicht gewählt, sondern aufgrund ihrer früheren Herrschaft an der Macht gehalten.

³⁵⁷ Der wirtschaftliche Bericht der kuwaitischen Zentralbank für das Jahr 1985. Zit. nach: Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive, S. 188. Aktuellere Informationen wurden leider nicht veröffentlicht.

³⁵⁸ Vgl. Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der aA

³⁵⁹ Ebd., S. 124f.

Dies wiederum bedeutet, dass die modernen staatlichen Institutionen an die tribal-konfessionellen Anforderungen anzupassen waren. Dies wird deutlich, wenn die herrschenden Eliten die alten traditionellen Beziehungen unter einem modernen politischen Regime und neuen wirtschaftlichen Bedingungen zu erhalten und zu vertiefen versuchen.

Die Handhabung der Staatsausgaben in diesen Ländern führt im Allgemeinen zu kontraproduktiven Ergebnissen, die den Fortschritt und die Entwicklung des wirtschaftlichen und politischen Systems und am meisten des sozialen Systems behindern. Der scheinbare wirtschaftliche Wohlstand ist kein Indikator für die Effizienz oder die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft oder für den Stand der Entwicklung der Gesellschaft und das Maß von Industrialisierung. Im Gegenteil: Dieser vorgetäuschte Wohlstand führt zur Behinderung der gesellschaftlichen Entwicklung. Dies geschieht dadurch, dass die Menschen bewusst beeinflusst werden und sie mit der Verteilung des Einkommens aus dem Öl durch staatliche Ausgaben zufriedengestellt werden. Insbesondere werden die Währungen der Rentierstaaten über den eigentlichen Wert geschätzt und die Löhne, die am Markt gezahlt werden, entsprechen nicht den sozialen Kosten der Produktion³⁶⁰.

Während die Staatsausgaben in den Rentierstaaten den Eindruck des wirtschaftlichen Wohlstands vermitteln, zeigt die aktuelle Lage die wachsende Kluft zwischen den übermäßig Reichen und relativer Armut. Aber die staatlichen Ausgaben und die Verfügbarkeit von importierten Waren sowie wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen, dies alles mildert die Lage und hilft, sie zu verschleiern, was eigentlich zur Verzögerung oder Verschiebung des politischen Wandels führt sowie zu der Notwendigkeit, die Mängel an bestehenden sozialen Organisationen und institutionellen Regelungen zu adressieren.

Die riesigen Öleinnahmen geben dem Staat ein wirksames Mittel um die oppositionellen Bewegungen einzudämmen und ihre Führer durch die Vermittlung des Eindrucks zu verführen, dass alle in der Lage seien, einen größeren Anteil an Gütern durch einen Beschluss der Regierung bekommen zu können.

³⁶⁰ Wilson, Rodney 2006: Saudi Arabia's role in the global economy, in: Fox, John, W.; Mourtada-Sabbah, Nada; al-Mutawa, Mohammed (Hrsgg.) 2006: Globalization and the Gulf. London; New York: Routledge, S. 165-179.

3.6. Vom Rentierstaat zum autoritären Staat

Wenn die britische Verwaltung durch ihre Berater bei den Herrscherfamilien im Golf nicht interveniert hätte, um sie davon zu überzeugen, die Öl-Einnahmen mit ihren Völkern zu teilen, hätten die Herrscher, gemäß Edith Penrose³⁶¹, die Öl-Einnahmen vollständig beschlagnahmt. Trotz dieses Druckes waren die Herrscher von Bahrain, Katar und den VAE nicht damit zufrieden, weniger als ein Drittel der Öl-Einnahmen als ihr persönliches Einkommen zu erhalten. Es scheint, dass dies in Saudi-Arabien und Oman noch nicht entschieden wurde. Kuwait war der erste Golfstaat, wo diese Frage direkt nach der Unabhängigkeit in 1962 entschieden wurde, als die Öl-Einnahmen als nationales Einkommen bezeichnet wurden und der Emir einen jährlichen gesetzlich geregelten Anteil erhielt.

Die Teilung der Öl-Einnahmen bedeutete die Einrichtung staatlicher Mechanismen und Institutionen, um sie in der Form von Staatsausgaben an die Bevölkerung zu verteilen. Dadurch wurde die Umwandlung der Herrscherfamilie in eine eigene politische Institution gestärkt. Dies bedeutet die Festlegung der zentralen Entscheidungsfindung auf der obersten bürokratischen Ebene der herrschenden Elite. Es ist sehr einfach zu beobachten, dass diese Länder um die Herrscherfamilien als zentrale politische Institutionen eingerichtet wurden und die anderen staatlichen Institutionen nur eine funktionale Erweiterung der herrschenden Familien darstellten. Die folgende Tabelle zeigt, wie die Schlüsselministerien auf die Mitglieder der Herrscherfamilien im Golf aufgeteilt wurden in Bezug auf ihre Beziehung mit dem Präsidenten des Staates.

Land	Ministerpräsident	Außenminister	Innenminister	Verteidigungsminister
Saudi-Arabien	der König selbst	SAUD al-Faysal bin Abd al-Aziz Al Saud	NAYIF bin Abd al-Aziz Al Saud	SALMAN bin Abd al-Aziz Al Saud
Kuwait	Ahmad Humoud Al-Jaber Al-Sabah	Sabah al-Khalid al-Hamad Al-Sabah	Ahmad al-Hamud al-Jabir Al-Sabah	Ahmad Khalid al-Hamad Al-Sabah

³⁶¹ Penrose, Edith Tilton 1972: Oil and State in Arabia, in: Hopwood, Derek (Hrsg.) 1972: The Arabian Peninsula. Society and Politics. London: Allen and Unwin; Totowa, New Jersey: Rowman and Littlefield, S. 271-285, hier S. 274f.

Land	Ministerpräsident	Außenminister	Innenminister	Verteidigungsminister
Katar	Hamad bin Jassim bin Jaber Al Thani	Hamad bin Jassim bin Jaber Al Thani	ABDALLAH bin Khalid Al Thani	der Emir selbst
Bahrain	Khalifa bin Salman Al Khalifa	Khalid bin Ahmed Al Khalifa	Rashid bin Abdallah bin Ahmad Al Khalifa	Muhammad bin Abdallah Al Khalifa
VAE	Mohammed bin Rashid Al Maktoum	Abdullah bin Zayed Al Nahyan	Saif bin Zayed Al Nahyan	Mohammed bin Rashid Al Maktoum
Oman	der Sultan selbst	der Sultan selbst, außerdem fungiert der Sultan als Finanzminister	der Sultan selbst	der Sultan selbst

Abbildung 10: Übersicht Amtsinhaber arabischer Golfstaaten

Natürlich sind die herrschenden Regime aufgrund der bestehenden schwachen institutionellen Regelungen gemäß dieser pragmatischen Anordnungen (siehe Grafik) sowie der Inkonsistenz ihrer Bestandteile nicht in der Lage, einen wirklichen wirtschaftlichen und politischen Fortschritt zu erreichen. Die Herrscherfamilien zeigten erheblichen Widerstand gegen die Beteiligung anderer sozialer Gruppen oder Kräfte an politischen Entscheidungen. Eine Ausnahme bildet Kuwait, das einen Legislativrat (Parlament) hat, der zu zwei Dritteln gewählt wird, obwohl er aus unterschiedlichen Gründen und für verschiedene Dauern mehrmals aufgelöst wurde. Der Rat wurde insgesamt neun Mal aufgelöst, zuletzt im Juni 2013. Es gibt zwei Staaten, in denen die Konsultativräte derzeit keine legislativen oder regulatorischen Befugnisse mehr haben. Dies sind Katar seit 1964 und die Vereinigten Arabischen Emirate seit 1971. Bahrain verfolgte ein ähnliches Prinzip wie das kuwaitische Parlament, aber dieses überdauerte nur zwei Jahre, nämlich von 1973 bis 1975. Dieser Versuch wurde wiederholt, als der neue König die Herrschaft in 2002 übernahm. Saudi-Arabien zeigte bisher keine Bestrebungen, einen Rat einzurichten.

So konkurrierten die Regierungen in allen Golfstaaten mit keiner anderen Organisation und haben keine Konflikte bezüglich der Machtverteilung. Aufgrund des Ausbaus ihres Machtmonopols intensivierten die Herrscherfamilien ihre Bemühungen, die Entstehung staatlich unabhängiger sozialer und politischer Kräfte zu verhindern. Sie verhinderten die

Entstehung politischer Parteien, unterdrückten soziale Bewegungen, die nicht auf ihrer Seite standen, verbannten Gewerkschaftsorganisationen und erlangten die direkte Kontrolle über die Berufsverbände. Diese Bemühungen wurden verstärkt, um alle Institutionen der Zivilgesellschaft durch strenge Zensur der Medien, der Presse und der sozialen Netzwerke zu durchdringen.

3.6.1. Wie regieren die Herrscherfamilien in diesen Staaten?

Entgegen der Erwartungen, dass die neuen durch Öl entstandenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in diesen Staaten im Allgemeinen zum Unterhöhlen des traditionellen Gleichgewichts zwischen den sozialen und politischen Kräften führen sollten, waren die Regime, trotz der gestiegenen sozialen Mobilität und der neuen Arbeitsteilung, darin erfolgreich, den Status quo zu halten.³⁶² Dies erreichten sie durch die herausragende Bedeutung, die sie der Repression und dem ‚politischen Terrorismus‘ gaben, sowie durch die Befestigung der von *Khaldoun Al Naqeeb* so genannten *Corporations* und durch die Manipulation von den sozialen Kräften in neuen Geschäftsfeldern. Die *Corporations* sind, wie von *Al Naqeeb* beschrieben, eine körperschaftliche soziale Kraft, die sich innerhalb des herrschenden Establishments durch bestimmte vom Staat anerkannte Anführer äußert³⁶³. Diese Körperschaften bestehen aus den tribalen Institutionen (vertreten durch Stammesälteste), Kaufleuten (Kopf der Kaufleute-Familien), den konfessionellen Institutionen (Führer der verschiedenen religiösen Glaubensgemeinschaften), der Mittelschicht (die Regierungen gehen mit dieser Gruppe auf Grundlage der Familien vor) und den Arbeitnehmern (in Ländern, in denen es Arbeiter innerhalb der einheimischen Bevölkerung gibt)³⁶⁴.

Diese Körperschaften sind halboffiziell, da es keine einheitliche Institution gibt, die sie repräsentiert. Aber sie werden in den staatlichen Institutionen vertreten, in den Regierungen, den Gemeinderäten auf Provinzebene, im Militär oder in der Polizei. Diese Körperschaften sind in hohem Maße ähnlich in diesen Ländern, unterscheiden sich jedoch in Bezug auf den Grad der Institutionalisierung. Im Falle von Saudi-Arabien, Oman und Bahrain sind die

ابراهيم، حسنين توفيق 2005: الإصلاح السياسي في دول مجلس التعاون لدول الخليج العربية. دبي: مركز الخليج للأبحاث، ص 21 362.

Hasanain, Tawfiq Ibrahim 2005: Die politische Reform in GCC-Staaten. Dubai: Gulf Research Center, S. 21ff.

³⁶³ Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive, S. 149.

³⁶⁴ Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 2004: Autoritärer Staat im zeitgenössischen arabischen Maschrek, S. 183ff.

Körperschaften, aufgrund des fehlenden materiellen Rechts, halboffiziell auf der lokalen Ebene. In den Vereinigten Arabischen Emiraten ist die tribale Institution eine der staatlichen Einrichtungen, deren rechtliche und politische Lage von der modernen Gesetzgebung bestimmt wurde. Im Falle von Kuwait sind diese Körperschaften informell, aber sie arbeiten auf Grundlage der anderen politischen Strukturen, namentlich des Parlaments, des Gemeinderats und der oppositionellen Kräfte. Die Mitglieder des fünften kuwaitischen Parlaments (zwischen 1981 bis 1984) zeigten ein klares Bild dieser Kombination, im Folgenden durch die Anzahl ihrer Vertreter veranschaulicht:

Die tribale Institution hatte 14 Vertreter, die Händler ebenfalls 14 Vertreter, die konfessionelle Institution 5 Vertreter von Schiiten, die religiöse Institution 4 Vertreter, wobei 2 für die Muslimbruderschaft und 2 für Salafisten waren, die Mittelschicht und Arbeiter hatten keine Vertreter³⁶⁵.

Auf dieser Grundlage hatten sich die tribalen Kräfte nicht nur zu einer der Institutionen des modernen Staates gewandelt und sich den neuen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen angepasst; sie sind auch ein Ersatz für die demokratischen verfassungsmäßigen Institutionen geworden³⁶⁶. Das Beruhen des autoritären Staates auf diesem Muster bei gleichzeitiger Abwesenheit der politischen Parteien und sozialen Organisationen, die die nationale Einheit begünstigen, verstärkte das Ansinnen der Herrscherfamilie, ein wirksames Machtmonopol in der Gesellschaft zu erlangen. Die wichtigsten Mittel waren zum Beispiel: Die Führer der Opposition zu verführen und sie in die Regelungen zum Halten des Status quo mit einzubeziehen, was dadurch erreicht wurde, dass die Herrscherfamilie ihnen politische Ämter gewährte oder ihnen half, sich auf Kosten des Staates zu bereichern. Des Weiteren war die Errichtung von temporären Allianzen mit einigen der gesellschaftlichen Sektoren, wie bspw. die gelegentlichen informellen Allianzen in Kuwait mit der schiitischen Gemeinde, die durch die kurzfristige Gewährung von Vorteilen oder Ämtern, die in keinem Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung standen, erkauft

³⁶⁵ Vgl. Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive, S. 150.

³⁶⁶ Vgl. Sadiki, Larbi 2009: Rethinking Arab Democratization. Elections without Democracy. New York: Oxford University Press, S. 12ff.

worden. Auch die Allianzen mit der tribalen Institution gegen die religiöse Institution und mit dem islamischen Trend gegen die linksnationalistische Bewegung sind erwähnenswert.

3.6.2. Der Stamm als eine Institution „der politische Tribalismus“

Es ist zu beobachten, dass in einem Gebiet voller Störungen die Golfstaaten stabile Regime haben. Diese Stabilität führte viele der Beobachter zur Annahme, dass die Völker dieser Länder mit der Legitimität der herrschenden Regime freiwillig konform gingen. Seit der Unabhängigkeit dieser Staaten in den sechziger und siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts sowie nach dem Scheitern bzw. der Unterdrückung der Protestbewegungen in den zwanziger und dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts wurden diese Regime tatsächlich nur mit zwei grundlegenden Herausforderungen konfrontiert: Die erste war intern, denn dies war der Putschversuch von *Juhayman Al Utaibi* und die Besetzung der Großen Moschee in 1978, und die zweite war extern, nämlich der zweite Golfkrieg und die Besetzung von Kuwait in 1990. Trotz der seit geraumer Zeit mit Britannien und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Sicherheitsanordnungen konnten diese Bedrohungen nicht verhindert werden.

Nun muss analysiert werden, inwieweit sich diese Vorfälle auf die Stabilität und auch auf die Legitimität ausgewirkt haben.

Die Hauptquellen der Legitimität von Regimen in der Golfregion sind verschiedene Faktoren, die im Begriff des politischen Tribalismus zusammengefasst werden können. Dabei muss der Begriff des Stammes von seiner ethnographischen Matrise³⁶⁷ auf eine höhere Ebene der Analyse übertragen werden, d. h. zu der politischen Ebene, um, gemäß *Al Naqee*, zu verstehen, wie das Regime des politischen Tribalismus funktioniert.

Der politische Tribalismus ist eine Form der sozialen Organisation, die von dem Stamm, verstanden als eine Gruppe von gegenseitigen auf Hierarchien basierenden Beziehungen zwischen den Individuen, verschieden ist. Er wandelt sich zu einem „Kriterium der ideologischen Elemente in der Verteilung der politischen Macht“ um³⁶⁸. *Al Naqeeb* misst dem

³⁶⁷ Mehr dazu siehe: Khoury, Philip S.; Kostiner, Joseph (Hrsgg.) 1990: *Tribes and State Formation in the Middle East*. Berkeley; Los Angeles; California: University of California Press.

³⁶⁸ Vgl. *Al Naqeeb*, Khaldoun 1996: *Der Kampf zwischen Stamm und Demokratie*, S. 18ff.

politischen Tribalismus drei Bedeutungen zu: Er bildet eine Basis für *Asabiyya*, funktioniert als organisierendes Prinzip, da er die Ressourcen der Gemeinschaft zuteilt sowie die Bedingungen für das Eintreten und den Ausschluss in und aus der Gruppe bestimmt. Drittens ist er ein allgemeines Ethos, das alle Formen der politischen Beziehung kontrolliert. Was in der Anwendung dieses Begriffes in den Golfstaaten besonders ist, ist seine enge Verbindung mit der Religion. Die gewährt ihm eine entschlossene Quelle der Legitimität dadurch, dass die Herrscherfamilien entweder zu Quraisch oder dem Haus des Propheten gehören oder dass sie eine islamische Schule verteidigen³⁶⁹.

Es ist interessant, dass sich die Institutionen des politischen Tribalismus mit vielen Veränderungen seit dem früheren Jahrhundert anpassten, als die herrschende Elite ihre ‚traditionellen Kleider‘ auszog und auf die Notwendigkeit der Errichtung eines modernen Staatsapparates reagierte. Zur gleichen Zeit wandelte sich die Wirtschaft von einer herkömmlichen Wirtschaft hin zu einer Wirtschaft eines Staates, der nur auf Öl und seine astronomischen Einnahmen ausgelegt ist. Diese Veränderungen führten zur Entstehung eines komplexen Netzwerks von sozial-wirtschaftlichen Beziehungen, die weiterhin von Stammes-Vereinbarungen geregelt blieben. Parallel dazu steht ein System der gesellschaftlichen Gefälle, das mit der Konsumentenkultur kompatibel und durch enorme Vielfalt im Dienstleistungssektor gekennzeichnet ist. Jede Schicht in diesem politischen StamMESSystem wird, aufgrund der tribalen Treue, in Klassen eingeteilt. Die Eliten hatten aufgrund der Unterstützung der herrschenden Familie unterschiedliche Anteile an Macht, Einfluss und Reichtum. Sie besetzten offizielle oder halboffizielle Stellen für die staatliche Anerkennung ihrer Positionen als Vertreter ihrer Anhänger.

Damit entstand eine tribale Körperschaft, die eine große Rolle bei der Abschwächung und Abmilderung der Auswirkungen der autoritären Politik auf die Bevölkerung sowie dem Schweigen oppositioneller Stimmen durch die tribalen Treuen spielt. Aber die hauptsächliche Funktion dieser Körperschaften war die soziale Überwachung, um Zufriedenheit her- und die Unterordnung der Bevölkerung sicherzustellen.

³⁶⁹ Ebd., S. 19.

In dem Regime des politischen Tribalismus verliert der Begriff der Staatsbürgerschaft seine Bedeutung, es entfällt die Bestimmung der staatlichen Verantwortlichkeiten, und die Zivilgesellschaft wird durch die staatlichen Institutionen vollständig durchdrungen.

„Unlike many Middle Eastern states, where the political borders bear no relation to the borders of the communities within, Kuwait's borders come close to surrounding a people who feel they share a distinct identity“³⁷⁰.

4. Ein Versuch, sich dem Begriff der Zivilgesellschaft in Kuwait anzunähern

4.1. Einführung: Grundlegende Strukturen des politischen Systems Kuwaits

Die bedeutendste Eigenschaft der in Golfstaaten herrschenden Rentenökonomie ist die Schwächung der Unabhängigkeit der sozialen Gruppen sowie der Verschmelzung von Staat und Gesellschaft. Dem steht die Stärkung des Staates und dessen Unabhängigkeit von sozialen Kräften gegenüber³⁷¹.

Das unmittelbare Ergebnis der riesigen Öl-Einnahmen, welche die Emire in Kuwait erhalten hatten, war der Bruch der historischen Entente zwischen dem Emir und der Händler-Klasse; diese hatte beide Parteien vor der Öl-Epoche zur Zusammenarbeit verpflichtet. Die Unabhängigkeit ermöglichte dem Emir, neue Koalitionen zu bilden, die die Händler-Klasse aus dem offiziellen Leben verdrängten. An dieser Stelle weist der *British Political Resident in the Persian Gulf* darauf hin, dass: *„as the Shaikhs got richer through oil royalties their actual dependence on the merchants for money, [...], grew less“³⁷².*

Emir *Abdullah* (reg. 1950-1965) hatte durch die Reorganisierung der Herrscherfamilie die politische Position der Händler-Klasse entkräftet. Die Entmachtung der Händler-Klasse wurde ihm, ebenso wie die Besänftigung der Mitglieder der Herrscherfamilie, durch die Öl-Einnahmen ermöglicht.

Anfang der fünfziger Jahre versuchte der Emir die politische Repräsentanz der Händler auf der politischen Bühne zu verringern. Um dies zu erreichen, gliederte er die gewählte Händlerversammlung in den Staatsapparat ein. Als die Händler dies ablehnten und eine

³⁷⁰ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 65.

³⁷¹ Vgl. Luciani, Giacomo 1990: Allocation vs. Production States. A Theoretical Framework, S. 65-84. Auch Beblawi, Hazem 1990: The Rentier State in the Arab World, S. 85-98.

³⁷² FO 371-98323: PR to FO, Kuwait, Administration Report, 1951, 31 October 1952, zit. nach: Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 73.

Petition beim Beirat einreichen, schuf der Emir ein oberstes Exekutivorgan, dessen Mitglieder der *Al-Sabah*-Familie angehörten. Drei der elf Mitglieder stammten nicht direkt aus dieser Familie, gehörten aber zu deren Anhängern³⁷³.

Zusätzlich ersetzte der Emir im Jahr 1954 die Kommunalräte, die zum größten Teil aus Mitgliedern der Händler-Klasse bestanden, durch ernannte Räte, allesamt Mitglieder der Herrscherfamilie³⁷⁴. Der Ruf der Händler-Klasse, einen Beratungsrat zu bilden, verhallte im Laufe der fünfziger Jahre ungehört. Am Ende der fünfziger Jahre vertraute der Emir vollständig einem obersten Rat, der den Händlern keinerlei Vertretung bot³⁷⁵.

Die regionalen Gegebenheiten um Kuwait hatten die Regierung angetrieben, ihre Politik der Einschränkung politischer Beteiligung zu ändern. Der irakische Anspruch der sechziger Jahre auf die Annexion und der Einmarsch in Kuwait in den neunziger Jahren haben nachgewiesen, dass die Kräfte, die die legitime Autorität sowie den Emir Kuwaits als ein nationales Symbol der Nation zusammengehalten hatten, die nationalistischen sowie die islamischen Oppositionskräfte waren. Neil Hicks und Ghanim Al-Najjar stellten zur Herrscherfamilie Kuwaits fest: *„Perhaps inadvertently, [...] can be said to have demonstrated that decentralization of power, and the fostering of competitive political environment, albeit limits, can greatly enhance the legitimacy of a government“*³⁷⁶.

Auf dieser Grundlage wurde der Rahmen, den die Regierung für politische und zivile Freiheiten gewährt, stets nach dem, was für die Regierung am günstigsten war, erweitert oder eingeschränkt. Dies wurde besonders in Zeiten, in denen sie den Rückhalt und die Unterstützung der Bevölkerung benötigte, genutzt. Obwohl die kuwaitische Verfassung die wesentlichen Bauelemente für eine aktive Zivilgesellschaft gewährleistet, wie die Freiheit politischer Organisationsbildung, die Versammlungs- und Pressefreiheit sowie die Unabhängigkeit der Justiz, zeigt der Staat *„[...] a marked disinclination to govern within the confines set down by the constitution“*³⁷⁷.

³⁷³ Ebd., S. 73.

³⁷⁴ عبد القادر الجاسم، نجات: بلدية الكويت في خمسين عاماً. الكويت 1980، ص 54.

Abdelqader Aljasim, Najat 1980: Fünfzig Jahre der kuwaitischen Kommune. Kuwait: ohne Verlag, S. 54.

³⁷⁵ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 74.

³⁷⁶ Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 188.

³⁷⁷ Ebd., S. 189.

In der Praxis wurde jedoch die Pressezensur per Gesetz durchgesetzt und verbot es, den Emir und alle Mitglieder der Herrscherfamilie zu kritisieren. Dazu wurden auch Beschränkungen für die Veröffentlichung von Maßnahmen der Regierung auferlegt. Des Weiteren wurden Publizierungen zensiert, so dass das Auflegen von Büchern, Zeitungen oder Bulletins, die keine Genehmigung seitens des Informationsministeriums bekommen konnten, verhindert wurde. Diese Maßnahmen dauerten von 1986 bis 1992, als sie vor den Parlamentswahlen aufgehoben wurden.

Das in der Verfassung vorgesehene Versammlungsrecht wurde durch die Bedingung eingeschränkt, dass eine vorherige staatliche Genehmigung eingeholt werden musste, welche sehr schwierig zu erhalten war. Außerdem wurde die Unabhängigkeit der Justiz durch das Recht des Justizministers geschwächt, Richter zu ernennen und zu entlassen sowie sich in die Arbeit der Gerichte einzumischen.

Hicks und al-Najjar nehmen Bezug darauf, dass 46 von insgesamt 68 Passus des Gesetzes 23 aus dem Jahr 1990, welches die Kompetenzen innerhalb der Judikative regelt, dem Minister die Autorität verleihen, die judikativen Angelegenheiten zu beeinflussen³⁷⁸. Zusätzlich hat der Minister für soziale Angelegenheiten die Befugnis, die Tätigkeiten der nichtstaatlichen Organisationen und Korporationen einzuschränken - ein weiterer Aspekt der staatlichen Zensur.

Das Parlament, das die Regierung als „[...] *a forum for containing opposition, a way of letting off steam*“³⁷⁹ und „[...] *to take the country's pulse*“³⁸⁰ verstanden wissen wollte, wurde zweimal verfassungswidrig durch die Regierung aufgelöst, als es ihres Erachtens die zulässigen Grenzen überschritt.

Es sollte angemerkt werden, dass trotz des eingeschränkten Wählerkreises von männlichen Bürgern ab 21 Jahren mit nachweisbaren Familienursprüngen in Kuwait bis ins Jahr 1920³⁸¹, das Parlament Kuwaits tatsächlich ein Forum für die Interessen verschiedener Gruppen innerhalb der kuwaitischen Gesellschaft gebildet hat. Dieses wird genutzt um einen

³⁷⁸ Ebd., S. 189.

³⁷⁹ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 85.

³⁸⁰ Ebd., S. 85.

³⁸¹ Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt etwa 80 Tausend Bürger von insgesamt 750 Tausend kuwaitischen Bürgern. Siehe: Gamal, Abd Almouhsin Yousef 2007: Die politische Opposition in Kuwait. Kuwait: Dar Qurtas, S. 282.

gemeinsamen Nenner zu finden, wodurch die sozialen Kräfte eine stärkere Position beim Mitwirken am politischen Entscheidungsprozess einnehmen.

Außerdem trägt das Parlament zur Unterstützung sozialer Institutionen bei. Shafeeq Ghabra beschrieb, dass in den Zeiten, in denen das Parlament aufgelöst war, die Rolle der Vereine beeinträchtigt wurde: „[...] *it became clear that when there was no parliament, the public role of the associations and groups suffered*“³⁸².

Zudem konnte das Parlament gemäß Hicks und al-Najjar während seiner Dauer die Willkür der Regierung zügeln: „[...] *at times when it has been in operation there has been an attendant erosion of governmental prerogative*“³⁸³.

Das Verbot der politischen Parteien in Kuwait führte dazu, dass die politische Konkurrenz zwischen beruflichen, sozialen und kulturellen Interessenverbänden wahrgenommen wird. Dadurch versuchten die aktiven politischen Kräfte die Vereinigungen als politische Plattform und Lager auszunutzen, um Wählerstimmen zu gewinnen. Die Dependenz der Interessenverbände vom Parlament erläutert in hohem Maße die Zunahme der Tätigkeiten der Vereinigungen in der Zeit, in der das Parlament bestand, im Kontrast zur Verkümmern ihrer Betätigung in der Zeit, in der es aufgelöst war.

Die nachfolgenden Abschnitte werden sich auf die Grundlagenforschung von Jill Crystal in ihrem Werk „*Civil Society in the Arabian Gulf*“³⁸⁴ beziehen. Die Differenzierungen der Dynamiken der Zivilgesellschaft, welche in dieser Arbeit verwendet werden, stützen sich auf die von ihr getätigte Forschung und wurden im Rahmen dieser Arbeit ausgearbeitet und erweitert.

4.2. Quellen der Dynamik der Zivilgesellschaft

4.2.1. Die wirtschaftliche Dynamik

Im Gegensatz zu den gesellschaftlichen Gruppierungen, die zwischen der Relevanz und dem Abstieg sowie zwischen der Präsenz und der Absenz von Macht und Einfluss schwanken,

³⁸² Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, in: The Middle East Journal, Volume 45, No. 2, Spring 1991, S. 199-215, hier S. 205.

³⁸³ Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 190.

³⁸⁴ Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.) 1996: Civil Society in the Middle East, Volume Two, Leiden; New York; Köln: Brill, S. 295-286.

besaßen Händler aufgrund ihrer Finanzkraft stets einen Teil der politischen Macht, lediglich der Anteil variierte zwischen einem großen bzw. kleinen Teil, obschon dieser Einfluss aufgrund ihrer Integration im staatlichen Apparat durch die Öl-Einnahmen geschrumpft bzw. abgetragen worden war. Durch die Gewichtigkeit ihrer Mitglieder waren die Händler die einzige nationale Institution, deren Errichtung und Betätigung in den Golfstaaten, besonders in Kuwait, zulässig war. Durch die Öl-Einnahmen entstanden neue Kräfte, die das politische Leben im Land neu aufgestellt haben.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Lage der Händler-Klasse in Kuwait im Vergleich zu anderen Golfstaaten außergewöhnlich war. In diesen ermöglichten die riesigen Öl-Einnahmen den Herrschern die Händler-Klasse zu schwächen. Beispielsweise waren die Herrscher in Bahrain in der Lage, die Händler-Klasse aufzulösen, indem sie ethnische Einteilungen in die Gruppen ‚Arabisch und Iranisch‘, konfessionelle Einteilungen in ‚Sunniten und Schiiten‘, regionale Einteilungen in Oman oder die tribalen Einteilungen in den Arabischen Emiraten vornahmen. In Katar kam die Herrscherfamilie selbst aus der Händler-Klasse, von der, in der Zeit als der Perlenhandel verschwand, ein großer Teil emigrierte. Lediglich zwei große Familien blieben, was die Aufgabe des Herrschers in Katar, das wirtschaftliche Leben in der Öl-Ära zu steuern, vereinfachte. Andererseits ermöglichte es ihm, eine neue Händler-Klasse aus schwächeren Familien zu bilden und diese stärker von der Regierung abhängig zu machen³⁸⁵. Außerdem spielte die Handelskammer Kuwaits im Vergleich zu den Händler-Klassen anderer Golfstaaten eine besondere und klar politische Rolle, indem die Anführer der traditionellen Handelsgemeinschaft in Kuwait die politische Reformbewegung vorantrieben. Zusätzlich kamen sie ihrer großen Rolle in der Bereicherung der kulturellen und intellektuellen Bewegung in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts nach³⁸⁶. Der Kontakt dieser kommerziellen Aristokratie mit den verschiedenen Staaten der Region, zurückzuführen auf ihre Arbeit in der Seefahrt und dem Handel, führte zur Vertiefung ihrer intellektuellen Struktur sowie zu der Übernahme neuer intellektueller und kultureller Tendenzen, die in Staaten des arabischen Zentrums vorherrschend waren³⁸⁷.

³⁸⁵ Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, S. 262.

³⁸⁶ Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf, S. 88; 93.

³⁸⁷ Ebd., S. 90.

Die wirtschaftliche Macht in Kuwait kongruiert um zwei Achsen³⁸⁸, die die Grundlage für die soziale Organisation in der Zeit vor der Öl-Ära bildeten, aber wie alle anderen Bereiche in den Golf-Staaten wurden diese durch den Eintritt neuer Elemente oder den Austritt der älteren neugestaltet.

Die wirtschaftliche Kraft versammelt sich um die Klasse, die historisch in der kuwaitischen Gesellschaft gegründet war und durch die tribale Traditionen verstärkt wurden. Der Reichtum war ein bedeutender sozialer Faktor der gesellschaftlichen Stratifikation, und zwar auf der Grundlage der ‚Kastenzugehörigkeit‘, d. h. die Teilung von denen, die Geld haben, und jenen, die keines haben. Die zweite Achse dreht sich um den Sektor, privat oder staatlich³⁸⁹.

4.2.1.1. Die Händler-Klasse

Diese Klasse hat sich historisch in einer Ständegesellschaft, die durch die Hierarchie ihrer sozialen Klassen gekennzeichnet war, und einem wirtschaftlichen System, das hauptsächlich auf Perlenfischerei und Seehandel basierte, herausgebildet.

An der Spitze dieser sozialen Hierarchie stand die Gruppe, die mit der Aufgabe der Landesverwaltung betraut wurde, namentlich die *Al-Sabah*-Familie. Gleichermäßen privilegiert war die Gruppe, die die kommerziellen Angelegenheiten übernahm und die Wirtschaftskraft hatte, namentlich die Händler-Klasse. Diese Klasse und die Herrscherfamilie waren die Elite der Familien von *Bani Utub*, die nach Kuwait immigrierten und sich dort niederließen, wie es in Kapitel 3.4.2. bereits erwähnt wurde.

Durch die Stammestradiation, welche die soziale Abstufung auf Grundlage der Betätigung verstärkt, wurde die Hierarchie gefestigt. Diese Faktoren führten dazu, dass die Mitglieder dieser Gruppe das Gefühl bekamen, dass sie die Spitze der sozialen Hierarchie in der kuwaitischen Gesellschaft darstellten.

Diese Gruppe wurde durch ihre soziale Lage und wirtschaftliche Kraft in die Lage versetzt, ihr Vermögen zu vermehren und so ihre Herrschaft über die anderen Gruppen zu verstärken. Diese Klasse konnte durch ihr Monopol in der kommerziellen Schifffahrt, der Perlenfischerei und die zunehmende Ausbeutung ihrer Seeleute ihren Reichtum vergrößern. Dadurch gelang ihnen der Übergang von einer „[...] *wealthy status group into a class*“³⁹⁰. Infolgedessen wurde

³⁸⁸ Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, S. 261.

³⁸⁹ Ebd., S. 260f.

³⁹⁰ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 73.

die Hierarchie der Gesellschaft mit der Vergrößerung des Reichtums dieser Klasse zunehmend verstärkt.

„[...] ,Kuwaiti society seems to have become more hierarchical as this elite became wealthier and wealthier, moving away from the more egalitarian structures, norms, and values of the desert economy to the less egalitarian structures, norms, and values of a market economy“³⁹¹.

In der Zeit vor der Öl-Ära hatte diese Klasse ihre Homogenität durch die Vertretung und das Artikulieren der kommerziellen Interessen ihrer Mitglieder verstärkt. Außerdem führte die Abhängigkeit des Herrschers von dieser Klasse bei der Finanzierung der Verwaltungsangelegenheiten des Staates zur Entwicklung einer besonderen Beziehung zwischen den beiden und dabei zur Festigung des Einflusses der Händler-Klasse auf den Herrscher.

Die Öl-Einnahmen hatten zur Neugestaltung der gesellschaftlichen Klassen in Kuwait beigetragen. Die durch diese Einnahmen entstandene Rentenökonomie führte dazu, dass der Zugang zum Staat oder zur politischen Klasse viel bedeutender wurde beim Gewinn und Ausbau von Reichtum als private wirtschaftliche Fähigkeiten und individuelle Vermögen ³⁹². Darauf kam es letztendlich zur Änderung der Struktur der gesellschaftlichen Klassen sowie zur Stärkung oder Schwächung einer Klasse auf Kosten einer anderen Klasse oder eventuell auch ihres Verschwindens. Zum Beispiel verschwand die Klasse der Seeleute und Taucher, welche für die Händler-Klasse gearbeitet hatten. Dies geschah nach dem Eingang der riesigen Öl-Einnahmen, allerdings nicht nur in Kuwait, sondern in allen Golfstaaten. Diese Klasse arbeitete dann im Staatssektor und bildete damit eine neue Klasse in der kuwaitischen Gesellschaft, namentlich die Klasse der Technokraten und Bürokraten³⁹³; dies wird später noch einmal behandelt.

Die Händler-Klasse, deren Verschwinden zu erwarten war, bewahrte ihren Status als Klasse beim Zugang von Öl. Ihre kommerziellen Interessen waren ihnen nicht nur bewusst, sie konnten diese Interessen auch unter verschiedenen Bedingungen wirksam wahren. Jill Crystal erläutert, dass die Händler als Klasse aus zwei Gründen nicht verschwanden. Der erste ist

³⁹¹ Ebd., S. 73.

³⁹² Ebd., S. 73.

³⁹³ Ebd., S. 73.

kultureller Art: Diese Klasse hatte nicht nur „*merchant interests*“³⁹⁴ entwickelt, sondern auch „*merchant culture and a set of social institutions*“³⁹⁵, durch eine Reihe von sozialen Mechanismen, die ihre innere Kohärenz und Einheitlichkeit verstärkten. Dazu zählen ihre *Diwaniyyat*, die sehr häufig besucht wurden, sowie die Endogamie³⁹⁶. Darunter wird verstanden, dass die Mitglieder dieser Klasse nur innerhalb dieser Klasse heirateten.

Der zweite Grund ist wirtschaftlicher Natur: ihre Fähigkeit, Zugänge zur Regierung zu finden und darüber hinaus neue Verbindungen zur Regierung zu schaffen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sie der Regierung Schwierigkeiten bereiten konnten, die ihrerseits fand, dass es günstiger für sie war, die Händler-Klasse für sich zu gewinnen, als sie zu verdrängen³⁹⁷. Jill Crystals Kommentar hierzu: „*Simply, it was cheaper for the government to buy them out than to drive them out*“³⁹⁸.

Ein Beweis für ihre wirtschaftliche Kraft kann bspw. in den fünfziger Jahren beobachtet werden, als die Regierung nicht in der Lage war, die Finanzierung der Infrastrukturprojekte und Dienstleistungen fortzusetzen. Dies trieb den Emir an, im Jahr 1953 um Darlehen von der Händler-Klasse zu bitten. Im Gegenzug versicherte der Emir, ihre finanziellen Interessen und einen entsprechenden Anteil der Öl-Einnahmen zu gewährleisten³⁹⁹. Um dies zu verwirklichen, ergriff die Regierung verschiedene Maßnahmen: Sie gewährte ihnen die Steuerung des privaten Nicht-Öl-Sektors durch implizite Vereinbarungen und versprach ihnen, staatliche Verträge und einige Monopole im Handel zu erhalten. Das beste Beispiel dafür war, dass die Regierung Kuwaits ausländische Unternehmen in Kuwait daran hinderte, die Ausschreibungsunterlagen für den Bau des Hafens in Kuwait vorzulegen, was als das erste und größte Projekt des Staats bezeichnet wurde⁴⁰⁰.

Dazu kam die Verabschiedung des Aktiengesellschaftsgesetzes, welches festlegt, dass 51% eines ausländischen Unternehmens in Kuwait im Besitz kuwaitischer Staatsbürger sein müssen. Erwähnenswert ist hierbei, dass 4,8% der kommerziellen Klasse Kuwaits 37,9% der

³⁹⁴ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 73.

³⁹⁵ Ebd., S. 73.

³⁹⁶ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S.77.

³⁹⁷ Ebd., S. 7.

³⁹⁸ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 74.

³⁹⁹ Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf, S. 90.

⁴⁰⁰ Ebd., S. 75.

größten Handelsagenturen monopolisieren, zum Beispiel Automobilunternehmen, Fluggesellschaften, Reiseunternehmen und Kapitalgesellschaften⁴⁰¹.

Außerdem hatte der Staat eine Reihe von Handelsgesetzen erlassen, die das Eigentumsrecht auf Bürger des Landes beschränken. Des Weiteren hat sich die kuwaitische Herrscherfamilie verpflichtet, keinem der Mitglieder der *Al-Sabah* die Beteiligung am Handel auf dem lokalen Markt zu erlauben⁴⁰².

Es stimmt, dass die Regierung in Kuwait die Kontrolle über einen großen Teil der wirtschaftlichen Sektoren innehat, wie bereits in den früheren Kapiteln erwähnt, aber sie ließ einen Raum für den privaten Sektor, der ein großes Betätigungsfeld für die Händler-Klasse darstellt. „*Where merchants wanted to invest -trade, construction, services- the state stayed out*“⁴⁰³.

Im Kapitel 3.5 wurden die Akquisitions-Programme als distributive Politik des Staates angesprochen. Der Staat erwarb viele Grundstücke zu sehr hohen Preisen in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts unter dem Vorwand, auf ihnen öffentliche Einrichtungen zu errichten, und bot diese Grundstücke den Bürgern zu niedrigen Preisen wieder an. Ein großer Teil der Bürger profitierte von diesen Programmen, aber am stärksten die Händler-Klasse. Der Grund dafür war, dass sie viele der Grundstücke besaßen, die in diesen Programmen erworben wurden⁴⁰⁴.

In diesem Zusammenhang wird ersichtlich, dass diese riesigen finanziellen Erträge, die in die Kassen der Händler flossen, der Preis für ihren Verzicht bzw. das Wegbleiben aus der Politik war, d. h., ihr politischer Einfluss, den sie in der Zeit vor der Öl-Ära ausüben konnten, wurde durch wirtschaftlichen Reichtum in der Zeit des Öls ersetzt. Die Gegenleistung, die der Herrscher für seine finanzielle Großzügigkeit auferlegt hatte, war „*[...] political quiescence*“⁴⁰⁵.

Dies führte dazu, dass ihre Möglichkeit, inoffiziell Zugang zur Spitze der Hierarchie zu erhalten, im Laufe der Zeit im selben Maße verringert wurde, wie der Emir die Grundpfeiler der Herrscherfamilie stärkte. Auch ihre Fähigkeit zum offiziellen Zugang wurde geschwächt,

⁴⁰¹ Ebd., S. 76.

⁴⁰² Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 8; 75.

⁴⁰³ Ebd., S. 8.

⁴⁰⁴ Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 186. Siehe auch: Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 76.

⁴⁰⁵ Ebd., S. 9.

nachdem die alten Institutionen durch neue Institutionen und neue Allianzen, deren Führung die Herrscherfamilie übernahm, ersetzt wurden. In diesem Zusammenhang erwähnt Jill Crystal, dass die Händler-Klasse einen Teil des politischen Einflusses durch das Parlament behielt, aber der Emir konnten diesen durch die Schaffung neuer Allianzen niederhalten ⁴⁰⁶.

Das Öl hat die soziale Struktur des Landes verändert und manche Klassen und Kräfte zu Gunsten anderer beseitigt. Trotzdem konnte die Händler-Klasse ihren Zusammenhalt als eine Klasse „[...], *wounded but intact*, [...]“⁴⁰⁷ behalten.

Das Hauptinteresse der Händler-Klasse ist, wie überall, die Erreichung und der Ausbau von finanziellen und wirtschaftlichen Vorteilen. Ausgehend davon unterstützen sie Regime oder Regierungen, die politische Stabilität verwirklichen können, die eine für die Wirtschaftsprosperität geeignete Umgebung bietet. Damit kann angenommen werden, dass die kuwaitische Händler-Klasse die Herrscherfamilie unterstützt, solange sie Sicherheit und Schutz bietet. Falls die Herrscherfamilie die Interessen der Händler-Klasse nicht berücksichtigt, kann diese Klasse ihre Unterstützung der Herrscherfamilie jedoch entziehen.

Jill Crystal nimmt an, dass die Unterstützung der Händler-Klasse für die Herrscherfamilie eine passive Unterstützung darstellt, weil diese Klasse die Unterstützung irgendeinem Regime bietet, das Stabilität und Verteilung von Reichtum gewährleisten kann⁴⁰⁸.

Durch ihre Fähigkeit, sich selbst als eine homogene und kohärente Klasse zu bewahren, war die kuwaitische Händler-Klasse in der Lage, die politische Arena als eine organisierte Gruppe zu betreten, wenn der implizite Vertrag mit dem Emir bedroht wurde, insbesondere in den Zeiten, als die Ölpreise sanken und die Größe der Investitionsprojekte geringer wurde⁴⁰⁹, beispielsweise in den achtziger Jahren, oder wenn die Regierung in Krisen geriet (siehe im zweiten Abschnitt: Börsenkrach *Souk Almanakh*). Dies wurde deutlich bei der Bildung der oppositionellen konstitutionellen Bewegung im Jahr 1989 und danach in den parlamentarischen Strategien nach der Befreiung Kuwaits von der irakischen Besetzung ⁴¹⁰. Diese Klasse war in der Lage, ihre Interessen durch viele soziale Einrichtungen zu aggregieren - wie etwa die *Diwaniyyat*, Berufs- und Alumniverbände.

⁴⁰⁶ Ebd., S. 9.

⁴⁰⁷ Crystal, Jill 1996: *Civil Society in the Arabian Gulf*, S. 261.

⁴⁰⁸ Ebd., S. 263.

⁴⁰⁹ Crystal, Jill 1995: *Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar*, S. 9.

⁴¹⁰ Crystal, Jill 1996: *Civil Society in the Arabian Gulf*, S. 262.

Der Wunsch nach Aneignung von Reichtum als gemeinsames Interesse vereinigte die wirtschaftlichen Kräfte beim Etablieren von Interessengruppen, die sie gegenüber dem Staat vertreten. So konnte die Händler-Klasse in Kuwait im Jahr 1959 eine offizielle Institution errichten, um ihre Interessen zu artikulieren, nämlich die Handelskammer.

Diese Handelskammer fungiert als Delegation der Interessen von Händlern und spielte eine große Rolle beim Lösen von wirtschaftlichen Problemen, insbesondere beim Börsenkrach *Souk Almanakh* in den achtziger Jahren. Zusätzlich spielte sie eine zentrale Rolle beim Reorganisieren der Wirtschaft in der Zeit nach dem Befreiungskrieg. Als Ergebnis ihrer zunehmenden Rolle und Relevanz in der Phase nach der irakischen Besetzung erschien sie als eine der deklarierten politischen Versammlungen mit nationalem Charakter unter dem Namen ‚Konstitutionelle Versammlung‘. Diese Versammlung, die im Jahr 1991 entstand, war ein parlamentarischer Block (die kuwaitische informelle Form für politische Parteien, da Parteien offiziell verboten sind), eine Interessenvertretung der nationalen Händler, die eine große Rolle in dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben in Kuwait spielten⁴¹¹. Die *Diwaniyyah* von *Abdel Aziz Sakr*, dem ehemaligen Leiter der Handelskammer, bspw. war „[...] ein wichtiger Ort für die Versammlungen der politischen Kräfte, insbesondere in den bedenklichen nationalen Situationen sowie zu den wichtigen nationalen Anlässen“⁴¹².

Die politische Rolle der Handelskammer - oder in anderen Worten ihrer aktiven Anführer und Mitglieder - ist in Kuwait fest verankert. Die in der Handelskammer organisierten Kaufleute hatten stets eine gewisse Vertretung im kuwaitischen Parlament während seiner verschiedenen Perioden bewahrt. Sie führte auch den Versuch an, die verschiedenen intellektuellen und ideologischen Gruppen innerhalb der kuwaitischen Gesellschaft in Einklang zu bringen: die Linken, die Nationalisten, die Muslimbrüder, die Salafisten und die Schiiten⁴¹³. Sie vertritt im Allgemeinen die Interessen der Handelsgemeinschaft, die im offiziellen Apparat des Staates integriert oder damit verbunden ist, da die Gewährleistung ihres wirtschaftlichen Wohlstands an die Fortführung der Beziehung zum staatlichen Apparat gekoppelt ist. Dennoch gab es ihr eine relative Unabhängigkeit gegenüber den staatlichen Establishments. Die Händler-Klasse rief zur Wiederbelebung des Parlamentes in der Zeit vor der irakischen Besetzung in Kuwait

⁴¹¹ Gamal, Abd Almouhsin Yousef 2007: Die politische Opposition in Kuwait, S. 20.

⁴¹² Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, S. 270.

⁴¹³ Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf, S. 88.

auf sowie zur Verwurzelung der Demokratie in der Zeit nach der Befreiung und forderte häufig die Reform des Hauses der Herrscherfamilie und die Trennung des Amtes des Ministerpräsidenten von dem des Kronprinzen. Diese Aufrufe waren von der gleichen Natur wie die der kuwaitischen säkularen und liberalen Versammlungen, die mehr Demokratie und Reform von Verwaltung und Politik unterstützten⁴¹⁴.

Diese politischen Aktivitäten der kuwaitischen Handelskammer hatten zur Vertiefung der Lücke zwischen ihr und der Regierungsinstanz beigetragen. Infolgedessen versuchte die Regierung, die Klasse des Parvenü, die stärker vom Staat abhängig ist, als Gegenpol zu der traditionellen Händler-Klasse politisch und wirtschaftlich zu etablieren und ermutigen.

4.2.1.1.1. Die Auswirkungen des Börsenkrachs *Souk Almanakh*

Der Beginn der Börsenkrise liegt in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts, nachdem die kuwaitische Wirtschaft gedieh und der finanzielle Sektor entwickelt wurde, und zerstörte diese in ihrem Verlauf beinahe, insbesondere nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Libanon, der als der größte arabische Bankrott galt, da das Bankwesen dort das fortschrittlichste der Region ist⁴¹⁵, sowie nach dem arabischen Boykott von allen Ländern, die Israel unterstützten⁴¹⁶. Dies führte zu einer Akkumulation von großen Vermögen in Kuwait.

Mit dem nach Kuwait strömenden Geld erlebte die Wertpapierbörse einen großen Aufschwung. Die hohen Spekulationen an der kuwaitischen Börse führten dazu, dass die kuwaitische Zentralbank im Jahre 1973 von allen Banken verlangte, den Kreditplafond zu bestimmen. Die Regierung hatte auch 25% der benötigten Barliquidität bereitgestellt und eine Behörde zur Kontrolle der an der Börse gehandelten Aktiengesellschaften errichtet und hatte die Handelsgeschäfte suspendiert, aber die Spekulationen wurden fortgesetzt⁴¹⁷. Ab 1976 stiegen die Aktienpreise sehr stark im Vergleich zu ihrem Buchwert, was die Regierung zur Neubestimmung des Nennwertes der Aktien veranlasste. Dies führte zu einer allmählichen Senkung des Marktwertes der Aktien, bis der Markt zusammenbrach.

Schnell griff die Regierung ein, um das Problem zu lösen, und zwar durch die Unterstützung der Aktien von angeschlagenen Unternehmen, indem sie eine halbe Milliarde kuwaitische

⁴¹⁴ Vgl. ebd., S. 89f.

⁴¹⁵ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 97.

⁴¹⁶ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 105.

⁴¹⁷ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 97. Auch: Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 105.

Dinar ausgab und eine Reihe von Maßnahmen ergriff. Darunter waren das Verhindern der Anmeldung neuer Aktiengesellschaften und die Einführung von strengeren Bedingungen der Börsennotierung neuer Unternehmen.

Obwohl diese Maßnahmen zur Herstellung des normalen Betriebes an der Börse teilweise beitrugen, führte dies aber zum Defizit der gehandelten Aktien, weil die Regierung die Aktien der angeschlagenen Unternehmen behielt und sie nicht handelte und andererseits den Anmeldestopp neuer Aktiengesellschaften fortsetzte⁴¹⁸. Aber diese Maßnahmen waren nach Jill Crystal „*Ironically [...] only too effective*“⁴¹⁹.

Denn der Öl-Boom im Jahr 1979 sowie der Aufschwung der Wirtschaft in Kuwait und die strengen staatlichen Maßnahmen für die Börsennotierung neuer Aktiengesellschaften führten zur Entstehung eines parallelen Finanzmarkts neben der offiziellen Börse, um die Aktien von Unternehmen zu handeln, die die Bedingungen der offiziellen Börsennotierung nicht erfüllen konnten. Dies war der Anfang der Börse von *Souk Almanakh*. Die staatliche Reaktion auf diese parallele Wertpapierbörse war nicht deutlich. Die Regierung hatte diese Börse weder kontrolliert noch geschlossen⁴²⁰. Die Spekulationen in dieser Börse waren so populär, dass sie sich in eine Art „*national sport*“⁴²¹ umgewandelt hatten. Zu den herausragenden Spekulanten dieser Börse gehörten einige Mitglieder der Herrscherfamilie⁴²².

Der Mangel an wirksamer Kontrolle durch die Regierung an dieser Börse führte zu ihrem Zusammenbruch im Jahr 1982, nachdem einige Investoren zahlungsunfähig wurden, weil sie sich mit Terminkontrakten verpflichtet hatten, und somit wurden die meisten Schecks nicht rückzahlbar. Ihr Wert hatte 94 Milliarden USD überschritten, dies entspricht dem Vierfachen des kuwaitischen Bruttoinlandsprodukts zu jener Zeit⁴²³. Die Lage hatte sich aufgrund der geringeren Öleinnahmen in Folge des Krieges zwischen dem Irak und Iran weiter verschlechtert.

Die Reaktion der Regierung, diese Krise zu bewältigen, teilte sich in zwei Trends auf: Der erste war radikal und unter der Leitung des Finanzministers, der es für erforderlich erachtete,

⁴¹⁸ Ebd., S. 106.

⁴¹⁹ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 97.

⁴²⁰ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 107.

⁴²¹ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 98.

⁴²² Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 108.

⁴²³ http://www.aleqt.com/2010/07/23/article_421653.html, abgerufen am 06.10.2012.

alle Hauptakteure dieser Krise zu bestrafen und zu inhaftieren. Es ist erwähnenswert, dass die meisten der alten Händler-Familien, die die offizielle Börse beherrschten, den gleichen Standpunkt vertraten. Der zweite wurde durch den Leiter der Handelskammer präsentiert, welcher vorschlug, die Investoren zu retten. Der erste Schritt der Regierung war die Bildung eines Fachausschusses, um die Krise zu analysieren, sowie einer Behörde für die finanzielle Abwicklung, um die fälligen Schecks entsprechend dem Vorschlag der Handelskammer einzutragen und zu bezahlen. Diese Behörde, zu der auch Mitglieder der Händler-Klasse zählten, spielte eine große Rolle beim freiwilligen Ausgleich zwischen den Streitparteien bei der Lösung des Problems⁴²⁴.

Im Allgemeinen war der Fall der *Souk Almanakh*-Börse eine große Krise in der Geschichte der kuwaitischen Wirtschaft, er war aber auch eine gute Gelegenheit für andere Parteien, die davon zu profitieren versuchten, indem sie alte Verbindungen stärkten und neue aufbauten. Für die alten Händler-Familien war diese Krise daher eine Gelegenheit, sich beim Lösen der Krise und in den Verhandlungen über Ausgleichs zwischen den Streitparteien und als Mitglieder der Jurys, die dafür gebildet wurden, erneut zu profilieren⁴²⁵. Inzwischen bestätigte der Emir sein offizielles Bekenntnis zur Handelskammer sowie seine Unterstützung für sie durch die Schwächung der Klasse der neuen Händler, die eine Konkurrenz zu der alten bildete⁴²⁶. In einem Telegramm der amerikanischen Botschaft wurde angemerkt: „*established merchant families are eager for stock market nouveau riche to be nailed to the wall*“⁴²⁷. Nach dem Aufschwung des Finanzmarktes und nachdem die Regierung alle Händler zur Liquidierung und zum Handel durch die offizielle Wertpapierbörse gezwungen hatte, konnte die alte Händler-Klasse riesige finanzielle Gewinne erzielen. Daneben konnten sie in den späteren Jahren ihre Positionen stärken und waren in der Lage, von der wirtschaftlichen Rezession nach der Krise zu profitieren sowie von der Senkung der Öl-Preise, indem sie eine protektionistische Politik vom Staat einforderten⁴²⁸. Im Laufe der Zeit wurde die Rolle der Handelskammer im wirtschaftlichen Leben größer. Diese ist für die Regierung ein

⁴²⁴ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 98ff.

⁴²⁵ Ebd., S. 100.

⁴²⁶ Ebd., S. 97.

⁴²⁷ Epstein, Edward Jay 1983: Kuwait. Embassy Cables. Atlantic, 251: S. 16-19, hier S. 18, zit. nach: Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 100.

⁴²⁸ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 100.

unverzichtbarer Partner geworden, so dass sich die Regierung auf Ratschläge und Berichte der Kammermitglieder verlassen konnte.

4.2.1.2. Die Mittelschicht

Die soziale Hierarchie, an deren Spitze die Händler-Klasse stand, ist nicht mehr das Pattern der sozialen Schichtung in Kuwait. Die Arbeiterklasse von Seeleuten, Perlenfischern und Handwerkern, die die breite Basis dieser Hierarchie gebildet hatten, hat sich in der Öl-Ära von Arbeitern der Privatwirtschaft in Arbeiter des öffentlichen Sektors des Staates umgewandelt⁴²⁹. Der Rentierstaat in Kuwait und den anderen Golfstaaten ist der größte Arbeitgeber aller industriellen und wirtschaftlichen Bereiche. Die meisten Mitglieder dieser Klasse wechselten in den Öl-Sektor, insbesondere nach seiner Verstaatlichung. Die distributive Politik des Staates, die Öl-Einnahmen auf die Bürger zu verteilen, veranlasste den Staat dazu, seinen bürokratischen Apparat signifikant zu erweitern und dementsprechend verschiedene Institutionen zu etablieren, wie das Ministerium für Wohnungswesen und das Ministerium für soziale Angelegenheiten.

Die Tätigkeit der staatlichen Bürokratie konzentriert sich im reichen Kuwait mit geringer Bevölkerungszahl mehr auf die Verteilung der Öl-Einnahmen als auf die Gewährleistung diese zu erhalten, wie es in den anderen Staaten häufig der Fall ist⁴³⁰. Die Beziehung des Rentierstaats zur Gesellschaft in Kuwait ist dadurch gekennzeichnet, dass der Staat die alte Klasse, von der er einst abhängig war, geschwächt hatte, namentlich die Händler-Klasse. Gleichzeitig hat er eine neue bürokratische Klasse erschaffen, deren Identitätsgefühl auf der Abhängigkeit vom Staat fußt.

An der Spitze dieser Klasse stehen die Minister und die staatlichen Angestellten in den Ministerien und wichtigen Sektoren. Solche haben großes Interesse daran, diese Beziehung aufrechtzuerhalten, die ihnen den Zugang zum Staat sichert und somit zu Macht und Reichtum. Mit dem Übergang dieser Klasse zum öffentlichen Sektor bestimmte sie ihre Identität als Sektor und nicht mehr als Klasse⁴³¹. Im Gegensatz zu der Händler-Klasse, die ihre Existenz fortsetzte und sich als neue und moderne kommerzielle Klasse verstärkte, hatte

⁴²⁹ Vgl. Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 73; Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, S. 263.

⁴³⁰ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 101.

⁴³¹ Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, S. 263.

die Gruppe, die aus den früheren Arbeitskräften bestand, die staatliche Bürokratie gebildet und wurde damit vom Staat für ihren Lebensunterhalt abhängig. Ihre Zugehörigkeit zur staatlichen Bürokratie erhöhte ihre Abhängigkeit vom Staat einerseits, aber gab ihnen als einheimische Bürger andererseits, im Gegensatz zu den ausländischen Arbeitskräften im Land, viele Vorteile hinsichtlich der Löhne, Arbeitsbedingungen und Führungspositionen in dem staatlichen Sektor. Das kuwaitische Zivildienstgesetz aus dem Jahr 1960 sicherte den kuwaitischen Bürgern mehr Löhne und höhere Positionen zu als ausländischen Arbeitern. Diese Vorteile hatten positiven Einfluss auf der Ebene der Individuen, stellten aber einen hinderlichen Faktor auf der Ebene der Organisation dar. „*Nowhere have workers united along class and across national lines. Even in Bahrain, Sunni and Shii national workers have united against expatriate labor*“⁴³².

Die Immigration der ausländischen Arbeitskräfte (arabischer oder asiatischer Herkunft) in den Arbeitsmarkt hatte zu der offiziellen und inoffiziellen Vertiefung der Klassentrennung zwischen den lokalen und ausländischen Arbeitskräften beigetragen, nicht nur im Bezug auf Löhne, Beschäftigungsbedingungen und Erhalt von Wohnungen, sondern noch mehr in Hinblick auf die legitimen Rechte der Arbeiter. Erwähnenswert ist, dass die Klasse der ausländischen Arbeiter in den Golfstaaten, trotz ihrer großen Zahl von 68,8% der gesamten Bevölkerung sowie ihrer Bemühungen, ihre wirtschaftlichen Interessen zu erreichen (diese beinhaltet Geldtransfers an ihre Familien im Ausland, z. B. zwischen 2006 und 2010 50,7 Milliarden USD)⁴³³, zerrissen, nicht organisiert und politisch hilflos ist. Obwohl jede Gruppe der ausländischen Arbeitskräfte hinsichtlich ihrer lokalen Identität als ausgebürgerte Gemeinschaft teilweise organisiert ist, ist sie aber im Bezug auf Wohnen, Sprache und Kultur voneinander gespalten und isoliert. Dies führt zur Unfähigkeit der Kommunikation miteinander und somit zu begrenzten politischer Aktivitäten.

Die erste Trennung zwischen den ausländischen Arbeitskräften ist diejenige zwischen den asiatischen nicht-arabischen Arbeitern mit 65,4% und den arabischen mit 34,6% der gesamten ausländischen Arbeitskräfte in Kuwait⁴³⁴. Die arabischen Arbeiter wurden als Ärgnis für die konservativen Golfregierungen gesehen, weil sie aus mehr politisch und sozial offenen Ländern kamen (wie Ägypten, Syrien und Libanon). Diese waren überzeugt von der Ideologie

⁴³² Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, S. 264.

⁴³³ <http://alhuriah.com/Article.cfm?ArticleID=6798>, abgerufen am 23.09.2012.

⁴³⁴ <http://www.m7shsh.com/vb/133924.html>, abgerufen am 23.09.2012.

des Panarabismus, den die Herrscher der Golfstaaten als eine Bedrohung ihrer Macht ansahen. Auch die Tätigkeit der meisten Ägypter, z. B. im Bildungsbereich, trug zu der erhöhten Befürchtung des Staates bei, dass sie Einfluss auf die jüngere Generation haben könnten.

Die oben genannten Statistiken unterscheiden sich stark von den Zahlen der arabischen Arbeitskräfte in den 70er und 80er Jahren, als sie 68% der gesamten ausländischen Arbeitskräfte in Kuwait stellten⁴³⁵. Die Regierung hatte damals Einschränkungen für die arabischen Arbeiter beschlossen, und zwar aus Sorge um den von ihnen ausgeübten Einfluss auf die Bevölkerung. Um diese zu verwirklichen, ergriff sie zahlreiche Maßnahmen, die auf die Begrenzung der Tätigkeiten von arabischen Arbeitern abzielten. Durch eine dieser Maßnahmen, die fehlenden Eigentumsrechte für Ausländer, selbst für einfachste Sachen, wurde ein ökonomischer Zwang ausgeübt. „*non-Kuwaitis are not allowed to own taxis*“⁴³⁶.

Zusätzlich wurde auch die Länge ihrer Aufenthaltsdauer in Kuwait auf fünf Jahren begrenzt. Gewiss hatten sie das Recht verliehen bekommen, Gewerkschaften nach fünf Jahren Aufenthalt beizutreten, ihnen wurde jedoch das Stimm- und Wahlrecht genommen. Des Weiteren schloss man sie von den meisten Aspekten der freien wirtschaftlichen Betätigung aus und hinderte sie an der Errichtung privater Geschäfte und an Spekulationen an der Börse. Dazu waren die ausländischen Arbeitskräfte vom sozialen Leben in Kuwait hinsichtlich der Eheschließung und des Eintritts in soziale Vereine in einer geschlossenen Gesellschaft isoliert. Die Tatsache, dass die Zahl der kuwaitischen Bürger geringer war als die Zahl der Ausländer, verband das kuwaitische Volk mit seiner charakteristischen kuwaitischen Identität.

Zusätzlich waren auch politische Einschränkungen der Einbürgerung durch Gesetze vorhanden. Diese Gesetze setzten, um die Staatsbürgerschaft zu erhalten, für die ausländischen arabischen Arbeitnehmer 15 Jahre ununterbrochenen Aufenthalt und für die nicht-arabischen 20 Jahre voraus (früher 30 Jahre). Auch diese zwei Gruppen hatten das Recht, Kandidaten des Parlaments zu wählen, allerdings erst 30 Jahre nach dem Erhalt der Staatsbürgerschaft. Die Regierung begrenzte die zulässige Zahl der arabischen und nicht-

⁴³⁵ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 83.

⁴³⁶ Gavrielides, Nicolas 1987: Tribal Democracy. The Anatomy of parliamentary Elections in Kuwait, in: Layne, Linda L. 1987: Elections in the Middle East. Implications of Recent Trends. Boulder; London: Westview Press, S. 153-195, hier S. 160.

arabischen ausländischen Arbeitnehmer, welche die Staatsbürgerschaft gewährt bekommen, auf fünfzig pro Jahr⁴³⁷. Kuwait bezeichnete das Staatsangehörigkeitsgesetz als souveränes Gesetz, das heißt, dass die vorgenannten Überlegungen zur Einbürgerung nicht für es gelten. Dies wurde auch vor der Kommission der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Diskriminierung in 2012 erwähnt⁴³⁸.

Der Staat nutzte die Spaltung zwischen den lokalen und ausländischen Arbeitskräften aus und trug zu einer Vertiefung der Trennung der Arbeiterklasse bei. Der kuwaitische Staat behandelte das Problem der ausländischen Arbeitnehmer als ein außenpolitisches,⁴³⁹ indem er die Regierungen der Heimatländer der Arbeitnehmer für ihre Verhältnisse verantwortlich machte. Dazu wurden diese Gruppen ständig bedroht, aus dem Land abgeschoben zu werden und sie aufgrund der Politik ihrer Herkunftsländer zu bestrafen, sollte die Politik dieser Länder bei bestimmten Themen nicht mit der Politik Kuwaits übereinstimmen. Das beste Beispiel dafür ist die Lage der palästinensischen Gastarbeiter in Kuwait, deren Anzahl, nach der Unterstützung der irakischen Invasion in Kuwait durch die palästinensische Regierung, von 450.000 vor dem Einmarsch auf weniger als 30.000 in Kuwait reduziert wurde. Dies war die Antwort auf den Standpunkt von Yasser Arafat, der die irakische Besetzung unterstützte⁴⁴⁰.

Die Arbeitskräfte, seien sie einheimisch oder ausländisch, leiden auch an Beschränkungsmaßnahmen hinsichtlich ihres Rechts auf Verhandlungen der Löhne mit dem Arbeitgeber. Dies wurde jedoch gelegentlich von Privilegien und Zulagen für einheimische Arbeitskräfte begleitet, um ihre Treue und Loyalität zu gewinnen. All diese Taktiken hatten zu der Sicherung und Vertiefung der Kontrolle bezüglich der Mitglieder dieser Gruppe beigetragen.

Nachdem der Staat die riesigen Öl-Einnahmen für die Entwicklung des bürokratischen Staatsapparats verwendete, half dies beim Schaffen einer „neuen Mittelklasse“⁴⁴¹ mit sozialen Anforderungen und politischen Bestrebungen nach Verwaltungs- und Politikreformen. Doch

⁴³⁷ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 86.

⁴³⁸<http://alwatan.kuwait.tt/ArticleDetails.aspx/resources/sendemail.aspx?Id=173404>, abgerufen am 25.09.2012.

⁴³⁹ Crystal, Jill 1996. Civil Society in the Arabian Gulf, S. 264.

⁴⁴⁰ El-Najjar, Hassan A. 2001: The Gulf War: Overreaction & Excessiveness. Dalton: Amazon Press, Online Version: <http://www.gulfwar1991.com/> o. S.

⁴⁴¹ Halpern, Manfred 1963: The Politics of Social Change in the Middle East and North Africa. Princeton: Princeton University Press, S. 51, zit. nach: Crystal, Jill 1996. Civil Society in the Arabian Gulf, S. 265.

diese war, durch die Ausprägungen der nationalistischen, linken, islamistischen und liberalen Ideologien, stark fragmentiert⁴⁴².

Dem Herrscher erlaubte das Öl-Einkommen, durch die Verteilung von sozialen Dienstleistungen und Beschäftigung neue Verbindungen und Allianzen mit dieser Klasse zu schaffen. Der Emir kommunizierte zuvor mittelbar mit diesem großen Sektor des Volkes durch die Handelsklasse, heute jedoch direkt durch die Verbindung der Mittelklasse mit dem Staat und seinem bürokratischen Apparat. Dies fußt auf der Tatsache, dass der Staat in Kuwait der größte Arbeitgeber ist. Wie Jill Crystal es erläuterte: „*The fact that the same organization, the state, is at once employer, law enforcer, and social service provider, as well as a host of other roles, [...]*“⁴⁴³.

Es wurden unnötige Arbeitsplätze geschaffen, meistens um viele Staatsbürger unterzubringen. Dadurch war es dem Staat möglich geworden ihre Aktivitäten zu beobachten. Der Emir verteilte die Öl-Einnahmen indes gezielt auf eine ihm politisch nützliche Weise.

Diese neu geschaffene soziale Klasse, die vielfältige Ziele verfolgt, ist die zahlenmäßig stärkste in den Golfgesellschaften. Sie besteht aus einigen der Mitglieder, die den unteren Klassen, in der Phase vor dem Aufkommen des Öls, angehörten, die jedoch durch die Modernisierung in der sozialen Hierarchie nach oben gelangten, sowie aus Kleinhändlern, Lehrern und Akademikern wie Ärzte, Ingenieure, Rechtsanwälte und Universitätsprofessoren, die durch ihre Ausbildung sozial und wirtschaftlich aufsteigen konnten. Obwohl die meisten ihrer Mitglieder, insbesondere das oberste Segment, moderne Werte übernahmen und die Rolle einer Brücke für die Vermittlung von Ideen und Werten der Modernität und säkularistischen Ideologie ab den sechziger Jahren spielten und noch weiter spielen, bewegen die meisten ihrer Mitglieder, speziell das mittlere und untere Segment, sich innerhalb der konservativen traditionellen kulturellen Sphäre.

Die Jahre des sozialen und wirtschaftlichen Wandels in der Region mit der islamischen Strömung hatten die Macht der islamistischen Kräfte innerhalb der neuen Mittelklasse vertieft. Obschon diese Klasse in ihren Überzeugungen fortgeschritten und modernisiert

⁴⁴² Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf, S. 63.

⁴⁴³ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 74.

scheint, bleiben ihre ideologische und intellektuelle Zugehörigkeit innerhalb dieser Klasse schwach und können die tribale oder konfessionelle nicht untergraben. Es gibt bspw. die liberale oder kommunistische schiitische und die liberale oder kommunistische sunnitische sowie liberale oder linke städtische Bevölkerung und Beduinen oder Dorfbewohner⁴⁴⁴.

Die auf subjektiven Elementen basierende Zugehörigkeit ist noch einflussreicher als die intellektuelle und ideologische Zugehörigkeit, auch wenn diese Klasse in ihrer Weltanschauung modernisiert oder jenseits der Modernisierung erschien.

Das hohe Ausbildungsniveau der Mitglieder dieser Klasse führte zu unerwarteten Ergebnissen, indem die Ausbildung die tribale, regionale und konfessionelle Zugehörigkeit nicht geschwächt, sondern zu ihrer Vertiefung beigetragen hatte. Dies nennt *Khaldoun Al Naqeeb* „Stammesbewusstsein“⁴⁴⁵.

Diese Klasse ist durch Inkonsistenz und Inkohärenz gekennzeichnet. Ein Teil der Mitglieder dieser Gruppe gehören aufgrund ihrer beruflichen oder professionellen Stellung zur Mittelklasse, hinsichtlich der sozialen und wirtschaftlichen Lage dagegen zu den in sozialer oder politischer Hinsicht oberen Klassen. Der andere Teil, der die Mehrheit dieser Klasse darstellt, oder als „Elite der Expertise“⁴⁴⁶ bezeichnet werden kann, ist dank seiner fortgeschrittenen Ausbildung für die Verwaltung und die Durchführung der verschiedenen Staatsangelegenheiten verantwortlich und befindet sich in der Mitte der sozialen Hierarchie. Die Mitglieder dieser Klasse gelten nicht als Teil der bestehenden politischen Klasse, gehören aber auch nicht zu den sozialen Klassen, die wirtschaftlich und sozial weniger Glück hatten und damit schlechter gestellt wären. Die Organisierungsfähigkeit dieser Klasse bleibt limitiert, speziell wenn ihre Überschneidung mit anderen Schichten betrachtet wird, wie die Teilung zwischen den in- und ausländischen Arbeitnehmern in Kuwait, die tribale sowie religiöse. Zusätzlich ist die Anzahl der einheimischen kuwaitischen Arbeiter, die zwar das Recht zur Ausübung einer Art von Selbstorganisation hatten, numerisch klein, so dass es ihr nicht möglich war, eine große Rolle bei der Beeinflussung der politischen Entscheidungen zu spielen.

⁴⁴⁴ Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf, S. 66.

⁴⁴⁵ Al Naqeeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive, S. 173.

⁴⁴⁶ Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf, S. 133.

Veranlasst durch die Verbindung eines Teils dieser Klasse mit den aktiven sozialen und politischen Gruppen in der Gesellschaft konnte er sich in Vereinen und Organisationen formieren, die in vielen Positionen versuchten, die Grenzen der Kommunikation sowie die tribalen und konfessionellen Spaltungen zu überschreiten, die in den Golfgesellschaften äußerst relevant sind. Diese Verbände entstanden in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts in Kuwait, danach in Bahrain in den siebziger Jahren und dann in den Vereinigten Arabischen Emiraten in den achtziger Jahren. Sie leiden, trotz der großen Anzahl ihrer Mitglieder, unter mangelnder Beteiligung, was zur geringen allgemeinen gesellschaftlichen Teilnahme führte. Einer der offiziellen Berichte des kuwaitischen Ministeriums für soziale Angelegenheiten und Arbeit zum Beispiel bezieht sich auf den Status des „Verbands der kuwaitischen Künstler“, der 568 eingetragene Mitglieder hat, davon nehmen jedoch nur 12 Mitglieder an den Sitzungen dieses Verbandes und dessen Tätigkeiten teil. Als Ergebnis sind die Tätigkeiten dieses Verbandes zurückgegangen, sein Kapital stieg aber dennoch auf über 300.000 kuwaitische Dinare an (ca. eine Million USD)⁴⁴⁷.

Dieses Beispiel kann auf den Rest der kuwaitischen Vereinigungen wie bspw. den Alumniverband sowie Vereine und Verbände der Soziologen, Autoren, Schriftsteller und Anwälte angewandt werden, die speziell in den achtziger Jahren in Kuwait zur Zeit der Auflösung des kuwaitischen Parlaments ein wichtiges Zentrum für Versammlungen bildeten und die Politik- und Verwaltungsreform forderten. Zusätzlich dazu wurden die meisten Organisationen und Berufsverbände politisiert und bildeten dadurch eine Arena für Konflikte sowie politische und ideologische Durchbrüche zwischen den verschiedenen Strömungen.

4.2.2. Die soziale Dynamik

Die Umstände (vgl. Kapitel 2), als *Bani Utub*-Angehörige nach Kuwait immigrierten, sowie die geringe Fläche des Landes spielten eine große Rolle bei der Vertiefung der Beziehung zwischen den Bestandteilen der Gesellschaft gegen die externen Bedrohungen. Dies konnte aber weder die Entstehung von wettbewerbsfähigen Beziehungen zwischen diesen Bestandteilen noch die Entstehung von Spannungen bezüglich der Regeln verhindern, die das

⁴⁴⁷ Ebd., S. 139.

Verhalten der Mitglieder der Gesellschaft untereinander regulieren. Wie in allen Ländern der Welt bedeutete eine gemeinsame Identität nicht zwangsläufig die Verwirklichung eines gleichberechtigten Zugangs zu Reichtum und Macht.

Die bedeutendste Spaltung in der kuwaitischen Gesellschaft war die entstehende Teilung zwischen der Herrscherfamilie und den beherrschten Familien, zumal die Prädominanz der *Al-Sabah*-Familie keine religiösen, militärischen oder wirtschaftlichen, sondern nur historische Wurzeln hatte. Trotz des Besitzes politischer Macht, auch wenn diese Macht mit den anderen wichtigen Händlerfamilien von *Bani Utub* geteilt wurde, war die soziale Macht zwischen ihnen und den Familien mit religiöser Autorität und den anderen Handelsfamilien aufgeteilt, deren wirtschaftliche und soziale Macht in einigen Fällen größer war als die der *Al-Sabah*. Diese Unterschiede waren aber nicht besonders stark. Die Eheschließungen zwischen ihnen hatten zur Verkleinerung dieser Unterschiede sowie deren Eindämmung beigetragen.

Mit den Öl-Erträgen wurden jedoch diese Differenzierungen untermauert und erhärtet und wurden besonderes mit der Erreichung der Unabhängigkeit und Gründung des Staates auf andere Ebenen verschoben. Die Herrscherfamilie unterscheidet sich wirtschaftlich insofern von den anderen Familien, als dass ihre Mitglieder inoffiziell viele und große Zugänge zum Reichtum kontrollieren. „[...] *the Sabahs also used their political positions in the operation [...] to acquire wealth*“⁴⁴⁸.

Sozial differenziert sie sich auch von anderen Familien, insbesondere nach der Einschränkung der Ehebeziehungen, so dass Mitglieder der Herrscherfamilie nur untereinander heirateten, nachdem die Eheschließung mit anderen Familien weit verbreitet war.

Die Herrscherfamilie unterscheidet sich auch politisch von den anderen Familien, da ihre Mitglieder die Schlüsselministerien und die wichtigsten staatlichen Positionen innehaben. Theoretisch stehen sie auch über dem Gesetz, da ihre Angelegenheiten nicht durch die ordentlichen Gerichte, sondern durch den Familienrat gelöst werden⁴⁴⁹.

Die zweite wichtige Spaltung in Kuwait ist die auf einer konfessionellen Basis bestehende Trennung zwischen Sunniten, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, und den Schiiten, die

⁴⁴⁸ Gavrielides, Nicolas 1987: Tribal Democracy. The Anatomy of parliamentary Elections in Kuwait, S. 158.

⁴⁴⁹ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 72. S. auch: Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, S. 267.

aus dem östlichen Saudi-Arabien und Iran immigrierten. Die Signifikanz dieser Spaltung liegt darin, dass „*These sectarian division also divides kuwaitis politically*“⁴⁵⁰.

Die meisten von ihnen waren arm und auf der Suche nach Arbeitsplätzen im Hafen von Kuwait. Im Laufe der Zeit bildete sich eine Subkultur, die zur Entstehung einer Kulturidentität sowie zur Vertiefung einer gemeinsamen religiösen Identität beitrug. Die irakische Besetzung in Kuwait hatte in diesem Zusammenhang ein zweischneidiges Schwert geschaffen. Einerseits hatte sie zur Schwächung dieser Unterschiede beigetragen, indem sie die Kuwaitis vereinigte und die religiösen Schichten zwischen ihnen vorläufig aufgehoben hatte. Andererseits lebte die Spaltung wieder auf, da die meisten Schiiten in Kuwait blieben, im Gegensatz zu den meisten sunnitischen Familien, die Kuwait verließen⁴⁵¹.

Die dritte Trennung basiert auf der tribalen Grundlage und ist eine der wichtigen Quellen der sozialen Identität in den Golfstaaten im Allgemeinen. Hier herrscht die Spaltung zwischen den in alten Zeiten in Kuwait siedelnden Stämmen (Stämme von *Bani Utub*) und den Familien der Beduinen sowie der Wüstennomaden, die erst Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts in Kuwait siedelten und auf die sich die kuwaitischen Herrscher bei ihren Schlachten und Feldzügen verlassen hatten. Nach der Errichtung des Landes bildeten sie die Grundpfeiler der Armee und Polizei in Kuwait.

Die Bedeutsamkeit dieser Schichten liegt in der zentralen Rolle, die die Stämme und Sippen beim Knüpfen sozialer Verbindungen zwischen den Individuen und, noch wichtiger, zwischen diesen Individuen und dem Staat im Lichte einer tribalen Gesellschaft spielen.

Die wichtigste Tätigkeit dieser sozialen Gruppen (Stämme, Sippen und konfessionelle Gruppen) ist, dass sie die Kommunikation zwischen dem Staat und den von ihnen vertretenen Individuen etablieren. Darüber hinaus bilden sie eine Barriere, um diese Individuen vor der staatlichen Willkür zu schützen. Obwohl der Stamm für ihre Mitglieder einige bedeutende Symbole beinhaltet⁴⁵², stellt er alleine keinen Anziehungspunkt für die Außenstehenden dar, die keine Mitglieder dieses Stammes sind. Daher bleibt seine Fähigkeit zur Erreichung der sozialen Organisierung schwach.

⁴⁵⁰ Tétreault, Mary Ann 1993: Civil Society in Kuwait. Protected Spaces and Women's Right, in: Middle East Journal, Volume 47, No. 2, Spring 1993, S. 275-291, hier S. 280.

⁴⁵¹ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S.77.

⁴⁵² Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, S. 265 f.

Als soziale Unterteilung sind noch das Alter und das Geschlecht zu erwähnen. Sie spielen eine große Rolle in Kuwait, da die Gesetze eine bedeutende Rolle bei der Vertiefung dieser Unterscheidung spielen. Durch diese wurde ein großer und sehr bedeutender Teil der gesellschaftlichen Sektoren von der Teilnahme an der Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Die Jugendquote im Alter von unter 20 beträgt 54% der gesamten Bevölkerung⁴⁵³. Das kuwaitische Gesetz gewährt aber der kuwaitischen Jugend erst im Alter von 21 das Stimm- und Wahlrecht. Auf der anderen Seite bekamen die Frauen in Kuwait erst im 2005 ihre politischen Rechte. Obwohl die innere Kohärenz zwischen den Mitgliedern dieser Gruppe (Feministinnen) vorhanden ist, gelang es ihr nicht, einen konsequenten Aktionsplan zu erstellen, der auf der Grundlage des Identitätsgefühls ihrer Mitglieder, z. B. die Errichtung feministischer Organisationen, basiert und die Interessen der Mitglieder dieser Gruppe artikulieren kann.

Die Relevanz dieser Teilung, die auf Alter und Geschlecht basiert, resultiert daraus, dass sie „[...] *cuts across other lines of stratification (tribe, sect)*“⁴⁵⁴. Das Problem dieser beiden Gruppen liegt im Mangel einer allgemeinen staatlichen Strategie, um ihre Mitglieder in den politischen Prozess des Landes zu integrieren.

4.2.2.1. Die familiäre Vernetzung

4.2.2.1.1. Die Herrscherfamilie

Seit dem Anfang der großen Öl-Produktion im Jahr 1946 in Kuwait und nach der Unabhängigkeit im Jahr 1961 monopolisierte die Familie *Al-Sabah* den politischen Entscheidungsprozess in Kuwait. Die Vormachtstellung der Familie *Al-Sabah* stieg, mit der Expansion der Öl-Einnahmen und der daraus folgenden politischen Patronage. Nach der Zunahme der Distributiv- und Entwicklungspolitik weitete sich die staatliche Bürokratie aus. Um die Kontrolle über diesen Staatsapparat zu sichern, wendete sich der Emir mehr und mehr an die Herrscherfamilie, deren politische Signifikanz sich erhöhte. Der Emir verließ sich auf

⁴⁵³ <http://www.aldaronline.com/Dar/Detail2E.cfm>, abgerufen am 26.08.2012.

⁴⁵⁴ Crystal, Jill 1996: *Civil Society in the Arabian Gulf*, S. 272.

seine Familie, nicht nur wegen ihrer Treue zur Monarchie und ihres Interesses an der Fortführung dieser Monarchie, sondern weil nach Jill Crystal

„[...] it formed a ready-made protoinstitution- an institution in the making, a group with structured relationships and rudimentary organization“⁴⁵⁵.

Der Emir suchte aktiv, die Mitglieder der Herrscherfamilie in die obersten Positionen des Staats zu inkorporieren. Dadurch wurden die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Herrscherfamilie familiär und bürokratisch zugleich⁴⁵⁶, was es dem Emir ermöglichte, die bürokratische Klasse in sensiblen Arbeitsplätzen durch Manipulation der familiären Verbindungen zu kontrollieren.

„Political kinship, normally considered a traditional vestige, was in fact a response to the oil-included bureaucratic state“⁴⁵⁷.

Der Emir konnte dann die staatlichen Angelegenheiten, basierend auf den familiären Verbindungen, verwalten. *„Today the organizing principle at the top of each system is political kinship“⁴⁵⁸.*

Der Emir verließ sich bei der Durchführung von Staatsangelegenheiten auf die Mitglieder der Herrscherfamilie, die auf sicherheitsrelevanten Positionen platziert wurden, um die bürokratische Klasse zu steuern, da die Ausbildung und wirtschaftliche Kraft dieser Klasse stieg. Dies diente ebenso der Errichtung einer verlässlichen Allianz, um den Staat und dessen großen Verwaltungsapparat fest zu steuern. Dies trug dazu bei, dass die Herrscherfamilie homogener wurde, mehr Macht erhielt und sich stärker von anderen Familien unterschied.

„[...] the ruler, [...] controls politics and political institutions primarily through his family. Critical decisions are made by ruling family council(s)“⁴⁵⁹.

Diese Politik bildet einen großen Bruch mit der Vergangenheit der Herrscherfamilie in Kuwait. Die *Al-Sabah* Familie hatte in der Zeit vor dem Aufkommen des Öls keine homogene politische Institution errichtet, da die Mitglieder dieser Familie nicht an der Entscheidungsfindung beteiligt wurden. *„Historically, Kuwait's ruling family was a weak*

⁴⁵⁵ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 11f.

⁴⁵⁶ Ebd., S.12.

⁴⁵⁷ Ebd., S. 12.

⁴⁵⁸ Ebd., S. 12.

⁴⁵⁹ Ebd., S. 12.

*political institution. The ruler relied on his family as little as possible, preferring court favorites and merchants*⁴⁶⁰.

Somit ersetzte er die Funktion der Handelsklasse als Bindeglied zwischen ihm und den Volksklassen. So versuchte Emir *Abdullah Al-Salim Al-Sabah* (reg. 1950-1965) die politische Rolle der Herrscherfamilie zu institutionalisieren. Der erste Schritt dazu war die Bekämpfung von finanzieller Korruption einiger Mitglieder der Herrscherfamilie, die große Geldmengen aus den Öleinnahmen, besonders in den letzten Jahren der Herrschaft vom Emir *Ahmad Al-Jaber Al-Sabah* (reg. 1921-1950), erhalten hatten⁴⁶¹.

Um die Ausgabenpolitik für Entwicklungsprozesse, insbesondere in den fünfziger Jahren, zu organisieren, versuchte Emir *Abdullah*, die Herrscherfamilie in eine Gruppe umzuwandeln, die steuerbar war.

Erstens band er ihm nahestehenden Familienmitglieder durch die Erhöhung ihrer finanziellen Anteile sowie die Gewährung einer Monopolstellung mit verschiedenen britischen Unternehmen an sich⁴⁶². Als zweiten Schritt legte er den Streit zwischen den Mitglieder der Familie *Al-Sabah* bei. Dieser Streit begann, nachdem *Mubarak der Große* (reg. 1896-1915) seine Brüder *Mohamed* und *Garrah* ermordet hatte.

Es ist bekannt, dass die kuwaitische Verfassung die Thronfolge festschrieb und diese auf die zwei Nachfolgerzweige von *Mubarak* (*Al-Salem* und *Al-Jaber*) beschränkte. Emir *Abdullah* konnte seine Vettern, welche von den Ermordeten abstammten, durch viel Geld und hohe Positionen in staatlichen Abteilungen und Ministerien beschwichtigen. Als Emir *Abdullah* Anfang der fünfziger Jahre mit der Errichtung der Regierungsämter begann, hatte er für jedes Amt einen Leiter aus der Herrscherfamilie eingesetzt. Danach errichtete er einen Rat für die Koordination zwischen diesen Abteilungen und Ämtern und nannte ihn den „Obersten Rat“, dessen Mitglieder alle der Herrscherfamilie angehörten⁴⁶³. Des Weiteren umfasste die erste kuwaitische Regierung, die kurz vor der Unabhängigkeit gebildet wurde, 14 Mitglieder, 11 davon aus der Herrscherfamilie. „[.], it was this centralization of Abdallah's own power over

⁴⁶⁰ Ebd., S. 62.

⁴⁶¹ Ebd., S. 65.

⁴⁶² Ebd., 62.

⁴⁶³ الغبرا، ناظم شفيق 2011: الكويت. دراسة في آليات الدولة و السلطة و المجتمع. الكويت: مكتبة أفاق، ص 49.

Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft. Kuwait: Afaq-Bibliothek, S. 49.

*his own family that allowed Abdallah to embark on a policy that ultimately involved substantial decentralization*⁴⁶⁴.

Nach Kuwaits Unabhängigkeitserklärung an Großbritannien im Juni 1961 begann der Irak Annexionsansprüche an Kuwait zu stellen, weil Kuwait, gemäß dem irakischen Standpunkt, ein Teil des irakischen Territoriums sei. Als unmittelbare Antwort auf diese Bedrohungen unterzeichnete die kuwaitische Regierung einen Verteidigungspakt mit Großbritannien. Aber als eine langfristige und tief wirkende Lösung entwickelte sich bei der politischen Elite der Glaube an eine Vertiefung der nationalen Loyalität, die sich im Laufe der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, d.h. vor der Unabhängigkeit herausbildete. Dadurch wurde die politische Elite von der Legitimität überzeugt, die durch eine nationale Verfassung und ein gewähltes Parlament zur Verfügung gestellt werden kann. Die Führung in Kuwait war aber der Ansicht, dass ein gewähltes Parlament mit einer von der *Al-Sabah*-Familie geführten Regierung zusammenarbeiten könne. Zusätzlich kann ein gewähltes Parlament tatsächlich das Regime schützen und verstärken und zur Unterstützung des politischen Systems in Kuwait sowie zur Vertiefung seiner Legitimität beitragen. Es kann außerdem dazu beitragen, die geringe Population, die Knappheit der Fläche und die Schwäche des Militärs auszugleichen. Die herrschende Elite versuchte die Loyalität und die kuwaitische nationale Identität durch drei Institutionen zu fördern und zu stärken: den Emir und die Herrscherfamilie, die legislative Nationalversammlung (das kuwaitische Parlament) und die Aufrechterhaltung und Stärkung des bürokratischen Staatsapparates⁴⁶⁵.

Die irakischen Bedrohungen der Annexion von Kuwait im Jahr 1961 sowie der irakische Einmarsch in Kuwait im Jahr 1990 hatten, wie später noch ausgeführt, wesentlich und unerwartet zur Stärkung der Position der Herrscherfamilie in Kuwait und zur Vertiefung ihrer Legitimität beigetragen, besonders während des irakischen Einmarsches in Kuwait, der erwartungsgemäß einen Zustand der Unwägbarkeit innerhalb der Herrscherfamilie und ihrer politischen Funktionen verursachen sollte. Jedoch stellte sich die kuwaitische Gesellschaft im

⁴⁶⁴ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 26.

⁴⁶⁵ Ebd., S. 91.

Gegenteil dazu hinter den Emir, da er das einzige und somit wichtigste verbleibende Symbol der nationalen Souveränität zur Zeit des Krieges war.

Es gelang dem Emir *Abdullah* die Krise von 1961 auszunutzen, nicht nur zur Stärkung seiner eigenen Lage als Emir, sondern auch der *Al-Sabah*-Familie. Dies geschah durch die kuwaitische Verfassung, die im November 1962 unmittelbar nach der Krise beschlossen wurde und offiziell im Januar 1963 in Kraft trat. Diese Verfassung kündigte an, dass Kuwait ein erbliches Emirat ist. Demgemäß übernimmt den Posten des Emirs einer der männlichen Nachkommen von *Mubarak dem Großen*. Die beiden direkten Nachfahren von *Scheich Mubarak (Al-Salem und Al-Jaber)* übernahmen die Herrschaft hinsichtlich des Postens des Emirs und des Thronfolgers rotierend.

Diese inoffizielle Rotation auf den beiden Posten wurde als eine Tradition in der kuwaitischen politischen Geschichte betrachtet. In der Praxis bedeutet es, dass das Nachfolgeproblem dadurch gelöst wurde, dass die Nachfolge in der Verfassung festgeschrieben wurde, indem sie auf eine kleinere Anzahl der Söhne der Familie beschränkt war. In der Zeit nach der Unabhängigkeit erlebte die politische Rolle der Herrscherfamilie einen Aufschwung, nachdem ihre Mitglieder die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Regierungspositionen im Land übernommen hatten. Außerdem saß eine begrenzte Anzahl von ihnen in den Schlüsselministerien und Ämtern, namentlich Außenministerium, Verteidigungsministerium, Innenministerium, Finanzministerium und Ministerpräsidenten. „*Al-Sabah ministers start younger and stay longer*“⁴⁶⁶.

Beachtenswert ist, dass die Ehen zwischen den Mitgliedern der Herrscherfamilie zur Schaffung einer großen Homogenität innerhalb der Herrscherfamilie beigetragen haben. Danach war sie mehr und mehr in sich selbst geschlossen und lehnte es weitgehend ab, ihre Töchter an Männer von außerhalb der Herrscherfamilie zu verheiraten, wie es in der Vergangenheit üblich war. „*[...] the Sabahs have been refusing to give their daughters in marriage to noble tribes as they did in the past, thus setting themselves apart as a very special group*“⁴⁶⁷.

⁴⁶⁶ Ebd., S. 93.

⁴⁶⁷ Gavrielides, Nicolas 1987: Tribal Democracy. The Anatomy of parliamentary Elections in Kuwait, S. 161.

Das auf Ehe basierende Beziehungsnetz spielt eine wirksame Rolle beim Integrieren der Familienmitglieder, so dass ein schwacher Zweig der Familie durch die Ehebeziehungen mit den starken Familienlinien stärker wird.

In Kuwait stellt der Emir ein nationales Symbol dar und bezieht seine Legitimität aus der historischen Rolle seiner Familie. Die Symbolik des Emirs ist ein untrennbarer Teil der kuwaitischen Politik, „es ist unmöglich vorstellbar, dass Kuwait keinen Emir habe, in seiner Rolle stimmen alle Kuwaitis überein und schätzen ihn weit höher als das politische Spiel [...]“⁴⁶⁸. Artikel 54 der kuwaitischen Verfassung bestimmt, dass der Emir nicht kritisiert werden darf, da „der Emir durch seine Minister regiert und seine Person unberührbar ist“ (vgl. Kuwaitische Verfassung). Die Mitglieder der Herrscherfamilie stehen theoretisch über dem Gesetz. Trotz ihrer weitreichenden Befugnisse und der Vertiefung ihrer politischen Rolle sind ihre Handlungsmöglichkeiten durch den ‚Familienrat‘ eingeschränkt. Jegliches regelwidrige Verhalten eines Mitgliedes wird kontrolliert und sanktioniert, bevor es die Gerichte tun können.

Obwohl die Familie ihre politische Rolle als eine einheitliche Einrichtung wahrnimmt, enthält sie tiefe Spaltungen. Vor allem sind diese zwischen den Familienlinien, die das Recht zu regieren beanspruchen, das heißt den Nachkommen der Söhne von *Mubarak dem Großen – Salem* und *Jaber* - und den Familienzweigen, die von der Herrschaft ausgeschlossen wurden, vorhanden. Ein Beispiel hierfür ist *Sabah*, der jüngste Sohn von *Scheich Mubarak dem Großen*, der viele politische Positionen übernahm. Er war der Leiter der Behörde der öffentlichen Sicherheit im Jahr 1942, später wurde er zum Führer der kuwaitischen Armee im Jahr 1954 ernannt. Aber beim Versuch, eine größere Rolle zu spielen als ihm zustand, wurde er im Jahr 1961 aus allen Ämtern entlassen und aus Kuwait verbannt. Obwohl die Linie von *Abdullah* heutzutage keine Bedrohung mehr für die Herrschaft der beiden Familienzweige (*Al-Jaber* und *Al-Salem*) darstellt, konnte Jill Crystal feststellen: „[.], *the historical threat still lingers*, [...]“⁴⁶⁹. Es wurden zum Beispiel alle Bücher von Dr. Shaikha Suad Al-Sabah,

⁴⁶⁸ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 54.

⁴⁶⁹ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 93.

der Frau Abdullahs, im Jahr 1989 verboten. Sie schrieb, neben ihrem großen Einsatz in arabischen Menschenrechtsorganisationen, politische Gedichte⁴⁷⁰.

Die zweite Spaltung geht zwischen den zwei Linien von *Al-Salem* und *Al-Jaber* hindurch, welche zusätzlich zur Rotation auf dem Posten des Emirs und Thronfolgers die wichtigsten Positionen im Staat innehaben. Da es keine Verfassungsnorm für die Übernahme des ältesten Sohns für die Nachfolgerschaft gibt, entstanden häufig Streitigkeiten über diesen Posten. Aber die meisten wurden durch Zusammenkunft des engsten Zirkels der Familie gelöst. Die kuwaitische Verfassung bestimmt durch Artikel 4, dass als Emir ein erwachsener und geistig gesunder Mann von muslimischen Eltern aus der Nachkommenschaft von *Mubarak dem Großen* ausgewählt werden muss. Normalerweise wird der Familienausgleich (*Al-Salem* und *Al-Jaber*) berücksichtigt. Es ist aber durchaus möglich, dass der Nachfolger einer Linie der Familie auf seinen Platz für ein Mitglied der anderen Linie verzichtet, aus Sorge um das Wohl der Familie.

Das letzte Beispiel hierfür ist Scheich *Saad Alabdallah Al-Salem Al-Sabah*, der die Position des Ministerpräsidenten von 1978 bis zur Trennung dieses Amtes von der Thronfolge im Jahr 2003 innehatte (diese zwei Ämter waren bis 2003 in der Person des Thronfolgers vereint) sowie die des Thronfolgers seit 1978 bis zum Tode des Emirs *Jaber Al-Ahmad Al-Jaber Al-Sabah* in 2006. Danach kam es zu einer kurzfristigen Verfassungskrise bezüglich des Umstandes, dass Scheich *Saad* aufgrund seines Gesundheitszustandes (gestorben in 2008) die Position des Emirs nicht übernehmen konnte. Das Parlament hatte in einer geheimen Sitzung im Januar 2006 entschieden, alle Befugnisse des Emirs dem Ministerpräsidenten zu übertragen. Obwohl er insgesamt nur 10 Tage regierte, hatte der neue Emir der *Al-Jaber*-Linie wieder das Amt des Emirs inne.

Nennenswert sind auch die Familienzweige von *Mohamed* und *Garrah*, die von ihrem Bruder *Mubarak dem Großen* getötet wurden und deren Nachkommen aus Kuwait verbannt wurden. Diese Nachkommen durften später nach Kuwait zurück, dank Verhandlungen mit Emir *Abdullah Al-Salem*, der eine große Rolle in der Stärkung der politischen Rolle der

⁴⁷⁰ Vgl. ebd., S. 93f.

Herrscherfamilie spielte und der dadurch versuchte, die Familienstreitigkeiten einzudämmen. Den Mitgliedern dieser Familien wurden auch wichtige Positionen im Staat gewährt, aber weniger wichtige als die der Hauptzweige von *Al-Jaber* und *Al-Salem*.

4.2.2.1.2. Die beherrschten Familien

In diesem Zusammenhang darf über die entscheidende Rolle der Familie als soziale Einrichtung in den arabischen Ländern nicht hinweggesehen werden, insbesondere in den Golfstaaten und Kuwait. Das Individuum definiert sich nämlich durch seine Familie. Die Möglichkeiten der Ausübung jeglicher Aktivitäten bleiben ohne Familienunterstützung eingeschränkt. Die Familie bildet den Kern für alle wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Aktivitäten. Gleichzeitig ist sie eine Zuflucht vor staatlicher Willkür.

Zum Beispiel beobachtete Jill Crystal während des Börsenkrachs in *Souk Almanakh*⁴⁷¹, dass die Familiensolidarität essenziell bei der Zurückzahlung der Schulden eines der Familienmitglieder wirksam wurde, um Kritik an der Familie zu vermeiden, da die Handlungen der Einzelnen auf die Familie zurückfallen. Auch die politischen Kalküle werden auf familiärer Grundlage bestimmt. So entschließt sich die Familie gemeinsam, eins ihrer Mitglieder zu unterstützen. Jede Familie versucht ihren Kandidaten ins Parlament gelangen zu lassen oder ihn zu unterstützen, staatliche Positionen zu übernehmen. Die Wichtigkeit der Familie ist der Tatsache geschuldet, dass sie der Faktor ist, „[...] *that oils the system; it provides the informal links that keep otherwise different groups, with potentially different interests, working together. It prevents sharp polarization along other lines of stratification*“⁴⁷².

Diese Funktion der Familie ermöglicht es den Familienoberhäuptern zwei wesentliche Rollen zu spielen: Sie repräsentieren die Familieninteressen gegenüber dem Staat und übermitteln staatliche Anforderungen an ihre Familien.

4.2.2.2. Die konfessionelle Vernetzung

Die steigende Qualität der Ausbildung innerhalb der Mitglieder der Gruppe der Schiiten führte zu ihrer zunehmenden Präsenz auf Regierungsposten, zusätzlich zu der extraordinären

⁴⁷¹ Crystal, Jill 1996. *Civil Society in the Arabian Gulf*, S. 268.

⁴⁷² Ebd., S. 268.

Tätigkeit einiger von ihnen im Bereich des Handels und Geldwechsels. Einige der alten schiitischen Familien mit persischen Ursprüngen waren durch ihre große wirtschaftliche Rolle im Privatsektor berühmt, wie die Familien *Al-Bahbahani* und *Qabazard*⁴⁷³.

Die Schiiten bilden zwischen 20% und 30% der kuwaitischen Bevölkerung und sind geteilt in Araber, die aus dem östlichen Saudi-Arabien (al-Hasa), Bahrain und Südirak in Etappen emigrierten, und Iranern, die den größten Teil der kuwaitischen Schiiten bilden⁴⁷⁴.

Aufgrund der Tatsache, dass sie eine Minderheit inmitten einer sunnitischen Mehrheit in Kuwait bilden, haben sie das Gefühl, dass sie sich von den restlichen Kuwaitern unterscheiden. Die politische Entwicklung in Kuwait trug zur Vertiefung des Bewusstseins dieser Gruppe bei, dass es notwendig ist, ihre Rolle und Existenz im Land auf den verschiedenen Ebenen zu stärken. „*Discrimination by and conflict with the politically, economically, and socially dominant Sunni community has also sharpened the Shia sense of identity*“⁴⁷⁵.

Dies führte insbesondere nach dem irakisch-iranischen Krieg zur Politisierung der konfessionellen Identität dieser Gruppe. Der erste Golfkrieg (1980-1988) führte in der Tat zu einem konfessionellen Gefühl der Abneigung zwischen den sunnitischen und schiitischen Gemeinschaften in Kuwait. Die Verschärfung des Krieges führte zur Vertiefung des Gefühls bei den Schiiten, dass sie außerhalb des politischen Rahmens in Kuwait stehen. Es besteht kein Zweifel, dass ein Gefühl von Frustration und manchmal Misstrauen die Schiiten wegen der kuwaitisch-irakischen Allianz sowie der kuwaitischen Unterstützung des Iraks beim Krieg gegen Iran beherrschte⁴⁷⁶.

Hier ist beachtenswert, dass die iranische Revolution im Jahr 1979 mit der politischen Botschaft, die zu Gleichheit und Konfrontation der Ungerechtigkeit, und mit der konfessionellen Mission, die zum Export der iranischen Revolution aufruft, zur Erweiterung der Religiositätsströmung führte, die, seit dem Anfang der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts, alle Reihen der Schiiten durchdrang. Die Schiiten wurden durch die iranische

⁴⁷³ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 77.

⁴⁷⁴ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 31. Siehe auch:

المديرس، فلاح عبد الله 1999: الحركة الشيعية في الكويت. الكويت: دار قرطاس للنشر، ص 6 و ما بعدها.

Almudayris, Falah Abdullah 1999: Die schiitische Bewegung in Kuwait. Kuwait: Qurtas Verlag, S. 6f.

⁴⁷⁵ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 77.

⁴⁷⁶ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 32.

Revolution beeinflusst - nicht nur in Kuwait, sondern auch in allen Golfstaaten und in der arabischen Welt im Allgemeinen.

„When the revolution erupted, Kuwait's 30,000 Iranians received it with joy. In February 1979 the Iranian embassy in Kuwait was the first to recognize the regime. That month Iranian merchants in Kuwait closed their businesses in sympathy with the Ayatolla's call for a general strike“⁴⁷⁷.

In Kuwait begann ein revolutionärer schiitischer Trend, insbesondere inmitten der Jugend, die zu den niederen Gruppen der Mittelklasse gehörte. Dieser Trend strebte nach dem Sturz des konservativen Regimes, um es durch ein islamisches republikanisches Regime nach iranischem Vorbild zu ersetzen. Am Anfang behandelte Kuwait die iranische Revolution als eine Frage der Außenpolitik, aber sie wandelte sich in eine interne Angelegenheit, als die kuwaitischen Schiiten begannen, die Revolutionsideologie politisch zu adaptieren. Nach Jill Crystal ist dies durch die kuwaitische Politik gegenüber den Schiiten in den siebziger Jahren begründet, als der Emir versuchte, neue Verbindungen und Allianzen zu bilden, um ein Gegengewicht zu den Händlern und dem Trend der progressiven Nationalisten herzustellen⁴⁷⁸. Der Emir fand in den Schiiten eine geeignete Kraft, um dieses Gegengewicht zu erreichen. Bei dieser Interdependenz mit den Schiiten hatte der Emir unbeabsichtigt zu ihrer Politisierung beigetragen. „[...] the state had felt sure enough of its control to encourage sectarianism as a counterbalance to radicalism“⁴⁷⁹. Nach dieser Politisierung wurde es sehr schwierig, sie zu steuern.

Der schiitische parlamentarische Block war nach der Unabhängigkeit weder eine extraordinary politische Konstellation, noch ein Teil der politischen Opposition im Parlament. Er war vielmehr Teil einer Gruppe, die der Regierung gegenüber loyal war. Diese Gruppe bildete die Mehrheit der Mitglieder des Parlaments und bestand grundsätzlich aus schiitischen und beduinischen Parlamentsabgeordneten⁴⁸⁰. Die Regierung verließ sich vollständig auf diese Gruppe beim Erlass von Gesetzen und Errichten von Projekten, die von den arabischen

⁴⁷⁷ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 100.

⁴⁷⁸ Ebd., S. 101.

⁴⁷⁹ Ebd., S. 101.

⁴⁸⁰ Almudayris, Falah Abdullah 1999: Die schiitische Bewegung in Kuwait, S. 19.

Nationalisten und Nasseristen stark abgelehnt wurden. Ein Beispiel ist die Abänderung des Pressegesetzes, das darüber hinaus der Regierung das Recht einräumte, Zeitungen ohne Angabe von Gründen zu schließen und diesen Zeitungen zudem den Rechtsweg zu den Gerichten verschloss. Des Weiteren wurde das Vereinsgesetz geändert, welches den Vereinen nun die Diskussion politischer Fragen verbot. Außerdem wurden Änderungen am Versammlungsgesetz vorgenommen, das Demonstrationen und Aufmärsche an harte Bedingungen knüpfte⁴⁸¹.

Die Partizipation der kuwaitischen Schiiten am politischen Prozess begann mit dem im Jahr 1921 gegründeten ersten Rat. Obwohl die Bestimmungen dieses Rats zur damaligen Zeit vorsahen, dass von den kuwaitischen Mitgliedern zwei iranischen Ursprungs sein sollten, die von Kuwaitis mit iranischen Ursprüngen gewählt werden sollten, wurde keiner für diesen Rat ernannt. *Falah Almudayris* erklärt dies damit, dass die Sunniten mit dem Standpunkt der kuwaitischen Schiiten mit iranischen Wurzeln unzufrieden waren. Dies ist die Folge der Weigerung, sich an der Schlacht *Al-Jahraa* im Jahr 1920 zu beteiligen und dem *British Political Resident* in Kuwait gegenüber ihre Ablehnung der Teilnahme an dieser Schlacht damit zu begründen, dass sie keine kuwaitischen, sondern iranische Bürger seien⁴⁸². Somit blieben sie 1921 dem Geschehen fern. An den Wahlen des Rates von 1938 nahm nur eine kleine Gruppe von ihnen teil. Daher wurde ihnen nur das Wählen, aber nicht die Kandidatur gewährt.

Nach der Unabhängigkeit gelang es zwei von ihnen, Mitglieder in der verfassunggebenden Versammlung zu werden. Ihre Vertretung wurde in den aufeinanderfolgenden Parlamenten fortgesetzt. Die größte Anzahl an Vertretern hatten sie in der vierten Legislaturperiode 1975, als ihre Kandidaten zehn Sitze gewannen⁴⁸³. Diese Zahl war in der Tat verhältnismäßig hoch im Vergleich zu ihrer demographischen Größe in Kuwait. „*This was not the first politicization of the Shia community, but it was the first in some time and the first on such a scale*“⁴⁸⁴.

Nachdem das Verfassungsgericht im Juni 2012 die Auflösung des Parlaments von 2009 als verfassungswidrig und somit das gewählte Parlament vom Februar 2012 für nichtig erklärte,

⁴⁸¹ Gamal, Abd Almouhsin Yousef 2007: Die politische Opposition in Kuwait, S. 230.

⁴⁸² Almudayris, Falah Abdullah 1999: Die schiitische Bewegung in Kuwait, S. 11.

⁴⁸³ Gamal, Abd Almouhsin Yousef 2007: Die politische Opposition in Kuwait, S. 268.

⁴⁸⁴ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 101.

boykottierten die oppositionellen Kräfte (die aus Islamisten, Liberalen, Unabhängigen und drei Hauptstämmen bestanden) die neuen Wahlen im Dezember 2012 und somit gelang es den Schiiten, 17 Parlamentssitze zu gewinnen⁴⁸⁵.

In der Zeit vor der iranischen Revolution standen die Schiiten in Kuwait unter der Herrschaft der großen schiitischen Familien, wie der *Al-Kazemi*, *Al-Maarefi* und *Al-Tabtabai*, was es der Regierung erleichterte, sie unter ihrer Kontrolle zu halten und zu steuern. Dies wurde aber während der siebziger Jahre gänzlich geändert, als der Emir versuchte, ihre Macht zu stärken, um die nationalistische Strömung zu stoppen.

Um dieser Problematik zu begegnen, entschloss sich die Regierung das Parlament, das im Jahr 1976 verfassungswidrig aufgelöst wurde, wiederzubeleben. Ein Verfassungsprüfungsausschuss wurde einberufen und 1981 wurde die Aufnahme der Wahlen für das neue Parlament angekündigt.

Durch die Gründung dieses Parlaments versuchte der Emir den Einfluss der Schiiten bei Wahlen zu reduzieren, und zwar durch ein neues Wahlsystem, das die Neueinteilung der Wahlkreise von 10 auf 25 Kreise beinhaltete. Jeder Wahlkreis ist dazu berechtigt, zwei Abgeordnete zu wählen. Somit wurden die Stellvertreter der Schiiten im Parlament reduziert, zumal die zehn schiitischen Abgeordneten des Parlaments von 1975 zwei Wahlkreise vertraten. Im Fall der Wahl von 1975 wären nach dem neuen Gesetz nun lediglich vier schiitische Abgeordnete gewählt worden.

Zusätzlich beinhaltete dieses Gesetz die Änderung einer sehr wichtigen Wahlbedingung, nämlich dass ein Wähler im Wahlkreis wohnhaft sein muss. Das frühere sah vor, dass der Wahlkreis der Ort ist, in dem der Wähler oder seine Familie üblicherweise wohnt. Dies gewährte dem Wähler, auf der Grundlage, dass einige seiner Verwandten oder Mitglieder seiner Konfession dort wohnen, die Freiheit, irgendeinen Wahlkreis zu wählen. Die neue Änderung legte den Wahlkreis für jeden Wähler als den Ort fest, wo er tatsächlich und ständig wohnt, was zu einer wesentlichen Änderung der Wählerdichte führte.

Die Wahlen des Jahres 1981 hatten den Sturz aller traditionellen schiitischen Personen zur Folge, die historisch loyal zur Regierung standen. Sie wurden durch drei neue Abgeordnete

⁴⁸⁵ <http://www.aawsat.com/leader.asp?section=3&article=708880&issueno=12437#>, abgerufen am 16.12.2012.

aus dem schiitisch-revolutionären Trend ersetzt. Diese hatten öffentlich die Politik der Regierung aufgrund ihrer Unterstützung des Iraks im Krieg gegen Iran stark kritisiert.

Die Gewalt durch schiitische Gruppen in Kuwait nahm zu, wie zum Beispiel die Bombenanschläge im Jahr 1983 in der Nähe der amerikanischen und französischen Botschaften und danach der Versuch, den Emir Kuwaits im Jahr 1985 zu ermorden. Auch wurden Attentate gegen einige kuwaitische Diplomaten im Ausland verübt. Die Gewalttätigkeiten erreichten ihren Höhepunkt mit den Bombenanschlägen während der Pilgerfahrt, als einige kuwaitische Schiiten 1987 und 1989 Sprengstoff nach Saudi-Arabien durch die iranische Botschaft in Kuwait schmuggelten⁴⁸⁶.

Dies trieb die kuwaitische Regierung dazu, tausende iranische irreguläre Migranten zu verbannen und die Reisepässe vieler kuwaitischer schiitischer Bürger einzuziehen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass diese Ereignisse eine große Rolle bei der Vertiefung der religiösen Gefühle und Identität der Sunniten spielten. Dies wird später noch genauer behandelt.

Die Politisierung der sektiererischen Identität in Kuwait wird offiziell durch soziale und religiöse Vereine, Stiftungen und Verbände bestärkt, die man als semi-politische Körperschaften und Gruppierungen betrachten könnte. Obwohl diese Vereine und Verbindungen als karitative oder kulturelle Zusammenschlüsse eingetragen sind, sind sie tatsächlich nur eine Fassade für religiöse und soziale Gruppierungen mit politischer Aktivität. Die sektiererische Aufteilung wurde inoffiziell institutionalisiert, und zwar durch die ministeriellen Ernennungen (bestimmte Positionen werden nach Religionszugehörigkeit vergeben) und parlamentarischen Blöcke. 1991 gründeten die Schiiten die islamisch-nationalistische Koalition, die versuchte, alle schiitischen Kräfte unter einen Hut zu bringen. Sie kann als ein politischer Rahmen bezeichnet werden, der in seinen Reihen die politischen, sozialen und religiösen Kräfte der Schiiten sammelte. Darunter wurden die ehemaligen Mitglieder der schiitischen kulturellen und sozialen Assoziation subsumiert, die 1989 aufgelöst wurde, zusätzlich zu den Vertretern der schiitischen Moscheen in Kuwait und

⁴⁸⁶ Vgl. Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 100ff.

schiitischen unabhängigen Personen. Außerdem wurde die „Bewegung des islamisch-nationalistischen Konsenses“ im Jahr 2003, die „Versammlung von Freiheit und Frieden im Jahr 2004“ sowie die „Versammlung der Nationalcharta“ im Jahr 2005 gegründet. Hier muss der Aufschwung des schiitischen Bewusstseins beachtet werden, der eng verbunden ist mit den regionalen Veränderungen, insbesondere nachdem die Schiiten die Herrschaft im Irak in 2003 übernahmen.

„[...] , religious institutions, from the mosque, to religious study groups, to funeral associations, are powerful social institutions, with revenues from above (the state) and below (the congregation), organization, and leadership. Even if the states have been largely successful in coopting them [...], they remain an important aspect of social power that can be converted in some instances into political power“⁴⁸⁷.

4.2.2.3. Die tribale Vernetzung

Nach der großen Veränderung in Kuwait und der aus den riesigen Öleinnahmen resultierenden Entwicklung begannen die Stämme um Kuwait, die vor der Entstehung des Landes unabhängig außerhalb der Stadtmauern lebten (diese wurden im Jahr 1957 abgerissen), innerhalb der Stadt zu leben. Diese neuen Stämme, die zuvor kein Teil der inneren Struktur waren, besiedelten Kuwait. Nach *Shafeeq Alghabra* bildete dies die Grundlage der kuwaitischen Identitätsbildung und um den Begriff eines Kuwaitis neu zu definieren, nach der Erweiterung des Kreises um die neue Gruppe von Beduinen, die sich rund um Kuwait ausbreiteten⁴⁸⁸.

Die in Kuwait erlebte Bildungs- und Wirtschaftsrenaissance der fünfziger und sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts hatte die Stadt zu einem unübertroffenen Anziehungspunkt in der Golfregion verwandelt, da der durch die Öleinnahmen finanzierte Aufschwung vor den anderen Golfstaaten in Kuwait begann⁴⁸⁹. Dies führte zur Konzentration von Neuankömmlingen in der Stadt Kuwait und in den entwickelten anliegenden Städten. Demzufolge wurde die traditionelle Struktur der Bevölkerung verändert. Die

⁴⁸⁷ Crystal, Jill 1996. *Civil Society in the Arabian Gulf*, S. 269.

⁴⁸⁸ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 24.

⁴⁸⁹ Ebd., S. 24.

Neuankömmlinge lebten in Slums rund um die Städte. Die meisten von ihnen arbeiteten für Öl- oder Bauunternehmen.

Nach Beschluss des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 1959 wurden alle kuwaitischen Familien, die vor dem Jahr 1920 bis zur Inkraftsetzung der Verordnung innerhalb der kuwaitischen Mauer lebten, als kuwaitische Bürger erster Klasse bezeichnet (authentisch oder kuwaitisch durch Gründung). Diese haben das Recht, hohe Posten zu übernehmen sowie das Recht, zu wählen und zu kandidieren. Den Familien hingegen, die danach eingewandert waren, wurde die kuwaitische Staatsangehörigkeit zweiter Klasse gewährt (kuwaitisch durch Einbürgerung). Diese konnten weniger wichtige Posten übernehmen als die Kuwaitis mit erstgenannter Staatsangehörigkeit.

Viele Beduinenfamilien, die tribale Verwandtschaften in Kuwait hatten, sind auch nach Kuwait gekommen, um die kuwaitische Staatsangehörigkeit zu erhalten. Erwähnenswert ist dabei, dass viele der großen Stämme, die geographisch auf mehr als ein arabisches Land verteilt sind, in vielen Fällen zwei oder mehr Staatsangehörigkeiten haben⁴⁹⁰.

Von den Beduinen bekamen ca. 35% die Staatsangehörigkeit erster Klasse nach ihrer Ankunft in Kuwait⁴⁹¹.

Die kuwaitische Regierung ermutigte die Beduinen, aus Sorge um die Vielzahl der immigrierten ausländischen Arbeitsuchenden mit anderen kulturellen Hintergründen, zur Arbeit und Siedlung in Kuwait. Des Weiteren sollte dies eine Balance mit der ausgebildeten Handelsklasse gewährleisten. Da die Regierung von der Dankbarkeit der Beduinen überzeugt war, die ihr gegenüber auch sehr loyal waren, konnte sie sich somit bessere Wahlergebnisse sichern. Die Befürchtung einer Opposition durch die Handelsklasse hatte den Staat dazu getrieben, höheren Anteilen dieser Stämme die Staatsangehörigkeit erster Klasse zu verleihen. „[...], tribal identity has survived and thrived because of its economic uses to the beduin and its political uses to the government“⁴⁹².

Im Laufe der Zeit konnten die Beduinen dank ihrer modernen Ausbildung viele staatliche Positionen in verschiedenen Bereichen besetzen. Durch die Ernennung in hohe Positionen der

⁴⁹⁰ Vgl. Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 75.

⁴⁹¹ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 25.

⁴⁹² Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 76.

Armee, Polizei und als Sicherheitskräfte hatten viele Mitglieder der Stämme Stellungen in den anderen entstandenen Staatseinrichtungen erlangt. Aber die Aufnahme dieser hohen Anzahl in den Staatsapparat, ohne große Veränderungen an den sozialen und kulturellen Gepflogenheiten des Stammes oder dessen Mitgliedern vorzunehmen, sowie ohne vorliegende langfristige politischen Vision des Staates die Barrieren zwischen den „Söhnen der Wüste“ und den „Söhnen der Stadt“ zu brechen, führte zum Erstarken traditioneller konservativer Stammesgewohnheiten hinsichtlich der Ehe, des Patriarchalismus, des inneren Stammeszusammenhalts und der Stammessolidarität zwischen den Stammesmitgliedern im Wettbewerb mit anderen Stämmen⁴⁹³. Im Laufe der Zeit hatten sich die alten Stammesbeziehungen und deren sozialen Werte in Machtzentren innerhalb der staatlichen Institutionen übertragen, was zum Entstehen einer „politischen Retribalisierung“⁴⁹⁴ führte. Als Reaktion der Stämme auf das Gefühl der Entfremdung, Verschiedenheit und politisch-sozial-kultureller Ausgrenzung am neuen Ort hielt der Stamm mehr und mehr an seinem Tribalismus fest.

Die Position der Stämme im Staat spiegelte nun ihre Macht und ihren Einfluss wider, im Rahmen ihrer gleichzeitigen Suche nach Hilfe sich selbst zu stützen. Dies war aufgrund des schnellen Wandels, des Übergangs von einer Ebene zu einer anderen, notwendig. Aufgrund der hohen Fruchtbarkeit dieser Gruppe bildet sie heute eine Bevölkerungsmehrheit von über 65%⁴⁹⁵.

Das Problem bei der Einbürgerungspolitik lag darin, dass das Ziel der Regierung nicht die Eingliederung und Integration der Stämme in die Gesellschaft war, sondern ein taktisches Mittel, um ihr bei ihren politischen Schlachten zu helfen. Dabei hatte der Staat nicht den nationalen Zusammenhalt zwischen den sozialen Klassen ermutigt, sondern hatte lediglich die

⁴⁹³ Mehr zu diesem Thema siehe:

الفالح، متروك 2002: المجتمع و الديمقراطية و الدولة في البلدان العربية. دراسة مقارنة لإشكالية المجتمع المدني في ضوء تريف المدن. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية.

Alfaleh, Matruk 2002: Gesellschaft, Demokratie und Staat in den arabischen Ländern. Eine vergleichende Studie zur Problematik der Zivilgesellschaft im Lichte der Ruralisierung der Städte. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum.

⁴⁹⁴ Al-haddad, Mohammad 1981: The Effect of Detribalization and Sedentarization on the Socio-Economic Structure of the Tribes of the Arabian Peninsula. Ajman Tribe as a Case Study, Ph.D. dissertation, University of Kansas. Zit. nach Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, S. 269.

⁴⁹⁵ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 27.

Loyalität und die konservativen tribalen Werte und Traditionen, hinsichtlich der Frauen und der Koedukation, gefördert.

Zusätzlich bestärkte der Staat die tribale Vorwahl, d. h., die Stämme bilden Konstellationen, um die größten politischen und wirtschaftlichen Blöcke im Land zu konfrontieren. Bei dieser Art von Wahlen bestimmen die Stämme, welche der Stammesmitglieder Kandidaten werden, bevor die offiziellen Wahlen durchgeführt werden. Indem eine bestimmte Zahl der Mitglieder eines Stammes für die Nominierung der Parlamentswahlen festgelegt werden muss, versuchen die Stämme die Möglichkeiten der Vertretung des Stammes im Parlament durch eine größere Anzahl zu verbessern. Der Stamm wird zur Abstimmung für diese Kandidaten verpflichtet. Die Regierung hatte im Jahr 1998 ein Gesetz erlassen, das diese Wahlen verhindern sollte, aber von den Stämmen nicht angenommen wurde, vielmehr betrachteten sie es als Verletzung ihrer Rechte⁴⁹⁶.

Als Ergebnis dieser politischen Erziehung stellt *Shafeeq Alghabra* zum Beispiel die schwache Loyalität der Stammesmitglieder während des irakischen Einmarsches in Kuwait fest. Diese war relativ schwach im Vergleich zu deren demographischen Größe und die Priorität dieser Gruppe war der Schutz des Stammes und die Flucht an sichere Zufluchtsorte außerhalb Kuwaits. *Alghabra* nimmt an, dass die Beteiligung dieser Stämme an der Bekämpfung der irakischen Besetzung radikal anders gewesen wäre, wenn mit den Stämmen in den davorliegenden Jahrzehnten zu Gunsten einer zivilen nationalen Bildung, die zur Verringerung der Barrieren zwischen den kuwaitischen Bürgern beigesteuert hätte, anders umgegangen worden wäre⁴⁹⁷.

Bei ihrer Suche nach Verbindungen und neuen Vernetzungen, um einen Gegenpol zu dem nationalistischen Trend, die Handelsklasse und solche, die die staatlichen Politiken hart kritisierten und die Erlassung der von der Regierung unterstützten Gesetze verhinderten, zu bilden, wurde der Regierung das Problem vom Zugang neuer Elemente und Gruppen zu ihrer Struktur bewusst. Sie entwickelte aber keine Mechanismen, die diesen neuen Elementen ermöglichten, eine eigene innere Struktur zu entwickeln. Dies führte anstatt zur Zivilisierung

⁴⁹⁶ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S.187.

⁴⁹⁷ Ebd., S. 29.

des Stammes zur Übertragung der sehr konservativen Stammestraditionen auf die Stadt. Dies ebnete den Weg für die Durchdringung des religiösen Fundamentalismus gekoppelt mit religiöser Intoleranz innerhalb der Reihen der Stämme⁴⁹⁸.

Am Anfang der zweiten Hälfte der neunziger Jahre und mit den begrenzten staatlichen Beschäftigungsmöglichkeiten wurde die Unfähigkeit des Staates, dem es an Leistungen und Ausbildungs- sowie Wirtschaftskapazitäten fehlte, zur Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Bevölkerungsbasis offensichtlich, insbesondere der neuen Mehrheit, die eine breite Bevölkerungsdichte und enorme Zahlen an Universitäts- und Hochschulabsolventen umfasste. Diese Gruppe war besonders unzufrieden und wurde ein fruchtbarer Boden für Proteste gegen Diskriminierung, insbesondere seit ihrer Entdeckung, dass es ihnen nicht möglich war die Karriereleiter bis nach ganz oben zu steigen und die hohen Posten zu erreichen oder eine ihrer numerischen Größe entsprechende Rolle zu spielen. Ausgehend davon glaubt *Shafeeq Alghabra*, dass die Stämme heutzutage das Parlament und das parlamentarische Leben am meisten unterstützten, weil es das beste Werkzeug für die Äußerung der Forderungen dieser Gruppe darstellt⁴⁹⁹. Im Falle einer verfassungswidrigen Auflösung des Parlaments würden die Stämme die größte Gruppe sein, die dagegen kämpfen würde, weil diese Auflösung auf die Verringerung ihrer Rechte und Macht abzielt.

In diesem Zusammenhang muss auf zwei Gruppen besonders eingegangen werden: die Eingebürgerten (kuwaitisch durch die Einbürgerung) und die Gruppe der Staatenlosen (die *Bidun*).

Die erste Gruppe hat verschiedene Wurzeln und bildet circa ein Drittel der Bevölkerung mit mindestens 30%⁵⁰⁰. Einige von ihnen haben beduinisch-arabische Wurzeln und gehören zu Stämmen, die in den fünfziger und sechziger Jahren in Kuwait ankamen. Einige kamen aus Ländern der Arabischen Halbinsel, der Rest aus dem Iran, Irak und den anderen arabischen Ländern. Die Mitglieder dieser Gruppe bilden einen großen Teil der Mittelklasse und der Berufstätigen, aber sie befinden sich auf der untersten Ebene der politischen Hierarchie. Das Kandidatur- und Wahlrecht hatten sie erst ab den Wahlen von 1992 inne. Der irakische

⁴⁹⁸ Ebd., S. 29.

⁴⁹⁹ Ebd., 31.

⁵⁰⁰ Ebd., S. 36.

Einmarsch in Kuwait warf diese Frage auf, da ein Teil dieser Gruppe dazu beitrug, dem irakischen Einmarsch entgegenzuarbeiten, und bildete bewaffnete Zellen⁵⁰¹.

Im Jahr 1994 erließ die kuwaitische Regierung ein Gesetz, durch das jeder, der von einem kuwaitischen Vater abstammt (ungeachtet seiner Staatsangehörigkeitsklasse, sei es authentisch durch Gründung oder durch Einbürgerung), kuwaitisch durch Gründung (authentisch) ist und damit alle politischen Rechte habe. Aber bis heute wird auf die Mitglieder dieser Gruppe in den offiziellen Unterlagen als eingebürgert verwiesen. Ferner verleiht das Gesetz dem Innenminister das Recht, die Staatsangehörigkeit jedem Bürger dieser Gruppe zu entziehen, wenn „sie Prinzipien fördern, die das wirtschaftliche oder soziale System im Land untergraben“ (Art. 13 und 14 vom Gesetz Nr. 15 vom 1959). Dies begrenzte den Rahmen der politischen Aktivitäten von Mitgliedern dieser Gruppe.

Die zweite Gruppe umfasst die sogenannten *Bidun* (Staatenlosen). Diese Gruppe wurde nicht eingebürgert und der Staat erkannte ihnen kein Recht für den Erhalt der Staatsangehörigkeit, da die staatliche Politik der Einbürgerung selektiv war⁵⁰².

Diese Gruppe besteht aus Beduinen, die seit den sechziger Jahren von der arabischen Halbinsel, dem Irak und einige auch aus dem Levante emigrierten, um ihren oder den mit ihnen verbundenen Stämmen in Kuwait beizutreten, denen es gelang die kuwaitische Staatsangehörigkeit zu bekommen. Ein Teil von ihnen hatte die Staatsbürgerschaft nicht beantragt, als Kuwait begann, Anträge auf Staatsbürgerschaft am Anfang der sechziger Jahre anzunehmen. Andere Teile von ihnen hatten die Staatsangehörigkeit zweiter Klasse (durch Einbürgerung) abgelehnt. Ein Teil verbarg seine ursprüngliche Identität, in der Hoffnung, die Rechtsstellungen würden sich zukünftig verändern und ihnen dann erlauben, die Staatsbürgerschaft zu erhalten. Die Größe dieser Gruppen stieg im Jahr 1987 bis auf 200.000. Nach der irakischen Besatzung und der Flucht vieler von ihnen aus Kuwait veränderte sich die Anzahl der *Bidun* auf ungefähr 100.000⁵⁰³. Diese Gruppe hatte keine politischen oder zivilen Rechte.

⁵⁰¹ Ebd., S. 37.

⁵⁰² Crystal, Jill 1996. *Civil Society in the Arabian Gulf*, S. 265.

⁵⁰³ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S.26.

4.2.2.4. Die Gender-Vernetzung

Die soziale Stratifikation aufgrund des Geschlechtes ist eine der wichtigen Ebenen der gesellschaftlichen Teilungen, insbesondere in der arabischen Region und speziell in den Golfstaaten, weil sie „[...]different private and public roles for women and men“⁵⁰⁴ schafft.

Die Traditionen sowie einige Gesetze trugen dazu bei, die Tätigkeit von Frauen deutlich einzuschränken. „The position of women in Kuwait is conditioned by tradition, religion, and law. None of these is unambiguous in its approach to women and the family, and it is as easy to ascribe the positions of women in Kuwait to any as to all of them“⁵⁰⁵.

Die funktionale Trennung der Arbeiten und die Bindung der Frau an Haushaltstätigkeiten hatten zur Vertiefung der sozialen Trennung auf Grund des Geschlechtes beigetragen. Zusätzlich hatte die Rolle der Familie in der arabischen Gesellschaft im Allgemeinen, einschließlich der Golfstaaten, dazu beigetragen, eine mögliche aktive Rolle der Frau in ihrer Gesellschaft zu behindern. Damit untersteht die Frau in den arabischen Gesellschaften vornehmlich der männlichen Autorität. „The foundational role of family in associational life, coupled with women's unequal access to some family institution, such as the diwaniyyah, that can be used to transform social into economic and political powers puts women at a systematic disadvantage“⁵⁰⁶.

Die schnelle Änderung in Kuwait schaffte eine neue Lage für die kuwaitische Frau. Vor der Erschließung der Ölquellen erlebte die Frau eine relativ weitgehende Unabhängigkeit bei der Verwaltung von Familienangelegenheiten und Haushalt, weil die Männer den Großteil des Jahres auf See und mit Handel verbrachten⁵⁰⁷. Der Ölreichtum hatte zur Reduzierung der Rolle der Frau innerhalb der Familie beigetragen, da die wirtschaftliche Prosperität es den Golffamilien ermöglichte, viele Hausangestellte einzustellen, die die Hausarbeit erledigten. Diese Veränderung fiel mit dem Erlass von Gesetzen zusammen, die eine spürbare Rolle bei der Vertiefung vieler negativen Gewohnheiten hinsichtlich der Frauenarbeit und Beschäftigung außerhalb der Familie spielten und die Möglichkeiten beschränkten, die den Frauen behilflich sein könnten, die öffentliche Sphäre außerhalb der Familie zu erreichen, die sonst nur Männern vorbehalten bleibt.

⁵⁰⁴ Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, S. 270.

⁵⁰⁵ Tétreault, Mary Ann 1993: Civil Society in Kuwait. Protected Spaces and Women's Right, S. 281.

⁵⁰⁶ Ebd., S. 270.

⁵⁰⁷ Ebd., S. 271.

Die weitgehende Erweiterung im Golf-Arbeitsmarkt seit den siebziger Jahren hatte nicht zur Steigerung des Anteils an weiblichen Arbeitskräften beigetragen. Mit der Entstehung der Konsummuster als Ergebnis des Wohlstandes wurde die Marginalisierung von Frauen in der Gesellschaft verstärkt.

Die Frauenquote auf dem Arbeitsmarkt in der Golfregion ist schwach - Ausnahme ist in gewissem Maße Bahrain. Der Anteil der Frauen an der gesamten Arbeitskraft in Ländern des Golfkooperationsrats beträgt ungefähr 11,2%, im Vergleich zu 35% in den entwickelten Ländern im Jahr 1994⁵⁰⁸. Das Arbeitsrecht und das Personenstandsgesetz hatten zur Stärkung der herrschenden Sitten und Traditionen in der Gesellschaft beigetragen sowie zur strengeren Beschränkung der Bedingung von Frauenarbeit. Eine Frau, auch wenn sie über 21 Jahre ist, kann ohne die Genehmigung ihres Hüters (Vater oder Bruder) nicht heiraten oder reisen. Auch die Fragen von Ehe, Scheidung und Erbe, die vom Gesetz bestimmt werden und auf dem islamischen Recht basieren, vertiefen das Thema Diskriminierung zwischen Mann und Frau auf Grund des Geschlechts. Das kuwaitische Parlament billigte im Jahr 2007 ein Gesetz, das die Frauenarbeit zwischen 20 und 7 Uhr verbietet.

Obwohl die vorliegenden Zahlen der Beteiligung der kuwaitischen Frauen deutliche Steigerungen aufweisen (in Kuwait stieg sie von 2% im Jahr 1970 auf 28,1% im Jahr 1988)⁵⁰⁹, war dies jedoch keine wirkliche Steigerung. Die offiziellen Statistiken zeigen zwar die großen quantitativen Veränderungen in der Beteiligung der Frauen im Beschäftigungssystem (die kuwaitische Zeitschrift *Alqabas* berichtete eine Steigerung in der Frauenarbeit im Privatsektor auf 47% im 2009)⁵¹⁰, es steht aber fest, dass dies von keiner qualitativen Veränderung begleitet wurde. Die Beteiligung der Frauen in den Golfstaaten und darunter Kuwait ist eher in den Bereichen der Bildung und Gesundheit konzentriert.

Der Anteil der Frauen an den kuwaitischen Universitäten und Institutionen stieg sehr deutlich an, die Frauen stellen fast 70% der Studierenden der Universität von Kuwait⁵¹¹.

⁵⁰⁸ النجار، باقر سلمان 2000: المرأة في الخليج العربي و تحولات الحداثة العسيرة. الدار البيضاء، بيروت: المركز الثقافي العربي، ص 47.

Alnajjar, Baqer Salman 2000: Die Frau im arabischen Golf und die schwierigen Wenden der Modernisierung. Casablanca, Beirut: Das kulturelle arabische Zentrum, S. 47.

⁵⁰⁹ Ebd., S. 47.

⁵¹⁰ Alqabas-Zeitung, Nr. 1818962 vom 15.11.2009, S. 42. Zit. nach: Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 33.

⁵¹¹ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S.33.

Die politischen Rechte waren bis 2005 den kuwaitischen Frauen entzogen. Obwohl die Regierung immer wieder ihren Wunsch geäußert hatte, allen Frauen ihre politischen Rechte zu gewähren, stellten sich die parlamentarischen Blöcke von Stammesabgeordneten und Islamisten gegen den Versuch, ein Gesetz zu genehmigen, das den kuwaitischen Frauen dieses Recht gewährt. Dies war in den Jahren 1971, 1976, 1986, 1992 und 1996 der Fall. Auch das Dekret, das vom Emir im Jahr 1999 dem Parlament unterbreitet wurde, wodurch die kuwaitischen Frauen ihre politischen Rechte erhalten sollten, wurde vom Parlament abgelehnt. Der Regierung fehlte die Zustimmung des Parlaments, um das Dekret des Emirs zu genehmigen (ein Dekret muss die Zustimmung des Parlaments erhalten, um Gesetz zu werden). Diese Ablehnung des Parlaments hielt bis 2005 an, als das Parlament es endlich genehmigte, den Frauen dieses Recht zu geben, und im Jahr 2009 wurden vier Frauen ins Parlament gewählt.

Ein Teil der kuwaitischen Frauen war seit der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts in gesellschaftlichen unpolitischen Organisationen organisiert. Der erste Frauenverein in Kuwait wurde im Jahr 1962 gegründet, die „Assoziation der Frauenrenaissance“, der kuwaitische Frauen umfasste, die die Sekundar- und Universitätsausbildung erhalten hatten. Außerdem wurde die „Kulturell-soziale Frauenassoziation“ im Jahr 1963 gegründet, die eine Elite der kuwaitischen ausgebildeten Frauen und der Absolventen der arabischen und britischen Universitäten umfasste. Diese hatten die Erfahrung der arabischen Frauenaktivitäten durch ihr Studium in Ägypten und in der Levante erhalten. Sie erlebten außerdem die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Rolle der europäischen Frauen in Großbritannien.

Im Allgemeinen war die Tätigkeit dieser beiden Vereine auf die Aufklärung durch Seminare, Vorträge und Konferenzen konzentriert, um die familiären und rechtlichen Probleme zu lösen, die insbesondere die Frauen betrafen.

Ein anderer Frauenverein wurde unter dem Namen „Verein der Jungfrau“ im 1975 gegründet. Dieser hatte sich am Anfang der achtziger Jahre auf den sportlichen Sektor, mit etwas kulturellen und politischen Tätigkeiten, insbesondere nach der Wiederaufnahme des parlamentarischen Lebens in Kuwait konzentriert. Es wurden viele Seminare und Tagungen gehalten, um das politische Recht der kuwaitischen Frauen einzufordern. Aber der Verein

hatte keinen großen Erfolg bei der Rekrutierung einer breiten Basis von Frauen, da er hauptsächlich bestimmte Gruppen von kuwaitischen Frauen ansprach, die angesehenen Familien gehörten. Zusätzlich errichteten einige kuwaitische Frauen die „Kuwaitische freiwillige Frauenassoziation“ im Jahr 1991 sowie die „Kuwaitische Vereinigung der Frauenverbindungen“ in 1994.

Die Vereinigungen „*Bayader Alsalam*“ und der „Islamische Wohlfahrtsverein“ wurden im Jahr 1981 gegründet. Diese vertreten den islamischen Trend der Frauen. Es gelang diesen beiden Vereinigungen, große Sektoren des kuwaitischen Frauensegments aller sozialen und wirtschaftlichen Ebenen zu erreichen. Diese beiden Vereinigungen ähneln nach *Alnajjar* den anderen Organisationen der Frauen in den Golfstaaten, die unter dem Dach des Staates stehen und dessen offiziellen Diskurs übernehmen. Sie vertreten ihm zufolge den sogenannten „modernisierten Konservatismus“, d. h. die Akzeptanz der Modernität, aber innerhalb eines traditionellen Rahmens. Sie bilden das von ihm so genannte „Post-Nomadentum“ im Hinblick auf ihre kulturelle, soziale und politische Konfiguration⁵¹². Es ist erwähnenswert, dass mehr als 70% der Stimmen, die der islamische Trend in den Wahlen des Studentenvereins an der Universität Kuwaits der letzten Jahre erhielt, hauptsächlich von den Studentinnen und nicht von den Studenten kamen. Das heißt, dass die Frauen in einigen ihrer Sektoren eine bedeutende Unterstützung für die islamistischen konservativen Trends in der Golfgesellschaft darstellen.

In den Golfstaaten sind die Frauen mit Herausforderungen und Schwierigkeiten konfrontiert, die ihre Beteiligung an der politischen Entscheidungsfindung begrenzen: Die erste Herausforderung liegt in der Gesellschaft mit ihren verschiedenen sozialen und politischen Kräften. Die Haltung dieser Kräfte pendelt zwischen Akzeptanz und Ablehnung hinsichtlich der Frau und ihrer politischen und sozialen Rechte.

Einige dieser Kräfte lehnen die politische und wirtschaftliche Präsenz der Frauen aus politischen Gründen ab. Sie weigern sich, die Beteiligung der Frauen am politischen Leben zu akzeptieren, ausgehend von ihrem Bedürfnis nach der Anziehung der konservativen Kräfte

⁵¹² Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf, S. 179.

der Gesellschaft, die sie bräuchten, um den liberalen Kräften und manchmal auch dem Staat die Stirn zu bieten.

Andere Kräfte lehnen es ab, den Frauen ihre Rechte zu gewähren, ausgehend von ihrem sozialen oder religiösen Hintergrund.

Das zweite Hindernis, das die wirksame Partizipation der Frauen an der Entscheidungsfindung erschwert, bildet der Staat selbst, der befürchtet, die Verbindung und die Verknüpfung mit den *Corporations* und tribalen sowie religiösen Kräften zu verlieren, die diese Idee ablehnen. Das Regime in den Golfstaaten im Allgemeinen besteht trotz seiner liberalen Attribute nicht nur aus liberalen Persönlichkeiten, sondern es gibt in Entscheidungspositionen auch Vertreter des politischen Islams und der Stämme, die annehmen, dass es als Abweichung von Tradition und Sitten betrachtet wird, wenn die Frauen ihre Rechte erhalten.

Das letzte Hindernis hängt aber von der Frau selbst ab. Die Steigerung der Arbeitskraft der Frauen und die Übernahme von hohen Stellungen durch Frauen in staatlichen und privaten Einrichtungen erhöht nicht unbedingt das Bewusstsein der Frauen für ihre Rechte. Die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in der Golfgesellschaft, im Allgemeinen und besonders in Kuwait, und ihres Beziehungsgeflechts, hatten die Frauenverbände noch nicht in eine Interessengruppe verwandelt, die sozialen Druck ausüben könnte, um mehr Rechte zu verlangen. Eine Studie ergab, dass 81,2% der bahrainischen Studentinnen angaben, dass die Politik für Frauen nicht geeignet sei, und 93% der emiratischen Frauen die politische Aktivität der Frauen ablehnen⁵¹³.

4.2.2.5. Die Vernetzung aufgrund des Alters

Im Zusammenhang der gesellschaftlichen Stratifikation Kuwaits muss eine andere soziale Teilung angesprochen werden: die Teilung auf Grund des Alters. Diese ist sehr bedeutend, da über 75% der Bevölkerung Kuwaits unter 28 Jahre alt sind⁵¹⁴.

Die Altersverteilung ist wichtig, da ein Drittel der Kuwaitis unter 9 Jahre alt ist. Die Anzahl derer, die in der staatlichen Bildung registriert sind, betrug im Jahr 2008 343.000⁵¹⁵, was in

⁵¹³ Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf, S. 189f.

⁵¹⁴ <http://www.alaan.cc/pagedetails.asp?nid=95165&cid=82>, abgerufen am 11.10.2012.

⁵¹⁵ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 17.

einer so kleinen Gesellschaft wie der von Kuwait enorm ist, zumal die Bevölkerung in Kuwait im Jahre 2010 1.100.000 Kuwaitis und 2.500.000 Nicht-Kuwaitis betrug⁵¹⁶. Dies bedeutet einen jährlichen Zustrom von über 15.000 Studenten, die gerade ihr Abitur absolviert haben⁵¹⁷.

In anderen Worten bedeutet dies einen erhöhten Druck auf den Staat, um Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten zu gewährleisten, zumal über 82% der kuwaitischen Bürger für den Staat arbeiten.

4.2.3. Zwischenresümee: Die politische Dynamik

In den meisten Staaten mit der Rentenökonomie, einschließlich Kuwaits, gehen die Öleinnahmen unmittelbar an den Staat. Diese Einnahmen erhält er von den ausländischen Ölkonzernen, komplett losgelöst von den lokalen Produktionsverhältnissen. Sie gehen daher direkt an den Staat und nicht an lokale Firmen, d. h., der Zugang zum Staat garantiert den Gruppen und den Individuen einen gewissen Anteil am Reichtum. Je näher diese Gruppen und Individuen dem Staat stehen, desto größer ist deren Anteil. Damit führt die Konzentration von Geld beim Staat dazu, dass die Gruppen und Individuen Zugänge zu der herrschenden Elite im Staat suchen.

Nach Jill Crystal⁵¹⁸ gibt es zwei Hauptgruppen, die die Möglichkeit haben, das Staatszentrum zu erreichen und verfügen dabei über „[...] *more narrowly political power*“⁵¹⁹.

Die erste Gruppe bildet den engen Zirkel um den Herrscher. Er besteht aus den einflussreichsten Personen. Die Mitglieder dieser Gruppe genießen das Vertrauen des Herrschers und haben die Möglichkeit, Einfluss auf ihn auszuüben, auch wenn sie keine offizielle Position innehaben. Das Problem dieser Gruppe liegt in ihrer inneren Inkonsistenz. Sie ist innerlich in zwei Gruppen gespalten. Die erste enthält Personen, die vom Herrscher abhängig sind und zu keinem wirtschaftlichen oder sozialen Machtzentren gehören, darunter sind zum Beispiel auch ausländische und arabische Experten und Berater. Die zweite Gruppe

⁵¹⁶ Ebd., S. 17.

⁵¹⁷ Ebd., S. 17.

⁵¹⁸ Crystal, Jill 1996. *Civil Society in the Arabian Gulf*, S. 272f.

⁵¹⁹ Ebd., S. 272.

hingegen besteht aus jenen, die sozialen Einfluss unabhängig vom Herrscher haben, wie zum Beispiel Stammesführer und Oberhäupter großer Familien.

Die zweite Gruppe besitzt die Möglichkeit, zwar nicht unbedingt den Herrscher zu erreichen, jedoch den Zugang zu den staatlichen Ressourcen. Sie ist eine Gruppe von Bürokraten und Technokraten, die in den staatlichen Einrichtungen arbeiten. Sie haben Interesse an der Fortsetzung der finanziellen und beruflichen Unterstützung durch den Staat. Aufgrund ihrer Besetzung von hohen staatlichen Positionen genießen sie die Möglichkeit, Zugang zur Mittelherkunft zu haben, jedoch nicht unbedingt zum engen Zirkel des Herrschers.

Die verschiedenen sozialen Gruppen versuchen ihrerseits diese beiden Hauptgruppen auf verschiedene Weisen zu erreichen. Die Analyse von Nicholas Hopkins hinsichtlich der Beziehung zwischen der Macht der Entscheidungsfindung in Saudi-Arabien und dem Stamm *Al Murrah* stellt ein Mittel dar, die netzgebundene Beziehung zu verstehen, nicht nur in Saudi-Arabien, sondern auch in den Golfstaaten im Allgemeinen.

Die Vertiefung der zentralen Staatsmacht in Saudi-Arabien führte zur Beseitigung der Stammesunabhängigkeit und so führte auch die Sesshaftigkeit des Stammes im Ergebnis zur Beseitigung seiner wirtschaftlichen Ressourcen durch die Notwendigkeit der Neuschaffung der Verhältnisse mit dem zentralen Staat⁵²⁰. Dazu schreibt Hopkins:

„The Al Murrah make a distinction between al-Dawlah (the state or bureaucracy) and al-Hukumah (the Saudi royal family or governors); they are loyal to the latter and fearful of the former, but fear that the state is taking over the government“⁵²¹.

Im Zusammenhang ihrer Erklärung der politischen Kräfte in Kuwait wendet Jill Crystal die Erklärung von Hopkins auf die Beziehung an, die die Aktivitäten der verschiedenen sozialen Kräfte in Kuwait regiert, und zwar im Rahmen ihrer Versuche, die Macht der

⁵²⁰ Vgl. ebd., S. 273.

⁵²¹ Hopkins, Nicholas 1988: Class and State in Rural Arab Communities, in: Dawisha, Adeed; Zartman, I. William (Hrsgg.) 1988: Beyond Coercion. The Durability of the Arab State. London: Croom Helm, S. 239-259, hier: S. 255.

Entscheidungsfindungsinstanz zu erreichen und sie zu ihren Gunsten dementsprechend zu beeinflussen⁵²².

Die Klasse der Bürokraten, die zuvor die alte Arbeiterklasse bildeten, ist in der Lage, den Staat, nicht jedoch die Regierung zu erreichen. Die Händler-Klasse war historisch in der Lage, die Regierung zu erreichen, bevor das Öl diese Fähigkeit schwächte. Sie musste neue Verhältnisse eingehen, um zum Staat zu gelangen. Sie versuchte kraft ihrer staatlichen Stellungen komplexe Patronagen mit dem Staat zu bilden. Einige der religiösen Gruppen erreichten zudem einige der staatlichen Sektoren erfolgreich, wie zum Beispiel den Bildungssektor (der beste Beweis dafür ist der Einfluss der islamischen Gruppen auf die Lehrpläne) und *Awqaf* (Stiftungen nach dem islamischen Recht) sowie in der Verteilung der Ministerposten. Die tribalen Gruppen können die Regierung erreichen, aber sie sind auch in der Lage, Brücken und Verbindungen innerhalb des Staates aufzubauen, insbesondere in den Sektoren der Polizei, Armee, Sicherheit und des Parlamentes. Die Arbeiterklasse von Ausländern kann zum Staat gelangen, aber der Weg zur Regierung bleibt versperrt. Wenn eine Frau die Regierung durch Verwandtschaft, Ehe, Affinität und Schwägerschaft erreichen konnte, scheiterte sie aber daran, den Staat zu erreichen.

Es ist erwähnenswert, dass all diese Gruppen nicht die vollständige Möglichkeit haben, den Staat und gleichzeitig die Regierung zu erreichen. Jedoch liegt die wirksame, tragfähige und effiziente Kraft in der Fähigkeit, den Zugang zum Staat und gleichzeitig zur Regierung zu erreichen⁵²³.

4.3. Das Parlament

Im Vergleich zu den anderen Golfstaaten ist Kuwait durch fest etablierte parlamentarische Traditionen gekennzeichnet⁵²⁴. Obwohl das Parlament unter verschiedenen politischen Umständen zweimal verfassungswidrig aufgelöst und der Regierung im Jahr 1967 Wahlfälschung vorgeworfen wurde, hat diese Institution immer noch eine große Bedeutung im „Gewissen der kuwaitischen Bürger“⁵²⁵.

⁵²² Vgl. Crystal, Jill 1996. Civil Society in the Arabian Gulf, S. 273ff.

⁵²³ Ebd., S. 275.

⁵²⁴ Herb, Michael 2004: Princes and Parliaments in the Arab World, in: The Middle East Journal, Volume 58, No. 3, Summer 2004, S. 367-384, hier S. 374.

⁵²⁵ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 62.

Das Parlament hat seine Wurzeln im Jahr 1921, wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln erwähnt wurde. Mit der Erfahrung des Rates aus 1938, welcher zur Herausbildung der Idee der politischen Beteiligung im kuwaitischen Volk frühzeitig beigetragen hatte, wurde dies verankert.

Der Rat vom 1938 war der hauptsächliche Antrieb zur Forderung der Kuwaitis, ein Parlament zu bilden, das sich an der Entscheidungsfindung beteiligt. Die Opposition, angeführt vom nationalistischen Trend, beteiligte sich daran, die Flamme der Forderung nach Beteiligung und Vertretung nicht erlöschen zu lassen. „*Even after the demise of the 1938 assembly the nationalist opposition kept alive the idea of political participation in some organized forum*“⁵²⁶.

Durch den nationalistischen Kulturverein, der zusammen mit einigen Vereinen in den fünfziger Jahren ein Organisationsnetz für die Opposition bildete, forderte der Anführer des nationalistischen Trends, Dr. *Ahmad Alkhatib*, den Emir auf, die Bildung eines Parlaments zu genehmigen. *Alkhatib* bildete ein Vertretungsorgan, das in Richtung der Bildung eines nationalen Vertretungsrats fungieren sollte. 1954 reichte er eine Petition darüber an den Emir ein. Aber diese Forderungen wurden von der Regierung abgelehnt.

Die irakischen Bedrohungen nach der Unabhängigkeit Kuwaits beschleunigten die Entscheidungen des Emirs beim Verabschieden der Verfassung und beim Bilden des Parlamentes als Herrschaftspartner der Regierung.

Die irakischen Bedrohungen führten zur Verbreitung des nationalen Geistes bei den Kuwaitis und zu steigender Unterstützung für den Emir als nationales Symbol. In diesem Kontext beschreibt Jill Crystal die Rolle des Parlaments so: „*[...] the assembly was an effort by the amir to institutionalize that spirit and support*“⁵²⁷.

Aber das Bedeutende daran war die Intention des Emirs hinsichtlich der Rolle des Parlamentes. Er sah vor, es als ein Werkzeug zu nutzen, um das politische Spiel im Land zu steuern sowie Allianzen und Verbindungen mit verschiedenen Partnern einzugehen, um die Gruppen, die eine breite Volksbasis und aktive Präsenz haben, auszubalancieren. Diese unterschieden sich von Zeit zu Zeit. Der Emir versuchte das Gleichgewicht mit der Händler-Klasse durch die Förderung der Beduinen, Schiiten und Nationalisten im Parlament zu

⁵²⁶ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 95.

⁵²⁷ Ebd., S. 96.

erreichen⁵²⁸. Auf der anderen Seite plante er allerdings, durch die Förderung der Islamisten das Gleichgewicht mit den Nationalisten zu erreichen. Nach der Steigerung der schiitischen Rolle in den achtziger Jahren verstärkte der Emir seine Allianz mit der Herrscherfamilie erneut. Nach der zunehmenden Macht der Mitglieder der Herrscherfamilie „[...], *the Assembly*, [...], *declined in power until it was finally closed*“⁵²⁹.

Das Parlament erfüllte für den Emir, gemäß Jill Crystal, drei Hauptaufgaben⁵³⁰: Die erste war die Vertiefung der Spaltung zwischen den Mitglieder der Herrscherfamilie und den anderen kuwaitischen Familien. Von den Mitgliedern der Herrscherfamilie waren die obersten Staatsposten besetzt, hingegen stand das Parlament allen Kuwaitis offen, abgesehen von der *Al-Sabah*-Familie, die aus politischer Tradition nicht berechtigt war, für das Parlament zu kandidieren.

Eine Spaltung zwischen der Händler-Klasse und den anderen Gruppen zu schaffen stellte die zweite Aufgabe dar. Der Emir suchte Assoziationen und Allianzen außerhalb der politischen Elite und der Händler-Klasse durch die Verstärkung des Parlamentes mit neuen Persönlichkeiten, um das Gegengewicht mit irgendeiner starken Gruppe zu erreichen.

Die dritte Aufgabe war die Spaltung zwischen Kuwaitis und insbesondere den arabischen Einwanderern, da das Parlament nur für die Vertretung der Kuwaitis gebildet wurde. Diese Aufgabe war von großer Wichtigkeit für die Regierung, speziell in Hinblick auf die zunehmenden arabischen Einwanderer, die aus der Levante gekommen waren und mit den Ideen des arabischen Nationalismus gesättigt wurden. Diese betrachteten die Regierung als Gefährdung für die Bürger. Damit wurde das Parlament eine wichtige Instanz, um die kuwaitische Identität zu vertiefen, sowie ein wichtiges Mittel des Emirs, um nahe am Volk zu sein.

Das erste gewählte Parlament im Jahr 1963 erlebte zugleich die Entstehung einer starken Opposition. Dieser oppositionelle Trend oder die sogenannte „Gruppe der 28 Mitglieder“ unter Leitung des nationalistischen Trends, geführt von *Ahmad Alkhatib*, erhob Einwände gegen die Kabinettsbildung, die in Widerspruch zum Artikel 131 der kuwaitischen

⁵²⁸ Ebd., S. 96. Siehe auch: Crystal, Jill 1995: *Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar*, S. 83.

⁵²⁹ Crystal, Jill 1995: *Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar*, S. 83.

⁵³⁰ Vgl. ebd., S. 85.

Verfassung stand und die Übernahme einer öffentlichen Position mit der zeitgleichen Führung von Unternehmen verbietet⁵³¹. Er hatte auch von den Ministern (Händlern) gefordert, auf ihre Ministerien bzw. Geschäfte zu verzichten.

Die kuwaitische Verfassung erfordert es nicht, den Ministern das Vertrauen des Parlamentes bei der Regierungsbildung auszusprechen, weil das Vertrauen des Emirs ausreichend ist. Daher versuchte die Opposition deren Vereidigung, die im Artikel 91 der Verfassung verankert ist, zu verhindern, um den Ministern des Kabinetts das Vertrauen zu entziehen, und zwar durch die Boykottierung der Sitzungen für drei aufeinander folgende Wochen. Die Regierung hatte dafür nur zwei Lösungen, entweder die Auflösung des Parlamentes und damit die Zerstörung des neuen verfassungsmäßigen Lebens oder den Rücktritt. Der Emir wählte die zweite Lösung und die Regierung trat zurück⁵³². „*So effective was the opposition that it forced the ruler to return from India to dissolve the cabinet*“⁵³³.

Acht Abgeordnete traten aus Protest zurück, als die neue Regierung den Versuch unternahm, Gesetze zur Einschränkung der öffentlichen Freiheit zu erlassen: die Gesetze, die Generalversammlungen, Sportverbände, Publikationen und Presse betrafen, sowie Gesetze, die den Regierungseinrichtungen unbegrenzte Autorität verleihen sollten⁵³⁴. Infolgedessen legte der Parlamentspräsident sein Amt nieder⁵³⁵. Die Regierung gab Ergänzungswahlen kund, in der die konservative Anhänger der Regierung gewannen⁵³⁶. Dadurch konnte die Regierung die umstrittenen Gesetze, durch das geringere Ausmaß der Opposition, erlassen. Im November 1965 starb der Emir *Abdullah Al-Salim Al-Sabah* (Vater der kuwaitischen Verfassung) und Scheich *Sabah Al-Salim Al-Sabah* wurde sein Nachfolger.

1967 wurden die Wahlen des zweiten Parlaments durchgeführt und waren von großen Bemühungen der Regierung begleitet, die Wahlen zu polarisieren und zu fälschen, um ihre loyalen Kandidaten zu unterstützen und den Zugang der Opposition zum Parlament zu sperren. Sie forderte die Stammesangehörigen, die ihr loyal gegenüber waren, auf, an den

⁵³¹ Asyri, Abd Alreda Ali 2010: Das politische System in Kuwait. Prinzipien und Praxis, S. 129.

⁵³² Ebd., S. 129.

⁵³³ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 96.

⁵³⁴ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 63.

⁵³⁵ Asyri, Abd Alreda Ali 2010: Das politische System in Kuwait. Prinzipien und Praxis, S. 129.

⁵³⁶ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 88.

Wahlen teilzunehmen. Faktisch wurde ihre Treue zuvor durch Housing-Programme und die Einstellung vieler von ihnen in Armee und Polizei gekauft. Durch die Wahlfälschung stieg die Anzahl der Stellvertreter der Stämme von 14 im ersten Parlament auf 20 in diesem und dann auf 23 Abgeordnete im dritten Parlament von 1971. Dies war ungefähr die Hälfte der gesamten 50 Abgeordneten des Parlamentes. Wegen der starken Kritik bezüglich der Korrektheit der Wahlen sowie des öffentlichen Vorwurfes der Opposition der Fälschung sind sieben Abgeordnete zurückgetreten. Die Parlamentsarbeit lief dennoch ohne bedeutende Aktivitäten weiter⁵³⁷.

In den Wahlen für das dritte Parlament vom 1971 erlebte der Anteil der Nationalisten einen Rückgang. Sie gewannen nur vier Abgeordnetensitze und *Ahmad Alkhatib* war nicht darunter. Er hatte nämlich die kuwaitische Öffentlichkeit durch seine wiederholten Aufrufe nach Gleichberechtigung der arabischen Arbeiter in Kuwait hinsichtlich der politischen Rechte erzürnt⁵³⁸.

Der Rückschlag des Sechstagekriegs im Juni 1967 spielte eine wichtige Rolle beim deutlichen Rückgang der Popularität der Nationalisten. Jedoch sorgte während der Dauer dieses Parlamentes der Krieg, der im Oktober 1973 begann, bei den Arabern im Allgemeinen und insbesondere bei den Nationalisten für einen wesentlichen Aufschwung. Die Erhöhung der Ölpreise, die zu damaliger Zeit Rekordhöhen erreichten, wurde begleitet von Verhandlungen zwischen Kuwait und der *Kuwait Oil Company*, die zur britisch-amerikanischen Ölfirma (1934 von *Anglo-Persian Oil Company (British Petroleum BP)* und *Gulf Oil Cooperation (Chevron)* gegründet)⁵³⁹ gehörte, im Bezug auf Produktionsebenen.

Die zwischen der kuwaitischen Regierung und der *Kuwait Oil Company* getroffene Vereinbarung lehnte das Parlament ab, das auf Druck des Volkes die Verstaatlichung der Ölindustrie in Kuwait forderte. Dies nutzte die Regierung für die Nachverhandlungen aus, aber diesmal unter den Umständen einer Erhöhung der Ölpreise, durchgeführt von den OPEC-Ländern, sowie die Ablehnung der arabischen Ölländer OAPEC, das Öl in die Israel unterstützenden Länder zu exportieren. Diese Umstände gaben der Regierung eine günstige

⁵³⁷ Asyri, Abd Alreda Ali 2010: Das politische System in Kuwait. Prinzipien und Praxis, S. 129ff.

⁵³⁸ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in he Gouf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 86f.

⁵³⁹ <http://www.kockw.com/sites/EN/Pages/Profile/History/KOC-History.aspx>, abgerufen am 19.11.2012.

Verhandlungsposition. Das Parlament ratifizierte die Eingriffe, die die Regierung erreichte. Diese gewährten Kuwait 60% der Anteile der *Kuwait Oil Company*.

Der wichtige Punkt hier ist, dass die Regierung einerseits die Opposition des Parlamentes nutzte, um ihre Verhandlungsposition zu verstärken, auf der anderen Seite aber trug sie zur Politisierung der Opposition im Parlament, die von der kuwaitischen Bevölkerung nachdrücklich unterstützt wurde, deutlich bei. Natürlich gab dies der Regierung einen Hinweis auf die Ernsthaftigkeit der wachsenden Opposition⁵⁴⁰.

1975 wurden die vierten Wahlen des Parlaments durchgeführt. Dabei wurden 29 ehemalige Abgeordnete wiedergewählt und 21 neue schafften den Einzug ins Parlament. Der Erfolg der neuen Abgeordneten basierte auf der Konstellation von Sippen und Stämmen. Zu dieser Zeit entstand das Phänomen der Bestechungsgelder bei Wahlen, durch die sich Kandidaten Stimmen sicherten⁵⁴¹. Dieses Parlament erfuhr eine zunehmende Kraft der Opposition innerhalb des Parlaments, als sie zunehmende Kritik am Emir und seiner Familie entfachte.

*„This assembly continued the tradition of opposition with far more enthusiasm than the amir was willing to tolerate“*⁵⁴².

Dieses Parlament wurde von den Händlern wenig unterstützt, weil es wirtschaftliche Fragen behandelte, wie zum Beispiel die Organisierung der Börse, Preisfestsetzung und Korruption des Staats⁵⁴³. Dazu kam auch die wesentliche Rolle der Opposition außerhalb des Parlaments, insbesondere mit Ausbruch des libanesischen Bürgerkrieges. Die Opposition versuchte ihre arabische, gegenseitige Zusammenarbeit zu erhöhen. Daneben nahmen die von Nationalisten und linken Kräften angeführten Demonstrationen zu, um nicht nur die Palästinenser zu unterstützen, sondern auch die regionale Opposition in Bahrain, Oman und anderen Ländern. Dies bereitete der Regierung Sorge hinsichtlich der Politisierung der Öffentlichkeit⁵⁴⁴.

Dieses Parlament behandelte viele lokale und regionale Streitpunkte, die die Besorgnis der Regierung erregten, insbesondere nachdem die Opposition ihre Verbindungen mit den nationalistischen Kräften in anderen arabischen Ländern verstärkte. Die Regierung befürchtete die damals so genannte ‚Libanesierung von Kuwait‘, das heißt, dass Kuwait sich

⁵⁴⁰ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 97.

⁵⁴¹ Asyri, Abd Alreda Ali 2010: Das politische System in Kuwait. Prinzipien und Praxis, S. 140.

⁵⁴² Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 97.

⁵⁴³ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 92.

⁵⁴⁴ Ebd., S. 92.

in einen Ort verwandelte, an welchem internationale und regionale Gruppen ihre Konflikte austrugen⁵⁴⁵.

Im August 1976 befahl der Emir, das Parlament zum ersten Mal verfassungswidrig aufzulösen. Die Regierung hatte die Gründe dafür genannt, diese waren vor allem: das Blockieren der Gesetzentwürfe und somit ihrer rechtzeitige Erlassung, die fehlende Zusammenarbeit zwischen der Legislative und der Exekutive sowie die kritischen Zustände, denen die Golfregion ausgesetzt wurde. Der Zeitpunkt der Auflösung während der Ferien des Parlaments war überraschend, da es keine unmittelbare Krise zu dieser Zeit zwischen dem Parlament und der Regierung gab⁵⁴⁶. Danach hatte der Emir befohlen, einen Passus zum Gesetz der Publikationen hinzuzufügen. Dieser gab der Regierung das Recht, jede Zeitung einzustellen, deren Politik nachgewiesenermaßen im Widerspruch zum nationalen Interesse stand (Gesetz Nr. 59 vom 1976 – Paragraph 35).

Als Ergebnis der Auflösung des Parlaments erhoben Vereinigungen, Studentenverbände, Verbände der Lehrer und Arbeitnehmer Widerspruch (dies wird später noch einmal ausführlich behandelt). Vier Zeitungen wurden für verschiedene Perioden geschlossen, weil sie das Gesetz der Publikationen brachen. Zusätzlich dazu wurden die Vorstände von fünf Interessenverbänden aufgelöst, weil sie eine Deklaration abgaben, die die Regierungsentscheidungen verurteilte. Der Einfluss dieser Auflösung wird auch später diskutiert.

Im Dezember 1977 starb der Emir *Sabah Al-Salem Al-Sabah* und sein Nachfolger wurde Scheich *Jaber Al-Ahmad Al-Jaber Al-Sabah*. Als Ergebnis der iranischen Revolution entschloss der Emir Gespräche mit den politischen Spektren zu starten, um ein Amendment in die Verfassung aufzunehmen und neue Parlamentswahlen durchzuführen. „*The same forces, domestic and regional, which had led to the Assembly's original creation also prompted its restoration*“⁵⁴⁷.

Diese Wahlen wurden im Lichte eines neuen Wahlgesetzes, das früher besprochen wurde, sowie unter einer neuen Verteilung der Wahlkreise und einer deutlichen staatlichen

⁵⁴⁵ Asyri, Abd Alreda Ali 2010: Das politische System in Kuwait. Prinzipien und Praxis, S. 131.

⁵⁴⁶ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 80.

⁵⁴⁷ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 93.

Unterstützung für ihre loyalen Gruppen, insbesondere die islamischen Gruppen, um die nationalistische und schiitische Strömung zu konfrontieren, durchgeführt. „*So eager was it [die Regierung] to prevent a nationalist revival that it encouraged the islamist, or politically religious candidates*“⁵⁴⁸.

Das Ergebnis war die Niederlage der Nationalisten, darunter *Ahmad Alkhatib*. Im Gegensatz zu den Schiiten, die nur vier Sitze gewannen, erhielten die Stammesstellvertreter und die konservativen Islamisten 23 Sitze. Der islamische Trend vertrat in diesem Parlament zwei islamische Gruppierungen: die „Vereinigung der sozialen Reform“, diese vertrat die Muslimbruderschaft, und die „Vereinigung der Wiederbelebung des islamischen Kulturerbes“, diese vertrat die Salafisten.

Die in dieser parlamentarischen Periode entstandenen Dispute über die Verfassungsänderung weiteten sich aus und umfassten die Beziehung zwischen der Legislative und der Exekutive. Dies alles ereignete sich gleichzeitig mit vielen Fragen, abhängig von dem Standpunkt der Regierung, hinsichtlich des irakisch-iranischen Krieges. Dazu gehörten Fragen der inneren Sicherheit und der Korruption. Die Regierung beantwortete diese durch die Entlassung des Justizministers *Abdullah Almufarej* und des Ministers der islamischen Stiftungen *Awqaf* und islamischen Angelegenheiten, *Youssif Jassem Alheggy*, die beide zur Muslimbruderschaft gehörten.

Dies trug dazu bei, dass der islamische Trend seine Opposition gegen die Regierung begann, aber diesmal aus dem Parlament heraus. Dabei führten die islamischen Gruppen eine Kampagne, um den zweiten Artikel der Verfassung, der vorsah, dass das islamische Recht ‚eine hauptsächliche Quelle der Gesetzgebung‘ ist, dahingehend zu ändern, dass es ‚die Hauptquelle der Gesetzgebung‘ ist⁵⁴⁹.

Der islamische Trend beteiligte sich auch an der Ablehnung des Gesetzes, das den Frauen das Wahlrecht gewährt. Er hatte sich auch stark an dem Entwurf eines Gesetzes beteiligt, das es den arabischen Nicht-Muslimen untersagt, die kuwaitische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Daneben unterstützten sie die Idee, die Christen in Kuwait an Weihnachtsfeierlichkeiten zu hindern, sowie einen Gesetzentwurf, der das Tragen eines Schleiers festsetzte. Sie konnten

⁵⁴⁸ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 98.

⁵⁴⁹ Vgl. Asyri, Abd Alreda Ali 2010: Das politische System in Kuwait. Prinzipien und Praxis, S. 131. Siehe auch: Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 103.

des Weiteren ein Gesetz erlassen, das die ausländischen Diplomaten daran hinderte, Alkohol ins Land zu bringen⁵⁵⁰.

Außerhalb des Parlaments hingegen konnte der islamische Trend die Studentenverbände und Lehrer und andere Verbände kontrollieren. Darauf wird später näher eingegangen. Als Reaktion darauf ergriff die Regierung strengere religiöse Maßnahmen, um der islamischen Strömung zu begegnen. Das religiöse Erscheinungsbild im Land kam verstärkt zur Geltung, der islamische Rundfunk wurde unterstützt und die Spenden an islamische Geldhäuser vergrößert. Die Sympathiepolitik des Staates gegenüber den Islamisten und der Versuch der Regierung, diesen Trend für sich zu nutzen, dauerten bis zum Ende des Jahres 1983. Aber die vielen Geschehnisse, die bereits erwähnt wurden, wie die Bombenanschläge auf Botschaften, Flugzeugentführungen und die Attentatsversuche auf den Emir, führten zur Veränderung der staatlichen Politik gegenüber den islamischen Gruppen. Der Staat entschloss sich sie anzugreifen. „[...] by the end of the fifth assembly the government began reconsidering its earlier support of the Islamist“⁵⁵¹.

Bei ihrem Versuch, die islamische Strömung zu beseitigen, unterstützte die Regierung den nationalistischen Trend und die Beduinen bei den Parlamentswahlen von 1985. Sie hatte den Nationalisten einen großen politischen Raum gewährt, um ihre Wahlprogramme vorzustellen (man kann die Billigung des Erscheinens von *Ahmad Alkhatib* im nationalen Fernsehen als Quantensprung in der staatlichen Politik gegenüber den Nationalisten bezeichnen)⁵⁵². Als Ergebnis gewann die demokratische Versammlung, diese beinhaltete die Bewegung der progressiven Demokraten, den Bund der Volksvereinigung und einige patriotische Kandidaten⁵⁵³, 13 Sitze⁵⁵⁴. Die Stammesstellvertreter erhielten 21 Sitze, der islamische Trend sechs und verlor dabei zwei bedeutende Persönlichkeiten und die Schiiten gewannen vier Sitze. Aber das Ziel der Regierung, die islamische Opposition im Parlament durch die Förderung der Nationalisten zu bremsen, konnte sie nicht realisieren.

Unerwartet verbündeten sich die Nationalisten mit den Islamisten, was die Sorge der Regierung verstärkte. Das Parlament konnte die Erstellung von Gesetzen verhindern, um das

⁵⁵⁰ Ebd., S. 103.

⁵⁵¹ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 98.

⁵⁵² Vgl. Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in The Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 104.

⁵⁵³ <http://www.alamalyawm.com/articledetail.aspx?artid=230633>, abgerufen 03.11.2012.

⁵⁵⁴ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in The Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 104.

Problem der „*Souk Almanakh*“-Börse nach Ansicht der Regierung zu lösen. Das Parlament entschied sich zur Vernehmung vieler Minister, die in diese Krise verwickelt waren. Die Vernehmungen folgten nacheinander (Finanz-, Justiz-, Öl-, Kommunikations- und Bildungsminister), doch nachdem das Parlament den Innenminister und den Ölminister zum Rücktritt aufgefordert hatte, welche beide zur Herrscherfamilie gehörten, „[...], *the government decided the assembly had gone too far*“⁵⁵⁵.

Shafeeq Ghabra wies auf die verfassungsmäßige Macht der Opposition in dem kuwaitischen Parlament und auf das Zusammenspiel zwischen Parlament und Regierung hin und beschrieb es als „zero sum game“, indem das Volk der ständige Verlierer war, da das Parlament stets versucht, die Position der Regierung zu schwächen⁵⁵⁶.

Im Jahr 1986 löste der Emir zum zweiten Mal das Parlament verfassungswidrig auf. Zu dieser Zeit herrschten einige innere und regionale Gegebenheiten vor, wie die scharfe Kritik der Bevölkerung an der Regierung bei ihrem Umgang mit der Krise der „*Souk Almanakh*“-Frage, niedrigere Ölpreise, der irakisch-iranische Krieg und Gewalttätigkeiten. Jedoch spielte das Parlament selbst eine wichtige Rolle bei der Auflösung, da es alle von der Regierung tolerierten Grenzen und gestatteten roten Linien überschritten hatte, wie zum Beispiel die Vernehmung von Ministern aus der Herrscherfamilie sowie die Untersuchung der finanziellen Irregularitäten der kuwaitischen Zentralbank und der Rolle der Regierung bei den Auslandsinvestitionen⁵⁵⁷.

Mit der Auflösung des Parlaments verließ sich der Staat mehr und mehr auf Sicherheits- und Polizeikräfte, um die Opposition zum Schweigen zu bringen. „[.] *the government shifted from representation to repression, [...]*“⁵⁵⁸.

In den vier Jahren nach der Auflösung des Parlaments bis zur irakischen Besetzung spielte das Parlament eine große symbolische Rolle für die kuwaitische Opposition, die Demokratie und die Forderung der politischen Beteiligung unterstützte. Trotz seiner begrenzten Befugnisse war das Parlament ein wichtiges lebendiges Forum für die Aktivität der Opposition und für die Kritik an der Regierung.

⁵⁵⁵ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 99.

⁵⁵⁶ Ghabra, Shafeeq 1993: Kuwait. Elections and Issues of Democratization in a Middle Eastern State, in: Digest of Middle East Studies, Volume 2, Issue 2, Spring 1993, S. 1-27, hier S. 3.

⁵⁵⁷ Asyri, Abd Alreda Ali 2010: Das politische System in Kuwait. Prinzipien und Praxis, S. 132.

⁵⁵⁸ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 106.

Aber die Regierung war sehr behutsam darauf bedacht, nicht alle repräsentativen Formen zu schließen. Die *Diwaniyyah* spielte in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle. Sie hatte sich in ein wirksames Mittel verwandelt, die Meinungen und Programme der Opposition zu äußern, und spielte eine wesentliche Rolle dabei, die Partizipation an der Entscheidungsfindung weiterhin zu fordern; das wird im folgenden Kapitel näher betrachtet.

Aufgrund der Nichtkooperation zwischen Parlament und Regierung kam es nicht selten zu einer verfassungskonformen Auflösung des Parlamentes und zu neuen Wahlen innerhalb von zwei Monaten nach der Auflösung. Dies geschah im Jahr 1999 nach der Interpellation des Ministers für Justiz-, Stiftungs- und religiöse Angelegenheiten, *Ahmed Alklib*, veranlasst durch Druckfehler im Quran-Manuskript. Im Jahr 2006 wurde das Parlament aufgelöst, da drei Abgeordnete eine Interpellation an den Ministerpräsidenten bezüglich der Reduzierung der Wahlkreise von 25 auf 5 Kreise stellten. Diese Reduzierung wurde in der vorherigen Legislaturperiode abgelehnt. Bevor die Interpellation zustande kam, wurde das Parlament aufgelöst. Die Auflösung des Parlaments 2008 war eine Folge der sektiererischen Polarisierung, nachdem zwei schiitische Abgeordnete eine Trauerfeier für den verstorbenen Hisbollah-Führer *Imad Mughniyah* veranstaltet hatten.

Nachdem das Parlament sowohl den Vertrag mit der amerikanischen Firma *Dow Chemical* in Höhe von 17,4 Milliarden USD⁵⁵⁹, da die Abgeordneten der Ansicht waren, dass dieser Vertrag, zumal während der finanziellen Krise, nicht im Interesse Kuwaits sei, als auch die staatliche Ausschreibung für die sogenannte ‚vierte Erdölraffinerie‘ in Höhe von 15 Milliarden USD⁵⁶⁰ ablehnte, wurde es aufgelöst⁵⁶¹.

Das neue Parlament von 2009 war durch die Korruption vieler Abgeordneten gekennzeichnet. Der Ministerpräsident wurde beschuldigt, über 200 Millionen USD auf seine Konten im Ausland transferiert und über 350 Millionen USD an 13 Abgeordnete gezahlt zu haben. Dies wurde ‚das Phänomen der politischen Gelder‘ genannt. Die Interpellation an den Ministerpräsident fand in einer geheimen Sitzung statt. Jedoch eskalierte die politische Krise,

⁵⁵⁹ <http://arabic.cnn.com/2009/business/5/16/kuwait.business/index.html>, abgerufen am 02.12.2012.

⁵⁶⁰ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 162f.

⁵⁶¹ <http://www.naharnet.com/stories/ar/33381>, abgerufen am 02.12.2012.

nachdem einige tausend Bürger am 16.11.2011 das Parlament aus Protest gegen die Angriffe und die Körperverletzungen der Sicherheitskräfte gegen viele von ihnen stürmten, um sie von dem Haus des Ministerpräsidenten fernzuhalten. Sie wollten dort demonstrieren, um den Ministerpräsidenten von seinem Posten zu stürzen und Neuwahlen für das „korrupte“ Parlament auszurufen.

Infolgedessen wurde das Parlament im Sinne der oppositionellen Kräften aufgelöst und Wahlen für ein neues Parlament am 02.02.2012 organisiert. Das Verfassungsgericht erklärte die Wahlen und somit das fünf Monate alte Parlament im Juni 2012 für verfassungswidrig und beschloss die Rückkehr zu dem 2009 aufgelösten Parlament, als ob die Auflösung nicht stattgefunden hätte. Die oppositionellen Abgeordneten lehnten die Entscheidung des Verfassungsgericht ab und entbanden sich von dem wieder in Betrieb genommenen Parlament von 2009. Die neuen Wahlen fanden am 01.12.2012 statt, jedoch boykottierten die oppositionellen Kräfte von Islamisten, Liberalen, Unabhängigen und drei Hauptstämmen, deren Mitglieder über 400.000 Personen umfassten⁵⁶², die Wahlen. Die Teilnahme an den Wahlen war sehr schwach. Sie erreichte nach den Angaben des oberen Wahlkomitees 39,6 % und nach den Angaben der Opposition zwischen 27-28,8 %⁵⁶³.

Die Opposition begründete ihre Entscheidung mit der Korruption des Parlaments von 2009 und dem neuen geänderten Wahlgesetz. Dies war unter dem Namen ‚Ein-Stimmen-Gesetz‘ bekannt⁵⁶⁴. Es verleiht jedem Wähler nur eine einzige Stimme im Gegensatz zu der vorherigen Handhabung von vier Stimmen für jeden Wähler. Die Opposition ist der Überzeugung, dass das Ziel dieses Gesetzes die Priorisierung der Stimmen für die Pro-Regierungs-Abgeordneten und das Absenken der Fähigkeit der Opposition war, interne Allianzen im Parlament zu bilden⁵⁶⁵.

4.4. Interessenverbände in Kuwait

Gemäß der Verfassung besteht das Recht zur Gründung von Vereinigungen, Einrichtungen und Verbänden. Dazu erlaubte sie die Wiederbelebung vieler Vereinigungen und Verbände, die in den fünfziger Jahren verboten wurden, allerdings unter der Voraussetzung, dass sie ihre

⁵⁶²<http://www.aljazeera.net/mob/f6451603-4dff-4ca1-9c10-122741d17432/b023b497-677c-4796-be85-bed2c4958a28>, abgerufen am 13.12.2012.

⁵⁶³ <http://www.alittihad.ae/wajhatprint.php?id=69646>, abgerufen am 10.01.2013.

⁵⁶⁴ <http://ara.reuters.com/article/topNews/idARACAE9B21RB20130108>, abgerufen am 10.01.2013.

⁵⁶⁵ <http://studies.aljazeera.net/reports/2012/12/2012121064234595426.htm>, abgerufen am 13.12.2012.

Namen ändern, um sie deutlich von denen, die zuvor aufgelöst wurden, unterscheiden zu können.

Nachdem Kuwait seine Unabhängigkeit im Jahr 1962 erlangt hatte, bildete die Regierung eine verfassunggebende Versammlung, die aus 20 gewählten Mitgliedern bestand, zusätzlich zu den 11 Ministern, die die kuwaitische Regierung zu dieser Zeit bildeten. Die Versammlung wurde damit betraut, die kuwaitische Verfassung niederzuschreiben. Unter den Mitgliedern der verfassunggebenden Versammlung waren bedeutende Mitglieder der Opposition, wie zum Beispiel Dr. *Ahmad Alkhatib* und *Abdullatif Mohamed Thanyyan Al Ghanem*, die eine wesentliche Rolle dabei spielten, Fragen der zivilen, politischen und menschlichen Rechte zur Tagesordnung der Diskussionen hinzuzufügen, die zusammen mit der Niederschrift der Verfassung durchzuführen waren⁵⁶⁶.

4.4.1. Interessenverbände vor der Unabhängigkeit

Die meisten dieser Vereinigungen waren von der nationalistisch-arabischen Strömung der fünfziger Jahre beeinflusst. Die Angehörigen dieses Trends forderten die Verpflichtungen in der Palästinafrage, der arabischen Einheit und der Unterstützung von arabischen Ländern unter ausländischer Besetzung wahrzunehmen. Dabei führte der nationalistische Trend unter Leitung von *Ahmad Alkhatib* die politische Opposition, die in großem Maß erfolgreich war, die kuwaitische Öffentlichkeit zu mobilisieren. Dies war insbesondere durch den Zuzug arabischer ausgebildeter Arbeitnehmer aus Ägypten und dem Irak möglich, die dazu beitrugen, die kuwaitische Öffentlichkeit zu politisieren. Dabei sind hier die Demonstrationen zu erwähnen, zu denen der nationalistische Kulturverein aufrief, um Ägypten gegen die Dreieraggression (Suezkrieg) zu unterstützen. Diese Demonstrationen umfassten über 4.000 Demonstranten⁵⁶⁷. Zusätzlich rief der Verein zu einem Generalstreik im Oktober desselben Jahres auf als Einspruch gegen die Festnahme der Anführer der algerischen Revolution durch Frankreich. Als Antwort auf diese Aufforderung wurden alle staatlichen Verwaltungsstellen und alle Geschäfte geschlossen. Diese Gefühle gegen die kolonialen Staaten fielen zusammen mit Gefühlen gegen die Haltung der Regierung zu verschiedenen arabischen Fragen sowie beispielloser Kritik an der Herrscherfamilie.

⁵⁶⁶ Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, S. 201.

⁵⁶⁷ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 81.

Die Zusammenarbeit zwischen der politischen Opposition in Kuwait und den arabischen Arbeitskräften erregte die Sorgen der kuwaitischen Regierung. Die Regierung versuchte durch soziale Programme und Politiken Kuwaitis und nicht-kuwaitische Araber zu trennen und diese zu diskriminieren, wie bereits erklärt wurde. Dies hatte das Ziel, die Loyalität der kuwaitischen Opposition sicherzustellen und die politische Vitalität zu mildern, die die arabischen Arbeitskräfte kennzeichnete.

Obwohl die Regierung die Fortsetzung der Verbände und Vereinigungen zuließ – abgesehen vom nationalistischen Kulturverein, der im Jahr 1956 verboten wurde –, erhöhte sie auf der anderen Seite die Kontrolle über sie und verhaftete viele ihrer prominenten Mitglieder.

Obwohl der nationalistische Trend, der durch den nationalistischen Kulturverein vertreten wurde, lauter als die anderen Trends war, gab es einen großen Teil der Opposition in anderen sozialen Verbänden, wie zum Beispiel die Lehrerassoziation und den Alumniverband, die beide zusammen mit anderen Verbänden und Vereinigungen den kuwaitischen Verbandsausschuss im Jahr 1954 gebildet hatten, der die Volksbewegung anführte (vgl. 3.4.4.). Dieser Ausschuss war bis zum Februar 1959 tätig, als die Regierung mit der Schließung aller Sportverbände, Vereinigungen und Zeitungen begann und eine repressive Atmosphäre schaffte, die in Kuwait bis zur Unabhängigkeit vorherrschte. Diese wurden wegen ihrer öffentlichen Kritik an den staatlichen Politiken verboten. Diese Kritik erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 1959⁵⁶⁸.

4.4.2. Interessenverbände nach der Unabhängigkeit und die Spannungen mit dem Staat

Die Regierung stimmte zu, Vereinigungen und Verbände wiederzubeleben, die früher aufgelöst wurden, sofern sie ihre Namen änderten. So hatte sich der nationalistische Kulturverband in den ‚Verein der Unabhängigkeit (*al-istiqlal*)‘ umbenannt und der Name des ‚Beratungsverbandes‘, der früher durch die Muslimbruderschaft gesteuert wurde, wurde zum ‚Verband der sozialen Reform‘. Dazu wurde der Name vom Lehrerverein in ‚Lehrerassoziation‘ geändert. Neue Vereinigungen und Verbände wurden gegründet. Dabei riefen die Händler die Handelskammer wieder ins Leben, die ihre Interessen vertreten sollte. Zusätzlich wurden die „Soziale Kulturassoziation für Frauen“, der „Nationale Studentenverband“ und der „Arbeiterverband“ gegründet.

⁵⁶⁸ Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, S. 202.

Die Relevanz dieser Vereinigungen liegt darin, dass ihre Rollen im Vergleich zur Zeit vor der Unabhängigkeit in den sechziger Jahren komplexer wurden. Das Bewusstsein ihrer Mitglieder wurde mit der Wichtigkeit ihrer Rolle erhöht, die traditionelle auf Öl basierende Gesellschaft in eine mit moderner, entwickelter Struktur zu verwandeln. Damit rückten Fragen kultureller, politischer und sozialer Entwicklung stärker in den Fokus dieser Vereinigungen.

Erwähnenswert ist, dass das Parlament zur Öffnung des politischen Lebens in Kuwait beitrug. Außerdem gab es den sozialen Kräften den erforderlichen Rahmen für ihren Betätigungsspielraum, die sich an gemeinnützigen Arbeiten beteiligten. Durch die parlamentarische Erfahrung erhielten diese Vereinigungen mehr Legitimität und Einfluss⁵⁶⁹. *Shafeeq Ghabra* bezieht sich darauf, dass es seit den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts in Kuwait über fünfzig Vereinigungen und zivile Verbände gab. Sie hatten ungefähr 40.000 Mitglieder⁵⁷⁰. Die Anzahl dieser Vereinigungen betrug im Jahr 2009 88. Dazu zählten Verbände, Klubs und Assoziationen mit 39.194 Mitgliedern, das heißt 5,9% der gesamten Bevölkerung Kuwaits⁵⁷¹.

Die politische Öffnung, einschließlich der Gewährleistung der Meinungsfreiheit und öffentlicher Opposition, sorgte zudem für die Entstehung einer unabhängigen kuwaitischen Presse.

Die Bedeutsamkeit der Interessenverbände in einem Land wie Kuwait, wo die politischen Parteien verboten sind, liegt in der Möglichkeit, dass diese Vereinigungen die Rolle eines Podiums für nicht-deklarierte politische Bewegungen spielen und die Bedürfnisse der von ihnen vertretenen Gruppen äußern. Eine im Jahr 1985 durchgeführte Studie zeigte, dass 74% der parlamentarischen Abgeordneten gleichzeitig Mitglieder in den sozialen und Interessenverbänden waren⁵⁷².

Solche Vereinigungen, die auf die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder ausgerichtet sind, beteiligten sich an den sozialen und politischen Änderungen. Daher konnte die politische Aktivität ihre berufliche und gewerkschaftliche Rolle fast überschatten⁵⁷³. Insbesondere

⁵⁶⁹ Ebd., S. 202.

⁵⁷⁰ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 73.

⁵⁷¹ Asyri, Abd Alreda Ali 2010: Das politische System in Kuwait. Prinzipien und Praxis, S. 281.

⁵⁷² Al-Shayej, Abdullah 1988: Democratization in Kuwait. The National Assembly as a Strategy for Political Survival. PhD Dissertation, University of Texas, S. 328. Zit. nach: Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, S. 279.

⁵⁷³ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 74.

standen diese Vereinigungen in den sechziger Jahren mit ihrer zunehmenden Anzahl für die politischen Trends der kuwaitischen Gesellschaft. Sie waren eine Reflexion der zunehmenden Vielfalt innerhalb der kuwaitischen Gesellschaft. Diese Versammlungen können als Arena für Aufforderung zur politischen Reform bezeichnet werden, insbesondere wegen der Abwesenheit der politischen Parteien.

Die Toleranz der Regierung gegenüber den Interessenverbänden und den Vereinigungen begann allmählich zu schwinden, maßgeblich nachdem diese Verbände politische Trends adaptierten, die nicht mit der Linie der Regierung konform gingen.

Die meisten dieser Verbände waren in unterschiedlichem Maß von dem nationalistischen Trend beeinflusst. Dabei hatten Verbände von Arbeitern, Studenten, Schriftstellern, Lehrern und der „Verein der Unabhängigkeit“ zur arabischen Einheit, Einführung des Sozialismus, Befreiung Palästinas und Emanzipation von der ausländischen Abhängigkeit aufgerufen. Zusätzlich zu den genannten Aufforderungen war dies mit Forderungen nach einem höheren Ausmaß an politischen Freiheiten verbunden, besonders in den Bereichen Pressefreiheit und der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament⁵⁷⁴.

Selbstverständlich kollidierten diese Aufforderungen unmittelbar mit der Politik, die die Regierung in diesen Bereichen vertrat. Der kuwaitische Staat spürte frühzeitig den Umfang des Druckes, der von diesen sozialen Kräften ausgeübt werden könnte, stellvertretend durch die verschiedenen Vereine und Verbände. Dies trug zu einer zunehmenden Verfassungskrise zwischen Regierung und Parlament bei und führte dazu, dass der Staat einige Gesetze erließ, die die Freiheit und Tätigkeit dieser Vereinigungen eingrenzte. Die Regierung erachtete die vitale Opposition, egal ob sie aus dem Parlament oder den Interessenverbänden kam, als Herausforderung, die sie nicht hinzunehmen bereit war⁵⁷⁵.

Einige regionale Geschehen, wie zum Beispiel die Beseitigung der Monarchie im Irak 1958 und der Krieg im Jemen, der von Ägypten in den sechziger Jahren unterstützt wurde, führten zu der Befürchtung der kuwaitischen Regierung, dass die Aktivitäten der Opposition ihre Legitimationsgrundlagen schwächen würde, was in den Augen der Regierung zur Veränderung des kuwaitischen Regimes führen könnte.

⁵⁷⁴ Ebd., S. 76.

⁵⁷⁵ Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, S. 204.

Da die kuwaitische Verfassung vorsah, dass die Minister kraft ihrer ministeriellen Positionen Mitglieder im Parlament sein dürfen, konnte die Regierung durch das Kabinett, das aus 16 Ministern bestand, in den Jahren 1963-1965 eine Anzahl von Gesetzen im Parlament erlassen, die die Aktivitäten und Freiheiten der Vereinigungen begrenzten. Dies führte zur Einschränkung politischer Freiheiten und zur Vertiefung der Krise zwischen Regierung und Parlament sowie zum Erfolg des Staates, den Einfluss der Opposition und die Herausforderung durch das Parlament und die sozialen Vereine in dieser Phase zu verringern. Aufgrund ihrer Kontrolle über die wirtschaftliche Macht in einer Gesellschaft mit weniger als 400.000 Bürgern im Jahr 1967⁵⁷⁶ konnte die Regierung durch Polarisierung des breiten Segments der Gesellschaft das Gleichgewicht zwischen Staat und Gesellschaft überwinden.

4.4.3. Der rückläufige Einfluss des Nationalismus auf Interessenverbände

Der Sechstagekrieg vom Juni 1967 hatte zur Schwächung der „*voice of society*“⁵⁷⁷ beigetragen, die die kuwaitischen Vereinigungen und Verbände vertreten hatte. Dies war das Ergebnis davon, dass die ideologische Basis der arabischen, nationalistischen Bewegung durch die Niederlage vom Juni deutlich in Frage gestellt wurde.

Alle Vereinigungen, die unter der Kontrolle des nationalistischen Trends standen, erlebten tiefe Spaltungen. Der „Verein der Unabhängigkeit“, der die wirksamste Opposition zur Regierung repräsentierte, spaltete sich in zwei Gruppen⁵⁷⁸.

Die erste wurde unter dem Namen „Demokratische Versammlung“ bekannt, geführt von *Ahmad Alkhatib* und *Samy Almanis*, die Abdel Nasser nach der Niederlage sehr heftig kritisierten. Die zweite Gruppe, die als „Nationale Versammlung“ bezeichnet wurde, wurde von *Jassem Al Kattamy* geführt, der Abdel Nassers Linie treu blieb. Zusätzlich zu der Spaltung in den Reihen des nationalen Trends entstand die sogenannte ‚Revolutionäre Volksbewegung‘ im Jahr 1968, die eine Gruppe der nationalistischen Jugend umfasste, die wegen der Niederlage schockiert und betroffen und durch den bewaffneten Kampf der

⁵⁷⁶ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 78.

⁵⁷⁷ Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, S. 204.

⁵⁷⁸ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 78.

⁵⁷⁹ Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, S. 204.

Palästinenser und die Dohfar-Revolution in Oman beeinflusst war⁵⁷⁹. Diese Bewegung hatte gewalttätige Proteste ausgeübt und politische Flugblätter verteilt⁵⁸⁰.

Diese Spaltungen innerhalb des nationalen Trends konnten in der dritten Jahreskonferenz des kuwaitischen Studentenverbands im Jahr 1968 bemerkt werden, als heftige Auseinandersetzungen hinsichtlich der Formulierung der politischen Abschlusserklärung entstanden. Die unterschiedlichen Gruppen konnten sich nicht auf die Bildung eines neuen Exekutivkomitees einigen. Eine Gruppe der „Demokratischen Versammlung“ kontrollierte gemeinsam mit der linken Jugend alle Zweige des kuwaitischen Studentenbunds im Ausland. Die „Nationale Versammlung“ aber hingegen führte die Studentenbewegung innerhalb der Kuwait-Universität an.

4.4.4. Die Auswirkung der Parlamentsauflösung auf Interessenverbände

Nachdem die Regierung im Jahr 1976 zum ersten Mal verfassungswidrig das im Jahr 1975 gewählte Parlament aufgelöst hatte, was durch die starke Kritik an der Politik der Regierung gekennzeichnet war, hatten viele Vereinigungen wie Studentenbund, Arbeiterunion, Lehrerassoziation, Schriftstellerverband, Journalistenverband, Juristenvereinigung und „Verein der Unabhängigkeit“ eine Erklärung abgegeben, die die verfassungswidrige Auflösung des Parlaments verurteilte. Als Antwort darauf hatte die Regierung eine Gruppe der Gewerkschaftsführer, aber auch den Präsidenten der Handelskammer verhaftet⁵⁸¹. Sie hatte auch einige Zeitungen (*Al-Watan*, *Al-Taliaa*, *Al-Hadaf*, *Al-Raed*, *Al-Resala*) für verschiedene Perioden verboten, weil sie gegen das Pressegesetz verstießen, und des Weiteren die Vorstände von fünf Interessenverbänden untersucht und angeblich dann aufgelöst⁵⁸². Außerdem wurde der Verein der Unabhängigkeit, der unter der Leitung von *Ahmad Alkhatib* ein Zentrum der Opposition war, endgültig verboten. Die vier Jahre, in denen das Parlament bis zu den Wahlen des neuen Parlamentes 1981 aufgelöst war, haben daher gezeigt, dass die Rolle der Vereinigungen abnimmt, wenn kein Parlament vorhanden ist⁵⁸³.

⁵⁸⁰ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 79.

⁵⁸¹ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in The Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 92.

⁵⁸² Asyri, Abd Alreda Ali 2010: Das politische System in Kuwait. Prinzipien und Praxis, S. 131.

⁵⁸³ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 80.

Die gesellschaftlichen Aktivitäten nehmen ab, wenn die Exekutive die Aufgaben der Legislative übernimmt. Aber die einschränkenden Gesetze und Maßnahmen der Unterdrückung führen zur Stärkung neuer Mechanismen für die sozialen Kräfte, um die Einschränkung von Freiheiten und sozialen Tätigkeiten zu umgehen.

Gemäß *Ghabra* hatten einige Vereinigungen, die nicht geschlossen wurden, ihre Tätigkeiten fortgesetzt und waren in der Lage, ihre Aktivitäten auf einer anderen Ebene auszuüben. Bspw. veranstaltet eine Vereinigung einen öffentlichen Vortrag über Ausbildung, in dessen Anschluss dann eine allgemeine Diskussion über das Verhältnis zwischen Ausbildung und Demokratie stattfindet oder innerhalb eines Seminars über die Palästina-Frage wird eine Diskussion über die fehlenden Freiheiten in der arabischen Welt ausgelöst⁵⁸⁴.

Zu diesen Möglichkeiten kommt die wesentliche Rolle der sozialen traditionellen Verbindungen, wie die Familie, der Stamm und die *Diwaniyyah*, die der Staat kaum steuern kann. Diese Verbindungen bieten die grundlegende Basis für die freiwilligen Gruppen und wirken aufeinander in einem sehr flexiblen Muster. Sie stellen die unterstützenden Netze für die Gruppen der freiwilligen Aktivitäten bereit und bilden einen wichtigen Aspekt der sozialen Bewegung⁵⁸⁵. Die restriktive Politik der Regierung, die gleichzeitig mit der Auflösung des Parlaments im Jahr 1976 verfolgt wurde, führte zur Herausbildung der Rolle der *Diwaniyyat* in Vertretung der öffentlichen Meinung in Kuwait. Die *Diwaniyyat* spielten eine führende Rolle, die Meinungen und Ideen zu äußern, und boten den Vereinigungen ein geeignetes Forum, ihre Interessen zu vermitteln. Die Basis der informellen Versammlungen, wie zum Beispiel die *Diwaniyyah*, die Familie, der Stamm, die *Husseiniya* (ein Raum, in dem religiöse, schiitische Gedenkveranstaltungen stattfinden), erweitert sich beim Einbeziehen der sozialen Bewegung im selben Maße, in dem der Staat die Freiheiten zu begrenzen versuchte, insbesondere, da diese traditionellen Träger keinen Gesetzen unterliegen, die es dem Staat ermöglichen, sie organisieren oder kontrollieren zu können.

4.4.5. Die Erweiterung der islamischen Strömung

Nach der Periode, die der Auflösung des Parlaments 1976 folgte, musste die Regierung ihre Position gegenüber den oppositionellen Kräften stärken. Hier muss erwähnt werden, dass die

⁵⁸⁴ Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, S. 205.

⁵⁸⁵ Ebd., S. 200. Siehe auch: Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 74.

oppositionellen Kräfte immer wieder versuchten, die Legitimität der Herrscherfamilie zu schwächen und sie der Kritik in der Öffentlichkeit auszusetzen. Deshalb hatte die Regierung alles, was der Opposition behilflich sein könnte, als etwas für sich Schädliches bezeichnet.

Die Regierung zielte darauf ab, einen Keil in die Reihen der Opposition zu treiben. Ausgehend von dieser Vorgehensweise versuchte die Regierung nach der Auflösung des Parlaments mehr Legitimität für sich selbst zu gewinnen, indem sie die Gruppen beschwichtigte, die die Auflösung des Parlaments nicht kritisiert hatten. Sie verstärkte ihre Beziehung mit den nicht-radikalen islamischen Kräften, die sich vorher nicht in die Politik eingemischt hatten⁵⁸⁶.

Die Regierung nahm an, dass die Unterstützung des zu damaliger Zeit kleinen islamischen Trends ihr vielleicht dabei helfen könnte, die nationalistischen Kräfte zu bremsen. Die Regierung wendete diese Methode später als Versuch an, als die Kraft des schiitischen Trends, der nach der iranischen Revolution die Herrschaft übernahm und das Prinzip des ‚Revolutions-Exports‘ adaptierte, stärker wurde.

Das Ziel der Regierung war, sich selbst mehr Legitimität auf religiöser Basis zu verleihen. Dabei hatte die Regierung die islamische ‚Assoziation der sozialen Reform‘, die 1963 gegründet wurde und die die Auflösung des Parlaments nicht verurteilte, durch die Ernennung ihres Vorsitzenden zum Minister für *Awqaf* (islamisches Stiftungswesen) belohnt.

Interessanterweise hatte der Staat die Aufforderungen der islamischen Vereinigungen nach der ‚moralischen Reform‘ im Allgemeinen nicht als entscheidende Herausforderung betrachtet, sondern hatte sie instrumentalisiert, um die Legitimität zu nutzen, die solche Gruppen ihm bieten könnten, um so den Staat als Schützer und Verteidiger der Religion zu präsentieren.

Dies ermöglichte dieser Vereinigung eine gute Position zur Erweiterung ihrer numerischen Basis, nachdem viele Angehörige der Muslimbruderschaft in Kuwait dieser Vereinigung beigetreten waren. Diese Vereinigung hatte ihre zunehmende Kraft durch eine Demonstration aus Protest gegen die Koedukation in der Kuwait-Universität 1971 unter Beweis gestellt. Außerdem hatten einige Mitglieder einen Lektor, der sich für die Koedukation einsetzte,

⁵⁸⁶ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 82.

während einer Debatte in der Universität tätlich angegriffen. Dies führte zum Chaos an der Universität und die Debatte wurde abgebrochen. Anfang des Jahres 1977 hatten die Angehörigen des islamischen Trends die Steuerung der Studentenaktivitäten an der Universität übernommen⁵⁸⁷.

Durch die Politisierung der Zeitung ‚*Al-Mogtama* (die Gesellschaft)‘, Sprachrohr der Assoziation der sozialen Reform sowie unter dem Einfluss der islamischen Wiederbelebung stehend, wurden die gegnerischen Standpunkte der islamischen Gruppen am Staat deutlicher herausgebildet. Die parlamentarischen Wahlen von 1981 ergaben den Einzug der Stellvertreter und Angehörigen des islamischen Trends auf die politische Bühne. Sie gewannen einige Parlamentssitze und bescherten damit den nationalen und unabhängigen Kräften eine Wahlniederlage.

Nach *Shafeeq Ghabra* hatte die Assoziation der sozialen Reform einige Komitees gebildet, die sich auf die religiöse Erziehung, das Auswendiglernen des Korans, Organisation jährlicher Messen für islamische Bücher, Einsammeln des *Zakats* und Organisation religiöser Seminare konzentrierten. Dazu organisierte sie, zusammen mit anderen Vereinigungen, verschiedene Aktivitäten zur Unterstützung ähnlicher Vereinigungen in Südostasien, Afghanistan, Jordanien, Palästina, im Libanon und der Westbank⁵⁸⁸. Jedes Komitee hatte ein riesiges Budget. Ihre Auswirkungen wurden dadurch erhöht, dass sie wie unabhängige Einrichtungen aussahen, allerdings unter dem Herrschaftsschirm der Assoziation der sozialen Reform tätig waren⁵⁸⁹. Außerdem war die kuwaitische Finanzierungsgesellschaft die erste Bank, die von Persönlichkeiten mit islamistischen Tendenzen in Zusammenarbeit mit der Regierung gegründet wurde. Sie wurde dann ein großes Geldinstitut, das die zweite Stelle nach der kuwaitischen Nationalbank einnahm⁵⁹⁰.

Die islamistischen Kräfte, an deren Spitze die Assoziation der sozialen Reform stand, hatten einen großen Erfolg in Bezug auf die Kontrolle der Vereinigungen, die früher von den nationalistischen Kräften in Kuwait gesteuert wurden. Die staatliche Unterstützung für diese Assoziation und die islamistischen Kräfte im Allgemeinen führte zur Durchdringung ihres

⁵⁸⁷ Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, S. 206.

⁵⁸⁸ Ebd., S. 207.

⁵⁸⁹ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 85.

⁵⁹⁰ Ebd., S. 85.

Einflusses in Arbeitervereinigungen, Studentenverbänden, Genossenschaften und breiten Sektoren der Gesellschaft, insbesondere nachdem die nationalistischen Kräfte am Anfang der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts ihre Macht verloren hatten. Dabei hatte die Assoziation der sozialen Reform die beherrschenden Stellen in drei hauptsächlichen Arbeitervereinigungen kontrolliert⁵⁹¹.

Zu den islamistischen Kräften gehörte ein anderer Trend, der eine extremere Ideologie annahm, die auch gegenüber dem, was mit dem strengen islamistischen Typ nicht übereinstimmte, intoleranter war. Dieser salafistische Trend hatte sich durch die Bildung der ‚Assoziation des Kulturerbes‘ in den achtziger Jahren gefestigt. Während dieser Zeit erhöhte sich die Kraft dieses Trends. Er steuerte im Laufe der Zeit die Tendenzen der Muslimbruderschaft und wurde danach der hauptsächliche Trend auf der islamistischen Bühne.

Die schiitischen Muslime hatten im Jahr 1968 die ‚Sozial-kulturelle Assoziation‘ gegründet, die die Interessen einer breiten Gruppe der kuwaitischen Schiiten vertrat. Die iranische Revolution hatte zum großen Maß dazu beigetragen, diese Assoziation zu politisieren und ihr eine spezifische Identität zu geben, so dass sie sich als eine wesentliche Macht innerhalb der schiitischen Gruppe darstellte. Unter dem Einfluss der iranischen Revolution erlebte Kuwait eine breite politische Bewegung in den schiitischen Reihen sowie große Versammlungen im Herbst 1979 in der Moschee *Shaban* in der Hauptstadt. Sie wurden von *Abbas Al-Mohry* geführt, der aus Kuwait in den Iran verbannt wurde. Zusätzlich zu den pädagogischen, religiösen und sozialen Einrichtungen, die auf die Schiiten in Kuwait beschränkt wurden, gründete die Assoziation ein Zentrum, um bis zur ihrer offiziellen Auflösung im Jahr 1989 Unterstützer für die schiitischen Kandidaten für das kuwaitische Parlament zu mobilisieren. Sie wurde im Jahr 2009 unter dem zunehmenden Einfluss der Schiiten innerhalb der arabischen Region im Irak und auf der regionalen Ebene im Iran wieder eröffnet⁵⁹².

⁵⁹¹ Ebd., S. 87.

⁵⁹² Ebd., S. 86.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass die islamistischen Kräfte mit ihren verschiedenen Tendenzen eine zusätzliche Eigenschaft besitzen, die ihnen, im Vergleich zu anderen Kräften, mehr Macht verleiht. Diese Eigenschaft ist die Versammlung von Leuten in Moscheen zum Beten. Diese bietet durch die täglichen fünf Gebete und Freitagspredigten gute Gelegenheiten für Versammlungen und Diskussionen.

4.4.6. Die Konkurrenz zwischen Islamismus und Nationalismus in der Führung der Interessenverbände

Die verschiedenen islamistischen Kräfte, die durch die oben genannten Vereinigungen vertreten wurden (Assoziation der sozialen Reform, Assoziation des Kulturerbes, die Sozial-kulturelle Assoziation), konnten eine islamistische Allianz bilden, die seit 1979 bis heute versucht, auf die oberen Positionen der Interessenverbände Kuwaits Einfluss zu nehmen.

Während der Wahlen des Exekutivausschusses der Lehrerassoziation im Jahr 1981 gewannen die islamistischen Kräfte die Mehrheit der Sitze. Bei den nächsten Wahlen konnte dieser Ausschuss die ganze Vereinigung steuern. Diese Wirkung und Kontrolle bleiben bis heute erhalten⁵⁹³.

In den Reihen der Studentenbewegung hatte jede islamistische Gruppe ihre eigene Wahlliste. Die Assoziation der sozialen Reform hatte die ‚Koalitionsliste der Muslimbrüder‘, die Salafisten, die ‚Liste der islamistischen Union‘ und die soziale Kultur-Assoziation, die ‚Freie Liste‘ gestaltet. Seit 1977 hatten die Muslimbrüder aus der Assoziation der sozialen Reform den Nationalen Studentenverband in Kuwait ununterbrochen beherrscht⁵⁹⁴. Die einzige Niederlassung, die sich der Kontrolle der Islamisten, allerdings erst im Jahre 2007, entziehen konnte, war die Vertretung des Verbandes in den Vereinigten Staaten⁵⁹⁵. Erwähnenswert ist hierbei, dass viele Vereinigungen an der Kuwait-Universität nicht der direkten islamischen Kontrolle unterlagen. Aber der von den Islamisten geführte Verband versuchte immer wieder, die Aktivitäten dieser Vereinigungen einzuschränken und ihre Fähigkeit zur Beeinflussung der Studenten zu schwächen.

⁵⁹³ Ebd., S. 87f.

⁵⁹⁴ Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, S. 209.

⁵⁹⁵ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 87.

Als Reaktion auf die Erfolge der islamistischen Kräfte in ihren Bemühungen, die Interessenverbände zu beherrschen und die Gesellschaftsinitiative zu übernehmen, hatte der nationalistische Trend, der seine Strategien erneut bewertete und sich mehr und mehr zu Gunsten des Neo-Liberalismus wandelte⁵⁹⁶, seine Kräfte vereint, um die verbleibenden Stellen zu behalten und ihre Vertretung durch diese Vereinigung zu fundieren sowie ihre Präsenz bei den von Islamisten geführten Verbänden zurückzugewinnen.

Der Alumniverband half bei der Zurückgewinnung eines Teils des Einflusses des nationalistischen Trends in den anderen Vereinigungen⁵⁹⁷. Dieser Verband wurde im Jahr 1964 von einer Gruppe Universitätsabsolventen gegründet. In den späten sechziger Jahren traten diesem Verband viele neue Mitglieder mit nationalistischer Tendenz aus der nationalen Vereinigung der kuwaitischen Studenten bei, die ihn nationalistisch politisiert hatten. Sie hatten einen politisch aktiven Vorstand gewählt, der im Jahr 1971 die zweite internationale Konferenz bezüglich Palästinas organisierte, an welcher ungefähr 500 Intellektuelle und Schriftsteller aus der ganzen Welt teilnahmen⁵⁹⁸. Nachdem der Verein der Unabhängigkeit im Jahr 1977 geschlossen wurde, der als Hochburg der Nationalisten in Kuwait betrachtet wurde, konnte der Alumniverband die Lücke füllen.

Während die Gruppe *Al-Taliaa* (Vorhut) unter Leitung von *Ahmad Alkhatib* den Verein der Unabhängigkeit beherrschte, war die Nationale Versammlung unter Leitung von *Jassem Al Kattamy* innerhalb des Alumniverbandes dominierend. Dieser hatte einige der wichtigsten Konferenzen und öffentlichen Seminare rund um die inneren arabischen und globalen Fragen organisiert. Er betreute die Vorbereitung des Fernsehprogramms „Fragen und Antworten“. Dieses Programm wurde gestoppt, weil der Verband es aus Protest gegen die staatliche Zensur zur Zeit der Auflösung des Parlaments in der Zeit von 1986 bis 1992 nicht mehr anbieten wollte⁵⁹⁹.

Die islamistischen Kräfte versuchten im Jahr 1979 und dann im Jahr 1980, den Alumniverband zu dominieren, als die Assoziation der sozialen Reform eine islamistische Oppositionsversammlung unter dem Namen ‚Islamistische Versammlung‘ gründete, um an

⁵⁹⁶ Ebd., S. 93.

⁵⁹⁷ Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, S. 210.

⁵⁹⁸ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 93.

⁵⁹⁹ Ebd., S. 210.

den Wahlen teilzunehmen. Aber sie scheiterte, d. h., die Nationale Versammlung gewann und behielt somit ihre Position im Alumniverband⁶⁰⁰.

Als Reaktion auf ihr Scheitern, den Alumniverband zu steuern, versuchten die islamistischen Kräfte die kuwaitischen Gewerkschaften zu kontrollieren, die eine wichtige Basis der Nationalisten waren. Die allgemeine Vereinigung der kuwaitischen Arbeiter teilt sich in die Vereinigung der Gewerkschaften der Regierungsangestellten, diese umfasste neun Gewerkschaften, und die Vereinigung der Ölarbeitskräfte und Beschäftigten der Chemieindustrie mit sechs Gewerkschaften⁶⁰¹.

Die Gewerkschaften geben zusammen die Zeitschrift ‚*al-Aamel* (der Arbeiter)‘ heraus. Zudem besteht eine Bildungsinstitution, Theatergruppen und eine Kommission für Frauen⁶⁰². Die Ölgewerkschaften waren am meisten politisiert, riefen in den siebziger und achtziger Jahren zu großen Streiks auf. Sie beteiligten sich auch an dem ausgerufenen Generalstreik zur Zeit des Krieges im Jahr 1967⁶⁰³ sowie beim Einfrieren der Ölausfuhren für drei Tage während des Krieges vom Oktober 1973⁶⁰⁴.

Seit Anfang 1985 begannen die Gewerkschaften, jedoch in unterschiedlichen Graden, unter den Einfluss der Assoziation der sozialen Reform und der islamischen Kräfte zu geraten, insbesondere als die Islamisten die Wahlen in drei wichtigen Gewerkschaften innerhalb der Allgemeinen Vereinigung der kuwaitischen Arbeiter gewann. Jedoch konnten die Nationalisten im Jahr 1989 ihren Einfluss auf diese Gewerkschaften durch Wahlen zurückgewinnen.

Die Lehrerassoziation ist ein deutliches Beispiel der islamistischen Durchdringung von Interessengruppen. Wegen ihrer Relevanz, die Ideen der islamischen Kräfte an die jüngere Generation zu vermitteln, haben Bildungsinstitutionen bei den Islamisten eine herausragende Position inne. Die Lehrerassoziation ist die Nachfolgerin des Lehrervereines, der am Ende der vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts gegründet wurde. Er hatte eine wöchentliche

⁶⁰⁰ Ebd., S. 94.

⁶⁰¹ <http://www.ktuf.org/org/other/OrgStructure> abgerufen am 29.11.2012.

⁶⁰² Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 94.

⁶⁰³ <http://www.annaharkw.com/annahar/ArticlePrint.aspx?id=33839>, abgerufen 29.11.2012.

⁶⁰⁴ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 94.

politische Zeitschrift ‚*Al-Raed Al-usboey* (Der wöchentliche Vordenker)‘ und eine Monatszeitschrift, ‚*Al-Raed Al-shahry* (Der monatliche Vordenker)‘. Unter dem Einfluss der Nationalisten, die versuchten, durch diesen Verein aktiv zu werden, hatte dieser immer wieder die politische Beteiligung des Volkes verlangt. Dies führte die Regierung zum Entzug seiner Lizenz, einmal im Jahr 1950 und dann im Jahr 1957 und endgültig 1959, da er mit anderen Vereinigungen die Einheit zwischen Syrien und Ägypten als Grundlage der umfassenden arabischen Einheit unterstützte⁶⁰⁵.

Nach dem Erlass des Gesetzes der Vereine und Interessenverbände 1962 wurde der Lehrerverein unter einem neuen Namen, der ‚Lehrerassoziation‘, im Juli 1963 wiedereröffnet. Erwähnenswert ist, dass die Hälfte der Mitglieder dieser Assoziation nicht-kuwaitische Araber waren, die keine Kandidatur- und Wahlrechte in dieser Assoziation hatten⁶⁰⁶. Die islamistischen Kräfte beherrschten die Vorstände dieser Assoziation seit den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts.

Dabei wurde die Rolle der Lehrerinnen im Rahmen der Frauenkommission auf die Aktivitätsbereiche der Frauen eingeschränkt, die sich von denen der Lehrer unterschieden. Außerdem wurden die Lehrerinnen daran gehindert, Vorstandsposten dieser Assoziation zu besetzen, nachdem die Islamisten diese Vorstände übernommen hatten. Dies stellte eine Veränderung im Vergleich zu den vorherigen Regelungen dar.

Dabei ist zu beachten, dass der Vorsitzende eine Schnittstelle zur Regierung darstellte. Jedoch war er trotz der islamischen Kontrolle der Vorstände dieser Assoziation nicht zur islamistischen Ideologie verpflichtet. Dennoch bewegte die Durchdringung der Islamisten in dieser Assoziation die Regierung dazu, einen von diesem Trend unabhängigen Bildungsminister zu ernennen⁶⁰⁷.

Gemäß *Shafeeq Alghabra* wurde die Adaption des Staates für den islamistischen Diskurs, die von der Erweiterung des Einflusses der islamistischen Tendenzen in der Gesellschaft begleitet war, auf viele Regierungsangestellte und Arbeiter im öffentlichen Sektor ausgedehnt. Dies schuf eine große Basis für die islamistische Rekrutierungsbasis⁶⁰⁸.

⁶⁰⁵ Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf, S. 147.

⁶⁰⁶ Ebd., S. 147f.

⁶⁰⁷ Vgl. Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf, S. 150.

⁶⁰⁸ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 116.

Im Allgemeinen war der Staat oder waren viele der Persönlichkeiten um die Regierung durch die Existenz der islamistischen Kräfte, spezifisch der Sunniten, in den Stellen des Bildungs- und Mediensektors beruhigt. Es wurde bevorzugt, Sunniten in diesen Positionen zu sehen, anstatt Vertreter der Liberalen oder Schiiten, insbesondere nachdem sie die Herrschaft im Irak übernommen hatten.

4.4.7. Die Allianz zwischen den Islamisten und Nationalisten

Die neuen Umstände in Kuwait nach der zweiten verfassungswidrigen Auflösung des Parlamentes veranlassten die islamistischen und nationalistischen Lager, ihre Kräfte zusammenzuführen. Die Regierung hatte dieses Mal jedoch keine Bestimmungen für die Auflösung von Vorständen der Interessenverbände erlassen, wie sie es im Jahr 1976 getan hatte. Stattdessen etablierte sie zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit eine staatliche Vorzensur für alle Zeitungen und Zeitschriften.

Die islamistischen und nationalistischen Kräfte versprachen die öffentliche Diskussion wiederzubeleben und die Demokratie zurückzugewinnen - und zwar durch die Anwendung der Verfassung, die das parlamentarische Experiment im Jahr 1963 eingeführt hatte.

Diese Kräfte bildeten zusammen im Herbst 1988 eine gemeinsame Kampagne von 32 der 50 Abgeordneten des aufgelösten Parlaments, die die Rückkehr zur Demokratie forderten. Die Interessenverbände unterstützten diese Tendenz und gründeten eine Kommission von 45 Mitgliedern, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. Die islamischen und nationalistischen Gruppen hatten eine Kampagne zur Unterschriftensammlung in den Reihen der Studenten an der Kuwait-Universität initiiert. Sie konnten ungefähr 30.000 Unterschriften (bei insgesamt 600.000 kuwaitischen Bürgern) sammeln⁶⁰⁹.

Beginnend am 4. Dezember 1989 wurde eine regelmäßige Zusammenkunft, die immer montags stattfand, vereinbart, die Tausende Bürger umfasste, die die bürgerliche Aufforderung der Zurückgewinnung des Parlaments unterstützten. Die dabei so genannten Montags-*Diwaniyyat* (Pl. für *Diwaniyyah*) – dies wird im nächsten Kapitel behandelt – wurden als ein Symbol für die Zusammenarbeit zwischen allen gesellschaftlichen Kräften in

⁶⁰⁹ Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, S. 212.

Kuwait bezeichnet. Sie wurde von verschiedenen Volksgruppen deutlich protegiert, die diese Aufforderung unterstützten.

Die Montags-*Diwaniyyat* wurden von den 32 Abgeordneten angeführt, die die islamistischen und nationalistischen Kräfte vertraten. Der Vorsitzende des aufgelösten Parlaments *Ahmed Al-Sadoun* verkündigte am Ende jeder *Diwaniyyah* den Ort für die folgende Sitzung. Die Nachrichten über Datum und Ort der Zusammenkunft wurden in der ganzen Gesellschaft durch die familiären *Diwaniyyat* sowie die Vereinigungen und Verbände verbreitet⁶¹⁰. Die Regierung hatte zu dieser Zeit einige Beschlüsse erlassen, um die Versammlungen zu verhindern. In dieser Phase kam es zu einigen Zusammenstößen mit der Polizei sowie Verhaftungen von hochrangigen Politikern, wie zum Beispiel *Ahmad Alkhatib*, *Jassem Al Kattamy*, *Ahmad Al-Rubey* und anderen.

Die Regierung versuchte die Aufforderung dieser Bewegung durch einen Vorschlag einer Übergangsregelung zu umgehen, die durch die Gründung des sogenannten ‚Nationalen Rats‘ geschah. Dieser umfasste 50 gewählte und 25 ernannte Mitglieder, besaß jedoch keine wirkliche Gesetzgebungs- oder Regelungsbefugnisse. Aber die Islamisten und oppositionellen Nationalisten sowie die Interessenverbände lehnten die Wahlen dieses Parlaments im Juni 1990 ab, weil sie verfassungswidrig waren.

Im Lichte dieser neuen Entwicklungen, die auf die Zusammenarbeit zwischen den Islamisten und den Nationalisten basierten, entstand eine solide Basis für die Opposition (dies wird im Kapitel 5 noch ausführlich behandelt).

Diese Ereignisse trugen zur Formation eines neuen politischen Bewusstseins der Opposition, basierend auf Pluralismus und Akzeptanz der Anderen, bei. Dies ging von der Überzeugung der islamistischen Kräfte aus, dass sie die Nationalisten nicht auf allen Ebenen besiegen konnten, als auch von der Erkenntnis der nationalistischen Kräfte, dass sie den Aufstieg der Islamisten nicht verhindern konnten. Diese Ereignisse verbreiteten innerhalb der Opposition ein neues Verständnis für politische Kompromissbereitschaft und bildeten bei den Oppositionellen die Überzeugung, dass sie sich vom ideologischen Extremismus abwenden

⁶¹⁰ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 97.

müssen, egal ob nationalistischer oder religiöser Natur. Die Vorkommnisse in Kuwait Ende der 80er Jahren führten in der Tat dazu, dass besonders viele Nationalisten Selbstkritik übten und begannen, ihr eigenes Gedankengut kritisch zu betrachten und zu beurteilen⁶¹¹.

4.4.8. Die irakische Besetzung

Nach dem ersten Tag des irakischen Einmarsches in Kuwait am 02.08.1990 konnten die irakischen Truppen alle wesentlichen Einrichtungen besetzen. Dabei entfernte die überraschende Zerstörung des kuwaitischen Staates zum ersten Mal die Beschränkungen der Zivilgesellschaft⁶¹². Der Sturz des Staatsapparates war ein großer Antrieb für die Gesellschaft, die Initiative zu ergreifen und auf die Anforderungen der Krise zu reagieren.

Nachdem die irakischen Truppen alles in Kuwait beherrschten, begannen die Aktivisten der Interessenverbände oder „die neuen Freiwilligen“⁶¹³, den Raum, der aus dem Sturz des Staatsapparates resultierte, zu füllen sowie den zivilen Ungehorsam zu organisieren. Dieser wurde insbesondere von den nationalistischen und islamistischen Kräften sowie im besonderen Maße von den Schiiten, die seit 1986 ausgegrenzt wurden, angeführt, die die Grundlage der politischen Opposition im Land bildeten⁶¹⁴. Die Mitglieder dieser Vereinigungen stellten das Rückgrat der Opposition unter der irakischen Besetzung dar.

In den ersten Wochen der irakischen Besetzung entstanden einige soziale Kräfte und Gruppierungen mit vollständiger Unabhängigkeit⁶¹⁵. Sie bildeten viele Komitees sowie Netze zur Selbsthilfe und verteilten unter diesen die Aufgabenfelder Arbeitsplätze in Bäckereien, Krankenhäusern und Abfallentsorgung.

Die Volkskomitees arbeiteten in allen Bereichen, einschließlich des Gesundheitswesens. Dies war ein lebendiger Beweis für eine dynamische Gesellschaft und ein Zeichen für die Fähigkeit ihrer Mitglieder zur Organisation ihrer Angelegenheiten bei fehlender offizieller Führung. Diese Gruppen verteilten Flugblätter gegen die irakische Besetzung und hatten zu Demonstrationen aufgerufen, um die Besatzungsmacht zu denunzieren. Die Volkskomitees

⁶¹¹ Ebd., S. 98.

⁶¹² Vgl. Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 188.

⁶¹³ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 105.

⁶¹⁴ Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, S. 212.

⁶¹⁵ Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 188.

arbeiteten in verschiedenen Bereichen und die *Diwaniyyat* wurden als zentrale Versammlungen der Aktivisten genutzt. Dazu wurden vielfältige Demonstrationen von Frauen geleitet.

Die islamistischen und nationalistischen Kräfte in Kuwait begannen eine heftige politische Opposition gegen das irakische Regime und lehnten alle Arten von Zusammenarbeit mit ihm ab. Dabei wurde *Faisal Al-Sanee*, ein kuwaitischer Oppositioneller des nationalistischen Trends, Anhänger der arabischen *Baath*-Partei und enger Freund von Saddam Hussein, hingerichtet. Er weigerte sich mit den irakischen Truppen zusammenzuarbeiten und wurde auf persönlichen Befehl von Saddam Hussein gehängt⁶¹⁶.

Die Reaktion der kuwaitischen Gesellschaft auf die Krise war schnell und tief. Am ersten Abend des Einmarsches wurden die Genossenschaften (zentrale Märkte für Lebensmittel) in vielen Bezirken geöffnet. Die islamistische Bewegung, vor allem die Salafisten, die einen großen Teil der gewählten Vorstände der Genossenschaften beherrschten, spielten eine wesentliche Rolle bei der Verwaltung von Genossenschaften⁶¹⁷.

Die Genossenschaften hatten die Basis der Opposition gegen die irakische Besetzung gegründet. Sie befanden sich in allen kuwaitischen Bereichen. Jede Bürgerin und jeder Bürger über 18 Jahre hatte das Teilnahmerecht. Sie waren des Weiteren an ihrem Gewinn beteiligt und hatten das Recht, sich an Wahlen ihrer Vorstände zu beteiligen und sich in den jährlichen Wahlen dieser Vorstände nominieren zu lassen.

Die wichtigste Aufgabe dieser Genossenschaften vor dem Krieg war die Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln und Haushaltswaren durch Einzelhandelsgeschäfte in allen Bereichen Kuwaits. 1990 gab es 170.000 Mitglieder in 42 Genossenschaften, die 70 Supermärkte und über 700 kleine Lager verwalteten. Sie hatten mehr als 80% des Lebensmittelhandels in Kuwait kontrolliert⁶¹⁸.

Die zentrale Rolle, die die Genossenschaften im täglichen Leben der Bevölkerung spielte, sowie ihre demokratische Struktur machten aus ihr vor der Besetzung eine politische Bühne für die konkurrierenden Kräfte, vor allem die islamistischen und nationalistischen.

⁶¹⁶ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 79.

⁶¹⁷ Ebd., S. 107.

⁶¹⁸ Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 199.

Seit den achtziger Jahren beherrschte der islamistische Trend die Vorstände vieler dieser Genossenschaften. Die Islamisten versuchten, sie als Wählerpotential für Parlamentswahlen zu nutzen. Die Arbeit in den Vorständen dieser Genossenschaften stellte für viele den Anfang ihrer politischen Aktivitäten dar. Hicks und al-Najjar zufolge begannen mindestens 19 Abgeordnete des Parlaments von 1992 ihre politische Aktivität als Mitglieder in den Vorständen dieser Genossenschaften - im Vergleich zu 12 Abgeordneten, die ihre politische Betätigung vor ihrer Mitgliedschaft im Parlament durch die beruflichen Vereinigungen und kulturellen Stiftungen und Vereine starteten⁶¹⁹.

Die irakische Besetzung konnte zwar die meisten privaten bzw. staatlichen Unternehmen beschlagnahmen, aber nicht die Vermögen der Genossenschaften, weil sie zu einem großen Teil der Bevölkerung gehörten. Aus diesem Grund lagen diese Genossenschaften unter einer strengen Kontrolle der irakischen Truppen. Diese Genossenschaften verkauften weiter insgeheim Lebensmittel und Haushaltswaren und verteilten sie kostenlos an die bedürftigen Bürger. Zusätzlich dazu boten sie ihnen Haushaltszuschüsse an.

Die Genossenschaften hatten eine Spezialtaktik entwickelt, die darauf basierte, die Gewinne aus dem Verkauf einzubehalten, anstatt sie auf die Bank einzuzahlen, wie es das Gesetz vorschrieb. Die einbehaltenen Gelder wurden genutzt, um sie an die Bedürftigen zu verteilen. Wegen der umfangreichen Beziehungen innerhalb des Genossenschaftsnetzwerkes konnten sie die Waren von den Lieferanten auf Kredit bekommen. Den Rest der Gewinne investierten sie in Bestechungen der Behörden der irakischen Besetzung, um mit den kuwaitischen Gefangenen zu kommunizieren⁶²⁰.

Die Genossenschaften konnten eine große politische Rolle spielen, indem sie ihre Verbreitung auf alle Wohngebiete dazu nutzte, um unter der von der Besetzung auferlegten Ausgangssperre ein Kommunikationsnetzwerk zwischen allen Gebieten zu errichten.

Die nationalen Kräfte von Nationalisten, Unabhängigen, Liberalen, Islamisten, Schiiten sowie die „Assoziation der sozialen Reform“ und Salafisten bildeten viele freiwillige Komitees, um die Angelegenheiten der Gesundheit und Bildung zu beaufsichtigen. Die verschiedenen politischen Kräfte unterstützten die Legitimation deutlich, die durch den Emir im Exil vertreten wurde. Dies wurde in der Volkskonferenz, die in Jeddah in Saudi-Arabien zwischen

⁶¹⁹ Ebd., S. 200.

⁶²⁰ Vgl. ebd., S. 200f.

dem 13. und 15. Oktober 1990 abgehalten wurde. Dabei bestätigte der Emir seine Verpflichtung zur Demokratie, der kuwaitischen Verfassung und der Erweiterung der Basis der Volksbeteiligung⁶²¹.

4.4.9. Post-Befreiungsphase

Nach dem Befreiungskrieg im Februar 1991 unter Führung der Allianz, die die Vereinigten Staaten anführten, wurde die gesellschaftliche Struktur in Kuwait stark verändert. „*IRAQ'S 1990 invasion and occupation of Kuwait accelerated a shift in Kuwaiti attitudes towards the state, society, and the individual*“⁶²². Die palästinensischen Einwanderer wurden nach einer Regierungsentscheidung als Reaktion auf die Unterstützung des irakischen Einmarsch durch die Palästinische Befreiungsorganisation (PLO) aus Kuwait vertrieben. Auf der politischen Ebene hatte der Befreiungskrieg das Machtverhältnis zwischen den Bestandteilen des politischen Systems in Kuwait beeinflusst. Die Rolle der oppositionellen politischen Kräfte in der Organisation von Widerstand gegen die Besetzung half bei der Bildung einer neuen Grundlage in der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. Die Erwartungen an die Entstehung einer neuen Beziehung zwischen der Regierung und den sozialen Kräften waren hoch⁶²³.

Obwohl die gesellschaftliche Unterstützung für den Emir als Symbol der nationalen Souveränität stieg, geriet die Regierung aufgrund des irakischen Einmarschs in den Fokus der Kritik. Dies resultierte aus ihrer Unterstützung des Iraks während seines Krieges gegen den Iran und des Staatszusammenbruches innerhalb von 12 Stunden nach dem Einmarsch der irakischen Truppen in Kuwait.

Die kuwaitische Regierung sollte den Wiederaufbau durchführen und ihre arabischen und weltweiten Beziehungen neugestalten. Andererseits sollte sie mit einer Gesellschaft umgehen, die kühner bei der Kritik, der Organisation und öffentlichen Äußerungen geworden war. Der Regierungsstandpunkt, der auf die Vermeidung eines unmittelbaren Zusammenstoßes mit den gesellschaftlichen Kräften ausgerichtet war, wurde deutlich, als sie auf den Nationalen Rat

⁶²¹ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 179.

⁶²² Tétreault, Mary Ann 1993: Civil Society in Kuwait. Protected Spaces and Women's Right, S. 275.

⁶²³ Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, S. 200.

verzichtete und das politische Leben durch den Aufruf zu neuen Wahlen für das Parlament demokratisierte, das im Jahr 1986 aufgelöst wurde.

Der irakische Einmarsch und der Befreiungskrieg führten zu Veränderungen in der kuwaitischen Gesellschaft. Viele der Kuwaitis sehnten sich wegen ihres Aufenthalts in Amerika und Europa zur Zeit der Besetzung und der Befreiung nach einer liberaleren und weniger strengen Lebensweise. Sie waren im Vergleich zur Vorkriegsphase unerschrocken in der Meinungsäußerung⁶²⁴.

Die Beteiligung der kuwaitischen Frauen am Widerstand und zivilen Ungehorsam zusätzlich zu ihrer freiwilligen Beteiligung an Solidaritätsdemonstrationen für Kuwait im Ausland während der Besetzung verlieh ihnen das Gefühl der Unabhängigkeit und kann als ein Quantensprung in ihrem Bewusstsein für ihre potentielle Rolle gesehen werden.

Auf der Gegenseite hatte der Einmarsch der Koalitionstruppen, die von den Vereinigten Staaten geführt wurden, zu einiger Zurückhaltung der islamistischen Kräfte geführt.

Die Schwäche der nationalistischen ideologischen Grundlage führte zur Zersplitterung ihrer Kräfte. Der Einmarsch eines arabischen Landes in ein anderes arabisches Land hatte sie zwischen zwei harten Optionen wählen lassen: Die erste war die Zuhilfenahme des Westens, um die irakische Besetzung zu bekämpfen, und die zweite war, unter der Herrschaft eines Diktators wie Saddam Hussain zu bleiben und die Besetzung schweigend hinzunehmen. Dies führte dazu, dass der islamistische Trend seine Kräfte sammelte, basierend auf seinen Zuwächsen, besonders durch die Bekämpfung der irakischen Besetzung, und der Schwäche des nationalistischen Trends. Dabei entstanden drei Hauptorganisationen, namentlich die islamistische Verfassungsbewegung, die ihre Wurzeln in der Assoziation der sozialen Reform, die die Muslimbruderschaft vertrat, hat. Des Weiteren die islamistische Volksversammlung mit ihren Wurzeln in der Assoziation des Kulturerbes, die die Salafisten vertrat, und die islamistische nationale Koalition mit ihren Wurzeln in der sozial-kulturellen Assoziation, die im Jahr 1989 geschlossen, 2009 wiedereröffnet wurde und die Schiiten vertrat.

⁶²⁴ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 117.

Die Regierung versuchte die Jeddah-Vereinbarung zu umgehen und wieder zu den früheren Politiken der Vorkriegszeit zurückzufinden. Zu diesem Zweck wollte sie die Bevölkerung für sich gewinnen. Die Regierung kündigte an, für alle aufgelaufenen Kosten der Bürger während der Zeit des Krieges aufzukommen, einschließlich der Mieten von Häusern und Raten für gekaufte Automobile. Zusätzlich erklärte sie, dass alle Regierungsangestellten ihre Löhne für die Zeit der Besetzung erhalten würden. Sie erklärte sich bereit, alle Schulden von ca. 1000 der größten Unternehmer und Händler, die Kreditnehmer der Banken waren, zu übernehmen. Zusätzlich wurden die Löhne um 25% erhöht⁶²⁵.

Aber in Wirklichkeit war es nicht möglich, die Lage der Vorkriegszeit zurückzugewinnen. Der Staat konnte sich zwar die politische Loyalität durch die wirtschaftliche Distributivpolitiken erkaufen, aber dies war ungleich schwerer in der Phase nach dem Krieg.

Nach dem Aufruf der Regierung im August 1992 zu den Parlamentswahlen im Oktober desselben Jahres war es sehr deutlich, dass die oppositionellen Kräfte vor den staatlichen Kandidaten lagen. Ihre Wahlprogramme beherrschten die Wahlkampagnen. Einige Kandidaten der Opposition verlangten, die Verantwortlichen zu sanktionieren, weil sie sich auf den irakischen Einmarsch nicht vorbereitet hatten. Sie konzentrierten sich auf Themen der politischen und institutionellen Reform, Pressefreiheit, Justizunabhängigkeit und die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament. Einige von ihnen forderten, die Position des Ministerpräsidenten von der Thronfolge zu trennen. Außerdem kritisierten sie die Regierung wegen der Auflösung des Parlaments im Jahr 1986 sowie wegen der Finanzskandale sehr heftig, in denen einige Mitglieder der Herrscherfamilie bezüglich Investitionen in Spanien und Großbritannien verwickelt waren⁶²⁶.

Neben den islamistischen Versammlungen und Gruppierungen, die nach der Befreiung gegründet wurden, wurde das ‚Demokratische Forum‘ ins Leben gerufen, das aus nationalistischen und linken Oppositionellen bestand, die mit der nationalen und demokratischen Versammlung eng verbunden waren. Zusätzlich gab es noch die

⁶²⁵ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 117. Siehe auch: Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 178.

⁶²⁶ Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 203.

Verfassungsversammlung, die von der Handelskammer unterstützt wurde, und den Block der Abgeordneten. Dieser umfasste 28 Abgeordnete des aufgelösten Parlamentes von 1985, um die Verfassung wiederzubeleben und das Parlament zurückzugewinnen.

Demzufolge wandelten sich die politischen Versammlungen, die früher inoffiziell politische Trends vertraten und ihre Stärke aus den verschiedenen Interessenverbänden und Zivilversammlungen zogen, in öffentliche politische Formationen, obwohl die Gründung von Parteien in Kuwait nicht zulässig war.

Obwohl die Kräfte der Opposition sich in einigen Punkten ähnelten, die unter den Oberpunkten der höheren Transparenz der Regierung und weniger Korruption zusammengefasst werden können, unterschieden sie sich in anderen Fragen, vor allem im Wahlrecht. Als einige liberale Kandidaten das Wahlrecht für Frauen vorschlugen, entstanden Spaltungen in den Reihen der islamistischen Kräfte, die vereinbart hatten, dieses Recht der Jugend über 18 Jahre, statt wie bis zum damaligen Zeitpunkt ab 21, zu gewähren, jedoch nicht den Frauen.

Shafeeq Alghabra bezieht sich zu Recht darauf, dass die Wahlen 1992 die offensten Wahlen aller arabischen Länder waren⁶²⁷. Es hatten mehr als 20 öffentliche Debatten mit den Kandidaten stattgefunden. Die Fakultät der Politikwissenschaft an der Kuwait-Universität konnte auch zum ersten Mal in der Geschichte des Landes öffentliche Debatten organisieren⁶²⁸. Dies ist ein Quantensprung in einem Land, dessen Regierung für ihre übermäßige Empfindlichkeit bei Versammlungen bekannt ist.

Die Abschaffung der Zensur, die der Presse 1986 auferlegt wurde, führte zur Durchbrechung des staatlichen Monopols der Bildung der öffentlichen Meinung. Die unabhängigen und oppositionellen Zeitungen begannen auf Pro-Regierungszeitungen und -zeitschriften zu antworten. Damit kamen die Meinungen der Opposition hinter den geschlossenen Türen und *Diwaniyyat* heraus an die Öffentlichkeit.

⁶²⁷ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 133.

⁶²⁸ Ebd., S. 133.

Die Studie von *Khaldoun Al Naqeeb*, die über diesen Wahlkampf durchgeführt wurde, zeigte, dass über 50% der Kandidaten zum ersten Mal bei Wahlen kandidierten. Dies konnte als ein neues Phänomen bei den kuwaitischen Wahlen betrachtet werden⁶²⁹.

Am 5. Oktober 1992 hatten 81.400 zur Wahl berechnigte Bürger (bei einer Gesamtbevölkerung von 650.000) 50 Abgeordnete aus insgesamt 278 Kandidaten gewählt, die auf 25 Wahlkreise verteilt wurden⁶³⁰. Bei diesen Wahlen gewannen 35 Kandidaten der Opposition und nur 15 der staatlichen Kandidaten. Zum ersten Mal in der Geschichte Kuwaits umfasste die neue Regierung sechs Abgeordnete des Parlamentes als Mitglieder im neuen Kabinett, während in den früheren Regierungen höchstens ein gewählter Minister war⁶³¹.

Das neue Kabinett führte zusammen mit einem starken Parlament, das von den Oppositionskräften beherrscht wurde, zum vorläufigen Wandel Kuwaits zu Gunsten des Parlaments⁶³². Ein Beispiel der Macht des Parlaments ist die Untersuchung von Korruptionsfällen kuwaitischer Investitionen im Ausland sowie der Verlust von Millionen Dollar im Ausland; ein Vorfall, in den einige Mitglieder der Herrscherfamilie verwickelt waren⁶³³. Solche Untersuchungen waren für frühere Parlamente tabu. Außerdem hatten die kuwaitischen Zeitschriften diese Untersuchungen veröffentlicht, die vorher als ein Staatsgeheimnis verzeichnet wurden⁶³⁴. Zusätzlich dazu verurteilte das Parlament das Gaza-Jericho-Abkommen und Oslo-Abkommen zwischen der Palästinensischen Befreiungsorganisation und Israel im Jahr 1993, dieses wurde aber von der kuwaitischen Regierung unterstützt, was Kuwait auf der Ebene der Außenbeziehungen in Verlegenheit brachte.

Obwohl die oppositionellen Kräfte übereinstimmten, dass der Drang der Herrscherfamilie, die Herrschaft nach der Auflösung des Parlaments im Jahr 1986 immer stärker an sich zu reißen,

النقيب، خلدون و الطفيري، عبد الوهاب 1992: اتجاهات المرشحين لإنتخابات مجلس الأمة. جريدة القبس 30 أيلول 1992، ص 14-15.
من كتاب ناظم الغبرا، شفيق 2011: دراسة في آليات الدولة و السلطة و المجتمع، ص 126.

Al Naqeeb, Khaldoun; Aldofairy, Abdelwahab 1992: Die Tendenzen der Kandidaten für die Wahlen der Nationalversammlung. Alqabas Zeitung, 30. September 1992, S. 14-15. Zit. nach: Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 126.

⁶³⁰ Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 138.

⁶³¹ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 181.

⁶³² Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft, S. 143.

⁶³³ Ebd., S. 143.

⁶³⁴ Ebd., 144.

Schranken brauchte, führten die Bemühungen der ‚Islamisierung der Gesellschaft‘ durch die islamistischen Kräfte, die von den liberalen und nationalistischen Kräften abgelehnt wurde, dazu, dass die Unterschiede zwischen den oppositionellen Kräften deutlich wurden. Diese Auseinandersetzungen und Widersprüche nutzte die Regierung zu ihren Gunsten aus.

Das Kabinett hatte am 06.08.1993 ein Dekret erlassen, alle nicht-lizenzierten Vereinigungen aufzulösen. Diese Entscheidung umfasste die meisten Vereinigungen, die in der Zeit der irakischen Besetzung und der Post-Befreiungsphase entstanden waren. Viele dieser Vereinigungen hatten die Eintragung beim Minister für soziale Angelegenheiten eingereicht, um unter dem Gesetz der Verbände und Interessenverbände bekanntgemacht zu werden, aber sie bekamen keine Antwort⁶³⁵. Erwähnenswert ist, dass manche Vereinigungen, wie bspw. die Kuwaitische Menschenrechtsorganisation sowie Pro Demokratie, keinen Antrag einreichten, weil sie die staatliche Kontrolle vermeiden wollten, die bei einer Eintragung notwendig wäre⁶³⁶.

4.4.10. Die staatliche Durchdringung der gesellschaftlichen Akteure

Die Liga der Familien von Kriegsgefangenen und Vermissten (*The League of Families of Prisoners of War and Missing*) ist ein gutes Beispiel für die Art und Weise, wie der Staat die Struktur der Zivilgesellschaft durchdringt und die gesellschaftlichen Aktivitäten kooptiert. Es zeigt, in welchem Umfang der Staat die Organisationen der Zivilgesellschaft zuließ.

Die Gründung dieser Vereinigung erfolgte nach der Befreiung Kuwaits und hatte das Ziel, die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit und internationaler Organisationen bezüglich der Frage der ungefähr 600 kuwaitischen Gefangenen in irakischen Haftanstalten zu wecken⁶³⁷, da die Bemühungen der Regierung, diese Frage auf die internationale Ebene zu bringen, aus der Sicht der Familien der Gefangenen unzureichend waren. Die kuwaitische Regierung versuchte die Anzahl der Gefangenen in den irakischen Gefängnissen übertrieben darzustellen und unzutreffende Angaben zu liefern, um die Frage politisch zu ihren Gunsten auszunutzen. Ausgehend davon begannen die NGOs diese Aufgabe auf sich zu nehmen, diese Frage zu behandeln und sie der Öffentlichkeit zu erklären.

⁶³⁵ Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 204.

⁶³⁶ Ebd., S. 204.

⁶³⁷ Ebd., S. 204.

Die Liga der Familien von Kriegsgefangenen und Vermissten zusammen mit der damals neu gegründeten Assoziation zur Verteidigung der Kriegsoffer (*Association to Defend War Victims*) begann Informationen und Angaben über die kuwaitischen Gefangenen in den irakischen Gefängnissen zu sammeln und zu dokumentieren. Sie trafen ehemalige Gefangenen des irakischen Regimes und sammelten von ihnen die möglichen Angaben über Personen, die mit ihnen zusammen waren und wann sie diese zum letzten Mal lebend gesehen hatten, sowie über den Ort der Inhaftierung. Die kuwaitische Regierung wurde dadurch gegenüber der heimischen Öffentlichkeit in Verlegenheit gebracht, da diese annahm, dass die Regierung zu wenig zu Gunsten der kuwaitischen Gefangenen unternahm. Die offizielle Vereinigung, das Nationale Komitee für Angelegenheiten der Gefangenen und Vermissten (*National Committee for Prisoners and Missing Persons Affairs*), die von der Regierung für dieses Ziel im 1992 gegründet wurde, hatte aus der Sicht der Bevölkerung nicht die erforderlichen Bemühungen gezeigt, um diese Frage zu klären.

Die kuwaitischen NGOs für Angelegenheiten der Gefangenen begannen NGOs in arabischen und nicht-arabischen Ländern zu kontaktieren, um mit ihnen hinsichtlich der Fragen von Gefangenen zusammenzuarbeiten und die irakische Regierung unter Druck zu setzen, die Gefangenen freizulassen. Dieser Punkt machte die kuwaitischen NGOs für heftige Kritik von der kuwaitischen Regierung anfällig, da sie Kontakte mit Organisationen in Ländern hergestellt hatten, die die kuwaitische Regierung als feindlich bezeichnete, weil sie den irakischen Einmarsch in Kuwait nicht verurteilten⁶³⁸. Außerdem betrachtete die kuwaitische Regierung solche Kontakte als Gefährdung der nationalen Sicherheit.

Danach versuchte die Regierung die Aktivitäten dieser Vereinigungen zu schwächen. Die Regierung versuchte, ihren Einfluss auf diese Vereinigungen durch die Einstellung einiger hochrangiger aktiver Mitglieder dieser Vereinigungen in das offizielle Nationale Komitee der Regierung für Angelegenheiten der Gefangenen und Vermissten zu erweitern. Nach Hicks und *Al-Najjar* lehnten die NGOs die Zusammenarbeit mit den staatlichen Bestrebungen nicht ab, da es ein gemeinsames Ziel gab, nämlich die Entlassung der Gefangenen⁶³⁹.

⁶³⁸ Vgl. ebd., S. 205.

⁶³⁹ Ebd., S. 205.

Aber die Regierung hatte diesen Mitgliedern innerhalb des offiziellen Komitees keine führenden Positionen verliehen, die ihnen die Entscheidungsfindung ermöglichten. Dies führte zum Rücktritt von zwei Mitgliedern im November 1992, was die NGOs zur Entwicklung stärkerer Beziehungen mit dem Komitee für Angelegenheiten der Gefangenen und Wohlfahrt der Familien der Märtyrer (*Committee of the Detained and Welfare for Martyr's Families*) veranlasste, welches im Parlament gebildet wurde.

Nachdem das Gesetz zur Auflösung aller unlizenzierten Verbände verabschiedet wurde, wurden die NGOs geschlossen, die sich um Angelegenheiten der Gefangenen kümmerten: die Liga der Familien von Kriegsgefangenen und Vermissten, Assoziation zur Verteidigung der Kriegsoffer, der Gegenseitige Hilfsfond für die Familien der Märtyrer und Kriegsgefangenen (*Mutual Assistance Fund for the Families of the Martyrs and POWs*) und das Volkskomitee für die Solidarität mit Kriegsgefangenen (*The Popular Committee for Solidarity with POWs*). Diese spielten eine große Rolle dabei, die Lage der Gefangenen in irakischen Gefängnissen bekannt zu machen und die Aufmerksamkeit in den internationalen Foren auf sie zu lenken.

Demzufolge hatte der Staat sich der Frage der Gefangenen angenommen, die innerhalb der Gesellschaft entstand, als wäre es sein originäres Ziel gewesen. Es ist jedoch möglich, dass die Regierung mit der Auflösung dieser Vereinigungen in erster Linie auf die Beseitigung des Drucks durch die Aktivitäten ihrer Mitglieder sowie ihrer Bemühung, an der Lösung des Problems der Gefangenen teilzuhaben und es in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, abzielte.

Der Staat betrachtete die Aktivitäten der NGOs als Erinnerung an das Scheitern seiner Politik in der Behandlung dieser Frage, was ihn antrieb sie aufzulösen. Außerdem umfassten diese Vereinigungen Aktivisten aller kuwaitischen Bevölkerungsgruppen, ungeachtet von Zugehörigkeit zu Religion, Stamm oder Klasse, und daher überwand man alle Spaltungen, die der Staat zuvor ausgenutzt hatte, um seine Ziele zu erreichen. Unter den kuwaitischen Gefangenen waren Sunniten, Schiiten, reiche und arme Bürger sowie Stadt- und Dorfbewohner. Diese Tatsache führte einerseits zum Ausbau der Fähigkeit dieser Vereinigungen, die Öffentlichkeit zu beeinflussen, und andererseits motivierte dieser

Machtzuwachs den Staat, die Aktivitäten dieser Vereinigungen einzudämmen⁶⁴⁰. Diese Vereinigungen sind ihrem eigenen Erfolg zum Opfer gefallen.

4.5. Die dynamische Beziehung zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Wechselbeziehung zwischen den Gruppen rund um die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kräfte sowie die Art und Weise zu erläutern, wie sie aufeinander wirken und miteinander interagieren. Damit kann die Vorgehensweise erfasst werden, die diese Gruppen im Zusammenhang ihrer Suche nach der Artikulation der Interessen ihrer Mitglieder verfolgen.

Nach Jill Crystal kann der Typ der Interaktion zwischen diesen Gruppen und dem Staat dadurch nachvollzogen werden, dass diese Gruppen die Fähigkeit besitzen, die Art ihrer Macht von einer der drei oben genannten Arten (wirtschaftlich, politisch und sozial) in eine andere zu transformieren⁶⁴¹.

4.5.1. Der Druck von unten

Auf den ersten Blick erscheint die Dynamik der Zivilgesellschaft in Kuwait und in den Golfstaaten im Allgemeinen schwach. Dieser Eindruck entspricht jedoch nicht ganz der Wirklichkeit. In der Realität und im Kontext der Entwicklung des politischen Systems in Kuwait seit den 1950er Jahren muss man die Lebendigkeit dieser Gruppen betrachten.

Die wirtschaftliche Macht ermöglichte es der Händler-Klasse früher durch die Gründung des Rates im Jahr 1938, der als Vertretung ihrer Interessen und Partizipation an der politischen Entscheidungsfindung konzipiert war, politische Macht zu erhalten. Aber der Emir, der zuvor die finanzielle Unterstützung benötigte, konnte aufgrund der Ölerträge darauf verzichten, wodurch die wirtschaftliche Macht nun nicht mehr in der Lage war, sich politische Macht zu erkaufen bzw. zu erlangen, zumal sich die Politik in einem Rentierstaat wie Kuwait nicht um das Erzielen von Kompromissen über begrenzte Ressourcen dreht. Außerdem hatte die wirtschaftliche Kraft, im Vergleich zu der Herrscherfamilie, nicht genug Geld, das ihr den Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung ermöglicht hätte⁶⁴².

⁶⁴⁰ Vgl. Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 206f.

⁶⁴¹ Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf, S. 276.

⁶⁴² Ebd., S. 276.

Auf der anderen Seite kann die wirtschaftliche Macht die soziale, in einer Gesellschaft mit einer historisch vertieften und durch auf Familientraditionen basierenden Stammestraditionen gekennzeichneten sozialen Hierarchie, nicht erschaffen oder erwerben.

Im Gegensatz dazu sind die Gruppen, die die politische Macht besitzen, dazu fähig, einen Teil der wirtschaftlichen Macht zu erlangen. Insbesondere ist die politische Macht, durch die fehlende Transparenz in der staatlichen Bürokratie sowie dem öffentlichen Sektor und die Schwäche der Rechenschaftspflicht in Fällen der Fahrlässigkeit bei der Durchführung von Staatsangelegenheiten, am geeignetsten, Reichtum bzw. wirtschaftliche Macht zu erhalten.

Auf der anderen Seite aber gibt politische Macht selbst, die den Weg zu wirtschaftlicher Macht ebnet, keine Möglichkeit soziale Macht zu steigern.

Dafür ist als gutes Beispiel das Annullieren von Eheverträgen in einigen Golfstaaten aufgrund der Isogamie (nicht Ebenbürtigkeit) anzuführen. Eine Person, auch wenn sie in hohen staatlichen Positionen ist, hat es nicht unbedingt leicht, in eine andere Familie einzuheiraten⁶⁴³.

Die soziale Macht allein kann sich durch die Familien- und Verwandtenvernetzung in eine wirtschaftliche Macht und in eine politische Macht wandeln. Dies ist in einer Gesellschaft, in der die Familie eine zentrale Rolle spielt, nicht schwer, so dass die Person in der Lage sein kann, einen Teil der wirtschaftlichen Macht zu erhalten und eine Gelegenheit für Investitionen und Geschäfte zu bekommen. Andererseits bildet die soziale Macht durch ihren Einsatz einen entsprechenden Zugang zu einem Teil der politischen Macht, um Positionen in der Verwaltung zu erreichen oder um ins Parlament gewählt zu werden.

4.5.2. Die Reaktion von oben

Sehr interessant ist die Erklärung für die staatliche Reaktion auf den zunehmenden Druck aus dem Zusammenwirken der drei Kräfte, den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Mächten.

⁶⁴³ Vgl. ebd., S. 277.

Die Herrscherfamilie ist in der Lage, die drei Kräfte auf eine, für sie selbst, nützliche Weise und nach ihren Bedürfnissen zwischen den verschiedenen Gruppen handzuhaben.

Sie kann das Schweigen der Opposition durch die Anwendung der wirtschaftlichen Macht erkaufen. Durch die soziale Macht, als eine Familie mit in der Gesellschaft verankerten Traditionen, kann sie den bürokratischen Staatsapparat in sicherheitskritischen Positionen und Schlüsselministerien durch die präferenzielle Einstellung für ihre Verwandtschaften und Vetternwirtschaft verstärken und vertiefen. Durch ihre Besetzung der politischen Macht ist es ihr außerdem möglich die Opposition zu manipulieren⁶⁴⁴.

Nach Jill Crystal hatte die Herrscherfamilie drei Strategien angewandt, um auf die Forderungen der Opposition, selbst an der Entscheidungsfindung teilnehmen zu dürfen, zu reagieren. Diese Strategien sind nach Crystal: die Repräsentation, die Unterdrückung und die Regulierung⁶⁴⁵.

In einem so kleinen Land mit geringer Bevölkerung und großem Reichtum wie Kuwait spielten die äußeren Bedingungen, vor allem die irakische Dauerdrohung der Annektierung von Kuwait, zusammen mit den inneren Forderungen zur politischen Reform, eine große Rolle, so dass der Staat die Anwendung der ersten Strategie (die Repräsentation) bevorzugt. Dies geschah durch die Gründung des Parlaments (die Nationalversammlung), mit dem der Staat in großem Maß darauf abzielte, die Stimmen der Opposition zu dämpfen und zu beschränken. Diese Opposition umfasste nicht nur die politischen Kräfte von Nationalisten und Islamisten, sondern auch die wirtschaftlichen Kräfte, die Intellektuellen, die Arbeiterklasse und die Händler-Klasse mit politischer Erfahrung sowie soziale oppositionelle Kräfte von Mitgliedern der bekannten und angesehensten Familien.

Dieses Parlament ist eine Extension für den Rat vom Jahr 1938, der unmittelbar aus dem Druck von unten resultierte⁶⁴⁶. Jill Crystal beschreibt diesen Rat als eine Versammlung der wirtschaftlichen Macht (Handelsklasse), die durch ihre soziale Kraft (als Mitglieder in angesehensten Familien) und durch soziale Organisationen (die *Diwaniyyat*) versuchte, eine politische Organisation zu gründen (den Rat). Der Unterschied zwischen dem Rat von 1938

⁶⁴⁴ Ebd., S. 278.

⁶⁴⁵ Ebd., S. 278ff.

⁶⁴⁶ Ebd., S. 279.

und dem Parlament, das nach der Unabhängigkeit gegründet wurde, ist, dass es als *Top-down*-Reaktion auf die inneren und äußeren Drücke bezeichnet werden kann⁶⁴⁷.

Hingegen wandte der Staat die zweite Strategie (die Unterdrückung) zielorientiert gegen oppositionelle Stimmen an, und zwar durch die politische Polizei oder durch den Druck auf Stammesführer, religiöse Sekten und Familienhäupter, indem der Staat sie als verantwortlich für das Verhalten ihrer Mitglieder machte, falls sie die zulässigen Grenzen des Staats überschritten.

Das Problem in den Golfstaaten und in Kuwait ist es, dass sie auf alle Arten von Organisationen sehr empfindlich reagieren: aus dem einfachen Grund, weil der Staat und die Herrscherfamilie davon überzeugt sind, dass eine unvorsichtige Gewährung der Freiheiten die Grundlage ihrer Legitimität untergraben könnte. Daneben kann die Gewährung der Freiheit für die Opposition ohne Einschränkungen zum Sturz dieses Regimes führen. Man kann beobachten, dass alle politischen Parteien und politischen Organisationen aller Arten in Kuwait unlizenziert sind. Die Opposition selbst übt ihre politischen Tätigkeiten und Aktivitäten durch apolitische Organisationen und soziale Verbände und Vereine aus.

Jede Gruppe, die eine politische, soziale oder wirtschaftliche Tätigkeit ausüben möchte, muss organisiert sein. Auch irgendein Verband oder irgendeine Vereinigung, die nach dem Aufschwung ihrer oder seiner Aktivitäten strebt, braucht einen offenen politischen Raum innerhalb des Staats. Dieser Raum soll die Meinungs- und Ausdrucksfreiheit, den Erhalt von Informationen, freie Presse und die Freiheit zur Gründung politischer Parteien gewährleisten. Als Ergebnis seiner Befürchtung vor der gesellschaftlichen Organisation versucht der Staat, die Stille der Opposition zu bewahren und auf Organisationen der Zivilgesellschaft einzuschränken, die diese Opposition beinhalten.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen versucht der Staat immer wieder, die Verbände und bestehende Organisationen auf vielfältige Weisen zu kooptieren: zum Beispiel durch die Gründung von ‚offiziellen‘ Vereinigungen und Verbänden als alternative Verbände für die, die

⁶⁴⁷ Ebd., S. 279.

verbannt oder aufgelöst wurden, durch die Einstellung von nicht-aktiven Personen in führenden Positionen aktiver Vereinigungen oder durch die Auflösung der Vereinigung und die Gründung einer anderen von ihm abhängigen Organisation sowie schließlich durch das Vorgehen der Initiativen der Gesellschaft bei der Gründung einer Vereinigung, um diese Gruppen daran zu hindern, diese Vereinigung selbst zu gründen.

In diesem Zusammenhang gibt es viele Beispiele, und zwei davon wurden bereits im vorherigen Abschnitt besprochen, z. B. wie der Staat alle Ämter an sich riss, die die Händler-Klasse in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts gegründet hatte, als hätte er sie gegründet. Auch die Gründung vieler Vereinigungen, die sich um die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Vermissten kümmerten, zeigt, wie stark diese Vereinigungen durchdrungen, dann geschlossen und schließlich durch Regierungsorganisationen ersetzt wurden.

Die dritte Strategie (die Regulierung) basiert darauf, den bestehenden Organisationen begrenzte Freiheit zu geben, ihre Aktivitäten zu beobachten und sie somit, durch die Lenkung ihrer Tätigkeit zu Gunsten des Staates, in Schach zu halten. Dies umfasste nicht nur die wirtschaftlichen und semipolitischen Organisationen, sondern auch die sozialen Organisationen wie die Familie, die, nach Jill Crystal, vom Staat durch das Ehegesetz und das Personenstandsgesetz reguliert ist⁶⁴⁸. Auch die *Diwaniyyah*, die durch ihre Wurzeln tief in der kuwaitischen Gesellschaft verankert ist, blieb bei der staatlichen Regulierung außen vor und genoss dabei ein hohes Maß an Freiheit, bis sie sehr aktiv geworden war und eine wichtige Rolle bei der Organisation der Opposition gegen die Maßnahmen des Staates zu spielen begann.

4.6. Zusammenfassung

Diese Analyse ist erforderlich um die Dynamik der Gesellschaft in Kuwait zu verstehen und eine Vorstellung von der Natur und dem Typ der kuwaitischen Zivilgesellschaft zu vermitteln. Dies ist durchaus ein wichtiger Schritt zum Verständnis der dynamischen Politik im Golf und in Kuwait.

⁶⁴⁸ Ebd., S. 283.

Wenn der Emir, wie nach Jill Crystal, „[...] *the role of referee, rule-maker and regulator of civil society* [...]“⁶⁴⁹ spielt, ist es wichtig zu verstehen, wie die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kräfte versuchen, den Emir zu erreichen und ihn sowie seine politische Entscheidung zu beeinflussen und in welchem Maß diese Kräfte in der Lage sein können, ihre Macht in eine andere zu wandeln und wie sie sich im Lichte der von der Regierung zulässigen engen Grenzen bewegen⁶⁵⁰.

Die Phase während der irakischen Besatzung und nach der Befreiung von Kuwait mit der beispiellosen Aktivität aller gesellschaftlichen Sektoren in Kuwait, egal ob sie in Kuwait blieben oder während der Besetzung aus Kuwait emigrierten, zeigte, dass die Gesellschaft sich selbst organisieren konnte unter der Abwesenheit des Staates. Sie konnte auch ihre Angelegenheiten von der Müllabfuhr bis zum Besatzungswiderstand durchführen. Die Zivilgesellschaft ist, trotz ihrer engen Freiheitsgrenzen und der staatlichen Einschränkungen ihrer Aktivitäten, vorhanden und kann auch die politische Entscheidungsfindung beeinflussen.

⁶⁴⁹ Ebd., S. 283.

⁶⁵⁰ Ebd., S. 283.

„The diwaniyyah is one of the most important social institutions linking the individual and the state. For the individual the diwaniyyah is the place not only for articulating grievances but also for establishing the personal connections with state officials that will allow those grievances to be addressed. For the state the diwaniyyahs are listening posts“⁶⁵¹.

5. Die Rolle der *Diwaniyyah* im politischen Entscheidungsprozess

5.1. „Protected Spaces“

Das Eindringen des Staates in die kuwaitischen Organisationen der Zivilgesellschaft ließ die Grenzen zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft verschwimmen. Wie im Abschnitt 4.4 gezeigt wurde, waren die Interessenverbände in Kuwait zwar wichtige Vertreter der Zivilgesellschaft, jedoch vom Staat nicht vollständig unabhängig. Das Hauptproblem der Verbände, Vereinigungen von Fachleuten und Alumni sowie anderen beruflichen Versammlungen liegt darin, dass sie vom Staat nicht nur durchdrungen und seiner Regulierung untergeordnet sind, sondern auch ihr Haushalt zum wesentlichen Teil von staatlichen Zuschüssen abhängig ist. Zusätzlich dazu wurden die Gewerkschaften, die unter staatlicher Leitung arbeiten, an der Ausübung jedweder politischen Tätigkeit gehindert. Der Staat kontrolliert nicht nur alle gesellschaftlichen Organisationen, sondern verbietet bis dato gesetzlich die Entstehung politischer Parteien.

Trotz des staatlichen Einflusses auf die gesellschaftlichen Organisationen und ihrer Kontrolle durch den Staat gelang es ihnen Praktiken zu entwickeln, um sich dem staatlichen Zugriff weitgehend zu entziehen.

⁶⁵¹ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 68.

Um dies zu beleuchten ist es notwendig, einen unkonventionellen Ansatz für das Konzept der Zivilgesellschaft in Kuwait zu verwenden. Dieser Ansatz wird auf das Konzept der geschützten Räume (*protected spaces*), das Mary Ann Tétreault in ihrem Aufsatz über die Frauenrechte und die Zivilgesellschaft in Kuwait anwandte, gestützt⁶⁵².

Nach Tétreault stellt die Idee der geschützten Räume eine Erweiterung des alten griechischen Konzepts dar, welches zwischen dem privaten Raum, der das Haus (*Oikos*) umfasst, und dem öffentlichen Raum, der die *politics* und den Markt beinhaltet, unterscheidet: „[...] *although a man's public actions are subject to external review and sanctions by peers and superiors, what he does in private is his own business*“⁶⁵³.

Die geschützten Räume sind „[...] *physical domains and the social organizations within them that institutionally, legally, and normatively are off-limits to state intervention*“⁶⁵⁴. Gemäß dieser Erklärung sind diese Räume vor staatlicher Einmischung geschützt.

Als Erweiterung für diesen Begriff können das Haus und die damit verbundenen Bereiche als Teil des privaten Raumes und einige Bereiche des öffentlichen Raumes in den Begriff der geschützten Räume integriert werden, weil sie durch eine „public-private“-Überschneidung geschützt sind⁶⁵⁵.

Diese geschützten Räume, obwohl sie mit den modernen zivilen Vereinen und Organisationen nicht gleichgesetzt werden können, unterstützen diese Vereine und Organisationen und bieten ihnen Rückhalt. Die Überlappung, die Verflechtung und die Interaktion zwischen dem Staat und den sozialen Akteuren in diesen geschützten Räumen erklären die Grenzen der staatlichen Legitimität beim Eindringen in die gesellschaftlichen Organisationen.

Bei der Anwendung dieses Begriffs auf Kuwait kann man zwei soziale Räume erkennen, die in großem Maße durch die Traditionen und Gesetze gegenüber der staatlichen Willkür und dem Eindringen geschützt sind. Der erste Bereich ist die Moschee, die als Teil des öffentlichen Raumes und eine der seltenen sozialen Strukturen in der arabischen Welt für die

⁶⁵² Tétreault, Mary Ann 1993: Civil Society in Kuwait. Protected Spaces and Women's Right, in: Middle East Journal, Vol. 47, No. 2, Spring 1993, S. 275-291.

⁶⁵³ Ebd., S. 277.

⁶⁵⁴ Ebd., S. 277.

⁶⁵⁵ Vgl. ebd., S. 277.

politische Mobilisierung qualifiziert ist. Dies erklärt deutlich den zusätzlichen Vorteil, den der islamistische Trend bei der politischen Mobilisierung im Vergleich zu den säkularen und liberalen Trends genießt. Der Grund dafür ist: „[...] *the public space it (Moschee; Anm. des Verf.) occupies is sacred, conferring legitimate authority on religious leaders and groups independent of the state*“⁶⁵⁶.

In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass die öffentliche Unterstützung für die islamistischen Organisationen nicht nur damit zusammenhängt, dass diese Gruppen und Organisationen den einzigen Ausweg für die Opposition darstellen, sondern, wie Tétreault zu Recht erklärt: „[...] *because their authority to challenge the state is morally unassailable*“⁶⁵⁷.

Der zweite vor dem staatlichen Eindringen geschützte Bereich ist der private Raum, dessen Mittelpunkt das Haus bildet. Das Haus genießt den Schutz der kuwaitischen Verfassung durch die Artikel 38 und 44. Obwohl das Haus an sich nicht zu den Organisationen der Zivilgesellschaft zählt, wird der Schutz des Hauses durch die Verfassung von den Aktivisten angesichts der staatlichen Einschränkung des Versammlungsrechts in den öffentlichen Plätzen und der Restriktion der politischen Aktivitäten genutzt. Auf dieser Grundlage stellt das Haus einen Anziehungspunkt für die Aktivisten dar, es als einen Ort für Versammlungen und Meinungsäußerungen zu verwenden.

Dieser Erklärung zufolge kann das Haus eine plausible Alternative für die Versammlungen der Zivilgesellschaft im öffentlichen Raum darstellen. Das Haus ist dieser Erklärung nach nicht sehr weit vom öffentlichen Raum abgegrenzt und die *Diwaniyyah* „[...] *, which straddles the public-private divide*“⁶⁵⁸, dient als ein Ort für das Zusammentreffen der Gäste im Haus, um Meinungen und Ideen auszutauschen, und braucht keine vorherige Genehmigung durch die Behörden im Vergleich zu anderen Versammlungen, die eine Zustimmung der Behörden voraussetzen. In der Wirklichkeit ist die *Diwaniyyah* ein öffentlicher Ort bzw. eine „quasi-öffentliche“ Veranstaltung⁶⁵⁹. Somit stellt sie ein Mittel dar „[...] *by which the public space enters the home*“⁶⁶⁰.

⁶⁵⁶ Ebd., S. 278.

⁶⁵⁷ Ebd., S. 278.

⁶⁵⁸ Ebd., S. 279.

⁶⁵⁹ Ebd., S. 279.

⁶⁶⁰ Ebd., S. 28.

In diesem Kapitel werden die Heranbildung und die Änderungen der *Diwaniyyah* in der kuwaitischen Geschichte unter die Lupe genommen. Auch ihre Struktur, Arten und Entwicklung werden beschrieben. Außerdem werden ihr Einfluss und ihre Rolle im politischen und sozialen Leben in Kuwait sowie ihre Fähigkeit bewertet, eine wichtige Funktion in der kuwaitischen Gesellschaft als intrakultureller Förderer des Dialoges zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen einzunehmen.

Ferner wird auch auf die wichtige Rolle der *Diwaniyyat* zur Zeit der irakischen Besatzung eingegangen, die ihren Stellenwert nach der Befreiung erhöhte. *Fahad Al-Naser* bezieht sich hierauf: „*After the Gulf War, the recovery process was expedited by social institutions*“⁶⁶¹. An der Spitze dieser Institutionen stand die *Diwaniyyah*, die bei den Kuwaitis nach *Al-Naser* als „[...] *gift from their forefathers*“⁶⁶² betrachtet wird.

5.2. Historischer Hintergrund

Das Wort *Diwan* bezeichnet in der arabischen Sprache eine Gruppe von Gedichten in einem Buch. Es bedeutet jedoch auch ‚Ort der Begegnung‘, z. B. ein Familientreffen oder das offizielle Zusammentreffen zur Zeit der Kalifen des islamischen Staates. Das Wort stammt aus der persischen Sprache und bedeutet ‚der Verrückte‘; dies verwandte der Herrscher, um auf seine höfische Gesellschaft (Zeher und Trink-Freunde) zu verweisen, die seinen geselligen Veranstaltungen beiwohnten⁶⁶³.

Die Wurzeln der kuwaitischen *Diwaniyyah* (Plural: *Diwaniyyat*) sind die Treffen der tribalen Gesellschaft am Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Jeder Stamm hatte einen *Diwan*, auf dem alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten diskutiert wurden. Alle Stammesangehörigen konnten an den Sitzungen teilnehmen und ihre Meinungen äußern.

Der *Diwan* wurde vom Stammesführer geleitet, der einen hohen sozialen Stellenwert bei allen Stammesangehörigen innehatte. Der *Diwan* war ein wichtiges Symbol der sozialen Stellung

⁶⁶¹ Al-Naser, Fahad 2001: The Diwaniah. A Traditional Kuwaiti Social Institution in a Political Role, in: Digest of Middle East Studies, Vol. 10, Issue 2, Winter 2001, S. 1-16, hier S. 2.

⁶⁶² Ebd., S. 2.

⁶⁶³ Ebd., S. 4.

des Stammesführers, da er die Verhandlungen und Beratungen über die Angelegenheiten seines Stammes auf seinem Diwan, der für den Stamm als Führungs- und Steuerungsstelle fungierte, leitete.

„In tribal societies, where maintaining consensus was crucial to the survival of the tribe, the diwaniya provided an arena for social intercourse that concomitantly served the very vital function of setting disputes and arriving at decisions“⁶⁶⁴.

Die Herrschaft des Stammes als soziale Einheit über das öffentliche Leben, insbesondere auf der Arabischen Halbinsel, bestand auch nach der Entstehung des Staates als politisches Konzept in dieser Region zusammen mit der Fortsetzung von Institutionen fort, die unter dem tribalen Regime vorhanden waren. Der weitergeführte Diwan - und zwar sowohl dem Herrscher als auch den Beherrschten als Treffplatz dienend - wurde als natürliche Erweiterung für die Tradition der Sitzungen vom Stammesführer angesehen. Die vorliegenden Informationen zeigen, dass der erste Diwan in Kuwait auf dieser Grundlage im Jahr 1756 der Diwan von Sabah dem Ersten war⁶⁶⁵.

Die historische Wichtigkeit der *Diwaniyyah* lag darin begründet, dass sie ein Ort für den Austausch von Ideen, Meinungen und Gesichtspunkten sowie für die Kontrolle hinsichtlich der Entscheidungsfindung war.

Die Bedeutsamkeit der heutigen *Diwaniyyah* liegt in der Tatsache, dass sie „[...] *an institution supports merchant-class status and power and thus the social group from which the most effective societal checks on the regime have come*“⁶⁶⁶ darstellt. Die kuwaitische *Diwaniyyah* behielt ihre alte Rolle bei und konnte sich auf die Änderungen der verschiedenen Gesellschaftsebenen einstellen und anpassen; dies wird nachfolgend beleuchtet.

⁶⁶⁴ Tawfic, Farah 1983: Political Behavior in the Arab States. Boulder, Westview Press, S. 29. Zit. nach Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 76.

⁶⁶⁵ الكندري، يعقوب يوسف 2002: الديوانية الكويتية. دورها الاجتماعي و السياسي. الكويت: جامعة الكويت، كلية العلوم الاجتماعية، ص 59. Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle. Kuwait: Universität Kuwait, Soziologische Fakultät, S. 59.

⁶⁶⁶ Tétreault, Mary Ann 2009: Kuwait. Slouching towards Democracy?, in: Teitelbaum, Joshua (Hrsg.) 2009: Political Liberalization in the Persian Gulf. London: Hurst&Company, S. 107-132, hier S. 130.

Das tribale Regime war das vorherrschende in Kuwait sowie den anderen Ländern auf der Arabischen Halbinsel. Das wichtigste Merkmal dieses Systems ist der Sozialstatus, der durch die Zugehörigkeit zu einem Stamm verliehen wird. Dieser war an die finanzielle Leistungsfähigkeit gebunden, die einigen Familien die soziale Stellung, innerhalb eines Stammes und den anderen Stämmen gegenüber, gewährleistete. In diesem Zusammenhang kann die kuwaitische *Diwaniyyah* als das herausragendste Merkmal der sozialen Stellung ihres Besitzers oder seiner Familie bezeichnet werden. Dies erklärt zum großen Teil die Beschränkung der *Diwaniyyat* in der früheren Geschichte Kuwaits auf die Händler-Klasse und die Oberschicht. Der Inhaber bzw. der Gastgeber einer *Diwaniyyah* war durch einen hohen Sozialstatus und ein großes Vermögen gekennzeichnet, weil die *Diwaniyyah* mit hohen Ausgaben verbunden war, welche für Personen mit normalen Einkommen nicht erschwinglich waren. Diese umfassten zum Beispiel die Unterbringung, die Nahrungsmittel und das Empfangen zahlreicher Gäste, insbesondere da in der Vergangenheit Hotels in Kuwait fehlten. Dies erklärt deutlich die Verbindung der alten kuwaitischen *Diwaniyyah* mit dem Familiennamen ihres Inhabers, wie *Diwan Al Naqeeb*, *Diwan Al Ghanem* und *Diwan Al Kherafy*. Die *Diwaniyyat* erreichten im alten Kuwait eine Anzahl von ungefähr 250⁶⁶⁷.

Dadurch kann man die *Diwaniyyah* als einen der wichtigsten sozialen Mechanismen bezeichnen, der die Kohärenz der sozialen Gruppen auf der Ebene der Familien sowie der Klassen aufrechterhielt. Wie im vierten Kapitel dieser Arbeit erwähnt wurde, trug die *Diwaniyyah* zur Beibehaltung der homogenen Einheit der Händler-Klasse bei. Die sozialen Gruppen konnten die Tradition der *Diwaniyyah* als Forum für Männer bewahren, um die sozialen und politischen Fragen sowie die Angelegenheiten des Alltagslebens zu besprechen. Bei der Entwicklung in der Region nach Beginn der Öl-Ära sowie mit der zunehmenden Klassenhierarchie in der Gesellschaft verwandelte sich die *Diwaniyyah* in eine Institution, die die Hierarchie und Stratifikation in der Gesellschaft reflektiert. Später kann man die Vielfalt, die in den Arten der *Diwaniyyah* auftraten, beobachten. Dies führte dazu, dass die *Diwaniyyah* die Rolle eines ‚Inkubator‘ für die Personen spielte, die eine einheitliche Klasse oder eine besondere Gemeinschaft bilden.

⁶⁶⁷ Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische *Diwaniyyah*. Ihre soziale und politische Rolle, S. 61.

Grundsätzlich ist die *Diwaniyyah* ein Familiennetzwerk, das zu einer Institution entwickelt wurde, „[...] *designed to pass concerns upward, to link family clusters to the state*“⁶⁶⁸.

5.3. Die Definition der *Diwaniyyah*

In seinem Buch ‚Die kuwaitische *Diwaniyyah* und ihr Einfluss auf das parlamentarische Leben‘ definiert *Khaled Al-Maqamis* die *Diwaniyyah* als „einen angrenzenden Platz am Haus und als ein Verein, der eine Gruppe von Leuten umfasst, die eine kleine Gemeinschaft bilden, auf welchem sie verschiedene wirtschaftliche, politische, literarische oder intellektuelle Angelegenheiten des Lebens besprechen“⁶⁶⁹.

Abdullah Zakaria Al-Ansary erwähnt in dem Vorwort seines Buches ‚Dialog in einer kleinen Gesellschaft‘, dass die *Diwaniyyah* aus „einer Gruppe von Leuten besteht, die verschiedene wirtschaftliche, politische oder literarische Angelegenheiten diskutieren. Sie spielt eine Rolle und übt einen Einfluss beim Bilden und Herauskristallisieren der Standpunkte und Sichtweisen aus. Sie ähnelt einem kleinen Parlament, aber ohne die gesetzliche Formalität der Parlamente“⁶⁷⁰.

Jill Crystal definiert die *Diwaniyyah* als „[...] *a regular weekly meeting – generally of men who are relatives and friends – over coffee to discuss business and politics, arrange introductions, and obtain or grant favors through the development and maintenance of wastah (connections)*“⁶⁷¹.

Mary Ann Tétreault definiert die *Diwaniyyah* als: „[...] *a room in the house where family and friends meet regularly to play cards, sing, eat, and talk about business and politics- among other activities*“⁶⁷².

Seinerseits definiert *Fahad Al-Naser* die *Diwaniyyah* als „[...] *a place where men met for general discussions about social, political, and religious matters* [...]“⁶⁷³.

⁶⁶⁸ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 66.

⁶⁶⁹ المقامس، خالد محمد 1986: الديوانية الكويتية وتأثيرها في الحياة البرلمانية. الكويت: دار الطليعة، ص 9.

Al-Maqamis, Khaled Mohamed 1986: Die kuwaitische *Diwaniyyah* und ihr Einfluss auf das parlamentarische Leben. Kuwait: Dar Altaliaa, S. 9.

⁶⁷⁰ الأنصاري، عبد الله زكريا 1983: حوار في مجتمع صغير. الكويت: دار ذات السلاسل، ص 6.

Alansari, Abdullah Zakaria 1983: Dialog in einer kleinen Gesellschaft. Kuwait: Dar That Alslasel, S. 6.

⁶⁷¹ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 66ff.

⁶⁷² Tétreault, Mary Ann 1993: Civil Society in Kuwait. Protected Spaces and Women's Right, S. 279.

⁶⁷³ Al-Naser, Fahad 2001: The Diwaniah. A Traditional Kuwaiti Social Institution in a Political Role, S. 2.

Durch die genannten Erklärungen kann man eine umfassende Definition für die *Diwaniyyah* festlegen: Sie ist ein am Haus anliegender Anbau, eine inoffizielle soziale Organisation, wo alle sozialen, politischen, sportlichen, literarischen, intellektuellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten auf lokaler und globaler Ebene diskutiert werden können. Das Treffen findet täglich, wöchentlich oder jahreszeitlich statt.

In ihr werden die verschiedenen Meinungen ohne Furcht vor Rechenschaftspflicht vertreten und artikuliert. Dies ermöglicht der *Diwaniyyah* eine wichtige Rolle bei der Überwachung (gemeinsam) angestrebter Ziele, aber auch der Leistung der Regierung auszuüben.

5.4. Die Rolle der alten *Diwaniyyah* in Kuwait

Sicherlich wurde die alte Rolle der *Diwaniyyah* heutzutage erweitert und umfasst somit nun weitere Ebenen. Aber diese Rolle bleibt ein besonderes und einzigartiges Merkmal für Kuwait. Die Rolle der *Diwaniyyah* in Kuwait war mit der Natur und den Anforderungen der damaligen Zeit eng verbunden. Hier ist es wichtig, sich die verschiedenen Ebenen der *Diwaniyyah* in der kuwaitischen Geschichte zu vergegenwärtigen, um ein umfassendes Bild von ihr zu erhalten. Nachfolgend wird unter dem Begriff des „alten Kuwaits“ Kuwait vor der kommerziellen Nutzung der Ölvorkommen verstanden.

5.4.1. Die soziale Rolle der alten kuwaitischen *Diwaniyyah*

Die fehlende Infrastruktur und nicht vorhandenen institutionellen Strukturen für die sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten im alten Kuwait trugen dazu bei, dass die *Diwaniyyah* eine beispiellose und unverwechselbare Rolle ausüben konnte. Die alte *Diwaniyyah* spielte eine wichtige soziale Rolle, die an der Verstärkung der sozialen Solidarität zwischen den Mitgliedern der kuwaitischen Gesellschaft beteiligt war. „*Social values were modeled and inculcated within the diwaniah*“⁶⁷⁴.

Obwohl das Bewirten bei den *Diwaniyyat* nur auf die oberste Schicht der Gesellschaft beschränkt war, stammten ihre Gäste aus allen gesellschaftlichen Klassen, ungeachtet ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Schicht.

⁶⁷⁴ Ebd., S. 9.

Die *Diwaniyyah* war nicht nur ein Platz, wo Leute aller Klassen sich zu Festen, Hochzeiten, Beerdigungen und Verpflegung während des Ramadans trafen, sondern sie verwandelte sich ferner in einen Treffpunkt, um gegenseitige Hilfe und Unterstützung zu bieten, was alle gesellschaftlichen Klassen zu dieser Zeit in Kuwait zusammenschweißte. Wie *Fahad Al-Naser* es betont: „*There was no differentiation among the people; all men were considered equal irrespective of their social status, profession, or income. Any Kuwaiti, whether wealthy or poor, and the poor Kuwaiti would come to one another's aid without hesitation*“⁶⁷⁵.

Erwähnenswert ist, dass das erste Krankenhaus in Kuwait, eröffnet von amerikanischen Missionaren, zu Beginn die *Diwaniyyah* von *Mohamed Hamad Boodai* nutzte. Er erlaubte dieser Gesandtschaft seine *Diwaniyyah* zur Eröffnung des Krankenhauses vor der Fertigstellung des amerikanischen Gebäudes zu benutzen⁶⁷⁶.

5.4.2. Die kulturelle Rolle der alten kuwaitischen *Diwaniyyah*

Die *Diwaniyyat* bildeten zur damaligen Zeit wichtige Kulturzentren. Sie waren ein Platz für den Meinungsaustausch und Diskussionen intellektueller und literarischer Fragen. Die alten *Diwaniyyat* in Kuwait, wie die *Diwaniyyah* von *Khalaf Pascha Al Naqeeb* und *Youssif Ben Essa Al Kenaey*, waren ein Treffpunkt für Schriftsteller, Dichter und Intellektuelle. Auch die Wissenschaftler, die aus der Levante und aus Ägypten kamen, um Kuwait zu besuchen, hielten Vorlesungen in diesen *Diwaniyyat*. Die Rolle der *Diwaniyyat* beschränkte sich nicht auf den Empfang von Intellektuellen, sondern sie unterstützten auch die Bildungsbewegung. Die *Diwaniyyat* bildeten die Zentren für Spendenaktionen, um die erste reguläre Schule in Kuwait zu errichten, nämlich die *Mubarkia*-Schule. Dank der *Diwaniyyah* von *Khalaf Pascha Al Naqeeb* wurde die Spendenaktion für die Errichtung einer zweiten Schule, der *Ahamadia*-Schule, realisiert. Erwähnenswert ist, dass die *Diwaniyyah* von *Mohamed Saleh Al Guaan* ein Hauptsitz des literarischen Vereins war, der durch die kuwaitischen Intellektuellen im Jahr 1923 gegründet wurde⁶⁷⁷.

⁶⁷⁵ Ebd., S. 9.

⁶⁷⁶ Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische *Diwaniyyah*. Ihre soziale und politische Rolle, S. 107; auch: Al-Naser, Fahad 2001: The *Diwaniah*. A Traditional Kuwaiti Social Institution in a Political Role, S. 8f.

⁶⁷⁷ Vgl. Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische *Diwaniyyah*. Ihre soziale und politische Rolle, S. 112ff.

Außerdem wurden einige *Diwaniyyat* durch ihre Spezialisierung in bestimmten intellektuellen Bereichen gekennzeichnet. Die *Diwaniyyah* von *Abdullah Mulla Saleh* war bekannt für die Lehre der alten Literatur, die *Diwaniyyah* von *Khaled Al Muslim* für die Lehre der modernen arabischen Literatur und diejenige von *Youssif Ben Essa Al Kenaey* für die Lehre von Sprache, Rhetorik und religiösen Angelegenheiten. Somit hatten die alten *Diwaniyyat* in gewisser Weise den Charakter von Fakultäten und spezialisierten Wissenschaftsorganisationen.

5.4.3. Die informative Rolle der alten kuwaitischen *Diwaniyyah*

Durch die fehlenden Medien wie Zeitungen, Zeitschriften und Magazinen in Kuwait war die *Diwaniyyah* ein besonderes Medienzentrum für Meinungsaustausch sowie die Vermittlung, Verbreitung und Analyse von Nachrichten. Mit dem Einzug der modernen Medien war die *Diwaniyyah* Vorläufer bei der Verwendung dieser Einrichtungen, insbesondere der Zeitungen, Zeitschriften und Funkgeräte. *Khaled Al-Maqamis* weist darauf hin, dass die *Diwaniyyat* die einzigen Plätze waren, wo man die Funkgeräte hören und Nachrichten verfolgen konnte, da nur die Begüterten sich diese Apparate leisten konnten⁶⁷⁸. *Hamad Alsaedan* erwähnte, dass die Zeitungen aus Indien, Basra und Ägypten kamen und die Leute sie in den *Diwaniyyat* tauschten, was der Öffentlichkeit ermöglichte, eine Übersicht über die internationalen politischen und wirtschaftlichen Nachrichten zu erhalten⁶⁷⁹. *Fahad Al-Naser* betont, dass die *Diwaniyyah* „[...]a socializing force, a part of the communication system“ darstellte⁶⁸⁰.

5.4.4. Die politische Rolle der alten kuwaitischen *Diwaniyyah*

Aufgrund der Tatsache, dass die *Diwaniyyah* nur auf die politisch und wirtschaftlich starke Händler-Klasse beschränkt war, war sie ein Zentrum für Beratungen und Diskussionen von Entscheidungen hinsichtlich der Staatsangelegenheiten. Jill Crystal verweist auf die Relevanz der *Diwaniyyah* bei der Entscheidungsfindung der Herrscher, weil sie „[...] the ruler's listening post“⁶⁸¹ war. Um die Angelegenheiten, Themenbereiche und Probleme des Landes

⁶⁷⁸ Al-Maqamis, Khaled Mohamed 1986: Die kuwaitische Diwaniyyah und ihr Einfluss auf das parlamentarische Leben, S. 17.

⁶⁷⁹ السعيدان، حمد 1988: الديوانية، جريدة السياسة تاريخ 30.01.1988.

Alsaedan, Hamad 1988: Die Diwaniyyah, in: Al-Seyassah Zeitung, Sa. 30.01.1988. Zit. nach: Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle, S. 115. Siehe auch: Tétreault, Mary Ann 2009: Kuwait. Slouching towards Democracy?, S. 124.

⁶⁸⁰ Al-Naser, Fahad 2001: The Diwaniah. A Traditional Kuwaiti Social Institution in a Political Role, S. 2.

⁶⁸¹ Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in The Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 77.

zu kennen, müssen Treffen und Kontakte zwischen Herrscher und Beherrschten stattfinden. Somit war die *Diwaniyyah* ein Treff- und Kommunikationspunkt zwischen dem Herrscher und der Gefolgschaft, um die öffentlichen Angelegenheiten zu besprechen. Sie war auch ein Bindeglied für die Aktivisten bzw. die an öffentlichen Angelegenheiten Interessierten. Erwähnenswert ist, dass der Aufruf zur Bildung des Beirates im Jahr 1921 (vergleiche 3.4.3.) in der *Diwaniyyah* von *Nasser Al-Bader* stattfand⁶⁸². Diese *Diwaniyyah* bildete das Zentrum für die Kuwaitis, die die politische Beteiligung an der Entscheidungsfindung verlangten⁶⁸³. Auch der Rat von 1938 (vergleiche 3.4.4.) hatte seine Wurzeln in den *Diwaniyyat*. Die Namen der Kandidaten für die Wahlen dieses Rates wurden in der *Diwaniyyah* der *Marzouk*-Familie bestimmt⁶⁸⁴, die danach in einem Wahllokal für diese Wahlen verwendet wurden. Auch die Auszählung der Stimmen wurde in der *Diwaniyyah Al-Saker* durchgeführt. Zusätzlich dazu wurden alle nachfolgenden Wahlen für Räte der Themengebiete Ausbildung und Gesundheit sowie die Wahl der Gemeinderäte in den *Diwaniyyat* durchgeführt⁶⁸⁵.

Die *Diwaniyyat* bildeten die Basis für die Forderung nach Beteiligung und Reformen und übten Druck auf den Herrscher aus, um den legislativen Rat zu errichten. Das Umfeld, das die *Diwaniyyah* durch das Beziehungsnetz auf der Basis der Schicht oder Nachbarschaft bereitstellte, half bei der Stärkung der Aktivitäten und Bildung der sportlichen und literarischen Vereine. Sie war ein großer Antrieb für die Fachorganisationen und Berufsverbände, wie die Verbindungen von Lehrern und Seeleuten sowie die Handelsorganisationen. Diese einzigartige und unverwechselbare Rolle der *Diwaniyyah* verlieh ihr eine große Bedeutsamkeit in Kuwait, die im Vergleich zu den benachbarten Ländern beispiellos war.

Die kuwaitischen *Diwaniyyat* hatten durch diese wesentlichen Rollen in der Gesellschaft vor der Öl-Ära die Basis für den Aufbau und die Bildung der Struktur der kuwaitischen Gesellschaft gebildet. Die Fähigkeit der alten *Diwaniyyat*, ihre Funktionen aufrechtzuerhalten, war der Grund für ihr Fortbestehen bis heute.

⁶⁸² الشملان، سيف مرزوق 1986: من تاريخ الكويت. الكويت: دار ذات السلاسل، ص 19.

Alshmlan, Saef Marzouk 1986: Von der Geschichte Kuwaits. Kuwait: Dar That Alslasel, S. 19.

⁶⁸³ Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle, S. 110.

⁶⁸⁴ Al-Maqamis, Khaled Mohamed 1986: Die kuwaitische Diwaniyyah und ihr Einfluss auf das parlamentarische Leben, S. 32.

⁶⁸⁵ Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle, S. 111f.

5.5. Die Entwicklung des Konzepts der kuwaitischen *Diwaniyyah*

Der Aufschwung der lokalen Wirtschaft in Kuwait, finanziert durch die Öl-Einnahmen, war von Änderungen in den Aspekten des sozialen und kulturellen Lebens begleitet und gestaltete dieses komplexer. Trotz dieser Änderungen blieben einige Hinterlassenschaften, wie beispielsweise die Familientraditionen, in Kuwait unverändert und übten weiter ihre vorherigen Funktionen aus. Diese Funktionen wurden weiterentwickelt, um den heutigen Anforderungen zu entsprechen. So wurde auch die *Diwaniyyah* hinsichtlich ihrer Organisation geändert - besonders im Hinblick auf ihre Verbreitung, Vielfältigkeit und Tagungstermine. Zusätzlich wurden auch strukturelle Änderungen bezüglich der Form und Gestaltung vorgenommen, was von großem Einfluss auf die Relevanz der modernen *Diwaniyyah* in Kuwait war. „*As urbanization set in, the diwaniya lost something of its catholic character and began to reflect the stratifications within the society itself. A diwaniya today will tend to embrace members of similar social standing, religion, and even age*“⁶⁸⁶.

5.5.1. Die Veränderung der Organisation

Der Begriff der *Diwaniyyah* erlebte eine große Änderung hinsichtlich der Organisation im Vergleich zu der früher in Kuwait bekannten *Diwaniyyah*. Die wichtigsten Änderungen an dem modernen Begriff der *Diwaniyyah* können durch die folgenden Indikatoren aufgezeigt werden.

5.5.1.1. Die Verbreitung

Basierend auf der Schätzung des kuwaitischen Historikers *Saef Marzouk Alshmaln*, der die Anzahl der *Diwaniyyat* im alten Kuwait auf ungefähr 250 schätzte⁶⁸⁷, wird diese Anzahl heutzutage verzehnfacht⁶⁸⁸. Mittlerweile verfügt jede Gasse über eine oder mehrere *Diwaniyyat* und viele Kuwaitis besuchen auch mehr als eine *Diwaniyyah* am selben Abend. *Fahad Al-Naser* weist darauf hin, dass „*Nowadays nearly every household has a diwaniah*;

⁶⁸⁶ Tawfic, Farah 1983: Political Behavior in the Arab States, S. 29. Zit. nach Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 76.

⁶⁸⁷ الشملان، سيف مرزوق 1992: الديوانية في التاريخ الكويتي. جريدة الوطن 24-25 حزيران 1992. Alshmlan, Saef Marzouk 1992: Die Diwaniyyah in der kuwaitischen Geschichte, Alwatan-Zeitung 24.-25. Juni 1992, o. S. Zit. nach: Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle, S. 61.

⁶⁸⁸ Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle, S. 68.

*although the size and structure may vary according to financial position and availability of space*⁶⁸⁹.

Die alte *Diwaniyyah*, die auf die oberste Schicht der Gesellschaft beschränkt war, erlebte eine Konzeptänderung. Die soziale Stellung ihres Inhabers spielte bei ihrer Gründung keine Rolle mehr. Diese Änderung ist auf einige Faktoren zurückzuführen, aber vor allem auf den Reichtum der kuwaitischen Familien durch die Ölerträge, was es den meisten Familien ermöglichte, den Bedarf und die Anforderungen der *Diwaniyyah* sowie die Gastfreundschaft bieten zu können. Der Wirtschaftsfaktor spielte eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung der *Diwaniyyat* und beim Brechen des Monopols der Händler-Klasse auf die *Diwaniyyah*. Außerdem trug die Stadtentwicklung in Kuwait zur Steigerung der Anzahl von *Diwaniyyat* bei, da ein neben dem Haus zugewiesener Teil als *Diwaniyyah* genutzt werden kann, um viele Besucher zu empfangen.

Die offizielle Förderung der *Diwaniyyah* unterstützte ihre weite Verbreitung. Viele dieser *Diwaniyyat* wurden von den obersten Staatsangestellten, wie Ministern und Ministerpräsidenten, besucht. Auch der Thronfolger und der Emir besuchten viele *Diwaniyyat* regelmäßig, um einen Finger am Puls der Öffentlichkeit zu haben. Zusätzlich hatten viele Mitglieder der Herrscherfamilie und Entscheidungsträger eigene *Diwaniyyat*, um verschiedene Besucher zu empfangen. „*Today the Amir, Crown Prince, and other officials use the diwanahs to keep their fingers on the pulse of the nation*“⁶⁹⁰.

Zu den wichtigen Gründen, die zur weiten Verbreitung der *Diwaniyyah* in der kuwaitischen Gesellschaft führten, zählt ihre Eignung zur Erreichung politischer sowie wirtschaftlicher Ziele für ihren Inhaber.

Die meisten Parlamentskandidaten legen großen Wert darauf, die Bürger in ihren *Diwaniyyat* zu empfangen, um ihre politischen Programme mit ihnen zu diskutieren und für sich selbst bei diesen Wahlen zu werben. Der Einfluss der *Diwaniyyah* umfasst außerdem die Verwirklichung einiger wirtschaftlicher Interessen durch die Schaffung eines Netzwerkes, das zur Beseitigung der Beschwerden beitragen kann, die ein Projekt behindern könnten.

⁶⁸⁹ Al-Naser, Fahad 2001: The Diwanah. A Traditional Kuwaiti Social Institution in a Political Role, S. 11.

⁶⁹⁰ Ebd., S. 14.

Außerdem bietet dieses Netzwerk der *Diwaniyyah* die Gelegenheit, Geschäfte einzufädeln und abzuschließen.

Zusätzlich dazu kommt die Rolle der Traditionen und sozialen Sitten in einer konservativen kuwaitischen Gesellschaft hinsichtlich der begrenzten Anzahl der Vergnügungsstätten und touristischen Sehenswürdigkeiten, was diese *Diwaniyyat* als Treffpunkt für Jugendliche anbot und somit die Entstehung und Verbreitung einer früher unbekannten Art der *Diwaniyyat* für die Jugend erklärt.

5.5.1.2. Die Vielfältigkeit

Die moderne kuwaitische *Diwaniyyah* ist hauptsächlich durch ihre Vielfältigkeit und die Vielzahl der grundsätzlichen Ziele ihrer Gründer gekennzeichnet, was sie von der alten unterscheidet. Sie ist dennoch ähnlich wie die alte aufgebaut, indem sie eine Erweiterung des Hauses ist, die privat als Treffplatz für Männer verwendet wird, um verschiedene Angelegenheiten regelmäßig und kontinuierlich zu diskutieren und zu besprechen. Neue Arten der *Diwaniyyah* sind entstanden, andere aber bleiben als Fortsetzung der früheren Arten.

Das Ziel der Errichtung einer *Diwaniyyah* ist die Grundlage für ihre Klassifikation. Die kuwaitische moderne *Diwaniyyah* kann in die folgenden Arten eingeteilt werden:

- **Traditionelle *Diwaniyyat*:** Diese sind mit dem Namen einer bestimmten Familie verbunden und eine historische Fortführung der alten kuwaitischen *Diwaniyyat*. Wenn sie den Namen der Gastgeber-Familien erhalten, sind sie jedoch nicht nur auf diese beschränkt, sondern können von allen Leuten besucht werden, auch ohne Einladung. Diese *Diwaniyyat* konnten, trotz ihrer Versetzung auf Grund der Erweiterungen und des modernen Aufbaus in Kuwait, weiter existieren. Nur sechs von diesen alten *Diwaniyyat* blieben an dem ursprünglichen Ort. Obwohl die Mitglieder der alten Familien, die die *Diwaniyyat* besitzen, nun andere Orte besiedelten, bewahrten sie diese Tradition, die ihnen einen offiziellen Charakter beim Unterstreichen ihrer sozialen Stellung verleiht. Diese Familien haben neue *Diwaniyyat* in ihren modernen Häusern eröffnet. In dieser Art von *Diwaniyyat* sind die Sitzungen oft

wöchentlich und haben einen offiziellen Charakter in Bezug auf die Wechselbeziehungen mit den Besuchern.

- ***Diwaniyyat der Abgeordneten:*** Diese sind *Diwaniyyat*, wo der Abgeordnete die Wähler seiner Wahlkreise treffen kann, um Fragen und Angelegenheiten innerhalb des Parlamentes zu besprechen. Es werden Meinungen über ein bestimmtes Thema ausgetauscht und gelegentlich wird der Abgeordnete wegen seiner Politik bezüglich einer bestimmten Frage durch seine Wähler zur Rechenschaft gezogen. Die *Diwaniyyah* stellt gemäß Mary Ann Tétreault ein „[...] *premier political venue during political campaigns*“⁶⁹¹ dar.

Es ist anzumerken, dass jedes Mitglied, egal ob Abgeordneter im Parlament oder Gemeinderat, seine eigene *Diwaniyyah* hat, wo er die Angehörigen seiner Wahlkreise regelmäßig wöchentlich trifft. Diese *Diwaniyyat* sind ein offener Ort für die Bewohner eines Gebiets oder eines Kreises, wo der Abgeordnete ihre Probleme entgegennimmt und versucht, ihnen Hilfe und Unterstützung anzubieten. Die Beziehung zwischen dem Abgeordneten und der *Diwaniyyah* ist gegenseitig. Der Kandidat wird in seiner Wahlkampagne durch die Hilfe und die Unterstützung der *Diwaniyyat* gestärkt, um ihm einen Parlamentsplatz zu sichern, und infolgedessen können die *Diwaniyyat* selbst dazu beitragen, das Verhalten dieses Abgeordneten im Parlament zu beobachten und ihn bei Fehlverhalten zur Rechenschaft zu ziehen. Sie spielen eine weitere Rolle in der Formulierung seiner Standpunkte gegenüber bestimmten Themen und somit der Entscheidungen, an denen er sich im Parlament beteiligt. Nach Sami Naser Khalifa und Hasan Goher beginnen „viele schicksalhafte Entscheidungen in der *Diwaniyyah*“⁶⁹².

- ***Die Diwaniyyat der Jugendlichen:*** Diese Art ist in Kuwait sehr weit verbreitet, vor allem wegen der großzügigen Freizeit der kuwaitischen Jugendlichen. Diese Art war früher nicht bekannt. Die Gäste dieser *Diwaniyyat* von Jugendlichen treffen sich um Karten zu spielen und

⁶⁹¹ Tétreault, Mary Ann 2009: Kuwait. Slouching towards Democracy?, S. 131.

⁶⁹² خليفة، سامي ناصر؛ جوهر، حسن عبد الله 2010: الحالة الكويتية، في كتاب: مسعد، نيفين 2010: كيف يصنع القرار في الأنظمة العربية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، ص 367-404، هنا ص 397.
Khalifa, Sami Naser; Goher, Hasan 2010: Die kuwaitische Fallstudie, in: Masaad, Neven 2010: Wie wird die Entscheidung in den arabischen Regimen getroffen? Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, S. 367-404, hier S. 397.

sich zu unterhalten. Viele dieser *Diwaniyyat* waren Organisationszentren für einige Wettbewerbe verschiedener Spiele wie Fußball, Backgammon und anderen.

- **Die *Diwaniyyat* der Nachbarschaft:** Sie entstanden aufgrund der Annäherung der Häuser. In diesen treffen sich die Nachbarn einer Gasse täglich, um verschiedene Themen und Angelegenheiten zu besprechen. Der kuwaitische Journalist *Suliman Alfahed*⁶⁹³ bezeichnet diese Art der *Diwaniyyat* als „Freilicht-*Diwaniyyat*“, weil die Sitzungen der Nachbarn am Abend oft im Hof eines Hauses unter freiem Himmel stattfindet.

- **Die *Diwaniyyat* der Verwandtschaft:** In diesen treffen sich die Mitglieder einer Familie an einem bestimmten Tag in der Woche. Die Familien der Arabischen Halbinsel und des Golfs sind durch ihre Größe und Pflege der Verwandtschaft gekennzeichnet. Die Beziehung zwischen den Besuchern dieser *Diwaniyyat* ist die Blutsverwandtschaft. Die meisten Familien besiedelten früher bestimmte Gebiete und bildeten somit große Bezirke. Aber nach der veränderten Stadtentwicklung verbreiteten sich die Mitglieder einer Familie auf Wohnungen, die nicht unbedingt nebeneinander lagen, was dieser Art der *Diwaniyyat* innerhalb der meisten kuwaitischen Familien eine große Wichtigkeit verleiht, da sie die räumliche Verbindung zu ihrer Verwandtschaft gewährleisten.

- **Die *Diwaniyyat* mit politischem Charakter:** Sie unterscheiden sich von den anderen *Diwaniyyat* im Bezug auf die Fragen und Themen, die unter den Besuchern dieser Art von *Diwaniyyah* besprochen werden. Diese Themen beschränken sich meistens auf die öffentlichen Angelegenheiten. Die Gäste dieser *Diwaniyyat* treffen sich regelmäßig, um Seminare zu halten und um politische Reden und Analysen zu hören und zu diskutieren. Üblicherweise sind diese *Diwaniyyat* auf Männer beschränkt, aber sie können auch von Frauen besucht werden. Das beste Beispiel dafür sind die *Diwaniyyat* der nationaldemokratischen Allianz und die der nationaldemokratischen Koalition. Diese *Diwaniyyat* stellen sich nicht als Standort politischer Organisationen vor, da sie dann gegen

⁶⁹³ الفهد، سليمان 1987: الديوانية الكويتية و خصوصيتها. جريدة الرأي العام، 18 كانون الأول 1987. Alfahed, Suliman 1987. Die kuwaitische Diwaniyyah und ihre Besonderheit, Alray-aam-Zeitung, 18. Dezember 1987, o. S. Zit. nach: Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle, S. 77.

das Gesetz verstoßen würden, sie werden jedoch in der *Diwaniyyah* eines politischen Aktivisten gehalten, der sich um die öffentliche Angelegenheit kümmert.

- **Die kulturellen *Diwaniyyat*:** Sie werden im Volksmund auch die ‚literarischen Salons‘ genannt. Sie finden meistens wöchentlich statt. In diesen halten meistens Intellektuelle und Denker Vorträge über verschiedene wissenschaftliche und kulturelle Angelegenheiten. Dabei werden Ideen und Meinungen über bestimmte Fragen diskutiert.

Diese *Diwaniyyat* sind gekennzeichnet durch ein Komitee, das die Ordnung dieser Sitzungen überwacht, einschließlich der Einladungen der Referenten und der Auswahl der Fragen.

- **Die *Diwaniyyat* der Handwerker und Hobbyisten:** In diesen treffen sich solche, die dasselbe Handwerk oder Hobby haben, wie beispielsweise die *Diwaniyyah* der Fischer oder Sammler von Briefmarken und Münzen. Dabei werden gemeinsame Themenbereiche diskutiert.

- **Die *Diwaniyyat* der Angestellten des öffentlichen Sektors:** Sie versammeln inoffiziell die Angestellten des öffentlichen Sektors, wie die *Diwaniyyat* der Sportvereine, der Genossenschaften, der Beschäftigten in den staatlichen Institutionen sowie einigen Ministerien.

- **Die *Diwaniyyat* mit sozialer Natur:** Diese sind meist temporär, das heißt, dass sie aufgelöst werden, nachdem der Zweck ihrer Existenz erfüllt wurde. Sie öffnen ihre Türen nur für gesellschaftliche Veranstaltungen, wie zum Ramadan und Opferfest.

- **Die religiösen *Diwaniyyat*:** In der Regel finden sie wöchentlich statt und zielen auf Belehrung und die Aufklärung religiöser Fragen ab. Die Inhaber empfangen religiös spezialisierte Vortragende und Prediger.

- ***Diwaniyyat* der Fachleute:** Ihre Besucher sind Interessierte und Spezialisierte in einem bestimmten Bereich, wie beispielsweise die *Diwaniyyah* der Lehrer, der Ärzte und der Ingenieure. Auch finden diese meist wöchentlich statt.

- **Die kuwaitischen *Diwaniyyat* im Ausland:** Das Konzept der *Diwaniyyah* wurde bei den Versammlungen der Kuwaitis im Ausland weitergeführt. Es gibt viele zweckgebundene und temporäre *Diwaniyyat* der Kuwaitis im Ausland, die jährlich während der Ferien gehalten werden. Außerdem gibt es auch *Diwaniyyat* für kuwaitische Studenten im Ausland, insbesondere in Ägypten, Großbritannien und Amerika.

- **Gemischte *Diwaniyyat*:** Diese Art ist komplett neu in der kuwaitischen Gesellschaft. Auf der kuwaitischen Bühne entstanden die sogenannten gemischten *Diwaniyyat*. Die berühmteste *Diwaniyyah* ist die von *Dr. Rasha Al-Sabah*, die im Jahr 1990 eröffnet wurde⁶⁹⁴. Sie ist durch die akademische und wissenschaftliche Natur ihrer Besucher gekennzeichnet. Unter den Besuchern dieser *Diwaniyyah* sind Universitätsprofessoren, Schriftsteller, Intellektuelle, Journalisten und Politiker, zusätzlich zu einigen Mitgliedern der Herrscherfamilie. Am Anfang zeigte die Öffentlichkeit in der konservativen Gesellschaft Kuwaits fehlende Akzeptanz der Idee gegenüber, wie *Rasha Al-Sabah*⁶⁹⁵ in einem Interview sagte. Dies wurde als Herausforderung der gesellschaftlichen Traditionen gesehen. Danach wurden einige gemischte *Diwaniyyat* eröffnet, wie zum Beispiel die *Diwaniyyah* der Journalisten *Muna Taleb* und *Youssef Al Gassem*, die *Diwaniyyah* von *Ikbal Algerbally* und *Soraya Albooksomy* und die *Diwaniyyah* der feministischen Aktivistin *Rula Dashti*, die wöchentlich seit 2002 ihre Tore öffnet. Erwähnenswert ist auch, dass Kuwait die Öffnung von *Diwaniyyat* für Frauen erlebte, wie die *Diwaniyyah* von *Aysha Rashid*, Journalistin bei der kuwaitischen Zeitschrift *Alwatan*. Ihre Öffnung wurde im Jahr 2005 nach der Anerkennung der politischen Rechte der kuwaitischen Frauen genehmigt.

Zu den zuvor genannten Klassifikationen der *Diwaniyyah* gibt es noch eine andere Art, die ursprünglich für den Empfang der Beschwerden der Bürger von dem zuständigen Minister gedacht war, die sogenannte *Diwaniyyah* der Minister. Diese *Diwaniyyah* hat ihre Wurzeln im Jahr 1986, als das Parlament zum zweiten Mal verfassungswidrig aufgelöst wurde.

Die Regierung versuchte, nicht alle Kommunikations- und Äußerungskanäle der Bürger zu sperren. Aus diesem Grund entschied der Ministerpräsident, dass alle Minister ihre

⁶⁹⁴ Tétreault, Mary Ann 2009: Kuwait. Slouching towards Democracy?, S. 124; auch Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische *Diwaniyyah*. Ihre soziale und politische Rolle, S. 80.

⁶⁹⁵ Ein Interview mit *Alqabas Zeitung*, 25. Juni 2001, Nr. 10064, S.11.

Diwaniyyat einen Tag in der Woche öffnen sollten, um die Bürger zu empfangen und deren Beschwerden anzuhören⁶⁹⁶. An der Spitze dieser *Diwaniyyat* war die *Diwaniyyah* von Sheikh *Sabah Al Ahmad Al-Sabah*, dem jetzigen Emir Kuwaits. In der Zeit, als er noch Thronfolger und Ministerpräsident war, wurde sie dienstags gehalten. Als weitere wichtige *Diwaniyyah* ist auch die wöchentliche von Sheikh *Salem Al-Sabah*, die sonntags gehalten wurde, zu erwähnen.

5.5.1.3. Zeiten der Abhaltung

Die alten *Diwaniyyat* wurden meist täglich abgehalten, teilweise mehrmals am Tag, zum Beispiel morgens und abends. Am Morgen begann sie nach dem Morgengebet, das heißt vor dem Sonnenaufgang bis acht Uhr morgens. Am Abend hingegen begann sie nach dem Abendgebet, das bedeutet vor dem Sonnenuntergang bis zum Nachtgebet, also ungefähr eineinhalb Stunden. Außerdem gab es viele *Diwaniyyat*, die nach dem Nachtgebet bis um neun Uhr abends geöffnet wurden, einige von ihnen öffneten sogar bis elf Uhr nachts ihre Türen.

Der simple Lebensstil in Kuwait vor dem Öl stellt den Hauptgrund dieser mehrfachen Öffnungszeiten der *Diwaniyyat* dar. Jedoch hatte sich dies nach den Änderungen in der kuwaitischen Gesellschaft gewandelt, wenn auch eine kleine Zahl dieser *Diwaniyyat* die Tagung vormittags bewahrte, insbesondere die *Diwaniyyat*, in denen sich die älteren Leute treffen.

Die modernen kuwaitischen *Diwaniyyat* werden wegen sozialer Änderungen und der Arbeitsbedingungen heutzutage nur noch abends abgehalten. Jedoch bilden die *Diwaniyyat* der Jugendlichen während der Sommer- und Schulferien eine Ausnahme, da diese *Diwaniyyat* mittags bis frühmorgens öffnen.

Die Änderung betraf nicht nur die Zeiten der *Diwaniyyat*, sondern auch die Veranstaltungstage. Die *Diwaniyyat* tagen heutzutage wöchentlich an einem bestimmten Tag, der vom Inhaber der *Diwaniyyah* bekanntgegeben wird. Es werden manchmal auch in den offiziellen Zeitungen die zu besprechenden Fragen sowie die vom Inhaber der *Diwaniyyah* eingeladenen Referenten veröffentlicht. Das beste Beispiel dafür sind die nach der Auflösung

⁶⁹⁶ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 68. Auch: Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and merchants in Kuwait and Qatar, S. 106.

des Parlaments in Kuwait entstandenen wöchentlichen *Diwaniyyat*, die nach dem Tag, an dem sie stattfanden, ‚Montags-*Diwaniyyat*‘ benannt wurden. Diese *Diwaniyyat* übten Druck auf die Regierung für die Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens aus, worauf später noch ausführlicher eingegangen wird.

5.5.2. Strukturelle Änderungen

Die alte *Diwaniyyah* war durch einige Eigenschaften gekennzeichnet, die sie von den anderen Teilen des Hauses unterschied. Sie wurde gebaut, um eine große Anzahl an Gästen zu empfangen, mit der daraus resultierenden Ausstattung, die für die Gäste und ihren Aufenthalt erforderlich waren. Die alte *Diwaniyyah* war im Vergleich zu der modernen *Diwaniyyah* klein, welche nicht mehr unbedingt am Haus angrenzend, sondern davon entfernt, gebaut werden. Außerdem sind ihre Größe sowie ihre innere Ausstattung nicht mehr so schlicht und einfach wie diese von den alten *Diwaniyyat*. Diese modernen *Diwaniyyat* sind prächtiger geworden, zusätzlich zu einem Angestellten, der auf das Wohl der Gäste zu achten hat und für das Gebäude der *Diwaniyyah* verantwortlich ist.

5.6. Die kuwaitische *Diwaniyyah* unter der irakischen Besatzung

Die Umstände, die Kuwait zur Zeit der irakischen Besatzung erlebte sowie die daraus resultierenden Änderungen in der kuwaitischen Gesellschaft nach dem Einmarsch der irakischen Armee wirkten sich auf die kuwaitische Gesellschaft aus, die versuchte, ihre Identität zu bewahren. Die nennenswertesten Einflüsse waren die konsequente Vorgehensweise der irakischen Armee, um ihre Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten, und die sozialen und kulturellen Hintergründe ihrer Mitglieder, die von denen der kuwaitischen Bevölkerung abwichen.

Die kuwaitische *Diwaniyyah*, als wesentliches Merkmal der kuwaitischen Gesellschaft, wurde als Reflexion dieser kritischen Zeit in der kuwaitischen Geschichte verändert. Diese Änderungen werden nachfolgend beschrieben.

5.6.1. Die Verringerung der Anzahl von *Diwaniyyat*

Die Schließung vieler kuwaitischer *Diwaniyyat* wurde durch zwei Faktoren bedingt: Der erste ist die Flucht vieler Kuwaitis, um der irakischen Besatzung zu entfliehen. Der zweite

hingegen ist die Gewalttätigkeit der irakischen Truppen gegenüber den Bürgern in den verschiedenen Versammlungen. Ein Dokument der irakischen Besatzung in Kuwait zeigt, dass die irakische Führung Informationen über „Dienstleistungsgruppen und -organisationen“ in allen Gebieten in Kuwait hatte, die auf die Koordination der gesellschaftlichen Bemühungen gegen den Irak abzielten⁶⁹⁷. Aus diesem Grund übten die irakischen Besatzungstruppen viel Druck auf diese Organisationen aus und versuchten sie fest im Griff zu behalten, was unmittelbar zur Senkung der Anzahl von *Diwaniyyat* in dieser Zeit führte. Obwohl einige Bürger *Diwaniyyat* zu dieser Zeit in ihren Häusern vorübergehend öffneten, um lokale Angelegenheiten mit den Bewohnern der Gegend zu besprechen und Freunde zu treffen sowie zivilen Ungehorsam zu organisieren, sank die Anzahl der *Diwaniyyat* zur Zeit der Besatzung deutlich.

5.6.2. Rückgang der Besucherzahlen

Die *Diwaniyyat* in dieser Zeit wurden nur von den Nachbarn und von Gästen aus dem eigenen Bezirk besucht. Unter dem Gesetz der Ausgangssperre und der Errichtung vieler Kontrollpunkte war es nicht möglich, Besucher aus anderen Stadtteilen zu empfangen, was zum Rückgang der Besucherzahlen durch Bewohner der eigenen Gegend führte.

5.6.3. Die Einschränkung der Diskussionen

Im Fokus der Debatten in den *Diwaniyyat* stand in dieser Zeit die Organisation der Dienstleistungen und die Art und Weise der Führung des Landes unter der Besatzung sowie die Übermittlung von Nachrichten, die von arabischen und ausländischen Medien ausgestrahlt wurden, zu verschiedenen Fragen, u. a. zu den Umständen der irakischen Besatzung und der Zukunft des Landes. Die *Diwaniyyah* bot den Bürgern trotz der Besatzung einen sicheren Ort, ihre Meinungen frei zu äußern.

5.6.4. Die veränderten Sitzungstermine sowie ihre Simplizität

Während der irakischen Besatzung variierte die Zeit der Versammlung in den *Diwaniyyat*. Sie begann morgens unmittelbar nach dem Sonnenaufgangsgebet und abends nach dem

⁶⁹⁷ Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische *Diwaniyyah*. Ihre soziale und politische Rolle, S. 120.

Nachmittagsgebet bis zum Abend desselben Tages. Die Tagungen waren als Folge der Sicherheitsmaßnahmen der irakischen Truppen kurz. Dazu zeichnete sich die kuwaitische *Diwaniyyah* durch ihre Einfachheit beim Empfang ihrer Besucher und durch die Bescheidenheit bei der Begrüßung der Ankommenden aus. Die Unterscheidung zwischen den *Diwaniyyat* aufgrund der sozialen Schicht, Bildung oder beruflichen Lage wurde aufgegeben und es entstand eine Annäherung von Meinungen und Zielen zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft. Die irakische Besatzung entschärfte die Klassendifferenzierung innerhalb der kuwaitischen Gesellschaft durch eine gleichmäßige Unterdrückung der Kuwaitis, unabhängig von der sozialen Stellung.

5.7. Die Rolle der *Diwaniyyah* beim Widerstand gegen die irakische Besatzung

Die *Diwaniyyah* spielte während der irakischen Besatzung eine wichtige Rolle in der kuwaitischen Gesellschaft. Sie bildete einen der Grundpfeiler für die Sozial- und Dienstleistungsarbeit. Sie stach als eine der wichtigsten, inoffiziellen gesellschaftlichen Organisationen des Widerstands gegen die Besatzung heraus. *Mohamed Alshibany*, einer der Gründer des Volkskomitees in Kaifan, behauptet, dass die Anfänge der Gründung des Volkskomitees in diesem Stadtteil erst in der *Diwaniyyah* entstanden. *Dr. Gassem Al Muhalhal Al Yassin* erklärt, dass der Ursprung des zivilen Ungehorsams aus der *Diwaniyyah* heraus kam. Für jede *Diwaniyyah* wurde eine aktive Person beauftragt, um die Koordination der Bemühungen zwischen den *Diwaniyyat* zu leiten, die Bürger zum zivilen Ungehorsam aufzufordern⁶⁹⁸. Jill Crystal stellt fest: „*The diwaniyyahs also helped organize the underground resistance to Iraq following the invasion*“⁶⁹⁹. Die wichtigsten Aktivitäten der *Diwaniyyah* in dieser Zeit können wie folgt gefasst werden:

5.7.1. Die soziale Aktivität

Die *Diwaniyyah* übte in dieser Zeit eine ausgeprägte soziale Aktivität aus. Dazu zählte die Verfolgung der Lage von Familien und Individuen, um den Bedürftigen angemessen zu helfen und sie zu unterstützen, sowie die Verstärkung des sozialen Zusammenhalts. *Sheikh Sabah Al Nasser Al-Sabah* bezieht sich darauf, dass die Verteilung der Gelder auf die Bevölkerung

⁶⁹⁸ Vgl. Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische *Diwaniyyah*. Ihre soziale und politische Rolle, S. 126.

⁶⁹⁹ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 68.

während der Besatzung durch die in Kuwait sehr beliebten Inhaber der *Diwaniyyat* durchgeführt wurde, um die Bedürftigen zu erreichen.

Außerdem spielte die *Diwaniyyah* eine große Rolle bei der Arbeitsaufteilung auf den freiwilligen Reinigungsdienst und der Verteilung von Erster Hilfe und so weiter. Sie spielte auch eine wirksame Rolle durch die Organisation der Tätigkeit in den Niederlassungen der Genossenschaften, nachdem in ihnen Chaos als Folge der irakischen Invasion ausbrach.

Die *Diwaniyyah* war ein Treffpunkt für Persönlichkeiten, die Erfahrungen in Genossenschaftsaktivitäten hatten. Dies bildete ein entsprechendes Mittel zum Austausch von Erfahrungen im Bereich der Genossenschaftsarbeit und des Dienstleistungsgewerbes. Die Rolle der *Diwaniyyah* war allerdings nicht nur darauf beschränkt, sondern vielmehr ermöglichten die *Diwaniyyat* die verschiedenen Geschäftsabkommen zu Gunsten der Genossenschaften abzuschließen. Vertreter der Nahrungsmittelfirmen und deren Institutionen führten ihre Geschäfte in den *Diwaniyyat*, um die Fragen von Kaufen und Verkaufen für die Genossenschaft zu verhandeln. Dr. Yagoub Al-Kandari bezieht sich darauf, dass neue *Diwaniyyat* extra für die Genossenschaftsaktivitäten geöffnet und andere mit der kooperativen Dienstleistungserbringung für Bewohner des Gebietes betraut wurden⁷⁰⁰.

5.7.2. Die mediale Aktivität

Die Medienaktivität der *Diwaniyyah* war in der damaligen Zeit hervorragend. Sie war eine wichtige Station für den Austausch von Meinungen und Ideen, die sich meistens auf die Lage des Landes konzentrierten. Die *Diwaniyyah* war somit ein wichtiger Platz für Meinungsäußerungen. Sie war auch ein wirksames Mittel zur Sammlung von Nachrichten und Analysen, die durch die Medien zirkulierten. Dies führte dazu, dass die meisten Kuwaitis über die Lage des Landes und die Haltung aller anderen Länder der Welt und Länder der Koalition zu ihrem Fall informiert waren. Die *Diwaniyyah* bildete auch ein Hauptzentrum zur Verteilung politischer Flugblätter gegen die Besatzung. Flugblätter gegen die Aggression wurden in den *Diwaniyyat* vertraulich verteilt, um sie danach den Bewohnern eines Gebiets auszuhändigen.

⁷⁰⁰ Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle, S. 130.

5.7.3. Die politische Aktivität

Die *Diwaniyyah* bildete das Zentrum für Versammlungen und Beratungen hinsichtlich der politischen Lage in Kuwait während der Besatzung. Der Abgeordnete *Gassem Aluun* bezieht sich darauf, dass die Abgeordneten des aufgelösten Parlaments in Kuwait sich wöchentlich in der *Diwaniyyah* von *Al Roumy* trafen, um die Angelegenheiten des Landes während der Besatzung zu diskutieren. Im Mittelpunkt dieser Sitzungen stand die Frage, „wie die Zukunft des Landes nach der Besatzung aussehen solle“⁷⁰¹. In dieser Zeit verbreitete sich bei der Mehrheit des kuwaitischen Volkes die Überzeugung, dass die Wiederkehr der politischen Legitimität durch den Emir notwendig sei. Mit dieser Prämisse begannen die Versammlungen in der *Diwaniyyah* als Zentrum und Treffpunkt zur Planung für die Führung des Landes nach der Wiederkehr dieser Legitimität. Die *Diwaniyyat* waren während der Abwesenheit der politischen Institutionen des Staates ein sicherer Zufluchtsort für die politischen Treffen. Das wichtigste Ziel dieser Treffen war die Solidarität für die Wiedergewinnung der politischen Selbstständigkeit Kuwaits. Außerdem bildeten die *Diwaniyyat* einen Treffpunkt für die verschiedenen Versammlungen und die politische Annäherung zwischen den verschiedenen politischen Führungen, um alle Bemühungen zu vereinen. *Ahmad Baqer*, ein Abgeordneter und Mitglied der Gruppe der Abgeordneten, die die Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens in den späten achtziger Jahren forderte, bezieht sich auf die Bedeutung der Sitzungen in der *Diwaniyyah* von *Al Marzouk* während der Besatzung. Diese Treffen umfassten einige der politischen Strömungen, wie die demokratische Versammlung, die nationale Versammlung und die verschiedenen islamistischen Versammlungen. Das Ergebnis dieser Sitzungen war die Einstimmigkeit der politischen Kräfte in der Entscheidung, dass es die beste Option sei, das Parlament des Jahres 1985 zu reaktivieren⁷⁰². Die *Diwaniyyat* waren ein Zentrum für die politischen Aktivitäten, insbesondere unter den fehlenden staatlichen Institutionen auf der kuwaitischen Bühne. Außerdem hatten die vielen Sitzungen in den *Diwaniyyat* dazu beigetragen, einen vollständigen Plan zur Organisierung der staatlichen Angelegenheiten unmittelbar in der Phase nach der Besatzung zu entwerfen.

⁷⁰¹ Vgl. Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle, S. 135.

⁷⁰² Ebd., S. 135f.

5.8. Die politische Rolle der *Diwaniyyah*

Die kontinuierlichen Besuche der *Diwaniyyah* führten zur Institutionalisierung der unmittelbaren Kommunikationskanäle zwischen den Bürgern mit denselben Neigungen und Interessen, „[...], *people identify with the diwaniah circles in which they moved, finding in these groups the definition of their own status and roles in the community*“⁷⁰³.

Bemerkenswert ist es, dass die meisten besprochenen Fragen und Themen in der *Diwaniyyah* einen Platz in den offiziellen Zeitschriften und ihren Kolumnen finden, insbesondere wenn die *Diwaniyyah* von einer wichtigen Persönlichkeit besucht oder Fragen der öffentlichen Angelegenheiten diskutiert wurden. Die kuwaitische *Diwaniyyah* stellt ein sehr wichtiges Mittel zum Erreichen der politischen Kommunikation, zur Veröffentlichung von Daten und Standpunkten sowie ihrer Analyse und zur Schaffung von Öffentlichkeit dar. „*It (die Diwaniyyah [Anm. d. Verf.]) is also a platform to establish important directions and make decisions concerning the entire country*“⁷⁰⁴. Zusätzlich zur Presse und den Medien schafft die *Diwaniyyah* nach Tétreault:

„[...] precisely the kind of ‘imagined’ national community that Benedict Anderson argues is the product of a literate population and a commercial print press. [...], these uniquely Kuwaiti venues together form a ‘space of appearance’ in which activists mobilize support, issues and personalities are nationalized and normalized, and coherent through far from unitary perspectives on social and political life are formed, criticized, adjusted, and propagated“⁷⁰⁵.

Die *Diwaniyyah* spielt eine wichtige Rolle bei der Sozialisation, da die Eltern ihre Kinder in die *Diwaniyyah* mitbringen. Damit beteiligen sie diese an der sozialen Atmosphäre sowie den gesellschaftlichen Sitten und Traditionen. Dies hilft ihnen, ihre Fähigkeit zur sozialen Kommunikation mit den ihren Interessen entsprechenden sozialen Gruppen auszubauen sowie ein Verständnis der politischen Szene im Land zu erlangen. „*Thus, a man cannot really choose to ‘join’ a diwaniya; he is born into one*“⁷⁰⁶.

⁷⁰³ Al-Naser, Fahad 2001: The Diwaniah. A Traditional Kuwaiti Social Institution in a Political Role, S. 9.

⁷⁰⁴ Ebd., S. 14.

⁷⁰⁵ Tétreault, Mary Ann 2009: Kuwait. Slouching towards Democracy?, S. 125.

⁷⁰⁶ Tawfic, Farah 1983: Political Behavior in the Arab States, S. 29. Zit. nach Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 76.

Die Jugendlichen lernen, die Älteren zu respektieren und sich verschiedene Meinungen anzuhören und üben damit die Bildung von Argumenten und Beweisen ein. Vor allem erfahren sie Toleranz und Respekt für andere Meinungen, falls sie von ihrer abweichen.

Die *Diwaniyyah* bietet ihren Besuchern die Möglichkeit, die Nachrichten aus verschiedenen Spektren und Quellen zu hören und zu analysieren und dann eine eigene Meinung darüber bilden zu können. Zusätzlich gibt die *Diwaniyyah* ihren Besuchern eine Gelegenheit zum Prüfen ihrer Auffassungen und Sichtweisen sowie zur Korrektur ihrer Meinungen, wodurch sie ausgewogene und informierte Positionen über politische und wirtschaftliche Fragen beziehen können. Nach Tétreault bildet die *Diwaniyyah* somit „[...] *the primary medium of news and analysis*, [...]“⁷⁰⁷.

Die Rolle der *Diwaniyyah* in der kuwaitischen Gesellschaft ist einzigartig und obwohl:

„[...] *the social structure of which* (die *Diwaniyyah* [Anm. d. Verf.]) *is based on Gemeinschaft-type relationships to achieve, among other things, Gesellschaft objectives*“⁷⁰⁸, hat die *Diwaniyyah* keine offizielle Führung oder einen gewählten oder ernannten verantwortlichen Rat und sie folgt keiner bestimmten inneren Ordnung. Vielmehr braucht der Besucher keine Mitgliedschaft oder Einladung um sie zu besuchen. Außerdem hat sie keine Tagesordnung oder bürokratische Hierarchie, aber:

„*Although it* (die *Diwaniyyah* [Anm. d. Verf.]) *is ostensibly an informal gathering of men on a regular basis- a man's private club, if you will- behavior patterns are quite formalized*“⁷⁰⁹.

Die wichtige Rolle der *Diwaniyyah* im kuwaitischen Alltag, ihre weite Verbreitung und ihre Besucher aus allen Sektoren der Gesellschaft gaben ihr die Möglichkeit, ihren Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung und die Bildung der öffentlichen Meinung in Kuwait zu stärken. Die *Diwaniyyah*, nach *Esra Alhabib*, steht, durch ihre wichtige Stellung bei der Übertragung von Fragen und Stellungnahmen der Öffentlichkeit zu dem legislativen und

⁷⁰⁷ Tétreault, Mary Ann 2009: Kuwait. Slouching towards Democracy?, S. 130.

⁷⁰⁸ Al-Naser, Fahad 2001: The Diwaniyah. A Traditional Kuwaiti Social Institution in a Political Role, S. 3.

⁷⁰⁹ Tawfic, Farah 1983: Political Behavior in the Arab States, S. 29. Zit. nach Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 76.

administrativen System des Staates „*behind the scene powers*“⁷¹⁰ in Kuwait. Sie bildet ein Bindeglied zwischen den verschiedenen Parteien: der Öffentlichkeit, dem Kabinett, der Herrscherfamilie, dem Parlament und den Medien. Der Umgang, die Interaktion und die Wechselwirkung zwischen den Bürgern innerhalb der *Diwaniyyah* sowie die Diskussionen und der Austausch von Meinungen hinsichtlich verschiedener Fragen, zusätzlich zu der Zusammenkunft vielfältiger Besucher, ermöglicht es den Bürgern, ihre sozialen Aktivitäten zu stärken und soziale Netzwerke zu bilden oder sich daran zu beteiligen, die ihnen beim Schaffen von Verbindungen mit ihren Mitgliedern helfen, um weitere Arbeits- oder Investitionsmöglichkeiten zu erhalten.

Viele Autoren nehmen an, dass die Existenz der *Diwaniyyah* in der kuwaitischen Geschichte zur Vertiefung und Förderung des demokratischen Systems in Kuwait beitrug⁷¹¹ und sie eine Basis für das parlamentarische Leben bildete⁷¹². Die politische Rolle der *Diwaniyyah* steht auf drei Säulen:

1) ihr Einfluss auf die Wahlagenda und die Parlamentswahlen; 2) ihre Rolle bei der politischen Entscheidungsfindung und 3) ihre Rolle bei der Herauskristallisierung der politischen Bildung.

5.8.1. Der Einfluss der *Diwaniyyah* bei den Parlamentswahlen

Für die Kandidaten des Parlamentes und der Gemeinderäte stellt die *Diwaniyyah* Wählerpotential dar. Einer der wichtigsten Faktoren, die zum Erfolg eines Kandidaten für das Parlament oder einen Gemeinderat führen können, ist die Anzahl seiner Unterstützer unter den Inhabern der *Diwaniyyat*. Je mehr Einfluss der Kandidat durch Freundschaften mit den Inhabern der *Diwaniyyat* in seinem Ort hat, desto höher werden seine Chancen sein und somit wird sein Erfolg bei den Wahlen gewährleistet⁷¹³. Die *Diwaniyyah* ist der Schlüssel für einen Kandidaten in das Parlament einzuziehen. Die Kandidaten öffnen ihre *Diwaniyyat* für die Wähler und besuchen andere *Diwaniyyat*, um sich selbst und ihr Wahlprogramm bekannt zu machen und ihre Unterstützer zu rekrutieren. Die *Diwaniyyah* eröffnet den Kandidaten die

⁷¹⁰ Alhabib, Esra 2009: A Study on Diwanis and their social and political impact on the Kuwaiti Society. The Faculty of the Public Communication Graduate Program, School of Communication, American University, Washington, D.C., April 2009, S. 21.

⁷¹¹ Khalifa, Sami Naser; Goher, Hasan 2010: Die kuwaitische Fallstudie, S. 397.

⁷¹² Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle, S. 165.

⁷¹³ Ebd., S. 166.

Gelegenheit, die Bedürfnisse und Bedenken der Bürger sowie ihre Sicht zu bestimmten Fragen auf der politischen Bühne kennenzulernen. Die *Diwaniyyah* ebnet den Weg für einen Kandidaten, um seine persönliche Beziehungen mit den Wählern zu stärken, zumal die kleine geografische Fläche der kuwaitischen Wahlgebiete und die relativ geringe Anzahl der Wählerkreise eine Art der unmittelbaren Kommunikation zwischen dem Kandidaten und dem Wähler erfordert sowie die Schaffung der persönlichen Beziehung zwischeneinander, die vielleicht wichtiger ist als die Darstellung von Ideen und Wahlprogrammen. Die kleine Fläche der Wahlkreise und die geringe Anzahl der Wähler vereinfachen die Zusammenkünfte mit großen Teilen der Wählerschaft und schafft persönliche Beziehungen mit ihnen. Die *Diwaniyyah* spielt eine ausgeprägte Rolle beim Erreichen dieses Ziels, weil sie ein entsprechender Ort für die Sammlung der Wähler einerseits und andererseits geeignetes Mittel und Platz für die Schaffung persönlicher Beziehungen zwischen den Wählern und Kandidaten ist. Die Studie von *Yagoub Al-Kandari* zeigte die Bedeutung der Rolle dieser persönlichen Beziehungen in der Stimmabgabe für einen bestimmten Kandidaten auf. 41,3% der Stichprobe beantworteten die Umfrage dahingehend, dass sie ihre Stimmen einem Kandidaten geben würden, der die *Diwaniyyat*, die sie selbst besuchen, häufig besucht⁷¹⁴.

5.8.2. Die Rolle der *Diwaniyyah* bei der politischen Entscheidungsfindung

Das Regime in Kuwait ist eine konstitutionelle Erbherrschaft. Der Emir leitet die Exekutive durch das Kabinett und die Minister (Artikel 52 der Kuwaitischen Verfassung). Auch die Gerichte vertreten die Jurisdiktion im Namen des Emirs (Artikel 53). Die Urteile werden erst nach seiner Genehmigung rechtskräftig. Die Legislative hingegen wird von dem Emir zusammen mit dem Parlament geleitet (Artikel 51). Die Gesetzentwürfe, die das Parlament verabschiedet, werden erst rechtskräftig, wenn der Emir sie innerhalb eines Monats nach dem Ausstellungsdatum unterzeichnet. Hat er sie nicht innerhalb der einmonatigen Frist beglaubigt, werden diese Gesetzentwürfe auch ohne seine Unterschrift rechtskräftig (Artikel 65). Im Falle, dass der Emir sie an das Parlament innerhalb dieses Monats zum Überdenken zurückschickt, muss das Parlament sie mit einer Zweidrittelmehrheit genehmigen und sie werden auch ohne Unterschrift des Emirs rechtskräftig (Artikel 66). Das kuwaitische

⁷¹⁴ Ebd., S. 171.

Parlament stellt, trotz der späteren Entstehung des kuwaitischen Staates, eine Ausnahme in der arabischen Welt hinsichtlich seiner Lebendigkeit und seines Bewegungsspielraums dar.

Die zunehmende Wichtigkeit der *Diwaniyyat* und deren Einfluss im politischen Prozess liegen der Natur der Interaktion zwischen Mitgliedern bzw. Besuchern der *Diwaniyyat* und dem Abgeordneten bzw. Kandidaten zugrunde. Die wichtige Rolle der *Diwaniyyat*, die diese in der Vorbereitungsphase der Parlamentswahlen ausüben, wird von einer anderen wichtigen Rolle begleitet: die Abgeordneten zur Rechenschaft zu ziehen und ihre Versprechungen und die Wahlprogramme zu evaluieren, nachdem sie bei den Wahlen erfolgreich waren.

Die Verantwortung des Kandidaten bzw. Abgeordneten gegenüber den *Diwaniyyat* in seinem Gebiet und seinen Wahlkreisen endet nicht mit dem Wahlerfolg, sondern steigert und vermehrt sich, um die Unterstützung dieser *Diwaniyyat* bei den nächsten Wahlen zu gewährleisten. Deshalb ist es für ihn erforderlich, Beziehungen und Netzwerke mit ihnen zu pflegen und ihre Meinungen und Ideen hinsichtlich öffentlicher Fragen des Landes zu berücksichtigen, die im Parlament diskutiert werden. Falls der Abgeordnete die dargestellten Meinungen vernachlässigt, er keine Flexibilität zeigt oder auf diese nicht reagiert, würde er in den folgenden Wahlen sicherlich ihre Unterstützung verlieren.

Die *Diwaniyyah* übt einen ausgeprägten Einfluss auf die Agenda des Abgeordneten aus, zusätzlich zu ihrer Rolle bei der Orientierung seiner Aktivität innerhalb des Parlamentes, und zwar durch die Bildung eines Konsenses bei bestimmten Fragen. Die angesprochenen Fragen in der *Diwaniyyah* sind meistens öffentliche Fragen, die auch im Parlament zur Diskussion auf der Tagesordnung stehen. Dies leitet die Abgeordneten und Entscheidungsträger dazu an, sich an der Stimmung in den verschiedenen *Diwaniyyat* zu orientieren, um die Übereinstimmung zu nutzen oder Opposition durch Mitglieder der *Diwaniyyah* bei einer bestimmten Entscheidung oder einem Gesetzentwurf zu vermeiden.

Die *Diwaniyyah* ist einer der äußeren Einflüsse, die ein Abgeordneter in Erwägung ziehen muss, weil die Reaktion der *Diwaniyyat* in seinem Wahlkreis eine entscheidende Rolle für seine politische Zukunft spielen könnte. Im Folgenden können einige Beispiele dafür genannt werden.

Der Abgeordnete *Nasser Al-Sane*, der für mehrere Wahlperioden Abgeordneter war, bezieht sich in einem Vortrag vom 18.03.1995 darauf, dass er bei der Diskussion über die Erhebung von Steuern auf Dienstleistungen während seiner Mitgliedschaft im Parlament 1992 ungefähr 100 *Diwaniyyat* in seinem Wahlgebiet besuchte, um deren Meinungen zu dieser Frage einzuholen⁷¹⁵.

Der Parlamentspräsident in dieser Zeit war *Ahmad Al Saadun*, der auch seinerseits angab, dass er ungefähr 300 *Diwaniyyat* wegen der Sensibilität des Themas für Beratungen besuchte⁷¹⁶.

Diese Statements reflektieren die wichtige Rolle der *Diwaniyyat* bei der Beratung für den politischen Entscheidungsträger, um die Tendenzen der Öffentlichkeit zu bedenken. Die *Diwaniyyah* verkörpert demnach die öffentliche Meinung, der sich der Abgeordnete verpflichtet fühlt und die er zu vertreten versucht.

Die *Diwaniyyat* bekommen ihre Besonderheit durch die freie Meinungsäußerung verliehen. Eine Studie von *Yagoub Al-Kandari* zeigte, dass 92,96% der Befragten auf die Frage über die Möglichkeit der absolut ehrlichen Meinungsäußerung innerhalb der *Diwaniyyat*, die sie häufig besuchen, positiv antworteten, während 85,72% der Stichprobe die Möglichkeit ihrer ehrlichen Meinungsäußerung, auch wenn die verantwortliche Person anwesend sei, bejahten⁷¹⁷. Die *Diwaniyyah* ist ein entsprechender Platz für die freie Meinungsäußerung, um die Politiker zur Rechenschaft zu ziehen und sie zu befragen. Insbesondere lässt sie die Beziehung innerhalb der *Diwaniyyah* zwischen dem Abgeordneten und dem Wähler, mit der Möglichkeit der Bildung von informellen persönlichen Beziehungen, auf Offenheit und Ehrlichkeit basieren. In diesen Versammlungen kann der Besucher transparent und ohne Furcht seine Meinung zu irgendeinem Beamten in der *Diwaniyyah* äußern. Wenn ein Beamter die *Diwaniyyah* besucht, dann wird die Beziehung unmittelbar informell und daraus resultierend wird die Umgebung offen und es gibt keine Einschränkungen.

In diesem Zusammenhang sollte man auf eine bereits beschriebene Art der *Diwaniyyat* hinweisen: die *Diwaniyyat* von Abgeordneten. Es ist ein Leichtes, die Bedeutung dieser Rolle zu erkennen, die die *Diwaniyyah* in früheren Zeiten spielte, als die Sitzungen des Parlamentes

⁷¹⁵Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle, S. 173f.

⁷¹⁶Ebd., S. 174.

⁷¹⁷Ebd., S. 177f.

nicht über Radio oder Fernsehen live übertragen wurden. Der Abgeordnete konnte in der wöchentlichen Sitzung in seiner *Diwaniyyah* eine Plattform für Diskussionen im Parlament sowie die auszustellenden Gesetzentwürfe sehen.

Auf der anderen Seite der politischen Entscheidungsfindung ist erwähnenswert, dass die Regierung die Haltungen der *Diwaniyyat*, die starken Einfluss haben, insbesondere die *Diwaniyyat* der Handelsfamilien, besonders dann berücksichtigt, wenn sie wichtige politische und wirtschaftliche Gesetze und Entscheidungen anstrebt. Ein ausgeprägtes Beispiel dafür ist das Gesetz Nummer 41 aus dem Jahr 1993 hinsichtlich der sogenannten ‚schwierigen Verschuldungen‘. Die Regierung beschloss nach der Befreiung Kuwaits, alle angehäuften Schulden von Geschäftseigentümern und den wirtschaftlichen Sektoren der Gläubigerbanken durch die Zentralbank aufzukaufen. Diese Schulden erreichten zu damaliger Zeit über 20 Milliarden USD. Zu diesem Zweck wurde ein Gesetz im Parlament verabschiedet, das festlegte, dass die bezahlten Schulden der Geschäftseigentümer wieder an den Staat zurückzuzahlen waren. Das Gesetz bestimmte die Zahlung von nur 45% der gesamten Summe ohne Zinsen, sofern sie als sogenannte ‚Sofortzahlung‘ in fünf jährlichen Raten getätigt wurden, oder den gesamten Betrag in Raten über 12 Jahre.

Die Anzahl der von diesem Gesetz betroffenen Verschuldeten betrug 11.766. 72% (8.489 Schuldner) davon wählten die erste Zahlungsart. Bis November 1999 hatten noch weitere 1.580 ihre Schulden beglichen. Somit erhöhte sich die Anzahl der bezahlten Schulden auf 86%. Von den übrigen 14% (insgesamt 1.697 Schuldner) kamen 897 ihren Zahlungen partiell nach, während der Rest (800 Schuldner) seine Schulden vollkommen ignorierte. Diese Gruppe bestand aus besonders hoch Verschuldeten.

Unter dem Druck der *Diwaniyyat* der Händlerklasse versuchte die Regierung nach der Verabschiedung dieses Gesetzes durch das Parlament einige Änderungen vorzunehmen. Trotz der Statements vieler Abgeordneten gegen diese Änderungen übten die Inhaber der *Diwaniyyat* von den Mitgliedern der Händlerklasse großen Einfluss auf die Entscheidungsträger aus, um einige Änderungen am Gesetz durchzuführen.

Somit wurde das Gesetz durch Einführen des Paragraphen 102 im Jahr 1994 verabschiedet. Dies ermöglichte den Verschuldeten erneut, sich für eine der Zahlungsarten zu entscheiden. Die zweite Änderung geschah durch das Gesetz Nummer 80 im Jahr 1995, das die

Umschuldung für die Sofortzahlung auf fünf neue Raten festlegte, die ab dem 06. Dezember 1995 beginnen sollten. Die dritte Änderung bildete das Gesetz 63 im Jahr 1998. Diese Änderung schob die Rückzahlung der vierten Rate für ein Jahr auf, nachdem es die fällige vierte und fünfte Rate zusammenführte und diese wiederum auf weitere drei gleiche Raten verteilte, die ab dem 06. September 1999 fällig wurden.

Die aktuell beabsichtigte Gesetzesänderung ließ das Problem der schwierigen Schulden wieder auftauchen. Am 18. März 2013 leitete das Finanzkomitee des Parlamentes einen Gesetzentwurf zur Abstimmung an das Parlament weiter. Diese neue Änderung sollte den Schuldnern, die seit 1993 ihren Zahlungspflichten nicht nachkamen, die Gelegenheit anbieten, genau wie andere Schuldner behandelt zu werden, die ihr Hab und Gut vor 20 Jahren verkauften, um ihre Schulden zu begleichen.

Der Gesetzentwurf sieht auch die Entlastung der Schuldner von den Zinsen und Verwaltungsgebühren vor.

Die kuwaitische Investitionsbehörde äußerte diesbezüglich ihre ablehnende Meinung, da mit diesem Entwurf, im Falle einer positiven Abstimmung, die Grundlagen der Gleichberechtigung und der Chancengleichheit der Bürger untergraben würden, besonders gegenüber den Schuldnern, die ihre Sachanlagen zu den Preisen des Jahres 1993 verkauften um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Investitionsbehörde schließt daher Entschädigungsforderungen nicht aus.

Es ist zu erwähnen, dass der Anteil der Schuldner, die von dieser Änderung profitieren würden, nur 0,686% der damaligen Schuldner (81 Schuldner) entspricht. Diese Änderung würde bestimmten Schuldnern dienen, die großen wirtschaftlichen und sozialen Einfluss haben.

Obwohl diese Änderungen reine Verschwendung öffentlicher Gelder wären und die Staatskasse mit mehr als 18 Milliarden USD belasten würden, wie eine unabhängige Studie zeigte⁷¹⁸, reflektiert dieser Fall die Rolle der Inhaber der *Diwaniyyat* beim Ausüben des Einflusses auf die Regierungsbeschlüsse und Entscheidungsträger. Sie können, wie an diesem Beispiel gezeigt, als Gruppe wirksam politischen Druck ausüben.

⁷¹⁸ <http://mnwat.net/qs/t215737.html>, abgerufen am 02.05.2013.

Es ist zu erwähnen, dass sich das legislative und das finanzielle Komitee des Parlamentes aufgrund des öffentlichen Druckes geeinigt haben, diesen Entwurf temporär zurückzuziehen, um neue Bearbeitungen vorzunehmen. Jedoch lässt sich durch die Verfolgung der aktuellen Nachrichten feststellen, dass die Abstimmung über diesen Entwurf positiv verlaufen wird.

Obwohl es keinen physischen Beweis dafür gibt, wie die *Diwaniyyat* der Händler dieses Gesetz und seine Änderung beeinflussten, kann anhand der zahlreichen Besuche, die die Abgeordneten diesen *Diwaniyyat* abstatteten, davon ausgegangen werden, dass sie von der Entscheidungsfindung auf keinen Fall ausgeschlossen waren. Viele Vorschläge seitens der Inhaber der Händler-*Diwaniyyat* und der Handelskammer wurden auch als Grundlage für die Gesetzesänderung ohne jegliche Abänderung implementiert. Außerdem kann die Konformität der Aussagen und Standpunkte vieler Politiker und *Diwaniyyah*-Besitzer, was dieses Gesetz betrifft, festgestellt werden.

Zusätzlich zu dieser Rolle ist die *Diwaniyyah* durch ihre Fähigkeit zur Schaffung eines entsprechenden Raumes wichtig für die offiziellen Zusammentreffen um Entscheidungsträger auszuwählen. Das beste Beispiel dafür ist die Bestimmung des Amtes des Parlamentspräsidenten vor der offiziellen Sitzung der ersten Legislaturperiode im Jahr 1992. Die Abgeordneten *Ahmad Al Saadun* und *Mubarak Al Dwaila* bewarben sich beide um den Vorsitz des Amtes in der *Diwaniyyah* von *Nasser Al-Sane* und nach der Auszählung der Stimmen innerhalb der *Diwaniyyah* gewann *Ahmad Al Saadun* mit sieben Stimmen Vorsprung. Dies führte dazu, dass der Abgeordnete *Mubarak Al Dwaila* bei der Eröffnung der offiziellen Sitzung des Parlamentes nicht für die Parlamentspräsidentschaft kandidierte.

Außerdem wird zum Teil die Verteilung der Komitees und Festlegung ihrer Mitglieder im Parlament durch Treffen und Beratungen innerhalb der *Diwaniyyah* vorbesprochen, da sie einen entsprechenden Platz und eine freundliche Atmosphäre für Besprechungen und Koordination bietet. Als Beispiel sind die Zusammenkünfte der Abgeordneten im Jahr 1992 zu erwähnen, die in den *Diwaniyyat* abgehalten wurden. Dort trafen sich die Abgeordneten, um ihre staatlichen Stellvertreter zu wählen⁷¹⁹. Es wurde damals von der Regierung die Erlaubnis gegeben, vier Abgeordnete des Parlamentes ins Kabinett als Minister aufzunehmen. Die Abgeordneten erreichten nach Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten einen

⁷¹⁹ Ebd., S. 182ff.

Konsens für sechs Namen. Dies alles wurde in offiziellen Verhandlungen, aber gleichzeitig auch in der informellen Umgebung der *Diwaniyyah* durchgeführt.

5.8.3. Die Rolle der *Diwaniyyah* bei der politischen Bildung

Die Verhinderung der Errichtung politischer Parteien in Kuwait trug zur Aktivierung der Rolle der *Diwaniyyah* bei der politischen Bildung in Kuwait bei. Die verschiedenen politischen Kräfte Kuwaits sowie die parlamentarischen Blöcke stellen dar, was man als inoffizielle Parteien bezeichnen kann. Sie üben ihre Aktivitäten aus und verbreiten ihre Standpunkte. Diese politischen Kräfte haben, hinsichtlich der Organisation sowie der Koordination ihrer Arbeit, welche ihrer Gesinnung und Anschauung dienlich ist, die Natur von Parteien. Sie operieren unter einem inoffiziellen parteilichen Deckmantel, obwohl sie es nicht annoncieren, da das kuwaitische Recht die Gründung politischer Parteien verbietet.

In Wirklichkeit findet die Aktivität dieser Konstellationen und politischen Kräfte zum großen Maß in den Stellen der Entscheidungsverfahren, wie zum Beispiel im Parlament während seiner legislativen Perioden, in den Vorbereitungen der parlamentarischen Wahlen oder bei den Wahlen der Gemeinderäte sowie der Vereine und öffentlichen Institutionen, statt. Die fehlenden offiziellen politischen Parteien und politischen Institutionen führen hauptsächlich dazu, dass die politischen Kräfte ihre Ideen und Ansichten ohne diese Organisationen koordinieren und bewerben. Sie nutzen die Struktur der *Diwaniyyah*, wo sich ohnehin viele Bürger sammeln. Dies trug zur Stärkung der wirksamen Rolle einiger *Diwaniyyat* bei der Koordination und Organisation der ideologischen kollektiven Maßnahmen bei, zumal die Treffen und Zusammenkünfte meist in den *Diwaniyyat* abgehalten werden. Einige dieser Treffen stellen die Versammlung einer bestimmten politischen Strömung, um Fragen der öffentlichen Angelegenheit zu diskutieren, dar. Oftmals verfügen diese kollektiven Kräfte über eine gemeinsame Stellungnahme, um ihre Haltung zu einigen der besprochenen Fragen zu erklären.

Die politischen Kräfte versuchen die *Diwaniyyah* nicht nur als Treffpunkt zu nutzen, sondern auch als Plattform zur Bewerbung ihrer Ideen und zur Sammlung der Volksunterstützung als gegenseitiges Druckmittel zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen oder auch

zur Sammlung der Aktivitäten dieser Kräfte, um Druck auf die Regierung auszuüben. Das beste Beispiel für die großen Aktivitäten der *Diwaniyyat*, die alle politischen Kräfte in Kuwait umfassten, wurde, nach dem Tag ihrer Sitzungen, ‚Montags-*Diwaniyyat*‘ genannt.

Die Aktivität dieser *Diwaniyyat* entstand, nachdem der Emir das Parlament von 1986 aufgelöst hatte. Diese *Diwaniyyat* öffneten ihre Türen allen politischen Kräften und Richtungen, um die Regierung unter Druck zu setzen, um wesentliche Forderungen von der Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens zu verwirklichen. Diese Aktivität wird im nächsten Abschnitt besprochen.

Viele *Diwaniyyat*, die sich für die öffentlichen Angelegenheiten interessieren, sind durch eine gemeinsame Denkart gekennzeichnet, die ihre Mitglieder zusammenhält. Die Studie von *Yagoub Al-Kandary* zeigt, dass 71,76% der Befragten der Stichprobe bejahen, dass einige *Diwaniyyat* versuchen, ihre Denkmuster und Tendenzen unter den Besuchern der *Diwaniyyat* zu verbreiten⁷²⁰, und zwar durch ihre regelmäßigen und ständigen Sitzungen. Diesen großen Anteil bestätigt auch die Studie von *Yousef Ghalum Ali*⁷²¹, die die Typen der *Diwaniyyat* und deren Einfluss auf ihre Besucher und ihre effektive politische Beteiligung innerhalb der Gesellschaft verbindet. Er stellte eine positive Beziehung zwischen den Besuchen dieser *Diwaniyyat*, die öffentliche Fragen diskutieren, und der politischen Beteiligung in verschiedener Form fest. Dies steht im Gegensatz zu den Pro-Regierungs-*Diwaniyyat*, in welchen die politische Partizipation ihrer Besucher, laut dieser Studie, schwächer ist.

Die *Diwaniyyah* als traditionelle Gruppierung der sozialen Ordnung in Kuwait kann eine große Rolle innerhalb der politischen Entscheidungsfindung spielen, zum Beispiel bei der Bestimmung der Parlamentsaktivität und bei der Stärkung ihrer Rolle beim Ausüben von politischem und ideologischem Einfluss.

5.9. Die Rolle der *Diwaniyyah* bei der Stärkung der sozialen Kohäsion

Durch die Auswertung von Daten des EMM-Modells und deren Anwendung auf den kuwaitischen Fall wurde im dritten Kapitel dieser Arbeit festgestellt, dass der Koeffizient der

⁷²⁰ Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische *Diwaniyyah*. Ihre soziale und politische Rolle, S. 187.

⁷²¹ علي، يوسف غلوم 1996: تأثير الديوانيات على عملية المشاركة السياسية في الكويت، في: مجلة العلوم الاجتماعية، المجلد 24، العدد 3 عام 1996، ص 9-30، هنا ص 18.

Ali, Yousif Ghalum 1996: Der Einfluss der *Diwaniyyat* auf die politische Partizipation in Kuwait, in: Zeitschrift für die Sozialwissenschaften, Heft 24, Nr. 3 (1996), S. 9-30, hier S. 18.

kuwaitischen Dummy-Variable auf 1.144, als die Variable ‚Soziale Kohäsion‘ in das Modell eingegeben wurde, sank und somit war er statistisch nicht signifikant. Das heißt, dass die soziale Kohäsion eine positive Wirkung auf das kuwaitische Regime hatte (siehe das dritte Kapitel dieser Arbeit, im Unter-Kap. ‚Der kuwaitische Fall‘).

In diesem Zusammenhang soll die Rolle der *Diwaniyyah* bei der Stärkung der sozialen Kohäsion beleuchtet und erklärt werden.

Die weit gefasste Definition des sozialen Zusammenhalts beschreibt die Stärke und die Verstärkung der sozialen Verbundenheit zwischen den Individuen innerhalb der Gesellschaft unter verändernden Bedingungen. Im Allgemeinen ist er der Beitritt und die Eingliederung der Gesellschaftsmitglieder als Ergebnis der sozialen Beziehungen und gegenseitigen Verbindungen und als eine Kraft, die die Mitglieder der Gruppe auf interaktive Weise in gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen verbindet. Somit steht die Kohäsion gegen die Spaltung und Zerrissenheit innerhalb der Gesellschaft. Die kuwaitische *Diwaniyyah* spielt damit eine Rolle und wichtige soziale Funktion beim Stärken des sozialen Zusammenhalts zwischen den Individuen, was auf die ganze Gesellschaft zurückstrahlt und ihr beim Erlangen von mehr Kohärenz durch die von ihr geschaffene Homogenität hilft.

5.9.1. Die Rolle der *Diwaniyyah* beim Stärken persönlicher Beziehungen

Das Individuum wählt meistens die *Diwaniyyah*, der es beitreten möchte, selbst aus. Die Wahl einer bestimmten *Diwaniyyah* basiert auf seinen Interessen und Überzeugungen, welche den Ansichten der anderen Mitglieder ähnelt. Die Mitglieder einer *Diwaniyyah* sind meist sozial homogen aufgrund der Freundschaften, die sie miteinander verbinden und verstärkt werden durch ihre regelmäßigen Besuche einer bestimmten *Diwaniyyah*, was die persönlichen Verhältnisse zusätzlich verstärkt. In der Studie von *Yagoub Al-Kandary* bestätigen 80,45% der Befragten, dass ihre Beziehungen zu ihren Freunden in der *Diwaniyyah* stärker sind als solche zu Freunden außerhalb der *Diwaniyyah*⁷²². Dies bestätigt die Tatsache, dass die Wahl einer *Diwaniyyah* auf der Gruppe basiert, der man beitreten, mit ihr intellektuell interagieren und

⁷²² Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische *Diwaniyyah*. Ihre soziale und politische Rolle, S. 232.

sich mit ihr austauschen möchte. Diese führt letzten Endes zur Stärkung der persönlichen Beziehungen zwischen Mitgliedern einer *Diwaniyyah*.

Die regelmäßigen Treffen der Mitglieder der *Diwaniyyah* festigen die Werte der Kommunikation, Verbindung und Interaktion zwischeneinander. Diese Zusammentreffen stärken die Solidarität der Mitglieder und damit ihre persönlichen Beziehungen. Die Antwort der von *Al-Kandari* befragten Stichprobe zeigte, dass 96,35% bestätigen, dass alle Mitglieder sich nach einem Mitglied erkundigen würden, falls es bei der Sitzung in der *Diwaniyyah* abwesend wäre⁷²³. Außerdem bestätigen 68,44%, dass sie immer Hilfe und Unterstützung durch Mitglieder der *Diwaniyyah* erhalten können, sollten sie unter finanzieller Not leiden. Dieser Anteil dürfte noch größer sein, da ungefähr 20,6% mit „weiß nicht“ antworteten, weil sie solch einer Lage nie ausgesetzt waren. Dies ist ein Beispiel für die Stärke der persönlichen Beziehung zwischen Mitgliedern einer *Diwaniyyah*. Durch die starke Verbreitung der *Diwaniyyat* wirkt sich dies auf die ganze Gesellschaft aus, was eine zunehmende Stärke der sozialen Kohäsion zwischen den Mitgliedern bedeutet und die Gesellschaft homogener werden lässt.

5.9.2. Die Rolle der *Diwaniyyah* bei der Vertiefung gesellschaftlicher Homogenität

Die Rolle der *Diwaniyyah* beim Stärken persönlicher Beziehungen wirkt sich positiv auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Homogenität aus. Die Verbindungen und Verhältnisse, die durch die *Diwaniyyah* geschaffen werden können, sind nicht auf die *Diwaniyyah* beschränkt, sondern erstrecken sich auch auf Mitglieder anderer *Diwaniyyat*. Es trifft zu, dass einige dieser *Diwaniyyat* nur auf bestimmte Besuchergruppen beschränkt sind, die dieselbe intellektuelle Ausrichtung haben, aber die meisten der *Diwaniyyat* sind durch die weite Offenheit anderen Gruppen gegenüber gekennzeichnet, die andere Sichtweisen und Meinungen haben. Das Toleranzprinzip ist bei den meisten *Diwaniyyat* die Regel und stellt keine Ausnahme dar. 82,39% der Befragten in der Studie von *Al-kandari* geben an, dass sie die Besuche einer fremden Person in der *Diwaniyyah* begrüßen würden, auch wenn diese nicht dieselben intellektuellen Präferenzen hat wie sie. Der hohe Wert der Akzeptanz,

⁷²³ Ebd., S. 234f.

Personen mit verschiedenen intellektuellen Tendenzen beitreten zu lassen, macht die *Diwaniyyah* zu einem signifikanten Ort der intellektuellen Kommunikation. Die informellen Verhältnisse innerhalb der *Diwaniyyah* bilden die Grundlage für Zusammenhalt und Verbindungen zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft, unabhängig ihrer verschiedenen Präferenzen.

5.10. Die Verfassungsbewegung „Pro-Democracy“ und die „Montags-Diwaniyyat“

In dem Zeitraum zwischen dem 3. Juli 1986 bis zum 21. Januar 1990 erlebte Kuwait eine umfassende nationale Bewegung von parlamentarischen Kräften, Volksorganen und wirtschaftlichen Kräften. Diese sogenannte Verfassungsbewegung umfasste Mitglieder des aufgelösten Parlaments; sowohl vom islamistischen und liberalen Trend als auch die Händler. Das Hauptziel dieser Bewegung war der Protest gegen die Maßnahmen, die die Regierung ergriff, und zwar die Auflösung des Parlaments von 1985, die Aussetzung der Verfassung und Auferlegung der Vorzensur auf Zeitungen. Diese Maßnahmen erfolgten im Vorfeld zum Versuch der Regierung, die Verfassung von 1962 aufzuheben, auf der die Regeln des politischen Systems in Kuwait aufgebaut und die Beziehung zwischen der Legislative und Exekutive geregelt sind. Diese Maßnahmen wurden gekrönt durch die Ankündigung der Regierung, einen sogenannten Nationalen Rat statt des aufgelösten Parlaments zu gründen.

Diese nationale Bewegung entwickelte sich zu einer breiten Volksbewegung, angeführt durch die sogenannten „Montags-Diwaniyyat“, nachdem die Volkspetitionen, die an die Regierung und den Emir gerichtet wurden, ungehört verhallten. Diese Volksbewegung baute sich um 26 Mitglieder des aufgelösten Parlaments herum auf. Am Anfang wurden die Treffen wöchentlich in einer *Diwaniyyah* gehalten, um ein einziges Ziel zu erreichen: die Wiederbelebung des aufgelösten Parlaments und der Verfassung. Der zunehmende Schwung dieser Volksbewegung überwand einige Hindernisse, beispielsweise das Schließen der *Diwaniyyat*, die Mediensperre, die Unterdrückung von Volksversammlungen und Festnahmen durch die Regierung. Dies hielt bis zum 20. Januar 1990 an, als der Emir eine Rede hielt, in der er den Dialog forderte. Daraufhin reagierte der Zusammenschluss der Mitglieder des Parlaments von 1985 mit Aussetzung der regelmäßigen Versammlungen als Bestätigung für seine Kooperationsbereitschaft und ehrliche Intention als Reaktion auf den Appell des Emirs.

Aber die Volksbewegung trat erneut mit stärkerem Schwung auf die Bühne, nachdem die Regierung den Dialog und dessen Ergebnisse nicht verfolgte. Die Regierung verkündete daraufhin die Gründung des Nationalen Rates und erklärte damit ihre Absicht, einen formbaren Ersatz für das Parlament zu finden. Ihrerseits erklärte die Volksbewegung ihren Wahlboykott, einschließlich der Kandidatur sowie Abstimmung.

Die Regierung revidierte ihre Entscheidung erst nach der Befreiung Kuwaits in der Volkskonferenz, die in Jeddah, Saudi-Arabien, zwischen dem 13. und 15. Oktober 1990 gehalten wurde. Dort versprach die Regierung die Wiederherstellung des Verfassungslebens unmittelbar nach der Befreiung.

Obwohl sie die Abmachung der Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens mit der Begründung von Wiederaufbau und Rekonstruktion verzögerte, hatte sie vier Monate nach der Befreiung im Jahr 1991 den Nationalen Rat wiederbelebt, forderte aber neue Wahlen für die siebte legislative Periode des Parlaments am 15. Oktober 1992⁷²⁴.

5.10.1. Die Volkspetitionen

Alle Petitionen, die an die Regierung und den Emir während des Jahres 1989 durch mehr als die Hälfte der Mitglieder des aufgelösten Parlamentes und viele kuwaitische Bürger gerichtet wurden, bezogen sich auf die Anwendung des Artikels 45 der kuwaitischen Verfassung, der dem Volk die Meinungsfreiheit sowie das Recht Eingaben an die offiziellen Stellen zu richten gewährleistet. Die Relevanz dieser Petitionen liegt in dem Zusammenhang, in dem sie erschienen.

Nachdem die Regierung das Parlament auflöste und die Verfassung aufhob, zensierte sie die kuwaitischen Zeitungen besonders stark. Es wurden von allen Medien Wörter wie beispielsweise ‚Demokratie‘, ‚Parlament‘ und sogar ‚vorherige Abgeordnete‘ herausgeschnitten. Außerdem wurden die Zeitungen dazu gezwungen, diese Wörter zu streichen, auch wenn sie in historischen Dokumenten erwähnt wurden, wie zum Beispiel bei den Sitzungen der verfassungsgebenden Versammlung oder den Reden der vorherigen Emire

⁷²⁴ المباركي، يوسف مبارك 2008: حين استعاد الشعب الكويتي دستوره. وقائع و وثائق دواوين الإثنتين 1986-1990. الكويت، بدون دار نشر، ص 13 وما بعدها.

Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990. Kuwait, o. V., S. 13f.

von Kuwait bei der Eröffnung der vergangenen parlamentarischen Perioden⁷²⁵. Zu diesem Zweck hatte sie einen Zensor in jeder Zeitung eingestellt, der dafür sorgte, dass sie keine Berichte veröffentlichte, ohne dass er sie vorher genehmigt hatte.

Die Willkür der Regierung übertraf jedoch das Ausmaß der Zensur, als sie das Gebäude des Parlamentes in einen temporären Hauptsitz für das Kabinett umwandelte sowie die Armee und Polizei in Bereitschaft versetzte, um die oppositionelle Reaktion der Bürger auf die Auflösung des Parlamentes und auf die Aufhebung der Verfassung einzudämmen⁷²⁶. Diese Maßnahmen, die alles, was an die Verfassung und das demokratische System erinnern könnte, auslöschen sollten, waren für die kuwaitische Gesellschaft, die an eine flexible Beziehung zwischen dem Volk und dem Herrscher gewöhnt war, befremdlich.

Viele der Schriften aus diesem Zeitraum erklären, dass die Regierung die Auflösung des Parlaments schon länger beabsichtigt hatte. Sie zeigte am Anfang Verärgerung darüber, dass einige ihr unliebsame Kandidaten die Parlamentswahlen gewannen, und erhob ihre Einwände gegen ihre Mitgliedschaft⁷²⁷. Danach bildete die Regierung ein Kabinett, das, nach *Youssef Al-Mubarak*, „provokativ“ für das Parlament war, da es einige Persönlichkeiten umfasste, die für viele zu den Hauptfiguren der „*Souk Al-Manakh*“-Finanzkrise im Jahr 1982 gehörten. Infolgedessen steigerte sich die Anzahl der Interpellationen an Minister im Parlament. *Youssef Muhamed Alnsef*, Minister für soziale Angelegenheiten, trat 21 Tage nach der Ablegung des Verfassungseides zurück. Der Ministerpräsident, Thronfolger Sheikh *Saad Al Abdullah Al-Sabah*, lehnte die Teilnahme an den Sitzungen des Parlaments ab, nachdem das Parlament den Justizminister Sheikh *Salman Aldeeg Al-Sabah* befragt und positiv über einen Misstrauensantrag gegen diesen abgestimmt hatte, was ihn zum Rücktritt zwang.

Zusätzlich dazu versuchte die Regierung die Bürger davon zu überzeugen, dass dieses Parlament nutzlos und ein Hindernis für die Regierungstätigkeiten sei, insbesondere nachdem die vielen Befragungen des Kabinetts alle auf einmal stattfanden. Die Auflösung des Parlamentes stimmte jedoch nicht mit dem Artikel 107 der Verfassung überein, der dem Emir das Recht verleiht, das Parlament mit der Bedingung, neue Parlamentswahlen innerhalb eines

⁷²⁵ Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 25f.

⁷²⁶ Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 190.

⁷²⁷ Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 20.

Monats durchzuführen, aufzulösen. Sollten innerhalb dieser Frist keine Wahlen durchgeführt werden, kann das aufgelöste Parlament seine Sitzungen wieder abhalten und seine verfassungsmäßigen Befugnisse wiederherstellen, als ob diese Auflösung nicht stattgefunden hätte.

Die verfassungswidrige Auflösung des Parlamentes trieb die Abgeordneten dazu an, am 15. Juli 1986 eine Erklärung im Namen des kuwaitischen Volks abzugeben. Darin verkündigten sie ihre Absicht der Fortsetzung ihrer Zusammenkünfte in den *Diwaniyyat*. Die *Diwaniyyah* des Parlamentspräsidenten *Ahmad Al Saadun* wurde in einen Treffpunkt umgewandelt, in dem vierzehntägig dienstags Sitzungen stattfanden. Erwähnenswert ist, dass die *Diwaniyyah* von *Ahmad Al Saadun* weiterhin alle Sitzungen und Treffen zwischen dem Block der Abgeordneten des Parlaments vom Jahr 1985 und den Mitgliedern des *Komitees der 45*, das im Jahr 1989 gegründet wurde und die Volksbewegung unterstützte, ausrichtete.

Ungefähr fünf Monate nach der Auflösung des Parlamentes richteten die Abgeordneten durch eine Petition die erste offizielle Stellungnahme an die Regierung und am 21. Dezember 1986 an den Emir, die von 26 Mitgliedern des aufgelösten Parlamentes unterzeichnet war. *Ahmad Alkhatib* hatte sie an die *Amiri Diwan* eingereicht, aber sie wurde nach 24 Stunden zurückgewiesen⁷²⁸. Am 22. Februar 1988 wiederholten die Abgeordneten diesen Versuch und reichten eine zweite Petition beim Emir mit Unterschriften der 26 Mitglieder ein, aber auch diese wurde von der *Amiri Diwan* zurückgewiesen. Die Blockade der Dialoge mit den Abgeordneten durch die Regierung trieb einige Bürger dazu, die neue Idee, die durch ihre Treffen mit den Abgeordneten in den *Diwaniyyat* entstand, in die Tat umzusetzen. Diese bezog sich darauf, eine Eingabe im Namen der Bürger an den Emir zu richten.

Die Abgeordneten vereinbarten, dass jeder von ihnen fünfzig Unterschriften der Bürger aus seinem Wahlkreis sammeln sollte. Dies erregte eine beispiellose Interaktion zwischen den Bürgern und Abgeordneten. Diese Aktion dauerte 15 Monate, von März 1988 bis Juni 1989⁷²⁹. Danach wurde die sogenannte Gruppe der 45, eine Gruppe von Bürgern aller politischen Trends in Kuwait, inklusive Vorsitzender der Interessen- und Berufsverbände⁷³⁰,

⁷²⁸ Ebd., S. 26.

⁷²⁹ Ebd., S. 27.

⁷³⁰ Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 198.

die sich verpflichtete, die Petition an den Emir einzureichen, gegründet. Ein Komitee dieser Gruppe wurde für die Kontaktaufnahme mit der *Amiri Diwan* gebildet, um einen Termin für eine Besprechung mit dem Emir festzulegen. Sein Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Die Warnung der Regierung an die Bürger durch den Kommunikationsminister, diese Petition zu unterzeichnen, führte zu einer zunehmenden Beteiligung des Volkes⁷³¹. Die Unterstützer konnten dadurch mehr als 30.000 Unterschriften sammeln⁷³². Wenn man den Anteil der wahlberechtigten Bürger, die diese Petition unterzeichneten, in Betracht zieht, ist festzustellen, dass diese Anzahl relativ groß ist. Die Petition selbst enthielt ungefähr zwanzig Wörter, um den Emir zur Wiederherstellung des Parlaments gemäß der Verfassung aufzufordern⁷³³.

5.10.2. Die Volksbewegung und die Montags-*Diwaniyyat*

Nachdem der Emir alle Petitionen abgelehnt hatte und damit alle Wege für die Verfassungsbewegung und Volksbewegung, um das Parlament und die Verfassung wiederzubeleben, gesperrt waren, intensivierten die Abgeordneten ihre wöchentlichen Treffen und kommunizierten mit den Interessenverbänden, um ihre Bemühungen zu koordinieren⁷³⁴.

Wegen der strengen Zensur auf Presse und Medien wurden diese Aktivitäten fast isoliert von den Medien durchgeführt. Dadurch entstand die Idee der Verbreitung der privaten Treffen und der Organisation durch die wöchentliche Einladung zu einigen *Diwaniyyat* der Abgeordneten, die Kampagnen zur Aufhebung der verfassungswidrigen Maßnahmen führten. Sie entschieden sich, aufgrund des Regierungsgesetzes, das die Versammlungen auf öffentlichen Plätzen untersagte, für die *Diwaniyyah* als Treffpunkt. Da die *Diwaniyyah* gesetzlich als privater Raum angesehen wird, wurde sie in diesem Gesetz nicht mit einbegriffen. „*Following the national Assembly's closure in 1986, the diwaniyyah became an even more important institution linking the citizen and the state, as it was one of the few through which political concerns could still be openly voiced*“⁷³⁵.

⁷³¹ Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 27.

⁷³² Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 198.

⁷³³ Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 225.

⁷³⁴ Ebd., S. 39.

⁷³⁵ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 68.

In der *Diwaniyyah* des Abgeordneten *Gassem Alkatamy* begann die erste Volksversammlung am 04.12.1989. Die Veranstalter bewahrten den traditionellen Charakter der *Diwaniyyah*, so wurden beispielsweise keine Lautsprecher verwendet⁷³⁶. Über 700 Beteiligte nahmen an dieser *Diwaniyyah* teil. Einige der Abgeordneten und der herausragenden Persönlichkeiten äußerten ihren Widerspruch gegen die Sperren, die die Regierung auf dem Wege zur Kommunikation mit den Bürgern verhängte. Dazu forderte *Khaled Alwasemy*, der Sekretär der Gruppe der 45, zur Gründung eines Komitees, um die kuwaitische Verfassung zu verteidigen, auf.

Nach dem Ende der *Diwaniyyah* wurde angekündigt, dass die nächste Sitzung in der *Diwaniyyah* des Abgeordneten *Mashary Gassem Alangarym* am Montag, den 11.12.1989, gehalten werde. Zu dieser begannen die Bürger, in einer Größenordnung zwischen 2.000 und 2.500⁷³⁷, nach dem Abendgebet zu strömen. Aber die Regierung war schneller als sie und schloss die *Diwaniyyah* vor der Sitzung. Dies geschah, nachdem *Alangary* die Forderung des Innenministers ignoriert hatte, die Volksversammlung in seiner *Diwaniyyah* abzusagen. An der Tür war ein Banner befestigt mit der Aufschrift: „Die *Diwaniyyah* wird im Auftrag des Innenministers geschlossen“⁷³⁸.

Zusätzlich dazu mobilisierte die Regierung viele Sicherheitskräfte, einschließlich der Spezialeinheiten, Polizeihunde und ließ Tränengas einsetzen und umkreiste die *Diwaniyyah* und deren Umgebung. Diese Maßnahmen waren nach Jill Crystal „[...] by Kuwaiti standards [...] unusual force, [...]“⁷³⁹.

Vor dieser gewaltigen Sicherheitsmobilisierung sprach *Ahmad Al Saadun* mit den Besuchern außerhalb der *Diwaniyyah* und kritisierte die Maßnahmen der Regierung. Trotz der Versuche der Sicherheitskräfte ihn zu stoppen und der Aufforderung, die Versammlung innerhalb weniger Minuten zu beenden, sprach er weiter bis zum Ende und erst danach gingen die Demonstranten⁷⁴⁰. Als Antwort darauf hatten die Mitglieder der Verfassungsbewegung von Abgeordneten, die Gruppe der 45, einige Volksorgane und Interessenverbände

⁷³⁶ Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags_Diwaniyyat 1986-1990, S. 39.

⁷³⁷ Ebd., 59.

⁷³⁸ Ebd., S. 59.

⁷³⁹ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 117.

⁷⁴⁰ Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 59.

Denunzierungs-Telegramme an den Thronfolger Ministerpräsident Sheikh *Saad Al Abdullah Al-Sabah* geschickt. Infolgedessen lud der Außenminister am Samstag, dem 16.12.1989, fünf Mitglieder des Blocks der Abgeordneten, darunter *Alangary*, zu sich ein. Im Namen der Regierung richtete er eine Entschuldigung an *Alangary* für das Schließen der *Diwaniyyah* aus und bestätigte, dass die *Diwaniyyah* in Kuwait unantastbar sei und ihre „Heiligkeit“ bewahren müsse⁷⁴¹.

Am nächsten Montag, dem 18. Dezember 1989, nach dem Schließen der *Diwaniyyah* von *Alangary*, trafen sich die Bürger in der Fatima-Moschee im Stadtteil *Abdullah Al-Salem*, wo die Beteiligten, ungefähr 3500⁷⁴², das Abendgebet gesprochen hatten. Diese Versammlung war als „stiller Protest“ gegen die Verletzung der Heiligkeit der *Diwaniyyah* zu werten⁷⁴³. Bei dieser Versammlung wurden keine Reden gehalten.

Die vierte Versammlung fand in der *Diwaniyyah* des Abgeordneten *Muhamed Sulaiman Al Morshed* am 25. Dezember 1989 statt. Trotz der großen Anzahl der Beteiligten, mehr als 5.000⁷⁴⁴, unternahm die Regierung keine Sicherheitsmaßnahmen. Vielleicht wollte sie damit einlenken, nachdem sie die *Diwaniyyah* in der vorherigen Woche geschlossen hatte. Die Reden bei dieser Versammlung konzentrierten sich auf die Verfassung und die Notwendigkeit ihrer Reaktivierung, da sie als Schutz gegen die Willkür des Staates gesehen wurde, trotz „ihrer Mängel“, wie *Ahmad Alkhatib* in seiner Rede in dieser *Diwaniyyah* erwähnte⁷⁴⁵.

Aber die Geste des guten Willens der Regierung, die sie gegenüber der Ansammlung in der vorgenannten *Diwaniyyah* zeigte, hielt nicht lange an: So wurden die Besucher der *Diwaniyyah* des Abgeordneten *Ahmad Nassar Al Shariaan*, die am 8. Januar 1990 abgehalten wurde, von der erneuten Schließung überrascht; eine große Anzahl an Sicherheitskräften, Nationalgarde, Polizei und Armee, wurde an den Ort der Versammlung abkommandiert und schloss die *Diwaniyyah*. Alle diejenigen, die mit dem Abgeordneten *Al Shariaan* in der *Diwaniyyah* waren, wurden in dieser eingeschlossen. Außerdem versperreten die Sicherheitskräfte die Ein- und Ausfahrten in *Al Jahra*, wo sich die *Diwaniyyah* befindet. Als

⁷⁴¹ Ebd., S. 60.

⁷⁴² Ebd., S. 63.

⁷⁴³ Ebd., S. 63.

⁷⁴⁴ Ebd., S. 67.

⁷⁴⁵ Ebd., S. 80.

die Versammelten, deren Anzahl 9.000 überschritt⁷⁴⁶ - nach Jill Crystal erreichte die Anzahl der Besucher sogar zwischen 10.000 und 15.000⁷⁴⁷ -, sich in Richtung der *Diwaniyyah* fortbewegten, wurden diese von den Sicherheitskräften mit Schlagstöcken, Knüppeln und Tränengas angegriffen. Die Ursache für dieses gewalttätige Verfahren der Regierung wird, nach *Youssef Al-Mubarak*, dadurch erklärt, dass *Al Jahra* für die Regierung ein unterstützendes Gebiet darstellte und somit eine große Versammlung der Opposition von der Regierung als Herausforderung gesehen wurde⁷⁴⁸. Deshalb versuchte sie, die Ansammlung mit ihrer starken Sicherheitspräsenz zu provozieren, um eine gewalttätige Handlung der Besucher hervorzurufen und dadurch eine Aversion in diesem Gebiet gegen die Aktivitäten der Opposition zu erzielen. Damit dieses Ziel, der Zusammenstoß zwischen den Bürgern und den Sicherheitskräften, nicht erreicht wurde, bat der Parlamentspräsident die Ansammlung, die Befehle der Polizei zu befolgen und die Versammlung aufzulösen. Er verurteilte jedoch die Angriffe der Sicherheitskräfte auf die unbewaffneten Besucher der *Diwaniyyah*.

Als Reaktion schickten die Abgeordneten, die Gruppe der 45 und einige Interessenverbände ein Telegramm als Ausdruck ihrer Missbilligung an den Emir, was zum ersten Mal geschah, an den Thronfolger, der gleichzeitig der Ministerpräsident war, sowie an den Innenminister, der die Besucher der *Diwaniyyat* warnte, politische Fragen in den *Diwaniyyat* zu diskutieren. Außerdem erwähnte er insbesondere die Ansammlung der *Diwaniyyah* in *Al Jahra* und bestätigte, dass alle Verletzungen dieser Anordnung bestraft werden müssen⁷⁴⁹.

Nach diesem Angriff auf die Versammlung entwickelte sich die Lage innerhalb der zwei nachfolgenden Tage deutlich und zeigte das Gewirr und die Planlosigkeit der Regierung, wie mit den breiten Volksbewegungen zu verfahren sei, auf. Der Abgeordnete *Ahmad Nassar Al Shariaan*, der Inhaber der *Diwaniyyah*, wurde am 10. Januar 1990 zum Verhör in die Polizeistation in *Al-Faiha* vorgeladen, die nicht innerhalb seines Wohnkreises liegt. Er weigerte sich die Fragen der Ermittler zu beantworten, weil er noch ein Abgeordneter sei und erst seine parlamentarische Immunität aufgehoben werden müsse. Dies könne nur durch eine

⁷⁴⁶ Ebd., S. 89.

⁷⁴⁷ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 117.

⁷⁴⁸ Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 89.

⁷⁴⁹ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 117.

Sitzung des Parlaments entschieden werden. Aber der Polizeibeamte teilte ihm mit, dass er bis zum Abschluss des Verhörs für 21 Tage inhaftiert werden würde. Nach einigen Stunden versammelten sich um die Polizeistation einige Rechtsanwälte, insgesamt 14 waren anwesend, zusammen mit dem Vorsitzenden der Anwaltsvereinigung, um den Abgeordneten *Al Shariiaan* zu verteidigen. Nachdem die Nachricht seiner Verhaftung verbreitet worden war, kamen viele Leute zur Polizeistation, um ihn zu unterstützen. Dadurch war die Polizei gezwungen, ihn nach fünf Stunden wegen seiner Parlamentsimmunität freizulassen. Danach wurde er von den Anwesenden bis zu seiner *Diwaniyyah* begleitet, wo eine Sitzung abgehalten wurde⁷⁵⁰.

Tatsächlich hatte die Verwirrung der Regierung bei dem Umgang mit den „Montags-*Diwaniyyat*“ auch die offiziellen Äußerungen einiger staatlicher Beamte inbegriffen. Der kuwaitische Kommunikationsminister, *Jaber Mubarak Al-Sabah*, betonte bei seinem Interview mit Reuters, das in der emiratischen Zeitung *Alkhaleej* am 10. Januar 1990 veröffentlicht wurde, dass das aufgelöste kuwaitische Parlament nie wiederbelebt würde, jedoch studiere die kuwaitische Regierung die Wege der Wiederherstellung der Demokratie in Kuwait. Er fügte hinzu, dass „das alte Parlament mit seiner gescheiterten Formel nicht wiederhergestellt wird“, aber „falls es eine neue Vorstellung gibt, dann haben wir dagegen keine Einwände“. Das Problem lag ihm zufolge in der Wiederherstellung des Parlamentes, „da wir nicht zu einer gescheiterten Erfahrung zurückkehren wollen“. Außerdem beschuldigte er das Parlament, Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen in Kuwait zu schaffen, den Tribalismus zu stärken, Probleme mit benachbarten Ländern zu verursachen und zum Erreichen persönlicher Zwecke benutzt zu werden⁷⁵¹.

Bei seinem Interview mit der Arab-Times-Zeitung am 16. Januar 1990 hielt der Thronfolger daran fest, dass Kuwait immer noch demokratisch sei: „*The state, headed by his Highness the*

⁷⁵⁰ Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 93.

⁷⁵¹ جريدة الخليج الإماراتية 10 كانون الثاني 1990

Emiratische Alkhaleej-Zeitung, 10. Januar 1990. Zit. nach: Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 128.

*Amir is not against popular participation, but it is important to arrive at a formula through which we can overcome the negative aspects of the past experience*⁷⁵².

Er bestätigte, dass das Parlament nur zeitweilig suspendiert und nicht aufgehoben worden war. In seinem Interview mit der libanesischen Zeitung *Al-Hayat* am 31. Januar 1990 über die Fortsetzung der Zensur auf Zeitschriften behauptete er: „Die neu entstandenen Umstände erfordern Nachsicht und die Regierung wird auf keinen Fall Beeinträchtigungen der Sicherheit und Stabilität des Landes tolerieren“⁷⁵³.

Die vorher genannte Versammlung in der *Diwaniyyah* von *Ahmad Nassar Al Shariiaan* und die daraus resultierende Unterstützung in der Polizeistation nach seiner Verhaftung, zusammen mit der großen Anzahl an Bürgern, die ihn zu seiner *Diwaniyyah* begleiteten, erregte Begeisterung und Vertrauen in den unbesiegbaren Volkswillen.

Dies hatte einen starken Einfluss auf die Vertiefung des Vertrauens in die Volksbewegung und deren Anführer und spiegelte sich in der sechsten Ansammlung am nächsten Montag, dem 15. Januar 1990, in der *Diwaniyyah* von *Faisal Abdel Hamid Al Sanie*, die von ungefähr 9.000 Teilnehmern besucht wurde, darunter waren ca. 250 Frauen⁷⁵⁴.

Die Geschlossenheit des Volkswillens sowie die zunehmende Begeisterung der Bürger führten zur Furcht der Regierung. Dies wurde in ihrem Verhältnis gegenüber diesen Ansammlungen deutlich. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, schlug die Regierung zwei Wege ein. Einerseits forderte der Sicherheitsleiter der Hauptstadt den Abgeordneten *Faisal Al Sanie* auf, die Versammlungen in seiner *Diwaniyyah* abzusagen. Andererseits beantragte einer der obersten Beamten, die Verfahren dieser Versammlungen live per Video und Audio zu übertragen. Zu diesem Zweck wurden Kameras auf Autos angebracht und in verdeckten Lastkraftwagen montiert. Nachdem der Abgeordnete *Al Sanie* die Forderung des Sicherheitsleiters, seine *Diwaniyyah* zu schließen, abgelehnt hatte, weil sie traditionellerweise „für alle Leute offen“ sei, ersuchte der Sicherheitsleiter ihn, den Bürgern mitzuteilen, dass die

⁷⁵² Zit. nach: Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 118.

⁷⁵³ جريدة الحياة اللبنانية 31 كانون الثاني 1990

Al-Hayat, libanesisches Zeitung, 31. Januar 1990. Zit. nach: Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 136.

⁷⁵⁴ Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 101.

Sicherheitsbehörden die *Diwaniyyat* nicht verhindern würden⁷⁵⁵. Dennoch hatten die Sicherheitskräfte alle Eingänge zu *Kaifan*, wo die *Diwaniyyah* lag, umkreist und die Anreisenden daran gehindert zu kommen. Außerdem wurden der Abgeordnete und die anderen Teilnehmer innerhalb der *Diwaniyyah* eingesperrt. Die Sitzung und die Reden wurden nur durch jene, die innerhalb der *Diwaniyyah* waren, gehalten.

Zum dritten Mal traf die Regierung durch die Schließung der *Diwaniyyah* und die Behinderung der Bürger daran teilzunehmen eine Willkürentscheidung. Dies verhinderte, dass diese ihre Meinungen äußern und ihre Unterstützung für die Forderungen der Aufhebung der Auflösung des Parlamentes, die zeitweilige Inaktivierung der Verfassung und die Vorzensur auf Zeitungen aussprechen konnten.

Überraschend hielt der Emir am 20. Januar 1990 eine Volksrede, in welcher er seine Bereitschaft zum Dialog ankündigte, seinen Glauben an Volksbeteiligung, Freiheit, Partizipation und Parlamentsleben bestätigte und die Überprüfung der vorherigen parlamentarischen Erfahrung ankündigte, die gewissen „Hindernissen“ ausgesetzt war. Die Auflösung des Parlamentes sei notwendig gewesen, um eine „Auszeit zum Nachdenken zu nehmen“⁷⁵⁶.

Diese Worte fanden sowohl bei der Opposition als auch bei den Bürgern, die die Wiederherstellung der Verfassung, des Parlamentslebens und die Ausweitung der Freiheiten forderten, Gehör. Infolgedessen beauftragte der Block der Abgeordneten des aufgelösten Parlamentes den Parlamentspräsidenten *Ahmad Al Saadun*, die *Amiri Diwan* zu kontaktieren, um einen Termin für die Sitzung mit dem Emir festzulegen⁷⁵⁷.

Am Abend desselben Tages bereitete der Block der Abgeordneten eine Pressemitteilung vor. In dieser verkündigten sie ihre Entscheidung, die Montags-*Diwaniyyat* temporär auszusetzen, um dem Dialog, als Reaktion auf den Ausruf des Emirs, eine positive Atmosphäre zu bieten. Sie bestätigten aber, dass ihre Ziele weiterhin die vollständige Wiederherstellung der

⁷⁵⁵ Ebd., S. 101ff.

⁷⁵⁶ Rede des Emirs am 20.01.1990. Zit. nach: Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 227-229, hier S. 228.

⁷⁵⁷ Vgl. Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 109.

Verfassung von 1962 und die verfassungsmäßige Legitimität und das Wiederbeleben des Parlaments seien. Sie schickten diese Mitteilung an lokale Zeitungen zur Veröffentlichung, jedoch verhinderte die Zensur, dass sie gedruckt wurde.

Dies führte dazu, dass der parlamentarische Block den Termin für die siebte Volksversammlung in der *Diwaniyyah* des Abgeordneten *Abbas Habib Menawer* für den 22. Januar 1990 bekanntgab. Die Sicherheitskräfte reagierten rasch, schlossen die *Diwaniyyah* und sperrten einige Besucher, die diese bereits betreten hatten, ein und blockierten alle Eingänge zu *Al-Farwaniya*, dem Stadtteil, in dem die *Diwaniyyah* lag. Die Ansammlungen wurden mit Rauchbomben, Tränengas und Wasserschläuchen der Feuerwehr, zusätzlich zu den Hubschraubern, vertrieben, was dazu führte, dass einige der Besucher sich in eine Moschee in der Nähe flüchteten. Aber die Sicherheitskräfte drangen in die Moschee ein und warfen Rauchbomben auf die Anwesenden.

Um die Situation zu deeskalieren hielt der Parlamentspräsident eine Rede, in der er die Anwesenden dazu aufforderte, sich zu beruhigen und zurückzuhalten und nicht auf die Maßnahmen der Sicherheitskräfte zu reagieren. Nachdem die Sicherheitskräfte den Ort gegen 24 Uhr verlassen hatten, betraten die verbliebenen Bürger die *Diwaniyyah* und hielten eine Sitzung bis zum Tagesanbruch ab⁷⁵⁸.

Infolgedessen beauftragte der Emir den Thronfolger, den Oppositionsführer zu treffen, woraufhin er sich mit allen Vertretern der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aktivitäten zusammensetzte. Die politische Entspannung trat erst ein, als der Thronfolger den Block der Abgeordneten des aufgelösten Parlaments von 1985 am 7. Februar traf. Der Präsident des aufgelösten Parlaments beschrieb die erste Sitzung mit dem Thronfolger als „erfolgreich und positiv in allen Aspekten“⁷⁵⁹. Seinerseits äußerte der Thronfolger in seiner zweiten Sitzung mit dem Kern der Verfassungsbewegung am 3. März, „dass die Bevölkerung das Parlament mit seiner alten Formel nicht wolle“⁷⁶⁰. Dies war für die Opposition ein deutliches Zeichen, dass etwas heimlich vorbereitet worden war.

⁷⁵⁸ Vgl. Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 109-121.

⁷⁵⁹ Siehe ebd., S. 170.

⁷⁶⁰ Ebd., S. 170.

Dies veranlasste die Abgeordneten, eine Petition an den Thronfolger zu richten, die von vielen Bürgern unterzeichnet wurde. In dieser wurde der Wunsch der Bürger nach der Wiedereinführung der Verfassung bestätigt. Außerdem schickten die Gruppe der 45 und viele Interessenverbände Telegramme an den Emir und den Thronfolger, um sie aufzufordern, die Verfassung nicht zu beeinträchtigen und sich zu deren Artikeln zu verpflichten.

Aber der Emir stellte am 22. April 1990 einen *Amiri*-Auftrag aus, den sogenannten Nationalen Rat zu errichten. Hauptaufgabe dieses Rates war es, „die Nachteile zu studieren, die eine fortgesetzte Zusammenarbeit zwischen der Legislative und Exekutiv behinderten“. Die Zeitspanne dieses Rats bestimmte der Emir auf vier Jahre, mit der Bedingung, dass die Regierung 25 Mitglieder ernennen dürfe und die anderen 50 gewählt würden. Erwähnenswert ist es, dass diesem Rat nur eine beratende Funktion zugeschrieben war. Ihm wurde nicht gestattet, Gesetze und Vorschriften zu erlassen, sondern sie nur vorzuschlagen und an das Kabinett weiterzugeben⁷⁶¹.

Als Reaktion auf diese Entscheidung begannen die Proteste aller politischen Kräfte und Volksorgane. Diese riefen zum Boykott der Wahlen und Kandidatur für den Nationalen Rat aus. Nicht nur, weil dieser Rat als Ersatz des Parlaments gedacht war, sondern mehr noch weil die Intention der Regierung nach Dialog nicht ernst gemeint war. Mit diesem Nationalen Rat wandte sie sich gegen die Verfassung, die den Mittelpunkt der inneren nationalen Stabilität in Kuwait darstellte.

Die Mitglieder des Parlamentes vereinbarten in der *Diwaniyyah* des Parlamentspräsidenten *Ahmad Al Saadun* am 26. April ein neues Treffen, aber die Regierung sperrte wieder alle Eingänge zu der Umgebung der *Diwaniyyah*. Dies zwang die Ansammlung zur Änderung des Treffpunktes und sie entschieden sich für die *Diwaniyyah* des Abgeordneten *Saleh Alfadala*, jedoch griffen die Sicherheitskräfte die Anwesenden mit Tränengas an. Infolgedessen wurden zahlreiche Boykott-Telegramme für den Nationalen Rat an den Emir und den Thronfolger gesandt.

⁷⁶¹ Vgl. ebd., S. 261ff.

Die Petition, die später als „*Petition von Abdel Aziz Al Saker*“ bekannt war, wurde von 194 politischen, sozialen und wirtschaftlichen Persönlichkeiten unterzeichnet und am 16. Mai an den Emir verschickt und hatte einen starken Einfluss auf die Regierung. Dies führte den Staatsapparat dazu, seine Medien zur Förderung des Nationalen Rates einzusetzen. Er hatte den 10. Juni 1990 als Datum für die Wahlen festgelegt. Zum ersten Mal in der Geschichte Kuwaits wurde ein Präzedenzfall geschaffen, in dem die Erlaubnis für die Teilnahme an den Wahlen für Soldaten gegeben wurde.

Die Anzahl der Wähler wurde verheimlicht, aber die Regierung verkündete eine Wählerquote von 62,3%. Der Block der Verfassungsbewegung veröffentlichte eine Pressemitteilung, die die Echtheit des Anteils der Wähler in Frage stellte und die „einschüchternde Atmosphäre“ der Wahlen kritisierte⁷⁶². Kurz nach der ersten Sitzung dieses Rats begann der irakische Einmarsch in Kuwait.

Die breite Volksbewegung vor der irakischen Besatzung in Kuwait trieb das Zustandekommen der Volkskonferenz in Jeddah, zwischen dem 13. und 15. Oktober 1990, stark voran, auf welcher die politischen und bürgerlichen Kräfte ihre wesentlichen Forderungen verkündigten, die Wiederherstellung der Verfassung und des Parlaments. Unmittelbar nach der Befreiung Kuwaits konnte sie die Versprechung der Regierung bezüglich der Wiederherstellung des Parlamentes einlösen.

Zwar versuchte die Regierung dieses Versprechen zurückzunehmen, belebte den Nationalen Rat wieder und berief ihn zur Tagung am 9. Juli 1991 ein. Aber die ablehnende Haltung der Bürger sowie die politischen Umstände auf der internationalen (die politische Offenheit in Osteuropa und ein mehr partizipiertes politisches System in der Sowjetunion) und der inneren Bühne (die Erfahrungen des kuwaitischen Volkes mit der *Pro-Democracy*-Bewegung und danach mit dem Widerstand gegen die irakische Besatzung, was unter der Bevölkerung zu einem höheren politischen Bewusstsein beitrug) und der regionalen Ebene (die Intifada in Palästina und das Mobilisierungsgefühl für viele Kuwaiter), die die Besatzung begleiteten,

⁷⁶² Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990, S. 351f.

föhrten zur Auflösung dieses Rates am 4. August 1992. Das Parlament wurde nach den Wahlen von 1992 wieder in Betrieb genommen und alle Verordnungen, die zur Zeit der Auflösung erlassen wurden, wurden überprüfht. Davon wurden einige aufgehoben, einschließlich das der Gründung des Nationalen Rates in der Sitzung vom 29. Juni 1993.

6. Fazit

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind ein Teil der politischen und sozialen Umgebung und werden gleichzeitig durch sie beeinflusst. Sie sind Teil einer Kultur und eines Systems von Werten sowie eines gesellschaftlichen und politischen Umfeldes, das meistens einen autoritären und im besten Fall begrenzt demokratischen Charakter hat. Es ist auch notwendig, die folgenden Bestimmungsfaktoren zu beachten, die zum großen Teil mit den arabischen zivilgesellschaftlichen Organisationen eng verbunden sind. Die hauptsächlichen Strukturen sind vorhanden, jedoch fehlt es an Verwaltungsfähigkeit, Team- und institutionalisierter Arbeit. Der andere Punkt bezieht sich auf die Abhängigkeit vieler dieser Organisationen von externen Geldgebern, insbesondere bei den Organisationen, die im Bereich der Menschen- und Frauenrechte tätig sind. Im Falle des Rückgangs dieser Finanzierung aus irgendeinem Grund, wie bspw. aufgrund der letzten Finanzkrise 2008 oder wegen der Strategieänderung der Geldgeber, insbesondere der Vereinigten Staaten, beobachtet man einen Rückgang dieser Organisationen. Auf dieser Grundlage ist es nicht vorstellbar, dass die arabischen offiziellen zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Mechanismus für Veränderung darstellen können, vielmehr sind sie näher an einem Mechanismus zur Adaptation der globalen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Veränderungen.

Zweifellos übt die politische Kultur einen Einfluss auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen aus und begrenzt ihre Wirksamkeit bezüglich der Freiwilligkeit, Partizipation, Teamarbeit und des friedlichen Machtwechsels. Den meisten Organisationen, die mehr Transparenz und weniger Korruption von der Regierung fordern, fehlt selbst die Transparenz und sie leiden auch in vielen Fällen unter korrupten Führungen. Obwohl diese Organisationen ihre Unabhängigkeit fordern, verlangen sie aber auch größere finanzielle Unterstützung durch den Staat oder sind selbst von externen Finanzierungen abhängig.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt sind modern, d. h., sie basieren auf Freiwilligkeit und streben nicht nach Gewinn. Ihre Mitglieder treten freiwillig und nach eigener Entscheidung bei, unabhängig von ihrem Stamm sowie der familiären und religiösen Herkunft. Jedoch bleiben die ausgeübten Aktivitäten in traditionellen Rahmen verhaftet. Viele dieser Organisationen sind nur repräsentatives Werkzeug verschiedener tribaler, religiöser und konfessioneller Kräfte. Obwohl einige arabische Länder diesen

Organisationen das Gründungsrecht gewährleisteten, können diese aber die politische Entscheidungsfindung kaum beeinflussen.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Ländern des Kooperationsrats befinden sich noch in der embryonalen Phase und sind von vielen Kräften umkämpft, was zur Behinderung ihrer Arbeit führt. Die begrenzten politischen Freiheiten in diesen Ländern führten dazu, dass die politisch aktiven Kräfte sich durch die Kontrolle sozialer Vereinigungen und gemeinnütziger Verbände repräsentierten. Kuwait bietet das Beispiel dafür, dass die fehlende Zulassung zur Entstehung politischer Parteien zu einer tiefen Politisierung im Rahmen dieser Organisationen beitrug. Dies ließ die Organisationen zu einer Zerreißprobe für die nationalen, liberalen und islamistischen Kräfte sowie einer Plattform zur Demonstration ihrer Stärke und Existenz auf der politischen Bühne werden. Dies führte zur Vernachlässigung der Interessen der Gruppen, die diese Organisationen eigentlich vertreten sollten. Des Weiteren mangelt es den meisten Organisationen an Verwaltungs- und Fachkompetenzen aufgrund der fehlenden Qualifizierung und Ausbildung ihrer Mitglieder. Dies alles wird vom Eindringen des Staates in diese Organisationen begleitet sowie davon, dass das Ministerium für soziale Angelegenheiten oder eines der zuständigen Ministerien das Recht hatte, die Mitglieder der Vorstände dieser Vereinigungen zu ernennen oder auszutauschen.

Die Anzahl dieser Organisationen sowie der von ihnen abgedeckten Bereiche nahm zu. Durch die neugegründeten Organisationen und die fehlenden qualifizierten Arbeitskräfte, die Streitigkeiten um Machtpositionen in vielen dieser Organisationen, die Natur der beschränkenden Regelungen und die fehlenden Finanzierungsquellen reduziert sich aber die Möglichkeit, dass diese Organisationen bei der politischen Reform und der Demokratisierung eine große Rolle spielen könnten.

Viele Studien über Demokratie und Zivilgesellschaft, besonders in der Golfregion, konzentrieren sich auf das Thema der politischen Liberalisierung als Grundvoraussetzung für die Entstehung der Zivilgesellschaft. „[...], *civil society demands political liberalization, not democratization*“⁷⁶³. Hierbei ging man von der Annahme aus, dass Demokratie und eine

⁷⁶³ Norton, Augustus Richard 1996: Introduction, S. 8.

friedliche Machtübergabe durch Wahlen im Golf nicht möglich sind und auch in der nahen Zukunft nicht möglich sein werden⁷⁶⁴. Außerdem werden die Liberalisierungsprozesse in GCC-Staaten, die Brumberg als „*liberalized autocracies*“⁷⁶⁵ bezeichnet, dabei helfen, aktive zivilgesellschaftliche Organisationen aufzubauen.

Bei der Schwäche der Institutionen der Zivilgesellschaft im Golf kann jedoch angenommen werden, dass die Golfstaaten, die Schritte in Richtung politischer Liberalisierung gemacht haben, allmählich von der Politik der Offenheit abrücken und zu mehr und mehr ‚*Deliberalisierung*‘ tendieren.

Die Lage der arabischen zivilgesellschaftlichen Organisationen führt zur Übernahme einer dynamischen Vision für die Art und Weise, wie die Gesellschaft ihre Netzwerke und Allianzen bildet.

Die Relevanz der inoffiziellen Netzwerke - von der Restaurierung einer Schule, der Einrichtung eines kleinen Gebetszimmers, der Gründung einer Bibliothek oder Praxisgemeinschaft hin zu einer Spendenaktion für die Straßenbeleuchtung - liegt darin begründet, dass sie den Bürgern die Möglichkeit bietet, zusammenzuarbeiten und um unabhängig von staatlicher Intervention gemeinsame Ziele zu erreichen⁷⁶⁶. „*If by ‘civil society’ we mean the emergence of institutions autonomous from the state which facilitate orderly economic, social, and political activity, then there are many precedents*“⁷⁶⁷.

Diese traditionellen Versammlungen bildeten im Laufe ihrer langen Geschichte in den Gesellschaften der Region ein komplexes Netzwerk von Institutionen, die bereits in der Lage waren das gesellschaftliche System zu stärken und zu schützen, wenn der Staat seinen Aufgaben nicht nachkam oder repressiv war. Diese Vernetzungen „*[...] made orderly social life possible and not infrequently served to limit state incursion*“⁷⁶⁸.

Das Versammlungsrecht, das von der Verfassung gewährleistet wird, erfordert in Kuwait eine vorherige Genehmigung der Regierung, die nicht zwangsläufig erteilt wird. Aber die Existenz

⁷⁶⁴ Vgl. Teitelbaum, Joshua 2009: Understanding Political Liberalization in the Gulf. An Introduction, in: Teitelbaum, Joshua (Hrsg.) 2009: Political Liberalization in the Persian Gulf. London: Hurst&Company, S. 1-25, hier S. 5.

⁷⁶⁵ Brumberg, Daniel 2003: The Trap of Liberalized Autocracy, S. 35.

⁷⁶⁶ Vgl. Eickelman, Dale F. 1996: Foreword, S. xiii.

⁷⁶⁷ Ebd., S. x.

⁷⁶⁸ Ebd., S. xi.

der *Diwaniyyah* in der kuwaitischen Gesellschaft als eine Erweiterung des Hauses macht sie „[...] *beyond the scope of the law governing public assembly* [...]“⁷⁶⁹.

Dies bedeutet die Verwandlung der *Diwaniyyah* in einen Ersatz für Treffen und Diskussionen sowie als Antrieb für die gesellschaftlichen Kräfte fern der staatlichen Macht und ihren Eingriffen. Zumal die offiziellen Strukturen der Gewerkschaften und Berufsverbände anfällig sind, was ihre Einschränkung durch die Regierung und die Gefahr der Schließung beinhaltet. Ein Bericht des amerikanischen Außenministeriums zum Thema Menschenrechte zeigt auf, dass die Versammlung auf öffentlichen Plätzen in Kuwait die Genehmigung des Innenministers erfordert, aber dies für die *Diwaniyyah* hinfällig ist: „*which anyone can attend and there speak freely*“⁷⁷⁰.

Obwohl die politische Opposition in Kuwait, die in der Forderung und dem Kampf zur Wiederbelebung der Verfassung und des Parlaments erschien, von allen Institutionen der Zivilgesellschaft, Interessenverbänden, Genossenschaften, Berufsverbänden und religiösen Versammlungen unterstützt wurde, begann sie eigentlich in der *Diwaniyyah* und wurde erst danach verbreitet, um alle gesellschaftlichen Gruppen zu umfassen.

*„The traditional diwaniyyah became an explicit vehicle of political protest during the campaign for the restoration of the National Assembly in 1989 and 1990. The utility of this traditional gathering in a contemporary political setting was demonstrated by the government’s inability to enforce law’s inhibiting freedom of association to prevent weekly political protest meetings involving thousands of participants“*⁷⁷¹.

Die Volksbewegung äußerte durch die *Diwaniyyat* die Fähigkeit der traditionellen Strukturen, eine gemeinsame Identität in der kuwaitischen konservativen Gesellschaft zu bilden, indem der gesellschaftliche Wille einheitlich kommuniziert werden kann, um auf die Entscheidungsfindung Druck auszuüben und diese zu beeinflussen. „*Thus, an historically important tribal institution has been reworked to serve new social, economic, and political functions*“⁷⁷².

⁷⁶⁹ Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 190.

⁷⁷⁰ Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 117.

⁷⁷¹ Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, S. 211.

⁷⁷² Crystal, Jill 1992: Kuwait. The Transformation of an Oil State, S. 76.

Der Kommunikationsexperte Vladis Krebs nimmt an, dass die sozialen Netzwerke einen großen Einfluss auf das Verhalten der Wähler haben. Die Wähler werden nicht nur durch die Medien beeinflusst, sondern vielmehr durch die Gespräche, Gesichtspunkte und Bewertungen und das Feedback, das sie von Mitgliedern ihrer sozialen Netzwerke erhalten⁷⁷³. Somit glaubt er, dass die Entscheidung eines Wählers durch die Auswahl seiner Familie, Freunde oder Kollegen hinsichtlich der Auswahl des Kandidaten und des Wahlprogramms beeinflusst werden kann. Nach Krebs folgen soziale Netzwerke dem sogenannten „*small-world model*“⁷⁷⁴, da die Leute in kleinen Gruppen, basierend auf ihren gemeinsamen Interessen und Standpunkten, gegenüber bestimmten Fragen und Zielen eng miteinander verbunden sind. Diese Gruppen sind aber nicht voneinander isoliert, sondern sie sind durch „*bridging ties*“ verbunden. Diese sind in der Regel Personen, die einen Freund oder Kollegen in einer anderen Gruppe haben⁷⁷⁵.

Beim Anwenden der Theorie von Krebs auf die *Diwaniyyah* kann man feststellen, dass die *Diwaniyyah* eine große Rolle in der Beeinflussung der Standpunkte der Wähler sowie ihres Wahlverhaltens spielt. Die *Diwaniyyah* bildet den „*cluster*“, der die Leute miteinander verbindet. Sie ist ein soziales Netzwerk, auf das sich alle Bürger beim Erhalten und Analysieren von Informationen sowie beim Anhören aller Gesichtspunkte zu den aktuellen Thematiken, nachdem sie diskutiert und die verschiedenen Meinungen bewertet wurden, verlassen. Krebs teilt das politische Verhalten der Wähler in drei Gruppen ein⁷⁷⁶:

Die erste Gruppe nennt er „*atomized voters*“, wenn die Wähler hauptsächlich durch die Massenmedien beeinflusst sind. Die zweite Gruppe sind die „*demographic voters*“, wo ein Wähler ein Mitglied in einer demographischen Gruppe ist und seine Wahlentscheidung durch die Auswahl der Gruppe beeinflusst wird. Die dritte Gruppe stellt die „*social voters*“ dar, die keine Entscheidungen in einem ‚sozialen Vakuum‘ treffen. Sie verfolgen die Regel: „*who we know influences what we know and how we feel about it*“⁷⁷⁷.

⁷⁷³ Krebs, Vladis 2004: It's the Conversations, Stupid! The Link between Social Interaction and Political Choice. Online Version.

<http://www.commonwealinstitute.org/cw/files/PoliticalConversations.pdf>, abgerufen am 17.02.2013.

⁷⁷⁴ Ebd., S. 4.

⁷⁷⁵ Ebd., S. 4.

⁷⁷⁶ Vgl. ebd., S. 1f.

⁷⁷⁷ Ebd., S. 2.

Dieser Einteilung zufolge im Bezug auf die kuwaitischen Wähler fallen sie unter die zweite und dritte Gruppe. Die Natur des sozialen Systems in der arabischen Region und insbesondere im Golf lässt die sozialen Netzwerke und die gemeinsame Sozialarbeit zu einer stärkeren Quelle als die Medien werden. Die *Diwaniyyah* als Arena der sozialen Aktivität spielt durchaus eine wichtige Rolle bei der Festlegung von Tendenzen und der Auswahl der Abgeordneten.

Man kann die Rolle der *Diwaniyyah* auch im Licht der Theorie von Habermas in seinem Buch ‚Strukturwandel der Öffentlichkeit‘⁷⁷⁸ sehen, die auf der Idee basiert, dass die Möglichkeiten für Fernsehzuschauer - nun wird Internet das moderne Leitmedium - immer weniger werden hinsichtlich der Bildung einer deutlichen Meinung über bestimmte Fragen und gewisse Themen. Die einzelnen Zeitungsleser und Fernsehzuschauer können mit niemandem über diese Fragen und Themen sprechen und somit fehlt ihnen die Gelegenheit zur Diskussion, Argumentation, und Analyse, die wichtigen Grundlagen für die Bildung einer fundierten Meinung. Es kann aber festgestellt werden, dass die Besucher der *Diwaniyyah* aktive Empfänger sind, im Gegensatz zu dem passiven einzelnen Zeitungsleser oder Fernsehzuschauer.

Diese Kommunikationsmittel und Medien können richtige Informationen bereitstellen, jedoch bieten sie keine Möglichkeit zur aktiven und unmittelbaren Beteiligung im Vergleich zur *Diwaniyyah*.

Auch die These ‚Keine Steuer bedeutet keine Vertretung‘, die darauf hindeutet, dass die Bürger im Golf keine Motivation zur Forderung nach Beteiligung an der Entscheidungsfindung haben, mit der Begründung, dass die staatlichen Distributionsmaßnahmen zur Beseitigung der Opposition beitragen, muss daher überdacht werden. Der kuwaitische Fall beweist in großem Maß, dass die fehlende Steuer nicht unbedingt eine oppositionelle Bewegung in der Gesellschaft verhindert.

⁷⁷⁸ Habermas, Jürgen 1990: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

7. Literaturverzeichnis

• Monographien

عبد الفتاح اسماعيل، سيف الدين 1989: التجديد السياسي و الواقع العربي المعاصر. رؤية إسلامية. رسالة دكتوراه، جامعة القاهرة، كلية الاقتصاد و العلوم السياسية. القاهرة: مكتبة النهضة المصرية.

Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 1989: Die politische Erneuerung und die zeitgenössische arabische Lage. Islamische Fassung. Dissertation an der Kairo-Universität, Fakultät für Wirtschaft und Politikwissenschaften. Kairo: Alnhada Almasrya.

عبد الفتاح اسماعيل، سيف الدين 2001: المجتمع المدني و الدولة في الفكر و الممارسة الإسلامية المعاصرة، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 311-279.

Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 2001a: Zivilgesellschaft und Staat in der zeitgenössischen islamischen Theorie und Praxis, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 279-311.

عبد الفتاح اسماعيل، سيف الدين 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 500-498.

Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 2001b: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studien Zentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 498-500.

عبد القادر الجاسم، نجاة 1973: التطور السياسي و الإقتصادي للكويت بين الحربين 1914-1939. القاهرة: جامعة عين شمس.

Abdelqader Aljasim, Najat 1973: Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Kuwait sZwischenkriegszeit 1914-1939. Kairo: Ain-Shams-Universität.

عبد القادر الجاسم، نجاة 1980: بلدية الكويت في خمسين عاماً. الكويت.

Abdelqader Aljasim, Najat 1980: Fünfzig Jahre der kuwaitischen Kommune. Kuwait: Verlag unbekannt.

Abernethy, David B. 2000: The Dynamics of Global Dominance. European Overseas Empires 1415-1980. New Haven; London: Yale University Press.

Adolff, Frank 2005: Zivilgesellschaft, Theorie und politische Praxis. Frankfurt; New York: Campus Verlag.

Adonis 2006: Ein Interview am 14.12.2006: Renowned syrian Poet 'Adonis': We, in Arab Society, do not Understand the Meaning of Freedom. <http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/1978.htm>, abgerufen am 21.07.2013.

مذكرات خالد سليمان العدساني.

Aladasani, Khlaed Suliman o. J: Memoiren. o. S. Aufgrund der Zensur ist das Buch seit 1949 verboten. Es ist nur eine online Version erhältlich.

العدساني، خالد سليمان 1978 : نصف عام للحكم النيابي في الكويت. الكويت: مطبعة فهد المرزوق، الطبعة الثانية

Aladasani, Khlaed Suliman 1978: Ein halbes Jahr für das parlamentarische Regieren in Kuwait. Kuwait: Fahed Almarzouk Verlag, 2. Auflage.

العلوي، سعيد بنسعيد 2001: مقدمة، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية 2001، ص 9-30.

Alalawy, Saied Bensaied 2001a: Einleitung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 9-30.

العلوي، سعيد بنسعيد 2001: نشأة و تطور مفهوم المجتمع المدني في الفكر الغربي الحديث . في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 41-65.

Alalawy, Saied Bensaied 2001b: Entstehung und Entwicklung des Konzeptes der Zivilgesellschaft in der zeitgenössischen westlichen Theorien, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 41-65.

الأنصاري، عبد الله زكريا 1983: حوار في مجتمع صغير. الكويت: دار ذات السلاسل

Alansari, Abdullah Zakaria 1983: Dialog in einer kleinen Gesellschaft. Kuwait: Dar That Alslasel.

Alavi, Hamza 1979: The State in Post-Colonial Societies. Pakistan and Bangladesh; in: Goulbourne, Harry (Hrsg.) 1979: Politics and State in the Third World. London: Macmillan.

Al-Azmeh, Aziz 1986: Wahhabite Polity, in: Netton, Ian Richard (Hrsg.): Arabia and the Gulf. From Traditional Society to Modern States. Totowa New Jersey: Barnes&Noble Books, 1986, S. 75-90.

العظمة، عزيز 1996: دنيا الدين في حاضر العرب. بيروت: دار الطليعة

Al-Azmeh Aziz 1996: Die Welt der Religion in der arabischen Gegenwart. Beirut: Dar Altaliah.

العظمة، عزيز 2001: تعقيب. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 140.

Al-Azmeh, Aziz 2001a: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studien Zentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 140.

العظمة، عزيز 2001: تعقيب. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 312-315.

Al-Azmeh, Aziz 2001b: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 312-315.

العظمة، عزيز 2008: العلمانية من منظور مختلف. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة.

Al-Azmeh, Aziz 2008: Der Säkularismus aus anderer Perspektive. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 3. Auflage.

البرزري، دلال 1994: غرامشي في الديوانية. بيروت: دار الجديد.

Albizri, Dalal 1994: Gramsci in der Diwaniyyah. Beirut: Dar Al-Jadid.

الفالح، متروك 2002: المجتمع و الديمقراطية و الدولة في البلدان العربية. دراسة مقارنة لإشكالية المجتمع المدني في ضوء تريف المدن. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية.

Alfaleh, Matruk 2002: Gesellschaft, Demokratie und Staat in den arabischen Ländern. Eine vergleichende Studie für die Problematik der Zivilgesellschaft im Lichte der Ruralisierung der Städte. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum.

Alhabib, Esra 2009: A Study on Diwaniyas and their social and political impact on the Kuwaiti Society. The Faculty of the Public Communication Graduate Program, School of Communication, American University, Washington, D.C, April 2009.

الغبرا، ناظم شفيق 2011: الكويت. دراسة في آليات الدولة و السلطة و المجتمع. الكويت: مكتبة آفاق.

Alghabra, Shafeeq Nazem 2011: Kuwait. Studie über die Mechanismen des Staates, der Herrschaft und der Gesellschaft. Kuwait: Afaq-Bibliothek.

الجنحاني، الحبيب؛ عبد الفتاح اسماعيل، سيف الدين 2003: المجتمع المدني و أبعاده الفكرية. دمشق: دار الفكر المعاصر.

Algonhani, Alhabib; Abdel Fattah Ismail, Saif Al Din 2003: Die Zivilgesellschaft und ihre intellektuellen Dimensionen. Damaskus: Dar Alfekr Almuaser.

الجنحاني، الحبيب 2006: المجتمع المدني و التحول الديمقراطي في الوطن العربي. عمان: منتدى الفكر العربي.

Algonhani, Alhabib 2006: Zivilgesellschaft und die demokratische Transformation in der arabischen Welt. Amman: Muntada Alfekr Alarabi.

علي، حيدر ابراهيم 2001: المجتمع المدني في مصر و السودان، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 503-531.

Ali, Haydar Ibrahim 2001: Zivilgesellschaft in Ägypten und im Sudan, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 503-531.

علي، يوسف غلوم 1996: تأثير الديوانيات على عملية المشاركة السياسية في الكويت، في: مجلة العلوم الاجتماعية، المجلد 24، العدد 3 عام 1996، ص 9-30.

Ali, Yousif Ghalum 1996: Der Einfluss der Diwaniyyat auf die politische Partizipation in Kuwait, in: Zeitschrift für die Sozialwissenschaften, Heft 24, Nr. 3 (1996), S. 9-30.

العبدروس، محمد حسن 2002: تاريخ الكويت الحديث و المعاصر. الكويت: دار الكتاب الحديث.

Aliduros, Mohammed Hassan 2002: Die moderne und zeitgenössische Geschichte Kuwaits. Kuwait: Dar Elktab Alhadeth.

الكندري، يعقوب يوسف 2002: الديوانية الكويتية. دورها الاجتماعي و السياسي. الكويت: جامعة الكويت، كلية العلوم الاجتماعية.

Al-Kandari, Yagoub Yousif 2002: Die kuwaitische Diwaniyyah. Ihre soziale und politische Rolle. Kuwait: Universität Kuwait, Soziologische Fakultät.

الكنز، علي 2001: من الإعجاب بالدولة إلى اكتشاف الممارسة الاجتماعية. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 203-216.

Al Kenz, Ali 2001: Von der Bewunderung des Staates bis zur Entdeckung der sozialen Praxis, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 203-216.

الغانم، كوثر 2005: منظمات المجتمع المدني في دولة الكويت. الكويت: وكالة الأنباء الكويتية (كونا).

Al Khanem, Kawther 2005: Die Organisationen der Zivilgesellschaft in Kuwait. Kuwait: Kuwait News Agency KUNA.

الخطيب، أحمد 1984: الطليعة في معركة الديمقراطية. الكويت: دار كاظمة للنشر.

Alkhatib, Ahmad 1984: Die Al-Taliaa in der Schlacht der Demokratie. Kuwait: Dar Kademah.

الكواري، علي خليفة 2004: مفهوم المواطنة في الدولة الديمقراطية، في: المواطنة و الديمقراطية في البلدان العربية، تحرير الكواري، علي خليفة. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 13-40.

Al Kuwari, Ali Khalifa 2004: Der Begriff der Staatsbürgerschaft im demokratischen Land, in: Al Kuwari, Ali Khalifa (Hrsgg.) 2004: Staatsbürgerschaft und Demokratie in arabischen Ländern. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage, S. 13-40.

المقامس، خالد محمد 1986: الديوانية الكويتية و تأثيرها في الحياة البرلمانية. الكويت: دار الطليعة.

Al-Maqamis, Khaled Mohamed 1986: Die kuwaitische Diwaniyyah und ihr Einfluss auf das parlamentarische Leben. Kuwait: Dar Altaliaa.

المباركي، يوسف مبارك 2008: حين استعاد الشعب الكويتي دستوره. وقائع و وثائق دواوين الإثنيين 1986-1990. الكويت، بدون دار نشر.

Al-Mubarak, Youssef Mubarak 2008: Als das kuwaitische Volk seine Verfassung zurückbekam. Die Fakten und Dokumentationen der Montags-Diwaniyyat 1986-1990. Kuwait: Verlag unbekannt.

المديرس، فلاح عبد الله 1999: الحركة الشيعية في الكويت. الكويت: دار قرطاس للنشر.

Almudayris, Falah Abdullah 1999: Die schiitische Bewegung in Kuwait. Kuwait: Qurtas Verlag.

النجار، باقر سلمان 2008: الديمقراطية العنصرية في الخليج العربي، بيروت: دار الساقي.

Alnajjar, Baqer Salman 2008: Die unmögliche Demokratie im arabischen Golf. Beirut: Dar Alsaqi.

النجار، باقر سلمان 1999: سوسيولوجيا المجتمع في الخليج العربي. دراسة في إشكاليات التنمية و التحديث. بيروت: دار الكنوز الأدبية.

Alnajjar, Baqer Salman 1999: Die Soziologie der Gesellschaft im arabischen Golf. Eine Studie über die Problematik der Entwicklung und der Modernisierung. Beirut: Dar Alknuz Aladabiya.

النجار، باقر سلمان 2000: المرأة في الخليج العربي و تحولات الحداثة العنصرية. الدار البيضاء، بيروت: المركز الثقافي العربي.

Alnajjar, Baqer Salman 2000: Die Frau im arabischen Golf und die schwierigen Wenden der Modernisierung. Casablanca; Beirut: Das kulturelle arabische Zentrum.

النقيب، خلدون حسن 1989: المجتمع و الدولة في الخليج و الجزيرة العربية. من منظور مختلف. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية.

Al Nageeb, Khaldoun Hassan 1989: Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der Arabischen Halbinsel. Aus einer anderen Perspektive. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum.

النقيب، خلدون 1996: صراع القبيلة و الديمقراطية. حالة الكويت. بيروت: دار الساقي.

Al Nageeb, Khaldoun 1996: Der Kampf zwischen Stamm und Demokratie. Kuwait als Fallbeispiel. Beirut: Dar Alsaqi.

النقيب، خلدون حسن 2004: الدولة التسلطية في المشرق العربي المعاصر. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة.

Al Nageeb, Khaldoun Hassan 2004: Autoritärer Staat im zeitgenössischen arabischen Maschrek. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum.

Al-Naser, Fahad 2001: The Diwaniah. A Traditional Kuwaiti Social Institution in a Political Role, in: Digest of Middle East Studies, Vol. 10, Issue 2, Winter 2001, S. 1-16.

Alnasrawi, Abbas 1991: Arab Nationalism, Oil and the Political Economy of Dependency. Contributions in Economics and Economic History. New York: Greenwood Press.

العروي، عبد الله 1993: مفهوم الحرية. بيروت: المركز الثقافي العربي، الطبعة الخامسة.

Al Arawy, Abdullah 1993: Der Begriff der Freiheit. Beirut: Arabisches Kulturzentrum, 5. Auflage.

الرشيد، عبد العزيز 1971: تاريخ الكويت. بيروت: دار مكتبة الحياة.

Al-Rashid, Abdel Aziz 1971: Die Geschichte Kuwaits. Beirut: Dar Maktabet Alhayat.

الرميحي، محمد غانم 1975: حركة الإصلاحية في الكويت و البحرين و دبي، في: مجلة دراسات الخليج و الجزيرة العربية، السنة الأولى، العدد 4 (1975)، ص 29-68.

Alrumaihi, Mohamed Ghanem 1975: Die reformatorische Bewegung 1938 in Kuwait, Bahrain und Dubai. Golf und Arabische Insel Studien-Zeitschrift. 1. Jahr, Nr. 4 (1975), S. 29-68.

الرميحي، محمد 1984 : تجربة المشاركة السياسية في الكويت، في: مجلة المستقبل العربي عدد 64 (حزيران 1984). بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، ص 89-102.

Alrumaihi, Mohamed Ghanem 1984: Das Experiment der politischen Partizipation in Kuwait, in: Almustakbel Alarabi Zeitschrift, Nr. 64 (Juni 1984). Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, S. 89-102.

الرميحي، محمد غانم 1986: الخليج ليس نفطاً. دراسة في إشكالية التنمية و الوحدة. الكويت: كاظمة للنشر.

Alrumaihi, Mohamed Ghanem 1986: Golf ist nicht nur Öl. Eine Studie über die Problematik der Entwicklung und Einheit. Kuwait: Kadema Verlag.

الصالح، عثمان عبد الملك 1992: نظام الحكم و أجهزته في الكويت. الكويت: كلية الحقوق، جامعة الكويت.

Alsaleh, Othman Abdel Malek 1992: Das politische System und seine Institutionen in Kuwait. Kuwait: Rechtswissenschaftliche Fakultät, Kuwait-Universität.

Al Sayyid, Mustapha Kamel 1995: The Concept of Civil Society and the Arab World, in: Brynen, Rex; Korany, Bahgat; Noble, Paul (Hrsgg.): Political Liberalization and Democratization in the Arab World, Vol. I, Theoretical Perspectives. Boulder; London: Lynne Rienner Publishers, 1995, S. 131-148.

السيد، مصطفى كامل 2001: تعقيب. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 82-83.

Alsayyid, Mustapha Kamel 2001a: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 82-83.

السيد، مصطفى كامل 2001: تعقيب. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 144-145.

Alsayyid, Mustapha Kamel 2001b: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 144-145.

السيد، مصطفى كامل 2001: تعقيب. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 325-326.

Alsayyid, Mustapha Kamel 2001c: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 325-326.

السيد، مصطفى كامل 2001: تعقيب. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 381-384.

Alsayyid, Mustapha Kamel 2001d: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 381-384.

السيد، مصطفى كامل 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 549- 550.

Alsayyid, Mustapha Kamel 2001e: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 549-550.

السيد، مصطفى كامل 2001: مؤسسات المجتمع المدني على المستوى القومي. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 643-664.

Alsayyid, Mustapha Kamel 2001f: Die Organisationen der Zivilgesellschaft auf der nationalen Ebene, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 643-664.

الشمّان، سيف مرزوق 1986: من تاريخ الكويت. الكويت: دار ذات السلاسل.

Alshmlan, Saef Marzouk 1986: Von der Geschichte Kuwaits. Kuwait: Dar That Alslasel.

الصبيحي، أحمد شكر 2008: مستقبل المجتمع المدني في الوطن العربي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية.

Alsubaihi, Ahmed Shuker 2008: Die Zukunft der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage.

ليبيب، الطاهر 2001: هل الديمقراطية مطلب اجتماعي؟ علاقة المشروع الديمقراطي بالمجتمع المدني العربي. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 339-367.

Al Taher Labib 2001: Ist die Demokratie eine soziale Forderung? Die Beziehung des demokratischen Projektes zur arabischen Zivilgesellschaft, in: Arabische Einheit Studien Zentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studien Zentrum, 2. Auflage, 2001, S. 339-367.

الويس، مبدر 2001: المناقشات، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 110-116.

Aluis, Mabder 2001: Diskussionen, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 110-116.

الزعل، عبد القادر 2001: المجتمع المدني و الصراع من أجل الهيمنة الإيديولوجية في المغرب العربي. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 431-466.

Al Zugl, Abdel Kader 2001: Die Zivilgesellschaft und der Kampf um die ideologische Vormacht im arabischen Maghreb, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die

Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 431-466.

أسيري، عبد الرضا علي 2010: النظام السياسي في الكويت. مبادئ و ممارسات. الكويت: دار الوطن، الطبعة العاشرة والمعدلة.

Asyri, Abd Alreda Ali 2010: Das politische System in Kuwait. Prinzipien und Praxis. Kuwait: Dar Alwatan, 10. und aktualisierte Ausgabe.

Atallah, Sami 2011: The Gulf region: beyond oil and wars. The role of history and geopolitics in explaining autocracy, in: Ibrahim Elbadawi; Samir Makdisi (Hrsgg.) 2011: Democracy in the Arab World. Explaining the deficit. London; New York: Routledge, S. 166-195.

Ayubi, Nazih N. 1995: Over-Stating the Arab State: Politics and Society in the Middle East. London; New York: I.B.Tauris.

Ayubi, Nazih N. 2006: Over-Stating the Arab State. Politics and Society in the Middle East. London; New York: I.B.Tauris, new Edition.

بقردوني، كريم 2001: تعقيب. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 368-371.

Bakraduni, Karim 2001: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 368-371.

Barro, Robert J. 1996: Determinants of Economic Growth. A Cross-Country Empirical Study. NBER Working Paper 5698, Cambridge 1996.

Barry, Rubin (Hrsg.) 2001: Crises in the Contemporary Persian Gulf. London; Portland; Or: Frank Cass.

Beblawi, Hazem; Luciani, Giacomo (Hrsgg.) 1987: The Rentier State. London: Croom Helm.

Beblawi, Hazem 1990: The Rentier State in the Arab World, in: Luciani, Giacomo (Hrsg.): The Arab State. Berkeley; Los Angeles: University of California Press, 1990, S. 85-98.

Beck, Martin 2009: Rente und Rentierstaat im Nahen Osten, in: Beck, Martin; Harders, Cilja; Jünemann, Annette; Stetter, Stephan (Hrsgg.): Der Nahe Osten im Umbruch. Zwischen Transformation und Autoritarismus. Hamburg: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009, S. 25- 49.

Ben Salha, Edwige 2003: Das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Jordanien unter besonderer Berücksichtigung der Berufsverbände, in: Tetzlaff, Rainer; Jakobeit, Cord (Hrsgg.): Demokratie und Entwicklung. Institut für politische Wissenschaft, Universität Hamburg, Band 48. Münster-Hamburg-London: LIT Verlag, 2003.

Bill, James A. 1973: The plasticity of informal politics. The case of Iran, *The Middle East Journal* 27, No. 2 (Spring 1973), S. 131–151.

بشارة، عزمي 2008: المجتمع المدني. دراسة نقدية، مع إشارة للمجتمع المدني العربي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة.

Bischara, Azmi 2008: Die Zivilgesellschaft. Eine kritisches Studie. Mit Bezug auf die arabische Zivilgesellschaft. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 3. Auflage.

Brumberg, Daniel 2003: The Trap of Liberalized Autocracy, in: Diamond, Larry; Plattner, Marc F.; Brumberg, Daniel (Hrsgg.): *Islam and Democracy in the Middle East*. Baltimore; London: The Johns Hopkins University Press, 2003, S. 35-47.

Brumlik, Micha 1991: Was heißt 'Zivile Gesellschaft'? Versuch, den Pudding an die Wand zu nageln, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 36 (1991) 8, S. 987-993.

Brynen, Rex 2005: Democratic Dominoes? <http://dayan.tau.ac.il/commentary/dominoes-brynen.pdf>, abgerufen am 23.07.2013.

Carapico, Sheila 1998: Civil Society in Yemen. The political economy of activism in modern Arabia. London: Cambridge University Press, S. 12.

Crystal, Jill 1992: Kuwait: The Transformation of an Oil State. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press.

Crystal, Jill 1995: Oil and Politics in the Gulf, Rulers and merchants in Kuwait and Qatar. Cambridge University Press, Updated Edition.

Crystal, Jill 1996: Civil Society in the Arabian Gulf. Approaches to the Study of Civil Society in the Gulf, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.): *Civil Society in the Middle East*, Vol. 2. Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, 1996, S. 259-286.

Diamond, Larry 1994: Toward Democratic Consolidation, in: *Journal of Democracy* 5, Juli 1994, S. 4-17.

Diamond, Larry; Plattner, Marc F.; Brumberg, Daniel (Hrsgg.) 2003: *Islam and Democracy in the Middle East*. Baltimore; London: The Johns Hopkins University Press.

Diamond, Larry 2010: Why are there no Arab Democracies?, in: Journal of Democracy, January 2010, Volume 21, Number 1, S. 93-104.

Eickelman, Dale F. 1996: Foreword, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.): Civil Society in the Middle East, Volume Two. Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, 1996, S. ix-xiv.

Elbadawi, Ibrahim; Makdisi, Samir; Milante, Gary 2011: Explaining the Arab democracy deficit. The role of oil and conflicts, in: Ibrahim Elbadawi; Samir Makdisi (Hrsgg.): Democracy in the Arab World. Explaining the deficit. London; New York: Routledge, 2011, S. 41-82.

El-Najjar, Hassan A. 2001: The Gulf War: Overreaction & Excessiveness. Dalton: Amazon Press, Online Version: <http://www.gulfwar1991.com/> o. S.

Entelis, John P. 1996: Civil Society and the Authoritarian Temptation in Algerian Politics, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.): Civil Society in the Middle East, Volume Two, Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, 1996, S. 45-86.

عيسى، حسام 2001: تعقيب. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 66-72.

Epstein, David L.; et al. 2006: Democratic Transitions, in: American Journal of Political Science, vol. 50, Issue 3, July 2006, S. 551–569.

Essa, Hussam 2001: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 66-72.

Finnie, David H. 1980: Desert Enterprises. The Middle East Oil Industry in its Local Environment. Manchester: Ayer Company Publishers Inc. Reprint.

جمال، عبد المحسن 2007: المعارضة السياسية في الكويت. الكويت: دار قرطاس.

Gamal, Abd Almouhsin Yousef 2007: Die politische Opposition in Kuwait. Kuwait: Dar Qurtas.

Gasiorowski, Mark J. 1995: Economic Crisis and Political Regime Change. An Event History Analysis, in: American Political Science Review, Vol. 89, No. 4 (1995), S. 882-897.

Gastil, Raymond Duncan 1990: The Comparative Survey of Freedom. Experiences and Suggestions, in: Studies in Comparative International Development (Spring 1990), Vol. 25, Issue 1, S. 25-50.

Gavrielides, Nicolas 1987: Tribal Democracy. The Anatomy of parliamentary Elections in Kuwait, in: Layne, Linda L.: Elections in the Middle East. Implications of Recent Trends. Boulder; London: Westview Press, 1987, S. 153-195.

Gellner, Ernest 1991: Civil Society in Historical Context, in: International Social Science Journal, no. 129, August 1991, S. 495-510.

Ghabra, Shafeeq 1991: Voluntary Associations in Kuwait. The Foundation of a new system?, in: The Middle East Journal. Volume 45, No. 2, Spring 1991, S. 199-215.

Ghabra, Shafeeq 1993: Kuwait. Elections and Issues of Democratization in a Middle Eastern State, in: Digest of Middle East Studies, Volume 2, Issue 2, Spring 1993, S. 1-27.

غليون، برهان 1986: مجتمع النخبة. بيروت: معهد الإنماء العربي.

Ghaliun, Burhan 1986: Elite-Gesellschaft. Beirut: Alinmaa Alarabi Institut.

غليون، برهان 2001: بناء المجتمع المدني العربي. دور العوامل الداخلية و الخارجية، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 755-733.

Ghaliun, Burhan 2001: Aufbau der arabischen Zivilgesellschaft. Die Rolle der inneren und äußeren Faktoren, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 733-755.

غليون، برهان 2003: المحنة العربية. الدولة ضد الأمة. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة.

Ghaliun, Burhan 2003: Die arabische Notlage. Der Staat gegen die Nation (Umma). Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 3. Auflage.

غليون، برهان 2006: بيان من أجل الديمقراطية. الدار البيضاء، بيروت: المركز الثقافي العربي، الطبعة الخامسة.

Ghaliun, Burhan 2006: Manifest für die Demokratie. Casablanca; Beirut: Arabisches Kulturzentrum, 5. Auflage.

Gill, Graeme 2000: The Dynamics of Democratization. Elites, Civil Society and the Transition Process. New York: St. Martin's Press.

Gwenn, Okruhlik 1999: Rentier Wealth, Unruly Law, And the Rise of Opposition. The Political Economy of Oil State, in: Comparative Politics, Vol. 31, No. 3 (April 1999), S. 295-315.

Habermas, Jürgen 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Habermas, Jürgen 1990: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

حمّاد، مجدي 2001: تعقيب. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 145-147.

Hammad, Magdy 2001a: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 145-147.

حمّاد، مجدي 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 532-543.

Hammad, Magdy 2001b: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studien Zentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studien Zentrum, 2. Auflage 2001, S. 532-543.

Hamzawy, Amr 1998: Zum Stand der Forschung in der arabischen Diskussion über die Zivilgesellschaft. Zwischen der Suche nach einer neuen Demokratisierungsformel und der Auseinandersetzung um die politische Stellung der Religion. Orient 39 (1998), Heft 3, S. 405-431.

Hamzawy, Amr 2005: Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt. Kontinuität und Wandel, in: Büttner, Friedmann; Steinbach, Udo (Hrsgg.): Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des Vorderen Orients. Hamburg: Schriften des Deutschen Orient-Instituts und Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, Freie Universität Berlin, 2005.

ابراهيم، حسنين توفيق 2005: الإصلاح السياسي في دول مجلس التعاون لدول الخليج العربية. دبي: مركز الخليج للأبحاث.

Hasanain, Tawfiq Ibrahim 2005: Die politische Reform in GCC-Staaten. Dubai: Gulf Research Center.

Hegasy, Sonja 1997: Staat, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in Marokko. Die Potentiale der sozio-kulturellen Opposition. Hamburg: Deutsches Orient-Institut.

Herb, Michael 1999: All in the Family. Absolutism, Revolution, and Democracy in the Middle East Monarchies. Albany: State University of New York Press.

Herb, Michael 2004: Princes and Parliaments in the Arab World, in: The Middle East Journal, Volume 58, No. 3, Summer 2004, S. 367-384.

Herb, Michael 2005: No Representation Without Taxation? Rents, Development, and Democracy, in: Comparative Politics 37, Nr. 3, 2005, S. 297-317.

Herb, Michael 2009: Kuwait. The Obstacle of Parliamentary Politics, in: Teitelbaum, Joshua (Hrsg.): Political Liberalization in the Persian Gulf. London: Hurst&Company, 2009, S. 133-155.

Hicks, Neil; al-Najjar, Ghanim 1995: The Utility of Tradition. Civil Society in Kuwait, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.): Civil Society in the Middle East, Volume One. Leiden; New York; Köln: Brill, 1995, S. 186-213.

Hopkins, Nicholas 1988: Class and State in Rural Arab Communities, in: Dawisha, Adeed; Zartman, I. William (Hrsgg.): Beyond Coercion. The Durability of the Arab State. London: Croom Helm, 1988, S. 239-259.

Horowitz, Donald L. 1993: Democracy in Divided Societies, in: Journal of Democracy, Vol. 4, Nr. 4. October 1993, S. 18-38.

هويدي، فهمي 1993: الإسلام و الديمقراطية. القاهرة: مركز الإهرام.

Huaidy ,Fahmy 1993: Der Islam und die Demokratie. Kairo: Alahram Center.

Humadi, Zuhair 1995: Civil Society Under the Ba'th in Iraq, in: Schwedler, Jillian (Hrsg.): Toward Civil Society in the Middle East? A Primer. Boulder; Colo.: Lynne Rienner Publishers, Inc., 1995, S. 50-52.

Huntington, Samuel P. 1965: Political Development and Political Decay, in: World Politics, Vol. 17, No. 3 (Apr., 1965), S. 386-430.

ابن تيمية: السياسة الشرعية في إصلاح الراعي والرعية. السعودية: دار عالم الفوائد.

Ibn Taimiya: Die schariatische Politik hinsichtlich der Reform des Herrschers und der Untertanen. Saudi Arabien: Dar ilm Alfaoaed, (o.J).

Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi 1995: Einleitung, in: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi (Hrsgg.) 1995: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. Opladen: Leske + Budrich, S. 9-22.

Ibrahim, Ferhad 1995: Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft, in: Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi (Hrsgg.): Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. Opladen: Leske + Budrich, 1995, S. 23-48.

Ibrahim, Ferhad 1998: Die Kontroverse über die „arabische“ Zivilgesellschaft, in: Orient 39 (1998), Heft 3, S. 459-474.

ابراهيم، حسنين توفيق 2001: بناء المجتمع المدني. المؤشرات الكمية و الكيفية، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية 2001، ص 683-716.

Ibrahim, Hasanin Tawfeek 2001: Aufbau der Zivilgesellschaft. Quantitative und qualitative Indikatoren, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 683-716.

ابراهيم، حسنين توفيق 2007: تطور دراسة المجتمع المدني في دول مجلس التعاون الخليجي. دبي: مركز الخليج للأبحاث.

Ibrahim, Hasanin Tawfeek 2007: Die Entwicklung des Studiums der Zivilgesellschaft im GCC. Dubai: Gulf Research Center.

Ibrahim, Saad Eddin 1982: The new Arab social order. A Study of the social impact of oil wealth. Boulder: West view press; London: Croom Helm.

ابراهيم، سعد الدين 1995: تقديم، في: فخرو، منيرة أحمد: المجتمع المدني و التحول الديمقراطي في البحرين، في: ابراهيم، سعد الدين (محرر)، سلسلة دراسات مشروع المجتمع المدني و التحول الديمقراطي في الوطن العربي. القاهرة: مركز ابن خلدون للدراسات الإنمائية، ص 5

Ibrahim, Saad Eddin 1995: Einleitung, in: Munira, Ahmed Fakhro: Zivilgesellschaft und demokratische Transformation in Bahrain, in: Ibrahim, Saad Eddin (Hrsg.) 1995: Studien für das Projekt Zivilgesellschaft und die demokratische Transformation in der arabischen Welt. Kairo: Ibn Khaldun Center.

Ibrahim, Saad Eddin 1996: Egypt, islam and democracy. Twelve Critical Essays. Cairo: American University in Cairo Press.

Ibrahim, Saad Eddin 1998: The Troubled Triangle: Populism, Islam and Civil Society in the Arab world, in: International Political Science Review 1998, Vol. 19, Nr. 4, S. 373-385.

ابراهيم، سعد الدين 1999: المجتمع المدني في دول الخليج العربية، في: مجلس التعاون لدول الخليج العربية على مشارف القرن الحادي والعشرين، إعداد: جمال سند السويدي 1999. أبو ظبي: مركز الإمارات للدراسات والبحوث الإستراتيجية، الطبعة الثانية، ص 241-315

Ibrahim, Saad Eddin 1999: Die Zivilgesellschaft in den arabischen Golfstaaten, in: Alsuweidi, Jamal Sanad (Hrsg.): Der Gulf-Kooperationsrat am Anbeginn des 21. Jahrhunderts. Abu Dhabi: Emirates Center for Strategic Studies and Research, 2. Auflage 1999, S. 241-315.

ابراهيم، سعد الدين 2002: مصادر الشرعية في أنظمة الحكم العربية، في: أزمة الديمقراطية في الوطن العربي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة، ص 403-431

Ibrahim, Saad Eddin 2002: Legitimationsquellen in arabischen Regimes, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Krise der Demokratie in der arabischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 3. Auflage, 2002, S. 403-431.

ابراهيم، سعد الدين؛ سلامة، غسان؛ الهرماسي، عبد الباقي؛ النقيب، خلدون 2005: المجتمع و الدولة في الوطن العربي، تحرير سعد الدين ابراهيم. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة

Ibrahim, Saad Eddin (Hrsg); Salame, Ghassan; Alhermasy, Abdul Baqi; Al Naqeeb, Khaldoun 2005: Gesellschaft und Staat in der arabischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 3. Auflage.

قنديل، أماني 2000: تفعيل دور المؤسسات الأهلية المدنية في دول الخليج العربية. ندوة واقع و مستقبل مؤسسات المجتمع المدني في دول مجلس التعاون الخليجي، 3-4 أبريل 2000. الكويت: مركز دراسات الخليج و الجزيرة العربية، الطبعة الأولى، ص 43-64

Kandil, Amani 2000: Aktivierung der Rolle der bürgerlichen zivilen Organisationen in den Arabischen Staaten des Golfes. Tagung zur Lage und Zukunft der Organisationen der Zivilgesellschaft in den Staaten des Golfkooperationsrats, 3.-4. April 2000. Kuwait: Golf und Arabische Halbinsel Studienzentrum (Hrsg.), 1. Auflage, S. 43-64.

قندیل، أماني 2006: المجتمع المدني والدولة في مصر. من القرن 19 إلى عام 2005. القاهرة: المحروسة للنشر.

Kandil, Amani 2006: Zivilgesellschaft und Staat in Ägypten. Vom neunzehnten Jahrhundert bis 2005. Kairo: Almahrusa Verlag.

أماني قندیل 2008، الموسوعة العربية للمجتمع المدني. القاهرة: الهيئة المصرية العامة للكتاب.

Kandil, Amani (Hrsg.) 2008: Lexikon der arabischen Zivilgesellschaft. Kairo: General Egyptian Book Organization GEBO.

خربوش، محمد صفي الدين 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية 2001، ص 717-722.

Karubsh, Mohammed Safi Alddin 2001: Kommentar, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 717-722.

كوثراني، وجيه 2001: المجتمع المدني و الدولة في التاريخ العربي، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 119-131.

Kawtharany, Wagih 2001: Die Zivilgesellschaft und der Staat in der arabischen Geschichte, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2011, S. 119-131.

Kazemi, Farhad 1996: Civil society and Iranian Politics, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.): Civil Society in the Middle East, Volume Two, Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, 1996, S. 119-152.

Kedourie, Elie 1994: Democracy and Arab Political Culture. London: Frank Cass Publishers.

Khalaf, Abdulhadi; Luciani, Giacomo 2006: Constitutional Reform and Political Participation in the Gulf. Dubai: Gulf Research Center.

خليفة، سامي ناصر; جوهر، حسن عبد الله 2010: الحالة الكويتية، في كتاب: مسعد، نيفين 2010: كيف يصنع القرار في الأنظمة العربية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، ص 367-404.

Khalifa, Sami Naser; Goher, Hasan 2010: Die kuwaitische Fallstudie, in: Masaad, Neven: Wie wird die Entscheidung in den arabischen Regimen getroffen? Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2010, S. 367-404.

Khoury, Philip S.; Kostiner, Joseph (Hrsgg.) 1990: Tribes and State Formation in the Middle East. Berkeley; Los Angeles; California: University of California Press.

Kostiner, Joseph 2009: Liberalization and its Limits in the Gulf States, in: Teitelbaum, Joshua (Hrsg.): Political Liberalization in the Persian Gulf. London: Hurst&Company, 2009, S. 27-36.

Krebs, Vladis 2004: It's the Conversations, Stupid! The Link between Social Interaction and Political Choice. Online-Version unter: <http://www.commonwealinstitute.org/cw/files/PoliticalConversations.pdf>, abgerufen am 17.02.2013.

ليله، علي محمود (محرر) 2005: المجتمع المدني في دول مجلس التعاون الخليجي. لندن، البحرين، القاهرة، الإمارات: مركز الخليج للدراسات الإستراتيجية.

Laylah, Ali Mahmoud (Hrsg.) 2005: Die Zivilgesellschaft im Golfkooperationsrat. London, Bahrain, Kairo, VAE: Gulf Center for Strategic Studies.

Lipset, Seymour Martin 1959: Some Social Requisites of Democracy. Economic Development and Political Legitimacy, in: American Political Science Review, Vol. 53, no. 1 (Mar., 1959), S. 69-105.

Lipset, Seymour Martin 1981: Political Man. The Social Basis of Politics. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, new Edition.

Luciani, Giacomo 1990: Allocation vs. Production States. A Theoretical Framework, in: Luciani, Giacomo: The Arab State. Berkeley; Los Angeles: University of California Press, 1990, S. 65-84.

Luciani, Giacomo 1995: Resources. Revenues and Authoritarianism in the Arab World. Beyond the Rentier State?, in: Brynen, Rex; Korany, Bahgat; Noble, Paul (Hrsgg.): Political Liberalization and Democratization in the Arab World, Vol. 1: Theoretical Perspectives. Boulder: Lynne Rienner, 1995, S. 211-227.

Mahdavi, Hossein 1970: The Pattern and Problems of Economic Development in Rentier States. The Case of Iran, in: Michael Cook (Hrsg.): Studies in the Economic History of the Middle East. London: Oxford University Press, 1970, S. 428-468.

منيسي، أحمد 2009: التحول الديمقراطي في مجلس التعاون لدول الخليج العربية. دراسة لحالات البحرين و سلطنة عمان وقطر. أبو ظبي: مركز الإمارات للدراسات و البحوث الإستراتيجية

Manisy, Ahmad 2009: Demokratisierungsprozess in GCC-Staaten. Länder-Fallstudien Bahrain, Oman und Katar. Abu Dhabi: Emirates Center for Strategic Studies and Research.

Marlowe, John 1962: The Persian Gulf in the Twentieth Century. New York: Frederick; A. Praeger.

Moore, Clement Henry 1976: Petroleum and Political Development in the Maghreb, in: Naiem, A. Sherbiny; Tessler, Mark A. (Hrsg.): Arab Oil. Impact on the Arab countries and global implications. New York: Praeger, 1976, S. 112-129.

Nasr, Vali Seyyed Reza 2005: The Rise of „Muslim Democracy“, in: Journal of Democracy, Volume 16, Number 2, April 2005, S. 13-27.

Nonneman, Gerd 2001: State of the art. Rentiers and autocrats, monarchs and democrats, state and society. The Middle East between globalization, human ‘agency‘, and Europe. International Affairs, Vol. 77, 2 (2001), S. 141-162.

Norton, Augustus Richard 1995: Introduction, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.): Civil Society in The Middle East, Vol. 1. Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, 1995, S.1-26.

Norton, Augustus Richard 1996: Preface, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.): Civil Society in The Middle East, Vol. Two. Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, 1996, S. xv.

Norton, Augustus Richard 1996: Introduction, in: Norton, Augustus Richard (Hrsg.): Civil Society in the Middle East, Vol. 2. Leiden; New York; Köln: E.J. Brill, 1996, S. 1-16.

نعمان، عصام 2001: تعقيب. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 110.

Nuaman, Essam 2001: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 110.

O'Donnell, Guillermo 1973: Modernization and Bureaucratic Authoritarianism: Studies in South America Politics. Berkeley; Calif.: Institute of International Studies.

Penrose, Edith Tilton 1972: Oil and State in Arabia, in: Hopwood, Derek (Hrsg.): The Arabian Peninsula. Society and Politics. London: Allen and Unwin; Totowa, New Jersey: Rowman and Littlefield, 1972, S. 271-285.

Peterson, J. E. 1977: Tribes and Politics in Eastern Arabia, in: Middle East Journal, Vol. 31, No. 3 (Summer 1977), S. 297-312. Es wird hier die Online-Version (September 2000) des Aufsatzes benutzt unter: http://www.jepeterson.net/sitebuildercontent/sitebuilderfiles/Tribes_and_Politics_in_Eastern_Arabia.pdf, abgerufen am 19.03.2012.

Peterson, J. E. 1988: The Arab Gulf States. Steps Towards Political Participation. New York: Praeger Publisher.

Peterson, J. E. 2006: The Arab Gulf States. Further Steps towards Political Participation. Dubai: Gulf Research Center.

Przeworski, Adam; Alvarez, Michael, E.; Cheibub, Jose Antonio; Limongi, Fernando 2000: Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990. Cambridge; MA: Cambridge University Press.

Putnam, Robert D. 1994: Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton University Press.

رضا، محمد جواد 2006: صراع الدولة و القبيلة في الخليج العربي. أزمات التنمية و تنمية الأزمات. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة.

Ridha, M. Jawad 2006: Der Kampf zwischen Staat und Staat im arabischen Golf. Entwicklungskrisen und Entwicklung der Krisen. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrums, 3. Auflage.

Ross, Michael L. 2001: Does Oil Hinder Democracy?, in: World Politics, Vol. 53, Nr. 3, April 2001, S. 325-361.

Sadiki, Larbi 2009: Rethinking Arab Democratization. Elections without Democracy. New York: Oxford University Press.

ساعف، عبد الله 2001: المجتمع المدني في الفكر الحقوقي العربي، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 227-256.

Saef, Abdullah 2001: Zivilgesellschaft im juristischen arabischen Denken, in: Arabische Einheit Studienzentrums (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrums, 2. Auflage 2001, S. 227-256.

Sajoo, Aryn B. (Hrsg.) 2002: Civil Society in the Muslim World. Contemporary Perspective. London; New York: I.B. Tauris Publishers.

Salamon, Lester M.; Sokolowski, S. Wojciech; List, Regina (Hrsgg.) 2003: Global Civil Society. An Overview. Baltimore: Center of Civil Society Studies, Institute for Policy Studies, The Johns Hopkins University, S. 6ff.

سلامة، بيير و مجموعة مؤلفين 1992: جدلية الدولة و المجتمع بالمغرب. الدار البيضاء: إفريقيا الشرق.

Salama, Pierre et al. 1992: Dialektik von Staat und Gesellschaft im Maghreb. Casablanca: Afrikia Alsharq.

سلامة، غسان (محرر) 2000: ديمقراطية من دون ديمقراطيين. سياسات الإنفتاح في العالم العربي الإسلامي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية.

Salame, Ghassan (Hrsg.) 2000: Demokratie ohne Demokraten. Öffnungspolitik in der arabisch-islamischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrums, 2. Auflage.

سلامة، غسان 2000: أين هم الديمقراطيون؟، في: ديمقراطية من دون ديمقراطيين. سياسات الإنفتاح في العالم العربي الإسلامي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 9-32.

Salame, Ghassan 2000a: Wo sind die Demokraten?, in: Salame, Ghassan (Hrsg.): Demokratie ohne Demokraten. Öffnungspolitik in der arabisch-islamischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrums, 2. Auflage, 2000, S. 9-32.

سلامة، غسان 2000: الديمقراطية كأداة للسلام المدني. في: غسان سلامة (محرر) 2000: ديمقراطية من دون ديمقراطيين. سياسات الإنفتاح في العالم العربي الإسلامي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 138-109.

Salame, Ghassan 2000b: Demokratie als Instrument für den zivilen Frieden, in: Salame, Ghassan (Hrsg.): Demokratie ohne Demokraten. Öffnungspolitik in der arabisch-islamischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage, 2000, S. 109-138.

سلامة، غسان 2008: المجتمع و الدولة في المشرق العربي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثالثة.

Salame, Ghassan 2008: Gesellschaft und Staat im arabischen Maschrek. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 3. Auflage.

سلامة، غسان 2011: نحو عقد اجتماعي عربي جديد. بحث في الشرعية الدستورية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية.

Salame, Ghassan 2011: Nach einem neuen arabischen Gesellschaftsvertrag. Konstitutionelle -Legitimations-Studie. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage.

Salem, Paul 2007: Kuwait: Politics in a Participatory Emirate. Beirut: Carnegie Middle East Center, Nr. 3, Juni 2007.

Sergeant, R. B. 1982: The Interplay between Tribal Affinities and Religious Authority in the Yemen. Beirut: Al-Abhath (American University of Beirut), Vol. 30, 1982, S. 11-50.

شرابي، هشام 1984: مقدمات لدراسة المجتمع العربي. بيروت: الدار المتحدة للنشر، الطبعة الثالثة.

Sharabi, Hisham 1984: Einführungen in das Studium der arabischen Gesellschaft. Beirut: Aldar Almutaheda Verlag, 3. Auflage.

Sharabi, Hisham 1988: Neopatriarchy. A Theory of Distorted Change in Arab Society. New York; Oxford: Oxford University Press.

شرابي، هشام 1990: النقد الحضاري للمجتمع العربي في نهاية القرن العشرين. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية.

Sharabi, Hisham 1990: Kulturkritik der arabischen Gesellschaft am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum.

Shils, Edward 1991: „Was ist eine Civil Society?“, in: Krzysztof Michalski (Hrsg.) 1991: Europa und die Civil Society: Castalgandolfo-Gespräche 1989. Stuttgart: Kett-Cotta, S. 13-51.

Skocpol, Theda 1985: Bringing the State Back In. Strategies of Analysis in Current Research, in: Evans, Peter B.; Rueschemeyer, Dietrich; Skocpol, Theda (Hrsgg.): Bringing the State Back In. London: Cambridge University Press, 1985, Transferred to digital printing 2002.

Stepan, Alfred C.; Roberston, Graeme B. 2003: An "Arab" More than a "Muslim" Electoral Gap, in: Journal of Democracy, Volume 14, Nr. 3, Juli 2003, S. 30-44.

Teitelbaum, Joshua 2009: Understanding Political Liberalization in the Gulf. An Introduction, in: Teitelbaum, Joshua (Hrsg.): Political Liberalization in the Persian Gulf. London: Hurst&Company, 2009, S. 1-25.

Tétreault, Mary Ann 1991: Autonomy, necessity, and the small state. Ruling Kuwait in the twentieth century, in: International Organization, Autumn 91, Vol. 45, Issue 4, September 1991, S. 565-591.

Tétreault, Mary Ann 1993: Civil Society in Kuwait. Protected Spaces and Women's Right, in: Middle East Journal, Volume 47, No. 2, Spring 1993, S. 275-291.

Tétreault, Mary Ann 2009: Kuwait. Slouching towards Democracy?, in: Teitelbaum, Joshua (Hrsg.): Political Liberalization in the Persian Gulf. London: Hurst&Company, 2009, S. 107-132.

Tönnies, Ferdinand: Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, 2005.

ووتربوري، جون 2000: إمكانية التحرك نحو الليبرالية السياسية في الشرق الأوسط، في: سلامة، غسان (محرر): ديمقراطية من دون ديمقراطيين. سياسات الإنفتاح في العالم العربي الإسلامي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية 2000، ص 75-106.

Waterbury, John 2000: Die Möglichkeit der politischen Liberalisierung im Nahen Osten, in: Salame, Ghassan (Hrsg.): Demokratie ohne Demokraten. Öffnungspolitik in der arabisch-islamischen Welt. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2000, S. 75-106.

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. 5., rev. Auflage, Tübingen: Mohr 1980.

وهبة، ربيع و آخرون 2011: الحركات الاحتجاجية في الوطن العربي (مصر-المغرب-لبنان-البحرين)، تحرير عمرو الشوبكي. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية.

Wehbe, Rabee et. al. 2011: Protestbewegungen in der arabischen Welt (Ägypten-Marokko-Lebanon-Bahrain), in: Amr Shobaki (Hrsg.). Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2011.

Wilson, Rodney 2006: Saudi Arabia's role in the global economy, in: Fox. John, W.; Mourtada-Sabbah, Nada; al-Mutawa, Mohammed (Hrsgg.): Globalization and the Gulf. London; New York: Routledge, 2006, S. 165-179.

يسين، السيد 2001: مستقبل المجتمع المدني. الأزمة الثقافية و مستقبل المجتمع المدني. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 783-801.

Yassin, Alsayyid 2001: Die Zukunft der Zivilgesellschaft. Die kulturelle Krise und die Zukunft der Zivilgesellschaft, in: Arabische Einheit Studien Zentrum (Hrsg.): Die

Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 783-801.

Yates, Douglas A. 1996: The Rentier State in Africa. Oil, Rent, Dependency and Neocolonialism in the Republic of Gabon. Africa World Press, Inc.

زيادة، خالد 2001: تعقيب، في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 137-132.

Zeyada, Khaled 2001: Anmerkung, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, 2. Auflage 2001, S. 132-137.

زيادة، معن 2001: المجتمع المدني و الدولة في فكر النهضة العربية الحديثة. في: المجتمع المدني في الوطن العربي و دوره في تحقيق الديمقراطية. بيروت: مركز دراسات الوحدة العربية، الطبعة الثانية، ص 172-153.

Zeyada, Maeen 2001: Zivilgesellschaft und Staat im Denken der modernen arabischen Renaissance, in: Arabische Einheit Studienzentrum (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt und ihre Rolle in der Demokratisierung. Beirut: Arabische Einheit Studienzentrum, zweite Auflage 2001, S.153-172.

• Berichte

التقرير السنوى الخامس للمنظمات الاهلية العربية 2005: بناء شراكة المنظمات الأهلية العربية لمواجهة تحديات التنمية. تحرير: أماني قنديل. القاهرة 2006: الشبكة العربية للمنظمات الأهلية.

- Der fünfte Jahresbericht der arabischen zivilgesellschaftlichen Organisationen 2005: Aufbauen einer Partnerschaft arabischer Organisationen der Zivilgesellschaft zur Konfrontation der Herausforderungen. Kandil, Amani (Hrsg.). Kairo 2006: Arabisches Netzwerk für NGOs.

- United Nations Development Programme; Arab Fund for Economic and Social Development: Arab Human Development Report 2002. Creating Opportunities for Future Generations.

- United Nations Development Programme; Arab Fund for Economic and Social Development; Arab Gulf Programme for United Nations Development: Arab Human Development Report 2004. Towards Freedom in the Arab World, S. 126.

• Zeitungsartikel

Al-Sabah, Rasha: Ein Interview mit der Alqbas-Zeitung, 25. Juni 2001, Nr. 10064, S. 11.

• Internetquellen

<http://www.systemicpeace.org/polity/polity06.htm#naf>, abgerufen am 14.02.2012.
<http://www.systemicpeace.org/polity/polity06.htm#naf>, abgerufen am 27.02.2012.
<http://www.alaan.cc/pagedetails.asp?nid=16026&cid=37>, abgerufen am 27.02.2012.
<http://www.systemicpeace.org/polity/polity06.htm#naf>, abgerufen am 01.03.2012.
<http://www.freedomhouse.org/>, abgerufen am 02.03.2012.
<http://www.systemicpeace.org/polity/polity06.htm#naf>, abgerufen am 17.03.2012.
<http://www.baladia.gov.kw/main-web/about/hist.htm>, abgerufen am 21.03.2012.
<http://www.aldaronline.com/Dar/Detail2E.cfm>, abgerufen am 26.08.2012.
<http://alhuriyah.com/Article.cfm?ArticleID=6798>, abgerufen am 23.09.2012.
<http://www.m7shsh.com/vb/133924.html>, abgerufen am 23.09.2012.
<http://alwatan.kuwait.tt/ArticleDetails.aspx/resources/sendemail.aspx?Id=173404>, abgerufen am 25.09.2012.
http://www.aleqt.com/2010/07/23/article_421653.html, abgerufen am 06.10.2012.
<http://www.alamalyawm.com/articledetail.aspx?artid=230633>, abgerufen am 03.11.2012.
<http://www.alaan.cc/pagedetails.asp?nid=95165&cid=82>, abgerufen am 11.10.2012.
<http://www.kockw.com/sites/EN/Pages/Profile/History/KOC-History.aspx>, abgerufen am 19.11.2012.
<http://www.ktuf.org/org/other/OrgStructure>, abgerufen am 29.11.2012.
<http://www.annaharkw.com/annahar/ArticlePrint.aspx?id=33839>, abgerufen am 29.11.2012.
<http://arabic.cnn.com/2009/business/5/16/kuwait.business/index.html>, abgerufen am 02.12.2012.
<http://www.naharnet.com/stories/ar/33381>, abgerufen am 02.12.2012.
<http://www.aljazeera.net/mob/f6451603-4dff-4ca1-9c10-122741d17432/b023b497-677c-4796-be85-bed2c4958a28>, abgerufen am 13.12.2012.
<http://studies.aljazeera.net/reports/2012/12/2012121064234595426.htm>, abgerufen am 13.12.2012.
<http://www.aawsat.com/leader.asp?section=3&article=708880&issueno=12437#>, abgerufen am 16.12.2012.
<http://www.alittihad.ae/wajhatprint.php?id=69646>, abgerufen am 10.01.2013.
<http://ara.reuters.com/article/topNews/idARACAE9B21RB20130108>, abgerufen am 10.01.2013.
<http://mnwat.net/qs/t215737.html>, abgerufen am 02.05.2013.